

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR  
FASCHISMUS- UND  
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

**Heft 31/32**

**Paradigmenwechsel deutscher  
Geschichtspolitik und der  
„Antikapitalismus“ der NPD**

**2008**

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Zum Tode von Gerhart Hass</b>	1
<b>Thema</b>	
<b>Rolf Surmann</b> Paradigmenwechsel. Eckpunkte aktueller Erinnerungs- und Geschichtspolitik	3
<b>Gerhard Wiegel</b> Neofaschismus in Deutschland. Anmerkungen zur aktuellen Entwicklung und zur Wählerbasis der extremen Rechten in der Bundesrepublik	33
<b>Gideon Botsch, Christoph Kopke</b> „Raumorientierte Volkswirtschaft“ und „nationale Solidarität“: Zur wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik und Propaganda der NPD und ihres neo-nationalsozialistischen Umfelds	50
<b>Artikel</b>	
<b>Manfred Wichmann</b> Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus. Ein antidemokratisches Netzwerk zwischen Rechtskonservatismus und Nationalsozialismus	72
<b>Karsten Linne</b> „Untragbare Elemente“ – „Aussonderung“ und Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener im Osten	105
<b>Kurt Pätzold</b> „Gesundheitlich geht es mir soweit ...“ Des Gefreiten Herbert T. Briefe von der Ostfront	125
<b>Werner Röhr</b> Zu Wolfgang Ruges Stalinismusauffassung – Quellen, Konzeption, Kritik	133
<b>Kritik</b>	
Man kann nicht hochrüsten, ohne Krieg zu wollen. Adam Tooze Analyse der deutschen Wirtschaft im Faschismus (Werner Röhr)	165
[II:] Volk, Umvolkung, Völkermord. Handbuch über die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler für die Kriegs-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus (Werner Röhr)	179
<b>Rezensionen</b>	
Antje Strahl: Rostock im Ersten Weltkrieg (Joachim Lehmann)	191
Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme (Werner Röhr)	192
Simone Erpel (Hg.): Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück“ (Erika Schwarz)	203
Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland, Bd. 1 (Werner Röhr)	206
Tragedija Litvy 1941-1945 gody (Karl Heinz Gräfe)	210
Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 8: Die Ostfront 1943/1944, hg. von Karl-Heinz Frieser (Werner Röhr)	213
Siegfried Oehler-Klein (Hg.) Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus (Christoph Kopke)	219

Formen des Krieges: Von der Antike bis zur Gegenwart (Werner Röhr)	221
Ernst Schumacher: Ein bayrischer Kommunist im doppelten Deutschland (Matthias Hering)	223
<b>Annotationen</b>	226
<b>Miszellen</b>	253
<b>Informationen</b>	
Einstellung des Bulletins	260

[1:]

**Zum Tode von Gerhart Hass**  
(29. März 1931-3. Mai 2008)

Im 78. Lebensjahr verstarb am 3. Mai 2008 unverhofft Professor Dr. Gerhart Hass nach kurzer, schwerer Krankheit. Aus dem engen beruflichen Verhältnis, in dem ich lange zum Verstorbenen stand, und aus langjährigen persönlichen Beziehungen drängen sich mir als unmittelbar Betroffenen Erinnerungen aus unserer gemeinsamen Zeit auf. Zuerst waren es die langen Jahre der Arbeit an „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ und übrigens auch an diesem *Bulletin*, in denen wir uns kennen und unsere wissenschaftlichen Anschauungen und Kenntnisse gegenseitig schätzen lernten. Während dieser Zeit, als wir beide uns einem nicht sehr großen, aber unter Wolfgang Schumanns Leitung fest zusammenhaltenden Kollektiv zugehörig fühlten, lernte ich, besonders in der ersten Phase, viel von Gerhart Hass, der als erster Mitarbeiter von Schumann und als Redakteur des ersten von sechs Bänden mehr für das Gesamtwerk getan hat, als mir damals bewußt war.

Wenn dieser Tage das in der BRD in Angriff genommene Werk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ in 13 dickleibigen Bänden nach 30 Jahren Arbeit mit einem mehrfach größeren Stab von Mitarbeitern fertiggestellt worden ist, so kann sich unser in der DDR entstandenes Werk daneben nach wie vor in seiner wissenschaftlichen Leistung, aber gerade auch in seinem Wirkungsgrad in der breiteren Öffentlichkeit sehen lassen. Niemand hat sich so intensiv und kritisch bis in die letzte Zeit hinein mit den Vorzügen und Schwächen unseres Werkes auseinandergesetzt wie Gerhart Hass.

In den letzten Jahren der DDR war er wegen unberechtigter Vorwürfe, die ihm von Partei- und Akademieseite wegen seiner Auslandstätigkeit gemacht wurden, in der wissenschaftlichen und Leitungstätigkeit zurückgesetzt worden. Er wurde 1990 voll rehabilitiert und gehörte danach zu den Gründern der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, der er bis zu seinem Tode angehörte. Er war übrigens einer der Initiatoren jenes bekannten offenen Briefes (vom März 1998) von 50 ostdeutschen Historikern an das Comité international d'histoire de la Deuxième Guerre Mondiale, in dem gegen einen von diesem Comité verantworteten Artikel protestiert wurde, der weder die gesamte wissenschaftliche Arbeit der DDR-Historiographie der Erwähnung für wert erachtete, noch die rege Mitarbeit von DDR-Vertretern in eben diesem Comité.

[2:] Die bevorzugte wissenschaftliche Thematik von Gerhart Hass war und blieb der deutsch-sowjetische Krieg und insbesondere das Schicksal seiner alten Liebe und Studienstadt Leningrad. Bis zuletzt stand ihm als Ziel die ausführliche Behandlung ihres Schicksals während des Krieges vor Augen. Er nahm stets Partei gegen Verfälschungen und gegen die Herabwürdigung ihres Kampfes und Widerstandes durch „moderne“ antisowjetische Historiker und Publizisten. Wohl niemand anders als er wäre dazu berufen gewesen, eine der Wahrheit verpflichtete, tief engagierte Geschichte Leningrads seit 1941 zu schreiben. Er ist zu früh gestorben.

Dietrich Eichholtz

[3]

ROLF SURMANN

### **Paradigmenwechsel Eckpunkte aktueller Erinnerungs- und Geschichtspolitik**

Als Helmut Dubiel 1999 seine optimistische Untersuchung über die zeitgeschichtlichen Debatten des Deutschen Bundestags veröffentlichte<sup>1</sup>, warf er im Vorwort auch die Frage nach der Dauer des Prozesses auf, der aus seiner Sicht Schuldanerkenntnis und Entwicklung demokratischer Kultur in Deutschland auf äußerst gelungene Weise verknüpfte. Er wußte, zu Recht, keine Antwort. Eine Antwort in seinem Sinn fällt auch heute schwer. Aber sicher ist, daß sie noch schwieriger geworden ist als in den neunziger Jahren. Hierfür können zwei Gründe angeführt werden. Zum einen fielen mit dem 1990 abgeschlossenen Zwei-plus-Vier-Vertrag die letzten rechtlichen Vorbehalte für ein international souveränes Deutschland, zum anderen hatte sich dieses Deutschland nach Jahrzehnten der Oktroyierung internationaler Standards nun in formeller Hinsicht uneingeschränkt eigenverantwortlich gegenüber der eigenen Geschichte zu verhalten.

Es stellt sich deshalb die Frage, wie sich die Bundesregierung (als fortdauerndes politisches Entscheidungszentrum) in dieser Situation gegenüber den nicht eingelösten aus den Nazi-Verbrechen resultierenden Verpflichtungen verhielt. Die unter das Motto „Unfinished Business“ gestellte US-Initiative, sich den weiterhin offenen Restitutions- und Entschädigungsfragen nach dem Ende des kalten Krieges zu stellen und die hiermit verbundenen ideologischen Verzerrungen der Zeitgeschichte aufzuarbeiten, war deshalb eine zentrale Herausforderung. Zeitgleich stand die deutsche Gesellschaft vor der Frage, wie sie nach dem Zusammenbruch der osteuropäischen Staatenwelt und speziell der Aufgabe der Eigenstaatlichkeit der DDR deren Stellung in der Geschichte definieren und daraus Schlußfolgerungen für das politische Handeln ziehen will. Der nachstehende Text konzentriert sich auf Eckpunkte der skizzierten Konstellation. Ihm liegt die These zugrunde, daß mit dieser Aufgabenstellung ein Prozeß eingeleitet wurde, der das deutsche Selbst- und Geschichtsverständnis prinzipiell verändert.

#### **[4:] Zwei-plus-Vier-Vertrag als Abschluß der Nachkriegszeit und die Chance des Nachdenkens über die Nachkriegsgeschichte**

Grundsätzlich barg der Umstand, den Zwei-plus-Vier-Vertrag als faktischen Friedensvertrag aushandeln zu können, für die deutsche Gesellschaft die historische Chance, die Nachkriegsgeschichte unter dem Aspekt zu durchdenken, inwieweit das gesellschaftlich-politische Handeln beider deutscher Staaten der aus den Verbrechen in der Nazizeit resultierenden Schuld und Verantwortung entsprach. Ganz elementar hätte man sich auf westdeutscher Seite zumindest mit den Zahlungsverpflichtungen auseinandersetzen müssen, die im Londoner Schuldenabkommen von 1953 festgehalten und zum Vorteil der Bundesrepublik bis zum Abschluß eines Friedensvertrags zur Prüfung aufgeschoben worden waren. Die Hervorhebung eines solchen Gesichtspunkts mag angesichts allgemeiner politischer Gepflogenheiten naiv wirken. Doch gehörte es nicht spätestens seit der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt zu den zentralen Aussagen der Bundesrepublik, daß den aus den nazistischen Verbrechen resultierenden Restitutions- und Entschädigungsverpflichtungen zentrale Bedeutung zukomme? Es stellt sich also zunächst die Frage nach der Diskrepanz zwischen öffentlicher Selbstdarstellung und tatsächlichem Handeln, darüber hinaus geht es um die Selbstprüfung einer Gesellschaft, die nicht zuletzt aus der Behauptung gelungener „Wiedergutmachung“ und einer entsprechenden Erinnerungspolitik internationale Reputation ableitet.

Die Reflexion der Versäumnisse in entschädigungspolitischer Hinsicht hätte in einem zweiten Schritt nicht nur ein Ausgangspunkt sein können, um den noch lebenden NS-Verfolgten vor allem in Osteuropa aus eigenem Willen zu geben, was dann Ende der neunziger Jahre einem Teil von ihnen unter internationalem Druck zugestanden werden mußte, sondern sie hätte angesichts des Anpassungsbedarfs für das Gebiet der ehemaligen DDR auch die Möglichkeit eröffnen können, angesichts der

---

<sup>1</sup> Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München/Wien 1999.

scharfen Kritik seit Beginn der achtziger Jahre in einer offenen Diskussion grundsätzlich neue Lösungen zu suchen, die zur Beseitigung der Kluft zwischen erinnerungskulturellen Worten und entschädigungspolitischen Taten hätten beitragen können. Nicht zuletzt wäre es dann möglich gewesen, Verbrechen in der Nazizeit als entschädigungswürdig anzuerkennen, die bei der Konzipierung der Entschädigungsgesetzgebung in beiden deutschen Staaten als solche noch nicht angesehen worden waren. Hierzu gehören die Verbrechen der Wehrmacht, die man zunächst als Ausdruck allgemeinen Tötungs- und Zerstörungshandelns im Krieg interpretierte und deren spezifischer Unrechtscharakter folglich in Abrede gestellt wurde. Dieser Aspekt betrifft auch die Anerkennung desjenigen Personenkreises als Verfolgte, der sich als Kriegsdienstverweigerer, Deserteure oder „Kriegsverräter“ diesem Krieg verweigert hatte. Doch intendierte die Bundesregierung einen Abschluß der Nachkriegszeit in der Weise, daß den alten Verpflichtungen nicht nachgekommen und neue nicht eingegangen werden sollten.

[5:] Entsprechend war ihr Handlungsansatz. So formulierte die Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik des Kabinettsausschusses Deutsche Einheit, die wesentlich zur Entwicklung der deutschen Position bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen beitrug, als erste Maxime, man müsse einen Diktatfrieden ähnlich wie in Versailles vermeiden.<sup>2</sup> Schon diese Grundpositionierung erstaunt. Denn von einer ähnlichen Vorgehensweise wie 1918 konnte nach 1945 trotz einer gänzlich anderen Ausgangslage nicht die Rede sein. Nicht zuletzt ist das Londoner Schuldenabkommen mit seiner Stundung der internationalen finanziellen Verpflichtungen ein Beleg hierfür. Darüber hinaus wurde eine Denkfigur in die zeitgenössische Debatte eingeführt, mit der manche Kreise bekanntlich gerne einen Zusammenhang des Versailler Friedensvertrags mit dem 30. Januar 1933 konstruieren. Verschiedene spätere Äußerungen insbesondere Bundeskanzlers Kohl vermitteln den Eindruck, daß dies durchaus mit Bedacht geschah. So äußerte er sich laut Protokoll in einem Gespräch mit Außenminister Douglas Hurd im Hinblick auf Forderungen, die der Leiter einer Delegation des polnischen Sejm, Marschall Mikołaj Kozakiewicz, erhoben hatte: „Wenn jetzt eine innenpolitische Diskussion über Reparationen beginne, werde das katastrophale Wirkungen haben (...) Er, der Bundeskanzler, habe das Thema nicht erfunden, sondern der Marschall des polnischen Sejm sei kürzlich in Bonn gewesen und habe riesige Beträge genannt. Wenn man die extreme Rechte in der Bundesrepublik stärken wolle, müsse man nur in dieser Frage nachgeben.“<sup>3</sup> Solche Ausführungen legen die Vermutung nahe, daß der Hinweis auf eine mögliche politische Instabilität der Bundesrepublik infolge von Reparationsforderungen nicht als Bekenntnis geschichts- und erinnerungspolitischer Versäumnisse verstanden, sondern als außenpolitisches Druckmittel eingesetzt wurde. Die Zahlungsverweigerung wird so als ein Mittel der Sicherung demokratischer Stabilität interpretiert.

Die Schlußfolgerung, früheren Kriegsgegnern keine Grundlage für Reparationsansprüche zu verschaffen, ergab sich dann beinahe zwangsläufig. Das Kernargument war: „Ohne Abschluß eines formellen Friedensvertrages können wir darauf verweisen, daß der Eintritt der Wiedervereinigung nicht bedeutet, daß die Repara-[6:]tionsproblematik noch einmal aufgerollt werden muß, weil dies nirgendwo vertraglich so vereinbart ist und weil die Reparationsproblematik durch das Fehlen konkreter, vertraglich vereinbarter Verpflichtungen, durch Verzichtserklärungen unserer ehemaligen Gegner und durch die bereits erbrachten Leistungen Deutschlands 45 Jahre nach Kriegsende de facto erledigt ist.“<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998 (im folg.: Dokumente); Dokument Nr. 182: Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik des Kabinettsausschusses Deutsche Einheit in Bonn, 14. Februar 1990. Hier auch, sofern nicht gesondert angeführt, die weitere Argumentation. Vgl. auch: Entscheidung für die deutsche Einheit – Einführung, in: Dokumente, S. 111.

<sup>3</sup> Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Hurd. Bonn, 12.3.1990, in: Dokumente, S. 934. Ähnlich äußerte sich Kohl gegenüber Mitgliedern des amerikanischen Senats: „Er – der Bundeskanzler – wisse, was im US-Senat zu diesem Fragenkreis diskutiert worden sei. Er wolle sich da nicht einmischen. Er müsse aber mit dem innenpolitischen Problem bei uns fertigwerden, und er wisse, daß nicht nur Rechtsradikale gegen Reparationen seien.“ Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Mitgliedern des amerikanischen Senats, 12.3.1990, in: Dokumente, S. 932. Vgl. auch 15. März 1990: Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, 15.3.1990, in: Dokumente, S. 954.

<sup>4</sup> Vorlage des Ministerialdirektors Horst Teltschik an Bundeskanzler Kohl. Bonn, 15. März 1990, in: Dokumente, S. 956.

Dies ist eine erstaunliche Haltung gegenüber einem internationalen Abkommen, in dem die Ansprüche der internationalen Staatenwelt thematisiert worden waren, unter die nach deutscher Rechtsauffassung und politischer Praxis auch die individuellen Ansprüche der – vereinfacht ausgedrückt – im Ausland, speziell in Osteuropa, lebenden Naziopfer fielen. Offensichtlich hatte die Bundesregierung keine Schwierigkeit damit, die Verpflichtungen sowohl gegenüber den betreffenden Staaten als auch gegenüber den einzelnen ohne Entschädigung gebliebenen Verfolgten durch Verhandlungstricks zu negieren.

Allerdings bereitete man eine Auffangposition vor, die in einigen Fällen unumgänglich schien. So berief sich insbesondere Polen auf die sogenannten Westverträge, die von der Bundesregierung mit elf westeuropäischen Staaten in der Zeit von 1954 bis 1964 abgeschlossen worden waren. Zwar lehnte Bundeskanzler Kohl im Gespräch mit dem polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki dessen Forderungen rundweg ab – „Für 800.000 Leute eine derartige Regelung anzustreben, sei aussichtslos“ –, räumte dann allerdings ein: „Es könne allenfalls um Überlegungen im Härtebereich gehen, dazu sei er bereit.“<sup>5</sup> Damit griff er auf den alten Kunstgriff bundesdeutscher Entschädigungspolitik zurück, die ablehnende Grundposition zu behaupten, zugleich jedoch durch kleine unverbindliche Zugeständnisse (Ex-gratia-Leistungen) der Kontroverse die schroffe Zuspitzung zu nehmen.

Folglich wurden später neben anderen Abkommen sogenannte Versöhnungstiftungen mit verschiedenen osteuropäischen Staaten eingerichtet, die sich bezüglich der Höhe der individuellen Leistungen nicht nur eklatant von den mit der Claims [7:] Conference und der US-Regierung ausgehandelten Verträgen unterschieden, sondern auch eine inhaltliche Struktur hatten, die spezifisch deutschen Interessen entsprach. So relativierte man nicht nur die vergangenheitspezifische Pflicht durch einen Zukunftsdiskurs, der die Vereinbarungen unter das Zeichen gemeinsamen Handelns mit dem Ziel allgemeiner Prosperität stellte, sondern auch die Erfüllung deutscher Forderungen konnte zu einem wichtigen Verhandlungspunkt gemacht werden. Bekannte Verpflichtungen der Gegenseite sind die dem Rußland unter Jelzin abverlangte Rückgabe russischer „Beutekunst“ und die jahrelange Kontroverse über die Annullierung der Beneš-Dekrete als Voraussetzung für die Einrichtung eines entsprechenden Fonds für tschechische NS-Verfolgte. Zu Recht sind etwa von Constantin Goschler diese Abkommen eine Fortsetzung der Politik der „indirekten Wiedergutmachung“, wie sie gegenüber osteuropäischen Staaten in der Regierungszeit Willy Brandts entwickelt worden war, genannt worden. Weshalb er sich jedoch als Begründung für diese Charakterisierung auf den Zukunftsaspekt beschränkt und die deutsche Forderungskomponente nicht erwähnt, ist nicht nachvollziehbar.<sup>6</sup> Denn sie erfuhr sogar eine bemerkenswerte Zuspitzung. In den siebziger Jahren ging es u. a. – ausgehend von der Maxime „individueller Freizügigkeit“ – um den Zuzug von Arbeitskräften, in den Neunzigern steigerte sich das Forderungspotential der Bundesregierung jedoch, wie am Beispiel der Beneš-Dekrete erkennbar wird, bis zur Infragestellung von Elementen der europäischen Nachkriegsordnung.

Im Hinblick auf den künftigen internationalen Status Deutschlands formulierte die Arbeitsgruppe schließlich als Zielvorstellung, keinen etwaigen Sonderstatus in Form einer Singularisierung oder

---

<sup>5</sup> Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mazowiecki. Warschau, 14.11.1989, in: Dokumente, S. 535. Die Konzeption dieser Politik ist in einer Vorlage der Ministerialbürokratie an Teltschik festgehalten: „5. Durch das Londoner Schuldenabkommen sind wir gegenüber unseren Vertragspartnern – zu denen Polen nicht gehört – gehalten, eine Prüfung von Forderungen aus dem 2. Weltkrieg bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfragen zurückzustellen. Auch aus diesem Grund können wir polnischen Ansprüchen, die für uns Reparationsansprüche darstellen würden, nicht entsprechen. = in Frage käme allenfalls – wenn dafür ein innenpolitischer Konsens hergestellt werden könnte – eine Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter nach dem Stiftungsmodell (Frankreich, Luxemburg). = Mit einer solchen Ex-gratia-Leistung könnten wir gleichzeitig den Eindruck einer Durchbrechung unserer grundsätzlichen Position vermeiden, die bei Ablehnung aller Ansprüche auf den polnischen Reparationsverzicht abstellt.“ 6. März 1990: Vorlage Ueberschaer an Teltschik, in: Dokumente, S. 916.

<sup>6</sup> Zu den im Gefolge des Zwei-plus-Vier-Abkommens geschlossenen Entschädigungsverträgen generell siehe Constantin Goschler: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005, S. 429-449. Siehe auch Rolf Surmann: Die Entschädigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Opfern des Naziregimes. Eine erste Wertung aus Anlaß ihres intendierten Abschlusses, in: *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung*, Heft 28, Berlin 2006, S. 8.

Diskriminierung akzeptieren zu wollen. Neben dem Schlußstrich-Denken in reparations- und entschädigungspolitischer Hinsicht bei gleichzeitiger Erhebung eigener Forderungen wird hier die Option auf uneingeschränktes politisch-militärisches Handeln zum Ausdruck gebracht. Ihren signifikanten Ausdruck hat sie dann in der Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien gefunden, die zu neuen jugoslawischen Kriegsopfern führte, ohne daß den Opfern für die Naziverbrechen und Zerstörungen im zweiten Weltkrieg das Recht auf Entschädigung zugestanden worden war. Lehren aus der Nachkriegszeit wie „Nie wieder Krieg“, waren – auch wenn es ihrem moralischen Impetus an Differenzierungsvermögen gemangelt haben mag – somit sehr schnell „überholt“. Ihnen wurde eine neue Ideologie der Kriegsrechtfertigung (Bundesaußenminister Joseph Fischer: „Lehren aus Auschwitz“) entgegengesetzt, mit der man die ideologisch-politischen Konflikte begrenzte.

[8:] Trotz dieser deutlichen Abwendung von den aus der Geschichte überkommenen Pflichten und der Zuwendung zu neuen Handlungsoptionen, die den deutschen Staatsinteressen mehr Raum geben, gibt es über die Frage, ob die Jahre 1989/1990 eine Änderung der deutschen Geschichts- und Erinnerungspolitik markierten, unterschiedliche Ansichten. So wird mit Berufung auf die erinnerungspolitischen Initiativen der Bundesrepublik in den neunziger Jahren oft die Ansicht vertreten, diese Zeit markiere keine Wende bezüglich der in den sechziger und siebziger Jahren einsetzenden Öffnung für die eigene Vergangenheit. So schreibt etwa Edgar Wolfrum: „Selten war die Gegenwart in Deutschland so vergangenheitsbezogen wie in dem Jahrzehnt seit dem Kollaps des Kommunismus. Die Mutmaßung von Johannes Gross aus dem Jahr 1995, daß die Verbrechen unter den Nazis allenfalls noch museal, aber nicht mehr bewußtseinsfüllend sein würden, hat sich bisher nicht bestätigt.“<sup>7</sup> Die Intensität der Auseinandersetzung soll nicht bestritten werden. Doch fragt sich, aus welchen Gründen und mit welchen Resultaten Debatten wie zum Beispiel die Walser-Bubis-Kontroverse oder das in weiten Kreisen begeistert aufgenommene Enkelstein-Pamphlet über die „Holocaust-Industrie“ einerseits, die Kontroverse über die Verbrechen der Wehrmacht oder das Verhalten gegenüber den Zwangsarbeitern nach 1945 andererseits geführt wurden. Ohne an dieser Stelle hierauf eine detaillierte Antwort geben zu wollen, sei doch die These aufgestellt, daß es beim ersten Typ – wenn auch auf andere Weise zum Ausdruck gebracht – ebenfalls um die Formulierung der Abwendung von der Geschichte ging, während das zweite Themenspektrum nicht dem deutschen Zeitgeist dieser Jahre entsprach, sondern in einem Fall „von außen“ hineingetragen wurde, im anderen als eine „verspätet“ ausgetragene Kontroverse angesehen werden kann. Insbesondere die erste Version der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ erweckt den Eindruck, sie sei ein letzter Aufmerksamkeit erregender Teil der vom 68er Geist geprägten Auseinandersetzungen. In ihrer zweiten Fassung verschaffte sie nicht nur der Politik die Gelegenheit, das längst wissenschaftlich wie allgemein gesellschaftlich entzauberte Totem der „sauberen Wehrmacht“ aufzuheben, sondern auch die erinnerungspolitischen Modernisierungen vorzunehmen, ohne die neue Kriege zweifellos sehr viel schwieriger zu legitimieren gewesen wären. Insofern enthält die Zeit des Bruchs mit der aus der Geschichte resultierenden Pflicht und Verantwortung auch Momente [9:] nachholender Reformen, ohne die eine „neue Unbekümmertheit“, wie Gerhard Schröders Haltung gegenüber der Geschichte charakterisiert wurde, nicht möglich gewesen wäre.<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Edgar Wolfrum: *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2002, S. 140. Helmut König/Michael Kohlstruck/Andreas Wöll erklären in Verkennung der gesellschaftlich-politischen Aufgabenstellung ausgerechnet 1998 sogar die geschichtspolitische Abwendung für legitim: „Mittlerweile hat sich das Schwergewicht von der materiellen, entscheidungs- und ressourcenbezogenen Politik zu den diskursiven und symbolischen Dimensionen der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus verlagert. Im gleichen Zug hat sich der Diskurs über eine angemessene Auseinandersetzung mit der NS-Zeit um eine selbstreflexive Schicht angereichert (...) Mehr als 50 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus kann von einem aktuellen politischen Handlungsbedarf zur Bewältigung dieser Vergangenheit kaum noch die Rede sein.“ Einleitung der Herausgeber, in: *Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 11 f.

<sup>8</sup> Die Verschiebungen dieser Zeit zeigen sich auch an der Goldhagen-Debatte, in der – worauf Gerd Wiegel zu Recht hinwies – vor allem sich die journalistischen und wissenschaftlichen Kritiker gegen Goldhagen positionierten, die im Historikerstreit gegen Nolte aufgetreten waren, während die Leser das Buch kauften und verschlangen. „Die konservative Rechte war in dieser Debatte so gut wie nicht zu vernehmen, und die Vehemenz der Reaktionen auf die Wehrmachtsausstellung steht in einem merkwürdigen Gegensatz zum nahezu einhelligen Schweigen hier. Die Vermutung liegt nahe, daß die bis weit ins linksliberale Lager geäußerte Kritik an Goldhagen und vor allem der geschichtspolitische



## „Unfinished Business“ und die Aufarbeitung „nationaler Nachkriegsmythen“. Deutsche Reaktionen auf internationale Anstöße

Helmut Kohl hatte zwar den US-Präsidenten Bush sen. dafür gewinnen können, das Thema Reparationen und Entschädigung aus den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen herauszuhalten, aber die USA gehörten zum Kreis derjenigen, die dann bilateral sehr schnell Entschädigungszahlungen einforderten. So wurden – von der Öffentlichkeit kaum bemerkt – zwei Entschädigungsabkommen getroffen.<sup>9</sup> Doch waren diese eher ein Indikator für Positionsverschiebungen als eine Ankündigung der kommenden Ereignisse. Sogar in den US-Regierungskreisen selbst scheint die künftige Entwicklung nicht das Resultat eines ausgefeilten Plans gewesen zu sein, sondern eher ein Ergebnis aus dem Zusammenwirken unterschiedlicher Ansätze und Ereignisse. So schreibt William Z. Slany, Historiker des State Departments und verantwortlich für die Eisenstat-Reports, rückblickend aus der Insider-Perspektive: „Like other remarkable episodes in the history, the movement for Holocaust-era restitution in the 1990s advanced as a result more of unexpected concatenations of events than of the far-sightedness of individuals.“<sup>10</sup> Es ist vermutlich durchaus richtig, daß die Ergebnisse nicht absehbar waren, doch fügt sich im Rückblick das Geschehen zu einem derart stringenten Gesamtbild, daß der Eindruck entsteht, hier ginge es nach dem Ende des kalten Krieges sehr schnell auch um den Versuch, die Werteordnung der westlichen Staatenwelt weiterzuentwickeln.<sup>11</sup>

[10:] Vor allem vier Handlungsbereiche waren die Konsequenz. Zunächst standen die frühen neunziger Jahre im Zeichen der beginnenden Rückforderung jüdischen Eigentums in den osteuropäischen Staaten durch den World Jewish Congress. Er hatte die Unterstützung der US-Regierung gefunden, die damit zugleich das Vorhaben verband, die Rechtsstellung des Privateigentums auf internationaler Ebene zu stärken. Das Stichwort „Raubgold“, zunächst speziell bezogen auf das Verhalten Schweizer Banken, leitete dann auf Initiative der USA mit den Konferenzen in London und Washington zur allgemeinen Thematisierung bisher unberücksichtigter Entschädigungs- und Rückerstattungsfragen über. Gesondert hiervon wurde mit der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung über die Entschädigung derjenigen verhandelt, die in der Nazizeit Zwangsarbeit leisten mußten. In Stockholm ging es 2001 schließlich um die weltweite Erinnerung an den Holocaust und den Versuch, vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund Maximen für eine international akzeptierte Menschenrechtspolitik zu formulieren.<sup>12</sup>

---

Subtext vieler Kritiken eben das leistete, was von einer neokonservativen Kritik zu erwarten gewesen wäre.“ Gerd Wiegel: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie, Köln 2001, S. 208. Gleichwohl war es die letzte große Debatte über Nazitäter. Denn spätestens nach Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ machte nicht zuletzt Bundeskanzler Schröder durch seine Haltung zur Flick-Bildersammlung deutlich, daß die Zeit von individueller Schuld und Verantwortung vorbei sei.

<sup>9</sup> Siehe Anmerkung 6, hier Goschler, Schuld, S. 436 f.

<sup>10</sup> William Z. Slany: The State Department, Nazi Gold and the Search for Holocaust Assets, in: Holocaust Restitution. Perspectives on the Litigation and Its Legacy, hg. von Michael. J. Bazylar und Roger P. Alford, New York/London 2006, S. 30. [„Wie andere bemerkenswerte Episoden in der Geschichte war auch die Bewegung für die Wiedergutmachung des Holocausts in den 1990er Jahren eher das Ergebnis einer unerwarteten Verkettung von Ereignissen als das Ergebnis der Weitsicht einzelner Personen.“]

<sup>11</sup> Siehe zum Beispiel Madeleine K. Albright: Building a Framework for American Leadership in the 21st Century, in: United States Department of State Dispatch, Vol. 8, Num. 2, 1977, S. [10:] 3-9. Man muß wohl den Vietnamkrieg als Scheitern des Versuchs, traditionelle europäische Kolonialpolitik unter dem Vorzeichen der Blockkonfrontation weiterzuführen, und die „Civil Rights“-Bewegung, durch die in einem Prozeß gesellschaftlicher Konfrontationen der innergesellschaftliche Rassismus zurückgedrängt werden konnte, als zentrale Ausgangspositionen nennen, um zu verstehen, warum eine solche Perspektive eine derart große gesellschaftliche Relevanz bekommen konnte. Vor diesem Hintergrund hatten es jüdische Organisationen in den USA vermocht, den Holocaust und die unzureichenden politisch-gesellschaftlichen Reaktionen nach 1945 in die öffentliche Wahrnehmung einzuführen. Siehe hierzu Jan Surmann: „Unfinished Business“ und Holocaust-Erinnerung. Die US-Geschichtspolitik der neunziger-Jahre zwischen „Holocaust-era assets“ und Menschenrechtsdiskurs, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Berlin 2005, Heft 4, S. 345-355.

<sup>12</sup> Eine Skizze dieses Vorhabens findet sich bei Rolf Surmann: Die Entschädigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Opfern des Naziregimes. Eine erste Wertung aus Anlaß ihres intendierten Abschlusses, in: *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung*, Berlin 2006, Heft 28, S. 1-23, hier S. 9-13.

Der erste Konzentrationspunkt dieser Aktivitäten war die Londoner Raubgoldkonferenz, die vom 2. bis 4. Dezember 1997 stattfand. Nach dem Skandal wegen „nachrichtenloser Konten“ und der überraschenden Verwicklung Schweizer Banken in die internationale Vermarktung von Naziraubgold war das internationale Interesse überaus groß. Es stieg noch an, als Stuart Eizenstat im Namen der US-Regierung einen Bericht vorlegte, der bezüglich der im zweiten Weltkrieg neutralen Staaten nachwies, in welchem Ausmaß auch Regierungen, von denen dies bisher allenfalls in Spezialdiskussionen vermutet worden war, auf einer sekundären Ebene an den Verbrechen der Nazizeit beteiligt waren und wie unbehelligt sie sich nach 1945 einer Aufarbeitung entziehen konnten. Selbst die Westalliierten waren von verschiedenen Aspekten betroffen. Dazu zählte nicht nur die Großzügigkeit, mit der sie die Neutralen in der Zeit beginnender Blockkonfrontation in Eigentumsfragen behandelten. Sie fugten auch den jüdischen Opfern und ihren Vertretungen durch die unterlassene Trennung von monetärem Gold und „Opfergold“ bei den Kompensationszahlungen an internationale Notenbanken für deren [11:] von Deutschland geraubte Goldreserven<sup>13</sup> nicht nur Schaden zu, sondern behandelten sie darüber hinaus respektlos. Nicht zuletzt verfügte ihre Verteilungsinstanz Tripartite Gold Commission selbst in den neunziger Jahren immer noch über Goldbestände. Es ging in London und dann ein Jahr später in Washington also nicht allein um Entschädigung und Restitution, sondern auch um Fehlentscheidungen, Unterlassungen und Betrugshandlungen, die Konzeption und Durchführung der Nachkriegsentscheidungen beeinträchtigt hatten.

Deshalb betrieben Eizenstat und etliche andere Engagierte – in der US-spezifischen Diktion – einen „Crusade for Justice“ –, der den letzten noch lebenden Naziverfolgten die Achtung erweisen sollte, die vielen von ihnen ein Leben lang verweigert worden war. Damit sollte, wie Eizenstat im Vorwort zu dem nach ihm benannten ersten Bericht ausführte, auch ein Beitrag dazu geleistet werden, der jüngeren Generation ein tieferes Verständnis der Naziverbrechen im 20. Jahrhundert zu ermöglichen.<sup>14</sup> Letztlich wurde an die Bereitschaft zu einer moralischen Anstrengung appelliert, die über materielle Aufrechnungen hinaus in der Lage sein sollte, Fehler und Versäumnisse einzugestehen, die den Beteiligten in unterschiedlichem Maße nach 1945 „unterlaufen“ waren.

---

<sup>13</sup> Die Alliierten unterschieden zwischen monetärem und nicht-monetärem Gold, wobei das monetäre Gold vor allem aus der Plünderung der Notenbanken überfallener Staaten stammte, während das nicht-monetäre Gold – auch als „Opfergold“ bezeichnet – den Verfolgten direkt geraubt wurde, selbst noch in den Ghettos und Vernichtungslagern zum Beispiel in der Form von Zahngold. Unter den Bedingungen des kalten Krieges gaben die West-Alliierten aus strategisch-politischen Gründen der Restitution von monetärem Gold Vorrang und verwendeten dabei in Barren geschmolzenes „Opfergold“.

<sup>14</sup> „The end of Cold War gave us the chance to examine issues long published to the background. (...) As Holocaust survivors come to the end of their lives, they have an urgent desire to ensure that long-surpressed facts come to light and see a greater degree of justice to assuage, however slightly, their sufferings. And a younger generation seeks a deeper understanding of one of the most profound events of the twentieth century as we enter the twenty-first.“ [„Das Ende des Kalten Krieges hat uns die Möglichkeit gegeben, Themen zu untersuchen, die lange Zeit in den Hintergrund gedrängt wurden. (...) Die Überlebenden des Holocaust haben am Ende ihres Lebens den dringenden Wunsch, daß lange verdrängte Tatsachen ans Licht kommen und daß ein größeres Maß an Gerechtigkeit ihr Leid, wenn auch nur geringfügig, lindert. Und eine jüngere Generation sucht zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts nach einem tieferen Verständnis für eines der tiefgreifendsten Ereignisse des zwanzigsten Jahrhunderts.“] So Stuart Eizenstat im Vorwort zu *U.S. and Allied Efforts To Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II. Preliminary Study. Coordinated by Stuart E. Eizenstat. May 1997*, S. IV (Forword). In seinem Beitrag zur Eröffnung der Londoner Goldkonferenz betonte er noch einmal den Aspekt der Aktualität der historischen Verantwortung gegenüber der Geschichte, den Prinzipien der Gerechtigkeit und speziell gegenüber den Opfern der Nazidiktatur vor dem Hintergrund der Zeitenwende: „Ladies and gentlemen, as we approach not only the end of a century but the beginning of a new millennium, we must meet our collective responsibility to history, to justice, and to the victims and survivors whom we must never forget.“ [„Meine Damen und Herren, da wir uns nicht nur dem Ende eines Jahrhunderts, sondern auch dem Beginn eines neuen Jahrtausends nähern, müssen wir unserer kollektiven Verantwortung gegenüber der Geschichte, der Gerechtigkeit und den Opfern und Überlebenden gerecht werden, die wir niemals vergessen dürfen.“] *Opening Plenary Statement by Stuart Eizenstat*, in: *Foreign & Commonwealth Office: Nazi Gold. The London Conference. 2-4 December 1997*, London 1998, S. 10. Kolonialverbrechen und Greuelthaten gegen die autochthone Bevölkerung europäisch besiedelter/überfallener Gebiete wurden in diesem Zusammenhang nicht thematisiert.

Die weltweite Reaktion war immens. Über vierzig Staaten nahmen an der Konferenz teil, staatliche Untersuchungskommissionen wurden gegründet. Hieraus darf allerdings nicht geschlossen werden, hierin drücke sich allein große Zustimmung zu der von den USA und Großbritannien getragenen Initiative aus. Vielmehr zog einige Staaten nach der Vorlage des ersten Eisenstat-Berichts ihre eigenen Untersuchungsergebnisse zurück, weil sie die dort veröffentlichten Ergebnisse nicht anerkannten und sich mit ihrem eigenen Bericht keine Blöße geben wollten. Auch die Ergebnisse der Konferenz waren zunächst zwiespältig.<sup>15</sup> Dennoch gelang es der US-Regierung letztlich, ihr Vorhaben im großen und ganzen durchzusetzen.

Für die Bundesregierung war die US-Initiative nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag eine zweite Chance, sich den von ihr zu verantwortenden Versäumnissen und dezidierten Verweigerungen zu stellen. Doch allein an ihrem formalen Auftreten in London ließ sie erkennen, daß sie hieran nicht interessiert war. Während andere Staaten teilweise auf Ministerebene vertreten waren, reaktivierte sie den pensionierten Botschafter Hans-Werner Lautenschlager und stellte ihm den Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller<sup>16</sup>, zur Seite. Deren Auftritte können nur als politische gewertet werden, die lediglich das Ziel hatten, die Einbeziehung Deutschlands in das Konferenzthema zu vermeiden.

Beide Redner stellten die deutschen Leistungen in den Vordergrund. Botschafter Lautenschlager verwies auf die Restitutions- und Entschädigungsgesetzgebung der Bundesrepublik und versuchte, sie bezüglich der in London verhandelten Fragen als vorbildlich darzustellen.<sup>17</sup> Er sprach jedoch insofern am Thema vorbei, als nicht zur Debatte stand, ob die Bundesrepublik Deutschland restitutions- und entschädigungspolitische Anstrengungen unternommen habe, sondern ob diese der Aufgabenstellung gerecht geworden seien. Angesichts der politischen Vorgaben war wohl nichts anderes zu erwarten. Da aber selbst die Westalliierten ihre Politik nach 1945 der Kritik unterwarfen, wäre es eigentlich angemessen gewesen, wenn sich die deutsche Politik auf ähnliches vorbereitet hätte. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Konsequenzen für die deutsche Regierung ungleich weitreichender gewesen wären.

Horst Möller schlug in seinem Beitrag den Bogen weiter. Er wies zunächst auf die Aufgabenstellung des von ihm geleiteten Instituts hin und konstatierte allgemein, die Gesamtzahl der einschlägigen Untersuchungen sei legendär, um schließlich die Recherchearbeit der Zentralen Stelle für die Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg als Beispiel für das große öffentliche Interesse an diesen Themen hervorzuheben. Als Höhepunkte der öffentlichen Debatte nannte er den Auschwitz- sowie den Majdanek-Prozeß, den vom Fernsehen ausgestrahlten Holocaust-[13:]Film und Ereignisse wie die fünfzigsten Jahrestage der Beendigung des zweiten Weltkrieges und der Nürnberger Prozesse. Hiernach leitete er mit der Frage nach den Gründen für die unterschiedliche Aufmerksamkeit gegenüber verschiedenen Themenkomplexen zum Konferenzthema über. Als Ursache für mangelnde gesellschaftliche Wahrnehmung sah er allgemein nicht bearbeitete oder noch gesperrte Quellen und Veränderungen des öffentlichen und akademischen Interesses. Speziell führte er dann an: „1. the Tripartite Commission for the Restitution of Monetary Gold set up by the three Western Allies on 27 September 1946 had already begun to classify and seek the return of the looted gold; 2. 98.6 % of the gold still hidden in Germany after the war had already been confiscated by the Americans so that no looted gold remained in Germany itself; and 3. to this day still, not all files outside Germany are accessible.“<sup>18</sup> Schließlich erläuterte er eingehend die Bedeutung, die der Raubgoldhandel generell

---

<sup>15</sup> Siehe Rolf Surmann, Dieter Schröder: Die Londoner Raubgoldkonferenz. Eine mißlungene Inszenierung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/1998, S. 1049-1052, wiederabgedruckt in: Rolf Surmann, Dieter Schröder (Hg.): *Der lange Schatten der NS-Diktatur. Texte zur Debatte um Raubgold und Entschädigung*, Hamburg/Münster 1999, S. 27-31.

<sup>16</sup> Möller wurde nicht zuletzt als Herausgeber des Buches „Der rote Holocaust und die Deutschen“, München 1999, bekannt.

<sup>17</sup> Siehe Germany. Introductory Statement Dr. Hanns-Werner Lautenschlager, in: Foreign & Commonwealth Office: *Nazi Gold*, S. 279.

<sup>18</sup> Siehe Germany. Statement Prof. Dr. Horst Möller, in: Foreign & Commonwealth Office: *Nazi Gold*, S. 280-285, hier S. 280 f. [„1. die von den drei westlichen Alliierten am 27. September 1946 eingesetzte Dreier-Kommission für die Rückgabe von Währungsgold hatte bereits mit der Klassifizierung und Rückgabe des Raubgoldes

und speziell der mit der Schweiz (sic!) für das Nazi-Regime hatte, resümierte die spärliche Literatur, um dann die deutschen, im Westen zugänglichen Quellenbereiche zu nennen, die zur Aufklärung des internationalen Raubgoldhandels beitragen könnten. Er schloß mit dem Satz: „Finally, the records of the still operating Tripartite Commission in Brussels to which Smith was denied access before 1989 and to which access is probably still denied, are essential to the precise clarification of the reimbursement problem surrounding the looted gold.“<sup>19</sup>

Die Rede Möllers habe ich deshalb so detailliert wiedergegeben, weil an ihr ein Muster der Verantwortungsabwehr auf wissenschaftlicher Ebene erkennbar wird. Lautenschlager entwickelt auf politische, Möller auf wissenschaftliche Weise zunächst den Habitus des Unbeteiligten. Beim Botschafter ist es der Hinweis auf die einschlägige Bundesgesetzgebung, die angeblich bereits in die Tat umgesetzt habe, was in London erst begonnen werden soll. Der Wissenschaftler hebt die deutschen Forschungsleistungen und das große Interesse der Öffentlichkeit an ihren Ergebnissen, speziell auch an der Strafverfolgung der Täter hervor. In der Regel liest man das jedoch anders. Zwar konstatierte Hermann Lübke für die fünfziger Jahre als Kernzeit der großen geschichtspolitischen Entscheidungen, die u. a. gerade von weitreichender Amnestierung geprägt war, das „Beschweigen“ als von ihm positiv bewertete Grundhaltung<sup>20</sup>, während korrespondierend etwa Dolf Sternberger kritisch von der „vitale(n) Vergeßlichkeit“ sprach.<sup>21</sup> „Stille“ zumindest hinsichtlich eigener Schuld und Verantwortung herrschte jedoch zweifellos. Auch hinsichtlich der Veränderungen Ende der fünfziger Jahre kann nicht einfach [14:] von einer allgemein größeren Bereitschaft zur Aufarbeitung gesprochen werden. So schreibt Clemens Vollnhals über die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die von Möller genannten Prozesse: „Die NS-Prozesse riefen in der deutschen Öffentlichkeit ein eher negatives Echo hervor. Im August 1958 plädierten 34 Prozent, wie Umfragen des Allensbacher Instituts ergaben, für einen ‚Schlußstrich unter die Vergangenheit‘, während 54 Prozent für eine weitere Strafverfolgung eintraten. Im Oktober 1963 sprachen sich hingegen 54 Prozent und im Januar 1965 52 Prozent für einen ‚Schlußstrich‘ aus, während 34 bzw. 38 Prozent meinten, aufgespürte NS-Verbrecher müßten bestraft werden.“<sup>22</sup> Der Hinweis allein auf öffentliches Interesse und Debatten ist deshalb wenig aufschlußreich. Hinsichtlich der Strafverfolgung selbst zeigt zum Beispiel die heute noch andauernde Diskrepanz zwischen den Verurteilungen deutscher Kriegsverbrecher in Italien und der weitgehenden Untätigkeit deutscher Behörden, daß hier bis heute ein Spannungsverhältnis besteht. Grundsätzlich ist zudem die kommentarlose Erwähnung des 50. Jahrestags der Nürnberger Prozesse erstaunlich. Denn sie hätte erst Informationswert, wenn hinzugefügt würde, daß sich die Bundesrepublik immer geweigert hat, deren Rechtsmaximen zu übernehmen und statt dessen das Rückwirkungsverbot aufrechterhielt. Sie schaffte damit bekanntlich die rechtspolitischen Voraussetzungen für die Straffreiheit selbst schlimmster Naziverbrecher. Das Versagen der bundesdeutschen Justiz ist vor der Möller-Rede von Norbert Frei in der erwähnten Studie grundsätzlich aufgearbeitet worden<sup>23</sup>, Möller fällt hinter diesen Forschungsstand zurück.

---

begonnen; 2. 98,6 % des nach dem Krieg noch in Deutschland verborgenen Goldes waren bereits von den Amerikanern beschlagnahmt worden, so daß in Deutschland selbst kein Raubgold mehr verblieb; und 3. bis heute sind nicht alle Akten außerhalb Deutschlands zugänglich.“]

<sup>19</sup> Germany. Statement Prof. Dr. Horst Möller, in: Foreign & Commonwealth Office: Nazi Gold, S. 285. [„Schließlich sind die Unterlagen der immer noch arbeitenden Tripartiten Kommission in Brüssel, zu denen Smith vor 1989 keinen Zugang hatte und zu denen er wahrscheinlich immer noch keinen Zugang hat, für die vorgängige Klärung des Rückerstattungsproblems im Zusammenhang mit dem geraubten Gold unerlässlich.“]

<sup>20</sup> Hermann Lübke: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: *Historische Zeitschrift*, 236/1983, S. 579-599.

<sup>21</sup> Eine Literaturübersicht gibt Norbert Frei in der Einleitung zu seiner Studie: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 8-17.

<sup>22</sup> Clemens Vollnhals: *Zwischen Verdrängung und Aufklärung. Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in der frühen Bundesrepublik*, in: Ursula Büttner (Hg.): *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*, Hamburg 1992, S. 374.

<sup>23</sup> Vgl. auch Kerstin Freudinger: *Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Versuch einer Bilanz*, Tübingen 2002.

Beachtung verdient auch der – im Hinblick auf die Ursachen für die mangelnde Beachtung der Raubgold-Problematik kryptische- Satz, die Alliierten hätten nach 1945 so gut wie alles vorgefundene Gold an sich genommen. Das mag tatsächlich so gewesen sein. Doch hat sich das Thema für die deutsche Geschichtspolitik damit nicht erledigt. Es wäre durchaus interessant gewesen, die Spur des Raubgoldes zu verfolgen, das ab 1939 von deutschen Behörden geraubt, von Firmen wie der Degussa eingeschmolzen und von Finanzinstituten wie der Deutschen und Dresdner Bank in den internationalen Handel eingeschleust wurde. Erinnert sei in diesem Kontext zudem an das von Raul Hilberg grundsätzlich offengelegte Verhältnis von Raub und Vernichtung.<sup>24</sup> Versuche, im Hinblick auf Opfergold diesen Aspekt in zeitlicher Nähe zur internationalen Debatte zu konkretisieren, wurden von der Degussa durch Verweigerung der weiteren Archivbenutzung gegenüber dem Privatforscher Hersch Fischler vereitelt.<sup>25</sup> Wie in einem Recherchebericht [15:] des Bundesarchivs eingestanden werden mußte, waren entscheidende Quellen über die Lieferungen von Opfergold an die Reichsbank nicht mehr auffindbar, obwohl die Akten von den Alliierten zur dauernden Aufbewahrung übergeben worden waren.<sup>26</sup> Die Deutsche Bank schließlich hatte von einer Forschergruppe ihre Firmengeschichte aufwendig und teuer darstellen lassen. Allerdings war der Forschungsgruppe der Fehler unterlaufen, daß sie die Rolle der Bank beim Raubgoldhandel übersehen hatte. Deshalb mußte angesichts der weltweiten Auseinandersetzung eiligst ein Nachtragsband erstellt werden.

Möller konnte nicht voraussehen, daß deutsche Banken schon sehr bald froh sein würden, mit der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einen sicheren Hafen gefunden zu haben. Er hielt die Rede einige Monate zuvor. Sein Hinweis auf die Bedeutung der Quellenlage für die Raubgoldfrage weist aber auf zweierlei Weise in die falsche Richtung. Zum einen wäre es sicher nicht falsch gewesen, sich mit der Quellenlage in Deutschland eingehender zu befassen als die Schlußbemerkung gegen die Tripartite Gold Commission zu richten. Zum anderen unterschätzte er den Umstand, daß die Vertretungen jüdischer Verfolgter mit Unterstützung aus der US-Gesellschaft – und nicht zeitgeschichtliche Quellen – die treibende Kraft in der weltweiten Debatte waren. Sie kämpften für „Wahrheit und Gerechtigkeit“ (Eizenstat) und konnten sie, ausgehend von ihrer Lebenserfahrung, auch zunehmend durchsetzen. Hätte Möller dies rechtzeitig erkannt, hätte er vielleicht zu einer aktiven deutschen Haltung gegenüber den aufgeworfenen Fragen – wie es ja viele andere Staaten durch die Gründung von Untersuchungskommissionen taten – beitragen können.

Ergeben sich hieraus Konsequenzen? Bezogen auf die Frühzeit der Bundesrepublik konstatiert Norbert Frei in der Einleitung seiner Studie nicht nur das angesprochene „Beschweigen“, sondern sogar einen „Triumph des ‚Beschweigens‘, dessen Ausmaß, Tiefe und Bedeutung historiographisch nicht einmal in Ansätzen erforscht ist.“<sup>27</sup> Er leitet daraus die Frage nach den „politisch-moralischen Kosten“ ab.<sup>28</sup> Joachim Pereis ist dieser Fragestellung unter dem Aspekt des Verhält-[16:]nisses von Verfassung und politischer Realentwicklung nachgegangen. Sein Ausgangspunkt ist die undifferenzierte Integration der nazistischen Funktionselemente in die bundesrepublikanische Gesellschaft. Unter Bezug auf Autoren in den USA wie Karl Loewenstein, John H. Herz und Arnold Brecht hält er die These einer Übereinstimmung von Verfassung und gesellschaftlicher Realität nur bedingt für richtig.

---

<sup>24</sup> Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1990.

<sup>25</sup> Fischler war nicht nur der Nachweis gelungen, daß die Firma Opfergold eingeschmolzen hatte, sondern er konnte auch beweisen, daß die zuständigen Mitarbeiter dessen Anlieferung [15:] aus dem Ghetto Litzmannstadt angefordert hatten. Allgemein zu den Forschungsergebnissen Fischlers zu diesem Thema siehe Hersch Fischler: Das Totengold der europäischen Juden und die deutschen Großbanken, in: *Sozial.Geschichte*, 13/1998, S. 146-173. Siehe auch Rolf Surmann: Amnesie der Amnesie. Die Rehabilitierung der Täter am Beispiel Degussa, in: *Konkret*, 12/2003, S. 14-15, wiederabgedruckt in: Rolf Surmann: Abgegoltene Schuld? Über den Widerspruch zwischen entschädigungspolitischem Schlußstrich und interventionistischer Menschenrechtspolitik, Hamburg/Münster 2005, S. 155-159.

<sup>26</sup> Siehe Rolf Surmann, Dieter Schröder: Opfergold und Deutungsmacht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/1998, S. 1049-1052, mit der Zusammenfassung des Rechercheberichts des Bundesarchivs wiederabgedruckt in: Surmann/Schröder, Schatten, S. 33-38.

<sup>27</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 15.

<sup>28</sup> Dieses Problembewußtsein unterscheidet ihn von einer Position, wie sie etwa Lübke vertritt, wenn er davon ausgeht, daß die „Erblast nationalsozialistischer Vergangenheit, die diese Re-[16:]publik zu tragen hatte, (...) ihr (...) nicht hinderlich gewesen (ist).“ Lübke, Nationalsozialismus, S. 599.

Das zentrale Problem sieht er „in der Fortexistenz einer autoritären, den Staatsapparat überhöhenden Vorstellungswelt, in der die Geltung der Grundrechte – vom Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit bis zum Gleichheitsgrundsatz – zugunsten eines souveränen, herrschaftstechnischen Rechts zurückgedrängt wurde.“<sup>29</sup> Die Konsequenz sind Blockaden hinsichtlich der Ahndung nazistischer Staatsverbrechen. Da kein Richter oder Staatsanwalt für die Zerstörung liberal-rechtsstaatlicher Positionen zur Verantwortung gezogen wurde, ergibt sich für ihn im Umkehrschluß, daß die Gültigkeit der nationalsozialistischen Rechtsordnung im Hinblick auf die nazistische Justiz aufrechterhalten wurde. Das hatte natürlich Auswirkungen auf die Anerkennung nazistischer Verfolgungsmaßnahmen<sup>30</sup> und – wie hinzuzufügen ist – auf das Recht der Verfolgten, entschädigt zu werden. Auch gegenwartsbezogene Entscheidungen waren, nicht zuletzt durch die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, betroffen. Während die Gerichte sich bei Nazigewalttätern auf die subjektiven Aspekte der Tat bezogen und etwa durch unterstellten Verbotsirrtum zu einem Freispruch kamen, bezogen sie sich im politischen Strafrecht zum Beispiel gegen Kommunisten nach dem KPD-Verbot auf den Organisationszusammenhang, um qua Partei- oder sonstiger Organisationszugehörigkeit Verfassungsfeindlichkeit unterstellen und auf dieser Grundlage verurteilen zu können.<sup>31</sup>

Zu Recht weist Perels abschließend darauf hin, daß sich die Haltung gegenüber nazistischen Verbrechen in der Justiz geändert hat. Ein Beispiel ist für ihn das Urteil des Bundesgerichtshofs von 1995, in dem dieser u.a. der Bezeichnung der Wehrmachtjustiz als Blutjustiz zustimmt. Er zieht aus der Gesamtentwicklung den generalisierenden Schluß: „Deserteure, Kriegsdienstverweigerer, Widerstands-[17:]kämpfer, Zwangsarbeiter besitzen nun unverrückbare Rechtspositionen, die ihnen von der Nachkriegsjustiz abgesprochen wurden.“<sup>32</sup> Im Vorwort zu seinem Buch weist die ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin zudem auf das vom Bundestag 1998 beschlossene Gesetz zur Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen in der Strafrechtspflege hin. Das sind zweifellos wichtige Meilensteine der Aufarbeitung, die jedoch in zeitlicher Hinsicht erstaunlich nah an unserer Gegenwart liegen. Das angesprochene Gesetz wurde zum Beispiel ein Jahr nach Horst Möllers Rede in London verabschiedet.

Vielleicht ist es deshalb sinnvoll, auch die Frage nach der Bedeutung von „Einschleifspuren“ zu stellen, die sich aus dem Jahrzehnte währenden Fortbestand nicht zuletzt nazistischer Rechtspositionen ergeben haben könnten. Doch wird eine Wertung noch komplizierter, je detaillierter die angeführten Entscheidungen betrachtet werden:

– So ist die Verurteilung der Wehrmachtjustiz durch den Bundesgerichtshof keine eigenständige Entscheidung, sondern eine Hilfsargumentation, die notwendig war, um einen ehemaligen DDR-Richter wegen dessen Mitwirkung an einem Todesurteil mit politischem Einschlag schuldig sprechen zu können. Hätte man diese Passage nicht eingefügt, wäre ein offenkundiger Widerspruch in der Rechtsprechung nicht zu übertünchen gewesen. Zwar setzte dieses Urteil neue rechtliche Akzentsetzungen fort, wie sie zum Beispiel 1991 am Urteil des Bundessozialgerichts deutlich wurden, als dieser die Rentenklage einer Klägerin positiv beschied, doch handelte es sich hier nicht um eine explizite (Selbst-)Korrektur früherer Entscheidungen.

– Auch die Annahme, Deserteure oder Zwangsarbeiter besäßen nun „unverrückbare Rechtspositionen“, entspricht nicht den Gegebenheiten. Deserteure und andere von der Wehrmachtjustiz Verfolgte

---

<sup>29</sup> Joachim Perels: Die Nachwirkungen der NS-Diktatur im demokratischen Rechtsstaat, in: Joachim Perels: Das juristische Erbe des „Dritten Reiches“. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt/New York 1999, S. 11-38, hier S. 20. Siehe auch Joachim Perels: Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004.

<sup>30</sup> „Diese Suspendierung der demokratischen Rechtsordnung im Blick auf die Bewertung der nationalsozialistischen Justizverbrechen hatte zur Konsequenz, daß die justizielle Ausschaltung von Widerstandskämpfern, die rassenpolitische Verfolgung der Juden, die Anwendung des ‚Blutschutzgesetzes‘, die Handhabung der terroristischen Polenstrafrechtsverordnung von 1941 durch die Sondergerichte, der Einsatz des Militärstrafrechts gegen politische Oppositionelle grundsätzlich für rechtmäßig erklärt wurde.“ Perels, Erbe, S. 23 f. Siehe auch Joachim Perels: Die schrittweise Rechtfertigung der NS-Justiz, in Perels, Erbe, S. 181-202.

<sup>31</sup> Perels, Erbe, S. 28 f.

<sup>32</sup> Perels, Erbe, S. 36 f.

gelten zwar nicht mehr als vorbestraft, doch haben sie weiterhin keinen Anspruch auf Entschädigung als Verfolgte nach den Richtlinien des Bundesentschädigungsgesetzes. Wenn überhaupt, erhalten die letzten von ihnen noch lebenden Zahlungen nach Härterichtlinien, die einen Rechtsanspruch ausschließen und hinsichtlich laufender Zahlungen an die Bedingung der Bedürftigkeit geknüpft sind.

– Ähnliches gilt für die Zwangsarbeiter. Während die deutsche Industrie zur Voraussetzung ihrer Einzahlung in die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft „Rechtssicherheit“ als Schutz vor weiteren Klagen durchsetzte, mußten die Antragsteller schriftlich bestätigen, daß sie auf weitere Leistungen verzichten. Für sie wurde der Rechtsanspruch grundsätzlich ausgeschlossen, im Falle eines positiven Bescheids auch die Höhe der Zahlungen nicht garantiert. Beim Gesetz zur Aufhebung von NS-Unrechtsurteilen in der Strafrechtspflege wiederum wurden ausgerechnet die Deserteursurteile nur bedingt aufgehoben, indem sie lediglich ein Recht auf staatsanwaltschaftliche Nachprüfung erhielten. Erst 2002 wurde nach hartnäckigem Kampf der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz gegen die Stimmen von CDU, CSU und FDP und nach anfänglicher Weigerung der SPD – also in einer politischen Patt-Konstellation – die Einschränkung aufgehoben. Der Beschluß des Bundestags hält aber ausdrücklich fest, daß von der Wehrmachtjustiz wegen Kriegsverrats Verurteilte – dabei handelt es sich um Landesverrat im Krieg, worunter insbesondere das Überlaufen zu den Partisanen oder zu den Alliierten zählt – von einer pauschalen Rehabilitierung ausgenommen bleiben. So sind zum Beispiel Mitglieder des Nationalkomitees Freies Deutschland, sofern sie verurteilt wurden, weiterhin vorbestraft.<sup>33</sup>

Norbert Frei spricht vom „Nachwirken der ‚volksgemeinschaftlichen‘ Bindung zu Anfang der fünfziger Jahre“<sup>34</sup>, die zu der von ihm untersuchten Vergangenheitspolitik beitrug. Zu den Gründen, weswegen über Jahrzehnte hinweg Deserteure, Kriegsdienstverweigerer oder „Kriegsverräter“ nicht rehabilitiert wurden, dürfte auch zählen, daß bestimmte Momente einer solchen Einstellung bis heute nicht überwunden sind. Das Argumentationsmuster der ablehnenden Stellungnahmen im Bundestag erweckt jedenfalls diesen Eindruck. Gerade unter rechtspolitischen Gesichtspunkten ergeben sich deshalb problematische Voraussetzungen, in einer Zeit der Zuspitzung internationaler kriegsähnlicher Auseinandersetzungen, die zunehmend auch individuell als Bedrohung empfunden werden, nach verfassungsrechtlichen Grundsätzen über das juristische und polizeilich-militärische Instrumentarium für den „Ernstfall“ zu entscheiden.

Rehabilitierung und Entschädigung der in der Nazizeit Verfolgten sind bis heute nicht abgeschlossen, die Bestrafung der Täter und andere Sanktionen wie etwa die Aberkennung möglicher Rentenzahlungen auch nicht. Insbesondere am Thema „Unfinished Business“ ist darüber hinaus deutlich geworden, daß es nicht allein um das Tempo des Fortschritts in der Erinnerungs- und Geschichtspolitik geht. Die mangelnde Bereitschaft, sich den Aufgaben in London zu stellen, weist auch auf mögliche Formen eines erneuten Zurückbleibens gegenüber denjenigen hin, die ihrer Verpflichtung nachkamen. Obwohl es nach (!) der Einrichtung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft zu einem wahren Boom der Auseinandersetzung mit den Zwangsarbeitsverbrechen kam, kann eine erst auf Druck der Weltöffentlichkeit gegründete Stiftung solche Unterlassungen und die hieraus entstehenden Negativfolgen kaum ausgleichen. Wie Theodor Adorno gerade mit der Kategorie des „sekundären Antisemitismus“ herausarbeitete, gehen mit der Aufarbeitungsverweigerung komplexe Veränderungen ideologischer Dispositionen einher. Das war in den neunziger Jahren auf vielfältige Weise, nicht zuletzt [19:] am Beispiel der von der Sache her unbegründeten Zustimmung großer Teile der Gesellschaft zum Finkelstein-Pamphlet, offensichtlich.<sup>35</sup> Erst auf der Konferenz in Stockholm<sup>36</sup>, die

---

<sup>33</sup> Aktuell berät der Bundestag auf Antrag der Fraktion Die Linke erneut über die Rehabilitierung dieses Personenkreises. Siehe allgemein hierzu Wolfram Wette, Detlef Vogel (Hg.): Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat, Berlin 2007.

<sup>34</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 16.

<sup>35</sup> Siehe Lars Rensmann: Entschädigungspolitik, Erinnerungsabwehr und Motive des sekundären Antisemitismus, in: Rolf Surmann (Hg.): Das Finkelstein-Alibi. „Holocaust-Industrie“ und Tätergesellschaft, Köln 2001, S. 126-153.

<sup>36</sup> Detailliert hierzu siehe Jens Kroh: Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen, Dissertation im Druck, Campus, Frankfurt a. M.

sich mit der Verallgemeinerung der Holocaust-Erfahrung in Richtung einer „universellen Formelhaftigkeit“<sup>37</sup> befaßte, kam es auf der Ebene von Zukunftspolitik wieder zu einem engagierten deutschen Mitwirken, was sich äußerlich daran zeigte, daß diesmal Kulturstaatsminister Naumann und Bundeskanzler Schröder anwesend waren und Reden hielten.

### **Neue Blickrichtung. Die Enquete-Kommissionen des Bundestags zur „SED-Diktatur“ als neue erinnerungspolitische Grundlegung**

Der erinnerungspolitische Dezinismus Kohls („Da soll es hin!“) ist berüchtigt<sup>38</sup>, seine im Widerspruch zum damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker entwickelte Politik der Normalisierung deutscher Geschichte unter nationalen Vorzeichen galt vielen als Provokation.<sup>39</sup> Wie sehr er sich selbst in einer Frontstellung sah, zeigt sich daran, daß er die Projekte Neue Wache und Haus der Geschichte auf dem Verordnungsweg initiierte. Die gesellschaftlichen Widerstände gegen diesen Ansatz waren zweifellos beträchtlich. Sie kommen nicht zuletzt in dem Umstand zum Ausdruck, daß der Historikerstreit als paralleler Versuch der [20:] Entlastung deutscher Geschichte mit einer Niederlage der konservativen Protagonisten endete. Die Entscheidung brachten weder wissenschaftliche Forschungsergebnisse noch gesellschaftliche Auseinandersetzungen, sondern eine Machtverschiebung im weltpolitischen Ausmaß: der Zusammenbruch des politisch konkurrierenden osteuropäischen Staatensystems, der für die Bundesrepublik die „Wiedervereinigung“ ermöglichte.

Es bedarf keiner Frage, daß die Sieger zu klären hatten, wie sie mit diesem als Stachel im eigenen Fleische empfundenen Gegner umgehen wollten. Der Punkt mußte vor dem Hintergrund entschieden werden, daß sie den Verlierer zwar zuvor mit unterschiedlichen Strategien bekämpft, aber prinzipiell als gleichwertig behandelt hatten, was dann nicht zuletzt politische Eifersüchteleien zur Folge hatte.<sup>40</sup> Der eingeschlagene Weg war schließlich eine fulminante geschichtspolitische Definitionsoffensive, angesichts derer ein Kohl als pfadsuchender Einzelgänger erscheint. Der Bundestag beschloß gleich zwei Enquete-Kommissionen in der 12. und 13. Legislaturperiode, die sich mit der „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ und der „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ auseinandersetzten und inklusive der zustande gekommenen Nebenprodukte<sup>41</sup> einige Dutzend dokumentierende Bücher zur Folge hatten. Der Eifer

---

<sup>37</sup> „Wenngleich sich die Deutschen hier als Vorreiter betätigten, so zeigt sich an diesem Beispiel auch eine globale Tendenz: Geschichtsbilder über das nationalsozialistische Menschheitsverbrechen werden in die Richtung universeller Formelhaftigkeit und Abstraktion getrieben. Die Globalisierung des Holocaust-Gedächtnisses als abstrakte Formel kann somit umstandslos von der internationalen Tagespolitik vereinnahmt werden, was aber oftmals auch zu einer Banalisierung des realen Ereignisses Holocaust führt.“ Wolfrum, Geschichte, S. 140. Grundsätzlich kritisch: Re-presenting the Shoah for the twenty-first century, hg. von Ronit Lentin, o. O. 2004.

<sup>38</sup> Weniger spektakulär, aber im selben apodiktischen Habitus formuliert ist der seine Politik der „geistig-moralischen Wende“ konkretisierende Satz aus seiner ersten Regierungserklärung: „Zur Erneuerung gehört die Besinnung auf die Geschichte.“ Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, in: *Bulletin der Bundesregierung*, 93/1982, S. 866.

<sup>39</sup> Eine überzeugende Untersuchung der Kohlschen Erinnerungspolitik hat Sabine Moller unter dem Titel „Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl“ (Frankfurt 1998) vorgelegt. Sie geht von der These aus, „daß der Nationalsozialismus in der geschichtlichen Darstellung systematisch entkonkretisiert wird. Für die Gestaltung der Neuen Wache bedeutet dies, daß eine konkrete Benennung der im Nationalsozialismus zum Feind Erklärten und schließlich Ermordeten aus dem Kern der Gedenkstätte verbannt wird. Vom Geschehenen wird unter Berufung auf einen Versöhnungsanspruch abstrahiert, um die institutionelle Einbindung (hier vor allem der Wehrmacht) in die Verfolgungs- und Vernichtungsmaschinerie des ‚Dritten Reiches‘ unreflektiert zu lassen. Entkonkretisierung bedeutet für das Haus der Geschichte, daß die Kontinuität der Funktionseliten des ‚Dritten Reiches‘ in die Bundesrepublik ignoriert bzw. entproblematisiert wird.“ (S. 12)

<sup>40</sup> Dieser Umstand schlägt sich nachträglich in dem vor allem von CDU/CSU und SPD ausgetragenen Streit darüber nieder, wer von ihnen das Projekt eines einheitlichen deutschen Nationalstaats tatsächlich aufgegeben hätte.

<sup>41</sup> Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, neun Bände in 18 Teilbänden, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden und Suhrkamp Frankfurt a. M. 1995 sowie Materialien der Enquete-Kommission Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, acht Bände in 14 Teilbänden, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden und Suhrkamp Frankfurt a. M. 1999. Aus dem Umkreis der SPD-Fraktion wurde zu den Schwerpunktthemen gesondert veröffentlicht: *Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft. Ausgewählte Dokumente*,



wurde gerne mit der Absicht gerechtfertigt<sup>42</sup>, nicht ein zweites Mal den Fehler mangelnder Aufarbeitung einer „Diktatur“ machen zu wollen. Die Formulierung legt den Eindruck nahe, als hätten wir es mit [21:] souveränen Akteuren zu tun. Doch die vorstehenden Ausführungen haben bereits gezeigt, daß die „Sieger der Geschichte“ immer noch widerwillig damit beschäftigt waren, sich mit ihrer letzten weltgeschichtlichen Niederlage auseinanderzusetzen, indem sie Strategien zur Vermeidung der international eingeforderten Verantwortung für die Verbrechen in der Nazizeit entwarfen.<sup>43</sup> Besondere Schärfe bekam die Situation noch dadurch, daß die antikommunistische Grundorientierung nach 1945 ein zentrales Denkmuster war, um die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft unter den Vorzeichen des kalten Krieges in die westliche Wertegemeinschaft zu integrieren. Und über eben diesen Gegner, der spätestens seit 1917/1918 als der Feind schlechthin gegolten hatte, wollte man nun urteilen. Insofern ist es speziell aus der wissenschaftlichen Perspektive nicht nachzuvollziehen, daß kaum jemand ernsthaft versuchte, die eigene politisch-ideologische Position zu reflektieren und das Vorhaben – wenn es denn unausweichlich schien – zumindest auf die Fragestellungen zu beschränken, deren Beantwortung dringende staatliche Handlungsanforderungen notwendig machten. Alles Weitere der gesellschaftlichen Auseinandersetzung hätte an den Orten stattfinden können, die hierfür über eine spezifische Kompetenz verfügen. Doch man entschied sich, den Triumph auszukosten.

Die Ergebnisse waren einschneidend. Zwei von ihnen treten besonders hervor. Zunächst fand ein Wechsel bezüglich der erinnerungs- und geschichtspolitisch handelnden Gruppen und Personen statt. Während die politische Kultur der Bundesrepublik über Jahrzehnte von den oft minoritär bleibenden Vorhaben und Projekten der Organisationen von Verfolgten und Antifaschisten, gesellschaftlichen Initiativen oder Geschichtswerkstätten geprägt war, trat jetzt die Politik in Gestalt des Bundestags an ihre Stelle. Er beschloß die Einrichtung von Enquete-Kommissionen<sup>44</sup>, legte ihren Arbeitsauftrag fest, stellte den Themenkatalog zusammen, schickte nach dem Parteienproporz Abgeordnete in die Kommissionen, bestimmte den Vorsitzenden (einen Bundestagsabgeordneten), wählte die anzuhörenden Wissenschaftler und sonstigen Personen von Interesse aus, gab dem Vorsitzenden das Recht zur Abgabe eines orientierenden Eingangstatements, ließ ihn dem Kreis der Anzuhörenden einen spezifizierten Fragenkatalog vorlegen, stimmte über das zustande gekommene Geschichtsbild ab und billigte es schließlich beinahe einstimmig.<sup>45</sup>

---

Zeitzeugenberichte und Diskussionen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages 1992-1994 in vier Bänden, hg. von Ingrid Drechsler, Bernd Faulenbach, Martin Gutzeit, Markus Meckel und Hermann Weber, Bd. 1-4, München 1997. Zur ersten Enquete-Kommission siehe auch Michael Schöngarth: Die Totalitarismuskommision in der neuen Bundesrepublik 1990-1995, Köln 1996.

<sup>42</sup> Zu den persönlichen Motiven siehe Karl Heinz Roth: Der Einfluß der Totalitarismustheorie auf die Bundestags-Enquete „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ und ihre Auswirkungen auf die politische Kultur der Bundesrepublik, in: Karl Heinz Roth: Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie, Hamburg 1999, S. 49-117. Roth geht insbesondere auf die prekäre Situation junger Historiker in der Bundesrepublik ein und leitet hieraus ihren Drang zur Profilierung hinsichtlich der definierten Themen ab, um im Zuge der Evaluierung ostdeutscher Forschungseinrichtungen freigewordene Arbeitsplätze besetzen zu können.

<sup>43</sup> Daß die DDR einem solchen Druck nicht ausgesetzt war, mag zwar darauf beruhen, daß sie von ihren politischen Partnern, die in der Regel der von den Nazis betriebenen Vernichtungspolitik ausgesetzt waren, vor allem als Bundesgenossin angesehen wurde. Doch war dies sicherlich nicht förderlich, um sich als deutscher Staat der umfassenden historischen Verantwortung für die deutschen Verbrechen bewußt zu werden, selbst wenn der politische Führungskreis als genuin antifaschistisch ausgewiesen war.

<sup>44</sup> Zur Rolle der Enquete-Kommissionen für den Bundestag siehe generell Ralf Altendorf: Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags, Wiesbaden 2002.

<sup>45</sup> Konzilianter urteilt – unter Einbeziehung eines Zitats von Jürgen Kocka – Edgar Wolfrum: „Eine Besonderheit der zweiten deutschen Vergangenheitsbewältigung war es, daß der ge-[22:]schichtspolitische Kampf um die Deutung der DDR-Diktatur auf parlamentarischer Ebene institutionalisiert wurde. Die vom Bundestag nach einer emotionsgeladenen Debatte im Frühjahr 1992 eingesetzte Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘ hat gewiß viel zur Erforschung der DDR-Diktatur beigetragen; aber in diesem Gremium vermischten sich ‚politische Willensbildungs- und wissenschaftliche Wahrheitsfindungsprozesse auf eigentümliche Weise‘. (...) So wurden Wissenschaft und Politik nicht immer sauber voneinander getrennt, sondern gingen eine manchmal enge Bindung ein.“ Geschichte, S. 135 f.

[22:] Das Resultat ist nicht nur ein Muster an Geschlossenheit, sondern auch an Ausgrenzung. Denn das Prinzip der Mehrheitsentscheidung gibt der Güte eines Arguments wenig Chancen. Deshalb hätte die Inszenierung unter anderen politischen Mehrheiten durchaus andere Resultate erbringen können. Ein Beispiel hierfür ist die Enquete-Kommission „Aufarbeitung und Versöhnung“ in Mecklenburg-Vorpommern, der unter einer Großen Koalition von CDU und SPD ein differierender Arbeitsauftrag erteilt wurde, was selbstredend auch andere Ergebnisse zur Folge hatte.<sup>46</sup> Es wäre deshalb keine Überraschung gewesen, wenn die Tonnen bedruckten Papiers in den Bibliotheken ihre verdiente Ruhe gefunden hätten.

Doch das Gegenteil war der Fall: Die Enquete-Kommissionen schufen das ebenso stereotype wie Konsens einfordernde Interpretationsmuster der neuesten Phase deutscher Zeitgeschichte. Ludwig Elm als PDS-Abgeordneter im Bundestag beschreibt unter diesem Aspekt seine Eindrücke, als er in einem Redebeitrag Kritik mit den Begriffen Eile, Rigorosität und Intensität zum Ausdruck brachte: „Als der Obmann der PDS in einer Öffentlichen Anhörung (...) seine Bemerkungen mit dieser Feststellung einleitete, war ihm die unverkennbare Mißbilligung der meisten Anwesenden – darunter der Bundesjustizminister und Justizminister von Bundesländern – gewiß. Dabei geht es bei dem Mißfallen gar nicht vorrangig um den Wahrheitsgehalt einer solchen Aussage und auch nicht primär um die gelegentliche Zuspitzung. Vielmehr geht es um jene Tabus, die es im offiziellen Umgang nahelegen, auch an sich unbestreitbare Sachverhalte gefälliger zu umschreiben – sofern man nicht aus Opportunitätsgründen überhaupt darauf verzichtet, dem Zeitgeist zuwiderlaufende Tatsachen und Urteile auszusprechen.“<sup>47</sup> Um dieses Bild zu konservieren, auszumalen und populär zu machen, wurde mit Einrichtungen wie der „Birthler-Behörde“ und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein riesiger Untersuchungsapparat eingerichtet, der in der bundesrepublikanischen Geschichte – denkt man etwa an die Ludwigsburger Zentralstelle – seinesgleichen sucht.

[23:] Nicht minder ungewöhnlich ist der Prozeß, in dem die Entscheidung über das wissenschaftliche Instrumentarium gefällt wurde, mit dem die Geschichte der DDR untersucht werden sollte. Denn man griff nicht konsensual auf übliche wissenschaftliche Verfahren zurück, sondern reaktivierte mit der Totalitarismustheorie einen Untersuchungsansatz, der in den Zeiten von übergreifenden europäischen Vertragswerken und Konvergenztheorie nachdrücklich als untauglich angesehen worden war. Nicht nur daß es, sondern auch wie es geschah, ist aufschlußreich.<sup>48</sup>

Zunächst ging es um die Blickrichtung. Dabei legten alle Parteien mit Ausnahme der PDS/Linke Liste, die für eine differenzierende Analyse unter Einbeziehung der Bundesrepublik plädierte, in ihren Anträgen zur Kommissionseinrichtung den Schwerpunkt auf den Autoritarismus der DDR. Sie vermieden es aber zunächst, sich begrifflich eindeutig zu positionieren, was die CDU/CSU-Fraktion und einige FDP-Abgeordnete nicht daran hinderte, in der Bundestagsdebatte erste verschärfende Denkmuster zu formulieren. Interessant ist der Einwurf des CDU/CSU-Abgeordneten Günther Müller, weil er die historische Dimension seiner Ideologie in ihrer durch den kalten Krieg geprägten Volkstümlichkeit erkennen läßt. Auf die Warnung vor einer Interpretation der DDR-Geschichte als einer „Fortsetzung des Nazistaates“ (Uwe Jens Heuer, PDS/Linke Liste) machte er den Zuruf: „Sehr wahr! Rot und Braun!“

---

<sup>46</sup> Siehe Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung, hg. vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Bd. 1-10, Schwerin 1996 bis 1998. Vgl. auch Ludwig Elm: Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung und Versöhnung“ des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1995-1997, in: Ludwig Elm: Das verordnete Feindbild. Neue deutsche Geschichtsideologie und „antitotalitärer Konsens“, Köln 2001, S. 23-31. Ergänzend zur Monographie Ludwig Elm: Geschichte im Bundestag und Tendenzen des historisch-politischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bonn 1998, Bd. IX/X, S. 32-83.

<sup>47</sup> Elm, Feindbild, S. 70.

<sup>48</sup> Karl Heinz Roth hat diesen Vorgang in seinem Aufsatz „Der Einfluß der Totalitarismustheorie auf die Bundestags-Enquete ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘ und ihre Auswirkungen auf die politische Kultur der Bundesrepublik eingehend beschrieben, in Roth, Geschichtsrevisionismus. Für das Folgende siehe Roth, Einfluß, S. 49-117.

In der zwei Monate später von der Kommission vorgelegten Beschlußempfehlung war die Tendenz zur Gleichsetzung noch in einer Nebenbemerkung versteckt, während im Verlauf der Bearbeitung des zunächst noch relativ offenen Themenkatalogs immer stärker das Merkmalschema der Totalitarismustheorie nach den Vorgaben von Carl Joachim Friedrich und Zbigniew K. Brzeziński durchgesetzt wurde, so daß letztlich von den sechs Themenfeldern die ersten drei typischen Merkmalen dieses Ansatzes entsprachen. Während der Enquete-Veranstaltungen wurden die meisten Fragestellungen dann in der Regel mit dem Vokabular und den Denkfiguren dieses Ansatzes abgehandelt. In der letzten Phase – zwei Anhörungen – verdichtete man die Einzelergebnisse zu einem normativen Gesamtbild, verglich und wertete. Der FDP-Abgeordnete Dirk Hansen resümierte den Verlauf in der vorletzten Anhörung mit der Aussage: „Vor zwei Jahren, als wir unseren Arbeitsauftrag formulierten, hatten wir ja offensichtlich auch interne Schwierigkeiten, das Stichwort Totalitarismus nicht nur zu diskutieren, sondern überhaupt in die Beschlußempfehlung (...) hineinzubringen. Es ist dann ein bißchen versteckt worden (...) Ich erinnere mich ganz gut an die internen Debatten vor zwei Jahren, [24:] wo ich mit dem Argument konfrontiert wurde: Ach, das sind doch alles alte Debatten; Totalitarismus hat sich doch erledigt!“<sup>49</sup>

Angesichts der voluntaristischen Anfänge, in der deutschen Gesellschaft den Totalitarismusansatz als verbindlich für Politik, Wissenschaft und Bildung durchzusetzen, waren die Betreiber überaus erfolgreich. Doch ihre schwierigste Aufgabe hatten sie mit der Antwort auf die willkürlich reduzierte Fragestellung, in welchem Verhältnis die DDR zum Naziregime stand, noch zu beantworten. Zu diesem Zweck wurde das Spitzenpersonal der deutschen Geschichts- und Sozialwissenschaften in den beiden Schlußanhörungen aufgeboten. Für die Eröffnung war der Kommissionsvorsitzende Rainer Eppelmann zuständig. Seine Ausführungen über den zentralen Vergleichsbegriff machen das Dilemma des ganzen Vorhabens offenkundig. „Jeder Vergleich der beiden Diktaturen auf deutschem Boden muß die drei grundlegenden Unterschiede im Auge behalten, die die vergleichende Perspektive auf Nationalsozialismus und Realsozialismus begrenzen: Die SED-Diktatur hat sich nicht mit den Verbrechen des Rassismus, des Völkermordes und der Auslösung eines Krieges besudelt. Nur wenn das klar ausgesprochen wird, können wir darüber nachdenken und darüber sprechen, was beide Diktaturen vergleichbar macht.“<sup>50</sup>

In gewisser Hinsicht hat er die Fragestellung mit dieser Einschränkung insofern desavouiert, als er die zentralen Verbrechen des deutschen Faschismus aus dem Vergleich heraushalten wollte. Folglich bleibt bei ihm unausgewiesen, welchen Erkenntnisgewinn das Projekt „Suche nach „Gemeinsamkeiten“ erbringen soll, wenn vor allem festzuhalten ist, daß es qualitative Unterschiede speziell hinsichtlich der zentralen Verbrechen des 20. Jahrhunderts – von der Eppelmannschen Begrifflichkeit sei in diesem Zusammenhang abgesehen – gibt, bevor „Gemeinsamkeiten“ auf einer sekundären Ebene u. U. konstatiert werden, ohne daß diese wiederum in Beziehung gesetzt werden zu Merkmalen anderer gesellschaftlicher Verfassungen und Verfassungswirklichkeiten. Dabei hätte es durchaus interessant sein können, wenigstens die politisch-gesellschaftlichen Reaktionen der DDR auf diese Verbrechen in den Vergleich mit einzubeziehen, weil damit gerade frappante Unterschiede offensichtlich geworden wären. Aber so hatte es Eppelmann nicht gemeint. Vielmehr wollte er ausdrücken, daß die Parallelisierung nicht soweit gehen dürfe, die DDR auch in den Kontext dieser Menschheitsverbrechen zu stellen.<sup>51</sup> Vielleicht wollte er mit seinem Statement ja auch „gegensteuern“, normierend war seine Vorgabe diesmal jedenfalls nicht. Denn die Anhörung, in der als wichtigste Teilnehmer Horst Möller und Jürgen Kocka aufeinander trafen, verlief anders. Möller kam nach den Kriterien der gewählten Variante von Ge-[25:]schichtsdeutung unter totalitaristischen Vorzeichen zu dem Schluß, in allen wichtigen Merkmalsbereichen habe es Gemeinsamkeiten gegeben, und er behauptete sogar mit der Konsequenz uneingeschränkter Gleichsetzung, es gebe im Kommunismus zwar keinen „Rassenmord“, aber einen „Klassenmord“<sup>52</sup>. Kocka hingegen betonte, es sei „nicht richtig, die beiden deutschen

<sup>49</sup> Zit. nach Roth, Einfluß, S. 77.

<sup>50</sup> Materialien 1995, Bd. IX, S. 575.

<sup>51</sup> Vgl. „Diktaturen vergleich“ als Kern des neuen deutschen Geschichtsbildes, in: Elm, Feindbild, S. 87-107, hier S. 92 ff.

<sup>52</sup> Materialien 1995, Bd. IX, S. 579.

Diktaturen nach dem Grad verbrecherischer Unmenschlichkeit gleichzusetzen“. Und: „Eine solche Gleichsetzung enthält auch leicht eine gewisse Verharmlosung der Nazi-Verbrechen.“<sup>53</sup> Doch auch er hatte sich, wenn auch modifiziert, zum Totalitarismusansatz bekannt und den Diktaturbegriff akzeptiert, nachdem in einem anderen Zusammenhang die Entscheidung gefallen war, nicht von der Entwicklung unterschiedlicher Herrschaftsmethoden in der DDR auszugehen, sondern pauschal von Diktatur zu sprechen.

Der methodische Ansatz und der Diktaturbegriff stellen also die Kernpunkte des neuen Konsenses dar, der die Phase der Bundesrepublik vor der „Wiedervereinigung“ in die Position einer neutralen Normierungsinstanz erhebt. Strittig bleibt die Antwort auf die Frage – in den Worten von Kocka – nach dem „Grad verbrecherischer Unmenschlichkeit“. Die Deutungskämpfe nach diesem Muster werden, nicht zuletzt über die Medien, bis heute geführt. Daß auch die wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen der Vor-89-Bundesrepublik auf sie einwirken, erfuhr Jürgen Habermas. Obwohl auch er in der zweiten Anhörung, in der er zusammen mit Karl Dietrich Bracher als klassischem deutschen Totalitarismustheoretiker den Einleitungsvortrag hielt, dem neuen Denkansatz seine Referenz erwiesen hatte, wurde er von vielen Rednern offenbar als Symbolfigur für das alte Denken attackiert. Die Angriffe gipfelten in einem Redebeitrag des Historikers Immanuel Geiss, der zeigt, in welchem Ausmaß die Grundpositionen der wissenschaftlichen Theorie und des gesellschaftlichen Denkens verändert worden waren. Geiss konstatierte u.a., die jetzt artikulierten antitotalitären Gemeinsamkeiten wären zur Zeit des Historikerstreits „als Ausweis von neokonservativer bis neonazistischer Gesinnung hingestellt“<sup>54</sup> worden.

Der Schwung der Neuausrichtung erfaßte natürlich auch die äußeren Zeichen des gesellschaftlichen Wertekanons im Alltagsleben und schnell auch ihren als eigentliche Erinnerungspolitik wahrgenommenen Kern. Straßennamen wurden umbenannt und die vielen Schilder vor allem entlang der Berliner Mauer, die darauf aufmerksam machten, daß Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden sei, verschwanden. Mit dieser Außerdienststellung wandelte sich oftmals auch das Bild der jeweiligen Persönlichkeit in der Vorstellung der Zeitgenossen, nicht zuletzt auch der Wissenschaftler. Ein Willi Münzenberg etwa wurde nicht mehr als der bewundernswerte freisinnige Kommunist dargestellt, der es im Widerspruch [26:] zu Komintern und KPD vermochte, die besten Köpfe der europäischen Kultur für den Kampf gegen Kolonialismus, Krieg und Faschismus zu begeistern, sondern die Darstellung seiner Persönlichkeit schrumpfte auf das Niveau eines Agentenführers für „informelle Mitarbeiter“ und „Einflußagenten“. Während derartige Umwertungen in der Regel unspektakulär mit dem Gestus erfolgten, dies seien die Resultate der neuen Forschung – womit umgekehrt nicht gesagt sein soll, hier handle es sich generell nur um die Konsequenzen ideologischer Verschiebungen – fanden die Umdeutungen im Kernbereich deutscher Erinnerungspolitik ungleich mehr Aufmerksamkeit. Doch auch hier gab es und gibt es Abstufungen. Während derzeit beobachtet werden kann, daß die Verkürzung des Widerstandsbegriffs auf Rothfelssche Dimensionen nicht zuletzt durch das Mitwirken der Medien wie selbstverständlich erfolgt, hat die Frage nach den Grundsätzen der Erinnerung an die Verbrechen in der Nazizeit eine ganz andere Resonanz gefunden.

Auch hier ergriff die Politik, in diesem Fall der Innenausschuß des Bundestags, die Initiative. Während sich der Bundestag über Jahrzehnte um diese Fragen nicht gekümmert hatte und lediglich die lokalen und regionalen Entscheidungsinstanzen damit beschäftigt waren, die Vorschläge gesellschaftlicher Initiativen zu beschneiden oder ganz abzuwehren, lud dieses Gremium, unter Beteiligung der Enquete-Kommission, Politiker, Sachverständige und Verbände zu einer öffentlichen Anhörung am 7. März 1994 in die Gedenkstätte Sachsenhausen ein. Es ging – wie es hieß – um die „Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten“. Der Beweggrund ist, nicht zuletzt durch die Beteiligung der Enquete-Kommission, offensichtlich: Die Ergebnisse der Enquete sollten gesellschaftlich umgesetzt werden und der Innenausschuß fühlte sich hierfür zuständig. Allem anderen voran fragte er im Zusammenhang mit der Vergewisserung über die Bedeutung von Gedenkstätten für die deutsche

---

<sup>53</sup> Materialien 1995, Bd. IX, S. 100.

<sup>54</sup> Materialien 1995, Bd. IX, S. 760.

Erinnerungspolitik generell –, was auf andere Weise auch die Enquete-Beratungen geprägt hatte: „Welche politische, kulturelle und bildungspolitische Bedeutung haben Gedenkstätten im heutigen Deutschland? Welche Rolle sollte im öffentlichen Bewußtsein und in der politischen Bildungsarbeit das Gedenken an Opfer des nationalsozialistischen Terrors sowie der stalinistischen und der SED-Gewalttaten spielen?“<sup>55</sup>

Für die Geladenen waren die Anhörungen eine neue Bühne. So wies der Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, Günther Morsch, zu Beginn seiner Ausführungen auf den exzeptionellen Charakter dieses Treffens hin.<sup>56</sup> Die Beiträge waren folglich noch wenig routiniert. Unterschiedliche Akteure mit divergierenden Erwartungen hatten sich versammelt. Die einen waren von dem neuen Interesse angesichts ihrer jahrzehntelangen Nichtbeachtung (positiv) überrascht, die anderen [27:] hatten sich als auf Paradigmenwechsel orientierte Neueinsteiger erst rudimentär auf die Erwartungen hinsichtlich ihrer Urteilskompetenz eingestellt. In der Hauptfrage konnte auch hier keine Übereinstimmung erzielt werden. Hans Mommsen äußerte zum Beispiel sehr pointiert, es gehe nicht darum, das deutsche Nationalbewußtsein in die Erinnerung zu rufen, sondern man müsse ein transnationales Gedenken entwickeln, das die Opfer des Nationalsozialismus als Ganzes im Auge habe, und zog den Schluß: „Aus dieser Überlegung, daß das Gedenken ein internationales ist, ergibt sich zugleich eine gewisse Stufenleiter hinsichtlich des Gedenkens, bezüglich der Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes und jener Opfer des SED-Regimes.“<sup>57</sup> Auf der anderen Seite ging etwa Manfred Wilke zwar auch von einer internationalen Perspektive aus, wollte aber „den Terror der totalitären Diktaturen aufeinander beziehen“ und aus dieser Perspektive „Mahn- und Gedenkstätten (...) für das wiedervereinigte demokratische Deutschland in Europa“<sup>58</sup> schaffen. Der Doppelsinn seiner Ausdrucksweise unterstreicht die Eindeutigkeit seiner Absicht. Mit einer heute noch weitverbreiteten Formulierung trat er für einen gleichwertigen Status der Opfer der „zweite(n) Diktatur in Deutschland“<sup>59</sup> ein und warnte davor, daß „die einen Opfer gegen die anderen aufgerechnet werden“.<sup>60</sup>

### **Torgau und die Stiftung Sächsische Gedenkstätten für die Opfer politischer Gewaltherrschaft**

Mit der Wahl Sachsenhausens als Tagungsort hatte der Innenausschuß bereits ein Zeichen gesetzt. Denn der Konflikt spitzte sich gerade an den Orten zu, die eine „doppelte Vergangenheit“ hatten. Für die Praxis folgten aus dem fortexistierenden Gegensatz Interpretationsspielräume auf der regionalen oder besser: landespolitischen Ebene. Denn mit den Landesregierungen kam eine neue politische Entscheidungsinstanz ins Spiel. Besondere Bedeutung hat unter diesem Gesichtspunkt das Bundesland Sachsen erlangt, hier wiederum speziell die Provinzstadt Torgau. Die Erinnerungspolitik hier soll deshalb als Beispiel für die konkreten Auswirkungen des grundsätzlichen Konflikts dienen.

Das zeitgeschichtliche Interesse an Torgau leitet sich aus dem Umstand her, daß die Stadt ab 1943 kriegsbedingt zur Zentrale der Wehrmachtjustiz geworden war. Das Reichskriegsgericht war hierhin verlegt worden, und mit Fort Zinna und Brückenkopf befanden sich dort auch die größten Militärgefängnisse. Nach 1945 war Fort Zinna von der sowjetischen Besatzungsmacht als Speziallager und ab 1950 [28:] von der DDR als Haftanstalt genutzt worden. Heute ist es eine Justizvollzugsanstalt. Es interessierte in Torgau nicht, daß Fort Zinna ab 1933 zeitweise auch als KZ genutzt oder das Gebäude schon unter Napoleon als Teil einer Festungsanlage errichtet worden war und seitdem in vielfältiger Form Inhaftierungszwecken gedient hatte. Torgau galt ab 1989 als Ort, an dem staatliches Unrecht in

---

<sup>55</sup> Materialien 1995, Bd. IX, S. 225.

<sup>56</sup> „Meines Wissens ist es das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, daß der Deutsche Bundestag über das Thema Gedenkstätten eine parlamentarische Aussprache führt und zu diesem Zweck Experten anhört.“ Materialien 1995, Bd. IX, S. 231.

<sup>57</sup> Materialien 1995, Bd. IX, S. 240.

<sup>58</sup> Materialien 1995, Bd. IX, S. 242.

<sup>59</sup> Wie beliebig von dieser Seite mit dem Begriff Diktatur umgegangen wird, hat schon Karl Heinz Roth erwähnt, indem er auf weitere deutsche Diktaturen im letzten Jahrhundert hinwies: die wilhelminische Militärdiktatur im ersten Weltkrieg oder die Präsidialdiktaturen am Ende der Weimarer Republik. (Roth, Einfluß, S. 88) Die Herrschaft der Alliierten nach 1945 mag man ebenfalls dazurechnen.

<sup>60</sup> Materialien 1995, Bd. IX, S. 242.

dreierlei Hinsicht dokumentiert werden sollte: Wehrmachtjustiz, sowjetisches Speziallager, DDR-Justiz. Diesem Projekt widmete sich zunächst eine gesellschaftliche Initiativgruppe. Nach Gründung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wurde die Arbeit in Form eines Dokumentations- und Informationszentrums teilweise professionalisiert.

Die Verbände der in der Nazizeit Verfolgten kritisieren die Politik in Sachsen unter verschiedenen Gesichtspunkten. Grundsätzlich sehen sie im Stiftungsgesetz, mit dem die Stiftung Sächsische Gedenkstätten 2003 einen neuen formalen Rahmen bekam, eine Nivellierung unterschiedlicher Erscheinungsformen staatlich verübten Unrechts. Betrachtet man allein den vollständigen Namen der Stiftung, wird deutlich, wogegen die Kritik sich richtet. Denn es folgt der Zusatz: Stiftung Sächsische Gedenkstätten für die Opfer politischer Gewaltherrschaft. Hier ist also auf eine Formulierung zurückgegriffen worden, mit der Unterscheidung und Differenzierung ausdrücklich vermieden werden soll.

Das Problem wird durch ein spezifisches Moment sächsischer Erinnerungspolitik verschärft: Die unterschiedlichen Opferorganisationen sind angehalten, im Rahmen der Stiftung zu kooperieren. Organisatorischer Ausdruck dieser sächsischen Maxime ist ein sogenannter Beirat. Er ist das Gremium, in dem unterschiedslos alle Betroffenenvertretungen zusammengefaßt sind, um ihre Interessen artikulieren zu können. Die in der Nazizeit Verfolgten lehnen das Konstrukt aus zwei Gründen ab. Grundsätzlich verweisen sie auf einen unspezifischen Täterbegriff in der sächsischen Erinnerungspolitik. Infolge dessen werde ihnen prinzipiell die Zusammenarbeit mit Personen zugemutet, die vor 1945 ihnen gegenüber u. U. als Täter aufgetreten sein können. Die organisatorische Struktur sei für sie aber auch deswegen diskriminierend, weil aufgrund der Zusammensetzung des Beirats die Post-45er über eine strukturelle Mehrheit verfügten und somit automatisch den Sprecher des Gremiums stellten. Die selbständige Vertretung ihrer Interessen sei dadurch unmöglich.

Die Probleme wiederholen sich auf der Gedenk- und Erinnerungsebene. Im Mittelpunkt stehen dabei die Opfer der Wehrmachtjustiz. Denn ihre Verfolgung prägt die Torgauer Zeitgeschichte. Das ist eigentlich unstrittig und auch bereits auf der politischen Ebene als erinnerungspolitische Arbeitsvorgabe festgehalten<sup>61</sup>, dann jedoch nicht umgesetzt worden. Danach sollte in Torgau der Schwerpunkt der [29:] Erinnerung auf die Opfer der Wehrmachtjustiz, in Bautzen der Schwerpunkt auf die Nach-45-Verfolgten gelegt werden. Der daraus resultierende Konflikt konzentriert sich auf zwei Punkte. Zunächst geht es um die Ausstellung „Spuren des Unrechts“ im Torgauer Schloß Hartenfels. Sie thematisiert die eingangs genannten drei Varianten staatlichen Unrechtshandels nach dem Gliederungsprinzip der zeitlichen Abfolge. Zwar werden die Exponate für die Militärjustizopfer deshalb nicht „gedrittelt“, aber ihnen wird deutlich weniger Darstellungsraum zugebilligt. Daraus ergeben sich über die falsche Schwerpunktsetzung hinaus neue inhaltliche Unzulänglichkeiten wie zum Beispiel die Ausblendung der fortdauernden Diskriminierung nach 1945.

Obendrein gehen die Ausstellungsräume ineinander über, so daß auch durch die äußere Gestaltung die unterschiedlichen Unrechtserfahrungen zusammenhängend dargestellt werden. Ein Opferbegriff, der von den Haftbedingungen und den damit einhergehenden subjektiven Leiderfahrungen ausgeht, führt schließlich dazu, daß alle Inhaftierten der Speziallager – damit explizit auch Nazitäter – umstandslos als „Opfer“ bezeichnet werden. Bei der Gedenk- und Erinnerungsanlage vor Fort Zinna treten prinzipiell gleiche Probleme auf. Anfang der neunziger Jahre war eine Drittelung der Fläche geplant worden, heute gilt flächenmäßige Gleichstellung. Die beiden Bereiche sollen durch die Gestaltung miteinander „korrespondieren“; ein Hinweis, daß in Fort Zinna auch Naziverbrecher inhaftiert waren, wird bis heute verweigert.

Im Gegensatz zu anderen Gedenkstätten mit ähnlichen zeitgenössischen Voraussetzungen hat man sich in Sachsen nicht um Differenzierung und Unterscheidung bemüht, sondern ein Konzept der Gleichsetzung verfolgt. Als Ergebnis können sich die Naziopfer nicht einmal als Gleichberechtigte fühlen. So ist – ein letztes Beispiel – an dem erwähnten Gedenkort Bautzen ihre Einkerkung bis

---

<sup>61</sup> Unterrichtung durch die Bundesregierung. Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in Deutschland, Bundestagsdrucksache 14/1569 (27.7.1999).

heute nicht dokumentiert. Infolge dessen werden Opfer, die- wie etwa die der Wehrmachtjustiz – nach ihrer Verfolgung und dem anschließenden lebenslangen Kampf um Rehabilitierung bereits im Augenblick der späten (Teil-) Rehabilitierung erneut dem gesellschaftlichen Vergessen tendenziell preisgegeben. Das zeigt, wie schwierig es sein kann, ein Erinnerungsniveau zu erhalten und im Sinne des genaueren Begreifens der Geschichte zu entwickeln, zumal alles gegen die Zurückgesetzten beschlossen wurde, obwohl sie ihre Stimme erhoben hatten. Sie haben deshalb im Jahr 2004 die Mitarbeit in den Stiftungsgremien eingestellt.<sup>62</sup> Zwar gibt es, seit das zuständige Ministerium im Zuge der Bildung einer Großen Koalition unter sozialdemokratischer Leitung steht, Annäherungen, aber der Konflikt ist bis heute nicht gelöst.<sup>63</sup>

[30:] Zu diesen Vorgängen gibt es eine Parallele. Im November 2003 formulierte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, angeregt durch ihren Abgeordneten Günter Nooke, den Antrag „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“.<sup>64</sup> Er sollte die Gedenkstättenkonzeption, die 1999 im Anschluß an die zweite Enquete-Kommission unter der von Sozialdemokraten und Grünen gebildeten Bundesregierung verabschiedet worden war,<sup>65</sup> neu akzentuieren. Dabei verwies man, offenkundig ungeschickt, explizit auf das sächsische Gedenkstattengesetz. Die Bundestagsinitiative stellte sich damit ohne Not in den Zusammenhang der dortigen Auseinandersetzung, die gerade durch den Auszug der Nazi-Opfer aus der Stiftungsarbeit geprägt war.<sup>66</sup>

Inhaltlich war dies jedoch nur konsequent, denn die erinnerungspolitischen Gemeinsamkeiten sind schon am Jargon der Gleichmacherei erkennbar. So lautete gleich der erste Satz: „Zu den konstitutiven Momenten des wiedervereinten Deutschlands gehört das Gedenken an die beiden totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts: Nationalsozialismus und Kommunismus. Beide sind Bestandteile der deutschen Geschichte. Sowohl die nationalsozialistische Herrschaft von 1933 bis 1945 als auch die kommunistische Diktatur von 1945 bis 1989 sind Kapitel unserer Nationalgeschichte.“<sup>67</sup> Allerdings tritt auf der Bundesebene ein Aspekt hinzu, der über Sachsen hinausweist: die ideologische Klammer deutsche Nationalgeschichte. Im einzelnen folgte daraus, „konstitutive Elemente des wiedervereinigten Deutschlands“ in einem „stringenten Gesamtkonzept“ von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und Dokumentationszentren zur Geltung zu bringen. Dabei wird vor allem die Zahl von Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – siehe den Bautzen-Torgau-Vorgang – zum Problem. „Vergleichbares existiert bezogen auf die zweite deutsche Diktatur nicht.“ Deshalb sehen die Antragsteller die Gefahr der „falschen und für die Erinnerungskultur fatalen Fehleinschätzung“, die SED-Diktatur sei lediglich ein regionales Ereignis auf dem Boden der ehemaligen SBZ und späteren DDR gewesen. Damit nämlich ginge das Verständnis für den Zusammenhang zwischen den „beiden Diktaturen“ verloren. Diesem Übel wollen sie abhelfen, indem vor allem historische Orte neu erschlossen werden, die an die „politischen Gewaltverbrechen während der beiden Diktaturen“ erinnern. In einem zweiten Schritt sollen sie historisch gewichtet und gemäß ihres Ranges in der „nationalen Erinnerungskultur“ eingeordnet und dann als nationale Gedenkstätten gefördert werden.<sup>68</sup>

[31:] Ein solcher Denkansatz steht im offensichtlichen Gegensatz zu den Vorstellungen eines Hans Mommsen von einer transnational geprägten Erinnerungspolitik, die die Verbrechen des Nazismus in den Mittelpunkt stellt und damit auch die von ihnen betroffenen Menschen. Er entspricht auch nicht allein Manfred Wilkes vom antitotalitären Denken geformter Erinnerungskonzeption unter dem

---

<sup>62</sup> Es sind der Zentralrat der Juden, der Zentralrat der Sinti und Roma, die VVN/BdA und der Bundesverband Opfer der NS-Militärjustiz. Siehe Martin Jander: Waagschalenmentalität. Gedenkstättenstreit in Sachsen, unter: [www.hagalil.com/archiv/2004/05/sachsen](http://www.hagalil.com/archiv/2004/05/sachsen) (27.4.2008)

<sup>63</sup> Siehe Leipziger Erklärung, Archiv des Verfassers.

<sup>64</sup> Bundestagsdrucksache 15/1874.

<sup>65</sup> Anmerkung 60.

<sup>66</sup> Bundestagsdrucksache 15/1874. Obwohl man den sächsischen Wissenschaftsminister Matthias Rößler als Redner zur Diskussion dieses Antrags am 30. Januar 2004 eiligst auslud, mußte der Antrag zunächst zurückgezogen und die Debatte abgesagt werden.

<sup>67</sup> Ebenda.

<sup>68</sup> Alle Zitate eben da.

Vorzeichen der Menschenrechte. Es tritt der hinzu, der als erster Politiker wieder versucht hatte, Geschichte in den Dienst nationaler Politik zu nehmen – Helmut Kohl. Allerdings kommt einem schnell das Bild vom Zauberlehrling in den Sinn angesichts all der Gewichtung, Einordnung und nicht zuletzt Stringenz, mit deren Hilfe die Welt der deutschen Geschichte von der Politik erschaffen werden soll. In diesem Fall besteht das eigentliche Problem aber nicht allein im Überlaufen der Wanne, sondern auch darin, daß all der Aufwand nur den eigenen (nationalen) Zwecken dienen soll. Am Beispiel der Unfähigkeit, das „Zentrum gegen Vertreibung“ – wenn es denn errichtet werden soll – als nationales Denken überwindende gemeinsame Lernarbeit aller Beteiligten zu schaffen, und es statt dessen als explizit nationales Projekt gegen die Anderen zu errichten, zeigt sich nicht nur die Beschränktheit des Nationalen in der Erinnerungspolitik, sondern auch die Möglichkeit der Verkehrung ihrer eigentlichen Aufgabe.

Inzwischen liegt von der Großen Koalition eine überarbeitete Fassung des ursprünglichen Antrags vor.<sup>69</sup> Manches ist anders gewichtet und geglättet worden, und es wird auch noch diskutiert. Doch ob die gesellschaftliche Debatte sich jemals von ihrem Ausgangspunkt befreien kann, erscheint als sehr fraglich. Jedenfalls verdienen es die Beschlüsse des Bundestags, genau studiert zu werden. Denn zu Recht wird von vielen hervorgehoben<sup>70</sup>, daß die nazistischen Verbrechen in Deutschland und damit auch ihre Orientierungsrelevanz für unsere Gegenwart erst richtig erfaßt werden konnten, als „Auschwitz“ in das Zentrum von Aufmerksamkeit und Aufarbeitung trat. Ein Abrücken hiervon bedeutet auch eine Veränderung des gesellschaftlichen Wertesystems. Helmut Dubiel hat am Beispiel der Restaurierung eines völkisch geprägten Begriffs des Nationalen bereits anhand von Argumentationsverschiebungen bei Helmut Kohl im Jahr 1989 die Konsequenzen im Hinblick auf ein erneutes Exklusionsdenken hingewiesen.<sup>71</sup> An der deutschen Haltung gegenüber dem „Unfinished Business“ sind generell Hemmschwellen für eine Fortführung der Aufarbeitung der Geschichte vor 1945 und auch nach 1945 [32:] erkennbar geworden. Die Auswirkungen auf aktuelle Denk- und Entscheidungsprozesse sollten deshalb mit Aufmerksamkeit verfolgt werden.

---

<sup>69</sup> Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien: Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen (Entwurf 22.6.07).

<sup>70</sup> So schreibt Norbert Frei hinsichtlich der Geschichtswissenschaft: „1933“ diente insofern im doppelten Sinne des Wortes als ein Fluchtpunkt, der die Perspektive auf den ‚Zivilisationsbruch‘ (Dan Diner) verstellte. In einem tieferen Sinn hat die deutsche NS-Forschung deshalb internationalen Anschluß erst gefunden, seit sie ‚Auschwitz‘ als Deutungsachse ernst nimmt.“ Norbert Frei: Geschichtswissenschaft, in: Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, hg. von Volkhard Knigge und Norbert Frei, München 2002, S. 373.

<sup>71</sup> Dubiel, Geschichte, S. 231 ff.



[33:]

GERD WIEGEL

### **Neofaschismus in Deutschland Anmerkungen zur aktuellen Entwicklung und zur Wählerbasis der extremen Rechten in der Bundesrepublik**

Neofaschistische Parteien und Bewegungen gehören seit Gründung der Bundesrepublik zum politischen Inventar des Landes. Ein unübersichtliches Konglomerat von Vereinigungen, Vereinen, Kreisen und Parteien prägt seit 1949 das Netz des aktiven Neofaschismus in der Bundesrepublik. Während Ideologeme des Faschismus und der extremen Rechten in beiden deutschen Staaten nach 1949 in unterschiedlicher Intensität erhalten blieben, war es den Vertretern solcher Ideologien nur im westlichen Teilstaat möglich, im Rahmen von Vereinigungen bis hin zu Parteien dieser Ideologie einen organisatorischen Ausdruck zu geben.

Während in der DDR die sozioökonomische Basis des Faschismus überwunden wurde – verbunden mit der Illusion, das Problem damit ein für allemal erledigt zu haben – blieb diese Basis im Westen erhalten. Als reale Machtoption der herrschenden Klasse spielte der Neofaschismus in der alten Bundesrepublik keine wirkliche Rolle; sehr wohl hatte er jedoch eine Funktion im politischen Gefüge der Bundesrepublik: Das 1952 erlassene Verbot der offen neofaschistischen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) war keineswegs Ausdruck des Willens, jede Form der faschistischen Wiederbetätigung zu unterbinden, wie es das Grundgesetz vorsieht. Vielmehr ist das SRP-Verbot im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot von 1956 zu sehen und zu bewerten: Es war der politische und praktische Ausdruck der Totalitarismustheorie als legitimatorischer Grundannahme der Bundesrepublik, wie sie sich bereits 1949 herausgebildet hatte. Für die entscheidenden Teile des politischen Apparates ist diese Grundannahme bis heute die Leitlinie bei der Thematisierung des „Rechtsextremismus“, der als eine Form des „Extremismus“ immer nur im Zusammenhang mit seinem Pendant, dem „Linksextremismus“, benannt wird.

Die Entwicklung der extremen Rechten in der alten Bundesrepublik verlief in konjunkturellen Schüben: In einer ersten Phase knüpfte sie direkt an die Erfahrung der NSDAP an, diese Phase endete 1952 mit dem Verbot der neofaschistischen SRP. Einen zweiten Schub finden wir in der Mitte der 60er Jahre, als die NPD in sieben Landesparlamente einzog und den Sprung in den Bundestag nur knapp verpaßte. Der letzte Schub nahm seinen Ausgangspunkt Ende der 80er Jahre mit [34:] dem Einzug der Republikaner ins Berliner Abgeordnetenhaus. Abgesehen vom ersten Schub lassen sich alle Aufstiegsphasen der extremen Rechten mit wirtschaftlichen Krisenphasen verbinden. Die Verfestigung des letzten Schubs bis heute hat eine wirtschaftliche und soziale Krise in Permanenz zum Hintergrund, womit sich auch die besondere Rolle des Ostens erklärt.

In der DDR finden wir eine aufstrebende extreme Rechte vor allem im jugendkulturellen Bereich am Ende der achtziger Jahre, wenngleich es über die gesamte Geschichte der DDR hinweg Vorfälle gegeben hat, die darauf hindeuten, daß mit der Beseitigung der sozioökonomischen Grundlagen des Faschismus und der Erhebung des Antifaschismus zur Staatsdoktrin noch lange nicht das Fortwirken faschistischer Ansichten in Teilen der Bevölkerung überwunden wurde.<sup>1</sup>

Im folgenden soll die aktuelle Entwicklung des Neofaschismus in Deutschland unter drei Fragestellungen betrachtet werden, erstens, welche empirischen Erkenntnisse es über Anhänger und Wähler neofaschistischer Parteien wie der NPD gibt, zweitens, welches Potential die extreme Rechte in Deutschland gegenwärtig besitzt, und zwar vor dem Hintergrund zahlreicher aktueller Untersuchungen zur politischen Einstellung der Bundesbürger, und drittens, ob es sich beim neofaschistischen Modell der NPD um ein Erfolgsmodell handelt, verbunden mit einem kurzen vergleichenden Blick ins europäische Ausland.

---

<sup>1</sup> Vgl. Norbert Madloch: Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, in: Klaus Kinner, Rolf Richter (Hg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus, Berlin 2000, S. 63-105.

## 1. Wandlung im gegenwärtigen Neofaschismus

Im gegenwärtigen Neofaschismus der Bundesrepublik lassen sich mit der NPD und den sogenannten Kameradschaften zwei Erscheinungsformen unterscheiden, die verschiedene Organisationsmodelle verkörpern und tendenziell unterschiedliche gesellschaftliche Milieus ansprechen. Durch ihre verstärkte Zusammenarbeit seit etwa Mitte der neunziger Jahre entfalten sie gemeinsam eine neue Schlagkraft, die den Faschismus der Gegenwart zu einem bedrohlichen Faktor im politischen Gefüge der Bundesrepublik macht. Die neue Qualität der extremen Rechten läßt sich gut am gewandelten Bild der NPD verdeutlichen.

### Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Seit ihrer Gründung 1964 und bis in die achtziger Jahre hinein war die NPD eine Altherrenpartei, die sich vor allem als antikommunistisch und nostalgisch im Hinblick auf die faschistische Diktatur beschreiben läßt. Ihr Ziel war es, von der CDU als möglicher Partner akzeptiert zu werden. Die NPD war christlich-konservativ und besitzbürgerlich. Heute tritt sie als jugendliche, revolutionäre Kaderpartei auf, die das kapitalistische System zugunsten eines nationalen Sozialismus stürzen will, das Christentum ablehnt und sich als neuheidnisch versteht. Konstant geblieben sind ein völkischer Rassismus, eine (heute offensiv vorgetragene) Verherrlichung des Faschismus und der virulente Antisemitismus.

Nachdem sie über viele Jahre im Schatten von Republikanern und DVU stand, ist die NPD heute auch nach ihrer Mitgliederzahl die führende Partei im rechten Lager und gilt zu Recht als schlagkräftigste und gefährlichste Partei der extremen Rechten. Mit aktuell zirka 7.200 Mitgliedern (DVU: 7.000, Republikaner: 5.500) liegt sie allerdings weit unter dem Niveau, das sie in ihren bisher erfolgreichsten Zeiten in den 60er Jahren hatte, als sie bis zu 28.000 Mitglieder hatte und ihr zwischen 1966 und 1969 der Einzug in sieben Landesparlamente gelang.<sup>2</sup> Mit dieser Partei sei die NPD von heute nicht mehr zu vergleichen, schreibt der Journalist Toralf Staudt.<sup>3</sup>

Seit Udo Voigt Vorsitzender der NPD ist, hat sich die Partei konsequent dem militanten und jungen Spektrum des Neofaschismus geöffnet. Die Verbindung zum Spektrum der „freien Kameradschaften“ – einer Organisationsform, die eine Reaktion auf diverse Verbote (FAP u. a.) der neunziger Jahre war – hat ihr Attraktivität und Anhänger vor allem unter jungen und jugendlichen Neofaschisten eingebracht. Ein Element der neuen Qualität der extremen Rechten ist diese Zusammenarbeit, die die Schlagkraft der NPD erhöht und das Kameradschaftsspektrum stabilisiert hat. Demonstrationen, Konzerte, Aufmärsche werden oft gemeinsam durchgeführt, regionale Kameradschaften (auch finanziell) von der NPD unterstützt. Daß diese Zusammenarbeit nicht unproblematisch ist, läßt sich immer wieder an internen Debatten ablesen.<sup>4</sup>

Die NPD ist eine jugendliche und dynamische Partei, die durch Aufmärsche, Demonstrationen, Konzerte und andere Events Ausstrahlungskraft auf einen Teil der Jugendkultur besitzt (hier läßt sich eine unverkennbare Nähe zur jugendlichen Dynamik der NSDAP in ihrer Aufstiegsphase ausmachen). Ihre Kader, Abgeordnete und Mitarbeiter, sind relativ jung und das Anknüpfen an jugendkulturelle Ausdrucksformen gehört zu ihren Stärken (Schulhof CD, Konzerte, Jugendarbeit etc.).

Nach dem gescheiterten Verbotsverfahren 2002 hat die NPD einen neuen Aufschwung genommen und ist strategische Allianzen eingegangen, die sich für sie bezahlt gemacht haben. Durch Wahlabsprachen mit der DVU, der sogenannten nationalen Volksfront, vermeidet man Konkurrenz kandidaturen. Wichtiger noch war und ist die strategische Einbindung großer Teile des militanten neofaschistischen Spektrums: der Kameradschaftsszene. Galt die NPD der militanten Szene [36:] über lange Jahre als zu brav, angepaßt und parlamentsfixiert, so hat sie durch die Verbindung mit der Kameradschaftsszene ein aktivistisches, dynamisches und für junge Leute attraktives Image gewonnen. Mit

---

<sup>2</sup> Vgl. für diese Phase Reinhard Kühnl, Rainer Rilling, Christine Sager: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt a.M. 1969.

<sup>3</sup> Vgl. Toralf Staudt: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005, S. 68 ff.

<sup>4</sup> Vgl. jüngst „Propaganda der letzten Tage“, *Der Spiegel* 4/2008, S. 34-38.

der Einbindung wichtiger neofaschistischer Kader in den Vorstand der NPD ist diese Verbindung auch personell symbolisiert. Offensichtlich nimmt es die NPD billigend in Kauf, daß sie über diese Verbindung neue Anhaltspunkte für ein mögliches Verbotverfahren liefert.

Herausgestellt werden soll das jugendliche und aktivistische Image auch über ein „Drei-Säulen-Modell“, unter dem die NPD den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Köpfe“ und den „Kampf um die Parlamente“ versteht. Die aktivistische Präsenz auf der Straße, die Durchführung oft marginaler Aufmärsche hat Funktionen nach innen und außen: Der Aktivismus soll den Bedürfnissen der jüngeren Anhängerschaft nach Erlebnis, Aktion und auch Konfrontation Rechnung tragen; des weiteren geht es der Partei um eine möglichst häufige Präsenz im Alltagsbild. Der „Kampf um die Köpfe“ umfaßt im Verständnis der NPD ganz unterschiedliche Ansätze und kann von jugendkulturellen Elementen wie Rechtsrock-Konzerten bis zu den Versuchen einer eigenen intellektuellen Schulung reichen.<sup>5</sup> Erste Erfolge im Kampf um die Parlamente lassen sich verzeichnen, sie sind jedoch mehr ein Ausdruck sozialpolitischer Versäumnisse der Regierungspolitik als das Ergebnis einer erfolgreichen Strategie der NPD. Die in größeren Teilen der Bevölkerung zu verzeichnende Abwendung von der etablierten Politik kommt – auch weil es an attraktiven linken Alternativen mangelt – häufig der NPD zugute.

### **Kameradschaften**

Das zweite Standbein der extremen Rechten in der Bundesrepublik ist die sog. Kameradschaftsszene, die an vielen Punkten eng mit der NPD verbunden ist, sich aber immer wieder auch von dieser abzugrenzen trachtet. Entstanden als Reaktion auf zahlreiche Verbote rechter Organisationen Mitte der 90er Jahre, ist diese Szene eine teils locker, teils strenger organisierte Ansammlung regional agierender Gruppen, die jedoch zahlreiche Vernetzungsanstrengungen unternehmen. Orientiert am Vorbild der autonomen Szene haben die Kameradschaften den Vorteil, daß diese Gruppen nur schwer von den staatlichen Organen überwacht werden können, da sie keine nach außen sichtbaren Strukturen aufweisen, als Freundschafts- und Freizeitcliquen fungieren und insbesondere auf Jugendliche und junge Erwachsene eine weit größere Anziehungskraft ausüben als die klassischen [37:] Parteien.<sup>6</sup> Vom alkoholisierten rechten Schlägertrupp bis zur streng hierarchisch organisierten politischen Kadergruppe reicht das sehr heterogene Spektrum der Kameradschaftsszene in Deutschland, das zahlenmäßig von den Verfassungsschutzbehörden auf rund 4.200 Personen geschätzt wird (hinzu kommen zirka 10.400 nicht organisierte gewaltbereite Kräfte).

Die örtlichen und regionalen Kameradschaften tragen entscheidend zur Verbreitung einer rechtsextremen Alltagskultur in zahlreichen Regionen – vor allem Ostdeutschlands – bei. Über sie wird eine Vielzahl der rechten Konzerte und Events organisiert, die unter Jugendlichen Ausstrahlungskraft entfalten. Erfolgreich sind sie dabei bevorzugt in ländlichen Regionen, wo das Freizeitangebot gering, die Frustration über die sozialen Realitäten dagegen groß ist. Die berüchtigten und von der Szene etwas vollmundig als „national befreite Zonen“ bezeichneten Regionen sind Gebiete, in denen „rechts-sein“ normal ist, zum Alltag gehört und vom sozialen Umfeld nicht (mehr) als anstößig empfunden wird. In der Ausbreitung dieser Normalität liegt ein entscheidendes Gefahrenpotential, das von diesen Gruppierungen ausgeht. Es handelt sich schließlich um „die eigenen Kinder“, die die Ideologiemomente in Handlungen umsetzen, die auch sonst verbreitet sind: Ausländerfeindlichkeit, autoritäres Denken, Verachtung des politischen Systems. Während in größeren städtischen Kommunen die politische Bandbreite, auch und gerade im jugendkulturellen Bereich, größer ist, gelingt es der

---

<sup>5</sup> Daß Musik mittlerweile die wichtigste „Einstiegsdroge“ für Jugendliche in die rechte Szene darstellt, ist unter Fachleuten unstrittig. Über den vermeintlich unpolitischen Zugang Musik werden Jugendliche gezielt an die Szene herangeführt. Musik und Texte transportieren Inhalte der Szene, die sich in teilweise unerträglichen und volksverhetzenden Texten manifestieren; vgl. hierzu Christian Dornbusch, Jan Raabe: *RechtsRock*, Münster 2002. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Der von der NPD gestartete Versuch, mit einer „Dresdner Schule“ (in Anknüpfung und Gegnerschaft zur Frankfurter Schule) eine Kaderschmiede mit intellektuellem Anspruch zu etablieren, ist bis heute nicht erfolgreich.

<sup>6</sup> Vgl. Andrea Röpke, Andreas Speit: *Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD*, Berlin 2005.

rechten Szene in manchen Regionen, eine offene Dominanz zu entfalten. Die Absage eines Konzerts von Konstantin Wecker auf Druck der NPD in Halberstadt oder die öffentliche Verbrennung des Tagebuchs von Anne Frank anlässlich einer „Sonnenwendfeier“ unter Beteiligung des Bürgermeisters in Pretzien sind die medial skandalisierten Spitzen eines Eisberges, der weit mehr an Ungeheuerlichkeiten zu bieten hat.

So stoßen neofaschistische Gruppierungen in einzelnen Regionen in die Lücken, die durch den Rückzug der etablierten Parteien aber auch der staatlichen Regelstrukturen z. B. in der Jugendarbeit entstehen: Auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag zu den Bestrebungen der extremen Rechten, im Jugendbereich Fuß zu fassen, antwortete die Bundesregierung: „Es scheint rechtsextremen Organisationen (Kameradschaften, ‚freie Nationalisten‘, NPD/JN, ‚Heimatschutzverbänden‘) punktuell zu gelingen, Versorgungs- und Angebotslücken im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit mit eigenen Angeboten zu füllen.“<sup>7</sup> Wilhelm Heitmeyer beschreibt die Schwierigkeiten, eine einmal erlangte „Normalisierung“ extrem rechter Einstellungsmuster wieder aus dem Bereich dieser Normalität zu verdrängen; in vielen Regionen ist diese Etablierung einer rechten Normalität heute schon gelungen.

[38:] Einen entscheidenden Schritt nach vorn hat die extreme Rechte mit der wieder erfolgten Annäherung zwischen der NPD und der Kameradschaftsszene gemacht.<sup>8</sup> Durch diese Verbindung gewann die NPD an Attraktivität unter jungen Rechtsextremisten und kann auf diese Klientel bei ihren politischen Aktionen zurückgreifen. Demonstrationen, Aufmärsche, Konzerte, Feste – gemeinsam organisieren NPD und regionale Kameradschaften eine Eventkultur, die weitere Menschen anziehen soll. Regionale „Kameradschaftsführer“ werden von der NPD protegiert, erhalten finanzielle Unterstützung und, wenn nötig, auch gerichtlichen Beistand. In Mecklenburg-Vorpommern stammen gleich mehrere Landtagsabgeordnete der NPD aus der Kameradschaftsszene.

Besser als früher klappt heute auch die Arbeits- und Rollenverteilung: Während die NPD sichtlich um ein bürgerliches Image bemüht ist, provozieren gewalttätige Neofaschisten der Kameradschaftsszene die Öffentlichkeit und die Staatsgewalt. Augenzwinkernd distanziert sich die NPD von Gewalt und stellt im selben Atemzug die „Kameraden“ als die eigentlichen Opfer dar. Daß dies der Partei offensichtlich nicht schadet, kann auch als Beleg für eine stärkere Akzeptanz nonkonformer, militanter politischer Ausdrucksformen bei einem Teil der Wählerschaft angesehen werden.

## **2. Wahlerfolge. Wer wählt die NPD?**

Die letzten Landtagswahlen verliefen für die NPD ziemlich desaströs. Diese Partei befindet sich nicht in einer ununterbrochenen Aufwärtsbewegung: In Hessen konnte die NPD nicht vom rassistischen Wahlkampf Roland Kochs profitieren und landete bei 0,9 Prozent der Stimmen, womit sie unterhalb der für die Wahlkampfpauschale wichtigen Marke von einem Prozent blieb. Diese Marke konnte sie zwar in Niedersachsen überspringen, dennoch sind dortigen 1,5 Prozent alles andere als ein gutes Ergebnis. Der eloquente Spitzenkandidat Andreas Molau hatte eindeutig mit mehr Zustimmung gerechnet. In Hamburg verzichtete man zugunsten des „Partners“ DVU auf eine eigene Kandidatur, die DVU erreichte niederschmetternde 0,8 Prozent. Es zeigt sich hier eine deutliche Differenz zwischen den Erfolgsmöglichkeiten der extremen Rechten im Osten und im Westen des Landes. Auf die Gründe für diese Differenz werde ich später eingehen.

Man sollte die extreme Rechte jedoch keinesfalls unterschätzen, wie die Ergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin im Herbst 2006 gezeigt haben. Mit unterschiedlicher Ausprägung wurde hier ein Aufwärtstrend fortgesetzt, der seit dem Einzug der NPD in Sachsen mit wenigen Ausnahmen anhält. So erreichte die NPD bei der Bundestagswahl 2005 zwar nur 1,6 Prozent, [39:] sie hat aber damit ihr Ergebnis von 2002 (0,4 Prozent) vervierfachen können. In

<sup>7</sup> Bundestagsdrucksache 16/2590, Antwort auf Frage 11.

<sup>8</sup> Im Zuge des Verbotsverfahrens gegen die NPD hatte diese sich stark von den teils militant auftretenden Kameradschaften distanziert, um dem Gericht keine weiteren Argumente für ein Verbot zu liefern. Nach dem Scheitern des Verfahrens kam es umgehend zu einer neuen Annäherung, mit bis heute andauerndem Mißtrauen auf Seiten der Kameradschaften.

ostdeutschen Bundesländern ließen die Bundestagswahlergebnisse erahnen, welches Potential hier schlummert. In Sachsen kam die NPD auf 4,8 Prozent und widerlegte – angesichts der sehr viel höheren Wahlbeteiligung als bei der Landtagswahl – die These, daß die vermeintlichen Protestwähler sich bei nächster Gelegenheit eines Besseren belehren lassen würden. In Thüringen erzielte die Partei 3,7 Prozent der Stimmen, in Mecklenburg-Vorpommern 3,5 Prozent- ein Ergebnis, das die Vorlage für den Erfolg bei den Landtagswahlen lieferte. In drei Länderparlamenten ist die extreme Rechte inzwischen vertreten: die NPD in Sachsen mit 9,2 Prozent, die DVU in Brandenburg mit 6,1 Prozent und schließlich in Mecklenburg-Vorpommern die NPD mit 7,3 Prozent. Hinzu kommen zahlreiche kommunale Mandatsträger, der NPD gelang bei den Wahlen in Berlin der Einzug in vier Bezirksversammlungen.

Die Gründe für die Wahlerfolge der NPD finden sich bundesweit, sie haben in Ostdeutschland jedoch eine weitaus größere Brisanz. Die reale soziale Situation, verbunden mit einer weitgehenden Desillusionierung über die eigenen Zukunftsperspektiven und der allgegenwärtig drohende Verlust sozialer Sicherheiten, bildet für die von der NPD angesprochenen Menschen den Hintergrund ihrer Wahlentscheidung. Hinzu kommen ideologische Dispositionen, ohne die die Wahl einer Partei der extremen Rechten nicht im individuellen Handlungsrahmen vorkommen könnte. Es ist also nicht der „verordnete Antifaschismus“ der DDR oder die angeblichen emotionalen Defizite einer staatlich begleiteten Kindheit, die die Erfolge der NPD vor allem in Ostdeutschland begründen. Umgekehrt aber muß gefragt werden, warum Rassismus, Nationalismus und autoritäres Denken während vierzig Jahren Sozialismus nicht überwunden werden konnten.

### **Die soziale Frage von rechts**

Die vor allem in Ostdeutschland aufflammende Empörung über die drastischen sozialen Kürzungen, die sich hinter dem Stichwort „Hartz IV“ verbergen, hatte einen wichtigen Anteil am Erfolg der NPD in Sachsen, wo sie 2004 mit 9,2 Prozent der Stimmen erstmals nach 1968 wieder in einen Landtag einziehen konnte. Auch ohne den Schub einer massenhaften Unzufriedenheit mit der Arbeitsmarktpolitik auf Bundesebene hätte die NPD nach dem systematischen und jahrelangen Aufbau der Partei in Sachsen sicherlich gute Chancen gehabt<sup>9</sup>, doch mit Hartz IV wurde der NPD ein Thema offeriert, das ihr zusätzlichen Zulauf bescherte und mit dem sie sich als Anwältin der „kleinen Leute“ präsentieren konnte. Soziale Frage, Globalisierungskritik, Antikapitalismus und Kritik an den von den USA geführten Kriegen – mit diesen Themen profiliert sich die NPD seit dem Beginn des Jahrzehnts und trifft damit besonders in den östlichen Bundesländern ein weit verbreitetes Gefühl. Die soziale Frage ist für die NPD zu einem Gewinnerthema geworden, mit dem sie sich als Alternative zu den etablierten Parteien und zum politischen System darstellt. Die ihr zugewiesene Pariarolle hat die Partei angenommen und schlägt aus ihr Kapital, profitiert sie doch so von dem immer weiter um sich greifenden Mißtrauen gegenüber der etablierten Politik.<sup>10</sup>

Jürgen W. Gansel, Mitglied des Sächsischen Landtages und einer der wichtigsten Vordenker der NPD, sieht die Partei mit ihrer Form der Thematisierung der sozialen Frage auf dem Vormarsch: „Die Nationalisierung der sozialen Frage und die Vision eines solidarischen Volksstaates, in dem die soziale Teilhaberschaft eines jeden Deutschen garantiert ist, wird dem Nationalismus soviel Zulauf beschere[n], daß die morschen Knochen der Volks- und Vaterlandsabwickler noch gehörig zittern werden.“<sup>11</sup> Läßt man das vollmundige Getöse einer noch weitgehend marginalen Partei einmal beiseite, dann ist festzustellen, daß die NPD mit der sozialen Frage und mit der Attitüde der antikapitalistischen Systemkritik ein Thema für sich entdeckt hat, das ihr Zulauf nun auch von Seiten derer bringt, die sich zu den Verlierern der sozialen Entwicklung zählen oder Sorge haben, bald zu diesen Verlierern zu gehören. Daß ein überproportional großer Teil dieser Menschen in Ostdeutschland beheimatet

<sup>9</sup> Henrik Steglich: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005.

<sup>10</sup> Sebastian Reinfeld: Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus, Wien 2000; Gerd Wiegel: Völkischer Neoliberalismus. Vom populistischen Spagat einer modernisierten Rechten, in: Dietrich Heither, Gerd Wiegel (Hg.): Die Stolzdeutschen. Von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur, Köln 2001, S. 143-171.

<sup>11</sup> Jürgen W. Gansel: Der Abschied der Linken von der sozialen Frage, in: *Deutsche Stimme* 12/2006.

ist, hat seinen Hauptgrund in der deutlich verschärften sozialen Lage in diesem Teil der Bundesrepublik Hinzu kommt, daß die systemkritischen, einen „nationalen Sozialismus“ propagierenden Appelle in Ostdeutschland auf einen anderen, bekannteren Resonanzboden fallen als im Westen. Die NPD hat mit der Aneignung der sozialen Frage eine inhaltliche Wendung vollzogen, die – wie eingangs bereits dargelegt – dem Faschismus historisch vertraut ist, jedoch einen deutlichen Unterschied zur bisherigen Ausrichtung der NPD und erst recht zur vorherrschenden Orientierung der meisten europäischen Rechtsparteien darstellt.

Der oftmals erhobene Vorwurf, der Antikapitalismus von rechts sei nur leere Propaganda und soziale Demagogie, greift dort zu kurz, wo der NPD in Analogie zu manchen faschismustheoretischen Interpretationen jegliche Systemkritik abgesprochen und sie zum nützlichen Helfer der herrschenden Klasse erklärt wird. Verkannt wird damit, daß sich die Partei heute aus dem Arsenal eines rechten Antikapitalismus bedient, der sich historisch auch bei der NSDAP fand.

Für die Beantwortung der Frage, ob die NPD mit der Thematisierung der sozialen Frage erfolgreich ist, bietet sich ein Blick auf die Wählerstruktur der Partei bei den letzten Wahlen an, wobei es vor allem um die Frage geht, ob die NPD für die von [41:] den sozialen Verschlechterungen bedrohten Schichten besondere Attraktivität entfaltet hat. Zu berücksichtigen ist, daß die Wahl einer Partei der extremen Rechten vor dem Hintergrund der faschistischen Vergangenheit weitgehend tabuisiert ist, daß also viele Wähler und Wählerinnen, die eine weitgehende Übereinstimmung mit der Ideologie der NPD aufweisen, diese dennoch nicht (oder noch nicht) wählen. Für die Einschätzung des möglichen Wählerpotentials der NPD sind also auch Einstellungsuntersuchungen zu berücksichtigen, die nicht direkt nach Wahlabsichten fragen. Weiter ist zu bedenken, daß eine einfache Ableitung politischer Einstellungen aus der sozialen Lage dem Problem nicht gerecht wird: Rechtsextreme Einstellungen gründen auf einem ganzen Bündel von Ursachen, das sowohl individuelle wie gesellschaftliche Erfahrungen umfaßt. Die soziale Lage ist nur ein Faktor unter vielen, dessen Bedeutung für solche Einstellungen nicht überschätzt, aber auch nicht unterschätzt werden sollte.

### **Empirische Ergebnisse**

Seit ihrem Erfolg 2004 in Sachsen konnte die NPD bei allen weiteren Landtagswahlen sowie bei der Bundestagswahl 2005 ihren Stimmenanteil deutlich vergrößern, oftmals von einem sehr niedrigen Ausgangspunkt und häufig nicht im erhofften Umfang. Neben dem Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2006 mit 7,3 Prozent sind auch die Ergebnisse im Saarland 2004 (4 Prozent) und in Berlin 2006 (2,6 Prozent) erwähnenswert.

Die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern hat nachdrücklich das jugendliche Gesicht der NPD bestätigt: Mit 17 Prozent erzielte die Partei unter den 18-24-jährigen ihr bestes Ergebnis und setzte damit einen Trend fort, der sich schon in Sachsen beobachten ließ. Hier hatten 16 Prozent dieser Wählergruppe für die NPD gestimmt (bei einem Gesamtergebnis von 9,2 Prozent). Blickt man nur auf die männlichen Wähler dieser Alterskohorte, dann erhöht sich der NPD-Anteil in Mecklenburg-Vorpommern auf 23 Prozent, womit die NPD zusammen mit der SPD den ersten Platz in dieser Gruppe einnimmt. Selbst unter den 25-34-jährigen Männern waren es noch 19 Prozent, die für die NPD stimmten.<sup>12</sup>

Völlig falsch wäre jedoch eine Schlußfolgerung aus diesen Zahlen, die das Problem der extremen Rechten vor allem als ein Jugendphänomen begreift, womöglich verbunden mit der Erwartung, daß sich dies mit der Zeit von selbst erledigt. Dagegen sprechen zwei Beobachtungen: Erstens lassen sich vermehrt biographische Karrieren innerhalb der rechten Szene beobachten, was mit der politisch-kulturellen Etablierung dieser Szene in zahlreichen Regionen zu tun hat.<sup>13</sup> Zwei-[42:]tens läßt sich

<sup>12</sup> Infratest dimap: Wahlreport Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, S. 48, ohne Ort 2006. Zum Vergleich: In Sachsen wählten 20 Prozent der 18-25-jährigen Männer und 18,3 Prozent der 25-35-jährigen Männer die NPD. Zu berücksichtigen ist, daß sich die Zahlen auf diejenigen beziehen, die zur Wahl gingen. Ein großer Teil gerade der jüngeren Wähler blieb der Wahl fern!

<sup>13</sup> Während früher oftmals der Einstieg ins Berufsleben und die Gründung einer Familie den [42:] Anstoß zum Ausstieg aus der Szene gaben, lassen sich heute vermehrt Berufs- und Familienkarrieren innerhalb der Szene beobachten. Der vermehrte Frauenanteil innerhalb der extremen Rechten und die verstärkte Normalisierung (und der damit verbundene nachlassende soziale Druck) dürften Gründe für diese Entwicklung sein.

auf der Ebene der Einstellungsmuster Rechtsextremismus keineswegs als Jugendphänomen festmachen. Vielmehr finden sich klassische Ideologiemomente der extremen Rechten in allen Altersgruppen, bei einem leichten Überhang der über 55jährigen.<sup>14</sup> Als Wahlentscheidung finden sich extrem rechte Einstellungen also vermehrt bei jüngeren Menschen, während die damit verbundenen Wertemuster auch und gerade bei Älteren anzutreffen sind. Es ist zu vermuten, daß bei einem entsprechend etablierten Wahlangebot – das die NPD bis heute zum Glück noch nicht ist – auch die Älteren vermehrt Parteien der extremen Rechten wählen würden.

Überdurchschnittliche Ergebnisse konnte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern bei Arbeitslosen (17 Prozent), Arbeitern (12 Prozent) und auch bei Selbständigen (10 Prozent) erzielen. Diese Ergebnisse bestätigen Tendenzen vorhergehender Wahlen. Die besondere Affinität von solchen Gruppen zur extremen Rechten, die sozial am Rande der Gesellschaft stehen, wird häufig in den Analysen hervorgehoben. Ansprechbar sind jedoch auch die vermeintlichen „Leistungsträger“ (Selbstständige), für die die Sorge, aus dem gesicherten Rahmen des sozialen Gefüges zu fallen, zur Alltagsrealität gehört. Menschen in prekären Lagen, wobei dieser Begriff weit gefaßt werden muß, sind offensichtlich überdurchschnittlich für rechtspopulistische Ideologien ansprechbar.<sup>15</sup>

Für die Wähler der NPD in Mecklenburg-Vorpommern waren die Themen Ausländerpolitik, Arbeitsmarktpolitik und soziale Gerechtigkeit (in dieser Reihenfolge) für ihre Wahlentscheidung am wichtigsten. Offensichtlich sehen die NPD-Wähler hier einen engen Zusammenhang und erwarten Lösungen ganz im Sinne der oben dargestellten nationalistischen und rassistischen Politik der NPD. Die Wähler der NPD sehen sich überdurchschnittlich als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung und vertreten weitaus stärker als der Durchschnitt die Ansicht, die Gesellschaft sei ungerecht.

Eine aktuelle empirische Studie von Carsten Hübner<sup>16</sup> zu der Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Lage und den Wahlerfolgen der extremen Rechten gibt, kommt zu interessanten Differenzierungen. Zwar weist auch Hübner nach, daß die NPD ihre Hochburgen in ostdeutschen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit hat, aber schon die Tatsache, daß auch Süddeutschland, [43:] trotz niedrigerer Arbeitslosigkeit, ein überdurchschnittliches Potential für die extreme Rechte aufweist, verdeutlicht, daß hier mehrere Faktoren berücksichtigt werden müssen: ländliche Region, Geschlecht (männlich) und Alter weisen größere Korrelationen zur Wahl extrem rechter Parteien auf als allein die Arbeitslosigkeit. Ebenso spielt die organisatorische Verankerung der Parteien eine erhebliche Rolle: So waren die Ergebnisse der NPD bei der Bundestagswahl 2005 nicht dort am besten, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten war (Mecklenburg-Vorpommern: Arbeitslosigkeit 22,1%, NPD 3,5%), sondern dort, wo sie die größte organisatorische Verankerung hat (Sachsen: Arbeitslosigkeit 20%, NPD 4,8% und Thüringen: Arbeitslosigkeit 18,6%, NPD 3,7%). Interessanterweise sind die Gesamtergebnisse für die Parteien der extremen Rechten seit 1990 leicht rückläufig, bei einer gleichzeitigen Verdoppelung der Arbeitslosenzahl.<sup>17</sup> Entscheidend dafür dürften zwei Faktoren sein: Das veränderte (primäre) Angebot aufseiten der extremen Rechten- von den Republikanern zur NPD- und seit 2005 die Konkurrenz durch DIE LINKE.

Vergleicht man die Wählerklientel von NPD und LINKER nach sozialstrukturellen Merkmalen, stellt man fest, daß beide Parteien überdurchschnittliche Ergebnisse bei Arbeitern und Arbeitslosen erzielen, hier also (in einem Teilsegment) in direkter Konkurrenz zueinander stehen. Der aktuelle Erfolg der LINKEN könnte also direkte Auswirkungen auf die Möglichkeiten der extremen Rechten haben. Umgekehrt stellt sich die Frage, in welche Richtung sich solche Wählerinnen und Wähler wenden würden, wenn sich nach der Wahl Enttäuschung über Politik der LINKEN breitmachen sollte. Eine weitere wichtige empirische Beobachtung ist die Tatsache, daß die NPD bei den für sie erfolgreichen

<sup>14</sup> Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin (Friedrich-Ebert-Stiftung) 2005.

<sup>15</sup> Vgl. Joachim Bischoff, Klaus Dörre, Elisabeth Gauthier u. a.: Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg 2004.

<sup>16</sup> Carsten Hübner: Arbeitslos = Rechtsextrem. Sozioökonomische Rahmenbedingungen rechtsextremer Wahl- und Mobilisierungserfolge unter besonderer Berücksichtigung der Bundestagswahl 2005 (zu beziehen über die Bundestagsfraktion DIE LINKE).

<sup>17</sup> Ebenda, S. 29 ff.

Wahlen die größten Zugewinne aus dem Bereich der Nichtwähler erzielen konnte (Sachsen: 65.000 Stimmen; Mecklenburg-Vorpommern: 11.000 Stimmen), also bei Menschen, die sich vom (partei)politischen Geschehen abgewandt haben und als politisch apathisch gelten. Ähnliche Erfolge in diesem Bereich – im Gegensatz zu allen etablierten Parteien – lassen sich auch bei der LINKEN, vor allem in Westdeutschland, beobachten. Offensichtlich gelingt es vor allem Parteien, die als fundamentale Opposition wahrgenommen werden, diese Menschen zu erreichen. Auch hier stellt sich die Frage, ob die extreme Rechte zum Profiteur möglicher linker Regierungsbeteiligungen werden kann.

### 3. Einstellungsmuster

Bei der Frage nach den Wählerinnen und Wählern der extremen Rechten sind auch die Ergebnisse der vieldiskutierten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2006) „Gesellschaft im Reformprozeß“ zu beachten. Obwohl Rechtsextremismus in der Studie kein Thema ist, lassen sich die Ergebnisse der Erhebung leicht mit anderen Forschungen verbinden und bestätigen den Trend eines Zusammenhangs [44:] zwischen zunehmender sozialer Unsicherheit und steigenden autoritären und extrem rechten Einstellungen. Bei der Frage zur Einstellung nach Staat und Gesellschaft und zu Politik und Parteien zeigt die Studie bei vier der identifizierten Gruppen Einstellungen, die auch und besonders von seiten der extremen Rechten bedient werden: „Autoritär-ethnozentristische Vorstellungen“ werden bei der „bedrohten Arbeitnehmermitte“ (diese Gruppe umfaßt 16 Prozent der Bevölkerung), den „selbstgenügsamen Traditionalisten“ (11 Prozent), den „autoritätsorientierten Geringqualifizierten“ (7 Prozent) und dem „abgehängten Prekariat“ (8 Prozent) ausgemacht. Letzteren wird eine starke Abschotung gegen Ausländer, ein hoher Nichtwähleranteil, ein überdurchschnittlicher gewerkschaftlicher Organisationsgrad<sup>18</sup> und die größte Affinität zu Parteien der extremen Rechten bescheinigt. Berücksichtigt man ferner, daß die letztgenannte Gruppe in Ostdeutschland nicht acht sondern 25 Prozent der Bevölkerung umfaßt, wirft dies ein weiteres Schlaglicht auf die Potentiale der NPD.

Aber nicht nur die reale soziale Lage ist entscheidend. Personen mit relativer Deprivation zeigen eine besondere Anfälligkeit für extrem rechte Einstellungen, wobei relative Deprivation „diejenigen Formen wahrgenommener Benachteiligung“ bezeichnet, „die entweder aus dem Vergleich der eigenen Situation mit der anderer Personen oder aus dem Vergleich der Situation der eigenen Gruppe mit der einer anderen Gruppe resultiert.“<sup>19</sup> Immerhin schätzen 24 Prozent der Befragten die Lage der Deutschen im Vergleich zur Lage der in Deutschland lebenden Ausländer schlechter ein, eine Ansicht die man in Alltagsdiskussionen zum Thema Rechtsextremismus immer wieder hören kann. Mit ihrer Fixierung auf die „Ausländerfrage“ als Lösung aller Probleme spricht die extreme Rechte diese Menschen direkt an. Laut dem Berliner Politikwissenschaftler Richard Stöss vertreten 26 Prozent der Menschen mit relativer Deprivation rechtsextreme Einstellungen. Die stärkste Korrelation zu solchen Einstellungsmustern weisen laut Stöss jedoch Menschen auf, die als politisch apathisch gelten: Bundesweit neigen 36 Prozent und in Ostdeutschland 51 Prozent dieser Personen zu Einstellungen, wie sie von der extremen Rechten vertreten werden.<sup>20</sup>

Angesichts der aktuellen Entwicklung, in der die Abwendung von den politischen Institutionen und Parteien dramatisch zunimmt und das Vertrauen in die Lösungskompetenz des demokratischen Systems weiter sinkt, sind solche Erkenntnisse höchst bedrohlich. Einen Beleg für diese Entwicklung bietet die für die NPD erfolgreiche Wahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006. Hier gelang es ihr als einzi-[45:]ger Partei im Saldo Nichtwählerinnen und Nichtwähler an die Wahlurne zurückzuholen: Während die anderen Parteien einen Verlust von 0 bis zu 80.000 Wählern (SPD) an dieses Spektrum zu verzeichnen hatten, gewann die NPD hier 11.000 Stimmen hinzu.<sup>21</sup>

---

<sup>18</sup> Vgl. hierzu Bodo Zeuner, Jochen Gester, Michael Fichter, Joachim Kreis, Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften, Münster 2007.

<sup>19</sup> Carina Wolf, Elmar Schlüter, Peter Schmidt: Relative Deprivation. Riskante Vergleiche treffen schwache Gruppen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt am Main 2006.

<sup>20</sup> Stöss 2005, S. 70.

<sup>21</sup> Infratest dimap 2006, S. 29 ff.



Entsprechend den Angaben des Datenreports (2006) betrachten nur noch 38 Prozent der Ostdeutschen die Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform (West: 71 Prozent). Das Statistische Bundesamt verzeichnet gegenüber dem Jahr 2000 einen Rückgang um 11 Prozent. Offen bleibt, ob es sich hier um eine Ablehnung demokratischer Aushandlungsformen an sich oder um eine Ablehnung der konkreten Ausprägung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik handelt.<sup>22</sup>

Die hier vorgestellten Ergebnisse werden durch Untersuchungen gestützt, die explizit nach der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen bzw. nach verschiedenen Formen von Ausgrenzung fragen. Die unter dem Titel „Deutsche Zustände“ von einer Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer seit fünf Jahren regelmäßig vorgelegten Ergebnisse zeigen konstant hohe Zustimmung zu verschiedenen Formen von Ausgrenzung, wobei die fremdenfeindlichen Einstellungen die höchsten Zustimmungswerte verzeichnen. Knapp 60 Prozent stimmen der Aussage zu, daß zu viele Ausländer in Deutschland leben und 35 Prozent sind der Ansicht, bei knapper werdenden Arbeitsplätzen sollten die Ausländer in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden. Auch Obdachlose und Muslime sind aggressiven Formen der Ablehnung von 30 bis 40 Prozent der Befragten ausgesetzt. Gleichzeitig fordern, unter dem Stichwort „Etabliertenvorrechte“, mehr als 40 Prozent der Befragten mehr Rechte für Alteingesessene – unabhängig von ihrer Herkunft – gegenüber über den Neuanrückömmlingen und lehnen somit den Gleichheitsgrundsatz ab.<sup>23</sup>

Für Heitmeyer ist besonders die Tatsache beunruhigend, daß die hier festgestellten Ausgrenzungs-ideologien nicht auf den Rand der Gesellschaft beschränkt sind, sondern auch in der gesellschaftlichen Mitte zu finden sind. Damit werden diese Einstellungen normbildend und können immer weniger problematisiert werden. Von dieser Form der Normalisierung von Ausgrenzung und Rassismus kann auch die extreme Rechte mit ihren Politikangeboten profitieren. Für Heitmeyer u. a. ist der Zusammenhang dieser Einstellungsentwicklung mit zunehmenden sozialen Desintegrationsprozessen offensichtlich. Die mit der Verschärfung der sozialen Lage einhergehenden Unsicherheitserfahrungen führen zu verstärkter Orientierungslosigkeit und der Suche nach Sicherheiten, die sich in Werten wie Nation, Heimat aber auch „Rasse“ und ethnischer Zugehörigkeit finden lassen. Die Unter-[46:]suchungen von Heitmeyer u. a. zeigen hier einen deutlichen Zusammenhang mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit Diese Zusammenhänge werden von der weithin beachteten empirischen Studie von Oliver Decker und Elmar Brähler bestätigt.<sup>24</sup> Die von ihnen zutage geförderten Ergebnisse verdeutlichen die starke Verbreitung von rassistischen, ausländerfeindlichen und autoritären Einstellungen in größeren Teilen der Bevölkerung. So stimmen 37 Prozent (43,8 Prozent in Ostdeutschland) der Aussage zu „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“; 15 Prozent sind der Ansicht, das Land sollte „einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“, und 26 Prozent stimmen der Aussage zu „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“.<sup>25</sup> Interessant an den Ergebnissen von Brähler/Decker ist, daß diese Aussagen sich nicht hauptsächlich bei jungen Leuten finden, sondern ein Übergewicht bei den über 60jährigen zu verzeichnen ist. Als Einstellungsmuster sind autoritäre und rechtsextreme Ideologiemomente also keineswegs auf junge Menschen beschränkt. Auch sehen Brähler/Decker nur eine gering höhere Ausprägung solcher Einstellungen bei Menschen mit politischer, sozialer oder individuell wirtschaftlicher Deprivation. Eine einfache Korrelation zwischen (subjektiv eingeschätzter und objektiver) sozialer Lage und rechtsextremen Einstellungen ist demnach nicht gegeben. Zu untersuchen wäre, welche Gründe den Weg von einer latent rechtsextremen Einstellung zur manifesten Wahl einer Partei der extremen Rechten ausmachen und ob hier die soziale Lage eine Rolle spielt. Die Analyse der Wählerstruktur der NPD hat hierfür Anhaltspunkte ergeben.

---

<sup>22</sup> Elmar Brähler, Oliver Decker: Deutsche Befindlichkeiten, in: *Frankfurter Rundschau* v. 2./3.10.2006.

<sup>23</sup> Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Deutsche Zustände*. Folge 5, Frankfurt am Main 2007.

<sup>24</sup> Elmar Brähler, Oliver Decker: *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflußfaktoren in Deutschland*, Berlin (Friedrich-Ebert-Stiftung) 2006.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 35 ff.

#### 4. Moderne oder alte Rechte? Deutsche Besonderheiten in Europa

Daß die Thematisierung der sozialen Frage durch die extreme Rechte zu einem aktuellen Thema geworden ist, überrascht insofern, als der Trend in Europa noch während der 1990er Jahre in eine ganz andere Richtung wies. Aufhorchen ließen seinerzeit Wahlerfolge rechtsextremer Parteien, die sich bewußt den vorherrschenden Tendenzen des Neoliberalismus anschlossen und diese in ihre Programmatik und Propaganda aufnahmen, womit es ihnen gelang, neue Wählerschichten anzusprechen und gegenüber den konservativen, liberalen und christlichen Parteien bündnisfähig zu werden. Auf diese Aneignung neoliberaler Ideologiemomente machte der Wirtschaftswissenschaftler Herbert Schui aufmerksam.<sup>26</sup> Von besonderem Interesse waren die ideologischen Überschneidungen neoliberaler Theorieansätze, wie sie Friedrich August von Hayek, Milton Friedman und James W. Buchanan in den achtziger Jahren verbreiteten, mit den tradierten Vor-[47:]stellungen der extremen Rechten. Zu nennen sind hier die Ideologie der Ungleichheit, sozialdarwinistische Vorstellungen, Demokratieabwehr, Elitenmodelle u. a. m. Durch das Zusammengehen der extremen Rechten mit dem modern erscheinenden Neoliberalismus konnte diese ihr antiquiertes Image grundlegend verändern und Attraktivität für neue Wählerschichten gewinnen, für die gerade die Verbindung von neoliberalen und klassisch rechten Ideologemen wie Nation, Führertum, Ungleichheit und Rassismus anziehend wirkte. Zahlreiche Parteien der extremen Rechten in Europa machten Anleihen beim Neoliberalismus und waren damit zeitweilig – manchmal bis heute – erfolgreich; so etwa die postfaschistische Alleanza Nazianale und die Lega Nord aus Italien, die FPÖ in Österreich, der Vlaams Blok (heute Vlaams Belang) in Belgien, der Front National in Frankreich, die dänische Volkspartei, die Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden, die SVP in der Schweiz und weitere Parteien. Zahlreiche der hier genannten Parteien errangen durch das Aufgreifen neoliberaler Elemente bedeutende Wahlerfolge, durchbrachen eine bis dahin oft vorherrschende politische Isolation und wurden sogar an nationalen Regierungen beteiligt.<sup>27</sup>

Gegenwärtig stellt sich die Frage, ob das Erfolgsrezept moderner Parteien der extremen Rechten, die Verbindung traditioneller Ideologiemomente mit neoliberalen Elementen, Garant für weitere Erfolge ist. Nicht wenige Wissenschaftler machen zunehmende Brüche und Erosionen in der vorherrschenden neoliberalen Ideologie aus. Die Versprechungen, daß der Markt alles regeln könne, die Glaubenssätze der Marktideologen, stoßen auf immer größere Skepsis. Der einst erfolgreiche Spagat der FPÖ zwischen traditionellen und modernen Versatzstücken der extremen Rechten hat sich zunehmend als Spaltpilz erwiesen.

Die Bundestagswahlen 2005 haben gezeigt, daß eine rein neoliberale politische Ausrichtung, wie sie von CDU und FDP angestrebt wurde, in der Bundesrepublik nicht mehrheitsfähig ist. Es könnte also sein, daß mit einem möglichen Nachlassen der Bindungskraft neoliberaler Vorstellungen auch die Anziehungskraft dieser modernen Rechten sinkt. Umgekehrt läßt sich ein weiter zunehmender Vertrauensverlust der politischen Institutionen und auch des kapitalistischen Systems ausmachen.<sup>28</sup> In der Bundesrepublik konnte die neue Linkspartei einen Teil dieses Vertrauensverlustes in Wählerstimmen umwandeln. Für den manifest rassistisch und nationalistisch orientierten Teil dieses Spektrums bietet sich die NPD als Systemalternative an. Sie nimmt die Ängste der Menschen vor sozialer Verwerfung auf und wendet sie gegen Migranten, gegen EU und USA. Nicht die Versprechungen des Marktes werden von ihr gepredigt, sondern die nationalistische Abwendung von allen supranationalen Institutionen. „Deutsches Geld für deut-[48:]sche Arbeit“, ein solcher Slogan, so realitätsfern er auch ist, trifft das Gefühl von vielen, die sich durch den globalisierten Kapitalismus an den Rand gedrängt sehen. Richard Stöss geht davon aus, daß die Bedeutung neoliberaler Versatzstücke für die modernen Parteien der extremen Rechten eher abnehmen. Bezogen auf die aktuelle Entwicklung führt er aus: „Neoliberale wirtschaftspolitische Konzepte haben mittlerweile an Einfluß verloren. Weite Teile des westeuropäischen Rechtsextremismus haben die Bedeutung der sozialen Frage für ihre

<sup>26</sup> Herben Schui u. a.: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997.

<sup>27</sup> Peter Bathke/Susanne Spindler (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin 2006.

<sup>28</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer: Autoritärer Kapitalismus. Demokratieentleerung und Rechtspopulismus, in: Ders., Dietmar Loch (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt a. M. 2001.

Unterschicht-Anhänger erkannt, lehnen aber das sozialdemokratische Modell des Wohlfahrtsstaates ab, insbesondere dann, wenn Ausländer davon profitieren.“<sup>29</sup>

Stöss unterscheidet, bezogen auf Westeuropa, drei Typen rechtsextremer Parteien:

- Typ 1: Gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform
- Typ 2: Nationalistisch bzw. völkisch, eher systemkritisch
- Typ 3: Faschistisch bzw. rassistisch, eher systemfeindlich.<sup>30</sup>

Während er zum Typ 1 insbesondere die skandinavischen Parteien der extremen Rechten zählt, sowie die italienische AN und die FPÖ, werden unter Typ 2 Parteien wie der Front National in Frankreich, der Vlaams Belang oder die Lega Nord gerechnet. Für Typ 3 nennt Stöss den MSI in Italien oder die Fuerza Nueva in Spanien. Für Deutschland ließen sich Republikaner (1), DVU (2) und NPD (3) den jeweiligen Typen zuordnen. Bemerkenswert findet Stöss, daß sich in der Bundesrepublik keine Partei des 1. Typs etablieren konnte, sieht man vom kurzzeitigen Erfolg der Schill-Partei einmal ab. Warum ist das so? Offensichtlich ist es für Parteien des rechten Spektrums in der Bundesrepublik besonders schwer, das Stigma des Neofaschismus los zu werden. Die Parallelisierung mit der deutschen faschistischen Vergangenheit ist bis heute ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zur gesellschaftlichen Anerkennung für diese Parteien. Die Unionsparteien haben es bis heute geschafft, den rechten Rand des politischen Spektrums weitgehend an sich zu binden. Zwar sind rassistische und nationalistische Äußerungen konservativer Volksparteien keine Spezifik der Union, dennoch ist es ihr in Verbindung mit der Barriere durch die Erinnerung an den Hitlerfaschismus besser als vergleichbaren Parteien in zahlreichen Nachbarländern gelungen, das rechte Wählerspektrum an sich zu binden.

Festzuhalten bleibt, daß alle in der letzten Zeit erfolgreichen Varianten der extremen Rechten bündnisfähig zum bürgerlichen Konservatismus waren oder, wie es Stöss formuliert, „sich bei Wahlen weithin aus dem rechtskonservativen bzw. neoliberalen Lager“<sup>31</sup> speisten. Auch bei einer möglicherweise abnehmenden [49:] Bedeutung neoliberaler Ideologieelemente bleibt diese Bündnisfähigkeit bis auf weiteres Grundbedingung für eine reale Machtperspektive extrem rechter Parteien. Ob der NPD ein Einbruch in das rechtskonservative Spektrum gelingt, erscheint angesichts ihrer sozialrevolutionären Rhetorik aber äußerst fraglich. Allerdings könnte bei einer weiteren Verschärfung der politischen Vertrauenskrise und fortschreitenden sozialen Verwerfungen die NPD zum Profiteur einer solchen Entwicklung werden.

---

<sup>29</sup> Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2005, S. 174.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 181.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 192.

**„Raumorientierte Volkswirtschaft“ und „nationale Solidarität“  
Zur wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik und Propaganda  
der NPD und ihres neo-nationalsozialistischen Umfelds**

„Die Neofaschisten haben angefangen, die soziale Frage als ein Einfallstor zu entdecken. Das ist ja durchaus neu, die Altnazis hatten damit nichts am Hut“, erklärte Karl Heinz Roth Anfang 2007 in einem Interview der Tageszeitung *junge Welt*.<sup>1</sup> Es hat den Anschein, als würde die äußerste Rechte sich hier ein neues Themenfeld erschließen, von der „Entdeckung der sozialen Frage“ ist vielfach Rede.<sup>2</sup> Diesen Eindruck erwecken nicht zuletzt die zahlreichen Demonstrationen gegen Globalisierung, das „Kapital“ und das „System“, mit denen der selbsternannte „nationale Widerstand“ aus NPD und „freien Kräften“ seit einigen Jahren beharrlich für „Arbeit für Deutsche“, „nationalen Sozialismus“ und die Verwirklichung einer „Volksgemeinschaft“ trommelt. Verschiedentlich und nicht immer erfolglos versuchten diese Kräfte in den vergangenen Jahren auch, sich bei den „Montagsdemonstrationen“ gegen Hartz IV, bei betrieblichen Kämpfen oder gewerkschaftlichen Kampagnen und Demonstrationen mit Losungen oder eigenen Transparenten zu beteiligen, die teils gewerkschaftliche oder linke Forderungen übernehmen bzw. imitieren, und diese gleichzeitig mit nationalistischen Positionen oder anderen Elementen rechtsextremer Weltsicht verknüpfen.<sup>3</sup> Auch der 1. Mai, in offen positivem Traditionsbezug zum historischen deutschen Faschismus verstanden als „Tag der deutschen Arbeit“, ist zu einem jährlichen Fixpunkt in der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten geworden.<sup>4</sup>

Jetzt, nachdem die Linke die soziale Frage aufgegeben habe, so verkündete Ende 2006 der sächsische Landtagsabgeordnete und NPD-Vordenker Jürgen Gansel, sei der Nationalismus die einzig verbliebene „Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘“.<sup>5</sup> Das Thema wird in verschiedenen Varianten immer wieder aufgegriffen. Jüngst startete die rechtsextreme Partei unter dem Motto „Sozial geht nur national“ eine neue Propagandakampagne.<sup>6</sup>

Markieren diese Kampagnen eine neue inhaltliche Ausrichtung innerhalb der extremen Rechten? Was verbirgt sich hinter der Rede vom „Antikapitalismus von rechts“? Wir konzentrieren uns in der

<sup>1</sup> „Wir müssen uns allen Ausgegrenzten zuwenden.“ Gespräch mit Karl Heinz Roth, in: *junge Welt* vom 31.3.2007.

<sup>2</sup> Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus. Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006; Bodo Zeuner, Jochen Gester, Michael Fichter, Joachim Kreis, Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus, Münster 2007, bes. S. 58-68. Mit der aktuellen Funktionalisierung der sozialen Frage durch die extreme Rechte setzen sich eine Vielzahl von Beiträgen in der wissenschaftlichen und politischen Publizistik auseinander: Vgl. u. a.: Thomas Grumke, Andreas Klärner: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Berlin 2006; Gerd Alt, Torben Heine: Krisengewinnler. Mit einem „Antikapitalismus von rechts“ soll die Soziale Frage nationalisiert werden, in: *Lotta*. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Heft 25 (2007), S. 11-14; Christina Kaindl: Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?, in: *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien*, hg. von Peter Bathke, Susanne Spindler. Berlin 2006, S. 60-75; Fabian Virchow: Von der „antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes“ zur Selbstinszenierung des Neofaschismus als Anwalt der „kleinen Leute“, in: *Utopie kreativ* Nr. 198 (2007), S. 352-360; Fabian Virchow: Volks- statt Klassenbewegung. Weltanschauung und Praxeologie der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990 am Beispiel der „sozialen Frage“, in: *Arbeiterinnenbewegung und Rechtsextremismus*, hg. von Jürgen Hofmann, Michael Schneider, Wien 2007; Trittbrettfahrer der sozialen Frage. Sozialdemagogie von NPD und Neonazis, hg. vom DGB-Bundesvorstand. Berlin 2007; Jean Cremet: Wenn die Menschen gehen und die Wölfe kommen. Völkischer Antikapitalismus am Beispiel Sachsen, in: *ak – analyse & kritik*. Zeitung für linke Debatte und Praxis Nr. 517 v. 18.5.2007.

<sup>3</sup> Vgl. die Beispiele bei Zeuner u. a.: *Gewerkschaften und Rechtsextremismus*, S. 58-61; AG „Rechtsextremismus“ in ver.di Berlin-Brandenburg: Rechte Gespenster? Berlin 2005, S. 8-10; sowie die Darstellung von Anton Maelerle: *Rechte und Rechtsextreme im Hartz IV-Protest*. Braunschweig 2006.

<sup>4</sup> Zur Demonstrationspolitik vgl. Fabian Virchow: Die extreme Rechte auf der Straße- Protest von Deprivierten?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 1/2007, S. 46-51; ders.: Dimensionen der ‚Demonstrationspolitik‘ der extremen Rechten in Deutschland, in: *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, hg. von Andreas Klärner und Michel Kohlstruck, Hamburg 2006, S. 68-101.

<sup>5</sup> Jürgen Gansel: Der Abschied der linken von der sozialen Frage. Der Nationalismus wird die Schutzmacht der kleinen Leute, in: *Deutsche Stimme*, Dezember 2006.

<sup>6</sup> www.npd.de [letzter Zugriff: 18.04.2008]

folgenden Darstellung auf das gegenwärtige Flaggschiff des bundesdeutschen Rechtsextremismus<sup>7</sup>, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), eine inzwischen in weiten Teilen „originär national-[52:]sozialistische Partei“<sup>8</sup>, und die sich noch offener am historischen Nationalsozialismus orientierenden aktivistischen „freien Kameradschaften“.

### Zur Geschichte der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)

Auf der Grundlage ihrer aktuellen Strategie – eine als „Deutschland-Pakt“ bezeichneten Abstimmung mit der Deutschen Volksunion (DVU), nicht konkurrierend zu Wahlen anzutreten, und der „Volksfront von rechts“ mit DVU und „Kameradschaften“ – ist die NPD in den vergangenen Jahren zur dynamischen Kraft im rechtsextremen Lager geworden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bezeichnete sie als „Gravitationsfeld“<sup>9</sup> innerhalb des organisierten Rechtsextremismus.

Die NPD besteht in der Bundesrepublik Deutschland seit November 1964. Gegründet wurde sie als Nachfolgepartei, Sammelbecken und Bündnisprojekt verschiedener ultrakonservativer, national-neutralistischer und völkisch-nationalistischer Kleinstparteien und Splittergruppen. Die heutige NPD verfügt somit über eine vergleichsweise lange und wechselvolle Geschichte.<sup>10</sup>

In den 1960er Jahren gelang der Partei der Einzug in sieben westdeutsche Landesparlamente. Sie verfügte seinerzeit über 61 Abgeordnete in den Landtagen und einige hundert in kommunalen Parlamenten. 1969 verfehlte sie mit 4,3 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen den sicher geglaubten Einzug in den Deutschen Bundestag. Zu dieser Zeit gehörten der NPD etwa 28.000 Mitglieder an. Dem Wahldebakel folgten innerparteiliche Flügelkämpfe und ein rapider Zerfall. Bei den Bundestagswahlen 1972 erreichte die NPD bundesweit gerade noch 0,5 Prozent der Zweitstimmen. Auch bei Landtagswahlen konnte die Partei nicht mehr an [53:] die Erfolge der 1960er Jahre anknüpfen und in kein Länderparlament mehr einziehen. Auch die Mandate in Kommunalparlamenten gingen seit Anfang der 1970er Jahre kontinuierlich zurück. Ohne bei Wahlen- von wenigen kommunalen „Hochburgen“ abgesehen – noch reüssieren zu können, hat die Partei ihre organisatorische Kontinuität aufrechterhalten können. Seit Ende der 1980er Jahre erreichte die NPD bei einzelnen Landtagswahlen wieder mehr als ein Prozent und kam so in den Genuß staatlicher Wahlkampfkostenerstattung.<sup>11</sup>

---

<sup>7</sup> Wenn wir in diesem Artikel die etablierten Begriffe bzw. Begriffspaare „extreme Rechte“, „Rechtsextremismus“ bzw. „rechtsextrem“ verwenden, übersehen wir nicht die unterschiedliche Verwendung dieser Termini und die Problematik der dieser oft zugrunde liegenden „Extremismustheorie“. Dennoch erscheint die Verwendung nicht nur ihrer weiten Verbreitung wegen sinnvoll, sondern auch weil sich mit den möglichen Begriffsalternativen „neofaschistisch“, „neonazistisch“, „ultranationalistisch“ usw. nicht das breite heterogene politische Spektrum beschreiben läßt, das mit den Begriffen „extreme Rechte“ bzw. „Rechtsextremismus“ abgedeckt werden kann. Zu Definitionen und Problemkonstellationen vgl. jüngst: Gideon Botsch: Was ist Rechtsextremismus? Definitionen, Problemdimensionen und Erscheinungsformen, in: Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, hg. von Julius H. Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann, Berlin 2007, S. 31-46.

<sup>8</sup> Steffen Kailitz: Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, in: Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, hg. von Uwe Sackes und Henrik Steglich, Baden-Baden 2007, S. 337-353, S. 337.

<sup>9</sup> [http://www.verfassungsschutz.deldelaktuell\\_themathemen/thema\\_061222\\_npd\\_gravitationsfeld/thema\\_0612\\_npd\\_gravitationsfeld.pdf](http://www.verfassungsschutz.deldelaktuell_themathemen/thema_061222_npd_gravitationsfeld/thema_0612_npd_gravitationsfeld.pdf) [letzter Zugriff 18.04.2008]

<sup>10</sup> Zur Geschichte, Ideologie und Praxis der NPD existiert inzwischen eine umfangreiche Literatur. Vgl. grundlegend Horst W. Schmollinger: Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Parteien Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, hg. von Richard Stöss, Opladen 1986 (= Taschenbuchausgabe Band 4, NDP-WAV), S. 1922-1994 [Originalausgabe 1983]; Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Opladen 1984, Bd. 1, S. 280-355. Uwe Hoffmann: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt 1999; Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke. Vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, hg. von Thomas Grumke, Bernd Wagner, Opladen 2002, S. 402-413; Richard Stöss: Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14 (2005), S. 41-59; Mare Brandstetter: Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg 2006; Sackes, Steglich: NPD; 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, hg. von Fabian Virchow, Christian Dornbusch, Schwalbach 2008.

<sup>11</sup> So im Bündnis mit der DVU als Liste D bei den Bremer Bürgerschaftswahlen 1987 (3,4%) und als NPD 1988 in Schleswig-Holstein (1,2%) und Baden-Württemberg (2,1 %).

Rasch versuchte die NPD, 1989/90 in der DDR Parteistrukturen aufzubauen. In Leipzig beteiligten sich angereiste NPD-Kader an den Montagsdemonstrationen und im Januar 1990 gründete sich dort eine erste Ortsgruppe der Mitteldeutschen Nationaldemokraten (MND), quasi als DDR-Ableger der westdeutschen NPD, und eine Ortsgruppe der Jungen Nationaldemokraten (JN). Weitere MND-Gruppen folgten in Magdeburg und Dresden. Am konstituierenden Parteitag der MND am 24. März 1990 nahmen ca. 150 Personen teil. Die MND nannte sich seit August 1990 NPD. Am 7. Oktober 1990 fand in Erfurt „der offizielle Eingliederungsparteitag der MND in die bundesrepublikanische NPD“ statt.<sup>12</sup>

Die NPD trat in allen fünf Ländern Ostdeutschlands bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 an und fand nur wenig Widerhall. Insgesamt konnte sie 25.412 Zweitstimmen (0,33%) auf sich vereinigen; bei den Bundestagswahlen im Dezember 1990 votierten 23.212 Ostdeutsche mit ihrer Zweitstimme für die NPD, das entsprach einem Stimmanteil von 0,2 Prozent.<sup>13</sup>

Die Öffnung zum neonazistischen Spektrum brachte der Partei neue Dynamik: Nach 1989/90 waren in Ostdeutschland rechtsextreme Vereine und Verbände gegründet worden oder hatten ihre Aktivitäten von Westdeutschland dorthin ausgedehnt; diese gerieten – infolge des massiven Anstiegs rassistisch motivierter Gewalttaten – seit 1992/93 stärker in den Blick staatlicher Repression und wurden z. T. verboten. Die Organisationsverbote haben die Szene punktuell und zeitlich begrenzt geschwächt. Die Neonaziszene reagierte darauf einerseits mit Eintritt in die NPD bzw. deren Jugendorganisation JN und andererseits mit der vermehrten Bildung sogenannter Kameradschaften, dem Auftreten als „freie Nationalisten“ bzw. „freie Kräfte“. Mit dieser Organisationsform sollen Organisationsgrad und Vernetzung verschleiert und durch das Fehlen nachweisbarer formaler Strukturen staatliche Repressionsmaßnahmen erschwert werden. Die Kameradschaften [54:] sind unterschiedlich straff organisiert und mehr oder weniger miteinander vernetzt. Ihre Mitglieder rekrutieren die Kameradschaften überwiegend aus den örtlichen rechtsextremistisch beeinflussten Jugendszenen. Gerade in Ostdeutschland hat „das Modell der Kameradschaften beachtliche Erfolge zu verzeichnen“.<sup>14</sup> Diese Aussage ist zwar relativ zu verstehen, doch existiert in den neuen Ländern nahezu flächendeckend ein vergleichsweise starkes rechtsextremes bzw. rechtsextrem beeinflusstes Jugendmilieu mit szeneeigenen Habitusformen, Mode- und Musikstilen. In den Gebieten und Kommunen, in denen dieses Milieu über anderthalb Jahrzehnte Jugendliche relativ ungestört ansprechen und erreichen konnte, gehört es inzwischen zur Normalität und verfügt bisweilen über eine gewisse regionale bzw. schichtspezifische Akzeptanz.<sup>15</sup> Erkennbar ist die Tendenz zur Herausbildung eines lebensweltlichen Milieus mit Formen einer Parallelökonomie. Udo Voigt, der 1996 den Vorsitz der NPD übernahm, behielt den Öffnungskurs der Partei bei. Der große Wahlerfolg in Sachsen im September 2004 dürfte unmittelbar auf die Mobilisierung dieses lebensweltlich verankerten rechtsextremen Milieus im Freistaat zurückzuführen sein. Mit massiver logistischer Unterstützung aus Sachsen gelang im Herbst 2006 auch der Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Integration versprengter Überreste und Funktionäre vorangegangener, politisch gescheiterter oder polizeilich zerschlagener Organisationen verfügt die NPD inzwischen über einen erfahrenen Kader, in den eine jahrzehntelange Tradition „nationaler“ Politik in- und außerhalb der Strukturen der NPD eingeht.

Gleichwohl geriet die NPD in der zweiten Jahreshälfte 2007 wieder in eine Krise. Trotz einer leicht wachsenden Akzeptanz bei den Wählern auch in den alten Bundesländern blieb sie hinter ihren

---

<sup>12</sup> Norbert Madloch: Anhang B: Rechtsextreme Organisationen in der Endphase der DDR und rechtsextremistische Gruppen der Bundesrepublik Deutschland mit DDR-Aktivitäten, in: Angriff von Rechts. Rechtsextremismus und Neonazismus unter Jugendlichen Ostberlins. Beiträge zur Analyse und Vorschläge zu Gegenmaßnahmen, hg. von Robert Harnischmacher, Rostock 1993, S. 254-261, hier 257. Zu MND vgl. auch die Angaben in Peter Ködderitzsch, Leo A. Müller: Rechtsextremismus in der DDR. Göttingen 1990, S. 125-127.

<sup>13</sup> Wahlergebnisse nach Madloch, Anhang B, S. 257.

<sup>14</sup> Grumke/Wagner: Handbuch Rechtsradikalismus, S. 397.

<sup>15</sup> Vgl. schon für 1998: Bernd Wagner: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Studie, Berlin 1998. Vgl. auch die Regionalstudie für Oranienburg von Ralph Gabriel, Ingo Grastorf, Tanja Lakeit, Lisa Wandt, David Weyand: Futur exakt. Jugendkultur in Oranienburg zwischen rechtsextremer Gewalt und demokratischem Engagement, Berlin 2004; Vgl. weiter: Dirk Wilking: Milieus des Rechtsextremismus: Organisationen und Gesellungen in Brandenburg, in: Schoeps u. a., Rechtsextremismus in Brandenburg, S. 90-102.

Erwartungen zurück. Auch der offensichtliche Mangel an politisch und organisatorisch fähigen Funktionären sowie an finanziellen Ressourcen macht sich bemerkbar. Zugleich treten politisch-programmatische Differenzen zutage, die Ergebnis einer Überdehnung der Bündnisstrategie Udo Voigts sein könnten. Die wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik könnte in nächster Zeit zu einem Feld werden, an dem innerparteiliche Konfliktlinien aufbrechen. Es wäre übereilt, daraus eine Prognose für die weitere Entwicklung abzuleiten, obgleich der unerwartete Aufstieg rechtsextremer Parteien und ihr ebenso rascher Verfall in der deutschen Geschichte eher als typisch gelten können. [55:] Allerdings hatte die NPD schon während ihrer ersten Aufschwungphase in den 1960er Jahren eine „Konsolidierung trotz Krisen“<sup>16</sup> durchlaufen.

### **Die NPD und die „soziale Frage“**

Die verstärkte Hinwendung der NPD zur sozialen Frage ist seit einem Jahrzehnt zu beobachten. Diese Tendenz hat ältere Vorläufer, auch Wahlerfolge der 1960er Jahre waren mit solcher Propaganda verbunden.<sup>17</sup> Die sozialpolitische Zurückhaltung in der Agitation der NPD in den 1980er und frühen 1990er Jahren steht eher für die Abweichung vom historischen Pfad, die mit einer Verengung auf eine schmale Palette von Themen wie Ausländerfeindlichkeit und „Geschichtsrevisionismus“ verbunden war.<sup>18</sup> Diese aus Sicht der NPD strategische Fehlentwicklung ist in der Ära des Parteivorsitzenden Udo Voigt seit 1996 korrigiert worden, wobei Ausländerfeindlichkeit und „Geschichtsrevisionismus“ keineswegs aufgegeben wurden, heute aber mit Hilfe sozialer Demagogie wirkungsvoller verbreitet werden. Die NPD kann sich zudem auf eine neu gewonnene, fast hegemoniale Stellung im rechtsextremen Milieu stützen, zu deren Kernelementen eine enge, institutionalisierte Verbindung mit dem neo-nationalsozialistischen „Kameradschaftsspektrum“ zählt.<sup>19</sup>

Vorangegangen war die Neuformierung der Partei und ihrer Bündnispolitik. So habe sich laut einer Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz ein „Nationaler Widerstand“ als „organisationsübergreifende gemeinsame Front des völkisch-revolutionären Rechtsextremismus etabliert“, dessen gemeinsame politische Eckpunkte im „Reichsgedanken“ und einem „Antikapitalismus“ zu sehen seien, der sich „fast ausschließlich gegen ein (angeblich jüdisch beherrschtes) Finanzkapital“ richte.<sup>20</sup> Bereits 1996 war „die soziale Frage zum ‚Dreh- und Angelpunkt zukünftiger politischer Entwicklungen‘“ erklärt worden.<sup>21</sup> Gegenüber dieser „völkisch-rassistischen Mobilisierung“ sind Vertreter eines „autoritären Neoliberalismus“<sup>22</sup>, wie die Republikaner oder der Bund freier Bürger, gegenwärtig faktisch bedeutungslos.

### **[56:] Die „Antikap-Kampagne“**

In der konkreten Umsetzung dieser strategischen Schwerpunktsetzung werden Parolen und Politikstile aus dem Lager des politischen Gegners aufgegriffen und kopiert – von der Reformulierung antiimperialistischer Losungen der DDR oder der radikalen Linken der Bundesrepublik bis zum Outfit des subkulturellen Polit-Milieus, das an Stilelemente der „Autonomen“ anknüpft. Solche Anleihen bei der Linken haben verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, obgleich derartige Tendenzen seit mehreren Jahren zu beobachten sind und es sich auch hierbei keineswegs um präzedenzlose

<sup>16</sup> Vgl. Lutz Niethammer: *Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt/M. 1969, S. 66.

<sup>17</sup> Armin Pfahl-Traughber: *Impulsvortrag*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, *Neue Entwicklungen*, S. 81-96. Zum Stellenwert sozialdemagogischer Propaganda in den 1960er Jahren vgl. etwa die Beispiele bei Reinhard Kühnl, Rainer Rilling, Christine Sager: *Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei*. Frankfurt/Main 1969, S. 99-112.

<sup>18</sup> Hoffmann, NPD.

<sup>19</sup> Vgl. BfV, NPD als Gravitationsfeld; Brandstetter, NPD.

<sup>20</sup> Bundesamt für Verfassungsschutz: *Ein Jahrzehnt rechtsextremistischer Politik. Strukturdaten – Ideologie – Agitation – Perspektiven 1990-2001*, S. 5, zu finden auf: <http://www.extremismus.com/vs/rex9.htm>, [letzter Zugriff: 18.04.2008]

<sup>21</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>22</sup> Ralf Ptak: *Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie*, in: Braune [56:] *Gefahr*. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, hg. von Jens Mecklenburg, Berlin 1999, S. 97-145, zit. S. 133.

Erscheinungen handelt. So mehrten sich schon in den späten 1970er Jahren demagogische Versuche, an Themen und Stilelemente der bundesdeutschen „Neuen Sozialen Bewegungen“ anzuknüpfen, sogar an „nationale Befreiungsbewegungen“, wobei aus antisemitischen Motiven heraus eine besondere Nähe zu palästinensischen Gruppierungen gesucht wurde. Peter Dudek konstatierte 1980: „PLO-Ausweise, AKW (Anti-Kernkraftwerk) – Plaketten und Palästinenserschals, Kennzeichen von Aktionsfeldern der Linken, gehören inzwischen zum Repertoire der militanten Rechten.“<sup>23</sup> Seither hat die extreme Rechte die Bandbreite politischer Ausdrucksformen unter Nachahmung der „Neuen Sozialen Bewegungen“ noch erheblich erweitert.<sup>24</sup> Dazu zählt auch die Verknüpfung lokaler Einzelaktionen mit politischen Kampagnen.

Seit 2004 versucht die „nationale Opposition“ mit Aktionen gegen die Agenda 2010 und der Teilnahme an Demonstrationen lokaler Anti-Hartz-Bündnisse, das sozialpolitische Protestfeld von rechts zu besetzen. Die Initiative ging zunächst nicht von der NPD, sondern vom „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ aus, einem Zusammenschluß ostdeutscher Kameradschaften mit engen Verbindungen zur NPD-Jugendorganisation JN.<sup>25</sup> Diese Protestinhalte bleiben aktuell, etwa wenn die NPD Beratungsbroschüren für ALG-II-Empfänger verteilt und einen Mindestlohn fordert oder Kameradschaftsaktivisten ein „Schulungsheft Privatisierung“ erstellen und in der Lausitz den Eingang zu einem Arbeitsamt symbolisch vermauern.

Inzwischen versucht der „nationale Widerstand“, seine Fundamentalopposition auf die „Systemfrage“ zu beziehen und sich als Kraft im Lager der „Globalisierungsgegner“ zu profilieren. Begriff und Thema der „Globalisierung“ greift die extreme Rechte schon seit 2001 „systematisch“ auf.<sup>26</sup> Seit 2006 bemüht sich das [57:] Spektrum aus NPD und offenen Neonazis um einen gemeinsamen Rahmen für ihre bislang wenig koordinierten Aktionen auf wirtschafts- und sozialpolitischen Feldern. In Anlehnung an den linksradikalen Jargon kreierte man für diese „Antikapitalismus-Kampagne“ das Kurzwort: „Antikap-Kampagne“. Im Jahr 2007 wurden die Aktivitäten in eine eigenständige Mobilisierung zum G 8-Gipfel in Heiligendamm überführt, mit eigenem Logo („Gib 8 – Sozial statt global“) und Motto („Es gibt keine gerechte Globalisierung“).

Die NPD erwartete von ihrer „Gib-8“-Kampagne Wirkungen auf allen relevanten Ebenen: innerhalb der Partei, innerhalb des „nationalen Widerstands“ und nach außen hin. Nach eigenen Angaben sei es darum gegangen, die „einzelnen Parteigliederungen im Rahmen der überparteilich angelegten Kampagne auf den politischen Schwerpunkt der NPD, nämlich die antikapitalistische Sozial- und Wirtschaftspolitik, hin zu orientieren“, die „öffentliche Wahrnehmung der Nationalisten als Globalisierungsgegner“ zu verstärken, also um „Medienpräsenz“, und schließlich um eine „innerparteiliche Bestandsaufnahme bezüglich (...) der Kampagnenfähigkeit“.<sup>27</sup>

Bereits im Vorfeld der „Antikap-Kampagne“, seit Frühjahr 2006, arbeiteten NPD, JN und Kameradschaften zusammen. Der damalige JN-Bundesvorstand faßte im Juni 2006 einen Beschluß unter der Schlagzeile „Nationalismus heißt Kapitalismuskritik“. Dort hieß es, geboten sei nicht bloß eine taktische, sondern eine grundsätzliche „Ablehnung der kapitalistischen Verhältnisse“, welche „die Vielfalt menschlichen Wesens auf das Wirtschaftliche, Nützliche und Triebhafte“ reduzieren würden. Statt zwischen einem „falschen“ oder „richtigen“ Kapitalismus zu unterscheiden, müsse dieser insgesamt „als Marktverhältnis zwischen den Menschen“ kritisiert werden.<sup>28</sup>

---

<sup>23</sup> Zit. n. Günther Bernd Ginzler: Hitlers (Ur)Enkel. Neonazis: Ihre Ideologie und Aktionen, Düsseldorf 1981, S. 45; vgl.: Hoffmann, NPD, S. 355-356.

<sup>24</sup> Virchow, „Demonstrationspolitik“.

<sup>25</sup> AG „Rechtsextremismus“, Gespenster, S. 8-10; Grumke/Klärner, Rechtsextremismus, S. 88-96. Maegerle, Hartz-IV-Protest.

<sup>26</sup> Anton Maegerle: Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten. Braunschweig 2004, S. 182.

<sup>27</sup> „Kampagnenfähigkeit der Partei stärken“. Die DS im Gespräch mit NPD-Bundesorganisationsleiter Jens Pühse, in: *Deutsche Stimme*, Juli 2007.

<sup>28</sup> Nationalismus heißt Kapitalismuskritik Eine notwendige Standortbestimmung. Beschluß des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten am 25.-26. Juni [2006] in Magdeburg, [http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=21&Itemid=32](http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=21&Itemid=32)[letzter Zugriff: 18.04.2006]



Das konzertierte Vorgehen von „Kameradschaften“ und NPD/JN zeigte sich während der gesamten Anlaufphase der „Antikap-Kampagne“. Einige Abschnitte im neunseitigen Mobilisierungsaufwurf sind annähernd wortgleich mit Passagen aus NPD-Publikationen. Dieser Aufruf faßt Globalisierung verschwörungsmächtig als zielgerichtete Aggression gegen die Identität und Stabilität der einzelnen Nationen, traditionelle Werte und Ordnungen: „Mit ihrem Angriff auf das Territorial-, Souveränitäts- und Legalitätsprinzip der Nationalstaaten zerstört die Globalisierung die einzig vorstellbaren geopolitischen Räume der Volksherrschaft zugunsten anonymer, supranationaler Machtstrukturen. Es handelt sich gleichermaßen um ein politisches Entmündigungs- wie wirtschaftliches Ausbeutungsprogramm [58:] für die Völker.“ Demgegenüber sei „das grenzensetzende, volk- und heimatbezogene bodenständige Gegenprinzip des Nationalismus“ die „einzig wirksame sozialistische Waffe“.<sup>29</sup> Die Parole „Nationaler Sozialismus jetzt!“ war (und ist) eine der häufigsten Wendungen auf Transparenten und in Sprechchören auf Demonstrationen des „nationalen Widerstands“.

Diese Rede vom „nationalen Sozialismus“ knüpft gelegentlich an Vorstellungen von einem „preußischen“ oder „deutschen Sozialismus“ an, die einen autoritären und zugleich „fürsorgenden“ Obrigkeitsstaat mit strenger Wirtschaftslenkung meinen, wie er etwa Oswald Spengler oder Werner Sombart vorschwebte.<sup>30</sup> Gregor Strasser, der sich innerhalb der NSDAP zu einem Konkurrenten Hitlers entwickelt hatte und 1934 während der „Röhm-Affäre“ ermordet worden war, hatte dieses Motiv in den 1930er Jahren ebenfalls variiert.<sup>31</sup> Da es sich hierbei um die „Kampfphase“ der NS-Bewegung handelt, die innerhalb des Lagers besonders heroisiert und auf den eigenen „nationalen Widerstand“ bezogen wird, finden sich bis heute Strasser-Zitate oder Paraphrasen und Porträts vermeintlich „sozialistischer“ SA-Führer wie Ernst Röhm oder Karl Ernst.<sup>32</sup> Einen zentralen Referenzpunkt, gar als Alternative zu Fehlentwicklungen im Nationalsozialismus an der Macht, bildet der Strasserismus heute im größten Teil des „nationalen Lagers“ nicht mehr.

In der Mehrzahl der Fälle dient der Begriff „nationaler Sozialismus“ lediglich als Variante des Wortes „Nationalsozialismus“: Wer sich als „nationaler Sozialist“ bezeichnet, will in der Regel bekennen, daß er sich an der historischen „Hitler-Bewegung“ orientiert, ohne rechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Auch diese Zurückhaltung wird mehr und mehr fallengelassen. Angehörige des Kameradschaftsspektrums bezeichnen sich gelegentlich als „die Nazis“ oder „die Neonazis“, meist unter Verwendung ironisierender Anführungsstriche, doch mitunter auch ohne diese formale Distanzierung. „Volksfront-medien.de“, ein Projekt aus dem Umfeld des hessischen NPD-Landesvorsitzenden Marcel Wöll, hat eine [59:] Reihe von Propaganda-Videos fabriziert, die sowohl über einschlägige Webseiten wie [www.gib8.org](http://www.gib8.org) als auch über YouTube aufrufbar sind. In dem Spot „Nazis vs. Globalisierung“ bekennt der hessische NPD- und Kameradschaftsaktivist Christian Müller offen: „Globalisierung ist all das, was wir Nazis nicht wollen!“<sup>33</sup> Der Begriff „Nationalsozialismus“ und das Begriffspaar „nationaler Sozialismus“ wurden auch in früheren Zeiten schon gleichbedeutend verwendet. Der NSDAP-Ideologe Alfred Rosenberg versuchte zwar 1923 eine inhaltliche Abgrenzung zu begründen, schrieb aber auch: „Wenn unsere Parteigenossen und Freunde diese Ausdrücke gebrauchen, so meinen

---

<sup>29</sup> Aufruf zur antikapitalistischen und antiglobalistischen Kampagne „Zukunft statt Globalisierung“, [2006], <http://www.antikap.de/?antikap=aufruf> [letzter Zugriff: 18.04.2008], vgl. auch: Virchow, „antikapitalistische Sehnsucht“, S. 356.

<sup>30</sup> Oswald Spengler: *Preußentum und Sozialismus*, München 1919; Werner Sombart: *Deutscher Sozialismus*, Berlin-Charlottenburg 1934. Vgl.: Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre. Raumorientierte Volkswirtschaft statt „Basar-Ökonomie“. Positionspapier des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik beim NPD-Parteivorstand, Berlin (= *Profil*. Nationaldemokratische Schriftenreihe, Folge 13), S. 19 ff.; Angelika Willig: „Frei, sozial und national“. Über die Wiederkehr des Sozialismus, in: *Deutsche Stimme*, März 2007, auch in: <http://sozialgeht-nur-national.de/index.php?s=berichte&id=9> [letzter Zugriff: 18.04.2006].

<sup>31</sup> Udo Kissenkoetter: *Gregor Strasser und die NSDAP*, Stuttgart 1978; Norbert Madloch: Zur Rezeption der Strasser-Ideologie im deutschen Neonazismus, in: Kurt Gossweiler: *Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus*, Berlin 1994, S. 128-143.

<sup>32</sup> AG Zukunft statt Globalisierung-Sachsen: *Antikapitalismus von „rechts“*, Dresden 2006, S. 2; Gansel, *Abschied*.

<sup>33</sup> Die Videos wurden von uns im Juli 2007 dort aufgerufen. Auf [www.gib8.org](http://www.gib8.org) ist das Video „Nazis vs. Globalisierung“ aktuell nicht mehr abzurufen [18.04.2008].

sie sicher dasselbe.“<sup>34</sup> Weitere Belege für die synonyme Verwendung von „Nationalsozialismus“ und „nationaler Sozialismus“ ließen sich anführen.<sup>35</sup>

### „Raumorientierte Volkswirtschaft“

Schon gar nicht stehen die Kameradschaften einerseits, die NPD andererseits heute für einen „linken“ oder „revolutionären“ und einen „rechten“ oder „reaktionären“ Flügel der „nationalen Opposition“. Das „Kameradschafts“-spektrum scheint auch kaum eigenständige Alternativen zur wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik der NPD zu suchen. Zur gemeinsamen Auftakt- und Schulungsveranstaltung im Rahmen der „Antikap-Kampagne“ im thüringischen Lichtenhain-Oberweißbach sprachen am 18. März 2006 als Hauptreferenten das ehemalige NPD-Vorstandsmitglied Per Lennart Aae und sein Kollege im Mitarbeiterstab der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, Arne Schimmer.<sup>36</sup> Auch als die „Freien Kräfte Südthüringen“ auf ihrer Webseite fragten: „Was ist denn nun überhaupt unsere Alternative?“, überließen sie es Aae als Wirtschaftsprogrammatiker der NPD zu antworten: „Die Alternative heißt: Raumorientierte Volkswirtschaft.“<sup>37</sup>

Dieses zentrale Motiv einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ verweist auf die Forderung einer „gegliederten Volkswirtschaft“ im NPD-Programm von 1967<sup>38</sup> und belegt programmatische Kontinuität. Dagegen dürfte die unter dem Eindruck der zeitweiligen Mobilisierungserfolge der bundesdeutschen „neuen Linken“ seit den 1970er Jahren durch die JN forcierte „Sozialismusdebatte“ die Partei nur oberflächlich gestreift haben. Seit den 1990er Jahren wurde zwar auf propagandistischer Ebene gelegentlich an die Erfahrungen und Vorprägungen des ostdeut-[60:]schen Klientels angeknüpft, auf programmatischer Ebene ist aber gerade auf diesem Feld weder im geltenden Parteiprogramm von 1996 noch in anderen programmatischen Aussagen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik ein grundlegender Wandel zu erkennen.<sup>39</sup>

Eine hauptsächlich von Aae und Schimmer verfaßte Ausarbeitung über „Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre. Raumorientierte Volkswirtschaft statt ‚Basar-Ökonomie‘“ bemüht sich um Konkretisierung des Konzepts.<sup>40</sup> Dabei handelt es sich nicht um die Fortschreibung nationalsozialistischer Raumplanungs-, Autarkie- und Neuordnungskonzepte der 1930er und 1940er Jahre. Diese waren an den Interessen hochgradig konzentrierter Trusts und Monopole orientiert und kontinentalimperialistisch angelegt: Autarkie, wengleich propagandistisch überhöht, blieb eine Funktion der Rüstungs- und Kriegswirtschaft.<sup>41</sup> Die „raumorientierte Volkswirtschaft“ lebt dagegen von der Vorstellung kleiner, mittelständisch strukturierter Einheiten: „Damit ist eine Wirtschaftsordnung gemeint, die eine harmonisch ausgewogene und differenzierte Wirtschaft in der engeren und weiteren Heimat der Menschen, d.h. in sozial und kulturell überschaubaren Räumen ermöglicht.“<sup>42</sup>

Als Vorbild gilt Johann Gottlieb Fichtes Schrift „Der geschloßne Handelsstaat“ aus dem Jahr 1800. Zentrales Motiv ist die Abkoppelung Deutschlands von der Weltwirtschaft. Der Philosoph verfolgte

<sup>34</sup> Alfred Rosenberg: Nationaler Sozialismus oder Nationalsozialismus, in: Ders.: Schriften und Reden. Band 2: Schriften aus den Jahren 1921-1923. München 1943, S. 721-723, S. 721.

<sup>35</sup> Siehe die zahlreichen Belege bei: Kailitz, nationalsozialistische Ideologie, S. 338-339.

<sup>36</sup> Vgl. Alt/Heine, „Antikapitalismus von rechts“, S. 12.

<sup>37</sup> Per Lennart Aae: Was ist denn nun überhaupt unsere Alternative? [2007] <http://www.fkst.de/artikel9.html> [letzter Zugriff: 18.04.2008]

<sup>38</sup> Vgl. Hans Maier, Hermann Bott: Die NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“, München 1968, S. 73-74.

<sup>39</sup> Vgl. Hoffmann, NPD; Brandstetter, NPD.

<sup>40</sup> Vgl. NPD-Parteivorstand, Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre.

<sup>41</sup> Hans-Erich Volkmann: Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Wolfram Wette: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hg. vom MGFA, Bd. 1), Frankfurt/M. 1991, S. 211-437; Horst Kahrs: Von der „Großraumwirtschaft“ zur „Neuen Ordnung“, in: Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum, hg. von Götz Aly, Christoph Dieckmann, Michael G. Esch, Matthias Hamann, H. D. Heilmann, Susanne Heim, Horst Kahrs und Ahlrich Meyer (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 10), Berlin 1992, S. 9-28; „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996, hg. von Werner Röhr und Brigitte Berlekamp, Berlin 1996.

<sup>42</sup> Aae, Alternative.

dabei nicht – wie Friedrich List einige Jahrzehnte später – das Ziel, während einer Entwicklungsphase durch Schutzzölle und Infrastrukturmaßnahmen Modernisierungsvorsprünge aufzuholen, um so die Grundlagen für Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu legen. Der „geschloßne Handelsstaat“ ist vielmehr auf Dauer angelegt. In der vor- und protoindustriellen Phase ging es Fichte um die Schaffung eines „Vernunftstaats“, der die private Unternehmerinitiative steuert, indem er den Markt nach innen reguliert und nach außen hin vollständig abschottet. Die Grundlage hierfür sieht Fichte in der scharfen Begrenzung und staatlichen Kontrolle aller Außenkontakte der Untertanen: „Der Staat ist verbunden, den aus diesem Gleichgewicht des Verkehrs erfolgenden Zustand allen seinen Bürgern durch Gesetz und Zwang zuzusichern. [61:] Aber er kann es nicht, wenn irgendeine Person auf dieses Gleichgewicht Einfluß hat, die unter seinem Gesetze, und seiner Botmäßigkeit nicht steht. Er muß daher die Möglichkeit eines solchen Einflusses durchaus abschneiden. – Aller Verkehr mit dem Ausländer muß den Untertanen verboten werden.“<sup>43</sup> Dieses Konzept ist nicht nur für Fremdenfeindlichkeit offen, sondern zugleich anschlussfähig an Fichtes Judenfeindschaft, die ihrerseits den Weg in den modernen Antisemitismus weist.<sup>44</sup> In der Schrift vom „geschlossenen Handelsstaat“ sind judenfeindliche Potentiale zwar höchstens latent angelegt und werden nicht expliziert, doch die völkisch-nationale Fichte-Renaissance des 20. Jahrhunderts rezipierte den Gedanken des „geschlossenen Handelsstaats“ gerade im Zusammenhang mit Fichtes Antisemitismus.<sup>45</sup> Hier knüpften die Wirtschaftsprogrammatiker der NPD an.

Dabei heben sie eine politische Forderung hervor, die seit dem „Manifest der NPD“ von 1965 stets wiederholt wurde und mithin zu den programmgeschichtlichen Kontinuitäten zählt: ein Primat nationaler Politik vor der Wirtschaft. Diese habe der Volksgemeinschaft zu dienen und müsse daher auch politische Eingriffe hinnehmen. Gleichwohl ging es der NPD immer um die prinzipielle Sicherung von Privateigentum und Unternehmerinitiative auf marktwirtschaftlicher Grundlage. Sie orientiert sich aber an Konzepten eines geregelten, teils ständisch strukturierten kleinräumigen Binnenmarktes, in dem die gegenwärtige Exportlastigkeit der großen deutschen Konzerne zurückgeschraubt, die „heimische“ Landwirtschaft, regionale Handwerksbetriebe und klein- und mittelständische Unternehmen dagegen bewußt gefördert und bevorzugt werden sollen.

Einige der Argumente lassen sich – im Sinne des Schlagworts „Umweltschutz ist Heimatschutz“ – ökologisch lesen. So werden beispielsweise Proteste gegen genmanipulierte Agrarprodukte in die lokalpolitische Arbeit des NPD-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern oder in die Anti-Globalisierungsaktionen der rechtsextremen „Gib-8“-Kampagne einbezogen. Gleichzeitig – und wie in der Vergangenheit „ohne Rücksicht auf logische Konsistenz“<sup>46</sup> – bemüht sich die NPD weiter um die gezielte Ansprache des bekanntlich wenig umwelt-[62:]freundlichen traditionellen landwirtschaftlichen Mittelstands, die ihr aus ideologischen Gründen stets wichtig war. Dieses Motiv ist eher von Agitation gegen vermeintlich bauernfeindliche „Gängelungen“ durch die EU und „alternative Weltverbesserer“ geprägt, wie etwa die Selbstdarstellung des NPD-nahen „Bundes Freier Bauern“ belegt: „Unsere Eigentums- und Nutzungsrechte an Äckern, Wiesen oder Vieh werden immer weiter eingeschränkt. Ständig werden wir mit einer (...) Flut von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen überrollt (...) Die Geschichte der Landwirtschaft in den letzten 50 Jahren ist eine Geschichte der zielgerichteten Zerschlagung der deutschen Landwirtschaft.“<sup>47</sup>

---

<sup>43</sup> Johann Gottlieb Fichte: Der geschloßne Handelsstaat. Ein philosophischer Entwurf als Anhang zur Rechtslehre und Probe einer künftig zu liefernden Politik, mit einem bisher unbekanntem Manuskript Fichtes „Ueber Staats-Wirtschaft“. Auf der Grundlage der Ausgabe von Fritz Medicus hg. u. mit einer Einleitung versehen v. Hans Hirsch, Hamburg 1979, S. 33.

<sup>44</sup> Armin Pfahl-Traughber: Aufklärung und Antisemitismus. Kants, Lessings und Fichtes Auffassungen zu den Juden, in: *Tribüne*. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums 40 (2001), S. 168-181; Gudrun Hentges: Das Janusgesicht der Aufklärung. Antijudaismus und Antisemitismus in der Philosophie von Kant, Fichte und Hegel, in: *Antisemitismus – Geschichte und Gegenwart*, hg. von Samuel Salzborn, Gießen 2004, S. 11-32.

<sup>45</sup> Fichte für heute. Aus den Schriften Johann Gottlieb Fichtes, hg. von Ludwig Roselius, Bremen/Berlin 1938.

<sup>46</sup> Hansjörg Mauch: Zur Ideologie der NPD – dargestellt an Hand einer quantitativen systematischen Inhaltsanalyse der *Deutschen Nachrichten*, in: *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, 2 (1971): 603-627, S. 626-627.

<sup>47</sup> Zit. n.: <http://www.bund-freier-bauern.de/index.php?seite=wer&id=t3Kt6KQBPFvL3n77esKY4akCjb3uwp>. [letzter Zugriff: 18.04.2008]

Die relative Beliebigkeit der jeweils mobilisierten Argumente belegt, daß man das Konzept einer raumorientierten Volkswirtschaft nicht so sehr aus Vertrauen in seine wirtschaftliche Überlegenheit heraus bewirbt, sondern vielmehr, weil es der „Verortung“ des Volkes in seinen heimatlichen Regionen diene.

### **Gegen „Zinsknechtschaft“ und „Leihkapital“**

Zur Stützung eines heimatlich verorteten bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes fordert die NPD u. a. den „Erhalt raumorientierter Finanzierungssysteme wie Landesbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken“.<sup>48</sup> Dies verweist auf zentrale Motive rechtsextremer Wirtschafts- und Sozialprogrammatis: Die Agitation gegen das „Finanz“- , präziser zitiert: gegen das „Leihkapital“ und der Aufruf zur „Brechung der Zinsknechtschaft“. „Kapitalismuskritik“ von rechts setzt traditionell an der Zirkulationssphäre an und tendiert systematisch dazu, die Rolle des Finanzkapitals zu überschätzen. Der faktisch während des gesamten 20. Jahrhunderts gestiegene Einfluß dieses Sektors kommt solchen Formen der „Kapitalismuskritik“ entgegen. Die fatalen Folgen einzelner Finanztransaktionen ebenso wie die strukturellen Probleme infolge der Veränderungen auf den globalen Kapitalmärkten können von der völkischen Kapitalismuskritik leicht aufgegriffen und mobilisiert werden. Daraus sollte man aber nicht schließen, die Sorge über diese aktuellen Tendenzen sei das treibende Motiv, denn jenseits aller thematischen Konjunkturen zeigt sich auch hier eine hohe programmatische Kontinuität. Sie dürfte vor allem eine Folge der antisemitischen Grundierung rechtsextremer Kapitalismuskritik sein.

Zwar war der Antisemitismus sowohl in Fichtes „geschlossenem Handelsstaat“ als auch bei dem „Freiwirtschaftler“ Silvio Gesell, dessen Rezeption ebenfalls Einfluß auf die Programmatik des „nationalen Lagers“ gewonnen hat, eher latent angelegt. Doch spätestens bei Gottfried Feder, 1920 mit Adolf Hitler Verfasser des Parteiprogramms der NSDAP, wurde das Zinssystem umstandslos dem Wirken eines „raffenden jüdischen Finanzkapitals“ zugeschrieben. Nur kurzzeitig [63:] erhielt Feder 1933/34 Gelegenheit, als Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Einfluß auf die praktische Wirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Regimes zu nehmen. Besinnt sich nun die „nationale Opposition“ auf diesen „antikapitalistischen“ Nationalsozialismus der Kampfzeit zurück? Nur bedingt. Ihre Plattform [www.antikap.de](http://www.antikap.de) dokumentiert unter der Überschrift „Weshalb Gottfried Feder scheitern mußte“ einen etwas älteren Text von Reiner Bischoff, einem Befürworter einer rechtsextremen Variante der „Freiwirtschaftslehre“. Der Autor wirft Feder vor, nicht am Grundübel des Geldes, seiner Hortbarkeit, angesetzt und diese durch einen Umlaufzwang konterkariert, sondern sich allein auf den Zins konzentriert zu haben. Als Knappheitspreis müsse der Zins indes bestehen bleiben, denn das „Geldkapital ist eine Ware und darf bei geringer werdendem Angebot selbstverständlich einen Preis erzielen. Auch im Geldbereich muß das marktwirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage seine Gültigkeit behalten!“<sup>49</sup>

Die Parteiprogrammatiker der NPD stehen Feder offenbar weniger kritisch gegenüber. Es ist bemerkenswert, wie offen man sich bei der Formulierung des derzeit gültigen Programms, ohne Angst vor dem verbotsrelevanten Verdacht der „Wesensverwandtschaft“ zur NSDAP, auf ihn bezogen hat. So berief Udo Voigt 1996 den parteilosen Albert Lämmel in die Programmkommission. In einem Porträt des monatlich erscheinenden NPD-Organs *Deutsche Stimme* anlässlich seines 80. Geburtstags wird eine jugendliche Hinwendung zu Feder in der Zeit des Aufstiegs der NSDAP explizit angeführt.<sup>50</sup> Auch bei dem wesentlich jüngeren gebürtigen Schweden Per Lennart Aae werden prägende Einflüsse ausdrücklich in Zusammenhang mit schwedischen Parteigängern der NSDAP aus der „Kampfzeit“ gestellt: „Geprägt wurde seine Haltung bis heute durch den schwedischen Ingenieur, Erfinder und Volkswirtschaftler Erhardt Fliesberg, der ein vehementer Gegner der Zinsknechtschaft und des herrschenden monetaristischen Systems war, und Thorsten Kröger, einen schwedischen Industriellen (...), der (...) schon in den 20er Jahren die Nationalsozialistische Bewegung in Deutschland unterstützte.“<sup>51</sup>

<sup>48</sup> NPD-Parteivorstand, Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre, S. 36.

<sup>49</sup> Reiner Bischoff: Weshalb Gottfried Feder scheitern mußte [1996], [http://www.antikap.deldownloads/gottfried\\_feder.pdf](http://www.antikap.deldownloads/gottfried_feder.pdf) [letzter Zugriff: 18.04.2008]

<sup>50</sup> Jürgen Distler: „80 Jahre und noch kein bißchen leise“, in: *Deutsche Stimme*, Mai 1997.

<sup>51</sup> Udo Voigt: Der Amtsleiter für Politik und Bündnisse, Per Lennart Aae, in: „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, hg. von Holger Apfel, Stuttgart 1999, S. 331.

Die Zinsknechtschaftskritik von Feder und der Antikapitalismus von NPD und Neonazi-Spektrum haben einen identischen antisemitischen Kern. Allerdings werden solche Motive von den Autoren der NPD nicht in allen Texten in den Vordergrund gerückt. So schildert die Schrift über „Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre“ zwar die spekulativen Manöver des Investmentbankers George Soros und ihre Auswirkungen, überzeichnet sie vielleicht, [64:] verzichtet aber darauf, seine jüdische Herkunft zu erwähnen.<sup>52</sup> An anderen Stellen wird auf explizite Nennung von Juden ebenfalls verzichtet, während die Propaganda mit Stereotypen arbeitet, die mal schwächer, mal stärker codiert sind, aber mindestens im engeren Adressatenkreis leicht zu entschlüsseln bleiben.<sup>53</sup> Die NPD wird im Zuge ihrer fortschreitenden Radikalisierung – von „taktischer Zivilisierung“<sup>54</sup> kann derzeit keine Rede sein – sogar in zentralen programmatischen Dokumenten ganz konkret. In einer ursprünglich zwar internen, aber für das Gespräch mit interessierten Bürgern und die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zusammengestellten Argumentationshilfe erklärt die NPD ihren Standpunkt wie folgt: „Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA.“<sup>55</sup>

Der Antisemitismus, der hinter dem Zinsknechtschaftsargument steht, konvergiert zugleich mit konkreten Erfahrungen, die für das Bewußtsein ideologisch einflußreicher NPD-Funktionäre prägend sein dürften. Daß die NPD seit ihren ersten Wahlkämpfen abhängig Beschäftigte, darunter besonders viele Arbeiter sowie Erwerbslose als Wähler und Mitglieder mobilisieren konnte, sollte nicht dazu führen, sie für eine „Arbeiterpartei“<sup>56</sup> zu halten. Bestimmend für die Politik der NPD sind Personen aus dem Mittelstand. Viele der derzeit aktiven Funktionäre in der Bundespartei sowie in den Landes- und Kreisverbänden scheinen zumindest in einer längeren Lebensphase einer selbständigen Beschäftigung nachgegangen zu sein. Augenscheinlich trifft in soziologischer Hinsicht immer noch Lutz Niethammers Wertung zu, der den Funktionärstyp in der alten NPD als „mittelständisch, (...) ‚halbgelbete‘, organisationserfahren“ charakterisierte.<sup>57</sup> Voigt betreibt eine Wäscherei und einen Autoverleih, Aae war als selbständiger Industrierberater tätig, bevor er Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wurde, und dem inzwischen verstorbenen Landesvorsitzenden von Sachsen, Uwe Leichsenring, gehörte eine Fahrschule. Von den 16 Ende des Jahres 2007 amtierenden [65:] Landesvorsitzenden sind mindestens neun längere Zeit selbständig gewesen, die meisten von ihnen sind es bis heute. Zumeist betreiben sie kleine Geschäfte und Werkstätten mit wenigen Angestellten, Einmann- und Familienunternehmen oder kleine Medien- und Beratungsfirmen. Einige jüngere Funktionäre, bis hinauf in den Parteivorstand, bezogen ihr Einkommen zeitweilig aus Gewerbebetrieben, welche gezielt die rechtsextreme Szene bedienten, etwa Versandhandel für Devotionalien, Bücher und Musik-CDs, bzw. szenetypische Bekleidung. Hier sind Übergänge in den Bereich des kommerziellen „Rechts-Rock“ fließend.<sup>58</sup>

---

<sup>52</sup> NPD-Parteivorstand: Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre, S. 23.

<sup>53</sup> Gideon Botsch: Ist die NPD antisemitisch?, in: Virchow, Dornbusch: 88 Fragen, S. 56-59.

<sup>54</sup> Andreas Klärner: „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“ – Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt, in: Klärner, Kohlstruck, S. 44-67, bes. S. 64-67.

<sup>55</sup> NPD-Parteivorstand, Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre, S. 19, fast wortgleich übernommen von Jürgen Gansel: Die Nation als soziale Schutz- und Solidargemeinschaft. Über die Gleichzeitigkeit von De-Nationalisierung und Re-Nationalisierung im Globalisierungszeitalter, in: *Deutsche Stimme*, Dezember 2005; auch in: Aufruf zur antikapitalistischen und antiglobalistischen Kampagne.

<sup>56</sup> Dies hat Jürgen Elsässer mit Blick auf die Wählerschaft sogar für die DVU behauptet, für die eine solche Bezeichnung noch absurder ist, vgl. Jürgen Elsässer: Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde, Hamburg 1998.

<sup>57</sup> Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 235.

<sup>58</sup> Hennig Flad: Zur Ökonomie der rechtsextremen Szene – Die Bedeutung des Handels mit Musik, in: Klärner, Kohlstruck, Moderner Rechtsextremismus, S. 102-115; Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, hg. von Christian Dornbusch und Jan Raabe, Münster 2002; Gideon Botsch: Gewalt, Profit und Propaganda. Konturen des rechtsextremen Musik-Netzwerkes, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 46 (2001), S. 335-344.

Auch heute wäre es falsch, die NPD wegen ihres Funktionärskörpers als „mittelständische Interessenpartei“ zu charakterisieren, wobei Niethammers Hinweis auf die fehlende „Homogenität zwischen Führung, Mitgliedern und Anhängern“ auch nach fast vierzig Jahren noch zutreffen dürfte.<sup>59</sup> Man muß aber bei der Analyse ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik den Erfahrungsraum tonangebender Funktionäre ernst nehmen. Unterkapitalisierung und Überschuldung werden im persönlichen Nahraum oder am eigenen Leibe erlebt; Banken erscheinen als gnadenlose Gläubiger, die ein an sich funktionierendes Unternehmen in den Ruin treiben können. Im Gegensatz zum konkreten Konkurrenten tritt das Finanzkapital anonym auf; es wird als „internationales“ Kapital exterritorialisiert, unter Hinweis auf einzelne prominente Juden in der internationalen Finanzwelt personalisiert und mit antisemitischen Klischees konnotiert.

### „Nationaler Solidarismus“

Betrachtet man nur die Oberfläche aktueller Propaganda, so kann der Eindruck entstehen, der NPD sei es mit Sozialpolitik ernst. So meint etwa Kailitz: „Der NPD läßt sich vieles vorhalten, aber nicht, daß sie ihre soziale Programmatik nur vertritt, um Wähler anzulocken.“<sup>60</sup> Zur Kontrolle dieses Eindrucks muß die Programmatik der NPD herangezogen werden. Das gültige Parteiprogramm der NPD bleibt in Punkt 7 „Sozialpolitik als nationale Solidarität“, der im folgenden ohne Auslassung wiedergegeben wird, relativ blaß:

„Aus sozialer Gerechtigkeit wächst die nationale Volksgemeinschaft. Sozialpolitik bedeutet die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen. Sie muß die Geborgenheit des einzelnen in der Gemeinschaft sichern.

Wir brauchen eine Sozialpolitik, die sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Vernunft entspricht. Sie hat die Aufgabe, den Wohlstand des ganzen [66:] Volkes zu festigen, den einzelnen in allen Wechselfällen des menschlichen Lebens vor unverschuldeter Not zu bewahren und ihm einen sorgenfreien Lebensabend zu sichern.

Eine Sozialpolitik nach dem Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates, dessen Belastungen für alle Schaffenden zum Albdruk werden, verfehlt ihre Aufgabe und ist unsozial.

Eine soziale Lohn- und Gehaltspolitik muß jedermann einen ausreichenden und gerechten Anteil am Volkseinkommen gewähren.

Nationaldemokratische Sozialpolitik fühlt sich auch den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet. Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern. Asylanten dürfen keinen einklagbaren Anspruch auf deutsche Sozialleistungen besitzen.

Eine dauerhafte Sicherung aller sozialen Leistungen – auch der Renten – ist in einer sich durch die fortschreitende Automation radikal verändernden Arbeitswelt nur durch die Einführung produktionsbezogener Sozialabgaben möglich. Wir Nationaldemokraten setzen uns mit Entschiedenheit für eine neue Gemeinschaftsordnung ein, die in nationaler Solidarität vorhandene Gruppenegoismen überwindet und zu sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit führt.“<sup>61</sup>

Aus der aktuellen Argumentationshilfe für Funktionäre und Kandidaten lassen sich kaum Präzisierungen gewinnen, da sich das Dokument auf drei Antipositionen beschränkt: Gegen Ausländer, gegen Globalisierung, gegen die EU. Eine gewisse Umverteilung wird angedeutet, für deren Verwirklichung stärkere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften vorgeschlagen wird.<sup>62</sup> Wiederholt bekannte sich die NPD zum klassischen deutschen System der Sozialversicherung, teils aus nationalem Chauvinismus und Überhöhung der Persönlichkeit Bismarcks. Zur Entlastung des Mittelstands – als entscheidendem sozialen Bezugspunkt der NPD – wird indes gefordert, die paritätische Finanzierung

<sup>59</sup> Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 234.

<sup>60</sup> Kailitz, Nationalsozialistische Ideologie, S. 348.

<sup>61</sup> NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm, Stuttgart 1997.

<sup>62</sup> NPD-Parteivorstand: Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Berlin 2006, S. 15 ff.

partiell aufzugeben und den Arbeitgeberbeitrag nicht auf die Lohnsumme zu beziehen, sondern nach realer Wertschöpfung zu berechnen.<sup>63</sup>

Um die sozialpolitische Programmatik der NPD zu analysieren, bedarf es des Blicks in die Programmgeschichte, erst dann wird ihr unsozialer und arbeitnehmerfeindlicher Charakter voll erkennbar. Der zweite bis vierte Abschnitt des aktuellen Programms sind faktisch unverändert aus dem 1967er Programm übernommen worden (inklusive der ambitionierten Kleinschreibung), [67:] wo sie die Abschnitte 1.-3. bilden; sie finden inhaltliche Vorläufer im Manifest von 1965. Nationaldemokratische Sozialpolitik war und ist am sozialdarwinistischen Verständnis von Leistung und Auslese orientiert, aus dem sich die gerechte Zuweisung des jeweiligen Anteils am Volksvermögen ergibt; „Volksgegnossen“, die „unverschuldet“ in Not geraten, sollen sich der Solidarität des Volkes gewiß sein dürfen.

Für die NPD ist die Rechnung einfach: Wohlstand entsteht durch Arbeit, nur wer arbeitet, verdient Aufnahme in die Sozialversicherungen. Garant für Vollbeschäftigung ist die protektionistisch abgeschirmte, subventionierte mittelständische Wirtschaft. Werden dann noch alle „Ausländer“ aus dem Arbeitsmarkt sowie den Sozialsystemen ausgegrenzt, löst sich das Problem der sozialen Sicherung gewissermaßen von selbst. Hier sei daran erinnert, daß die NPD strikt an einem „Blutsbegriff“ festhält und eingebürgerte Ausländer inklusive ihrer Nachkommen verächtlich als „Paßdeutsche“ aus der „Volksgemeinschaft“ herausdefiniert.

Insoweit das geltende Parteiprogramm an den „nationalen Solidarismus“ anknüpft und eine „Gemeinschaftsordnung in nationaler Solidarität“ propagiert, stellt es eine ideologische Radikalisierung gegenüber älteren Programmen dar. Dieser nationale Solidarismus, (auf den beispielsweise der Begriff der „Geborgenheit“ hinweist), ist zwar in der NPD stets verankert gewesen, wohl aber unter dem Einfluß der Öffnung zum Neonazi-Spektrum noch deutlicher in die Programmatik eingepaßt worden. So hat Jürgen Rieger, als Mitglied im Parteivorstand eine der Integrationsfiguren für das offen neonationalsozialistische Spektrum, im vergangenen Jahr in der Parteizeitung *Deutschen Stimme* skizziert, was darunter zu verstehen sei. Gleich an den Anfang setzt er die Begriffe „Volksgemeinschaft“ und „Betriebsgemeinschaft“.<sup>64</sup> In der „nationalen Opposition“ bleibe die Forderung nach einem „dritten Weg“ lebendig, der Unternehmerische Freiheit in sozialer Verantwortung gegenüber dem „Volksganzen“ garantiere. Durch die Ausgabe von Belegschaftsaktien und Gewinnbeteiligungen, wie sie schon in der Weimarer Zeit und später in der Bundesrepublik der Ära Ludwig Erhards als Instrumente zur Integration der Arbeiter, zur Brechung gewerkschaftlicher Macht und Herstellung des Betriebsfriedens beworben wurden, soll die Identifikation des Arbeiters mit seinem (mittelständischen) Betrieb gesteigert und ein Stück konkrete „Volksgemeinschaft“ erzeugt werden.<sup>65</sup> Da die NPD derzeit versucht, sich in Wahlen als „Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘“ zu profilieren, bewirbt sie solche Modelle nicht, [68:] sondern flüchtet sich in sinnfreie Allgemeinplätze: „Moderner Sozialismus ist gelebter Solidarismus.“<sup>66</sup>

Aufgrund ihrer in sozialer Hinsicht mittelständischen und in ideologischer Hinsicht „betriebsgemeinschaftlichen“ Grundorientierungen begegnet die „nationale Opposition“ jeder unabhängigen Organisation von Arbeiterinteressen – trotz der deutlich gestiegenen rechtsextremen Einstellungspotentiale unter Gewerkschaftsmitgliedern<sup>67</sup> – nach wie vor mit Aggression und Feindseligkeit.<sup>68</sup> Den DGB und seine Einzelgewerkschaften bekämpfen NPD und Kameradschaften nicht nur wegen ihres demokratischen Antifaschismus, sondern auch als Agentur eines „gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampfes“.

<sup>63</sup> NPD-Parteivorstand, Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre, S. 91.

<sup>64</sup> Jürgen Rieger: Solidarismus – ein Gebot unserer Zeit. Ein Diskussionsbeitrag, in: *Deutsche Stimme*, April u. Mai 2007.

<sup>65</sup> Peter List: Die nationale Volkswirtschaft als Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus, in: *Staatsbriefe* 2/1994, <http://www.staatsbriefe.de/1994/1994/list.htm> [letzter Zugriff: 2.07.1997; derzeit, 18.08.2008, nicht mehr aufrufbar]

<sup>66</sup> Gansel, Abschied.

<sup>67</sup> Vgl. Zeuner u. a., Gewerkschaften, bes. S. 27-57.

<sup>68</sup> Virchow, Volks- statt Klassenbewegung, S. 179-182.

## Konkretisierungen in Sachsen

Daß die NPD für keine gesellschaftliche Gruppe eine Schutzmacht ist oder werden kann, liegt auch an ihrem obstruktiven Politikstil und ihrem apokalyptischen Weltverständnis. Generell ist ihre Programmatik weder eine Utopie, noch auf (real-)politische Umsetzbarkeit angelegt. Kulturpessimistische Angstsznarien beschwören den unvermeidbaren Untergang des bestehenden „globalistischen“ Systems herauf, ein Szenario, in dessen Verlauf das deutsche Volk ein letztes Mal die Chance zur Selbstbehauptung erhalte. Nach dem „großen Crash“ stünde die nationale Opposition vor der Aufgabe, die „Entmarktung“ des wirtschaftlichen Lebens einzuleiten und – wie in früheren Zeiten – die Eigenwirtschaft, die ja beispielsweise in allen familiären Beziehungen nach wie vor dominierend ist, auf Kosten der Marktwirtschaft zu stärken. Das hieße im Umkehrschluß natürlich nicht, die Mechanismen des Marktes überhaupt nicht mehr zu nutzen! Aber es existieren konkrete ökonomische Hebel jenseits marktlicher Koordination, (...) ohne auf wirtschaftspolitisch längst widerlegte Konzepte wie den Kasernensozialismus Nordkoreas zurückgreifen zu müssen“.<sup>69</sup>

Dieses „Crash“-Szenario gesellschaftlicher Entwicklungen ist für das nationale Lager Voraussetzung jeder völkischen Politik. Probleme der Ökonomie lassen sich nur als „Systemfrage“ stellen.<sup>70</sup> Erst der Zusammenbruch des bundesdeutschen sozialen und politischen Systems macht in dieser Weltsicht den Weg frei für den Austritt aus internationalen Verträgen, die der Durchsetzung des Freihandels zuungunsten des deutschen Mittelstandes und der deutschen Arbeitnehmer dienen, für die Abkopplung von den internationalen Finanzmärkten, um so fremdes Leihkapital fernzuhalten, und für die „Rückführung“ der Ausländer. Eine [69:] solche „Entausländerung“<sup>71</sup> ist angesichts der völkischen Konzeptionen von Volks- und Staatszugehörigkeit praktisch nur als gewaltige zwangsweise Deportation von Millionen Menschen vorstellbar, die in Deutschland z. T. in dritter und vierter Generation leben. Der Chemnitzer Politologe Steffen Kailitz beziffert die Zahl der in einem NPD-Staat von der Deportation potentiell betroffenen Menschen auf mehr als elf Millionen, was einem Bevölkerungsanteil von 14 Prozent entspricht.<sup>72</sup> So verwundert es nicht, daß Flugblätter wie „Das passiert, wenn die NPD regiert. Ein Maßnahmenkatalog“ oder das „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ völlig unspezifisch bleiben. Sicher fehlt der NPD die Fachkompetenz für eine zeitgemäße Wirtschaftspolitik, aber dies ist nicht der entscheidende Faktor, wenn sie darauf verzichtet, realisierbare wirtschafts- und sozialpolitische Vorschläge zu entwickeln. Als „Opposition aus Prinzip“<sup>73</sup> ist sie an konstruktiver Mitwirkung zur Behebung konkreter gesellschaftlicher Probleme desinteressiert.

Da die NPD im Unterschied zu ihrem nicht fest in die Partei eingebundenen Umfeld andererseits auch gewählt werden will, muß sie sich in Wahlkämpfen und in der parlamentarischen Arbeit positionieren. Eine Konkretisierung der „raumorientierten Volkswirtschaft“ mußte die sächsische NPD leisten. So versuchte ihre Landtagsfraktion in den Debatten um den Doppelhaushalt 2007/2008 mit einer Mischung aus gezielten Provokationen und Fundamentalopposition Aufsehen zu erregen, indem z. B. die Abgeordnete Gitta Schüßler zur „Entlastung des Kulturhaushalts“ die Streichung von monatlich 7.000 Euro Zuwendungen für den Landesrabbiner forderte. Der hierbei artikulierte Antisemitismus führte sich selbst ad absurdum. Auch der Aufruf des Abgeordneten Jürgen Gansel: „Antideutschen Gesinnungsinstituten den Geldhahn abdrehen!“ zeigte eher den Realitätsverlust der NPD, da hiermit nicht nur das kleine Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig gemeint ist,

<sup>69</sup> NPD-Parteivorstand, Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre, S. 32.

<sup>70</sup> Vgl. Aufruf zur antikapitalistischen und antiglobalistischen Kampagne; Jürgen Gansel, Abgesänge auf das liberale Gesellschaftsmodell. Die sozialen Verwerfungen der Globalisierung werfen die Systemfrage auf, in: *Deutsche Stimme*, April 2007.

<sup>71</sup> Reinhold Oberlercher (1998): Die raumorientierte Volkswirtschaft. Wirtschaftspolitisches Programm der deutschen Nationaldemokratie (Entwurf) – Einleitung, [http://www.phipresse.de/Nachrichten/Meldungenlm\\_d\\_npd1.htm](http://www.phipresse.de/Nachrichten/Meldungenlm_d_npd1.htm) [letzter Zugriff: 27.7.1998; inzwischen nicht mehr im Netz].

<sup>72</sup> Steffen Kailitz: Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprogramm der NPD, in: *Politische Studien*, Themenheft 1/2007, S. 44-53, S. 46.

<sup>73</sup> Otto Kirchheimer: Wandlungen der politischen Opposition, in: *Parlamentarismus*, hg. von Kurt Kluxen, Köln/Berlin 1967, S. 410-424.



sondern auch das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, welches zwar schon oft in der Kritik stand, unseres Wissens aber nicht gerade als „antideutsches Gesinnungsinstitut“.<sup>74</sup>

Andere Aspekte der Agitation sind ernster zu nehmen und auch wirkungsvoller, insbesondere das Beharren auf gleichen Lebensverhältnissen unter Betonung der [70:] breiter werdenden Schere zwischen dem ländlichen Raum und den wirtschaftlich erfolgreicherer kreisfreien Städten. Sachsen könne, so die NPD, Sonderwege gehen und zum Modell für Deutschland werden, Voraussetzung sei die Abkehr von der Globalisierung. Bereits im Wahlkampf 2004 nahm die NPD zu den Wahlprüfsteinen der Industrie- und Handelskammer Leipzig Stellung. Mit gymnasialem Fleiß versuchten die Autoren, wirtschaftspolitische Fachkompetenz zu beweisen, aber die Liberalisierungs- und privatisierungsfeindliche Grundrichtung der Antworten dürfte die Unternehmer kaum beeindruckt haben. Fragen wie die nach „wachstumsfördernden Sonderwegen“, auf die sich die IHK vermutlich eine Antwort im Sinne weiterer Deregulierung wünschte, nutzte die NPD zur Entfaltung ihres regional, protektionistisch, interventionistisch, mittelständisch und zuwanderungsfeindlich orientierten Konzepts. So müßten die „Wirtschaftskreisläufe raumorientiert gestaltet werden, so daß in erster Linie Sachsen für Sachsen arbeiten und die Arbeitsteilung innerhalb Sachsens selbst ordentlich funktioniert“. Dafür wird vorgeschlagen, sich dem EU-weiten Ausschreibungswesen zu verweigern und „im jeweiligen Kommunalbereich ansässige Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen“ zu bevorzugen.<sup>75</sup> Arne Schimmer skizziert in einem Artikel vom Sommer 2006 sogar die Vision einer „Nationalen Wirtschaftsregion Sachsen“, die den Freistaat zur „Avantgarde“ der Abwehr von Globalisierung und europäischer Integration machen könne.<sup>76</sup>

Unter starkem Einfluß der sächsischen Parteigenossen formulierte auch der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern sein Aktionsprogramm, das von ähnlichen Prämissen ausgeht.<sup>77</sup> Nimmt man die Schere ernst, die sich zwischen Dresden (Gesamtplatz 13 des Prognos-Zukunftsatlas 2007) und dem Niederschlesischen Oberlausitzkreis (Platz 424 von 439) auftut, dann wird erkennbar, welche Wählerstimmen sich die NPD von ihrer Agitation gegen die „Leuchtturmpolitik“ der Landesregierung verspricht.<sup>78</sup> Auch Untersuchungen über rechtsextreme Einstellungen im Land Brandenburg belegen eine steigende Zustimmung zu rechtsextremen Positionen in den euphemistisch „äußerer Entwicklungsraum“ genannten strukturschwachen ländlichen Gebieten des Bundeslandes.<sup>79</sup>

[71:]

## Fazit

Die Parteien und Gruppierungen der „nationalen Opposition“ haben stets versucht, Probleme von gesellschaftlicher Brisanz aufzugreifen, durch irrationale und apokalyptische Mobilisierung von Ängsten zu emotionalisieren und so an ihre eigenen völkischen Grundpositionen anschlußfähig zu machen. In der tiefgreifenden Wirtschafts- und Strukturkrise der vergangenen Jahre sahen sie eine besondere Hoffnung für die Mobilisierung scheinbar antikapitalistischer Affekte, die sie an ihr antisemitisches Grundmotiv anpaßten und entsprechend aufluden.

<sup>74</sup> NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag: Regionalwirtschaft, Arbeit und Familie. Plenardebatten im Sächsischen Landtag über den Doppelhaushalt 2007/2008 und die Schwerpunkte nationaldemokratischer Haushaltspolitik in Sachsen (= Beiträge zur sächsischen Landespolitik 13), Dresden 2007, S. 15 u. 22 f.

<sup>75</sup> NPD-Parteivorstand, Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre, S. 84 f.

<sup>76</sup> Arne Schimmer: Der Teufelskreis „Schrumpfung – Konkurrenzfähigkeit – Schrumpfung“, [2006], [http://www.sachsenpublizistik.dellb\\_derteufelskreis.htm](http://www.sachsenpublizistik.dellb_derteufelskreis.htm) [letzter Zugriff: 2.07.2007; derzeit, 18.08.2008, nicht mehr aufrufbar]

<sup>77</sup> Vgl. NPD-Landesverband M-V, Aktionsprogramm zur Landtagswahl '06, o. O., S. 7 f.

<sup>78</sup> Schimmer, Teufelskreis; NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Regionalwirtschaft; Jürgen Gansel: Der Globalisierungsangriff auf den ländlichen Raum. Sozialräumliche Gegensätze gefährden die wirtschaftliche Einheit des Landes, [2007], [http://www.npd.de/index.php?sek=O&pfad\\_id=7&cmsint\\_id=1&detail=807](http://www.npd.de/index.php?sek=O&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=807) [letzter Zugriff: 18.04.2008].

<sup>79</sup> Vgl.: Richard Stöss, Oskar Niedermayer, Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg, in: Schoeps u.a., Rechts extremismus in Brandenburg, S. 47-58, S. 48.

In der reaktionären, gewerkschaftsfeindlichen und mittelständischen Grundierung der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der extremen Rechten zeigt sich gleichzeitig ein relatives Desinteresse an den realen Bedürfnissen abhängig Beschäftigter und auch Arbeitsloser. Da diese Kräfte auf Angstpropaganda setzen und an einem rationalen inhaltlichen Streit über das bessere Argument nicht interessiert sind, dürfen die Chancen einer argumentativen Demontage nicht überschätzt werden. Gleichwohl kann in der Auseinandersetzung mit der „nationalen Opposition“ an den Widersprüchen zwischen ihrer sozialen Demagogie einerseits, ihrer unsozialen und einseitig mittelstandsfreundlichen Programmatik andererseits angesetzt werden.

Zugleich bleibt es wichtig, eine schleichende Akzeptanz rechtsextremer Thesen zu verhindern. Alle gesellschaftlichen Subsysteme müssen hier resistent bleiben. Das gilt auch und gerade für die Gewerkschaften und die politische Linke, die der Verlockung antisemitischer Verschwörungsmymen widerstehen, ihre Kapitalkritik ohne einseitige Vereinfachungen begründen und von jeder „Nationalisierung“ oder „Ethnisierung“ der sozialen Frage deutlich Abstand nehmen sollte.

[72:]

MANFRED WICHMANN

## Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus

### Ein antidemokratisches Netzwerk zwischen Rechtskonservatismus und Nationalsozialismus

#### Einleitung

In der Endphase der Weimarer Republik war das faschistische Italien unter Benito Mussolini für die politischen Intellektuellen und Vordenker in Deutschland einer der wichtigsten zeitgenössischen Bezugspunkte für die eigenen Funktionsbilder und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen. Die seit 1930 verstärkte Auseinandersetzung mit dem Faschismus beruhte maßgeblich auf der innenpolitischen Entwicklung in Deutschland wie in Italien.<sup>1</sup> Der Faschismus selber hatte sich durch den diktatorischen Staatsumbau nach 1925 stark in seinem Selbstverständnis verändert, gleichzeitig wirkten die Umformung der Wirtschaft durch die Carta del Lavoro 1927 und die Lateran-Verträge 1929 nach außen als bedeutende politische Erfolge.<sup>2</sup> Beides schien für eine langfristige Existenz des italienischen Faschismus zu sprechen.

[73:] Die Rezeption in Deutschland zwischen 1930 und 1933 war zudem deutlich geprägt durch die politische und wirtschaftliche Krise der Weimarer Republik. Italiens politische Verfassung wirkte in dieser Zeit nicht nur als funktionierende Alternative zur Parteiendemokratie, sondern der Faschismus schien ein Instrumentarium zu beinhalten, mit dem die gesellschaftlichen Spannungen der Klassengegensätze, die wirtschaftliche Krise und der konfessionelle Konflikt dauerhaft aufzulösen seien. Zu Recht hebt Wolfgang Schieder die Bedeutung dieser Alternative hervor und bewertet die „diktatorische Lösung nach italienischem Vorbild“ als die wirkungsmächtigste in der deutschen Öffentlichkeit der damaligen Zeit.<sup>3</sup> Dabei war eine positive Rezeption keineswegs auf die politische Rechte beschränkt, sondern sie galt in Teilen ebenfalls für viele nichtkonservative Intellektuelle. Es war dieses – von vielerlei Seiten genährte und auf diversen Teilrezeptionen des Faschismus beruhende – breite philofaschistische Klima, das eine der Voraussetzungen für die Machtübergabe an Adolf Hitler bildete.<sup>4</sup>

Am Beispiel der „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“ (GSF) kann im folgenden aufgezeigt werden, welche Katalysatorwirkung die Rezeption des Faschismus darüber hinaus innerhalb der

---

<sup>1</sup> Die frühe Faschismusrezeption in Deutschland vor 1930 ist vor allem durch die Kritik der politischen Linken und durch staatsrechtliche Untersuchungen geprägt worden. Bei der politischen Rechten beschränkte sich die Auseinandersetzung meist auf die Südtirolfrage. Vgl. einleitend dazu vor allem Jens Petersen: Der italienische Faschismus aus der Sicht der Weimarer Republik. Einige deutsche Interpretationen, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 55/56 (1976), S. 315-360 sowie Wolfgang Schieder: Faschismus für Deutschland. Erwin von Beckerath und das Italien Mussolinis, in: Christian Jansen (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 267-283; ders.: Carl Schmitt und Italien, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 37 (1989), S. 1-21; Klaus-Peter Hoepke: Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 38); Karl E. Lönne: Il fascismo italiano nel giudizio del Cattolicesimo politico della Repubblica di Weimar, in: *Storia contemporanea* 2 (1971), S. 697-716; ders.: Faschismus als Herausforderung. Die Auseinandersetzung der *Roten Fahne* und des *Vorwärts* mit dem italienischen Faschismus 1920-1933, Köln/Wien 1981; Udo Röbling: Der italienische Faschismus in der Sicht der Deutschen Adelsgenossenschaft in den Jahren der Weimarer Republik, in: *Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte* 44 (1980), S. 165-183.

<sup>2</sup> Zur Carta del Lavoro vgl. Karin Priester: Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln 1972, S. 249-253; zu den Lateran-Verträgen vgl. Jutta Bohn: Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat in Italien und die Re-[73:]zeption in deutschen Zentrumskreisen (1922-1933), Frankfurt/M. 1992 (= Europäische Hochschulschriften Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 531), S. 113-151.

<sup>3</sup> Wolfgang Schieder: Fascismo e nazional-socialismo nei primi anni Trenta, in: Angelo del Boca/Massimo Legnani/Mario G. Rossi (Hg.): *D Regime Fascista. Storia e storiografia*, Rom 1995, S. 45-56, hier S. 52.

<sup>4</sup> Wolfgang Schieder: Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik, in: *Historische Zeitschrift* 262 (1996), S. 73-125; und ders.: Fatal attraction. The German right and Italian Fascism, in: Hans Mommsen (Hg.): *The Third Reich between vision and reality. New perspectives on German history, 1918-1945*, Oxford, New York 2001, S. 39-57.

antidemokratischen Rechten und besonders bei ihren Vordenkern, Meinungsführern und politischen Entscheidungsträgern entfaltet. Dies wird mit einem Überblick zu Gründung, Aufbau, Mitgliedern, Aktivitäten und der späteren Ausschaltung unter dem Naziregime verbunden, da eine Gesamtdarstellung und Analyse der GSF in der bisherigen Forschungsliteratur fehlt.<sup>5</sup> Als ein rein männlicher, exklusiver und auf persönlichen Beziehungen [74:] beruhender Klub entspricht die GSF der bevorzugten politischen Organisationsform rechter Intellektueller in der Weimarer Republik. Aber zwei Besonderheiten unterscheiden sie – neben der inhaltlichen Ausrichtung auf den italienischen Faschismus und trotz struktureller Ähnlichkeiten – von intellektuellen Zirkeln wie dem Juniklub, der Ring-Bewegung oder dem Tat-Kreis.<sup>6</sup>

Erstens bildeten Schriftsteller, Publizisten, Journalisten und Wissenschaftler weder in ihrer Bedeutung noch quantitativ die überwiegende Mehrheit der Mitglieder, sondern nur eine von mehreren größeren Rekrutierungsgruppen. Die GSF stellte innerhalb der antidemokratischen Rechten einen Zusammenschluß aus Intellektuellen und Vertretern der Funktionsebenen eines breiten gesellschaftspolitischen Spektrums dar. Das exklusive Fundament für den Beitritt bildeten allein politische Überzeugungen und Zielsetzungen wie die Ablehnung der demokratischen Staatsform und die Suche nach einer nationalen Form von autoritärer Herrschafts- und Wirtschaftsform. Hier war ein elitärer Zirkel entstanden, dessen Mitglieder sehr verschiedenen Elitetypen entstammten: Die GSF versammelte Intellektuelle und Funktionsträger, Unternehmer und Wissenschaftler, Parteiführer und Antiparlamentarier, Adel und Bürgerliche, Angehörige alter und neuer Eliten.<sup>7</sup> Dabei blieben die unterschiedlichen Rollenbilder und Kompetenzbereiche durchaus bestehen. Aber der gemeinsame Bezug auf den Faschismus führte in diesem Fall zu einer inhaltlichen und organisatorischen Annäherung diverser Gruppen und ihrer Vertreter, die teilweise in politischer oder persönlicher Konkurrenz standen.

Zweitens ist die GSF in ihrer Entstehung und Entwicklung nicht vorrangig durch Publizisten und Intellektuelle, sondern durch kaum bekannte politische Akteure geprägt worden: durch die beiden Gründer und Vorsitzenden Waldemar Pabst und Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha sowie den dritten Hauptakteur Guisepppe Renzetti, Mussolinis Kontaktperson zur deutschen Rechten. Alle drei waren persönlich eng miteinander verbunden und sind weder dem Typus des [75:] Intellektuellen noch einer anderen reinen Gruppe von Entscheidungsträgern zuzuordnen. Ihr politischer und gesellschaftlicher Einfluß beruhte weniger oder gar nicht auf offiziellen Entscheidungsmandaten oder intellektuellen Werken, sondern auf ihrem mehr im Hintergrund stattfindenden, aber dafür äußerst

---

<sup>5</sup> Erstmals wird sie bei Hoepke, *Deutsche Rechte*, S. 295-303 dargestellt. Hoepke konnte allerdings außer auf persönliche Befragungen nur auf eine indirekte Quelle zurückgreifen. Dementsprechend sind die Angaben zur GSF punktuell und erfassen nur das Gründungsstadium. Wichtige Angaben zur Organisation der GSF sind dem Artikel des 1983 erschienenen Lexikons zur Parteiengeschichte zu entnehmen, das direkte Quellen auswerten konnte. Hier zeigen sich allerdings die Einschränkungen eines Lexikoneintrags, die Verbindungen nach Italien werden dort bspw. gar nicht erwähnt, vgl. Reinhard Giersch, Walter Schmidtke: *Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus (GSF)*, in: *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945)*, hg. von Dieter Fricke et al., 4 Bde., Leipzig 1983-1986, Bd. 2, S. 51-54. Aktuellere Erwähnungen und Darstellungen beziehen sich meist auf bestimmte Aspekte oder Personen, so etwa bei: Johannes Tuchel: *Am Großen Wannsee 56-58. Von der Villa Minoux zum Haus der Wannsee-Konferenz*, Berlin 1992 (=Publikationen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 1), S. 45-52; Oliver Glied: *Wilhelm Faupel. Generalstabsoffizier, Militärberater, [74] Präsident des Ibero-Amerikanischen Instituts*, in: Reinhard Liehr, Günther Maihold, Günther Vollmer (Hg.): *Ein Institut und sein General. Wilhelm Faupel und das Ibero-Amerikanische Institut in der Zeit des Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 2003, S. 131-279, hier S. 182-194; Stephan Malinowski: *Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat*, Berlin 2003, S. 452; Axel Schildt: *Konservatismus in Deutschland- Von den AnHingen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 1998, S. 165.

<sup>6</sup> Siehe dazu Yuji Ishida: *Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933*, Frankfurt/M., Bern u.a. 1988 (= Europäische Hochschulschriften Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 346); Klaus Fritzsche: *Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des „Tat“-Kreises*, Frankfurt/M. 1976.

<sup>7</sup> Zum Elitebegriff allgemein vgl. Thomas B. Bottomore: *Elite und Gesellschaft. Eine Übersicht über die Entwicklung des Eliteproblems*, München 1966; Christian Welzel: *Demokratischer Elitenwandel. Die Erneuerung der ost-deutschen Elite aus demokratie-soziologischer Sicht*, Opladen 1997, S. 4-8.

ambitionierten Wirken als persönliche Mittler und Verbindungsglieder politisch-gesellschaftlicher Netzwerke.<sup>8</sup> Sie gehörten als aktive Organisatoren zum Typus der „Mehrzweckführer“<sup>9</sup> der antidemokratischen Rechten, die Intellektuelle und Funktionseleiten um sich scharen konnten und das Zusammenkommen verschiedener Milieus – sozial wie politisch – ermöglichten und beförderten.<sup>10</sup> Eine wesentliche Voraussetzung war, daß sie persönlich neben ihren weitreichenden politischen Aktivitäten und Bekanntschaften andere wichtige Kompetenzen und Funktionen in sich vereinten: Herzog Carl Eduard als Hochadliger, Repräsentant des Stahlhelms und finanzieller Förderer antidemokratischer Netzwerke, Waldemar Pabst als Militär, Heimwehrführer und Organisator militaristisch-rechtsradikaler Verbände, Guiseppa Renzetti als Prominenter, Publizist und Agent.

## Hauptakteure

Als treibende Kraft für die Entstehung der GSF und später als ihr führender Kopf kann Waldemar Pabst angesehen werden, der in der antidemokratischen Opposition gegen die Weimarer Republik eine bisher wenig beachtete, aber sehr aktive Rolle spielte.<sup>11</sup> Er wurde am 24. Dezember [76:] 1880 in Berlin-Charlottenburg geboren als Sohn eines promovierten Kunsthistorikers und späteren Direktors des Kunstgewerbemuseums in Köln.<sup>12</sup> Pabst besuchte mehrere Kadettenschulen und begann ab 1899 seine Offizierslaufbahn in der preußischen Armee. Als Generalstabsoffizier nahm er am ersten Weltkrieg teil, vorwiegend an der Westfront. Nach dem Waffenstillstand wollte und konnte er trotz Demobilisierung und Revolution die Gardekavallerieschützen-Division (GKSD) als aktive Militärformation erhalten und führte sie nach Berlin, wo sie dann in den Wintermonaten 1918/19 entscheidend in die Revolutionskämpfe eingriff.<sup>13</sup> Der stark antisozialistisch und nationalistisch gesinnte Pabst sorgte zu dieser Zeit für eine entsprechende Schulung seiner Soldaten und verordnete ein kompromißloses Vorgehen gegen alle revolutionären Kräfte.<sup>14</sup> Am 15. Januar 1919 verhörte Pabst die

---

<sup>8</sup> Wie stark die geistigen und programmatischen Verbindungen zwischen alten und neuen antidemokratischen Kräften durch Personen geknüpft wurden, zeigt sich auch am Beispiel von Pabsts engem und langjährigem Freund Franz von Papen, vgl. dazu die Studie von Karl Heinz Roth: Franz von Papen und der Faschismus, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), S. 589-625.

<sup>9</sup> Begriff und Beispiele für diese Form von Elite bei Malinowski, König, S. 434 f.

<sup>10</sup> Armin Mohler hat diesen besonderen Typus neben den Literaten und den politischen Aktivisten ausgemacht, der als Organisator und „Manager“ im Personengeflecht eine eminent wichtige Rolle spielte für die internen Verbindungen, aber kaum öffentlich in Erscheinung trete, vgl. Armin Mohler: *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932*. Ein Handbuch, Darmstadt 1994 [1: 1950], S. 66 f. Beispiele oder eine Untersuchung dieses Personenkreises fehlen jedoch bei Mohler.

<sup>11</sup> Der Militär, Agent und Waffenhändler Waldemar Pabst war einer der umtriebigsten Organisatoren der antikommunistischen Bewegungen in gleich mehreren Ländern, er schuf sich dabei ein einzigartiges Netzwerk zwischen Armee, Politik, Nachrichtendiensten und der Rüstungswirtschaft. Die Historikerin Doris Kachulle hat jahrzehntelang zu Pabsts außergewöhnlichem Leben und Wirken geforscht, die geplante umfassende Biographie konnte durch ihren frühen Tod im Jahr 2005 nicht vollendet werden. Eine Auswahl ihrer Aufsätze und Studien zu Pabst ist postum von Karl Heinz Roth herausgegeben worden: Doris Kachulle: *Waldemar Pabst und die Gegenrevolution*. Vorträge, Aufsätze, Aus dem Nachlaß, Berlin 2007 (= Beihefte Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Bd. 5). Aufbauend auf ihren Studien und ihrem Nachlaß, der bei der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts bewahrt ist, wird Klaus Gietinger demnächst die erste wissenschaftliche Biographie zu Pabst veröffentlichen, siehe Klaus Gietinger: *Mörder der Revolution. Waldemar Pabst – Brückenbauer zwischen Konservatismus und Faschismus*. Ein Forschungsbericht, in: *junge Welt*, 12. Januar 2008.

<sup>12</sup> Vgl. einführend zur Biographie: Michael Wettengel: Pabst, Ernst Julius Waldemar, in: *Neue Deutsche Biographie*, Berlin 1953 ff., Bd. 19, S. 740 f.; Klaus Gietinger: *Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L.*, Berlin, 1995, S. 17-22 und S. 128 f.; Walter Wiltschegg: *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?*, München 1985 (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte, Bd. 7), S. 357; Ernst R. Huber (Hg.): *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, 8 Bde.; Stuttgart 1957-1990, Bd. 5, S. 901, Anm. 35; sowie die beiden Teilnachlässe im Bundesarchiv (SAPMO Berlin und Militärarchiv Freiburg). Abweichende Angaben zum Geburtsort beruhen meist auf seinen eigenen, bewußt falschen Angaben, die er 1920 als Walter Peters getarnt bei seiner Flucht nach Österreich machte.

<sup>13</sup> Vgl. seine Heeresberichte, Bundesarchiv (im folgenden: BA): NY4035/1, Bl. 94-152.

<sup>14</sup> Pabst ging dabei mehrfach über seine Befugnisse hinaus, so daß „im Edenhotel, wo sich der Stab der Division einquartiert hatte, manches getan und geplant wurde, was außerhalb des ihm gesteckten Rahmens lag“, Gustav Noske: *Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1920, S. 199. Pabsts Macht in der

verhafteten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und ließ sie von Angehörigen seiner Truppe ermorden.<sup>15</sup> Um seiner politischen Entmachtung zu entgehen, unternahm er im Juli 1919 mit der GKSD einen Putschversuch gegen die Reichsregierung, der jedoch bereits im Ansatz scheiterte. Daraufhin mußte er den Armeedienst quittieren und wurde Mitbegründer und Geschäftsführer der „Nationalen Vereinigung“.<sup>16</sup> Seine geheimen politischen Aktivitäten nahmen zu, vor allem arbeitete er am Aufbau bewaffneter und verlässlich antisozialistischer Verbände. So [77:] war er entscheidend an der Neuorganisation der Berliner Polizeikräfte und an der Entstehung der Einheiten der Technischen Nothilfe beteiligt.<sup>17</sup> Schließlich war er einer der führenden Köpfe bei der Vorbereitung und Durchführung des Kapp-Lüttwitz-Putsches, nach dessen Mißerfolg er sich dem Haftbefehl durch Flucht nach Österreich entzog.<sup>18</sup>

In Tirol wurde Pabst zum Stabsleiter der dortigen Heimwehr ernannt und leitete organisatorisch den Aufbau und die Entwicklung der Österreichischen Heimwehrbewegung, als deren eigentlicher militärischer Führer er galt. Pabst entfaltete erneut eine starke politische Tätigkeit mit dem Ziel, eine militärische, nationalistische und antisozialistische Bewegung aufzubauen. Er war besonders von Mussolinis Weg an die Macht in Italien beeindruckt, so daß er Planungen für einen „Marsch auf Wien“ der Heimwehren betrieb. Aus dieser Zeit resultierten auch seine direkten Beziehungen zum faschistischen Regime, da Mussolini den Heimwehren im großen Maße finanzielle und materielle Unterstützung zukommen ließ.<sup>19</sup> Doch Pabsts politische Macht und Umsturzpläne wurden von Sozialdemokraten öffentlich angeprangert, und da seine engen Verbindungen zum Faschismus in der Heimwehrbewegung und in Tirol auf Mißtrauen stießen, mußte er Österreich 1930 verlassen. Er ging zunächst nach Venedig, versuchte [78:] noch einmal in Tirol Fuß zu fassen und kehrte schließlich im Herbst 1931 nach Deutschland zurück.<sup>20</sup>

---

Revolutionszeit beruhte auf der Kontrolle der militärischen Verbände und einer selbstorganisierten Bürgerwehr, vgl. auch Pabsts Darstellung in einem Ersuchen um Amnestierung 1924, BA: NY 4035/3, Bl. 55.

<sup>15</sup> Dazu vor allem die ausführlichen Dokumentationen von Klaus Gietinger in Gietinger, Leiche im Landwehrkanal, und ders.: Nachträge, betreffend Aufklärung der Umstände, unter denen Frau Dr. Rosa Luxemburg den Tod gefunden hat, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 3 (1992), S. 319-373, sowie Hellmut Trostnow: „... Es kam auf einen mehr oder weniger nicht an“. Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und die Folgen für die Weimarer Republik, in: *Die Extreme berühren sich. Walter Rathenau 1867-1922, Ausstellungskatalog*, hg. von Hans Wilderotter, Berlin [1994], S. 209-220, und Pabsts eigene Aussagen: „Ich ließ Rosa Luxemburg richten“ (Interview mit Waldemar Pabst), in: *Der Spiegel*, Nr. 16/1962, S. 38-44.

<sup>16</sup> Vgl. Adolf Vogt: Oberst Max Bauer. Generalstabsoffizier im Zwielficht 1869-1929, Osnabrück 1974, S. 239-242.

<sup>17</sup> Diese Einheiten waren in Pabsts politischen Planungen auch für Bürgerkriegskämpfe und als Streikbrecher vorgesehen, vgl. Johannes Buder: Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918-1923, Frankfurt/M. 1986; Peter Lessmann: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989; Michael Kater: Die Technische Nothilfe, in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), S. 50-78; Andreas Linhardt: Die Technische Nothilfe in der Weimarer Republik, Norderstedt 2006, S. 60-64, S. 85-89 und S. 140-152.

<sup>18</sup> Erwin Könnemann: Vom Pabst-Putsch im Juli 1919 zum Kapp-Putsch im März 1920. Zur Genesis militaristischer Staatsstreichs, in: *Revue Internationale d'Histoire Militaire* 71 (1989), S. 124-140; Heinrich A. Winkler: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998 [1: 1993], S. 118-126. Seine eigene Rolle hat Pabst Anfang der dreißiger Jahre in einem fünfzehnteiligen maschinenschriftlichen Artikel selbst dargestellt, BA: R72/73 (vormalig: ZStA Potsdam, 61 Sta 1), Bl. 186-201. Der Majorsrang wurde ihm nach seinem Abschiedsgesuch trotz ausdrücklicher Bitte verweigert. Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches wurde dann Pabst durch Walther von Lüttwitz zum Major befördert, was die Reichsregierung jedoch nicht anerkannte. Daher rührt die häufige Titulierung als „Major“ mit Anführungszeichen, da Pabst selber auf der Rechtmäßigkeit der Beförderung bestand. Ein Jahr nach der Machtübergabe an Hitler bemühte Pabst sich um die nachträgliche Anerkennung seines Ranges, den Reichspräsident Paul von Hindenburg offiziell bestätigte. Siehe Unterlagen in BA: NY4035/1-3.

<sup>19</sup> Clifton Earl Edmondson: *The Heimwehr and Austrian Politics 1918-1936*, Athens (Georgia) 1978, S. 31-63; Lajos Kerekes: *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gombös und die Heimwehr*, Wien, Frankfurt/M., Zürich 1966, S. 17-23 und S. 41-49; I Documenti Diplomatici Italiani (im folgenden: DDI), Ser. VII, Bd. 9, Nr. 59, S. 85 f.

<sup>20</sup> Die politische Bedeutung Pabsts zeigt der Bericht des deutschen Konsuls in Innsbruck: „Die unter den geschilderten, Aufsehen erregenden Umständen erfolgte Rückkehr des Hauptmanns a. D. Pabst, die kurz darauf einsetzende starke Aktivität der Heimatwehrführer [sic!] in Innsbruck und Wien, die eine Rechtsradikalisierung dieser Bewegung erkennen lassen, haben eine bedenklich gespannte innerpolitische Lage geschaffen. [...] Sein in Venedig

In Berlin beteiligte Pabst sich zunächst am Tradition-Verlag und arbeitete dort als Geschäftsführer.<sup>21</sup> Seine guten und länderübergreifenden Kontakte zum Militär und zur Rüstungsindustrie sowie seine geschäftlichen Aktivitäten während der Heimwehrzeit ermöglichten ihm dann schnell den Einstieg als Rüstungslobbyist<sup>22</sup>, zunächst bei der Rheinmetall AG als Repräsentant in Berlin „zur besonderen Verwendung der Generaldirektion“, später auch für andere Konzerne.<sup>23</sup> Pabsts politische Ambitionen waren damit keinesfalls hinfällig geworden. Seine Bemühungen galten nun dem Ziel, eine großdeutsch ausgerichtete, nationalistische Front aus bewaffneten Rechtsverbänden und antidemokratischen Parteien zu bilden, die mit heimlicher italienischer Hilfe in Deutschland wie in Österreich die Errichtung einer autoritären Diktatur vorantreiben sollte. Er knüpfte Verbindungen zwischen DNVP, Stahlhelm und Heimwehrbewegung und reiste mehrmals nach Österreich, um die Entwicklung dort weiter in seinem Sinne zu beeinflussen.<sup>24</sup>

[79:] Der Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha war als Hochadliger und aufgrund seiner zahlreichen dynastischen und politischen Verbindungen eine wichtige Repräsentationsfigur der antidemokratischen Rechten. Carl Eduard, am 19. Juli 1884 als Duke of Albany und Enkel der Königin Victoria in Claremont/Surrey geboren, wurde dort als königlicher Prinz erzogen, bis er 1899 Thronfolger des Fürstentums Sachsen-Coburg und Gotha wurde und nach Deutschland übersiedelte. Hier erhielt er unter der Aufsicht seines Cousins Kaiser Wilhelms II. eine militärische Ausbildung, wie Pabst u. a. in der Hauptkadettenanstalt in Lichterfelde. Ab 1903 studierte er Jura und Staatswissenschaften in Bonn, bevor er 1905 mit Erreichen seiner Volljährigkeit die Regentschaft über das Fürstentum übernahm. Selber begeistert von der neuen Automobil- und Verkehrstechnik förderte er den Aufbau der Luftfahrtindustrie in Gotha und Coburg. Im ersten Weltkrieg war er General bei der 38. Infanterie-Division, zog sich aber 1915 aus dem aktiven Dienst zurück. Nach seiner erzwungenen Abdankung als Herzog im November 1918 blieb ihm ein Großteil des Familienbesitzes, außerdem sicherten hohe Ausgleichszahlungen fortan seine finanzielle Basis.<sup>25</sup>

---

entwickeltes Programm, daß er der ‚roten Internationale‘ die ‚weiße Internationale‘ entgegenstellen wolle, versucht er offenbar jetzt durchzuführen, stößt aber hier auch bei den bisher treuesten Anhängern der Heimatwehr, den Bauern, auf den schärfsten Widerstand, hervorgerufen durch seine Stellungnahme zum Fascismus. [...] Die Anbiederung des Herrn Pabst an die Fascisten hat auch die Südtiroler mobil gemacht“, Bericht vom 18. November 1930, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im folgenden: PA-AA): R 72968, Hervorhebungen entstammen dem Original. Vgl. zur Reaktion in Tirol auch Wiltschegg, Heimwehr, S. 157 f.

<sup>21</sup> Nicht nur seine Rückkehr nach Deutschland, sondern auch seine Teilhaberschaft im Tradition-Verlag führten zu öffentlichen Spekulationen über Pabsts finanziellen und politischen Hintergrund, siehe *Berliner Morgenpost* vom 2. September 1931 (Nr. 209). Als Geschäftsführer im Verlag übernahm er u.a. eine Bürgerschaft für Felix Dahns völkisch geprägten Roman „Ein Kampf um Rom“. Im Oktober 1932 trennte er sich vom Tradition-Verlag, siehe BA: NY 4035/8.

<sup>22</sup> Zu den Aktivitäten und Verbindungen Pabsts im Waffengeschäft in den deutschsprachigen Staaten siehe Peter Hug: Schweizer Rüstungsindustrie und Kriegsmaterialhandel zur Zeit des Nationalsozialismus, Zürich 2002.

<sup>23</sup> BA: NY4035/10. Damit konnte er nicht nur seine finanzielle Versorgung, sondern auch seine guten Kontakte in der deutschen Rechten sichern. Er blieb auch nach 1933 in dieser Stellung und nutzte persönliche Kontakte zum Außenministerium, vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie C, Bd. II/2, S. 289 f. und Bd. III/1, S. 124 f.

<sup>24</sup> Pabst galt vielen Heimwehrführern nach wie vor als Autorität. Der Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg ernannte ihn im Mai 1932 offiziell zum alleinigen und bevollmächtigten Vertreter der Österreichischen Heimwehren in Deutschland, andere baten ihn um eine Rückkehr nach Österreich, „da er allein imstande sei, die Bewegung wieder zusammenzufassen und militärisch, wie auch politisch aufs neue zur Geltung zu bringen“, BA: NY 4035/4, [79:] Bl. 263 f. Vgl. zu Pabsts Einfluß nach 1931 auch Winfried Garscha: Die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft. Kontinuität und Wandel deutscher Anschlußpropaganda und Angleichungsbemühungen vor und nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“, Wien 1984, S. 172-185.

<sup>25</sup> Vgl. zur Biographie: Thomas Nicklas: Das Herzogtum Sachsen-Coburg und der Beginn des Ersten Weltkriegs, in: *Jahrbuch der Coburger Landesstiftung* 41 (1996), S. 349-370; Rudolf Priesner: Herzog Carl Eduard zwischen Deutschland und England. Eine tragische Auseinandersetzung, Gerabronn, Crailshaim 1977; Friedrich Facius: Karl Eduard, Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, in: *Neue Deutsche Biographie*, Berlin 1953 ff., Bd. 11, S. 261; Malinowski, König, S. 449 f.; Joachim Oltmann: Seine Königliche Hoheit der Obergruppenführer. Wie Carl-Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha, Enkel Königin Victorias, zu einem Wegbereiter Hitlers wurde, in: *Die Zeit*, 18. Januar 2001 (Nr. 4), S. 74; sowie die Personalakte im Berlin Document Center und den Bestand im Bundesarchiv BA: R72, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e. V.

Carl Eduard, der bereits im Kaiserreich eine betont antisozialistische und nationalistische Position vertreten hatte, widmete sich nun ganz dem politischen Kampf gegen die neue Republik. Er sorgte für Geldzahlungen an Freikorpsverbände und unterstützte deren Führer; Heinrich Ehrhardt etwa ermöglichte er nach Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Putsches das Untertauchen. Der Herzog selber war bis 1922 Repräsentant im „Bund der Kaisertreuen“ und trat als führendes Mitglied 1923 dem Wikingbund bei, ab 1926 war er im Stahlhelm aktiv und wurde zum Reichsstaffelführer der Motorabteilung ernannt. Er finanzierte außerdem mehrere rechte Organisationen wie den völkischen Schutz- und Trutzbund, unter dessen Obhut im Oktober 1922 ein rechtsnationalistisches Treffen in Coburg unter Beteiligung der NSDAP stattfand.<sup>26</sup> Seit dieser Zeit stand Hitler in [80:] Kontakt zu Carl Eduard, der ihm volle Unterstützung gewährte und sich bereits Anfang der dreißiger Jahre für eine Führungsrolle der Nationalsozialisten im Lager der nationalen Opposition einsetzte.<sup>27</sup> In der Endphase der Weimarer Republik übernahm der Herzog zahlreiche Vorstands- und Ehrenämter in nationalistischen Verbänden.<sup>28</sup> Die Kooperation der verschiedenen politischen und halbpolitischen Organisationen der antidemokratischen Rechten zu fördern betrachtete Carl Eduard als eine seiner wichtigsten Aufgaben, für die er Gelder, Räume und seinen persönlichen Einfluß zur Verfügung stellte.<sup>29</sup>

Bereits früh sympathisierte der Herzog mit dem faschistischen Regime Mussolinis, er pflegte außerdem enge persönliche Kontakte zu Giuseppe Renzetti.<sup>30</sup> Im Oktober 1929 führte der Herzog eine Reisegesellschaft des Stahlhelms und der DNVP auf einer Rundfahrt durch Italien, wo sie von faschistischen Parteiführern und Organisationen empfangen wurden. Auch eine von Carl Eduard gewünschte Audienz bei Mussolini war geplant, wurde jedoch durch Intervention des deutschen Außenministeriums verhindert.<sup>31</sup> Diese Reise bildete den Auftakt zu einer Reihe ähnlicher Italien-[81:]reisen rechtsgerichteter Verbände, von denen eine Vertretung des Stahlhelms ein Jahr später dann doch von Mussolini empfangen wurde.<sup>32</sup> Carl Eduard selbst gelang dies 1933 bei einer gemeinsamen Italienfahrt von NDAC und GSF, die Begegnung mit Mussolini und die verliehenen Ehrungen waren für den Herzog von großer persönlicher Bedeutung.<sup>33</sup>

Der italienische Major Giuseppe Renzetti war in der Weimarer Republik Mussolinis Vertrauensmann in Deutschland und agierte gleichzeitig als Mittler zwischen den wichtigsten Partei- und Verbandsführern der deutschen Rechten. Der am 4. November 1891 in Ascoli geborene Renzetti war unmittelbar

---

<sup>26</sup> Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1974 [I: 1973], S. 225-227; Ian Kershaw: Hitler 1889-1936, Stuttgart 1998, S. 227-230.

<sup>27</sup> Bei der Reichspräsidentenwahl 1932 setzte sich der Herzog für den Wahlkampf Hitlers ein. Trotz der Niederlage förderte er weiter dessen politische Ambitionen. Im November 1932 schickte Carl Eduard an Hitler ein Telegramm mit dem Inhalt: „Stehe bei etwa auftauchenden Schwierigkeiten oder falls es Ihnen persönlich zweckmäßig erscheint, zu jeder Vermittlertätigkeit zwecks Förderung Ihrer Absichten uneingeschränkt zur Verfügung. Herzlichst Ihr Carl Eduard“, BA: R1501/5330, Bl. 311. Im Mai 1933 trat er in die NSDAP, kurz darauf auch in die SA ein.

<sup>28</sup> Sogar seine Technikbegeisterung stellte er in den Dienst des antidemokratischen Kampfes: Als Präsident des Nationalen Deutschen Automobil-Clubs (NDAC) scharte er nationalistische Motorverbände um sich als „das technische Harzburg, dessen Kampf dem Dritten Reich der deutschen Nation gilt.“ (Das technische Harzburg. Reichsführer tagung der Nationalen Motorfahrt, in: *Der Stahlhelm*, 22. November 1931, Nr. 47). Von Hitler wurde er im März 1933 zum Reichskommissar für den Kraftverkehr ernannt.

<sup>29</sup> Seine Rolle wurde in der Presse herausgestellt: „Persönlich mit Adolf Hitler seit über einem Jahrzehnt befreundet, hat sich der Herzog von Coburg stets bei dem Stahlhelm, der Deutschnationalen Volkspartei und dem Reichslandbund zur Bildung der Harzburger Front und zur Schaffung der jetzt amtierenden Regierung der nationalen Revolution unter Führung von Hitlereingesetzt“, *Berliner Börsen-Zeitung*, 24. März 1933 (Nr. 142).

<sup>30</sup> Vgl. Bericht des italienischen Botschafters über private Einladung des Herzogs an Renzetti; DDI, Ser. VII, Bd. 8, Nr. 420 (Bericht Orsini Baronis an Grandi, 12. März 1930), S. 494.

<sup>31</sup> Telegramm und Brief der deutschen Botschaft an das Außenministerium vom 22. bzw. 26. September 1929, PA-AA: R 72971. Zur Reise vgl. den Bericht der deutschen Botschaft vom 17. Oktober 1929, PA-AA: R 72971, und Harald Oelrich: Sportgeltung- Weltgeltung. Sport im Spannungsfeld der deutsch-italienischen Außenpolitik von 1918 bis 1945, Münster 2003, S. 214-217. Bereits seit 1924 hatten sich Vertreter des Stahlhelms um Studienreisen nach Italien bemüht, vgl. Volker R. Berghahn: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, [81:] Düsseldorf 1966 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 33), S. 76.

<sup>32</sup> Vgl. Hoepke, Deutsche Rechte, S. 284-293; Jens Petersen: Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973, S. 35 f.

<sup>33</sup> Vgl. Bella Fromm: Blood and Banquets. A Berlin Social Diary, New York 1990 [I: 1943], S. 138.



nach seiner Teilnahme am ersten Weltkrieg im Auftrag einer alliierten Kontrollkommission nach Oberschlesien gekommen und entwickelte dort seine lebenslange Beziehung zu Deutschland. Er heiratete eine deutsche Jüdin aus dem Gleiwitzer Bürgertum und siedelte 1922 nach Berlin über, wo er zwei Jahre später die Italienische Handelskammer gründete. Er und seine Frau spielten fortan im Berliner Gesellschaftsleben eine wichtige Rolle.<sup>34</sup> Renzetti sah sich zunehmend nicht nur als inoffizieller Botschafter des Faschismus, sondern auch als Vorbereiter und Organisator einer nationalistischen Front gegen die Weimarer Republik mit dem Ziel eines faschistischen Regimes in Deutschland und bemühte sich fortan intensiv um politische Kontakte zur deutschen Rechten.<sup>35</sup> Renzetti konnte dann bis Ende der zwanziger Jahre persönliche Verbindungen zu den wichtigsten antidemokratischen Organisationen aufbauen, mit den Führern von Stahlhelm, DNVP und später der NSDAP stand er in persönlichem Kontakt.<sup>36</sup> Als „Wirtschaftsrepräsentant und Lobbyist, als Gesell-[82:]schaftslöwe, als faschistischer Propagandist und als Geheimagent“ war er im damaligen Berlin eine schillernde Figur mit einem einflußreichen persönlichen und politischen Netzwerk.<sup>37</sup>

Spätestens seit 1930 stand Renzetti in direktem Kontakt zu Mussolini, dem er als Vertrauensmann in Berlin und für inoffizielle Kontaktaufnahmen zu Vertretern der antidemokratischen Rechten in Deutschland diente. Er berichtete dem Duce regelmäßig über die politische Situation und beeinflusste dessen Haltung gegenüber der deutschen Innenpolitik.<sup>38</sup> Renzetti sah zunächst im Stahlhelm den geeigneten Partner für den Aufbau eines autoritären und faschismusfreundlichen Regimes in Deutschland und nahm mehrfach an dessen Veranstaltungen teil.<sup>39</sup> Zudem war er wesentlich an der Organisation der oben genannten Reisen von Stahlhelmgruppen nach Italien beteiligt.<sup>40</sup> Er förderte nach

<sup>34</sup> Siehe Wolfgang Schieder: Faschismus im politischen Transfer. Giuseppe Renzetti als faschistischer Propagandist und Geheimagent in Berlin 1922-1942, in: Sven Reichardt, Armin Nolzen: Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich, Göttingen 2005 (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 21), S. 28-58.

<sup>35</sup> Die sozialdemokratische Zeitung *Vorwärts* warnte bereits 1925/26 vor dem Einfluß Renzettis in Deutschland, vgl. die Artikel im *Vorwärts* „Die Mission des Majors Renzetti“ (10.12.1925) und „Was plant der Faschismus in Deutschland“ (2. März 1926).

<sup>36</sup> Zum politischen Wirken Renzettis siehe vor allem auch Renzo De Felice: Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Florenz 1975; Federico Scarano: Mussolini e la Repubblica di Weimar. Le relazioni diplomatiche tra Italia e Germania dal 1927 al 1933, Neapel 1996 (= Quaderni della Facoltà di Scienze Politiche della Università di Napoli, Bd. 42); Hans Woller: Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Mussolini und Hitler vor 1933, in: Wolfgang Benz, Hans Buchheim, Hans Mommsen (Hg.): Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft, Frankfurt/M. 1993, S. 42-63; Federico Niglia: Il maggiore Roma-Berlino. L'attività di collegamento di Giuseppe Renzetti fra Mussolini e Hitler in: *Nuova storia contemporanea* 6 (2002), Bd. 4 (Juli-August), S. 69-81. Zum politischen Einfluß Renzettis am Beispiel des Stahlhelms siehe die sehr ausführ-[82:]liche Fallstudie von Josef Schröder: Die Italien-Reise einer brandenburgisch-pommerschen Stahlhelm-Gruppe im November 1930. Fallbeispiel für Renzettis ungeahntes Tätigsein in Deutschland, in: Hitler und Mussolini. Aspekte der deutsch-italienischen Beziehungen 1930-1943, Festschrift für Josef Schröder zum 70. Geburtstag, Gleichen, Zürich 2007, S. 1-82.

<sup>37</sup> Schieder, Transfer, S. 33.

<sup>38</sup> De Felice bezeichnet ihn als „longa manus“ Mussolinis in Deutschland, siehe Renzo De Felice: I rapporti tra fascismo e nazionalsocialismo fino all'andata al potere di Hitler (1922-33), Neapel 1971, S. 144. Renzetti hatte den großen Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 vorhergesagt, was ihn bei Mussolini als hervorragenden Kenner der deutschen Politik etablierte, vgl. Schieder, Experiment, S. 106. Mussolini maß Renzettis persönlichen Einschätzungen daher einige Bedeutung zu, vgl. DDI, Ser. VII, Bd. 10, Nr. 101 (Bericht Orsini Baronis an Außenminister Grandi, 2. März 1931), S. 158, und ebenda, Bd. 13, Nr. 89 (Gespräch zwischen Mussolini und Renzetti in Rom, 13. Februar 1933), S. 92. Zum Verhältnis zu Mussolini siehe Schieder, Transfer, S. 37-54.

<sup>39</sup> Ein Bericht des deutschen Außenministeriums stellte dazu fest: „Die treibende Kraft in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Stahlhelm und Fascistischer Partei ist auf italienischer Seite von jeher Herr Renzetti gewesen. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß er auch die Anregung zu dem jetzigen Stahlhelmbesuch in Rom gegeben hat [...] Renzetti ist wiederholt Gast des Stahlhelms an dessen Veranstaltungen gewesen. So hat er vor kurzem an einem Gautreffen in Stettin teilgenommen“, Bericht für Redlhammer vom 17. November 1930, PA-AA: R72971. In dem Bericht werden auch die Kontakte Renzettis zum Landbund hervorgehoben. Vgl. auch DDI, Ser. VII, Bd. 9, Nr. 267 (Bericht Orsini Baroni an Grandi, 24. September 1930), S. 366.

<sup>40</sup> Vgl. zusätzlich den Bericht des Botschafters Neurath an das Auswärtige Amt vom 18. Juni 1930, BA: R 901/41345, Bl. 76. Schon seit 1924 hatten sich Vertreter des Stahlhelms um Studienreisen nach Italien bemüht, vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 76.

Kräften den Sammlungsgedanken einer antirepublikanischen Front unter Einbeziehung der NSDAP. Dafür nutzte er jederzeit seine vielfältigen und einflußreichen Kontakte zu Entscheidungsträgern innerhalb der gesamten deutschen Rechten.<sup>41</sup> Er war in die Vorbereitung der Harzburger Front involviert und beim dortigen Aufmarsch persönlich anwesend. Spätestens zu dieser Zeit konzentrierte sich [83:] seine Unterstützung auf die Nationalsozialisten als Protagonisten einer faschistischen Machtübernahme.<sup>42</sup>

Gleichzeitig war Renzetti eine wichtige Quelle für Informationen über das faschistische Italien. Seit Mitte 1932 stellte er die monatlichen „Italienischen Berichte“ zusammen, in denen er eine Mischung aus eigenen Artikeln, Übersetzungen italienischer Aufsätze, Reden und Dokumente anbot. Ergänzt wurden diese etwa zwanzigseitigen, maschinenschriftlichen Berichte durch aktuelle Nachrichten und Finanzberichte aus Italien. Darüber hinaus veröffentlichte Renzetti eine Reihe von Artikeln in der Tagespresse über das Verhältnis zwischen Italien und Deutschland oder die politische und wirtschaftliche Entwicklung im faschistischen Staat.<sup>43</sup> Hinzu kamen mehrere Auftritte als Redner, die sich sowohl aus seinen offiziellen Funktionen als auch persönlichen und politischen Bekanntschaften ergaben und in geschlossenen Zirkeln wie bei der GSF oder bei öffentlichen Veranstaltungen stattfanden.<sup>44</sup>

## Gründung

Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus wurde am 6. Dezember 1931 unter Vorsitz des Herzogs Carl Eduard und Leitung von Waldemar Pabst gegründet. Der Hintergrund ihrer Vorbereitung und Gründung ist in den politischen Zielsetzungen der beiden Vorsitzenden zu finden. Dabei ist nicht nur aufgrund der zeitlichen Nähe eine Verbindung zur Harzburger Front anzunehmen. Der Stahlhelm, in dem Carl Eduard eine wichtige politische Stellung als Mitglied des Bundesvorstandes<sup>45</sup> einnahm, strebte für eine engere Kooperation der antidemokratischen Rechten gegen die Weimarer Republik die Bildung elitärer Zirkel und eines „ständigen Arbeitsausschusses der Nationalen Opposition“ an.<sup>46</sup> Der überwiegende Teil der GSF-Mitglieder entstammte den Parteien, Organisationen und Kreisen, [84:] die sich in Bad Harzburg knapp zwei Monate vorher in gemeinsamer Ablehnung der Republik zur öffentlichen Solidarisierung getroffen hatten, und von denen sich auffällig viele der dort anwesenden Vertreter später in der GSF wiederfinden. Carl Eduard selbst erklärte ein halbes Jahr später rückblickend in einem Schreiben: „In der Tat erschien es mir ein Gebot der Stunde zu sein, den Gedanken der Harzburger Front selbst auf die Gefahr hin in den Vordergrund zu rücken, daß ein einfacher Kämpfer für die nationale Idee, der wie ich ohne politischen Ehrgeiz ist, damit aus der ihm sonst geboten erscheinenden persönlichen Zurückhaltung heraustreten mußte.“<sup>47</sup>

War die Harzburger Front der konkrete politische Hintergrund und Anlaß der Gründung der GSF, so reichten die Planungen für eine am Faschismus orientierte Allianz allerdings bei Waldemar Pabst deutlich weiter zurück. Die Ausweisung aus Österreich 1930 hatte für Pabst keineswegs den Verzicht

<sup>41</sup> Schröder, Italien-Reise, S. 55-64; Scarano, Mussolini, S. 348 f.

<sup>42</sup> Schieder, Transfer, S. 51; Niglia, Maggiore, S. 72 f.

<sup>43</sup> Seine Artikel finden sich vor allem in: *Berliner Börsen-Zeitung*, *Kreuz-Zeitung*, *Deutsche Zeitung* und *Der Tag*, sowie in diversen Wirtschaftszeitungen. Vgl. bspw. Giuseppe Renzetti: Italien und Deutschland, in: *Der Tag*, 13. November 1930 (Nr. 271); ders.: Die Wiedergeburt Italiens, in *Deutsche Arbeitgeber-Zeitung*, 23. Oktober 1932 (Nr. 43); ders.: Der faschistische Weg zum Volke, in: *Berliner Börsen-Zeitung*, 16. Juni 1933 (Nr. 275); ders.: Die Grundlagen der italienischen Wirtschaft, in: *Neue Preußische Kreuz-Zeitung*, 13. August 1933 (Nr. 207). Weitere Artikel siehe Schieder, Transfer, S. 34 f., Anm. 29-32.

<sup>44</sup> Beispielhaft der öffentliche Auftritt in der Berliner Lessing-Hochschule mit einer Rede über „Die Tradition Roms im neuen Italien“. Der Vortrag, den auch der italienische Botschafter besuchte, stieß auf breites Interesse in der Öffentlichkeit, vgl. die Berichte in: *Der Tag*, 28. März 1933 (Nr. 74) und *Berliner Börsen-Zeitung*, 28. März 1933 (Nr. 147).

<sup>45</sup> Am 19. Juli 1930 war Carl Eduard durch Ernennung seitens der beiden Bundesführer in den Vorstand aufgenommen worden, Rundschreiben des Stahlhelms an die Bundesvorstandsmitglieder vom 29. August 1930, BA: R72/38, Bl. 29.

<sup>46</sup> *Der Stahlhelm*, 25. Oktober 1931 (Nr. 43). Vgl. Alois Klotzbücher: Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der „Nationalen Opposition“ 1918-1933, Phil. Diss. Erlangen-Nürnberg 1965, S. 243 f.

<sup>47</sup> Brief Carl Eduards an den Nationalen Klub vom 21. Mai 1932, BA: R 1501/5330, Bl. 75.

auf seine politischen Ambitionen bedeutet. Spätestens seit der Exilzeit in Venedig plante er den Aufbau einer „Weißen Internationalen“ und widmete ihr nach seiner Rückkehr nach Deutschland seine Ambitionen und sein Organisationstalent: Er versuchte in zahlreichen Anschreiben Förderer zu gewinnen, erarbeitete eine Satzung und verfaßte ein „Geistiges Programm“. In Ausrichtung und Formulierungen entspricht es dem antidemokratisch-revolutionären Denken der deutschen Rechten in dieser Zeit: Ablehnung von Aufklärung und Individualismus, Gegenüberstellung von Parteien und Demokratie zur Nationsgemeinschaft, Proklamation eines dritten Weges zwischen Bolschewismus und Liberalismus, Forderung eines radikalen Staatsumbaus entsprechend volksspezifischen Erfordernissen und die Revision der Nachkriegsordnung. Die Besonderheit liegt in der starken Ausrichtung am Faschismus und Mussolini, sowohl ideologisch als auch in der Frage der praktischen Umsetzung. Als Ziel forderte Pabst „einen neuen – den faschistischen – Dreiklang: Autorität, Ordnung, Gerechtigkeit“. Der Faschismus habe in Italien die erforderliche Einheit von Volk und Staat geschaffen. Nun solle die faschistische Ideologie übergreifen und die Grundlage eines neuen Europa bilden, weil „der Faschismus als Idee und Lehre etwas Universelles ist, zwar italienisch in seinen Einrichtungen [...], aber doch universell dem Geiste nach“.<sup>48</sup>

Als praktische Umsetzung wollte Pabst eine internationale Struktur mit Vertreterorganisationen in den einzelnen Ländern errichten, wobei der italienische Faschismus die geistige Führerschaft innehaben und Rom als Zentralsitz der „Weißen (faschistischen) Internationalen“ dienen sollte. In jedem Land war ein rechtsgerichteter Elitekreis geplant, um Politik, Propaganda und Nachrichtendienstliches zu betreiben, der vor allem auf Bekämpfung des Kommunismus und Errichtung einer autoritären Staatsordnung abzielte. In einer späteren Überarbeitung hat Pabst dann den Führungsanspruch des faschistischen Italien herausgenommen, Musso-[85:]lini und sein Regime bildeten nur noch das Modell der Umsetzung. Bezeichnenderweise sah Pabst nun Berlin als Zentralstelle vor.<sup>49</sup>

Diese überarbeitete Form der „Weißen Internationalen“ von Pabst ist als direkte Vorbereitung der GSF zu sehen. Es gelang ihm, den Herzog Carl Eduard als Repräsentationsfigur für den Vorsitz zu gewinnen.<sup>50</sup> Gleichzeitig kontaktierte er ausländische Vertraute zur organisatorischen und finanziellen Unterstützung – für Italien war das fast selbstverständlich Renzetti.<sup>51</sup> Im November 1931 muß dann die Entscheidung für eine nationale Konzentration und gegen den politisch provokanten Namen gefallen sein, da Pabst erstmals eine Satzung unter dem Titel „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“ entwarf. Sie ist als Zwischenschritt anzusehen und enthielt neben Resten der internationalen Ausrichtung auch eindeutige politische Forderungen: Pabst plante Gründungen von festen Auslandssektionen und proklamierte den Faschismus offen zum „Gegenpol des Bolschewismus einerseits und der liberalistisch-demokratischen Staatsauffassung andererseits, als eine neue politische Idee, deren Verbreitung in allen Staaten eine Notwendigkeit ist“.<sup>52</sup>

### **Aufbau und Mitglieder**

Die öffentliche Satzung der GSF gibt Einblick in den organisatorischen Aufbau und nennt in den ersten beiden Paragraphen Zweck und Aufgabe der Vereinigung. Dort wird jedoch nur vom Studium

---

<sup>48</sup> Geistiges Programm für eine Weiße Internationale, BA: NY 4035/6, Bl. 28-35.

<sup>49</sup> Praktisches Programm für eine Weiße Internationale, BA: NY 4035/6, Bl. 51-54.

<sup>50</sup> In einem Brief an seinen langjährigen Kontaktmann in der Schweiz Eugen Bircher schreibt Pabst Anfang November 1931, daß er nun daran gehe, den „Gedanken der sogenannten ‚Weißen Internationalen‘ allmählich in die Tat umzusetzen. Es hat sich hierfür auch bereits ein Kreis von Männern aus dem nationalen Lager gefunden, welche gewillt sind, in die praktische Arbeit für diese Organisation einzutreten. Den Vorsitz wird voraussichtlich der ja auch Ihnen bekannte Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha übernehmen, womit wir ja eine Persönlichkeit bekommen, die sowohl im Nationalsozialismus wie im Stahlhelm fest verankert ist.“, BA: NY 4035/8, Bl. 1.

<sup>51</sup> Länderliste für die Weiße Internationale, BA: NY 4035/6, Bl. 27.

<sup>52</sup> Satzungsentwurf für die Gesellschaft zum Studium des Faschismus, BA: NY4035/7, Bl. 202 f. Einige Elemente der ursprünglichen Planung für die „Weiße Internationale“ finden sich noch bei der GSF. So war etwa die Einrichtung eines Ablegers in Wien oder eine Kooperation mit dem Centre international d'études sur le fascisme in Lausanne, dessen deutscher Vertreter Max von Binzer auch zur GSF gehörte; vgl. Beate Scholz: Italienischer Faschismus als ‚Export‘-Artikel (1927-1935). Ideologische und organisatorische Ansätze zur Verbreitung des Faschismus im Ausland, Trier 2001, S. 225-256.

der „Staats- und Wirtschaftsform des Faschismus in ihrem Aufbau und in ihren Auswirkungen“ gesprochen, die Übertragbarkeit oder eine politische Umgestaltung Deutschlands wie im ersten Satzungsentwurf bleiben nun völlig unerwähnt.<sup>53</sup> Die gekürzte Formulierung des Zwecks und die Betonung der wissenschaftlichen Arbeit müssen als Zugeständnis an die bestehenden Gesetze angesehen werden, um überhaupt als Verein anerkannt zu werden und einem möglichen Verbot vorzubeugen. Die GSF erhielt [86:] schließlich den Rechtsstatus eines eingetragenen Vereins mit Gerichtsstand in Potsdam.

Die Mitglieder wurden in ordentliche und Studienmitglieder eingeteilt, die Zahl der ersteren war laut Satzung auf 100 begrenzt. Beide Arten der Mitgliedschaft waren nur nach Aufforderung zu erlangen, die letztgültige Entscheidung lag ebenso wie das Ausschlußrecht beim Vorsitzenden. Nur die ordentlichen Mitglieder waren stimmberechtigt und bildeten als Hauptversammlung eines der drei Organe der GSF. Die Hauptversammlung berief als ausführendes Komitee einen Verwaltungsrat, in dem die verschiedenen Arbeitsgebiete durch Fachvertreter repräsentiert waren, die Anzahl der Mitglieder des Rates betrug 21 Personen.<sup>54</sup> Dem Verwaltungsrat unterlag vornehmlich die Betreuung der Arbeitsgruppen, die den vier Bereichen Wirtschaft, Recht, Militär und Kultur zugeordnet waren.<sup>55</sup> Insgesamt richtete die GSF 25 Arbeitsgruppen mit ordentlichen und Studienmitgliedern ein, dabei lag der Schwerpunkt auf dem Bereich Wirtschaft mit zwölf Untergruppen.<sup>56</sup> Die ordentlichen Mitglieder waren auf diese Arbeitsgruppen verteilt, deren Organisation durch Sonderausschüsse dem Verwaltungsrat unterstand. Die Mitglieder des Verwaltungsrates wählten schließlich alle fünf Jahre den Vorstand und bestimmten den Vorsitzenden der GSF durch Wahl auf Lebenszeit.<sup>57</sup>

Der Vorstand stellte das dritte Organ dar, er bestand in der Gründungsphase nur aus fünf Mitgliedern, später erhöhte sich die Zahl gemäß der Satzung auf zehn.<sup>58</sup> Die meisten Vorstandsentscheidungen unterlagen dem Vorsitzenden, dieser leitete „autorativ alle Angelegenheiten der Gesellschaft“.<sup>59</sup> Er besaß weitreichende Machtfülle, da er nicht nur in allen Versammlungen den Vorsitz führte und die Tätigkeiten bestimmte, sondern auch allein über Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern entscheiden konnte. Damit war der Vorsitzende in einer Stellung, die dem Bild des Führers im antidemokratischen Staatsdenken entsprach: Er war nicht abwählbar und seine Amtszeit unbegrenzt, ihm unterlagen alle wichtigen Sach- und Personalentscheidungen, die er bei Bedarf delegieren konnte. Sein Vertreter war der Geschäftsführende Vorsitzende, der zudem als gerichtlicher Vertreter der [87:] GSF fungierte. Im normalen Geschäftsbetrieb übernahm Pabst meist die Aufgaben des Vorsitzenden, so daß er als organisatorischer Kopf anzusehen ist.<sup>60</sup>

Seit der Gründung bemühte sich die GSF um eine sichere finanzielle Basis. Laut Satzung war als Mitgliedsbeitrag nur ein jährlicher Mindestbetrag von fünf Reichsmark festgelegt. Außerdem gab es einen Fördererstatus für Mitglieder, der bei einer jährlichen Zahlung von 100 bzw. einer einmaligen Zahlung von 1.000 Reichsmark erteilt werden konnte.<sup>61</sup> Die neuen Mitglieder wurden gleich mit der Beitrittsbestätigung aufgefordert, den Mindestbeitrag für das Jahr zu bezahlen.<sup>62</sup> Bereits 1933 wurde

<sup>53</sup> Satzung der Gesellschaft zum Studium des Faschismus e.V., BA: R72/260, Bl. 127-129.

<sup>54</sup> Auf den ersten beiden vorläufigen Mitgliederlisten sind im März 1932 als Verwaltungsrat 21 Personen, im Mai 1932 dann 23 Personen aufgeführt, BA: R 72/73, Bl. 180-184 und BA: R72/260, Bl. 163-170. In der gedruckten offiziellen Liste, die wohl auf die zweite Jahreshälfte 1932 zu datieren ist, umfaßt der Verwaltungsrat dann 21 Mitglieder, BA: R72/260, unpaginiert.

<sup>55</sup> Zudem gab es noch die beiden Sondergruppen „Verkehrswesen“ und „Zum Studium des Balilla- und Avanguardia-Systems“; Richtlinien für die Arbeit in den Abteilungen, BA: NY4035/7, Bl. 88-92.

<sup>56</sup> Zu den einzelnen Themen und den Mitgliedern siehe: Vorläufige Besetzung der einzelnen Arbeitsgruppen, BA: NY4035/7, Bl. 99-103.

<sup>57</sup> Satzung der Gesellschaft zum Studium des Faschismus e.V., BA: R72/260, Bl. 127-129.

<sup>58</sup> Diese waren neben Carl Eduard und Pabst: Franz von Epp, Hans Horst, Alfred Kames, Johann Wilhelm Mannhardt, Friedrich Minoux, Ferdinand Nord, Hjalmar Schacht, Max von Schillings.

<sup>59</sup> Satzung der Gesellschaft zum Studium des Faschismus e.V., BA: R72/260, Bl. 127-129.

<sup>60</sup> Typoskript „Aufgabe und Ziel der Gesellschaft zum Studium des Faschismus“, BA: NY 403517, Bl. 204-210.

<sup>61</sup> Ebenda.

<sup>62</sup> Brief Pabsts an Wagner vom 9. April 1932, BA: R 72/260, Bl. 197; Brief Pabsts an Morozowicz vom 8. April 1932, BA: R72/260, Bl. 90.

der Mindestbeitragssatz auf zehn Reichsmark pro Jahr verdoppelt.<sup>63</sup> Im Gegensatz zum Herrenklub und zum Nationalen Klub von 1919 bildeten die Beiträge kein Mittel der Exklusion, ferner wurde kein Eintrittsgeld erhoben.<sup>64</sup> Da die Beiträge und Einnahmen für die laufenden Kosten aber nicht ausreichten, blieb die finanzielle Lage der GSF immer problematisch.<sup>65</sup> Letztendlich mußte die Absicherung der entstehenden Kosten wohl durch den Herzog selber gewährleistet werden.

Erst nach der Gründung der Gesellschaft begann die Mitgliederwerbung, die vorrangig während des ersten Halbjahres 1932 stattfand. Der Großteil der ordentlichen Mitglieder trat der GSF in den ersten vier Monaten nach ihrer Gründung bei. Die erste Bestandsaufnahme vom 10. März 1932 nennt bereits 78 ordentliche Mitglieder. Danach blieb die Neuaufnahme stark beschränkt, in den nächsten zwei Monaten kamen nur acht neue Mitglieder hinzu, dazu wurde der erste Austritt bekanntgegeben. Im Juni konnte die GSF dann 96 ordentliche und 135 Studienmitglieder verzeichnen.<sup>66</sup> Damit war die Zielsetzung fast erreicht, es [88:] wurden danach fast ausschließlich Studienmitglieder geworben. Insgesamt konnten aus den Quellen 107 ordentliche und 213 Studienmitglieder ermittelt werden.

Die Werbung erfolgte nahezu ausschließlich durch persönliche Kontakte. Auf Vorschlag richtete Carl Eduard ein persönliches Anschreiben an das potentielle Mitglied mit der Bitte um Beitritt zur GSF.<sup>67</sup> Als Beitrittsgesuch genügte eine positive Antwort per Post, die Aufnahme erfolgte dann durch ein Schreiben des Geschäftsführenden Vorsitzenden Pabst, mit dem eine Mitgliedskarte und eine Liste der bisherigen ordentlichen Mitglieder versandt wurde.<sup>68</sup> Für Studienmitglieder gab es später eine formalisierte gedruckte Beitrittskarte, in der im Namen des Herzogs um Beitritt per einfacher Rückantwort gebeten wurde.<sup>69</sup> Das persönliche Anschreiben mit der Bitte um eigene Mitgliederwerbung läßt erkennen, daß ein Geflecht persönlicher Beziehungen die Grundlage der Vereinigung bildete und gewollt war.<sup>70</sup> Zahlreiche Mitglieder waren noch in anderen Klubs und Zirkeln vertreten und hatten

---

<sup>63</sup> Einladung der GSF zum Vortragsabend vom 11. Januar 1933, BA: R72/260, Bl. 219.

<sup>64</sup> Der Herrenklub hatte 1930 neben einem Jahresbeitrag von 200 RM auch ein Eintrittsgeld von 100 RM festgelegt, vgl. Satzung des Deutschen Herrenklubs vom 18. November 1932, § 5, in: Manfred Schoeps: Der Deutsche Herrenklub. Ein Beitrag zur Geschichte des Jungkonservatismus in der Weimarer Republik, Phil. Diss. Erlangen-Nürnberg 1974, S. 258-262 [Dokument Nr. 8]. Im Nationalen Klub lag bei gleichem Jahresbeitrag das Eintrittsgeld sogar noch weit darüber, vgl. Joachim Petzold: Nationalklub (NK) (1919-1943), in: Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), hg. von Dieter Fricke, 4 Bde., Leipzig 1983-1986, Bd. 3, S. 399-402, hier S. 401.

<sup>65</sup> Hinweise auf fehlende finanzielle Mittel finden sich mehrfach, u. a. im November 1932 (Brief von Hans Horst an Pabst, BA: NY403517, Bl. 17) und auch noch im Juni 1934 (Brief von Pabst an Ferdinand Nord, BA: NY403517, Bl. 51).

<sup>66</sup> Vorläufige Mitgliederliste der GSF vom 10. März 1932, BA: R72173, Bl. 180-184; Berichtigung zur vorläufigen Liste vom 10. Mai 1932, BA: R72/260, Bl. 188; Mitgliederliste der GSF vom 15. Juni 1932, BA: R72/260, Bl. 163-170.

<sup>67</sup> Eine der frühen Werbungen ging an den Bundeskanzler des Stahlhelms Siegfried Wagner. Das Schreiben vom 30. Dezember 1931 ist bereits auf dem offiziellen Briefpapier der Gesellschaft verfaßt „Sehr geehrter Herr Kamerad! Am 6. Dezember d. J. wurde unter meinem Vorsitz eine ‚Gesellschaft zum Studium des Faschismus‘ gegründet. Diese Gesellschaft hat die Aufgabe, das Gedankengut und die praktischen Erfahrungen des Faschismus zu prüfen und die Ergebnisse dieser [sic!] Untersuchungen den Führern des kommenden Deutschland zur Verfügung zu stellen. Alles nähere zeigt die anliegende Satzung, die in ihrem Aufbau sich anlehnt an faschistische Gedankengänge. Tagespolitik liegt der Gesellschaft fern. Bedeutende Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Nationalen Bewegung und aus der Wissenschaft haben ihre Mitarbeit bereits zugesagt. In den vorgesehenen Ausschüssen, die demnächst gebildet werden, soll sofort mit der Arbeit begonnen werden.“ BA: R72/260, Bl. 130. Die Hervorhebungen entstammen dem Original.

<sup>68</sup> Brief Graf von Bredows an Carl Eduard vom 9. August 1932, BA: R72/73, Bl. 178; Brief Pabsts an Siegfried Wagner vom 9. April 1932, BA: R 72/260, Bl. 197; Brief Pabsts an Elhard von Morozowicz vom 8. April 1932, BA: R72/260, Bl. 90. Auch Oswald Spengler wurde von Carl Eduard vergeblich zum Beitritt eingeladen, vgl. Spengler, Oswald: Briefe 1913-1936, hg. von Anton Koktanek und Manfred Schröter, München, 1963, Brief-Nr. 660.

<sup>69</sup> Auf der Rückseite der Karte ist ebenfalls die Aufgabenstellung der GSF in einer etwas längeren, aber inhaltlich gleichen Version abgedruckt, BA: NY4035/7, Bl. 98.

<sup>70</sup> Obwohl die Ausdehnung des Mitgliederbestandes als eine wesentliche Aufgabe definiert wurde, hat die GSF auch später bewußt auf öffentliche Werbung verzichtet, da sie „im Interesse des Ansehens der Gesellschaft nach wie vor als unzweckmäßig erscheint“. Neue Mitglieder kamen nur auf persönliche Empfehlung und Einladung hinzu, siehe Denkschrift zur Werbung, BA: NY4035/7, Bl. 110 f.

dementsprechende vielfältige Verbindungen. Das Ziel war kein offener, an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichteter Studienkreis, sondern ein gesellschaftlich exklusiver Zirkel hochrangiger Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Pressewesen. Dies 1 zeigt die Analyse der ordentlichen Mitglieder und die Politik persönlicher Mitgliederwerbung, die auch später restriktiv beibehalten wurde.<sup>71</sup> Obwohl die Zahl der Studienmitglieder unbegrenzt war und bald die der ordentlichen übertraf, bildeten letztere den eigentlichen Kern der GSF.

[89:] Durch die Quellen läßt sich der überwiegende Teil der ordentlichen Mitglieder identifizieren, nur etwa ein Fünftel ist nicht eindeutig ermittelt.<sup>72</sup> Von 72 Mitgliedern konnte das Geburtsjahr bestimmt werden. Dabei zeigt sich in der GSF eine Konzentration der Jahrgänge 1880-89, die mit 43 Prozent den größten Anteil stellten. Zusammen mit den beiden Jahrgangsgruppen 1870-79 und 1890-99, denen weitere 25 bzw. 23,6 Prozent entstammten, bildeten diese im Kaiserreich sozialisierten Jahrgänge das vorherrschende Rekrutierungsreservoir. Die Jahrgangsgruppen 1860-69 mit 2,8 Prozent und 1900-1909 mit 5,6 Prozent spielten eine untergeordnete Rolle. Etwa ein Viertel der GSF-Mitglieder gehörte zum Adel, davon 24 der 107 ordentlichen Mitglieder (22,4%) und 57 der 213 Studienmitglieder (26,7%).<sup>73</sup> Bei 77 ordentlichen Mitgliedern war die Frage nach einem abgeschlossenen Hochschulstudium zu klären, davon hatten weit über zwei Drittel (71,4%) ein Studium absolviert. Das hohe Bildungsniveau wird noch deutlicher an der Zahl der promovierten Mitglieder, die sich auf 41 Personen (38,3%) belief, die Mehrheit davon Juristen. Die anhand der Geburtsjahrgänge angenommene große Zahl der Weltkriegsteilnehmer bestätigte sich bei den 62 Mitgliedern, wo dies ermittelt werden konnte: Von diesen waren 52 (83,9%) Weltkriegssoldaten gewesen.

Bei der Berufsstruktur der GSF-Mitglieder dominierte die höhere soziale Schicht von großen und mittelgroßen Unternehmern, höheren Beamten, Offizieren, Professoren und Wirtschafts- bzw. Agrarfunktionären sowie eine große Gruppe einflußreicher Journalisten. Die Mehrheit der Mitglieder war in hochrangigen Ämtern von Staat, Politik und Wirtschaft tätig und übte ihren eigentlichen Beruf gar nicht oder nur untergeordnet aus, so waren beispielsweise von den 20 promovierten Juristen nur zwei hauptberuflich als Rechtsanwälte tätig. Einige der GSF-Mitglieder übten gleichzeitig ein parteipolitisches Amt aus, bei 29 Mitgliedern war die Parteizugehörigkeit ausfindig zu machen. Auch hier zeigt sich die Affinität zur Harzburger Front in der beherrschenden Präsenz von neun DNVP- und [90:] fünfzehn NSDAP-Mitgliedern.<sup>74</sup> Zehn der 107 ordentlichen GSF-Mitglieder waren während der Weimarer Republik Abgeordnete im Reichstag. Die Studiengesellschaft grenzte sich also keineswegs von den Parteien oder der parlamentarischen Politik ab.

Die ordentlichen Mitglieder bildeten einen erlesenen Kreis von gesellschaftlich führenden, sozial hochstehenden Persönlichkeiten der Weimarer Republik, die überwiegende Mehrheit von ihnen hatte einflußreiche Positionen und offizielle Ämter inne und war in einem weiteren Sinne politisch tätig. Sie rekrutierten sich vornehmlich aus sechs Gruppen, die in der Endphase der Weimarer Republik ähnliche sozialpolitische Ziele verfolgten, die gleichen ideologischen Gegner bekämpften und teilweise miteinander kooperierten: politisch aus den beiden Parteien DNVP und NSDAP sowie aus dem

---

<sup>71</sup> Auch im Spätsommer 1932 betont Pabst in einer internen Vorlage, „daß eine Mitgliedschaft der Gesellschaft nur durch besondere Aufforderung Seiner Königlichen Hoheit auf dem We-[89:]ge über ein Mitglied zu erreichen ist“, Vorläufiges Winterprogramm 1932/33 der GSF, BA: NY403517, Bl. 105-113, hier Bl. 113.

<sup>72</sup> Die Mitgliederlisten bieten keine vollen biographischen Angaben, sondern beschränken sich auf den Nachnamen mit dem Initial des Vornamens sowie gegebenenfalls den Dokortitel, den Militärrang oder Beruf und die Anschrift, bei der es sich jedoch meist um eine Geschäfts- bzw. Büroadresse handelte, wie eine Überprüfung der Berliner Adreßbücher ergab. Obwohl die Zahl der aktiven Militärs sehr gering war, wurde in den Mitgliederlisten vielfach statt der Berufsangabe der militärische Rang während des Weltkrieges angegeben. Vergleichbare biographische Daten konnten nur indirekt über die Identifizierung der Mitglieder erhoben werden. Hinzu kommen Widersprüche in der Quellenlage. In einem Brief vom 1. Juni 1932 schreibt Pabst, daß Franz von Papen „ein vieljähriger Freund von mir, Mitglied der Studiengesellschaft“ sei (BA: NY 4035/4, Bl. 126). Papen findet sich aber auf keiner der Mitgliederlisten, Gästelisten oder in Protokollen der GSF.

<sup>73</sup> Zum Adel in der GSF siehe Malinowski, König, S. 452.

<sup>74</sup> Ansonsten waren nur je ein Mitglied von DDP und DVP vertreten. Die Angaben gelten für die Gründungszeit der GSF. 1933 hatte sich die Zahl der NSDAP-Mitglieder auf 21 erhöht, während nur noch sieben Mitglieder der DNVP angehörten.

Stahlhelmverband, wirtschaftlich aus der Großindustrie und den Großgrundbesitzern bzw. deren Interessenverbänden, publizistisch schließlich aus den Reihen der nationalkonservativen Journalisten, Publizisten und Schriftsteller.

Politisch sind die meisten Mitglieder der nationalen Opposition zuzurechnen, die sich seit Ende der zwanziger Jahre in der Ablehnung und dem Kampf gegen den Young-Plan zusammengefunden und mit der Harzburger Front vordergründig eine breite antirepublikanische Bewegung auf der Rechten gebildet hatte. Führende Mitglieder der DNVP aus dem Bundesvorstand waren Friedrich Everling, Gustav Hartz, Eduard Stadtler und der Hauptgeschäftsführer Max Weiss. Everling hatte bereits im Jahr 1931 auf einer Italienreise den Herausgeber und die Redaktion von *Antieuropa* besucht.<sup>75</sup> Weitere prominente DNVP-Mitglieder waren Eduard Ausfeld, Theodor Duesterberg und Hans Joachim von Rohr. Letzterer hatte die ersten offiziellen Kontakte zwischen der DNVP und dem italienischen Faschismus angebahnt, als er 1928 als Leiter des pommerschen Landbundes mit einer Delegation nach Rom gereist und von Mussolini persönlich empfangen worden war.<sup>76</sup>

Aus der NSDAP kamen ebenfalls hochrangige Vertreter, die sich dem italienischen Faschismus verbunden fühlten. An erster Stelle ist Hermann Göring zu nennen, der spätestens seit seiner Flucht 1923 nach Venedig in engem Kontakt mit Pabst stand.<sup>77</sup> Seit spätestens 1926 war er ein Fürsprecher des Faschismus. [91:] Über die Bekanntschaft mit Renzetti kam Göring seit 1931 in engen Kontakt zu höchsten Stellen im italienischen Faschismus.<sup>78</sup> Ein engagiertes, aber zwiespältiges Verhältnis zum Faschismus hatte der NSDAP-Jurist Hans Frank, der ebenfalls 1923 als Flüchtling in Italien war.<sup>79</sup> Nach 1933 versuchte er vergeblich, als Nestor der deutsch-italienischen Beziehungen aufzutreten.<sup>80</sup> Weitere hochrangige Mitglieder aus den Reihen der NSDAP waren Johannes Engel, Gründer der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, die Reichstagsabgeordnete Franz von Epp, Walther Funk und Hans Hinkel, der preußische Fraktionsführer Wilhelm Kube sowie der Ministerialrat und spätere Leiter der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers.

Der Frontsoldatenbund Stahlhelm war ebenfalls durch prominente Führungsmitglieder vertreten, so mit dem Zweiten Bundesführer Theodor Duesterberg, dem Bundeskanzler Siegfried Wagner und dem brandenburgischen Landesführer Elhard von Morozowicz.<sup>81</sup> Dazu sind auch Eduard Ausfeld als

---

<sup>75</sup> [Anonym]: Intervista con l'On. Everling, „dottrinario“ degli Stahlhelme, in: *Antieuropa* 4 (1932), S. 22-25, hier S. 22.

<sup>76</sup> Schieder, Experiment, S. 101.

<sup>77</sup> Vgl. Alfred Kube: Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1987 [1: 1986] (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 24), S. 9 f. In den privaten Briefen an Göring aus den Jahren 1924 und 1925 bemüht sich Pabst um Görings Zukunft. Dabei rät er Göring zu einer Abkehr von der NSDAP, denn Pabst hält ihn „für ehr-[91:]lich gesagt alles andere als für einen Politiker. Sie sind noch viel zu anständig und harmlos für dieses Geschäft, die anderen nutzen Sie nur aus und wissen Ihnen nachher keinen Dank“. Pabst bat auch seinen alten GKSD-Kameraden Horst von Pflugk-Hartung in Schweden um Unterstützung für Görings Neuanfang dort. BA: NY4035/3.

<sup>78</sup> Vgl. Hoepke, Deutsche Rechte, S. 310-314; Schieder, Fascismo, S. 48. Ob Göring bei seiner Flucht nach Italien 1923 auch schon persönliche Hilfe von Renzetti bekommen hat, bleibt aufgrund der Quellenlage unklar, vgl. dazu Niglia, Maggiore, S. 70, Fußnote 6.

<sup>79</sup> Meir Michaelis: I rapporti tra fascismo e nazismo prima dell'avvento di Hitler al potere (1922-1933). Parte prima: 1922-1928, in: *Rivista storica italiana* 3 (1973), S. 544-600, hier S. 588. Frank war wegen Hitlers verbalen Verzicht auf Südtirol 1926 mit der Warnung „Traut nicht den faschistischen Lockungen“ aus der Partei ausgetreten, vgl. Hoepke, Rechte, S. 327 [Dokument Nr. III: Austrittserklärung Franks aus der NSDAP vom 10. August 1926]. Im Jahr 1931 versicherte Frank gegenüber dem italienischen Generalkonsul Capasso Torre in München, daß seine Position mißverstanden worden sei und für ihn wie für Hitler das Problem der Südtirolfrage nicht existiere, DDI, Ser. VII, Bd. 10, Nr. 415 (Bericht Generalkonsul Torres an Grandi, 28. Juli 1931), S. 661.

<sup>80</sup> Über Renzetti versuchte Frank bspw. als Redner in Italien aufzutreten, um seine Vorstellungen dort bekannt zu machen. Er wurde daraufhin von der Italienischen Akademie zu einem Vortrag über Rechtsfragen eingeladen, vgl. DDI, Ser. VII, Bd. 15, Nr. 419 (Bericht Renzettis, 19./20. Juni 1934), S. 445; ebenda, Bd. 16, Nr. 908 (Bericht Renzettis, 11. April 1935), S. 965. Auf diplomatischer Ebene rief seine Anbiederung deutliche Ablehnung hervor, vgl. Filippo Anfuso: Rom-Berlin in diplomatischem Spiegel, München 1951, S. 22 f. und S. 31.

<sup>81</sup> Unter Morozowicz war im Stahlhelm-Landesverband Brandenburg auch Hans Ulrich Heinke als Leiter einer Italien-Abteilung tätig, der die aufsehenerregende Stahlhelm-Reise nach Italien im November 1930 angeführt hatte, vgl. Schröder, Italien-Reise.

Bundesgeschäftsführer in Berlin und Eduard Stadtler als Leiter der Schulungs- und Jugendorganisation zu rechnen. Als prestigereich muß zudem die Mitgliedschaft des Kronprinzen Wilhelm gelten. Als intellektuelle Vordenker des Stahlhelms sind die Publizisten Friedrich Wilhelm Heinz, Pranz Schauwecker und Wilhelm Kleinau<sup>82</sup> zu nennen, die schon früh den Stahlhelm zu einer Verbindung mit dem Faschismus drängen wollten. Zusammen mit Ernst Jünger und Hans Franke riefen sie als [92:] Vertreter des politisch orientierten „jungen Nationalismus“ in der *Standarte* nach einem autoritären Staat, der sich am italienischen Faschismus orientieren sollte. Sie setzten sich in ihren Beiträgen so deutlich für die Übertragung des Faschismus auf Deutschland ein, daß die Stahlhelm-Bundesführung den *Standarte*-Kreis 1926 isolierte und Franke zum Ausscheiden zwang.<sup>83</sup> Dennoch konnte die Zeitschrift später im Bundesblatt damit werben, „Kampfblatt eines wesenhaft deutschen Faschismus“ zu sein.<sup>84</sup>

Zahlreiche GSF-Mitglieder kamen aus der Großindustrie und deren Interessenverbänden, worin sich die Ausrichtung der GSF auf sozialpolitische und wirtschaftliche Themen widerspiegelt. Neben den bekannten Ruhrindustriellen Fritz Thyssen, Günther Quandt<sup>85</sup> und Friedrich Minoux waren fast alle wichtigen Interessenverbände der Großindustrie durch hochrangige Funktionäre in der Studiengesellschaft vertreten: Max Ferdinand von Brackel, Gustav Krukenberg und Hans Reupke vom Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI), Max Hahn vom Langnamverein, Gustav Hartz vom Deutschen Handlungsgehilfen-Verband, Hermann Meissinger und Fritz Tänzler von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Georg Bellmann vom Verband der Arbeitgeber der Sächsischen Textilindustrie und schließlich Martin Sogemeier, der als Leiter der Berliner Zweigstelle des Zweckverbands nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen für eine wichtige Koordinierungsstelle der politischen Lobbyarbeit verantwortlich war.<sup>86</sup> Schließlich waren mit Hjalmar Schacht, Otto Christian Fischer oder Hans von und zu Leewenstein repräsentative Vertreter des Bankenwesens zu finden.

Eine explizite Haltung zum Faschismus ist in dieser Gruppe nur sehr schwer zu ermitteln, doch zeigt das Beispiel August Heinrichsbauer, GSF-Mitglied und Presselobbyist der Bergbau- und Eisenindustrie, unter welchen Gesichtspunkten der Faschismus als beispielgebend für die deutsche Politik rezipiert wurde. Heinrichsbauer schrieb in einem Brief an den Herrenklub: „Ich bin fest davon überzeugt, daß das ganze jetzige System des anonymen, demokratischen Parlamentarismus im Laufe der Zeit von einem neuen System abgelöst wird, das auf die Führerverantwortlichkeit und auf die Gefolgsverbundenheit abgestellt ist und das erhebliche Anklänge an den italienischen Faschismus haben wird, ohne ihn natür-[93:]lich bis ins einzelne kopieren zu brauchen bzw. zu dürfen.“<sup>87</sup> Dies waren keine reinen Lippenbekenntnisse zum Faschismus, Heinrichsbauer hatte mit Unternehmern 1930 und 1931 Studienreisen von Edgar J. Jung und Hans Reupke nach Italien finanziert.<sup>88</sup>

Wie die Schwerindustrie standen die Großagrarien in der Weimarer Republik mehrheitlich der politischen Rechten nahe. Beide verfolgten auf sozialpolitischem Gebiet sehr ähnliche Ziele für eine Umwandlung der Verfassung und kooperierten über ihre Interessenverbände miteinander.<sup>89</sup> Die herausragende Rolle für die Durchsetzung der politischen Interessen der Großgrundbesitzer spielten der Reichlandbund (RLB) und die ostelbischen Landesverbände, von denen gleich fünf Führungspersonen der GSF angehörten. Arno Kriegsheim führte im Direktorium des RLB die zentrale Lobbyarbeit in Berlin und unterhielt regen Kontakt zu Parteien und Verbänden, genauso wie Joachim von Oppen als Präsident der Landwirtschaftskammer Berlin-Brandenburg. Dazu waren die Landesvorsitzenden

---

<sup>82</sup> Kleinau war kein ordentliches, sondern nur Studienmitglied der GSF.

<sup>83</sup> Vgl. Klotzbücher, *Weg des Stahlhelm*, S. 73-82 und S. 103-108; Udo Rößling: Ernst Jünger und der „Standarte“-Kreis als Vertreter des sogenannten „neuen Nationalismus“ in der Weimarer Republik, in: *Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte* 48 (1986), S. 118-130, hier S. 121-123.

<sup>84</sup> *Der Stahlhelm*, 19. Februar 1928 (Nr. 8).

<sup>85</sup> Rüdiger Jungbluths Aussage zur GSF, „Stahlhelm und NSDAP waren in diesem Kreis unterrepräsentiert“, wird durch die Quellen widerlegt, Rüdiger Jungbluth: *Die Quandts*, Frankfurt/M. 2002, S. 122.

<sup>86</sup> Vgl. Bernd Weisbrod: *Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*, Wuppertal 1978.

<sup>87</sup> Zitiert nach Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 13 (1973), S. 399-482, hier S. 410.

<sup>88</sup> Schieder, *Experiment*, S. 90 f.

<sup>89</sup> Stegmann, *Verhältnis*, S. 408.



Hans-Joachim von Rohr und Albrecht Wendhausen und das Direktoriumsmitglied Klaus von Eickstedt aus der Führungsriege des pommerschen bzw. mecklenburgischen Landbundes in der Studiengesellschaft vertreten.<sup>90</sup>

Die letzte Hauptgruppe stellt die der Journalisten und Publizisten aus der rechten Presse dar, von denen die wichtigsten für Verlage des Hugenberg-Konzerns arbeiteten. Außerdem waren wiederum prominente Funktionäre der Interessenverbände Mitglieder der GSF, unter ihnen Willy Bischoff vom Reichsverband der Zeitschriftenverleger, Alexander de Ia Croix vom Fachverband der Rundfunkpresse, Carl Martin Köhn als Vorsitzender der Vereins Berliner Presse und der Präsident des Reichschriftstellerverbandes Goetz Otto Stoffregen. Die rechte Tagespresse war durch die Redaktionsleiter Walter von Medern (*Der Tag*), Otto von Ritgen (*Telegraphen-Union*), Erich Wiens (*Deutsche Tageszeitung*) und den Geschäftsführer der *Berliner Börsen-Zeitung* Joachim von Stülpnagel vertreten, der Scherl-Redakteur Alfred Kames war gleichzeitig ein enger Vertrauter von Herzog Carl Eduard. Medern und Ritgen hatten anscheinend auch direkte Verbindungen zu faschistischen Politikern und sogar zu Mussolini, wie ein interner Bericht des Außenministeriums angibt. Demnach sollten beide die politischen Kontakte zwischen Stahlhelm und Faschismus aufbauen, vermutlich im direkten Auftrag oder [94:] zumindest im Einverständnis mit Hugenberg.<sup>91</sup> Großen Einfluß auf die Presse hatten ferner die GSF-Mitglieder Herbert von Bose als Chef des Preußischen Presseamtes und Hans Hinkel als Leiter des NS-Presseamtes in Berlin. Einige andere Mitglieder waren zusätzlich in Zeitschriften als Herausgeber oder Redakteure tätig wie etwa Wilhelm Longert bei der Zeitschrift *Ständisches Leben*.

### Aktivitäten

Das erste Treffen der GSF fand am 17. März 1932 im Berliner Hotel Kaiserhof als interne Versammlung statt, zu der nur ordentliche und Studienmitglieder geladen waren. In seiner kurzen Einführungsrede umriß Carl Eduard die selbstgestellte Aufgabe und betonte, „daß es sich für uns nicht darum handeln darf, den Faschismus schlichtweg von italienischen Verhältnissen auf deutsche Verhältnisse zu übertragen und damit ein reine Copierarbeit [sic!] zu leisten“. Das primäre Ziel sei eine politische und soziale Umgestaltung Deutschlands und der Aufbau eines „organischen neuen Staates“. <sup>92</sup> Pabst widmete sich in seiner Einführungsrede dem Aufbau und der Arbeitsorganisation. Er benannte die Zahl der bisher Beigetretenen mit 132, davon seien 87 ordentliche und 45 Studienmitglieder.<sup>93</sup> Den Mittelpunkt des Abends bildete ein Vortrag von Otto Pertz mit dem Titel „Preußentum und Faschismus“, in dem er auf die vergleichbare Staatsauffassung der beiden verwies. Auch wenn man den Faschismus als rein italienische Erscheinung interpretiere, so Pertz, sei eine Annäherung des deutschen Volkes an Italien dergestalt von Nutzen, daß man aus der faschistischen Staatsidee und -gestaltung für die eigene Zukunft lernen könne. Der Faschismus hätte dem italienischen Volk mit der Idee des „imperio romano“ ein neues Ziel gegeben, unter dem es sich vereint habe und für dessen Erreichen es den Aufbau einer autoritären und machtvollen Staats- und Wirtschaftsordnung mittrage. Der Faschismus sei also seinem Wesen nach der vom Staat geführte Kampf gegen die liberale Unordnung und gegen die marxistische Bedrohung.<sup>94</sup>

Die hauptsächliche Tätigkeit der GSF bestand in der Abhaltung von Vortragsabenden, die im ein- bis zweimonatigen Turnus stattfanden. Aus den Quellen lassen sich insgesamt nach dem Eröffnungstreffen zwölf weitere Veranstaltungen bis Ende 1933 nachweisen. Alternativ zu den Vorträgen konnte

<sup>90</sup> Dieter Gessner: Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 171 f.; Stephanie Merkenich: Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933, Düsseldorf 1998 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 113), S. 76 f.

<sup>91</sup> Vgl. Bericht des Legationsrats Redlhammer im Außenministerium zum Verhältnis zwischen Stahlhelm und Faschismus vom 18. November 1930, in dem neben Renzetti auf Medern und Ritgen hingewiesen wird, PA-AA: R 72971. Siehe zu Ritgen auch Hoepke, Deutsche Rechte, S. 294.

<sup>92</sup> Ansprache Carl Eduards zur ersten Zusammenkunft der GSF am 17. März 1932, BA: R721260, Bl. 202.

<sup>93</sup> Die Angaben über den Ablauf dieses Treffens entstammen einem Bericht der italienischen Zeitschrift *Antieuropa*, in der die Reden in italienischer Übersetzung abgedruckt wurden, vgl. [Anonym]: La prima seduta della Societa per lo studio del Fascismo, in: *Antieuropa* 4 (1932), S. 611-614.

<sup>94</sup> Ebenda, S. 611 f.

eine Diskussions-[95:]runde stattfinden, die als „Ausspracheabend“ deklariert wurde. Zu den Veranstaltungen wurden die ordentlichen und die Studienmitglieder per Brief persönlich eingeladen, Gäste konnten in begrenzter Zahl nach Voranmeldung teilnehmen, die Treffen hatten also höchstens einen halböffentlichen Charakter. Da die Vortragsabende die einzigen regelmäßigen Zusammenkünfte der GSF waren, wurden die in Berlin ansässigen Mitglieder aufgefordert, im Falle der Abwesenheit rechtzeitig abzusagen.<sup>95</sup> Die Veranstaltungen fanden immer in Berlin und überwiegend im Hotel Kaiserhof statt, nur ausnahmsweise zweimal in den Räumen des Nationalen Klubs und einmal im Flugverbandhaus.<sup>96</sup> Der Ablauf der Abende war grundsätzlich gleich: Nach der kurzen Begrüßungsansprache durch Carl Eduard oder Pabst folgte der Hauptvortrag des angekündigten Referenten, bei denen es sich meist um ein Mitglied der GSF handelte.<sup>97</sup> Es konnte danach eine Ergänzung durch ein Korreferat eines anderen Mitgliedes geben, bevor als zweiter Hauptteil des Abends eine offene Diskussion der Teilnehmenden folgte. Das Treffen endete für gewöhnlich mit einem Bierabend für die Versammelten.

Am 28. April 1932 fand der erste dieser regulären Vortragsabende der GSF mit einem Vortrag von Hans Reupke über „Die soziale Idee im Faschismus und ihre Verwirklichung“ statt. Von den Mitgliedern waren 48 Personen erschienen, dazu 45 weitere Personen als Gäste, darunter neun spätere Mitglieder sowie der österreichische Heimwehrführer Prinz Ernst Rüdiger von Starhemberg, der sicherlich über Pabst in Kontakt mit der GSF gekommen war.<sup>98</sup> Nach kurzer Begrüßung durch Pabst stellte Reupke in seinem Referat den Faschismus als Verwirklichung des Korporativismus und als „unschätzbaren Lehrstoff“ vor. Mussolini habe auf bestehende Organisationen zurückgegriffen und diese zu „politisch zuverlässigen Körpern“ gestaltet, da die Arbeitsgerichtsbarkeit, die Tarifpolitik und wirtschaftliche Investitionen der staatlichen Kontrolle unterlägen.<sup>99</sup> Das im Rahmen der anschließenden Diskussion umrissene Ziel der GSF war eine Lösung der sozialen Frage im Rahmen einer kapitalistischen Ordnung ohne Änderung der Eigentums-[96:]verhältnisse. Dabei wurde auch ein Vergleich zwischen Bolschewismus und Faschismus in Bezug auf die Machtstellung von Staat und herrschender Elite gezogen. Von der Arbeiterbewegung verlangte man eine Einordnung in den Dienst der Nation.<sup>100</sup>

Das folgende Treffen fand am 10. Juni 1932 statt mit insgesamt 60 Mitgliedern und 37 Gästen. Kurt von Specht sprach über „Die faschistische Miliz und ihre Übertragungsmöglichkeiten auf Deutschland“. Einleitend betonte er das Primat der Macht, welche das Recht erst herstelle, und das Vorrecht der Jugend, deren Vitalität die wichtigste Grundlage dafür bilde. Danach stellte er detailliert Aufbau und Aufgaben der faschistischen Jugend- und Milizorganisationen dar. Grundsätzlich sei für Deutschland die Einrichtung solcher Milizen ebenfalls wünschenswert, zunächst mit Spezialmilizen wie der SA zur Eroberung und Kontrolle der Staatsmacht. Im anschließenden Korreferat thematisierte Erich Kewisch das Verhältnis zwischen Miliz und Armee in Italien. Erstere sei von Mussolini zur Machtgewinnung und -Sicherung und für die innere Volkspropaganda eingesetzt worden, letztere diene der äußeren militärischen Sicherheit. In Deutschland müsse man über NSDAP und Stahlhelm genauso

---

<sup>95</sup> Einladung der GSF zum Vortragsabend vom 26. Mai 1932, BA: R72/260, Bl. 182.

<sup>96</sup> Im September und Oktober 1932 wurden die Vorträge in den Räumen des Nationalen Klubs in der Friedrich-Ebert-Straße abgehalten, deren Präsidentschaft kurz zuvor Carl Eduard übernommen hatte. Welche Verbindungen es zum Flugverbandhaus am Schöneberger Ufer gab oder ob dort nur ein Raum angemietet wurde, war nicht zu klären.

<sup>97</sup> Die zwei Ausnahmen waren die Vorträge von Guiseppe Renzetti und Guido Bortolotti.

<sup>98</sup> Beide kannten sich sehr gut aus der österreichischen Heimwehrbewegung, wo sie zeitweilig auch in Konkurrenz standen. Starhemberg war bereits im Februar 1932 in Berlin gewesen und hatte sich dort mit Pabst und Hitler getroffen. Im darauffolgenden Monat war Pabst wohl auf Einladung Starhembergs in Österreich, um eine Annäherung zwischen Heimwehrbewegung und Nationalsozialisten zu erreichen. Bei seinem Besuch in Berlin im April hatte Starhemberg erneut Hitler getroffen, dieses Gespräch war wiederum von Pabst vermittelt worden. Vgl. Edmondson, Heimwehr, S. 91-121 und S. 156-158; Kerekes, Abenddämmerung, S. 100. Einen Monat nach dem Treffen wurde Pabst durch Ernennung Starhembergs der „alleinige und bevollmächtigte Vertreter der österreichischen Heimatschutzbewegung“ im Deutschen Reich, Vollmachtserklärung Starhembergs 29. Mai 1932, BA: NY4035/4, Bl. 71.

<sup>99</sup> Protokoll des Vortragsabends am 28. April 1932, BA: R72/260, Bl. 189-193.

<sup>100</sup> Ebenda.

auf das Potential der Milizen zurückgreifen, um einen neuen, nationalistisch geprägten Staat zu errichten. Es entspann sich eine Diskussion über die Frage, ob und wie die Armee politisch instrumentalisiert bzw. zur Machtgewinnung eingesetzt werden dürfe.<sup>101</sup>

In den folgenden Monaten Juli und August fanden keine Vortragsabende statt, geplant waren statt dessen einfache Treffen, um die persönlichen Verbindungen innerhalb der GSF zu vertiefen.<sup>102</sup> Im ersten Vortragsabend nach der Sommerpause am 7. September 1932 hob Carl Eduard in der Eingangsrede die positive Entwicklung der Organisation seit ihrer Gründung hervor, die Vertreter aller nationalen Gruppen in sich vereinige. Damit begann eine Reihe von Veranstaltungen, die das starke Interesse der GSF an nationalökonomischen Fragen zeigt.<sup>103</sup> Im ersten Referat über die Neuorganisation der Berufsverbände sprach sich Hermann Meissinger für eine staatlich kontrollierte Tarifpartnerschaft aus, ohne Unternehmer-[97:]freiheit generell einzuschränken.<sup>104</sup> Dies entsprach einer der zentralen Forderungen der GSF, im Dienst der Nation die Unternehmer stärker zu kontrollieren, die Arbeiterbewegung aber politisch zu entmachten. Am 21. Oktober 1932 sprach Hans Hermann von Schneidewind zum Thema „Faschismus oder deutsche Nationalwirtschaft“, in welcher er Mussolinis Errichtung einer Korporativwirtschaft vorstellte. Für eine Gesundung der Volkswirtschaft sei eine öffentlich verantwortliche Selbstverwaltung der Wirtschaft notwendig. Diese solle jedoch in den Betrieben verwirklicht werden, eine berufsständische Ordnung im Sinne Othmar Spanns lehnte er ausdrücklich ab.<sup>105</sup>

Eine fast gegensätzliche Meinung zum Korporativismus vertrat August Winnig auf dem Vortragsabend am 1. Dezember 1932, auf welchem er über „Koalitionsrecht und Gewerkschaften im Neuen Staat“ referierte. Zu diesem Abend war eine besonders große Anzahl von Gästen aus der lokalen Unternehmerschicht erschienen.<sup>106</sup> In seiner Begrüßungsansprache beschrieb Carl Eduard eine umfassende Krise von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für die nur der Faschismus eine Lösung anzubieten hätte. In seinem Vortrag ging Winnig zunächst mit Schneidewind konform, als er den Liberalismus und sein Scheitern bei der Integration des Proletariats zur tieferen Ursache dieser Krise erklärte. Als notwendige Reform plädierte Winnig für staatlich kontrollierte Gemeinschaftsvertretungen von Arbeitern und Unternehmern nach Vorbild der italienischen Berufsverbände. In der anschließenden Diskussion verteidigte Winnig seine Vorschläge gegen teilweise scharfe Kritik der Zuhörer, die sich mehrheitlich für die Idee der Werksgemeinschaft, also betrieblich organisierter Zellen von Unternehmern und Arbeitern aussprachen.<sup>107</sup>

Den letzten Vortrag des Jahres hielt Friedrich Minoux am 15. Dezember 1932 über „Soziale Individualwirtschaft“. Er sprach sich darin gegen jede Form horizontaler Wirtschaftsvereinigungen wie Syndikate, Kartelle und Gewerkschaften und für eine berufsständische Ordnung aus.<sup>108</sup> Am 20. Januar 1933 referierte mit [98:] Renzetti das erste Mal ein Außenstehender vor der GSF. Er hob das

---

<sup>101</sup> Protokoll des Vortragsabends am 10. Juni 1932, BA: R72/260, Bl. 171-176.

<sup>102</sup> Rundschreiben der GSF vom 22. Juni 1932, BA: R72/260, Bl. 178. Ob diese Treffen wirklich stattgefunden haben, war nicht zu ermitteln.

<sup>103</sup> Vorläufiges Winterprogramm 1932/33 der GSF, BA: NY4035/7, Bl. 105-113. Das faschistische Wirtschaftsmodell des Korporativismus war auch für deutsch-italienische Einrichtungen wie das Petrarca-Haus in Köln ein wichtiges Thema. Diese Auseinandersetzung wurde gezielt gefördert von der faschistischen Auslandspolitik, vgl. Andrea Hoffend: Konrad Adenauer und das faschistische Italien. Zur Instrumentalisierung von Kulturpolitik am Beispiel der Gründung des Petrarca-Hauses zu Köln 1931, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 75 (1995), S. 481-544, hier S. 525 f.

<sup>104</sup> *Deutsche Zeitung*, 15. September 1932 (Nr. 217b); *Berliner Börsen-Zeitung*, 13. September 1932 (Nr. 430); Einladung der GSF zum Vortragsabend vom 23. August 1932, BA: R72/260, Bl. 158.

<sup>105</sup> *Deutsche Zeitung*, 25. Oktober 1932 (Nr. 251b); *Berliner Börsen-Zeitung*, 27. Oktober 1932 (Nr. 506); Einladung der GSF zum Vortragsabend vom 7. Oktober 1932, BA: R72/260, Bl. 156.

<sup>106</sup> Die große Zahl von Gästen wurde bereits in der Einladung angekündigt; Einladung der GSF zum Vortragsabend vom 17. November 1932, BA: R72/260, Bl. 141. Zudem fand sich erstmals eine öffentliche Ankündigung eines Vortrages der GSF in der Tagespresse: *Deutsche Zeitung*, 23. November 1932 (Nr. 275b).

<sup>107</sup> *Der Deutsche*, 4. Dezember 1932 (Nr. 285); *Berliner Börsen-Zeitung*, 2. Dezember 1932 (Nr. 566).

<sup>108</sup> Tuchel, Wannsee, S. 50 f.; *Berliner Börsen-Zeitung*, 16. Dezember 1932 (Nr. 590). Dieser Vortrag scheint heftige Diskussionen ausgelöst zu haben, da zwei Monate später dazu ein extra anberaumter „Ausspracheabend“ stattfand, für den um Anmeldung von Beiträgen gebeten wurde, BA: R72/260, Bl. 220.

Bemühen der faschistischen Regierung heraus, den Versailler Friedensvertrag zu revidieren, und informierte über das faschistische System in Italien.<sup>109</sup>

Nach der Machtübergabe an die Regierung Hitler sah der Vorstand der GSF in der veränderten politischen Lage zunächst die Möglichkeit, stärker auf die aktuelle Politik einzuwirken. Unter der Leitung von Minoux wurde ein Aktionsausschuß mit acht Mitgliedern gegründet, der Vorschläge für zuständige Regierungsstellen erarbeiten sollte. Damit hoffte die GSF „die Führer der nationalen Regierung bei dem Neubau des deutschen Reiches nicht unwesentlich unterstützen zu können.“<sup>110</sup> Die Erwartungen, die auf dem Kabinett Hitler lagen, konnten kaum deutlicher formuliert werden. Nachdem das Ziel einer Überwindung der Republik erreicht schien, wollte die GSF von der Regierung bei der inneren Neugestaltung eingebunden werden.

Die ersten Sitzungen des Ausschusses fanden bereits Anfang April 1933 statt, neben Minoux gehörten der wirtschaftlich ausgerichteten Gruppe u. a. Pabst, Meissinger und Sogemeier an. Auch in diesem Ausschuß scheint Pabst eine führende Rolle eingenommen zu haben, da er als einziger nicht als Experte für Wirtschaftsfragen gelten konnte, aber auf der ersten Sitzung die Ansprache hielt. Er betonte den speziellen Charakter des Ausschusses, der nun konkrete Handlungsanweisungen finden sollte. Das Hauptthema der ersten beiden Sitzungen war das Arbeitslosenproblem, für dessen Lösung Minoux ein Verbot von Frauenerwerbstätigkeit, die Einführung der 36-Stunden-Woche, Aufhebung des Tarifzwangs, Lohnminderung auf den Stand von 1924, ein umfangreiches Arbeitsprogramm mit Naturalbezahlung und Rückführung von Familien aus der Stadt in ländliche Gebiete forderte. Die Mitglieder des Aktionsausschusses erklärten ihre grundsätzliche Übereinstimmung mit dem Programm.<sup>111</sup>

Ebenfalls im April 1933 nahm eine Gruppe der GSF zusammen mit anderen Organisationen an einer „Südland-Wanderfahrt“ als Autokorso nach Italien teil. Als Veranstalter der Fahrt firmierten neben der GSF der NDAC, der NÖAC, die Gesellschaft für Deutsch-Italienische Verständigung, der Nationale Klub und das Italienisch-Deutsche Institut Rom. Die Initiative war mit großer Wahrscheinlichkeit von Carl Eduard ausgegangen, der auch die Reiseleitung übernahm. Die zweiwöchige Fahrt mit insgesamt 70 Teilnehmern begann am 23. April in Deutschland und wurde vom deutschen Außenministerium und von der italienischen Regierung wohlwollend begleitet. Den Höhepunkt bildete eine Audienz bei [99:] Mussolini in Rom, der seine Sympathie für die neue deutsche Regierung aussprach, was Carl Eduard per Telegramm sofort an Hitler übermitteln ließ. Auf der weiteren Reise durch Italien wurden weitere Empfänge von lokalen Parteigrößen organisiert, so etwa beim nationalistischen Dichter Gabriele D’Annunzio, der den Herzog und seine Reisegesellschaft persönlich empfing.<sup>112</sup>

Von diesen beiden besonderen Aktivitäten abgesehen, an der obendrein nur eine kleine Zahl der Mitglieder beteiligt war, ließ die Tätigkeit der GSF nach dem 30. Januar 1933 stark nach. Dafür sind wohl zwei Gründe zu benennen: Zum einen sah man die Aufgabe der Studiengesellschaft als im wesentlichen erfüllt an, zum anderen wechselten viele GSF-Mitglieder im ersten Halbjahr 1933 in verantwortliche Staatsposten. Dies galt zwar überwiegend, aber keineswegs ausschließlich für NSDAP-Mitglieder. Für zahlreiche Mitglieder der GSF bedeutete die Machtübergabe nicht nur eine Verwirklichung ihrer politischen Ziele, sondern ebenso eine Stärkung ihrer gesellschaftlichen Stellung, sei es durch persönliche Verbindungen zu den neuen Machthabern oder durch die Kooperation ihrer Verbände, Parteien und Organisationen.<sup>113</sup>

Die Attraktivität der Studiengesellschaft nahm aus diesen Gründen ebenso ab wie ihre Aktivitäten. Sie führte im Prozeß des Staatsumbaus unter den Nationalsozialisten ein Schattendasein. Die meisten

---

<sup>109</sup> *Der Tag*, 24. Januar 1933 (Nr. 20); Einladung der GSF zum Vortragsabend vom 11. Januar 1933, BA: R72/260, Bl. 219.

<sup>110</sup> Einladung zum Aktionsausschuß an Siegfried Wagner vom 28. März 1933, BA: R72/260, Bl. 229.

<sup>111</sup> Protokolle der Aktionsausschußsitzungen vom 3. April und 7. April 1933, BA: R72/260, Bl. 233 f. und Bl. 237 f.

<sup>112</sup> Ankündigung zur Südland-Wanderfahrt 1933, BA: R72/260, Bl. 222; *Neue Preußische Kreuz-Zeitung*, 26. April 1933 (Nr. 115); *Berliner Börsen-Zeitung*, 28. April 1933 (Nr. 197); Oelrich, Sportgeltung, S. 217-219.

<sup>113</sup> Nur in Ausnahmefällen wirkte sich der Aufbau des nationalsozialistischen Regimes nachteilig auf GSF-Mitglieder aus wie im Fall Duesterberg, der im Prozeß der Gleichschaltung des Stahlhelms seinen Einfluß und Posten verlor.

der geplanten Vorträge für 1933 entfielen<sup>114</sup>, es wurden nur noch vereinzelt Vereinsabende abgehalten. Dabei scheint das Interesse an wirtschaftlichen Themen stark nachgelassen zu haben, es wurden eher vergleichende Vorträge zu anderen autoritären Systemen gehalten. Am 24. März 1933 hielt Joachim von Leers einen Vortrag über die Machteroberung Atatürks in der Türkei im Vergleich zu Deutschland und Italien. Darin gab er einen Geschichtsabriß des Osmanischen Reiches und zeichnete eine apologetische Darstellung der Persönlichkeit Atatürks, die in einen Vergleich mit Hitler mündete.<sup>115</sup> Am 21. April 1933 sprach Walther Kirchhoff über das Thema „Der Einbau der Kultur in den faschistischen Staat“.<sup>116</sup> Erst am 24. Oktober des Jahres fand der [100:] nächste Vortragsabend statt, bei dem Klaus Mehnert einen Vergleich zwischen „Faschismus und Bolschewismus“ zog.<sup>117</sup> Das letzte Referat hielt am 5. Dezember 1933 der italienische Professor Guido Bortolotti. Bei diesem Treffen wurde die Auflösung der GSF bekanntgegeben.<sup>118</sup>

Die weiteren Aktivitäten der GSF spielten neben den Vortragsabenden eine untergeordnete Rolle. Es bestanden Bemühungen um den Aufbau einer Literatursammlung zum italienischen Faschismus. Im ersten Rundschreiben der GSF vom Februar 1932 wurde eine Literaturliste verschickt, in der die seit 1927 veröffentlichten Werke zu dem Thema verzeichnet sind.<sup>119</sup> Zusätzlich wurde der Aufbau einer Sammlung italienischer Literatur und einer Bibliothek zum Faschismus eingeleitet, für welche die Mitglieder eigene Werke sowie weiteres Material zur Verfügung stellen sollten.<sup>120</sup> Diese Bibliothek wurde auch durch Schenkungen seitens der italienischen Botschaft unterstützt.<sup>121</sup> Andere direkte Verbindungen zur Botschaft sind nicht nachweisbar und aufgrund der starken Präsenz des „Paralleldiplomaten“ Renzetti in der GSF unwahrscheinlich. Ab April 1933 wurden dessen Informationsblätter, die „Italienischen Berichte“, unter Verwendung von Beitragsgeldern von der GSF vervielfältigt und an die Mitglieder verschickt.<sup>122</sup> Für eine Verbreitung der politischen Ziele waren ein Zahl weiterer „Maßnahmen zur Beeinflussung der Öffentlichkeit im Sinne der Gesellschaft“ geplant, dazu gehörten die Herausgabe einer Zeitschrift, Vortragsreihen in anderen deutschen Großstädten und daran anschließend die Gründung von GSF-Ortsgruppen.<sup>123</sup> Aufgrund der veränderten Bedingungen als auch fehlender Geldmittel blieben diese Vorhaben aber unverwirklicht.

## Auflösung

Die GSF wurde offiziell am 31. Dezember 1933 als Verein aufgelöst, als formaler Schluß des Liquidationsprozesses unter dem NS-Regime. Die ersten Überlegungen zur Auflösung entstanden bereits Anfang des Jahres 1933 in direktem Zusammenhang mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Im Rahmen einer Zusammenfassung der politischen Gruppen entwarf Pabst im Januar oder Februar 1933 eine Denkschrift für den Nationalen Klub, in der er auf ein Zusammengehen [101:] mit der GSF abzielte. Der Nationale *Klub* stand ebenfalls unter dem Vorsitz von Carl Eduard und Pabst, beide Organisationen unterhielten einen engen Kontakt. Auf Betreiben Hans Pfundtners kam Pabst im Mai

<sup>114</sup> So waren im Programm der GSF noch folgende Vorträge vorgesehen: Friedrich Wilhelm Heinz/R. Knauß über Jugenderziehung in Italien und Rußland, Hans Pfundtner/Otto Christian Fischer zu nationaler Finanzpolitik, Klaus von Eickstedt/Hans Joachim von Rohr über berufsständische Wirtschaftsorganisation, Friedrich Hielscher über Plan- und Privatwirtschaft; Vorläufiges Winterprogramm der GSF, BA: NY403517, Bl. 105 f.

<sup>115</sup> Der Titel lautete „Die nationalistische Revolution Mustafa Kemals in der Türkei – eine ideengeschichtliche Parallele zur deutschen Erneuerungsbewegung und zum Faschismus“, Einladung der GSF zum Vortragsabend vom 14. März 1933, BA: R72/260, Bl. 228; *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 25. März 1933 (Nr. 144).

<sup>116</sup> Einladung der GSF zum Vortragsabend vom 12. April 1933, BA: R72/260, Bl. 240.

<sup>117</sup> Einladung der GSF zum Vortragsabend vom 12. Oktober 1933, BA: R1501/5348, Bl. 329 f.

<sup>118</sup> *Neue Preußische Kreuz-Zeitung*, 7. Dezember 1933 (Nr. 305).

<sup>119</sup> Literaturliste der GSF zum Faschismus, BA: R72/260, Bl. 213-217.

<sup>120</sup> Rundschreiben Nr. I der GSF vom 25. Februar 1932, BA: R72/260, Bl. 21 bzw. vom 22. Juni 1932, BA: R72/260, Bl. 178.

<sup>121</sup> Mitteilung der GSF, undatiert, BA: R72/260, Bl. 221. Die italienische Botschaft hatte auch erst im Januar 1933 offiziell ein Exemplar der Satzung von der GSF erhalten, vgl. Claudia Baldoli: Un fallimento del fascismo all'estero: la costruzione delle piccole Italie nella Germania di Hitler, in: *Italia Contemporanea* Nr. 235 (2004), S. 221-238, hier S. 233.

<sup>122</sup> Einladung der GSF zum Vortragsabend vom 12. Oktober 1933, BA: R1501/5348, Bl. 329 f.

<sup>123</sup> Typoskript „Aufgabe und Ziel der Gesellschaft zum Studium des Faschismus“, BA: NY4035/7, Bl. 204-210.

1932 in die Klubleitung.<sup>124</sup> Dessen Wirken sollte vorzugsweise die Zusammenarbeit mit anderen politischen Organisationen vorantreiben, und in diesem Sinne beschlossen Pfundtner und Pabst eine enge Verknüpfung mit der GSF.<sup>125</sup> Mit ihrer Hilfe übernahm der Herzog im Juni 1932 die Präsidentschaft des Nationalen Klubs.<sup>126</sup> Im weiteren Verlauf bemühte sich vor allem Pabst darum, dem Nationalen Klub durch einen Mitgliederzuwachs mehr Gewicht und eine aktivere politische Rolle zu verschaffen. In der Denkschrift plädierte Pabst dafür, die GSF als einen Teilbereich im politischen Führungskreis des Nationalen Klubs zu etablieren. Die Führung der beiden Gruppen sollte weiterhin in den gleichen Händen liegen, um die beiden optimal und „je nach Bedarf einsetzen“ zu können.<sup>127</sup> Daß diese Planungen auch auf den eigenen Machterhalt angelegt waren, ist schwerlich zu übersehen.

Nachdem auch zahlreiche Mitglieder die Frage nach der Existenzberechtigung der GSF unter dem NS-Regime aufgeworfen hatten, befaßte sich im Juni 1933 der Vorstand mit ihr. Die Mehrheit plädierte gegen eine Auflösung, da sie innenpolitisch nicht notwendig und außenpolitisch fatale Wirkung in Italien entfalten könne. Das Netzwerk und die Vortragsabende seien erhaltenswert. Allerdings sollte die auf Innenpolitik gerichtete Arbeit in den Fachgruppen geändert oder eingestellt werden, um Probleme mit der Hitler-Regierung zu vermeiden. Der Vorstand beschloß, die GSF zunächst zu erhalten, für die weitere Zukunft aber [102:] eine enge Kooperation mit Regierungsstellen oder vergleichbaren Organisationen anzustreben.<sup>128</sup>

Die beiden Vorsitzenden betrieben im Verlauf des Jahres weiter die Fusion von GSF und Nationalem Klub unter ihrer Führung. Im November 1933 wandte sich Carl Eduard dann an das Innenministerium, um den Zusammenschluß abzusichern.<sup>129</sup> Die GSF sollte als Verein aufgelöst werden und die Mitglieder sollten persönlich oder als geschlossene Gruppe übertreten und fortan als „Faschistische Studiengesellschaft im Nationalen Klub“ auftreten.<sup>130</sup> Diese interne Erhaltung der GSF entsprach nach Carl Eduard den „Wünschen maßgebender Regierungsstellen“.<sup>131</sup> Die Auflösung zum Jahresende 1933 gab der Herzog im Dezember in einem Rundschreiben an die Mitglieder bekannt. Darin begründete er den Schritt damit, daß nach dem „Sieg der Nationalen Revolution“ die zahlreichen Verbände und Organisationen der Rechten zusammengefaßt werden müßten, die während der

---

<sup>124</sup> Bei Gründung der GSF waren zumindest Lammers, Oppen, Pfundtner, Rohr und Hanns Heinz Seel ebenfalls Mitglieder des Nationalen Klubs. Pfundtner bildete die wichtigste Schnittstelle, da er als stellvertretender Präsident der „treibende Kopf“ des Nationalen Klubs war. So beruhte es wohl auf seiner Initiative, daß außer ihm selbst noch weitere GSF-Mitglieder in den Jahren 1931 und 1932 Vorträge bei Veranstaltungen des Nationalen Klubs hielten, u. a. Duesterberg, Everling, Pabst, Stadtler und Winnig, vgl. Schulz, Gerhard: Der „Nationale Klub von 1919“ zu Berlin. Zum politischen Zerfall einer Gesellschaft, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 11 (1962), S. 207-237, hier S. 217-223.

<sup>125</sup> Die Darstellung des Theologen Heinrich Grüber in seinen Memoiren, auch die Gründung der GSF sei vom Nationalen Klub ausgegangen, ist wohl der subjektiven Sicht- und Erinnerungsweise zuzuschreiben. Grüber gehörte bereits zum Nationalen Klub und trat als Studienmitglied erst später der GSF bei, Heinrich Grüber: *Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten*, Köln, Berlin 1968, S. 86.

<sup>126</sup> Schulz, *Nationale Klub*, S. 223-225. Der Herzog forderte nicht nur eine präsidiale Stellung, sondern zusätzlich die Einbindung des Klubs in seine eigenen politischen Ambitionen, er wurde darin von Pabst und Pfundtner unterstützt. Auch die GSF-Mitglieder Oppen und Heinz traten zu dieser Zeit in den Klub ein. Vgl. auch Heidrun Holzbach: *Das System Hugenberg. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP*, Stuttgart 1981, S. 144 f.

<sup>127</sup> Denkschrift: „Über die Umorganisation des Nationalen Klubs. Über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der ‚Gesellschaft zum Studium des Faschismus‘“, BA: R1501/5330, Bl. 386 f.

<sup>128</sup> Protokoll der Vorstandssitzung vom 26. Juni 1933, BA: NY4035/7, Bl. 84-87. Bei dieser Sitzung sprachen sich mehrere Vorstandsmitglieder dezidiert gegen ein Zusammengehen mit dem Nationalen Klub aus. Allerdings schien auch klar, daß die Eigenständigkeit der GSF kaum zu erhalten war, daher wurden alternativ Kooperationen mit dem Propagandaministerium, mit der Deutsch-Italienischen Gesellschaft oder dem Italienischen Kulturinstitut in Köln in Betracht gezogen. Auch eine Zusammenarbeit mit der Italienischen Botschaft wurde angedacht, vgl. Baldoli, Fallimento, S. 232.

<sup>129</sup> Dort betrieb der mittlerweile von der DNVP in die NSDAP übergetretene und zum Staatssekretär ernannte Pfundtner die Fusion im entsprechenden Sinn.

<sup>130</sup> Vgl. die zwei Vertragsentwürfe von Pabst zwischen dem Nationalen Klub und der GSF, BA: NY4035/7, Bl. 123 f.

<sup>131</sup> Brief Carl Eduards an Pfundtner vom 30. November 1933, BA: R1501/5332, Bl. 245 f.

Weimarer Republik gegründet worden waren, „um von vielen Punkten aus dem Angriff gegen das damals herrschende System vorzutragen und den Sieg sicherzustellen.“<sup>132</sup>

Der Verlust der organisatorischen Selbständigkeit als eingetragener Verein am 31. Dezember 1933 ist als das Ende der GSF anzusehen, zumal von den über 300 Mitgliedern nur etwa 50 übrig blieben. Zwar führte die „Faschistische Studiengesellschaft“ einige Aktivitäten fort und wurde von Pabst weiterhin betreut: In einem Rundschreiben vom März 1934 wird zu einem Vortrag eingeladen und ein gemeinsames Abendessen angekündigt.<sup>133</sup> Bezeichnenderweise plante Pabst aber schon drei Monate später den Austritt aus dem Nationalen Klub und die Angliederung der Rest-Studiengesellschaft an eine staatlich unterstützte Einrichtung.<sup>134</sup>

Im Zusammenhang mit der Röhm-Aktion am 30. Juni 1934 sollte Pabst verhaftet werden, er war jedoch nicht in Berlin, sondern in Wilhelmshaven bei Wilhelm [103:] Canaris, seinem langjährigen Freund und Partner aus der Revolutionszeit.<sup>135</sup> Dort wurde Pabst am folgenden Tag von der Staatspolizei festgenommen, auf direkte Intervention Papens und Görings aber am 11. August wieder freigelassen.<sup>136</sup> Bald darauf wandte er sich in einem Schreiben direkt an Reinhard Heydrich und bat um einen eindeutigen Entlastungsnachweis, da er schließlich ein „alter nationaler Kämpfer und Nationalsozialist“ sei.<sup>137</sup> Tatsächlich erhielt er Anfang Oktober 1934 von der Gestapo die schriftliche Bestätigung, daß die „Ermittlungen keinerlei Sie belastendes Material erbracht haben“.<sup>138</sup> Dennoch war klar, daß Pabst seine politischen Aktivitäten einschränken mußte, und tatsächlich konzentrierte er sich fortan mehr auf seine Tätigkeit als Waffenhändler. Im September 1934 kündigte Pabst dann auch das bisherige Büro beim Nationalen Klub mit dem Hinweis, daß die Studiengesellschaft woanders angegliedert oder aufgelöst werden wird.<sup>139</sup> Danach

sind keine Hinweise auf die GSF mehr zu finden. Die Eigenständigkeit, die politische Bedeutung und die Zielrichtung waren aber bereits im Laufe des Jahres 1933 verlorengegangen, betrieben vor allem durch den Herzog Carl Eduard, der sich als neues NSDAP-Mitglied und Reichskommissar der neuen Regierung Hitler willfährig unterordnete. Die widerstandslose Ausschaltung der GSF folgte dem gleichen Schema wie bei vergleichbaren Organisationen, sie wurden durch eine regimetreue Führung zunächst politisch entschärft und im Prozeß der Gleichschaltung in das kontrollierte Verbandswesen eingeordnet.<sup>140</sup>

## Fazit

Die GSF war das Produkt von persönlicher Netzwerkbildung innerhalb einer vielgefächerten antidemokratischen Opposition gegen die Weimarer Republik. Die Bezeichnung Studiengesellschaft verbarg nach außen, daß dieser elitäre politische Zirkel von seinen Begründern in doppelter Hinsicht als ein Mittel zur Ablösung der parlamentarisch-demokratischen Staatsform gedacht war. Die GSF sollte zum einen als Verbindungsknoten zwischen führenden Persönlichkeiten der Parteien und eigenständigen Verbänden des rechten Spektrums, der Großindustrie, des ostelbischen Landadels und der

<sup>132</sup> Rundschreiben Carl Eduards, ohne Datierung [Dezember 1933?], BA: R1501/5332, Bl. 249 f. Die politische und antidemokratische Ausrichtung der als wissenschaftlichen Studiengesellschaft firmierenden GSF wird damit noch einmal deutlich bestätigt.

<sup>133</sup> Rundschreiben Pabsts vom 13. März 1934, BA: R1501/5334, Bl. 95.

<sup>134</sup> Brief von Pabst an Ferdinand Nord vom 13. Juni 1934, BA: NY4035/7, Bl. 51.

<sup>135</sup> Zur Zusammenarbeit von Pabst und Canaris 1919/20 vgl. Heinz Höhne: Canaris. Patriot im Zwielficht, München 1976, S. 56-92. Dort findet sich der Hinweis, daß Renzetti ebenfalls mit Canaris gut bekannt war, ebenda, S. 214.

<sup>136</sup> Auch der Herzog Carl Eduard, Pfundtner im Innenministerium und die Rheinmetall AG setzten sich intensiv für Pabst ein. Wahrscheinlich war es großes Glück für Pabst, dass er sich am 30. Juni nicht in Berlin aufhielt. Ein anderes GSF-Mitglied, der Papen-Vertraute Herbert von Bose, wurde im Palais des Vizekanzlers von SS-Männern erschossen.

<sup>137</sup> Brief an Heydrich vom 17. September 1934, BA: NY4035/9, Bl. 27.

<sup>138</sup> Eine derartige schriftliche Entlastung war ein seltener Einzelfall und Pabst selbst führte sie auf „die erstklassige Schützenhilfe“ seiner engen Freunde in der Regierung zurück, siehe dazu die Korrespondenz von Pabst Juli bis Oktober 1934, BA: NY4035/9.

<sup>139</sup> Brief von Pabst vom 24. September 1934, BA: NY 4035/7, Bl. 55.

<sup>140</sup> Vgl. Schoeps, Herrenklub, S. 58 f.; Schulz, Nationale Klub, S. 234-237.

konservativen Intellektuellen, Publizisten sowie Journalisten dienen. Aus diesen untereinander durch persönliche und offizielle [104:] Kontakte bereits vielfach miteinander vernetzten Gruppen, die eine gemeinsame Teilmenge von politischen Interessen verband, rekrutierten sich die Mitglieder der GSF. Zum anderen war es erklärtes Ziel, das Interesse am und das Wissen über den faschistischen Staat zu verbreitern, zu vertiefen und politisch nutzbar zu machen. Dabei ist eine deutliche Tendenz zur Gleichsetzung von Faschismus und dem faschistischen Italien auszumachen. Auf diese Weise sollte die Skepsis gegenüber einer nichtmonarchischen, autoritären Regierungsform abgebaut und der parlamentarischen Demokratie als Alternative entgegengesetzt werden. Die vergleichbar kleine Organisation ist eines der prägnantesten Beispiele für das zielgerichtete Interesse am italienischen Faschismus, das sich seit Ende der zwanziger Jahre im rechten Spektrum gebildet hatte.

Die GSF war zugleich Ausdruck und Förderer eines philofaschistischen Klimas, das sich in der Endphase der Weimarer Republik immer deutlicher artikulierte und von dem Hitler schließlich am stärksten profitierte – unter Mithilfe und Beifall einer Vielzahl von GSF-Mitgliedern. Das Beispiel der GSF zeigt ebenfalls, wie ein Teil der rechtskonservativen Machtelite aus Politik und Wirtschaft sowohl vor als auch nach 1933 mit Nationalsozialisten kooperierte und wie die Orientierung am Faschismus eines der verbindenden Elemente darstellte. In diesem Zusammenhang wurde die Diktatur vorwiegend positiv als alternatives Ordnungsmodell gedeutet. Schließlich fand das Selbstverständnis der Mitglieder im streng hierarchischen Elitesystem des Faschismus einen wichtigen Anknüpfungspunkt. Auch wenn die konkreten Vorstellungen für eine neue Ordnung der Nation und die sie leitenden Eliten voneinander abwichen, konnte das faschistische Italien hier Modellcharakter erlangen und so bestehende Differenzen überdecken. Darüber hinaus bot der Bezug auf Mussolinis Weg an die Macht und den anschließenden Staatsumbau ein Mittel zur Legitimierung und Selbstvergewisserung der eigenen Position und Absichten.



**„Untragbare Elemente“  
„Aussonderung“ und Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener im Osten**

Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen, die sich während des zweiten Weltkriegs in deutscher Hand befanden, hat in den letzten Jahren wieder mehr Aufmerksamkeit in der Wissenschaft gefunden und ist nicht zuletzt durch die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ auch einem breiteren Publikum näher gebracht worden.<sup>1</sup> Aber genauso wie die älteren Arbeiten von Christian Streit<sup>2</sup> und Alfred Streim<sup>3</sup> klammern auch die neueren einen Aspekt weitgehend aus: die „Aussonderungen“ und die Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener im Osten, unmittelbar an der Front sowie in den rückwärtigen Gebieten.<sup>4</sup>

Diese waren weniger systematisch als die späteren Selektionen in den Kriegsgefangenenlagern im Generalgouvernement und im Reichsgebiet, dafür unmittelbarer, roher, und sie fanden vor aller Augen statt.<sup>5</sup> An diesen Mordaktionen läßt sich das zielgerichtete deutsche Vorgehen gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen besonders deutlich zeigen. Es war nicht situativ, sondern von vornherein intendiert und geprägt durch eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen der Wehrmacht und den Einsatzkommandos des Sicherheitsdienstes. Neben der allgemeinen Darstellung sollen zwei Fallbeispiele – aus einem Durchgangs- und [106:] einem Stammlager – einen Einblick in den Mikrokosmos des dortigen Mordens gewähren.

Der „Kommissarbefehl“ und die „Einsatzbefehle“ bildeten die Grundlage für die Ermordung spezieller Gruppen von Soldaten der Roten Armee. Bereits in seinem Vortrag vor den Generälen der Wehrmacht vom 30. März 1941, in dem er den Überfall auf die Sowjetunion ankündigte, gab Hitler die generelle Linie vor: „Es handelt sich um einen Vernichtungskampf (...) Kampf gegen Rußland: Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz.“<sup>6</sup> Die am 6. Juni 1941 erlassenen „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“, so der offizielle Name des Kommissarbefehls, sahen vor, daß die politischen Kommissare der Roten Armee, die man als „Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden“ brandmarkte, grundsätzlich sofort zu erschießen seien, wenn sie im Kampf ergriffen wurden. Befanden sie sich bereits unter den Kriegsgefangenen, waren sie abzusondern und ebenfalls zu liquidieren.<sup>7</sup> Der Kommissarbefehl wurde am 8. Juni 1941 vom Oberkommando des Heeres (OKH) an die für den Ostkrieg vorgesehenen Heeresgruppen, Armeen und Panzergruppen weitergegeben. Seinem Charakter entsprechend war eine ungewöhnliche Geheimhaltung verfügt worden, nach der schriftliche Exemplare nur bis zu den Armeen gelangen

<sup>1</sup> Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944, Hamburg 2002, S. 187 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Bonn 1997 (4. Aufl. – zuerst Stuttgart 1978). Zur „Aussonderung“ und Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener im Osten, S. 83 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation unter Berücksichtigung der Unterlagen deutscher Strafvollzugsbehörden und der Materialien der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Heidelberg 1981.

<sup>4</sup> Vgl. an neueren Arbeiten: Theo J. Schulte: The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia, Oxford/New York/Munich 1989, S. 180 ff.; Christian Gerlach: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 834 ff.; Klaus Jochen Arnold: Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa“, Berlin 2005, S. 326 ff.

<sup>5</sup> Zu den Mordaktionen im Reichsgebiet vgl. Reinhard Otto: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998.

<sup>6</sup> Generaloberst Halder: Kriegstagebuch, Band II, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1963, S. 366 f.

<sup>7</sup> Vgl. Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare vom 6.6.1941, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i. Br. (BA-MA), RW 4/578, Bl. 42-44, hier Bl. 42 f. Vgl. dazu u. a. Hans-Adolf Jacobsen: Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1967, S. 135-232; Adalbert Rückerl: NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg 1984 (2. Aufl.), S. 69 ff.; Streit: Kameraden (wie Anm. 2), S. 44 ff.; Arnold (wie Anm. 4), S. 140 ff.

sollten, unterhalb dieser Ebene war er nur mündlich zu verbreiten. Im Kriegstagebuch der 454. Sicherungsdivision wurde über eine zwei Tage vor dem Überfall auf die Sowjetunion stattgefundenen Kommandeurbesprechung zu den Kommissaren in der Roten Armee vermerkt: „Bei Gefangennahme sofort absondern. Außerhalb der Kampfzone auf Befehl eines Offiziers erschießen.“<sup>8</sup> Diese Vorgehensweise wurde später auf Betreiben der Wehrmacht auch auf die hierarchisch unter den Kommissaren angesiedelten politischen Leiter, die sogenannten Politruks, angewandt.<sup>9</sup>

Die Wehrmachteinheiten mußten feststellen, daß die rasch bekannt gewordene Erschießung der Kommissare den Widerstandswillen der sowjetischen Soldaten weiter steigerte. So erwies sich der Kommissarbefehl – rein militärisch betrachtet [107:] – als nachteilig.<sup>10</sup> Auf Weisung Hitlers blieb er aber bis zum Frühjahr 1942 weiterhin in Kraft, bis eine veränderte militärische Lage eine andere Kriegführung erforderte. Wie viele sowjetische Kommissare und Politruks auf Basis dieses Befehls ermordet wurden, bleibt auch in der neueren Literatur weitgehend unklar.

Neben dem Kommissarbefehl bedeuteten die Befehle zur „Aussonderung“ bestimmter Gruppen der sowjetischen Kriegsgefangenen eine Ausweitung der „Gegnervernichtung“. Sie basierten auf vorherigen Absprachen zwischen Wehrmacht und Sicherheitsdienst (SD). Im Verlauf der Aktionen gab es eine Arbeitsteilung zwischen beiden Institutionen. Grundlage bildeten die „Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa)“ vom März 1941, die dem Reichsführer SS die Befugnis gaben, im Operationsgebiet „Sonderaufgaben“ wahrzunehmen, „die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampfzweier entgegengesetzter politischer Systeme“ ergäben.<sup>11</sup>

Im Einvernehmen mit der Abteilung Kriegsgefangene des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) arbeitete der Chef der Sicherheitspolizei und des SD den Einsatzbefehl Nr. 8 vom 17. Juli 1941 aus, der die „Säuberung“ von Gefangenenlagern vorsah, in denen sowjetische Soldaten untergebracht waren. Der Hintergrund war, daß das OKW am 8. Juli die eingeschränkte Verwendung sowjetischer Kriegsgefangener zur Arbeit im Reichsgebiet genehmigt hatte. Bei den von SD-Kommandos durchzuführenden Untersuchungen in den Lagern sollten die „politisch untragbaren Elemente“ unter den Gefangenen herausgefiltert und unauffällig in unmittelbarer Nähe des jeweiligen Lagers exekutiert werden. Zunächst sollte sich die Aktion auf das Generalgouvernement und den Wehrkreis I (Ostpreußen) beschränken, da sowjetische Gefangene ursprünglich nur dort untergebracht werden sollten. Man müsse das deutsche Volk vor „bolschewistischen Hetzern“ schützen und die besetzten Gebiete befrieden, dafür seien „besondere Maßnahmen“ notwendig. Dabei war die grobe Trennung der Gefangenen durch die jeweiligen Lagerorgane vorzunehmen und so eine Zuarbeit für die SD-Kommandos zu leisten. In den als Anlage 2 folgenden Richtlinien Heydrichs wurde näher beschrieben, wie die Aussonderungen durchgeführt werden sollten. Die hier aufgestellte Liste umfaßte auch „Juden“ und „sowjetrussische Intelligenzler“.<sup>12</sup>

[108:] Ursprünglich sollte der Einsatzbefehl Nr. 8 auch für das Operationsgebiet des Heeres Gültigkeit besitzen, doch das OKH war zunächst nicht bereit, die Kompetenzen der Einsatzgruppen abermals zu erweitern. In seinem Befehl vom 24. Juli 1941 schloß Generalquartiermeister Eduard Wagner Aussonderungen durch sie aus. Allerdings waren seine eigenen Vorstellungen weitreichend genug. Demnach sollten „politisch untragbare und verdächtige Elemente, Kommissare und Hetzer“ gemäß

---

<sup>8</sup> Anlageband Nr. I zum KTB Nr. 1 (15.5.-31.12.1941) der Sich.-Division 454, Führungsabteilung. Kommandeur-Besprechung vom 20.6.1941, in: Staatsarchiv Nürnberg (StaA Nürnberg), KV-Anklage, Dokumente, Fotokopien, NOKW-2277.

<sup>9</sup> Vgl. Schreiben des OKW/Abt. L an General z. b. V. beim ObdH vom 18.8.1941, in: BA-MA, RW 4/578, Bl. 128.

<sup>10</sup> Vgl. Zweiter Tätigkeitsbericht der Panzergruppe 3, Abt. Ic, Januar bis Juli 1941, vom 19.8.1941, in: StaA Nürnberg, KV-Anklage, Dokumente, Fotokopien, NOKW-1904; Schreiben des Armeekorps-Oberkommandos 2, Ic/A.O. an die Heeresgruppe Mitte vom 9.9.1941, in: Ebenda, NOKW-1905.

<sup>11</sup> Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) des OKW, WFSt/Abt. L (IV/Qu) vom 13.3.1941, zit. nach: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947 ff., Bd. 26, S. 54 (447-PS).

<sup>12</sup> Vgl. Einsatzbefehl Nr. 8 des Chefs der Sipo und des SD vom 17.7.1941, in: Bundesarchiv Berlin (BAB), R 58/272, Bl. 46-50; Anlage 2 zum Einsatzbefehl Nr. 8 vom 17.7.1941, in: Ebenda, Bl. 54-58.

gegebener „Sonderanordnungen“ behandelt und lediglich Asiaten, Juden und deutschsprechende Russen – entgegen den SD-Weisungen – nicht ermordet werden.<sup>13</sup>

Die nachgeordneten Stellen unterliefen den Befehl aber, und bereits in den ersten Wochen nach dem Überfall wurde den Einsatzkommandos im Bereich aller drei Heeresgruppen Zugang zu den Kriegsgefangenenlagern gewährt, oder es wurden ihnen von der Wehrmacht selbst selektierte Gefangene zur Liquidierung überstellt. So entwickelte sich eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und SD-Einsatzkommandos.<sup>14</sup> Es verwundert nicht, daß das Allgemeine Wehrmachtarnt nur wenige Tage später die im Einsatzbefehl Nr. 8 mit dem SD fixierten Vereinbarungen bestätigte und eine „Aussonderung“ der „politisch Unerwünschten“ forderte, die durch die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD erfolgen sollte. Den Kommandanten der Kriegsgefangenenlager, besonders ihren Abwehroffizieren, wurde die Zusammenarbeit mit den Einsatzkommandos zur Pflicht gemacht.<sup>15</sup> Das OKH gab später seinen anfänglichen Widerstand gegen die Tätigkeit der Einsatzkommandos in den Kriegsgefangenenlagern des Operationsgebiets vollends auf. Am 7. Oktober 1941 hob es das Verbot auf, den SD-Kommandos Zutritt zu den Lagern zu gewähren und übernahm damit die seit Juli im OKW-Bereich geübte Praxis.<sup>16</sup>

Die neue Vereinbarung wurde im Einsatzbefehl Nr. 14 vom 29. Oktober 1941 bestätigt. Nunmehr sollten die bei der Tätigkeit der Kommandos in den Lagern auftretenden Schwierigkeiten „durch persönliche Verhandlungen mit den in Frage kommenden Stellen der Wehrmacht“ geregelt werden. Die Kommandos sollten „frei von bürokratischen und verwaltungsmäßigen Einflüssen verantwortungsfreudig und pflichtbewußt“ ihre Arbeit verrichten: die „Aussonderung“ und Ermordung der „untragbaren Elemente“. Dazu zählten in erster Linie alle Staatsund Parteifunktionäre sowie alle Kommissare, die führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, „Intelligenzler“ und Juden. Diese Gruppen sollten unauffällig [109:] an geeigneten, abgelegenen Orten exekutiert werden, nicht in unmittelbarer Nähe der Lager.<sup>17</sup>

In der Forschung wird die Gesamtzahl der von diesen Mordaktionen erfaßten Kriegsgefangenen recht vage auf 40.000 bis 120.000 beziffert. Sicher ist, daß bis Dezember 1941 bereits rund 22.000 Gefangene „ausgesondert“ und von ihnen 16.000 ermordet wurden.<sup>18</sup>

### **Beispiele zur Durchführung des Kommissarbefehls im OKH-Bereich**

Wie der Kommissarbefehl im OKH-Bereich befolgt und durchgeführt wurde, dafür können hier nur einige ausgewählte Beispiele präsentiert werden. Einen guten Eindruck vermitteln die Meldungen des Ic des Armeeoberkommandos (AOK) 16. Wöchentlich berichtete er sehr lakonisch – neben der Ermordung von Partisanen – über die Erschießungen von Kommissaren und Politruks. („In der Zeit vom 28.9. bis 4.10.41 wurden (...) 5 Kommissare erschossen. (...) Vom 5.10. bis 11.10. (...) 3 Kommissare (...) erschossen“).<sup>19</sup> Selbst erst später vom Kommissarbefehl unterrichtete Einheiten erschossen die Truppenkommissare bis dahin auch ohne Befehl – wie etwa die 221. Sicherungsdivision. Das Töten begann bereits in den ersten Tagen des Krieges. So wurden im Durchgangslager (Dulag) 131 in Slonim im Juli 1941 etwa 30 Kommissare auf Anordnung des stellvertretenden Kommandanten erschossen. Die 403. Sicherungsdivision meldete im selben Monat 62 „Liquidierungen“ von Kommissaren, im August 125, im September 115, im Oktober 63 und im November 42.<sup>20</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Befehl des Generalquartiermeisters Wagner vom 24.7.1941, in: BA-MA, RH 23/219.

<sup>14</sup> Vgl. Bericht über die Besprechung beim Chef des A.W.A. in Warschau am 4.9.1941 des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J vom 6.9.1941, in: Eben da, RH 22/251.

<sup>15</sup> Vgl. OKW, AWA/Kriegsgef. (I): Anordnungen über die Behandlung sowjetischer Kr.Gef. in allen Kriegsgefangenenlagern vom 8.9.1941, in: Ebenda, RW 6/v. 279, Bl. 12-20, hier Bl. 17 f.

<sup>16</sup> Vgl. Streit: Kameraden (wie Anm. 2).

<sup>17</sup> Vgl. Einsatzbefehl Nr. 14 des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 29.10.1941, in: StaA Nürnberg, KV-Anklage, Dokumente, Fotokopien, NO-3422.

<sup>18</sup> Vgl. Vermerk aus dem Reichsarbeitsministerium, Ministerialrat Dr. Letsch, vom 22.12.1941, in: Ebenda, NOKW-147.

<sup>19</sup> Vgl. Fernschreiben des Ic des AOK 16 an das OKH, Fremde Heere Ost; den Ic der Heeresgruppe Nord, die Panzergruppe 4 und den Ic des AOK 9 von Juli bis November 1941, in: Ebenda, NOKW-2179.

<sup>20</sup> Vgl. Gerlach, Morde (wie Anm. 4), S. 834 f.

Mit welcher Regelmäßigkeit Kommissare der Roten Armee bei der kämpfenden Truppe erschossen wurden, läßt sich auch aus zahlreichen anderen Dokumenten ersehen.<sup>21</sup> So hieß es etwa in einem Tätigkeitsbericht der Panzergruppe 3, daß die Liquidierung der Kommissare „kein Problem für die Truppe“ darstelle.<sup>22</sup> Es wurden regelrechte Jagden auf sie veranstaltet, da in ihnen eine vermeintliche Gefahr für die eigene Sicherheit gesehen wurde.<sup>23</sup> Die Meldungen über erschossene Kommissare und Politruks wurden von den Divisionen über die Armeekomman-[110:]dos an die Armeen bzw. Panzergruppen und von dort an die Heeresgruppen weitergegeben, so daß alle entscheidenden Stellen darüber informiert waren.<sup>24</sup> Die offensichtliche Normalität dieses Vorgehens spiegelt sich auch in Feldpostbriefen einfacher Soldaten wider: „Alles, was an Kommissaren usw. gefangen oder geschnappt wird, wird gleich erschossen.“<sup>25</sup>

Von seiten vorgesetzter Dienststellen wurde oftmals darauf gedrungen, die Kommissare in den Dulags selbst zu erschießen und nicht an die Geheime Feldpolizei oder SD-Kommandos abzugeben.<sup>26</sup> Die Leiter der Dulags versuchten sich der unangenehmen Aufgabe dadurch zu entledigen, daß sie die Aussonderungen der Lagerpolizei überließen: „Die im Lager verwendete Polizei besteht größtenteils aus Ukrainern, die entlassen und dienstverpflichtet worden sind. (...) Im allgemeinen besteht unter den Ukrainern ein starker Haß gegen die bolschewistischen Elemente, so daß sie besonders bei Behandlung und Ausfindigmachung von Kommissaren, Politruks und Partisanen mit großer Härte vorgehen.“<sup>27</sup> Häufig wurden die Kommissare auch durch die Abwehrabteilung des jeweiligen Durchgangslagers oder Stammlagers (Stalag) liquidiert.<sup>28</sup> Der Unteroffizier Friedrich Fiedler, eingesetzt beim Stab des Nachschubs der 294. Infanteriedivision, bestätigte diese direkte Ermordung der Kommissare in den Gefangenenlagern. Seiner „Gedächtnis-Skizze“ vertraute er in Grigorowka am 23. September 1941 an: „Von den Gefangenen wurden ungefähr 35 pol. Kommissare und Funktionäre herausgesondert und ‚physisch liquidiert‘.“<sup>29</sup> Die Regel war, daß die Kommissare entweder von ihren Mitgefangenen denunziert und dann durch Kommandos der Geheimen Feldpolizei oder des SD selektiert wurden.<sup>30</sup> In vielen Kriegsgefangenenlagern gab es kleinere Einsatzkommandos, die dem Lagerkommandanten zugeteilt waren und die diese Aufgabe an Ort und Stelle erledigten.<sup>31</sup>

[111:] Die Aussonderungen begannen bereits in den Divisions-Gefechtsständen. Noch auf dem Weg zu den Armee-Gefangenessammelstellen wurden die ersten Kommissare erschossen.<sup>32</sup> Die Aussonderungen und Erschießungen wurden dann in den Armee-Gefangenessammelstellen fortgesetzt: „Wenn sich bei den Vernehmungen herausstellte, daß es sich um politische Kommissare handelte, wurden diese Leute nicht mehr in das Lager zurückgebracht. (...) Die Leute wurden, wie ich gelegentlich beobachtet

---

<sup>21</sup> Vgl. Tätigkeitsbericht Nr. I 36. Inf.Div.(mot.) Abt. Ic. Begonnen: 25.5.1941 / Abgeschlossen: 31.5.1942, in: StA Nürnberg, KV-Anklage, Dokumente, Fotokopien, NOKW-3408.

<sup>22</sup> Tätigkeitsbericht der Panzergruppe 3, Ic-Abteilung, vom 19.8.1941, zit. nach: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 338.

<sup>23</sup> Vgl. Rundschreiben des Ia der 72. Infanterie-Division, vom 22.8.1941, in: StA Nürnberg, KV-Anklage, Dokumente, Fotokopien, NOKW-3405.

<sup>24</sup> Vgl. Fernschreiben der 269. Infanteriedivision an das XXXXI. A. K. vom 9.7.1941, in: Ebenda; Funkspruch Nr. 540 des XXXXI. A. K. an die Panzergruppe 4/Ic vom 9.7.1941, in: Ebenda, NOKW-1570; Funkspruch Nr. 559 der Panzergruppe 4/Ic an die Heeresgruppe Nord vom 10.7.1941, in: Ebenda, NOKW-1674.

<sup>25</sup> Feldpostbrief von Hermann (?), Stab II/Linienregiment 38 vom 7.7.1941, in: Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart, Sammlung Sterz, L 20962.

<sup>26</sup> Vgl. Schreiben des Kornmandanten des Dulag 127 an die Sich.Div. 286/Abt. Ia vom 8.9.1941, in: BA-MA, RH 49177.

<sup>27</sup> Schreiben des Dulags 240/Abt. Ic das AOK 9/0. Qu./Qu. 2 vom 9.12.1941, in: ebenda, RH 231219.

<sup>28</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Hans E. vom 14.5.1969, in: Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (HStaA Hannover), Nds. 721 Hann., Ace. 90/99, Nr. 146, Bd. 1, Bl. 170-173, hier Bl. 172 f.

<sup>29</sup> Auszug aus der „Gedächtnis-Skizze“ von Friedrich Fiedler, zit. nach: Hannes Heer: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004, S. 76 f.

<sup>30</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Heinrich H. vom 3.6.1970, in: Bundesarchiv Ludwigsburg, VI 319 AR-Z 217/69, Bd. I, Bl. 182 f.

<sup>31</sup> Vgl. Eidesstattliche Erklärung von SS-Sturmbannführer Kurt Lindow vom 30.9.1948, in: StA Nürnberg, KV-Anklage, Dokumente, Fotokopien, PS-2542.

<sup>32</sup> Vgl. Schreiben der 298. Infanteriedivision/ Abt. I c an das Gen.Kdo. XXIX. A.K./Ic vom 8.7.1941, in: ebenda, NOKW-1538.

habe, von der Feldgendarmarie abgeholt. Es war bekannt, daß die politischen Kommissare liquidiert werden sollten.“<sup>33</sup>

Im Juni 1942 änderte die Wehrmacht diese Praxis, da man nun bemüht war, die Kriegsgefangenen möglichst schnell abzuschicken. Die deutsche Kriegswirtschaft benötigte sie dringend als Arbeitskräfte. Deshalb sollten von nun an die Kommissare und Politruks in den Lagern des Generalgouvernements selektiert, aber nicht mehr sofort ermordet werden.<sup>34</sup>

### **Ermordungen von jüdischen Kriegsgefangenen**

Es scheint allgemein üblich gewesen zu sein, jüdische Kriegsgefangene dadurch ermitteln zu wollen, daß man untersuchte, ob sie beschnitten waren.<sup>35</sup> Diese Vorgehensweise hatte allerdings ihre Tücken, und der Chef der Sicherheitspolizei und des SD sah sich genötigt, darauf hinzuweisen, daß so gegebenenfalls die falschen Kriegsgefangenen selektiert wurden: „Zu beachten ist, daß insbesondere Turkvölker oftmals ein durchaus jüdisches Aussehen haben und daß die Beschneidung allein noch nicht ohne weiteres den Beweis einer jüdischen Abstammung darstellt (z. B. Mohammedaner).“<sup>36</sup> Speziell in den ersten Monaten des Krieges fielen den Exekutionskommandos auch mohammedanische Gefangene zum Opfer, weil sie beschnitten waren. Viele nichtjüdische Gefangene fanden den Tod, da einzelnen Vernehmungskommandos bereits „bestimmte Gesichtszüge“ genügten, um ihr Urteil zu fällen.<sup>37</sup>

Wie zahlreiche Beispiele belegen, war die Aussonderung und spätere Erschießung jüdischer Kriegsgefangener ein normaler Vorgang und in den Dulags, Stalags und Armee-Gefangenen-sammelstellen an der Tagesordnung.<sup>38</sup> Diese Normalität spiegelt sich auch in den lapidaren Bemerkungen in den Berichten der Einsatzgruppen wider: „Bei der Überprüfung des Kriegsgefangenenlagers in Witebsk wurden 207 Juden festgestellt. Sie wurden erschossen. (...) Bei der Überprüfung des Kriegsgefangenenlagers in Wjasma wurden insgesamt 117 Juden erfaßt. Sie wurden erschossen.“<sup>39</sup> Auf Anordnung des Kommandanten des dortigen Kriegsgefangenenlagers exekutierte das Einsatzkommando 4a in Borispol 357 jüdische Kriegsgefangene.<sup>40</sup>

Wie routinemäßig und keines weiteren Aufhebens wert dieses Vorgehen aber auch für die entsprechenden Wehrmächteinheiten war, läßt sich aus den Berichten der Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten entnehmen.<sup>41</sup> In vielen Fällen erledigten Wehrmachtangehörige die Selektion selbst, oft mit Hilfe von kollaborationswilligen Kriegsgefangenen, wie in der Armee-Gefangenen-sammelstelle 12. Dort probierte man auch eine simplere Methode aus: Die neu eingetroffenen Kriegsgefangenen hatten sich in Reih und Glied aufzustellen, und auf entsprechenden Befehl sollten die „Juden“ dann vortreten. In einem anderen Lager, dem Zwischenlager des Dulag 241 in Schuli bei Sewastopol, fungierten Tataren und Turkmenen als Spitzel, die angebliche Juden namhaft machten. Nach der Entdeckung separierte das Wachpersonal die jüdischen Männer von den restlichen Rotarmisten in einem extra umzäunten Areal in primitiv gebauten Erdbunkern. Nach der „Konfiszierung“ der persönlichen Wertsachen brachten die Wächter ihre Gefangenen zu einem festgelegten Exekutionsort, der eine Stunde Fußweg vom Lager entfernt lag. Abseits der anderen Kriegsgefangenen wurden dort die Ausgesonderten durch Gennickschüsse ermordet, wobei die Einsatzgruppe und das Wachpersonal des Lagers abwechselnd die

<sup>33</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Oskar W. vom 20.1.1971, in: HStA Hannover, Nds. 721, Acc. 90/99, Nr. 123/1, Bl. 87-92, hier Bl. 89.

<sup>34</sup> Vgl. Befehl des OKW, AWA/Kriegsgef. Allg. (A) vom Juni 1942, in: Allgemeine Erlaß-Sammlung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, zit. nach: BAB, RD 19, 3.

<sup>35</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Egon G. vom 28.4.1969, in: HStA Hannover, Nds. 721, Acc. 90/99, Nr. 146, Bd. 3, Bl. 19-23, hier Bl. 22.

<sup>36</sup> Runderlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 12.9.1941, in: StaA Nürnberg, KV-Anklage, Dokumente, Fotokopien, NO-3416.

<sup>37</sup> Vgl. Jacobsen: Kommissarbefehl (wie Anm. 7), S. 163.

<sup>38</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Max H. vom 17.12.1970, in: Staatsanwaltschaft Hamburg, 147 Js 8171, Bd. 1, Bl. 78-84, hier Bl. 81 f.

<sup>39</sup> Ereignismeldung UdSSR Nr. 149 des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 22.12.1941 (Bericht der Einsatzgruppe D), in: BAB, R 58/219, Bl. 345.

<sup>40</sup> Vgl. Jacobsen: Kommissarbefehl (wie Anm. 7), S. 162.

<sup>41</sup> Vgl. Bericht des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J über die Besichtigungsfahrt vom 26.11.-10.12.1941 vom 11.12.1941, in: BA-MA, RH 22/251.

Schützen stellten. Schriftliche Berichte über die Hinrichtungen wurden nach Bekunden des Zugführers der Feldgendarmen nicht angefertigt. Diese Gefangenen hatten demnach nie existiert.<sup>42</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen der Wehrmacht und den Einsatzgruppen bzw. Einsatzkommandos funktionierte auch in diesem Falle sehr gut, wie die Ereignismeldungen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD zeigen: „In der Summe der in der zweiten Hälfte des Monats Oktober 1941 bis zum Berichtstage durch das Sonderkommando 4a Exekutierten sind wiederum neben einer relativ geringen Anzahl von politischen Funktionären, aktiven Kommunisten, Saboteuren usw. in erster Linie Juden, und hier wieder ein großer Teil von durch die Wehrmacht überstellten jüdischen Kriegsgefangenen enthalten.“<sup>43</sup> Ähnliches berichtete [113:] auch der Kriegsgefangenen-Bezirkskommandant J im Januar 1942: „Der Abwehroffizier Hptm. Bernstein teilt mit, es seien seit Bestand des Lagers 200 Juden und 50-60 Politruks dem S.D. übergeben worden. Auf seine Tätigkeit entfallen hiervon etwa 40 Juden und 6-8 Politruks.“<sup>44</sup>

In vielen Kriegsgefangenenlagern wurden die jüdischen Kriegsgefangenen separat untergebracht, falls sie nicht bereits in den Armee-Gefangenessammelstellen ausgesondert worden waren.<sup>45</sup> Im Dulag 132 existierte im Lager ein extra abgetrennter und mit Stacheldraht umzäunter Teil für jüdische Gefangene.<sup>46</sup> Wie weit verbreitet die Praxis war, jüdische Kriegsgefangene zu erschießen – und vor allem, wie bekannt dieses Vorgehen in der deutschen Wehrmacht war –, wird aus dem Verhör des Zeugen Hans Früchte, Unterarzt im Dulag 160 in Chorol, durch einen Verteidiger im OKW-Prozeß schlaglichtartig deutlich. Früchte beobachtete einen Feldpolizisten, der vor seinen Augen einen jüdischen Kriegsgefangenen erschießen wollte: „F: Darf ich Sie fragen, was Sie unternommen haben, um diese Erschießung vor Ihren Augen zu verhindern? A: Gar nichts. F: Warum haben Sie nichts unternommen? A: Weil es lächerlich gewesen wäre. (...) F: Haben Sie über diese Judenerschießungen eine Meldung gemacht, Herr Zeuge? A: Ich? F: Ja, Sie. A: Nein! F: Warum nicht? (...) A: Ich kann keine Selbstverständlichkeiten melden. F: Sie finden es also selbstverständlich, daß Kriegsgefangene praktisch vor Ihren Augen erschossen werden? A: Das war damals eine Selbstverständlichkeit. Für jeden Offizier, für jeden Landser der deutschen Wehrmacht war es eine absolute Selbstverständlichkeit, daß jeder Jude erschossen wird.“<sup>47</sup>

Auch von anderen Zeugen wurde die allgemeine Bekanntheit der Aussonderungen betont, so von einem Dolmetscher des Dulags 131: „Einer besonderen Belehrung hinsichtlich der Aussonderung von Juden und Politruks bedurfte es nicht. Das wußte doch jeder Angehörige des Dulag 131, daß es mit eine Aufgabe der Angehörigen des Dulag 131 war, sowjetische Kriegsgefangene jüdischer Abstammung und Politische Kommissare auszusondern.“<sup>48</sup>

### **Aussonderungen anderer Gruppen: „Intelligenzler“, Asiaten, Kranke**

Neben den Gruppen der Kriegsgefangenen, die aus ethnischen, religiösen oder politischen Gründen ausgesondert wurden, gerieten auch die „Intelligenzler“ ins [114:] Visier der Wehrmacht. Sie galten als gefährlich und sollten deshalb ermordet werden. Eine besonders perfide Art ihrer Aussonderung wurde von dem italienischen Kriegskorrespondenten und Schriftsteller Curzio Malaparte aus einem ukrainischen Dorf geschildert. Es gab 118 Gefangene, jeweils fünf von ihnen mußten vortreten und aus alten Zeitungen zwei Minuten vorlesen. Dann wurden jene, die fehlerfrei vorgelesen hatten, von

<sup>42</sup> Vgl. Andrej Angrick: Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941-1943, Hamburg 2003, S. 462 f.

<sup>43</sup> Ereignismeldung UdSSR Nr. 132 des Chefs der Sicherheitspolizei und des SO vom 12.11.1941 Bericht der Einsatzgruppe C), in: BAB, R 58/219, Bl. 51.

<sup>44</sup> Entwurf eines Reiseberichts des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J über eine Besichtigungsfahrt vom 17.-18.1.1942, in: BA-MA, RH 22/251.

<sup>45</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Hans H. vom 19.2. 1968, in: HStA Hannover, Nds. 721 Hann., Ace. 90/99, Nr. 148, Bd. 1, Bl. 30-34, hier Bl. 33; Fernschreiben der Befehlsstelle Nr. 46. Hauptmann Kottendorf, an den Korück 553 in Nikolajew vom 16.10.1941, in: StaA Nürnberg, KV-Anklage, Dokumente, Fotokopien, NOKW-1464.

<sup>46</sup> Vgl. Angrick: Besatzungspolitik (wie Anm. 42), S. 464.

<sup>47</sup> Protokoll der Verhandlung im Fall 12 vom 3.8.1948, in: StaA Nürnberg, KV-Prozesse, Fall 12, A 104-105, S. 8903 ff.

<sup>48</sup> Vernehmung des Reinhold S. durch das Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Sonderkommission Zentrale Stelle, am 26.9.1964 in Hamburg, in: Bundesarchiv Ludwigsburg, VI 449 AR 1046/69, Bd. 1, Bl. 221.

den übrigen getrennt. Den ersteren hatte man versprochen, sie als Schreiber für die Dienststellen in den Gefangenenlagern einzusetzen; die anderen sollten zur schweren Feldarbeit geschickt werden. Diejenigen, die lesen konnten, wurden dann allerdings von einem SS-Trupp erschossen. „So“, sagte der Sonderführer aus Melitopol, als er an mir vorüberging. „Wir müssen Rußland von all diesem Literatengesindel säubern. Bauern und Arbeiter, die zu gut lesen und schreiben können, sind gefährlich. Lauter Kommunisten.“<sup>49</sup>

Neben den Kommissaren wurden befehlsgemäß auch alle anderen „politisch Unerwünschten“ ausgesondert, wie aus dem Bericht der Einsatzgruppe A hervorgeht: „In 2 Fällen ist eine Überprüfung von Kriegsgefangenenlagern erfolgt. Der Erfolg war insofern zufriedenstellend, als eine Anzahl von kommunistischen Parteimitgliedern, Funktionären der Partei sowie leitende Funktionäre in Kolchos- und Sowchosbetrieben festgestellt wurden. Mit ihnen wurde gemäß der gegebenen Sonderanweisung verfahren.“<sup>50</sup> Wie in anderen Fällen auch – etwa bei den Partisanen – wandte man auf sie häufig das Stereotyp des „jüdischen Bolschewisten“ an.<sup>51</sup>

Als ganze Gruppe waren asiatisch aussehende sowjetische Kriegsgefangene von Aussonderung und Ermordung bedroht. Ihnen wurde schon vor Kriegsbeginn unterstellt, daß sie „undurchsichtig, unberechenbar, hinterhältig und gefühllos“ seien. Auf keinen Fall sollten sie als Arbeitskräfte ins Reichsgebiet gelangen, sondern allenfalls im Operationsgebiet für die Wehrmacht arbeiten. Bereits vor Bekanntgabe des Einsatzbefehls Nr. 8 vom 17. Juli 1941 führte die Einsatzgruppe B in Minsk Aussonderungen von „Asiaten“ durch.<sup>52</sup>

Die Kriegsgefangenen mit asiatischen Gesichtszügen standen – wenn sie nicht gleich ermordet wurden – unter besonderer Beobachtung.<sup>53</sup> Die Ermordung der „Asiaten“ stieß allerdings auf Kritik im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete; dort setzte man auf eine Unterstützung durch verschiedene Völker der Sowjetunion. Bei dieser Ausrichtung erschien die summarische Ermordung asiatisch aussehender Kriegsgefangener kontraproduktiv und ließ nach Ansicht des [115:] Ministeriums „jedes politische Verständnis vermissen“, da die Bewohner Transkaukasiens und Turkestans zu den schärfsten Gegnern der Sowjetherrschaft gezählt wurden. Das Ministerium wies mehrfach auf diesen Umstand hin.<sup>54</sup> Die Proteste aus dem Ostministerium und dem Amt Ausland/Abwehr des OKW häuften sich, da dort insbesondere die moslemischen Kaukasier als potentielle Kollaborateure betrachtet wurden. Dies führte zu einem Befehl Heydrichs über das Ende der Erschießung der „Asiaten“ vom 12. September 1941, den allerdings nicht alle Einsatzkommandos sofort befolgten.<sup>55</sup>

Ein anderer – nicht in den Einsatzbefehlen – behandelte Fall waren verwundete und kranke Kriegsgefangene. Sie stellten keine klar umrissene Gruppe dar, wie Kommissare, Juden usw., wurden aber ebenso gezielt und planmäßig ermordet. Deshalb erscheint es gerechtfertigt, ihr Schicksal hier zu thematisieren. Offensichtlich gab es frühzeitig die Tendenz, die Kriegsgefangenenlager von den wehr- und damit auch weitgehend arbeitsunfähigen Gefangenen zu „entlasten“: „Es sind Erhebungen im Gange, um die wehrunfähigen Kgf. (Amputierte, Blinde) aus den Dulags, vor allem des Op.Gebietes, in irgendeiner Form abzuschieben.“<sup>56</sup> Später wurden sogenannte Wehrunfähigenlager für schwerbeschädigte Kriegsgefangene eingerichtet.<sup>57</sup> Schon im Juli 1941 befahl das OKW eine Selektion der

<sup>49</sup> Curzio Malaparte: Kaputt, Stuttgart 1951, S. 327 ff.

<sup>50</sup> Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 71 des Chefs der Sipo und des SD vom 2.9.1941, in: StaA Nürnberg, KV-Anklage, Dokumente, Fotokopien, NO-2843.

<sup>51</sup> Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 58 des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 30.8.1941 (Bericht der Einsatzgruppe C), in: BAB, R 58/216, Bl. 100.

<sup>52</sup> Vgl. Gerlach: Morde (wie Anm. 4), S. 843.

<sup>53</sup> Vgl. Rundschreiben des OKW/Kriegsgef. (I b.G.), Breyer, vom 26.6.1941, in: BA-MA, WI/ID. 72.

<sup>54</sup> Vgl. Denkschrift über die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, übersandt an den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Anfang März 1942, in: StaA Nürnberg, KV -Anklage, Dokumente, Fotokopien, PS-081.

<sup>55</sup> Vgl. Gerlach: Morde (wie Anm. 4), S. 843.

<sup>56</sup> Monatsbericht des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandeurs C beim Berück Nord für Dezember 1941 vom 28.12.1941, in: BA-MA, RH 22/255, Bl. 244-245, hier Bl. 245.

<sup>57</sup> Vgl. Rundschreiben des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten T an alle Stalags vom 15.4.1942, in: Staatliches Archiv der Russischen Föderation, Moskau, 7021-87-177, Bl. 1.

Gefangenen – lediglich die leichtverwundeten sollten ins Heimatkriegsgebiet abgeschoben werden.<sup>58</sup> Dieser Befehl wurde von den Armeeoberkommandos übernommen und weiter verschärft.<sup>59</sup>

Wiederholt kam es vor, daß Verwundete bereits bei der Gefangennahme einfach erschossen wurden: „25.8.1941 13.00: „Der Qu.1 teilt dem Id mit, daß ein Feldzeug-Batt. im Muru-Kessel noch 100 Gefangene gemacht hat. Der dabei beteiligte estn. [estnische, K. L.] Selbstschutz hat 35 verwundete Russen bald totgemacht.“<sup>60</sup> Im Stalag 324 in Losona exekutierten Wehrmächteinheiten einmal pro Woche die kranken Gefangenen, ebenso in Minsk, im Dulag 131 in Bobruisk und in Polozk. [116:] In den Lagern Daugavpils und Retekne in Lettland wurden im Winter 1942/43 die Fleckfieberkranken erschossen.<sup>61</sup>

Kranke und verwundete sowjetische Kriegsgefangene gab die Wehrmacht auch an SD-Einheiten ab, wie ein Beispiel aus Shitomir vom Dezember 1942 zeigt: „Bei den sich im hiesigen Lager befindlichen 78 Kgf. handelte es sich ausschließlich um Schwerekriegsbeschädigte. Einigen der Kgf. fehlten beide Beine, einigen wiederum beide Arme, anderen wieder eins der Glieder. Nur wenige von ihnen hatten wohl noch ihre Glieder, waren aber durch andere Verwundungen so stark versehrt, daß sie irgendwelche Arbeiten nicht verrichten konnten. (...) Bei der Besichtigung des Arbeitserziehungslagers am 23.12.42 ordnete SS-Hauptsturmführer Kallbach an, daß die inzwischen durch Todesfälle übriggebliebenen 68 oder 70 Kgf. am heutigen Tage sonderzubehandeln sind.“<sup>62</sup>

Oftmals wurden die verwundeten Kriegsgefangenen auch den Einsatzgruppen direkt übergeben. So erschoss das Sonderkommando 4a auf Anforderung des Kommandanten des dortigen Kriegsgefangenenlagers im Oktober 1941 in Borispol 78 Verwundete, die der Lagerarzt selektiert hatte.<sup>63</sup> So verfuhr die Wehrmacht allgemein mit durch Verletzungen oder Krankheiten nicht mehr arbeitsfähigen Gefangenen. Angehörige des jeweiligen Kriegsgefangenenlagers begleiteten sie oft sogar bis zur Erschießung: „Aus dem Panjewagen kamen zwei russische Kriegsgefangene, von denen jeder nur ein Bein hatte. (...) Der Feldwebel, der den Panjewagen begleitete, trieb die beiden russischen Kriegsgefangenen zu den SD-Leuten. Die SD-Leute schickten die beiden Amputierten in die Grube. Unmittelbar, nachdem die beiden Kriegsgefangenen in der Grube waren, hörte ich mehrere Schüsse.“<sup>64</sup>

### **Beispiel I: Die Aussonderung der „Kommissare“ im Dulag 203 Kritschew**

Das Dulag 203 kam über Minsk, Sluzk und Kochanowo Ende September 1941 nach Kritschew, östlich von Mogilew am Sosch gelegen. Wir verfügen mit dem Tagebuch von Johannes Gutschmidt, der das Dulag bis zum Dezember 1941 leitete, über eine wichtige und aussagekräftige Quelle.<sup>65</sup> Gutschmidt bemühte sich redlich um die Unterbringung und Versorgung der sowjetischen Gefangenen und [117:] bildete so eine Ausnahme. Aber auch er konnte nichts Entscheidendes gegen das Hungern und Massensterben der Gefangenen unternehmen. So berichtete Gutschmidt bereits am 16. Oktober 1941 über deren knappe Ernährung, einen Tag später darüber, daß Tausende im Freien übernachten mußten. Seinen Aufzeichnungen zufolge war das Dulag bereit, „zur Not“ 10.000 Gefangene aufzunehmen – die Zahl erhöhte sich aber binnen weniger Tage auf rund 30.000. Durch bis zu 100 Kilometer lange Fußmärsche kamen die Gefangenen völlig erschöpft im Lager an und konnten, selbst

<sup>58</sup> Vgl. Abschrift eines Befehls des OKH/Gen St d H vom 24.7.1941, in: StaA Nürnberg, KV-Anklage, Dokumente, Fotokopien, NOKW-2423.

<sup>59</sup> Vgl. AOK 2, O.Qu./Qu. 2: Besondere Anordnungen für das Kriegsgefangenenwesen (gültig für die Ordnungsdienste der Armee) vom 5.8.1941, in: ebenda, NOKW-2145.

<sup>60</sup> KTB des AOK 1/Ia Nr. 4a für die Zeit vom 17.8.1941 bis zum 11.10.1941, in: ebenda, NOKW-1317.

<sup>61</sup> Vgl. Gerlach: Morde (wie Anm. 4), S. 850.

<sup>62</sup> Erklärung von SS-Sturmscharführer Fritz Knop vom 24.12.1942, zit. nach: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947 ff., Bd. 39, 311-USSR, S. 479 f.

<sup>63</sup> Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 132 des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 12.11.1941 (Bericht der Einsatzgruppe C), in: BAB, R 58/219, Bl. 51.

<sup>64</sup> Vernehmung von Erwin M. durch die Sonderkommission Hamburg am 23.1.1967 in Hamburg, in: Staatsarchiv Münster, Zentralstelle Dortmund, 45 Js 20/70, Bl. 445-450, hier Bl. 449.

<sup>65</sup> Vgl. Christian Hartmann: Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa“. Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 49 (2001) 1, S. 97-158.



wenn genügend Nahrung vorhanden war, aufgrund der mangelhaften Unterbringung nicht am Leben gehalten werden.<sup>66</sup>

Einen Einblick in die katastrophalen Unterbringungs- und Verpflegungsverhältnisse im Dulag 203 gibt der Bericht des zuständigen Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J: „1.) Dulag 203 Kritschew am 17.11.1941. Die Gefangenen schlafen in einer Holzbaracke und in einer mit Mörtel abgeputzten Holzbaracke. Holz und Stroh sind nicht vorhanden. (...) Die Gefangenen sollen bis auf einen Bestand von 6.000 abgeschoben werden, der aber des Nachts auf Holz zu liegen kommen muß, damit die Sterblichkeit herabgedrückt wird. Das Dulag hat Aussicht, größere Mengen guten Roggen zum Brotbacken zu bekommen. An mehreren Stellen muß noch Stacheldraht gezogen werden. Die Gefangenen verlangten bei der Begehung des Lagers im Chor nach Brot.“<sup>67</sup> So war es kein Wunder, daß Gutschmidt seinem Tagebuch immer wieder neue Todeszahlen hinzufügen mußte – an manchen Tagen starben ein Prozent der Gesamtzahl an Gefangenen.<sup>68</sup> Die Verhältnisse scheinen sich erst Anfang 1942 etwas gebessert zu haben.

In dieser Atmosphäre des Sterbens und der allgegenwärtigen Gewalt wurden in Kritschew – wie in den anderen Kriegsgefangenenlagern auch – die sowjetischen Kommissare der Roten Armee an Ort und Stelle „ausgesondert“, d. h. zunächst von den übrigen Gefangenen separiert und später erschossen. Gutschmidt konnte aus Kochanowo wohl nicht ohne Ironie und Erleichterung berichten, daß ein dienstefriger Offizier einen „Kommissar“ geschnappt habe, der sich aber als Baumeister und mithin ein „sehr harmloser Gefangener“ entpuppte.<sup>69</sup> Aus dieser kurzen Episode sieht man, daß die Jagd auf Kommissare auch im Dulag 203 bereits sehr früh – hier im Juli 1941 – begann.

Viele der in den Nachkriegsprozessen vernommenen Zeugen, die als Angehörige eines Dulags, Stalags oder eines Landeschützenbataillons eingesetzt waren, hielten sich mit Aussagen zu diesem Tatkomplex deutlich zurück; diese Beobachtung trifft auch auf das Verfahren gegen ehemalige Angehörige des Dulags 203 zu: „Vom Erzählen weiß ich, daß in den Lagern nach sogenannten Kommissaren und [118:] auch Juden geforscht wurde. Ich meine auch davon gehört zu haben, daß diese ausgesondert wurden, soweit sie unter den anderen Gefangenen zu ermitteln waren. Um das zu erforschen, wurden Leute unserer Einheit [des Dulags 203, K. L.] unter Aufsicht von Offizieren eingesetzt. Ich selbst bin aber niemals dabeigewesen. Wie das genau gehandhabt worden ist, weiß ich deshalb auch nicht.“<sup>70</sup>

Besonders strittig war im Nachhinein naturgemäß die Frage nach den eigentlichen Tätern. Wurden die Aussonderungen von Angehörigen des Lagers bzw. des Landeschützenbataillons oder von SD-Kommandos durchgeführt? „Aussonderungen im Dulag 203 haben stattgefunden. (...) Wer die Aussonderungen vornahm, weiß ich nicht, dazu wurde das Bewachungspersonal nicht hinzugezogen, ich vermute aber, daß es ein Sonderkommando des SD gewesen ist. Im Dulag 203 haben auch Liquidierungen stattgefunden. Dazu wurde wieder ein Sonderkommando des SD hinzugezogen, das Bewachungspersonal hatte nur die äußere Absperrung zu erledigen, an Liquidierungen hat das Bewachungspersonal nicht teilgenommen.“<sup>71</sup>

Oft wurde die Beteiligung der eigenen Einheit verneint: „Unsere Einheit [das Landeschützenbataillon, K. L.] hat damit nichts zu tun gehabt. Wir hatten nur die äußere Bewachung. 8. Wer die Aussonderungen durchgeführt hat, weiß ich nicht. 9. Irgendwelche Zahlen kann ich nicht nennen. Im Lager waren bestimmt mehrere tausend Gefangene. Das war aber ein ‚Kommen und Gehen‘ unter den Gefangenen. Ich weiß, daß Kommissare und Juden ausgesondert wurden, die auch wegkamen. Ich weiß aber nicht, wohin sie kamen.“<sup>72</sup>

<sup>66</sup> Vgl. Einträge vom 15., 17., 19.10.1941 und 13.11.1941, in: ebenda, S. 151 ff.

<sup>67</sup> Bericht über die Besichtigungsfahrt des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J vom 17.-22.11.1941 vom 22.11.1941, in: BA-MA, RH 22/251.

<sup>68</sup> Vgl. Einträge vom 14. und 26.11.1941, in: Hartmann, Massensterben (wie Anm. 65), S. 153 f.

<sup>69</sup> Vgl. ebenda, S. 117.

<sup>70</sup> Vernehmungsniederschrift Friedrich M. vom 21.1.1969, in: HStA Hannover, Nds. 721 Hann., Ace. 90/99, Nr. 124, Bd. 2, Bl. 177-178, hier Bl. 177.

<sup>71</sup> Vernehmungsniederschrift Martin van R. vom 16.12.1968, in: Ebenda, Bl. 135-136, hier Bl. 136.

<sup>72</sup> Vernehmungsniederschrift August M. vom 17.1.1969, in: Ebenda, Bd. 6, Bl. 181-182, hier Bl. 181.

Andere Zeugen waren sich hingegen sicher, daß die Aussonderungen und Erschießungen direkt vom Lagerpersonal vorgenommen wurden; sie stritten die Anwesenheit von SD-Kommandos ab: „Ich weiß auch noch mit Bestimmtheit, daß sich einzelne dieser Dulag-Angehörigen mit den Zahlen der von ihnen erschossenen Russen brüsteten. Es wurden Zahlen wie 115 und 100 genannt. Noch Antwort: Ich hatte den Eindruck, daß die betreffenden Dulagangehörigen sich keinerlei Gedanken darüber machten, wenn ihnen solche Exekutionen befohlen wurden. Sie fanden es vielmehr als Selbstverständlichkeit, diese Befehle durchzuführen. (...) Auf Frage: Mir ist nichts bekannt darüber, daß während meiner Zugehörigkeit zum Dulag 203 SD-Kommandos im Lager waren.“<sup>73</sup>

Einige Zeugen meinten sich erinnern zu können, daß die Abwehrabteilung des Lagers verantwortlich war: „Mir war bekannt, daß Kriegsgefangene im Ic-Lager [119:] erschossen wurden. Die entsprechenden Befehle waren mir nicht bekannt. (...) Max Bendler hatte für die Aussonderung und die Überstellung ins Ic-Lager zu sorgen. Wir wußten alle Bescheid, daß dort die Erschießungen stattfanden. Ausgesondert wurden Kommissare. Die Aussonderungen fanden während meiner ganzen Zugehörigkeit zum Dulag 203 statt.“<sup>74</sup>

Wenn Christian Hartmann meint, die Aussagen des Hannoveraner Verfahrens wichen „jedoch so stark voneinander ab, daß aufs Ganze gesehen nur ein sehr verschwommenes Bild“ entstünde, so kann ich mich dem nicht anschließen. Zwar gaben die meisten der befragten Zeugen zu Protokoll, daß sie nichts von Erschießungen gehört hätten. Wer sich aber einmal mit bundesdeutschen NS-Prozessen beschäftigt hat, wird einräumen müssen, daß es sich wesentlich um Schutzbehauptungen gehandelt hat. Man kann sich wohl nur auf die Angaben der Zeugen verlassen, die direkt in diese Vorgänge involviert waren. Die Aussagen dieser Zeugen sind aber deutlich und aussagekräftig genug gewesen. Nimmt man den oben zitierten Tagebucheintrag von Gutschmidt aus Kochanowo hinzu, wird deutlich, daß die Erschießungen der Kommissare im Dulag 203 Kritschew wohl genauso verlaufen sind wie in anderen Kriegsgefangenenlagern im Osten auch. Selbst Hartmann muß konzedieren, daß die Autonomie seines Protagonisten, des Lagerkommandanten Johannes Gutschmidt, beim Massensterben des Winters 1941/42 und „bei der Liquidierung ganz bestimmter Gefangener“ endete.<sup>75</sup>

## **Beispiel II: Die Erschießungen von jüdischen und kranken Kriegsgefangenen im Stalag 305 Kirowograd und Adabasch**

Das Stammlager 305 wurde am 27. April 1941 aufgestellt und ab dem 16. August 1941 in Rzeszów (Reichshof) im Generalgouvernement eingesetzt. Es war ab Mitte Oktober 1941 im Raum Kirowograd am oberen Ingul stationiert und verblieb dort bis Ende 1943. Das Stalag 305 bestand aus dem Hauptlager Kirowograd, den Außenlagern Gefängnis Kirowograd und Adabasch mit Verwaltung in Novo Ukrainka. Das Landeschützenbataillon 783 bewachte die sowjetischen Kriegsgefangenen.<sup>76</sup>

Die Zustände im Zweiglager Adabasch, das für zwei- bis dreitausend Gefangene gedacht, jedoch stark überbelegt war, werden aus den Zeugenaussagen aus einem Prozeß gegen ehemalige Angehörige des Stalags 305 deutlich. Selbst wenn die Berichte – wie oben beschrieben – im Detail voneinander abweichen, wird aus ihnen doch die chaotische Situation im Lager klar: „Teilweise waren bis zu 16.000 [120:] und 20.000 Gefangene im Lager. Es herrschte Mangel an Unterkunftsmöglichkeit, Ärzten, Medikamenten und Verpflegung. Die Gefangenen brachten Seuchen ins Lager. Ruhr und Recktyphus grassierten im Lager, weshalb es nicht ausblieb, daß täglich viele Gefangene starben. Ich kann mich noch erinnern, daß teilweise eine tägliche Totenziffer von 50 bis 80 Mann zu verzeichnen war.“<sup>77</sup>

Insbesondere die völlig unzureichende Ernährung war für das Massensterben der Kriegsgefangenen verantwortlich, wie aus mehreren Vernehmungen hervorgeht: „Zu dieser Zeit stand uns ein Verpflegungssatz zur Verfügung, der für jeden Gefangenen etwa 6.000 Kalorien wöchentlich betrug. (...)“

<sup>73</sup> Vernehmungsniederschrift Alexander Sch. vom 14.7.1971, in: Ebenda, Bd. 2, Bl. 50-57, hier Bl. 54 ff.

<sup>74</sup> Vernehmungsniederschrift Adolf M: vom 4.12.1968, in: Ebenda, Bd. 6, Bl. 69-71, hier Bl. 70.

<sup>75</sup> Vgl. Hartmann, Massensterben (wie Anm. 65), S. 121, Anm. 128 und Zitat S. 136.

<sup>76</sup> Vgl. Gianfranco Mattiello/Wolfgang Vogt: Deutsche Kriegsgefangenen- und Internierteneinrichtungen 1939-1945, Bd. I, Koblenz 1986, S. 34 f.; Vermerk der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hannover vom 29.11.1974, in: HStaA Hannover, Nds. 721 Hann., Ace. 90/99, Nr. 158/6, Bl. 14-52, hier Bl. 16 f.

<sup>77</sup> Vernehmungsniederschrift Josef W: vom 20.4.1961, in: Ebenda, Ace. 97/99, Nr. 8/1, Bl. 261-269, hier Bl. 263.

Bevor ich mich zu dieser Frage näher äußere, möchte ich darauf hinweisen, daß der festgesetzte Verpflegungssatz von rund 850 Kalorien täglich zum Verhungern der Gefangenen führen mußte.“<sup>78</sup> Die Situation hielt wohl auch noch im Jahre 1942 an, wie ein Auszug aus dem Kriegstagebuch des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement über Transporte, die aus Kirowograd ankamen, zeigt: „57.) Am 12.7. in Drohobycz 1499 Kgf. eingetroffen. Gesundheitszustand schlecht, viele Verwundete. Bekleidung schlecht, 90 % barfuß. Holzschuhe wurden vor Abtransport abgenommen. Transport aus Kirowograd. 58.) Am 12.7. in Drohobycz 1490 Kgf. eingetroffen. Schlechter Ernährungszustand, viele schwache. Bekleidung sehr schlecht, zerlumpt. Holzschuhe wurden vor Abtransport abgenommen. Transport aus Kirowograd.“<sup>79</sup>

Die Tatsache, daß Juden und Kommissare ausgesondert werden sollten und darüber ein Befehl existierte, war allgemein bekannt: „Selbstverständlich war genauso wie allen anderen Einheitsangehörigen bis herunter zu den Hiwis die Existenz des Befehls bekannt, daß Juden und Kommissare unter den Kriegsgefangenen im Lager auszusondern sind.“<sup>80</sup>

Wie die Aussonderungen und Erschießungen konkret vor sich gingen, soll an einem Beispiel vom November 1941 gezeigt werden. Im Gegensatz zu der sonst üblichen Praxis wurden hier die ausgesonderten jüdischen Kriegsgefangenen nicht an SD-Kommandos übergeben, von denen sie dann erschossen wurden, sondern das Erschießungskommando wurde von der Wachkompanie gestellt, dem Landeschützenbataillon 783. Die Aussonderung wurde von den Lagerärzten vorgenommen, nachdem bereits am Lagereingang eine Vorsortierung der Gefangenen erfolgte, wie mehrere Zeugen bestätigen: „Dazu kann ich sagen, daß in dieses [121:] Lager jeden Abend viele russische Kriegsgefangene kamen, teilweise aus Uman, die schon am Lagereingang von dem Milizkommandanten – dieser war ein russischer Hiwi mit Vornamen Alex – gesiebt wurden und zwar darauf, ob diese Juden waren oder Kommissare. Diese Leute, die durch Alex herausgesucht worden waren, kamen im Anschluß daran zu dem russischen Lagerarzt, der sie auf ihre Beschneidung hin untersuchte. Wenn der Arzt feststellte, daß die Juden beschneitten waren, kamen diese mit den festgestellten russischen Kommissaren in eine besondere Baracke.“<sup>81</sup> Dabei hat es sich um ungefähr 150 jüdische Kriegsgefangene gehandelt, die dann auf einer Anhöhe in der Nähe des Lagers erschossen wurden.<sup>82</sup>

Ursprünglich sollten die so ausgesonderten sowjetischen Kriegsgefangenen wohl einem SD-Kommando übergeben werden, was aber nicht klappte, wie zwei Zeugen übereinstimmend aussagten.<sup>83</sup> Während der Verhandlungen mit dem Wehrmachtbefehlshaber der Ukraine, General Kitzinger, mußten die Kriegsgefangenen auf ihr Schicksal warten. Hauptmann Garbe vom Landeschützenbataillon hielt dann eine Ansprache und erklärte, daß die SS die ausgesonderten jüdischen Gefangenen nicht abholen könne und er den Befehl erhalten habe, diese Gefangenen durch seine Kompanie erschießen zu lassen. Er erklärte jedoch, daß er für die Erschießung nur Freiwillige nähme.<sup>84</sup>

Nicht zu übersehen ist das in vielen Aussagen auftauchende Motiv der Neugier, das die Wehrmachtangehörigen dazu bewog, an der Erschießung als Zuschauer teilzunehmen. Dieser Neugierde verdanken wir detaillierte Schilderungen der Exekution. Bereits auf dem Weg zur Erschießungsstätte wurden einzelne Gefangene getötet: „Zu der Exekution war ich nicht befohlen. Ich war, wie man so sagt, als Zuschauer dort. (...) Es war vielleicht pure Neugierde von mir. (...) Sie [die Gefangenen, K. L.] befanden sich alle in einem äußerst schlechten körperlichen Zustand. Dadurch bedingt, sind einzelne Juden auf dem Wege zum Erschießungsplatz zusammengebrochen. Wie ich selbst gesehen habe, hat eine Person des Bewachungskommandos die zusammengebrochenen Juden durch Genickschuß

<sup>78</sup> Vernehmungsniederschrift Günther Ferdinand H: vom 20.11.1962, in: Ebenda, Nr. 8/6, Bl. 809-839, hier Bl. 814 f.  
<sup>79</sup> Anlagen zum KTB des M.i.G. Nr. 1-170 für die Zeit vom 9.2.1942 bis zum 29.7.1942, Sonderbeitrag des Qu. 2 zum KTB über neu eingetroffene Kriegsgefangene, in: BA-MA, RH 53-23/85.

<sup>80</sup> Vernehmungsniederschrift Josef W. vom 20.4.1961, HStaA Hannover, Nds. 721 Hann., Ace. 97/99, Nr. 811, Bl. 261-269, hier Bl. 266.

<sup>81</sup> Vernehmungsniederschrift Albrecht S. vom 22.5.1964, in: Ebenda, Nr. 8/7, Bl. 1592-1596, hier Bl. 1593.

<sup>82</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Karl R. vom 28.3.1962, in: Ebenda, Nr. 8/1, Bl. 432-441, hier Bl. 438 f.

<sup>83</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Günther Ferdinand H. vom 20.11.1962, in: Ebenda, Nr. 8/3, Bl. 809-839, hier Bl. 828.

<sup>84</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Karl Friedlich H. vom 25.4.1962, in: Ebenda, Nr. 8/1, Bl. 482-491, hier Bl. 486 f.

getötet.“<sup>85</sup> Mit der Kamera hielt ein weiterer Zeuge die Ereignisse fest: „Eines Tages habe ich gehört, daß Gefangene, nämlich Juden, erschossen werden. Aus diesem Grunde ging ich mit meiner Kamera zu der kleinen Anhöhe beim Lager, auf der sonst die Gefangenen beerdigt wurden, weil dort die Ex. stattfinden sollte. [122:] Bei meinem Eintreffen sah ich, daß etwa 10 bis 12 Gefangene vor dem Exekutionskommando standen, das sich aus Angehörigen meiner Kompanie zusammensetzte. Ich habe dann noch eine Salve gehört und gesehen und diesen Moment auch im Bild festgehalten.“<sup>86</sup>

Den meisten Gefangenen wurde ihr drohendes Schicksal wohl erst im Angesicht des Exekutionskommandos bewußt. Sie schrieten, weinten und beteten, manche versuchten vergeblich auszubrechen. Ein Zeuge, der die Erschießung aus 30 Metern Entfernung sah, erinnerte sich, daß ein Arzt die Gefangenen, die noch Lebenszeichen von sich gaben, mit einer Pistole tötete.<sup>87</sup> Die Erschießung Gefangener durch die Wachkompanie war wohl eher die Ausnahme. Im Regelfall wurden sie dem SD in Novo Ukrainka übergeben.<sup>88</sup>

In Kirowograd gab es auch „Aussonderungen“ von Kranken und Verwundeten. Sie wurden von Wehrmachtangehörigen selektiert und dann von einem SD-Kommando erschossen, wie ein Mitarbeiter des Kriegsgefangenen-Lazaretts in Kirowograd aussagte: „Im Sommer 1942 oder 1943 kam von der Lagerleitung der Befehl, alle nicht mehr heilbaren Insassen des Lazarettes namentlich zu nennen. Der Befehl lautete in etwa: ‚Es sind alle nicht mehr heilbaren Kranken namentlich aufzuführen.‘ Ich bekam den Befehl direkt von meinem Oberstabsarzt. (...) Einige Zeit nachher standen plötzlich zwei Lastwagen der SS da und holten die auf der Liste aufgeführten Kriegsgefangenen ab. Sie fuhren die Leute auf einen Platz hinter dem Lazarett, es war ca. 500 m entfernt. Es handelte sich um eine Kiesgrube. Die Gefangenen wurden in die Grube gelegt, stehen konnten sie nicht mehr, dazu waren sie viel zu schwach und dann anschließend von einem SS-Kommando mit Maschinenpistolen und Pistolen erschossen.“<sup>89</sup>

Diese Aussage wurde durch den Leitenden Arzt des Stalags 305 bestätigt: „Ich erinnere mich jetzt, daß im März 1943 (ungefähr) kranke und arbeitsunfähige Gefangene ausgesondert werden sollten. (...) Sie waren in Kirowograd in der Nähe des Kgf.-Lazaretts in einem besonderen Gebäude untergebracht. Es dürften etwa 20 solcher Invaliden gewesen sein. Dr. B. erschien bei mir und berichtete, der SD habe diese Invaliden abgeholt. Er, B., sei aber neugierig gewesen und dem Transport nachgegangen. Er habe gesehen, daß der SD diese Invaliden unweit des [123:] Lazaretts erschossen habe.“<sup>90</sup> Im Gegensatz zu seinem Vorgesetzten hatte der bereits oben zitierte Dr. B. in einer früheren Aussage die Verantwortlichkeit der Ärzte betont und auch zugegeben, bei der Exekution selbst anwesend gewesen zu sein: „Ich weiß heute nur noch, daß dort SD-Leute waren. (...) Ich bin jedenfalls bei der Erschießung der Gefangenen zugegen gewesen. Die Gefangenen waren gar nicht gehfähig, sie wurden in eine Grube getragen. Dann wurden sie vom Grabenrand von SD-Leuten erschossen, wohl mit Maschinenpistolen.“<sup>91</sup>

Bei der oben geschilderten Exekution kam es zu einem Zwischenfall: Ein Feldwebel, der das Erschießungskommando anführte, verfolgte einen geflohenen Gefangenen und brachte ihn um, wie mehrere Zeugenaussagen belegen: „Ich habe gesehen, daß einer der Absperrposten, der mir namentlich aber nicht mehr in Erinnerung ist, anlegte und auf den flüchtenden Gefangenen schießen wollte, K. bedeutete diesem Posten mit einer Handbewegung, daß er nicht schießen solle und lief dem Gefangenen nach. Während des Laufes zog K. sein Seitengewehr, und als er nach etwa 50 Metern den Gefangenen

<sup>85</sup> Vernehmungsniederschrift Alois Sch. vom 21.5.1964, in: Ebenda, Nr. 8/5, Bl. 1200-1207, hier 1203 f.

<sup>86</sup> Vernehmungsniederschrift Johannes B. vom 6.9.1962, in: Ebenda, Nr. 8/3, Bl. 705-717, hier Bl. 710.

<sup>87</sup> Vernehmungsniederschrift August N. vom 2.10.1962, in: Ebenda, Bl. 733-746, hier Bl. 739 f.; Vernehmungsniederschrift Karl Friedrich H. vom 25.4.1962, in: Ebenda, Nr. 8/1, Bl. 482-491, hier Bl. 487; Vernehmungsniederschrift Johann L. vom 26.4.1962, in: Ebenda, Bl. 492-501, hier Bl. 497.

<sup>88</sup> Vernehmungsniederschrift Walter Z. vom 2.6.1964, in: Ebenda, Nr. 8/6, Bl. 1359-1367, hier Bl. 1354.

<sup>89</sup> Vernehmungsniederschrift Heinz-Hermann B. vom 12.3.1974, in: Ebenda, Nds. 721, Acc. 90/99, Nr. 15812, Bl. 162-167, hier Bl. 165 f.

<sup>90</sup> Vernehmungsniederschrift Max K. vom 5.8.1964, in: Ebenda, Nr. 8/7, Bl. 1534-1541, hier Bl. 1539.

<sup>91</sup> Vernehmungsniederschrift Heinz-Hermann B. vom 2.7.1965, in: Ebenda., Nds. 721 Hann., Acc. 97/99, Nr. 8/8, Bl. 1851-1853, hier Bl. 1852.

eingeholt hatte, stach er mit dem Seitengewehr von oben herab auf den Gefangenen ein. Dieser fiel sofort zusammen und wurde dann liegengelassen.“<sup>92</sup> Der Zeuge erinnerte sich vor allem deshalb so genau, weil er das Bild vor Augen hatte, wie Feldwebel K. „sein blutbeschmiertes Seitengewehr im Schnee reinigte“.<sup>93</sup> Dieser brutale Mord wurde auch von anderen Zeugen bestätigt.<sup>94</sup>

Wie mehrere Zeugen bestätigten, kam es aber auch abseits der Erschießungen immer wieder zu einzelnen Morden, die für den menschenverachtenden Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen typisch waren: „Als ich nun so dort stand, sah, daß der von mir schon in der früheren Vernehmung erwähnte R. (Vorname wahrscheinlich Willi) einen der Häftlinge mitten in dem Trubel vor sich stehen hatte und ihm die Gewehrmündung unter das Kinn hielt und abdrückte, so daß die Schädelplatte des Häftlings hochflog. (...) Ich habe selbst etwa 10 m von der Stelle entfernt gestanden, an der sich der Vorfall zutrug.“<sup>95</sup> Daß bei solchen Morden sehr häufig Alkoholkonsum im Spiel war, der zu einer weiteren Enthemmung der [124:] Täter führte, ist auch aus anderen Zusammenhängen bekannt und wurde auch für Kirowograd von Zeugen berichtet.<sup>96</sup>

## Resümee

An der Ermordung der Kommissare sowie weiterer spezieller Gruppen unter den sowjetischen Kriegsgefangenen, diesem von vornherein geplanten Verbrechen, waren Wehrmächteinheiten unzweifelhaft federführend beteiligt. Zu diesem Schluß kommt auch Christian Gerlach in Bezug auf Weißrußland. Auch dort waren für die meisten Gefangenenerschießungen Wehrmachtangehörige verantwortlich.<sup>97</sup> Deshalb stellt sich die Frage, ob Debatten um ihre prozentuale Beteiligung an Verbrechen sinnvoll und weiterführend sind.<sup>98</sup> Auch wenn man konzedieren muß, daß wahrscheinlich nur eine vergleichsweise geringe Anzahl von ihnen direkt an solchen Verbrechen beteiligt war, muß man doch die „Mittäterschaft“ und das Mitwissen vieler anderer einräumen, die erst die notwendigen Voraussetzungen für diese Verbrechen schufen.

Es konnte gezeigt werden, wie ubiquitär und bekannt diese Morde waren, die sich weder mit militärischen Notwendigkeiten noch – wie es häufig beim Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen durch Hunger und mangelhafte Unterbringung versucht wird – mit logistischen Problemen erklären lassen. Sie waren der Ausdruck der rassistischen und antibolschewistischen Einstellung der Nazis, die auch in weiten Teilen der Wehrmacht akzeptiert wurde: Der rassistische und „weltanschauliche“ Gegner sollte vernichtet werden. Insofern fand der Hitlerfaschismus erst in Krieg und Vernichtung seinen „Aggregatzustand“, das Ziel und zugleich Movers seiner gesamten Anstrengungen. Deshalb stellt sich weniger die Frage nach dem Grad der Beteiligung von Wehrmachtsoldaten, sondern eher danach, ob die angestrebte „Volksgemeinschaft“ erst im gemeinsamen Morden ihre Vollendung fand. Die Herren über Leben und Tod brauchten die Konstruktion eines radikal anderen – egal, ob Kommissar, Jude oder Asiat –, um die Integration der eigenen Gruppe zu forcieren.<sup>99</sup>

---

<sup>92</sup> Vernehmungsniederschrift Georg Jakob S. vom 30.10.1962, in: Ebenda, Nr. 8/3, Bl. 759-769, hier Bl. 762 und 764 f.

<sup>93</sup> Ebenda, Bl. 762.

<sup>94</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Karl-Friedrich H. vom 6.6.1966, in: Ebenda, Nr. 8/11, Bl. 28-31, hier Bl. 29; Vernehmungsniederschrift Christian Z. vom 13.6. 1966, in: Ebenda, Bl. 56-58, hier Bl. 57.

<sup>95</sup> Vernehmungsniederschrift Emil C. vom 1.8.1974, in: Ebenda, Ace. 90/99, Nr. 158/5, Bl. 193-197, hier Bl. 194.

<sup>96</sup> Vgl. Vernehmungsniederschrift Karl S. vom 1.6.1964, in: Ebenda, Ace. 97/99, Nr. 8/6, Bl. 1349-1358, hier Bl. 1352 f.

<sup>97</sup> Vgl. Gerlach, Morde (wie Anm. 4), S. 855.

<sup>98</sup> Vgl. zuletzt zu den Debatten um die Frage, wieviel Prozent der Wehrmachtsoldaten an Verbrechen im Osten beteiligt waren: Christian Hartmann: Verbrecherischer Krieg – verbrecherische Wehrmacht? Überlegungen zur Struktur des deutschen Ostheeres 1941-1944, in: *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte*, 52 (2004) 1, S. 1-75; ders.: Wie verbrecherisch war die Wehrmacht? Zur Beteiligung von Wehrmachtangehörigen an Kriegs- und NS-Verbrechen, in: Ders., Johannes Hürter, Ulrike Jureit (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005, S. 69-79.

<sup>99</sup> Vgl. dazu bezogen auf die strukturell ähnlich wirkende antisemitische Gewalt in Deutschland: Michael Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz, Hamburg 2007.

[125:]

KURT PÄTZOLD

**„Gesundheitlich geht es mir soweit ...“**  
Des Gefreiten Herbert T. Briefe von Ostfront

Was ich von dem Manne weiß, birgt ein unansehnlicher alter Pappkarton, den einfache Metallklammer zusammenhalten, die mit den Jahrzehnten Rost angesetzt haben. Darinnen eine Sammlung von Briefen, die in einem Zeitraum von kaum zwei Jahren geschrieben wurden. An die Liebste in der sächsischen Heimat, ein Mädchen, das 1941, da setzen die Briefe ein, nicht älter ist als 17 Jahre war. Die Tochter eines Kohlenhändlers in Niederstrahwalde, einem Ort in der Nachbarschaft des ungleich bekannteren Herrenhuth, der, da der Handel mit Heizmaterial die Familie nicht ernährt, auch eine kleine Landwirtschaft betreibt. Sie ist Hausgehilfin und besucht eine berufliche Weiterbildung. Im Bund Deutscher Madel hat sie es zu einer kleinen Führerstellung gebracht. Nach Haltung und Gesinnung gehört sie zu jener jungen ahnungsarmen Generation, die „der Führer“ formen läßt und liebt. Nun hat sie fern einen Geliebten, um den sie sich zunächst nicht zu sorgen braucht.

Der Gefreite Herbert T., der bald nach Kriegsbeginn, eben zwanzigjährig, zur Wehrmacht eingezogen wurde, ist mit seinem Infanterie-Regiment, dem 274., seit Februar 1941 in Nancy in Frankreich stationiert. Wohin er in den Monaten vorher befohlen worden war, ist ungewiß. Das zur 94. Infanterie-Division gehörende Regiment war im September 1939 in Zeithain und Königsbrück in Sachsen formiert und nach dem Frankreichfeldzug, an dem es teilgenommen hatte, aufgelöst worden. Seine Angehörigen wurden, mit Ausnahme des Stammpersonal, zeitweilig entlassen. Im Jahr darauf folgte im Februar die Neuauftellung, die der Vorbereitung auf den Krieg gegen die UdSSR geschuldet war.

Blickt der Briefschreiber zurück, ist von alledem keine Rede, sondern nur von seiner Kaserne in Ostsachsen. Orden oder andere Auszeichnungen hat er sich bislang nicht verdient. Ob er sich nie in Frontnähe befand oder dies auf seine Tätigkeit zurückgeht, er gehört als Koch zum Küchenzug, läßt sich nicht aufklären. Jedenfalls sollte dieser Aufenthalt „an der Quelle“ ihm bald manches ersparen. Nun wird der Sitz eines Armeekommandos bewacht (23.3.1941), müssen Nacht- und Gewaltmärsche absolviert, das Schießen geübt und der alltägliche Drill hingenommen werden. Von alledem hat er – eine sich wiederholende Wendung in seinen Texten – „den Kanal voll“. In nahezu jedem Brief wünscht er das Ende des Krieges herbei. Er langweilt sich, will „von diesem Haufen weg“ [126:] (19.3.1941), läßt sich aber auch „das Gebotene“ nicht entgehen, bekomme man das doch nicht gleich wieder. (26.2.1941) Sonntägliche Spaziergänge mit Kameraden am Rande der Stadt und Kinobesuche- „Bismarck“ (4.3.1941), „Sieg im Westen“ (12.3.1941) „Operette“ (16.3.1941), „Rosen in Tirol“ (30.3.1941), „Wunschkonzert“ (10.4.1941) – unterbrechen das Einerlei. Knapp formuliert er Eindrücke: „sehr nett“, „herrlich“, „sehr gut“ oder „schön“. „Der ewige Jude“ würde gezeigt, doch habe er gehört, daß damit „nicht viel los sein“ solle. (25.2.1941) Daß er sich für Bauten und Museen der Stadt interessiert, ein Buch gelesen oder auch nur Nachrichten von Presse oder Rundfunk intensiv verfolgt hätte, ist der Post nicht zu entnehmen. Der Soldat ist ein schlichter Mann und wie viele Millionen in die Wehrmacht Einberufener hat ihm am letzten Tage seines Schulbesuches nicht geschwam, daß er über Jahre Gedanken und Gefühle ihm nahestehenden Menschen auf Papier mitzuteilen haben würde.

Seine Briefe weisen, in welchen Situationen er sie auch schrieb, eine einfache Struktur auf. Sie beginnen mit der Bestätigung des Eingangs der Post, dann folgen häufig Klagen über deren Ausbleiben als Folge des Versagens der Feldpost, und wenn solche – umgekehrt – an ihn gelangen, versichert er Schreibfleiß und nennt die Daten, an denen seine Briefe verfaßt wurden. Zur Einleitung gehört die Bestätigung empfangener und die Erwähnung abgesandter Päckchen. Er ist kein auf Einkäufe spezialisierter Mann, doch in den wenigen Monaten seiner Stationierung im eroberten Land geht in Sendungen Bohnenkaffee, Schokolade, Pralinen, Schreibpapier, Strümpfe nach Sachsen ab, auch Gardinstoff, den die Schwiegermutter in spe erbeten hatte. Im Mittelteil gibt es knappe Informationen über seine wenigen Erlebnisse, gemischt mit Hoffnungen und Wünschen für die Zukunft, die baldige Rückkehr ins Zivilleben. Das Briefende wird formelhaft mit den Worten „Gesundheitlich geht es mir soweit gut“ oder auch

„noch gut“ eingeleitet und dem Ausdruck der Hoffnung, daß das auch für die Empfängerin gelten möge. Dann folgen Mitteilungen und Anfragen über das Ergehen von Verwandten und Freunden, solchen zu Hause wie anderen, die wie er Soldat sind. Schließlich wird aufgezählt, wer Grüße übermittelt, denn viele kommen aus der gleichen Gegend her und also kennt man einander, und an wen solche ausgerichtet werden sollen, wobei eine Frau Oberlehrer artig nie vergessen wird. Nur wenn es der fernen Geliebten gesundheitlich schlecht geht, die sich arbeitend in der Küche der Herrnhuter Brüdergemeine, wohin sie dienstverpflichtet wurde, überanstrengt, wird von diesem Schema abgegangen. Dann werden Sorgen ausgedrückt und eindringliche Ratschläge niedergeschrieben.

Nichts deutet darauf hin, daß sich Herbert T. über das Woher und das Wohin des Krieges irgendwelche Gedanken gemacht hätte. Gelegentlich äußert er sich abfällig über „die Herrschaften“, doch präsentieren die nicht eine höhere Obrigkeit, gemeint sind vielmehr Offiziere im Regiment oder anonyme Vorgesetzte, die er für das Ausbleiben einer Urlaubsgewährung oder die Verpflichtung zu einer schikanösen Aufgabe verantwortlich hält. Die Nachricht, daß sein Schwiegervater in [127:] spe, der zum Geburtsjahrgang 1897 gehört, die Einberufung erhalten hat, kommentiert er mit der Bemerkung „der Fahne ist doch alles egal“. (19.3.1941) Doch zielt auch das nur auf vermutete Gedankenlosigkeit von Wehrmachtsbürokraten, nicht auf oder gegen ein System.

Kein Wort in einem der Briefe aus Nancy über das Leben der Einwohner, die sich diese „Gäste“ doch nicht herbeigewünscht haben. Es scheint sie für ihn nicht zu geben. Nach einem Besuch einer Aufführung geht ihm die Formulierung „unser Theater“ (12.3.1941) mühelos aufs Papier. Über den Film „Ohm Krüger“ schreibt er, daß der in die jetzige Zeit passe und durch ihn der Haß gegen die Engländer weiter angestachelt worden wäre. (3.6.1941) In seinem Verständnis muß noch weiter gesiegt werden, damit – auch die Kennzeichnung gerät ihm mal in die Feder – der „Schwindel“ zu Ende geht und das Kriegsende erreicht ist. (11.4.1941). Als die Wehrmacht in Jugoslawien und Griechenland einfällt, drückt er sein Bedauern aus, daß er der Eintönigkeit seines Daseins nicht entrinnen und dort nicht dabei sein kann, „wo es kracht“ (11.4.1941). Zumeist fällt er in die Apathie des „Landsers“, der schicksalsergeben tut, was verlangt wird, und erträgt, was „nicht zu ändern“ ist. „Ein Soldat darf sich nichts anmerken lassen“ (6.3.1941), darf den „Kopf nicht hängen lassen“, „Jeder muß seine Pflicht tun“, „Alles geht vorüber“, „Auch dieser Krieg findet sein Ende“, „Unkraut vergeht nicht“ – derlei Sprüche, mit denen er sich um das Erfragen des Wirklichen drückt und den Seinen den Mut des Ausbarrens zuspricht, schreibt er mit Vorliebe, wie er, eigener Ausdrucksmittel ermangelnd, wieder und wieder in stereotype Wortwendungen flieht. In einem einzigen Brief findet sich ein Bezug zur Literatur. Er schreibt zwei Strophen eines Gedichts ab, die seine Liebe und Sehnsüchte ausdrücken sollen. (14.3.1941)

Dann darf er in Urlaub fahren, von dem er Mitte Mai 1941 wieder zurückkehrt. Er erlebt Fliegeralarm, erträgt eine Ausgangssperre wegen einer Scharlach-Epidemie, bedauert, daß sein Hauptmann bei einem Unfall mit einem Motorrad glimpflich davon kam und beteuert in seinen Briefen weiter, wie sehulich er ein Ende herbeiwünscht. (14. Mai 1941). Und am 17. Juni 1941 befindet er knapp, daß „doch wieder überall Ruhe“ ist, meint aber vier Tage darauf, daß er und seine Kameraden froh wären „wenn wir noch einmal zum Einsatz kämen“. (21.6.1941) Da ist es keine 24 Stunden mehr bis zum Angriff auf die UdSSR, eine Nachricht, die ihn nicht zu schrecken vermag. Auch der Krieg werde nicht lange dauern und dann gehe es in die Heimat. (23. u. 24.6. 1941) Am 6. Juli ist er in „Feindesland“, in der „Ukrayne“, wo er Dreck, Staub und freundliche Leute antrifft. Die Art, in der er beiläufig seine Beobachtungen des jüdischen Teils der einheimischen Bevölkerung niederschreibt, bezeugt, daß er die Vorurteile der Antisemiten uneingeschränkt teilt. (12.7. 1941) Eine Vorstellung, auch nur eine geographische, vom überfallenen Riesenreich besitzt er nicht. Für „alte Leute“, urteilt er nach ersten Eindrücken mit dem Blick auf den Vater seiner Geliebten, sei das Land jedoch nichts, das er später in Briefen „Hundetürkei“ (20.8.1941) und „ein Sauland“ [128:] (20.2.1942) nennt. Er erwartet, „zum Einsatz“ und mit dem Feind in Berührung zu kommen, „vorausgesetzt, daß die nicht so schnell ausreißen“. (16.7.1941) Als er eine Woche darauf das Gerücht hört, die Regierung sei geflohen, meldet er nach Sachsen, daß er bis August wieder zu Hause sein wird. (13.7.1941) Da ist er am Dnjepr, wo er mit sowjetischen Luftangriffen und gegnerischem Artilleriefeuer bekannt wird. (3. u.

10.8.1941) Es vergehen jedoch keine drei Wochen, gerechnet von seinem Eintreffen auf sowjetischem Boden, und er schreibt in die Heimat, daß er nur jedem gratulieren könne, der nicht hier in Rußland ist. Seine Lust, in Gefechte und Schlachten zu geraten, ist verflogen, und er fragt: „Was nützt mir jede Auszeichnung, wenn ich als ein Krüppel“ zurückkehre. (25.8.1941) Es beginnt kalt zu werden und ihm graut vor dem Winter (31.8. u. 6.9.1941). Dann geht es über den Fluß ostwärts (27. u. 28.9.1941), Doch am Tage seines Geburtstags, dem 6. Oktober, gibt Hitlers Aufruf ihm Optimismus, hat der Führer doch in einer Proklamation versprochen, daß in diesem Jahr noch Schluß sein werde. Er sieht sich im letzten Angriff. Dann folgen die ersten Briefe mit Angaben von Toten durch Lufttacken und die Vorhersage, wenn es so weiter gehe, werde „keiner mehr gesund nach Hause“ kommen (19.10.1941). Der „Haufe“, berichtet er Anfang November, da befinden sie sich nahe Kramatorsk, werde immer kleiner. (3.11.1941) Wenig später frieren er und seine Kameraden jämmerlich und müssen sich, da Winterbekleidung nicht ausgegeben wurde (20.11.1941), Handschuhe selber nähen. (3.11.1941) „Das Kriegsspielen macht jetzt keinen Spaß mehr“, schreibt er merkwürdigerweise, da doch aus keinem seinem früheren Briefe zu entnehmen ist, daß es ihm je Spaß gemacht hätte. (27.11.1941) Drei Tage vor „Heilig Abend“ betrachtet er es als „Geschenk des Himmels“, wenn er aus diesem Lande herauskommen würde. (21.12.1941) In seinem Bericht über den Weihnachtsabend sind als Geschenke der „Fahne“ ein Stollen, ½ Flasche Wein, 1 ½ Tafeln Schokolade und 35 Zigaretten vermerkt, wodurch er sich unerwartet reichlich beschenkt sieht. (24.12.1941) Immer häufiger träumt er sich in den Moment, da er nicht mehr Soldat und in der Heimat sein wird. Dann werde „etwas auf den Kopf gestellt“, eine Reise unternommen, auf Geld nicht gesehen, denn von seinem Sold, für den es keine Verwendung gibt, hat er dafür Ersparnisse gemacht. Regelmäßig gehen Geldsendungen nach Strahwalde.

Der Tiefwinter mit 40 Grad unter Null wird in rückwärtigen Quartieren verbracht. (27.12.1941) Schneestürme toben. (29.1.1942) An der Front müsse es grauenvoll sein. (21.1.1942) Ein Fronttheater kommt und geht. (18.1.1942) Das sich verbreitende Rheuma bleibt und, fürchtet er, sie alle werden wohl als Krüppel heimkehren. Viele haben sich Füße, er nur folgenlos die Nase erfroren. (20.2.1942) Gegen Ende Februar fühlt er den Winter zu Ende gehen. (27.2.1942) Immer wieder vermeldet er Gerüchte von einer Verlegung in den Balkan. (3.3.1942) Das bleibt Wunsch. In einem Brief erörtert er die Möglichkeit, in Gefangenschaft zu geraten. Dann werde man bei Kriegsende ausgetauscht. Doch wolle er sich das nicht vor-[129:]stellen, sondern in einem solchen Falle lieber selber ein Ende machen. (4.3.1942) Als das Frühjahr erreicht ist, erwartet er die nächste Offensive und vermutet, daß die Lage sich vielleicht bald ändern werde. (1.6.1942) Doch, anders als im Jahr zuvor, dabei sein will er beim Ansturm nicht, sondern bevorzugt, was wieder eine Parole verspricht, mit seiner Formation zur Sicherung des Hinterlandes eingesetzt zu werden. Jedenfalls habe der Krieg die längste Zeit schon gedauert.

Vor allem aber hofft er auf Urlaub. Auf der Liste derer, die an die Reihe kommen, rückt er nach vorn. Im Juni ist es soweit. Er darf Wochen im Hause seiner Liebsten und mit ihr in dem seiner Eltern verbringen. Es werden seine letzten in Deutschland. Die Rückkehr zum Regiment dauert länger als gedacht. Der Angriff, dessen Ziel Stalingrad und die Wolga sind, hat begonnen. Suchend fährt er den ostwärts Vordrungenen nach. Während dieser Fahrt gewinnt er Eindrücke vom Elend, das über die Bevölkerung des Landes gekommen ist. Doch wieder keine Frage nach dem Woher. Denn „es ist halt Krieg“ und, teilt er mit, an das „Kriegsspielen“ habe er sich nun doch gewöhnt. (17.8.1942) Sein Regiment findet er bei Woroschilowgrad, an dessen Eroberung es beteiligt war. (25. u. 27.7.1942) Inzwischen ist es Ende Juli. Die Wehrmachttruppen haben den Don erreicht. Da sind es bis in die Stadt an der Wolga für ihn noch etwa 120 Kilometer. Je häufiger es in den Formationen, die er überblickt, Tote gibt, um so konsequenter vermeidet er deren unumschriebene Erwähnung. Statt dessen bevorzugt er mit diesem oder jenem Zusatz die Wendung, es habe „reingerissen“. (5.8.1942) Am 8. August schreibt er: „Wir sind nun bald an der Wolga“ und glaubt, sie würden dort Besatzungsfunktionen erhalten. Erstaunt ist er über das, was der Gegner noch an Kräften und Waffen besitzt, doch ist ihm gewiß: Das ist dessen letztes Aufgebot. (11.8.1941) Er, dem vor einem zweiten Winter zu grauen beginnt, hofft zuversichtlich, daß noch in diesem Monat Stalingrad erreicht sein werde. (25.8.1942)



Daran klammert er sich fest, wenn ihm Angriffe sowjetischer Flugzeuge auch da Zweifel aufkommen lassen. (28.8.1942) Sein Optimismus und seine Hoffnungen auf dieses und jenes werden ihm mehr und mehr zu einer unverlässlichen Krücke.

Auf dem Vormarsch nach Stalingrad – in jedem Brief gibt er die noch vor ihm liegenden Kilometer an, am 25. August seien es noch 45-50, drei Tage darauf noch 25 Kilometer – hat er im September den Krieg endgültig satt, Die Passagen, in denen er ihn verdammt, werden länger, die Bilder drastisch und die Ausdrücke kräftig. Tierisch und grausam gehe es in dieser Schlacht zu. Ruhepausen gäbe es nicht mehr, kaum sei man an einer Stelle aus der Frontlinie heraus, werde man an einem anderen Abschnitt wieder in die Scheiße, er schreibt das Wort nicht aus, kommandiert. Was an Ersatz für Tote und Verwundete herbeigeschafft werde, seien Schulkinder, Kanonenfutter. In diesen Zeilen verrät sich, wie ausgemergelt und ausgelaugt die deutschen Soldaten schon waren, bevor sie bis zur Stadt an der Wolga gelangten, der Winter hereinbrach und der Kampf um jede Ruine entbrannte. Als er am 12.9., wie er schreibt, nur noch Meter vor der zu erobernden Stadt steht, nachts nach wie vor sowjetische Flugzeuge angreifen, glaubt er sich [130:] im „schlechtesten Winkel des ganzen Krieges“, in einem Hexenkessel. Doch daß er in einem zusammengeschmolzenen „Haufen“ unverletzt überlebt hat, läßt ihn glauben, daß die Kugel, die ihn treffen könnte, für ihn noch nicht gegossen ist und daß dies in diesem Kriege nicht passieren werde. Stalingrad wird in den nächsten Tagen fallen, prophezeit er. (16.9.1942) Doch er irrt, erlebt den nächsten „schwarzen Tag“ für die Kompanie und wünscht, das „Menschenmorden“ möge endlich aufhören. Der Krieg hat von ihm beiläufig einen anderen Namen erhalten. (18.9.1942) Zwei Tage vergehen noch, da hat seine Division die Wolga erreicht, er blickt auf den Strom, der ihm das Endziel zu sein scheint. (20.9.1942)

Dann zerschlägt sich sein wieder gehegter Wunsch auf Ablösung und Ruhe im Hinterland, was ihn mitteilen läßt, daß sie alle das Vertrauen „zu unserer Führung verloren“ hätten. (25.9.1942) Offenbar kommen sie aber nur ein wenig aus der vordersten Schußlinie. Sie backen am Tage des „Erntedankfestes“ Plinsen, spielen Skat und erleben den nächsten Angriff von Bombenflugzeugen. (4.10.1942) Eintönig sei das Leben, der Tag verginge mit Skat und Würfelspiel und der Winter stehe nun bevor. (15.10.1942) Als der Oktober zu Ende geht schreibt er: „Ich ahne jedenfalls Schreckliches“ (26.10.1942) und hofft dennoch, in ein Winterquartier hinter den Don zurückverlegt zu werden – 180 km weg von Stalingrad. (30.10.1942) Es folgt die Einschließung der 6. Armee. Pro Woche wird den Umringten die Absendung eines Luftpostbriefes erlaubt. (8.12.1942) Am 25. Dezember berichtet er, daß er und seine Kameraden „die traurigsten Weihnachten“ ihres Lebens verbracht hätten und wieder: Hoffentlich findet der Krieg bald sein Ende. Vor das letzte Wort hat er nachträglich „siegreiches“ gesetzt. Dann brechen seine seltener gewordenen Briefe ganz ab.

Ihnen sind zwei hinzugefügt, die aus der Feder der Empfängerin stammen. Sie hat sich mit dem Stempelvermerk zurückerhalten „Unzustellbar“. Geschrieben wurden sie am 9. und am 11. November 1942. Das können die letzten Briefe seiner Geliebten nicht sein. Andere sind möglicherweise bei Kriegshandlungen vernichtet oder der Sowjetarmee in die Hände gefallen. Und dann ist da noch ein umschlaglos aufbewahrter Brief vom 24. Januar 1943, die Antwort auf den Weihnachtsbrief von Herbert T., der zu ihr wie alle vorherigen lange unterwegs gewesen war. Sie werde am Abend an einer Großkundgebung der NSDAP teilnehmen und habe tags zuvor einen Vortrag der Arbeitsfront gehört. Kein weiteres Papier, keine Nachricht, wie und ob Kunde vom Tode des geliebten Mannes nach Strahwalde kam. Vom 274. Regiment war nichts mehr geblieben und es beschönigt sein Ende, wenn in Kriegsgeschichten davon geschrieben wird, es sei „in Gefangenschaft“ geraten. Wie für andere Formationen und die ganze 6. Armee wurde deren Neuaufstellung befohlen, die in Frankreich erfolgte.

Im Dorf in Ostsachsen aber ist Jahre später, als das Dach eines Hauses neugedeckt werden mußte und bei dieser Gelegenheit dessen Boden durchmustert wurde, jener Karton gefunden worden, der die Briefe des Herbert T. enthält. Die [131:] Empfängerin, die nach dem Kriege sich verheiratete, hatte nie von deren Existenz und dem Manne gesprochen, den sie in jenen Jahren geliebt und mit dem sie auf ein gemeinsames Leben gehofft hatte.

Später ist nach Recherchen bestätigt worden, daß der Obergefreite Herbert T., geboren am 6. Oktober 1919 in Mulda in Sachsen, Angehöriger der 3. Kompanie des 274. Regiments, bei Stalingrad am 3. Januar des Jahres 1943 vermißt gemeldet wurde, was nach allem nur bedeuten konnte, daß er umgekommen war – „gefallen“ lautet die bis heute in Gebrauch gebliebene Formulierung, mit der die tausenderlei elenden Tode, die in Kriegen gestorben werden, sanft und verlogen verschleiert werden.

Brief vom 4. September 1942:

Geschrieben aus der Schlacht der 6. Armee vor Stalingrad an die Geliebte in Strahwalde bei Herrnhuth:

*„Bei uns ist es hier auch der Fall, die Leute überschnappen bald vor Nervösheit. Aber dagegen läßt sich nichts machen und so muß man sie nur reden lassen. Es ist aber auch kein Wunder, denn es wird uns aber auch für das Geld gemacht. Sind wir einmal einen Tag aus dem Kampf heraus gezogen, so heißt es nur an einen anderen Abschnitt marschieren und dann liegen wir schon am anderen Tag wieder in der Sch... bei uns hier herrscht nur dieser Ausdruck, Heute ist es bei uns hier wieder haarig zugegangen, ich glaube es (fehlt ein Wort) unser Einheit den Gnadenstoß gegeben. So was Hartes und Tierisches habe ich in meinem Leben noch nicht durchgemacht, wie hier der Russe kämpft, es geht hier um jeden Meter. Aber trotzdem sind wir schon ganz schön nahe an Stalingrad herangekommen, lange kann es hier nicht mehr dauern. Hoffentlich dauert es nicht mehr so lange, damit wir hier herauskommen. Wir sollen nämlich dann abgelöst werden, so heißt es jetzt wieder einmal. Ob wir nun dieser Parole glauben schenken können, weiß ich nicht, denn sie haben uns schon zu sehr beschwindelt. Aber hoffen wir das Beste, dass wir in die Heimat kommen. Zwar ist schon wieder für uns Ersatz da. Aber für diese Ausfälle viel zu wenig. Es sind auch alles junge Kerle von 19 Jahren, man kann gleich sagen Schulkinder und Kanonenfutter, denn wenn diese zum Einsatz kommen, können sie ja gleich wieder abtransportiert werden. Was hier für Blut fließt, davon kann sich kein Mensch ein Bild machen. Schade um jeden Menschen, der hier für immer bleiben muß. Es ist nur gut, daß jeder einzelne nicht weiß, was ihm noch bevorsteht und was er noch durchmachen muß.*

*Ich werde mit diesen schaurigen Sachen nun aufhören, denn es hat keinen Zweck, dir den Kopfschmerz zu machen. Vor allem sage niemand etwas davon, was ich dir geschrieben habe. Damit keine dummen Dinger werden. Du weißt es ja, wie solche Sachen ausgelegt werden können.“*

[132:] Im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht vom 5. September hieß es über den Tag, von dem der Obergefreite Herbert T. berichtete:

*„Im Festungskampffeld von Stalingrad nahmen die deutschen Angriffstruppen zahlreiche zäh verteidigte und neuzeitlich ausgebaute Kampfanlagen. Feindliche Gegenangriffe wurden abgewiesen. Nördlich der Stadt führte der Feind mit starken Infanterie- und Panzerkräften Entlastungsangriffe, die unter Vernichtung von über 40 Panzern abgeschlagen wurden.“*

[133:]

WERNER RÖHR

### **Zu Wolfgang Ruges Auffassung des Stalinismus Quellen, Konzeption, Kritik<sup>1</sup>**

Im Dezember 1989 führte ich mit Wolfgang Ruge im Speisesaal des Gebäudes Prenzlauer Promenade der Akademie der Wissenschaften ein öffentliches Streitgespräch zur Frage „Was ist Stalinismus?“ Interessierte und diskussionsfreudige Teilnehmer waren vor allem Mitarbeiter jener gesellschaftswissenschaftlichen Institute der Akademie, die dort ihren Sitz hatten.<sup>2</sup> Obwohl mir Wolfgang Ruge aus

<sup>1</sup> Überarbeiteter Text eines Vortrags auf dem Gedenk-Colloquium zum 90. Geburtstag von Wolfgang Ruge am 3. November 2007 in Berlin.

<sup>2</sup> Zentralinstitute für Literaturgeschichte, für Sprachwissenschaft und für Geschichte, Institute für Wirtschaftsgeschichte, für Allgemeine Geschichte und für Wissenschaftstheorie und -geschichte.

Gesprächen früherer Jahre als profunder Kenner der sowjetischen Geschichte bekannt war, hatte er darüber niemals zuvor öffentlich gesprochen oder geschrieben. Daher war ich überrascht, wie bereit er jetzt auf meinen Vorschlag einging.

Von den mir damals bekannten Erklärungen des Phänomens Stalinismus erschien mir jene von Werner Hofmann aus dem Jahre 1967 am treffendsten.<sup>3</sup> Hofmann bestimmte „Stalinismus“ als eine „besondere Gesellschaftsverfassung innerhalb der allgemeinen sozialistischen Grundordnung“ (11), deren Besonderheit aus dem Ost-West-Konflikt entstanden und aus ihm zu begreifen sei. Ausgangspunkt seiner Analyse war „der praktische Bruch mit dem Stalinismus in den Ländern des sowjetischen Typs“. Die Besonderheit des „Stalinismus“ begriff Hofmann als „eine exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus“. (13) Er erklärte sie als eine „Ordnung vom Typus der historischen *Erziehungsdiktatur*“ (17) und unterwarf sie einer soziologischen Funktionsanalyse. „Der Stalinismus ist Gegenstand nicht einer Soziologie des ‚Totalitarismus‘, sondern vielmehr einer Soziologie der ‚Diktatur des Proletariats‘.“ (ebenda) Für Hofmann war die Unterscheidung von Machtordnung und Herrschaftsordnung Voraussetzung einer solchen Analyse. Dies bedeute: „Der Stalinismus kann nicht vermittelt einer formalen geschichtslosen Morphologie der Macht, ihrer Wirkungsweise, ihrer Mechanismen, ihrer ‚anthropologischen‘ Voraussetzungen begriffen werden, sondern einzig als kon-[134:]kretes *geschichtliches Phänomen*, als Ausgeburt einer bestimmten Gesellschaft in einem bestimmten Stadium ihrer Entwicklung.“ (17) Hofmann differenzierte begrifflich zwischen Macht und Herrschaft, um die exzessive Machtausübung Stalins bei einer als herrschend unterstellten Arbeiterklasse zu erklären. Allerdings blieb der Terror als Kernelement des untersuchten Herrschaftssystems die Crux seines Ansatzes, dessen funktionale Notwendigkeit er nicht erklären konnte.

Mein Versuch, Wolfgang Ruge zu soziologischen, funktionalhistorischen und auch wirtschaftsgeschichtlichen Herangehensweisen an den Gegenstand zu verlocken, mißlang. Er wies ihn vehement zurück. Er bezeichnete die Phase zwischen dem Kirow-Mord 1934 und Stalins Tod 1953 in der Sowjetunion als Rochstalinismus und lehnte es ab, diesen in irgendeiner Hinsicht als sozialistische Entwicklungsdiktatur zu bestimmen, er sei weder sozialistisch noch entwicklungsfähig gewesen. Nun war Ruge zwar kein Wirtschaftshistoriker, sondern Politikhistoriker, doch er hatte die Beziehungen zwischen der Entwicklung des deutschen Großkapitals und seinen politischen Vertretern in der Weimarer Republik immer wieder zur zentralen Achse seiner Forschungen gemacht.<sup>4</sup> Seine Teilbiographie von Adolf Hitler trug inhaltlich nicht zu Unrecht den Untertitel „Monopolkapital und Hitler“, obwohl er selbst einen anderen vorgezogen hätte.<sup>5</sup> Schließlich hat Ruge den wohl elaboriertesten Ansatz zum Verhältnis des deutschen Faschismus zur Monopolbourgeoisie vorgelegt.<sup>6</sup>

Aversionen gegen ein wirtschaftsgeschichtliches Herangehen an einen historischen Gegenstand waren bis dahin bei Wolfgang Ruge nicht vorgekommen. Um so erstaunter war ich, mit welcher Verve er in diesem Fall jeden Gedanken an wirtschaftliche Determinanten von sich wies. Manche der von Ruge in diesem Streitgespräch vertretenen Positionen wurden von ihm alsbald systematisiert und ein Jahr später auf verschiedenen Tagungen zum Stalinismus vorgetragen, sie fanden Eingang in sein 1991 erschienenes Buch über den Stalinismus.<sup>7</sup>

---

<sup>3</sup> Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt/M 1967, hier zitiert nach der 3., überarb. Auflage 1969. Bei Zitaten aus diesem Buch werden die Seitenzahlen in Klammern gesetzt.

<sup>4</sup> Vgl. Wolfgang Ruge: Deutschland 1917-1933, Berlin 1973, <sup>3</sup>1978; ders.: Weimar – Republik auf Zeit, Berlin 1969.

<sup>5</sup> Wolfgang Ruge: Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Berlin 1983. Ruge hatte als Titel „Hitlers Aufstieg“ vorgeschlagen.

<sup>6</sup> Vgl. Wolfgang Ruge: Monopolbourgeoisie, faschistische Massenbasis und NS-Programmatik in Deutschland vor 1933, in: Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler (Hg.): Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, Berlin 1980, S. 125-156. Zum Stellenwert vgl. Werner Röhr: Faschismusforschung in der DDR. Eine Problemskizze, in: *Bulletin*, H. 16, Berlin 2001, S. 30 ff.

<sup>7</sup> Wolfgang Ruge: Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991. Zitate aus diesem Buch werden in Klammern mit 1991 und Seitenzahl angegeben.

Das Streitgespräch vom Dezember 1989 fand im Herbst 1991 eine Fortsetzung in einem anderen Rahmen. Für den Berliner Verein INITIAL hatte ich eine Podiumsdiskussion zum Thema „Faschismus und Stalinismus“ organisiert, die im Kreiskulturhaus Berlin-Mitte stattfand. Sie war paritätisch besetzt, Dietrich Eich-[135:]holtz und Wolfgang Ruge vertraten die Historiker und die Faschismusforschung der DDR, Hans Mommsen von der Universität Bochum und Bernd Bonwetsch, damals ebenfalls an der Universität Bochum, später Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Instituts in Moskau, die westliche Seite. Fritz Klein moderierte. Der relativ kleine Teilnehmerkreis bestand überwiegend aus Mitgliedern und Gästen des Vereins und der Zeitschrift INITIAL, darunter Philosophen und Soziologen, aber nur wenige Historiker. Mommsen forderte faktisch nichts weniger als die vollständige inhaltliche Aufgabe der Positionen der DDR-Historiker zum Faschismus, sonst hätten sie „nichts dazugelernt“. Eichholz und Ruge hoben die unhintergehbaren Erkenntnisse dieser Faschismusforschung hervor, die auch jeder totalitarismustheoretischen Gleichsetzung mit dem Stalinismus den Boden entzögen und polemisierten nicht ungeschickt gegen totalitarismustheoretische Zumutungen. Auch Bernd Bonwetsch vertrat damals noch nicht so zugespitzt jene totalitarismustheoretische Position, die er später im *Jahrbuch für Kommunismusforschung* explizierte.<sup>8</sup> Diese Diskussion fand noch vor dem Erscheinen von Ruges Buch statt.

## 1. Quellen 1 und 2

Hinsichtlich Ruges Erklärungsansatz des Stalinismus stütze ich mich außer auf öffentliche und private Gespräche mit ihm auf sein Buch „Stalinismus“ von 1991 und auf die von Friedrich Martin Balzer 2007 herausgegebenen „Gesammelten Schriften“ Ruges aus den Jahren 1989 bis 1999.<sup>9</sup> Sie enthalten komplett auch jene Aufsätze, in denen sich die Entwicklung von Ruges Auffassungen nach 1990 zum Stalinismus und zur sowjetischen Geschichte niedergeschlagen hat. Darunter befinden sich neben vielen kleineren Publikationen zwei grundlegende Aufsätze, einmal Ruges Referat auf der Stalinismuskonferenz der PDS von 1990<sup>10</sup>, zum anderen sein Versuch einer Begriffsbestimmung des Stalinismus in dem 1994 von Wolfgang Neugebauer herausgegebenen Band.<sup>11</sup> Die im folgenden herangezogenen Aussagen Ruges werden nach den von Balzer herausgegebenen Gesammelten Schriften zitiert.

[136:] Als Quelle unentbehrlich ist Ruges bedeutendstes Buch, seine 2003 erschienenen Memoiren<sup>12</sup>, auch wenn diese Erinnerungen keinen wissenschaftlichen Anspruch erheben. Sie beschreiben Ruges Erfahrungen der sowjetischen Wirklichkeit, die seine Stalinismusauffassung geprägt haben und seinen Diagnosen zugrunde liegen. Dieses Buch ist nicht zuletzt deshalb große Literatur geworden, weil Wolfgang Ruge „nicht der typischen Versuchung des Autobiographen erlegen ist: Es ist kein Selbstdarstellungsbuch geworden, nicht der Versuch, sein Leben nachträglich mit glänzenden Formulierungen aufzupolieren und die unbequemen Wahrheiten (...) zu verwischen, sondern ein Text, der von Fragen und Zweifeln bewegt wird, ein Text, in dem ein Autor die schwierigsten Entscheidungen seines Lebens noch einmal durchforscht“. Deshalb ist dem Sohn Eugen Ruge zuzustimmen, wenn er resümiert: „Mit diesem Buch hat er das Menschenmögliche getan, er hat seiner Pflicht als Zeitzeuge genügt.“<sup>13</sup>

---

<sup>8</sup> Bernd Bonwetsch: Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 1941-1945: Der „Große Vaterländische Krieg“, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2005, Berlin 2005, S. 13-43.

<sup>9</sup> Friedrich-Martin Balzer (Hg.): Wolfgang Ruge: Beharren, kapitulieren oder umdenken. Gesammelte Schriften 1989-1999, Berlin 2007 (im folgenden: GS). Zitate aus diesem Buch werden in Klammern mit GS und Seitenzahl angegeben.

<sup>10</sup> Wolfgang Ruge: Zum Problem des Stalinismus, in: *Der Stalinismus in der KPD und SED – Wurzeln, Wirkungen, Folgen* (Materialien der Konferenz der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS am 17./18. November 1990, Berlin 1991, S. 78-86, abgedruckt in: GS, S. 257-266.

<sup>11</sup> Wolfgang Ruge: Stalinismus. Versuch einer Begriffsbestimmung, in: Wolfgang Neugebauer (Hg.): *Von der Utopie zum Terror*, Wien 1994, S. 11-21, nachgedruckt GS, S. 354-365.

<sup>12</sup> Wolfgang Ruge: *Berlin-Moskau-Sosswa. Stationen einer Emigration*, Bonn 2003. Friedrich-Martin Balzer hat 23 Rezensionen des Buches gesammelt, von denen er einige bespricht, siehe: *Wolfgang Ruge – Historiker in extremen Zeiten*, in: GS, S. 27 ff.

<sup>13</sup> Eugen Ruge: Trauerrede, in: GS, S. 584.

Wolfgang Ruges Quellen sind erstens seine empirische Erfahrung der sowjetischen Wirklichkeit während seines dortigen Exils, seiner Gefangenschaft und Verbannung, die er sehr bewußt theoretisch reflektiert hat, und zweitens jene Quellen, die ihm als Materialien, Darstellungen oder Analysen zur Verfügung standen. Wolfgang Ruge hatte eine profunde Kenntnis des gesamten Spektrums der einschlägigen Schriften zum Stalinismus, von Robert Conquest von der extrem antikommunistischen Hoover-Stiftung bis zu den sozialdemokratischen, von den trotzkistischen bis zu den exkommunistischen, er kannte die Arbeiten der exilierten russischen Autoren, insbesondere menschewistischer Politiker und Publizisten, und nicht zuletzt die Schriften sowjetischer Historiker, und hier nicht nur jener, die wie Roy Medwedjew oder Dmitri Wolkogonow auch auf deutsch erschienen sind<sup>14</sup>, sowie die literarischen Arbeiten sowjetischer Autoren über den Gulag und den Stalinismus: Seine Kenntnis der russischen Sprache verschaffte ihm hinsichtlich der Quellen einen deutlichen Vorteil, konnte er doch so auf viele der nur in russischer Sprache vorliegenden politischen Dokumente zurückgreifen.

Gerade weil Ruge die klassischen Arbeiten von Leo Trotzki<sup>15</sup> oder Isaac Deutscher<sup>16</sup> zum Stalinismus gut kannte, fällt auf, daß er von ihnen selten, von neue-[137:]ren, nach 1990/91 erschienenen Analysen neotrotzkistischer Autoren wie z. B. Wadim Rogowin<sup>17</sup> gar keinen Gebrauch machte. Jene marxistischen Erklärungsansätze, die eine, wenngleich entstellte oder deformierte sozialistische Entwicklung unterstellten, wie die von Trotzki, Deutscher, Hofmann, Ellenstein<sup>18</sup> oder Rogowin, waren für ihn eine Herausforderung, der er im entscheidenden Punkt nicht folgen konnte.

## 2. Wurzeln des Stalinismus

Die Historische Kommission der PDS führte am 17. und 18. November 1990 in Berlin eine Konferenz zum Thema „Der Stalinismus in der KPD und SED-Wurzeln, Wirkungen, Folgen“ durch, deren Materialien 1991 veröffentlicht wurden. Auf ihr trug Ruge seine Auffassung vom Stalinismus in systematisierter Form vor, die er in den folgenden Jahren noch partiell ergänzte und zuspitzte, aber im Kern nicht mehr veränderte. Die Grundvoraussetzung, um die Wurzeln des Stalinismus zu erforschen, ist laut Ruge, die historischen Tatsachen aus der Geschichte der Sowjetunion zu erkunden und sie nüchtern und vorurteilslos zur Kenntnis zu nehmen. Dies ist gar nicht so einfach, da bestimmte Zeugnisse und Zeugen systematisch physisch vernichtet worden sind, da zweitens die systematische Verfälschung dieser Geschichte nachhaltig ins Bewußtsein von Millionen eingepreßt wurde und da drittens Millionen Täter, Mittäter und Nutznießer der Verbrechen alles in ihrer Macht Stehende taten, um deren Aufdeckung und Aufklärung zu verhindern. Die als Konjunkturritter des Jahres 1937 an Schaltstellen der Macht gekommen waren, behielten diese Position als soziale Schicht über alle Wechsel an der Parteispitze hinweg bis zum Untergang der Sowjetunion und sabotierten die Aufdeckung der Verbrechen. Daher ist für das konzeptionelle Herangehen die historische Rekonstruktion der Fakten für Ruge das oberste methodische Prinzip, und darin ist die Rekurrektion auf die Ursachenkomplexe eingeschlossen.

Als Historiker war Wolfgang Ruge in erster Linie an der Genese des Stalinismus interessiert, nicht so sehr an einer soziologischen, wirtschaftlichen, kriminalistischen oder psychologischen Analyse. Um so verwunderlicher erscheint es deshalb, daß Ruge zu Beginn seines Konferenzreferats im November 1990 eine recht ahistorische Bestimmung gab: „Ich meine deshalb, daß unter dem Stalinismus keine irgendwie geartete sozialistische Gesellschaft funktionierte, sondern daß das ein Herrschaftssystem und eine Gesellschaft war, dem wir in der Geschichte begegnen seit dem Alten Orient bis

---

<sup>14</sup> Vgl. Roy Medwedjew: *Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus*, 3 Bde., Berlin 1992; Dmitri Wolkogonow: *Triumph und Tragödie. Politisches Porträt des J.W. Stalin*, 2 Bde., Berlin 1990.

<sup>15</sup> Leo Trotzki: *Geschichte der russischen Revolution*, Frankfurt/M. 1973 bzw. 1975; Ders.: *Die verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?* (1936), Essen 1990; Ders.: *Stalins Verbrechen*, Berlin 1990; Ders.: *Stalin. Eine Biographie*, Reinbek 1971 (Amerikan. Originalausgabe 1941)

<sup>16</sup> Isaac Deutscher: *Stalin. Eine politische Biographie*, 3 Bde., Stuttgart 1962/63; Berlin 1990. Deutscher konnte für diese Arbeit das Privatarchiv Trotzki einsehen.

<sup>17</sup> Vgl. Wadim Rogowin: *1937. Jahr des Terrors*, Essen 1998; Ders.: *Die Partei der Hingerichteten*, Essen 1999.

<sup>18</sup> Vgl. Jean Ellenstein: *Geschichte des „Stalinismus“*, Hamburg-Berlin (West) 1977.

heute, das einmal Diktatur, einmal Alleinherrschaft war, die bestimmte Erscheinungsformen aufweist und in den verschiedenen historischen Formen aufgewiesen hat.“ (GS, 257)

[138:] Ruge beschränkt den Stalinismus auf die Sowjetunion. Zwar habe es stalinistische Strukturen und Denkmuster auch in anderen Ländern gegeben, doch kein anderes Land habe das Hauptkriterium erfüllt, daß unter der Herrschaft Stalins ein wesentlicher Teil des Volkes physisch vernichtet wurde. Ruge hat sich weder mit dem epigonalen Stalinismus der Kommunistischen Parteien noch mit dem Poststalinismus der realsozialistischen Länder nach Stalins Tod explizit befaßt, auch nicht mit jenen stalinistischen Strukturen und Denkmustern in diesen Parteien und Ländern. Stalinismus ist für Ruge eine russische Erscheinung, ein entscheidender Teil ihrer Wurzeln liegt in der russischen Geschichte.

Forschungen und Interpretationen des Stalinismus erlebten seit dem Untergang der Sowjetunion politische Hochkonjunktur. Zu den Richtungen und Facetten dieses Interpretationsspektrums bezog Wolfgang Ruge nur in wenigen Fällen Stellung. Ein Vergleich der inhaltlichen Berührungs- und Differenzpunkte ergibt, daß Ruge die zeitliche Datierung des Stalinismus von 1929 bis 1953 und die Auffassung vom Terror als dessen konstitutivem Element mit der Mehrheit der seriösen Stalinismusforscher teilt. Ruge spricht dem „Stalinismus von oben“ weit größere Bedeutung als dem „Stalinismus von unten“ zu, auch das entspricht der Forschungspräferenz wie dem Urteil der meisten Historiker. Der Marburger Osteuropahistoriker Joachim Alfred Hösler glaubt sogar feststellen zu können, daß sich „der Mainstream der neuesten Stalinismusforschung (...) sich von totalitaristischen Deutungen absetzt“.<sup>19</sup> Ruges Antwort auf die Frage nach der Art der stalinistischen Ordnung wird nachfolgend noch explizit behandelt.

Für Kommunisten und ihre Gegner, für Politiker, Schriftsteller, Psychologen und Historiker war seit den Moskauer Schauprozessen eines der schwierigsten Rätsel die Frage, warum die angeklagten Kommunisten sich vor Gericht bezichtigten, Verbrechen verübt zu haben, die sie nie begangen hatten und nie begangen haben konnten. Dieser Sachverhalt verführte nicht wenige Analytiker zu psychologischen Interpretationen des Stalinismus. Eine der häufigsten, der Ruge Zugeständnisse macht, ist jene vom Machtwahn Stalins, für die Fachdiagnosen berühmter Wissenschaftler Zeugnis ablegen. Im Jahre 1927 hatte der russische Neurologe Wladimir Michailowitsch Bechterew, einer der behandelnden Ärzte Stalins, bei diesem eine progressive Paranoia diagnostiziert.<sup>20</sup> Und der deutsch-amerikanische Psychoanalytiker Erich Fromm bezeichnete 1973 in seinen vergleichenden psychologischen Studien über die „Anatomie menschlicher Destruktivität“ Stalins Verhalten als klinischen Fall eines nichtsexuellen Sadismus.<sup>21</sup>

#### [139:] a) Wurzeln in der russischen Geschichte

In seinen Artikeln aus den 1990er Jahren stellte Ruge aus der Geschichte der internationalen und der russischen Arbeiterbewegung und aus der Geschichte Rußlands eine Reihe von Erscheinungen heraus, die er in mehrfacher Hinsicht als Wurzeln des Stalinismus ansprach, und zwar sowohl als Quellen als auch als Ursachen. Es handelt sich bei den von ihm herausgehobenen Ursachenkomplexen um recht disparate Sachverhalte:

Ruge begrenzt den eigentlichen Stalinismus auf die Sowjetunion, und er weiß sich völlig frei von antirussischen Ressentiments und Vorurteilen, wenn er „den Sozialismus in seiner verwirklichten Erstfassung wesentlich von der Spezifik des nicht nur ökonomisch rückständigen Rußland mitgeprägt“ sieht. (GS, 235) Wenn es um Wurzeln in der russischen Geschichte geht, so handelt es sich nicht schlechthin nur um die gesellschaftliche und kulturelle Rückständigkeit, sondern um Spezifika der russischen Gesellschafts- und Staatsentwicklung. Ruge verweist auf die in Jahrhunderten ausgeübte Selbstherrschaft und ihren Zentralismus der Macht. Nikolaj Berdjajew wandte selbst auf das Großfürstentum Moskau das Attribut „totalitär“ an. Alle Staatsreformen, die von den Zaren Iwan III, dem IV oder Peter durchgeführt wurden, waren mit ungeheuren Blutopfern verbunden, das einzelne

<sup>19</sup> Joachim A. Hösler: Lernen aus der Geschichte. Wolfgang Ruges Beitrag zur Geschichtsschreibung der Sowjetunion (Im folgenden: Hösler, Ruges Beitrag), in: Ruge, GS, S. 65.

<sup>20</sup> Bechterew (1857-1927) kam wenige Tage später unter ungeklärten Umständen ums Leben.

<sup>21</sup> Erich Fromm. Anatomie der menschlichen Destruktivität, Reinbek 1977, S. 322

Menschenleben spielte in diesem Lande kaum eine Rolle. „Daß es nach fast neun Jahren Krieg, Bürgerkrieg und Intervention noch mehr entwertet war, liegt auf der Hand. Die Masse der Bevölkerung, autoritätsgläubig und z. T. nicht einmal des Lesens kundig, war nicht im entferntesten in der Lage, den eigenen Standort zu bestimmen (Bauernhaufen kämpften oft gleichermaßen gegen Weiße und Rote), geschweige denn, ihn im öffentlichen Dialog zu verteidigen.“ (GS, 236)

Rußlands Reformzaren Iwan IV. Grosny (der Schreckliche, 1530-1584, Zar seit 1547) und Peter I. (1672-1725, Zar seit 1682) sind als Sinnbilder der Grausamkeit in die Geschichte eingegangen. Ihre Reformen zeitigten nur einen halben Erfolg. Peter wird gelobt, er habe Rußlands Fenster nach Europa geöffnet. Ruge hebt dagegen hervor, daß Peter eine Entwicklung Rußlands einleitete, die der europäischen entgegen lief: Er schuf eine Industrie, die hatte zwei Besonderheiten: Sie war Staatsindustrie und bildete, erstmalig und einmalig in der Weltgeschichte, eine leibeigene Arbeiterklasse aus. Doch bei allen Reformen blieben die Agrarstrukturen erhalten.

Die russischen Herrscher, so hebt Ruge ein weiteres Moment hervor, fühlten sich nicht nur für die Staatsgeschäfte verantwortlich, sondern auch für die Seele ihrer Untertanen. Daher nahmen sie sich das Recht, in die kirchlichen Angelegenheiten einzugreifen, denn die Religion beherrschte das Volk. „Die orthodoxe Kirche konnte sich ein viel wirksameres Kulturmonopol sichern als die mit den Trümmern der Antike lebende Kirche des Westens“ (GS 397), sie war während der Mongolenherrschaft, der Verrohung des Staates und der faktischen Auflösung der zentralen Macht die einzige Kraft, die sich für die Wahrung sittlicher Werte ein-[140:]setzte und die ostslawischen Stämme zusammenhielt. Dieses Christentum in seiner byzantinischen Fassung entsprach bei seiner Einführung in Rußland nicht nur der archaischen Mentalität der altslawischen Bevölkerung, es war wesentlich an der Ausformung russischer Denk- und Handlungsweisen beteiligt. Die Ideen der Französischen Revolution erreichten das Volk nicht.

Auch im geistigen Leben Rußlands und in der Geschichte der russischen Intelligenz sieht Ruge Wurzeln des Stalinismus. Die russische Intelligenz war völlig anders als die westeuropäische, schreibt er. „Sie war eine Gruppe von Menschen, die sich durch sämtliche Schichten und Klassen zog, von der Hocharistokratie bis in die Bauernschaft. Das waren Menschen, meist sehr unpraktisch, die aus einer ethischen Haltung heraus jede Gewalt ablehnten und den Staat als notwendiges Übel betrachteten.“ (GS, 259) „Die Slawophilen glaubten, daß der russische Bauer durch seine Verbundenheit zum Boden, durch seine Eingebundenheit in die Dorfgemeinschaft gewissermaßen den Schlüssel hätte zur Beantwortung der Frage nach dem Sinn des Seins und durch seine Religiosität natürlich auch und daß man über den russischen Bauern am ehesten zu einer humanen Gesellschaft kommen werde, und der russische Bauer, und damit das russische Volk, der Menschheit vorangehen werde. Es wurde ein heiliges Bewußtsein entwickelt, das wir dann beim Stalinismus wiedertreffen, beispielsweise, wenn Stalin davon spricht, daß das russische Volk nun seine weltrevolutionäre Pflicht erfüllt hätte und die anderen Völker nachrücken müßten.“ (GS, 259)

Auch bei der Gegenfraktion der russischen Intelligenz, den sog. Westlern, sieht Ruge Momente, die im Bolschewismus wiederkehren: Als diese Intelligenz mit ihren Konzepten scheiterte, über ein kapitalistisches Stadium zu einem demokratischen Gemeinwesen zu kommen, wandte sich eine „hauchdünne Schicht ganz selbstloser, opferbereiter Leute (...) dem individuellen Terror zu“. Die Radikalität und die Selbstaufopferung der Narodowolzen spielten als Erbe bei den Bolschewiki auch und gerade dann eine Rolle, wenn sie deren politische Konzeption grundsätzlich ablehnten.

## **b) Theoriedefizite der Vordenker der Revolution**

Einen der frühen und langwirkenden Ursachenkomplexe sah Ruge in Defiziten der sozialistischen Theorie, zuerst in der „Vorstellung von Marx und Engels, daß der Geschichtsablauf objektiv vorherbestimmt sei“. (GS, 260) Hierzu sei bemerkt, daß von einer Vorherbestimmtheit des Geschichtsablaufs bei Marx und Engels keine Rede sein kann, wenn von ihren Determinanten und Gesetzmäßigkeiten die Rede ist, da erstens Marx und Engels keine lineare, alternativlose Abfolge kennen, sondern Möglichkeiten erörtern und Kreisläufe, ja Rückläufe und Sackgassen einräumen, und weil sie zweitens auf

den geschichtlich handelnden Menschen als alleiniges und entscheidendes Subjekt der Geschichte insistieren. Aber Ruge geht es darum, den Anspruch, die Zukunft lasse sich gestalten, zu prüfen.

[141:] Zweitens hielt er die den Vordenkern unterstellte „Vorstellung, daß es in einer sozialistischen Gesellschaft keine Interessendivergenzen mehr geben würde“ für eine Quelle des Stalinismus, weil in diesem „jede Interessendivergenz und daraus resultierende andere Auffassungen als feindlich gekennzeichnet wurden“. Nun läßt sich weder Marx noch Lenin eine strikte Leugnung von Interessendivergenzen unterstellen, schon ihre Klassenauffassung steht dem entgegen. Ruge meint hier in der Tat nicht die bloße Leugnung von Interessendivergenzen, sondern unterstellt prinzipiell eine Legitimität und sogar Progressivität der Interessenvielfalt. Daß jedoch Interessen schon deshalb automatisch progressiv seien, weil sie divergent sind, kann mit Fug und Recht bestritten werden, jedes Interesse muß inhaltlich geprüft und bewertet werden.

Zu den Theoriedefiziten der Vordenker der Revolution rechnet Ruge in diesem Zusammenhang vor allem, daß sie hinter den Klassen nicht gesehen hätten, „daß auch Triebe und Charaktereigenschaften der Einzelnen geschichtswirksam sind“. (GS, 233/34) Erst das Scheitern des Kriegskommunismus beim Wirtschaftsaufbau nach der Revolution habe Lenin die Rolle der persönlichen Interessiertheit gezeigt, so daß er sich mit der Motivation der Arbeiter befassen mußte.

Auch die Theorie der Gewalt der Vordenker enthielt laut Ruge Defizite, die unmittelbar zu einer Wurzel des Stalinismus werden konnten. Marx und Engels hätten die Gewalt ausschließlich als Klassengewalt begriffen und dabei übersehen, „daß es eine (klassenindifferente) Eigengesetzlichkeit der Macht gibt“. (GS, 234)

Ungeachtet dieser zu Wurzeln des Stalinismus erklärten „Theoriedefizite“ ging Ruge davon aus, daß der Stalinismus selbstverständlich primär keine Ideologie war, die mit Gewalt durchgesetzt wurde, sondern umgekehrt, eine Gewaltherrschaft, die sich jeweiliger Ideologeme ganz opportunistisch bediente. Er stimmt Angelo Tasca zu, der 1929 an das ZK der KPdSU geschrieben hatte, „daß für Stalin Ideen nur Schachfiguren seien“. (GS, 264)

Doch die schädliche Gewohnheit, taktische politische Zwänge zu theoretischen Einsichten zu verklären, fand Stalin schon vor, übernahm sie und praktizierte sie exzessiv. Ihre Einführung aber schreibt Ruge Lenin zu, was Hösler bestätigt: „Unter Lenins Führung wurde es in der Spitze der Partei üblich, taktische, temporäre Schritte als alternativ lose, gesetzmäßige Entscheidungen darzustellen.“<sup>22</sup> Lenins „praxisorientierte Reglementierung der Theorie“ führte, so Ruge, zu einer „Entwicklung, bei der nicht mehr die Probleme und die darüber gewonnenen Erkenntnisse in den Mittelpunkt des Meinungsstreites rückten, sondern die Frage nach der rechtmäßigen (Neu-) Interpretation der Lehre. Dies führte (...) unter (...) Stalin (...) dazu, daß die Theorie zum Tummelplatz der Servilität entartete, auf dem durch Zustimmung zur Interpretation der Interpretation Ergebnis bekundet wurde.“ (GS, 368 f.)

#### [142:] c) **Wurzeln in der Parteigeschichte der Bolschewiki**

Der Stalinismus wurzele nicht nur allgemein in der russischen Geschichte, sondern auch noch speziell in den konkreten Entstehungsbedingungen revolutionärer Arbeiterparteien. Diese lösten sich „durchweg aus reformistischen Mutterparteien heraus und kamen, wollten sie Profil gewinnen, nicht umhin, sich schroff auch von jenen abzugrenzen, mit denen sie vieles verband. Die Partei Lenins profilierte sich politisch seit 1902 gegen die reformistischen Strömungen in der internationalen und in der russischen Arbeiterbewegung. Ihre Selbstbehauptungswaffe, die Intoleranz, wurde zur kommunistischen Tugend verklärt. Einen aus seiner Sicht höchst wünschenswerten Zustand beschreibend, stellte Bucharin 1922 fest, die absolute Einheit des Führungskerns sei durch ‚erbarmungslose Verfolgung jeglicher Abweichung vom orthodoxen Bolschewismus‘ gewährleistet.“ (GS, 234)

Nicht nur im intoleranten Antireformismus, sondern generell in Lenins seit 1902 entwickelter Parteikonzeption und der ihr folgenden Entwicklung der Bolschewiki sieht Ruge eine wesentliche Wurzel des späteren Stalinismus. Bekanntlich forderte Lenin, eine enge, konspirative politische Organisation

---

<sup>22</sup> Hösler, Ruges Beitrag, in: Ruge, GS, 50.



von Berufsrevolutionären aufzubauen, neben der eine möglichst breite und möglichst legale Organisation von Arbeitern wirkt, die gewerkschaftliche Aufgaben erfüllt. Lenin ging davon aus, daß die Arbeiterklasse aus sich heraus keine revolutionäre Theorie entwickeln kann, allenfalls ein gewerkschaftliches Bewußtsein. Da aber eine revolutionäre Theorie Voraussetzung einer revolutionären Praxis sei, bräuchten die Arbeiter die Anleitung von Berufsrevolutionären, die meist aus der Intelligenz kamen.

Diese Berufsrevolutionäre waren eine verschwindende Minderheit unter der Industriearbeiterschaft, die selbst nur drei Prozent des bäuerlichen 165-Millionenvolkes ausmachte. Mit dem Sieg der Revolution ging die politische Macht in die Hände dieser Berufsrevolutionäre über, und sie traten nicht etwa ab, sondern verwandelten sich über Nacht in Staatsfunktionäre. Ruges These lautet nun: Es „bestand (...) zu keinem Zeitpunkt, auch nicht unmittelbar nach der Oktoberrevolution, eine Sowjet-herrschaft Es war immer eine Herrschaft der Partei, nicht nur der Partei, sondern der führenden Schicht der Partei“. (GS, 261) Aus dieser Gruppe von Berufsrevolutionären, die anstelle der Räte die Macht übernahm, wurde dann eine abgehobene Kaste von Staatsfunktionären. „Diese Gruppe von Berufsrevolutionären, das waren alles keine machthungrigen Leute, die wollten die Macht nicht um der Macht willen, das waren Leute mit einem hohen Idealismus, selbstlos, die absolut davon überzeugt waren, das Richtige zu tun.“ (GS, 261) Diese siegreichen Berufsrevolutionäre waren aber auch intolerant und „nicht willig und nicht fähig, eine Bündnispolitik zu betreiben“. (GS, 261) Und damit wurden ihre Mentalität und ihre Praxis nach Ruge zu einer Wurzel des Stalinismus.

#### [143:] d) Gewalterfahrungen in Revolution und Bürgerkrieg

Die sozialistische Revolution siegte vorerst nur in einem einzigen Lande und sie mußte sich des Widerstandes der gestürzten Klassen und ihrer Parteigänger im Innern sowie der militärischen Interventionen der soeben siegreich aus einem Weltkrieg hervorgegangenen Armeen der Alliierten und Assoziierten Mächte und Japans erwehren. Ihre internationale Isolierung schuf der russischen Revolution schwerste Bedingungen. Nach über vier Jahren eines mörderischen, tendenziell totalen, die bourgeoisen Klassen und ihre militärischen Kräfte verrohenden Krieges führten innere wie äußere Konterrevolution ihre Attacken auf die junge Sowjetmacht mit verbissener Entschiedenheit und mit der Grausamkeit eines Klassenbürgerkrieges. Vier Jahre Bürgerkrieg setzten hinsichtlich des exzessiven Einsatzes von Gewalt die Wirkung von vier Jahren Weltkrieg auf die kriegführenden Gesellschaften fort. Um im Bürgerkrieg und gegen die imperialistischen Interventen zu siegen und die Revolution zu verteidigen, mußte ein außerordentlicher Gewaltapparat aufgebaut werden, der diesen Bedingungen angepaßt war. War die militärische Hauptkraft für den Sieg die Rote Armee, so war der Kern jenes Gewaltapparates die Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution (Tscheka).

Eine unmittelbare Wurzel des Stalinismus wurde diese von den Bedingungen für das Überleben der Revolution aufgezwungene Gewaltpraxis in dem Moment, wo die aus der Zwangssituation erwachsene Taktik theoretisch fixiert und „als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung“ empfohlen wurde. Im Bürgerkrieg konnten verständlicherweise keine demokratisch legitimierten Kontrollmechanismen entstehen. Nach dessen Abklingen wehrte sich der übermächtige Apparat gegen eine Beschneidung seiner Befugnisse und gegen eine demokratische Kontrolle. Faktisch fielen die Kontrollfunktionen den jeweilig übergeordneten Instanzen zu. So „kontrollierte“ sich die Exekutive selbst. Auch traten Lenin und die Bolschewiki grundsätzlich gegen die Gewaltenteilung ein, die im Bürgerkrieg sowieso nicht zu verwirklichen war, damit aber, so Ruge „gegen jede Kontrolle der Macht“.

#### e) Monopolmacht ohne Kontrolle

Ruge leitet die Entwicklung zum Stalinismus aus der Zentralisation der Macht ab. Das hierarchische Verhältnis von Führern, Partei und Massen wurde zementiert, so entstanden Strukturen, die den „Aufstieg von moralisch verkommenen Menschen“ nicht nur möglich machten, sondern förderten. Der Kadernangel war nicht Ursache des Aufstiegs, konnte ihn aber begünstigen. Die einzige Möglichkeit, eine Kontrolle der Macht herbeizuführen, wäre eine Oppositionspartei gewesen. „Da das aber nicht der Fall war, traten Eigengesetzlichkeiten der Macht in Erscheinung, die dann immer weiter sich entwickelnd zu dem führten, was wir ab 1929 haben. Es war nämlich so, daß im Prinzip jegliche Kontrolle ausgeschaltet war. Wenn überhaupt eine Kontrolle stattfand, dann immer nur von der

überge-[144:]ordneten Institution, was zu einer schrittweisen Verlagerung der Macht immer mehr nach oben führte, und schließlich gab es die Alleinherrschaft eines Mannes.“ (GS, 262)

Lenins Krankheit könne, so Ruge, nicht der Grund für diese Entwicklung der Sowjetunion gewesen sein. Denn selbst in seinem Testament hatte er zwar gewarnt, so viel Macht in Stalins Händen zu konzentrieren, nicht aber erkannt, wie verhängnisvoll es für die Sowjetmacht war, daß ein Generalsekretär überhaupt so unermessliche Macht in der Hand hält. Lenin stellte „nicht die Frage, ob es für die Partei und den Staat gut sei, wenn er eine unermessliche Macht in der Hand hält, sondern er stellte nur die Frage, ob es gut sei, daß Stalin diese Macht in seiner Hand halte. (...) Wir müssen natürlich heute wissen: Wenn es ein anderer gewesen wäre, wäre sicher alles anders verlaufen und sicher auch mit weniger Opfern, aber es wäre auch verhängnisvoll gewesen. Wir wissen aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts, daß ein Einparteiensystem immer ausmündete in der Alleinherrschaft eines Mannes.“ (GS, 264)

Die von Lenin als Gegenmittel gegen die Bürokratisierung empfohlene Verschmelzung von Partei- und Staatsführung wurde, so Ruge, kein Gegenmittel, sondern eine weitere Wurzel des Stalinismus. Ursache war nicht zuletzt der Kadermangel, der die Verschmelzung und den Monopolanspruch der hierarchisch organisierten Führer gegenüber Partei und Volksmassen zementierte. „1917 resultierte dieser Mangel unter anderem aus der zahlenmäßigen Schwäche der bolschewistischen Partei, nach 1945 in Osteuropa aus den klaffenden Wunden, die der faschistische Terror (partiell auch die stalinischen Repressalien) der kommunistischen Bewegung zugefügt hatte. Eingeleitet aber wurde nicht nur die generelle Verfolgung von Partei und Staat. Schwerwiegender war, daß durch die gleichzeitige Verfilzung aller vergesellschafteten Produktionsmittel in Staatseigentum nun eine verschwindend kleine Führungselite eine in der Menschheitsgeschichte einmalige, sich auf Wirtschaft und Politik sowie Ideologie erstreckende (gewissermaßen Priestermacht vereinende) Monopolisierung errang. Das Monopol aber ist, hierin der ihm verschwägerten Gewalt gleichend, eo ipso außerstande, sich selbst zu begrenzen.“ (GS, 235)

Im Gegensatz zu den meisten Analytikern des Stalinismus lehnt Ruge eine Erklärung der Alleinherrschaft Stalins aus den inneren Parteikämpfen als unzutreffend ab, ja er hält die Opposition für eine geschickte Erfindung Stalins zu dem Zweck, zur Generaloffensive bei der Errichtung seiner Alleinherrschaft überzugehen. „Ich möchte die These aufstellen, daß es nach dem Tode von Lenin bei den Machtkämpfen überhaupt keine Opposition gab, obwohl wir immer von linker Opposition, von rechter Opposition reden. Genausowenig wie später bei den Schauprozessen. Das Moskauer Zentrum, das Leningrader Zentrum, das trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum, das waren alles Hirngespinnste. Es war natürlich, daß in einem Führungszentrum der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unter-[145:]schiedliche Meinungen vorhanden waren und auch artikuliert wurden, aber sie als Opposition zu diffamieren, das war das taktische Geschick Stalins, und ich möchte behaupten, daß Stalin mindestens von diesem Zeitpunkt an (...) nur noch eine reine Machtpolitik zugunsten seiner Person betrieben hat.“ (GS, 264)

In der Tat läßt sich aus Stalins Eifer, auch den letzten Rest der früheren Opposition zu zerschlagen, keineswegs schließen, daß nach 1929 und erst recht während der Moskauer Prozesse der dreißiger Jahre der Trotzismus auch nur im entferntesten eine ernst zu nehmende politische Gefahr für Stalin darstellte. Doch aus der Machtlosigkeit der Opponenten Stalins auf ihre Oppositionslosigkeit zu schließen, dürfte zu kurz gegriffen sein. Überzeugender ist in diesem Fall die Argumentation Rogowins, der die Verfolgungs- und Vernichtungspraxis Stalins aus dessen Verständnis der Ausrottung tatsächlicher und vermeintlicher Gegner seiner Person ableitete, dem aber tatsächliche gegensätzliche politische Positionen zugrunde lagen. Stalin bekämpfte nicht ein Phantom der „Opposition“, dazu war er ein viel zu nüchterner Realpolitiker.

### **3. Der Kern des Stalinismus?**

Wolfgang Ruge hat keine Darstellung des Stalinismus als System gegeben, er hat weder den Massenterror im einzelnen untersucht noch die ideologische Massenmobilisierung, er hat weder die sozialen Umschichtungen durch die Vernichtung der Kulaken als Klasse noch durch die Rekrutierung einer

Industriearbeiterschaft erster Generation thematisiert, er hat weder die sozialstrukturellen Veränderungen der sowjetischen Gesellschaft durch die Massenvernichtung der Jahre 1937/38 untersucht noch den sozialen Aufstieg der Konjunkturritter des Jahres 1937. Auch die strukturellen Begleitmomente des als Stalinismus bezeichneten Herrschaftssystems sind für Ruge kein selbständiger Gegenstand, weder der Führerkult noch die Vettern- und Komplizenwirtschaft, weder das administrative System der Wirtschaft noch die Außenpolitik. Auch die mit Angst verbundene obligate allgemeine Heuchelei interessiert ihn vorrangig als Moment des Terrors, des konstitutiven Elements eines streng obrigkeitlichen, zentralisierten Herrschaftssystems.

Ruge versuchte, den Kern des „klassischen Stalinismus“ herauszufinden und damit zu beweisen, daß die sowjetische Gesellschaft des Hochstalinismus ungeachtet aller Erfolge der Industrialisierung und ungeachtet ihres welthistorischen Sieges im zweiten Weltkrieg weder ein unentwickelter noch ein deformierter Sozialismus war, sondern gar keiner, daß sie unfähig zur eigenen Weiterentwicklung war und in der Stagnation nur ihre Sackgasse reproduzierte. „Nach jahrzehntelanger Verfolgung des menschlichen Denkens ging die Gesellschaft schließlich ihres wichtigsten Selbstbehauptungsmittels verlustig, ihrer Reformfähigkeit.“ (GS, 286)

Jene Herrschaftsform, die Ruge den klassischen Stalinismus nennt, wurde mit öffentlichen Schauprozessen gegen die Schachty-„Schädlinge“ 1928 und gegen die vermeintliche „Industriepartei“ 1929 durchgesetzt. Alle Folgen der volunta-[146:]ristischen Wirtschaftspolitik, alle vermeidbaren und unvermeidlichen Schwierigkeiten des industriellen Aufbaus in einem äußerst rückständigen Land, alle durch Unwissenheit, Gleichgültigkeit, Schlendrian oder durch die buchstäbliche Umsetzung absurder Anordnungen hervorgerufenen Wirkungen, Unglücksfälle, Havarien, Brände galten seither als bewußte Sabotage und Schädlingsarbeit. In den Vordergrund traten Massenterror und Byzantinismus. Der seit 1953 für letzteren gebrauchte verharmlosende Ausdruck „Personenkult“ verdeckte den Kern des Stalinismus als Gesellschaftssystem. Zur Rechtfertigung der Ausrottungsfeldzüge gegen die eigene Bevölkerung, die diese spürbar dezimierten, diente eine von Stalin entdeckte neue Gesetzmäßigkeit: Je mehr der Aufbau des Sozialismus voranschreite, desto mehr verschärfe sich zwangsläufig der Klassenkampf.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft ab 1929 vernichtete die soziale und häufig auch die physische Existenz der fleißigsten und fähigsten, der sparsamsten und ideenreichsten, der erfahrensten und selbstbewußtesten Bauern, die es zu einem bescheidenen Wohlstand gebracht hatten, und warf sie aus dem Produktionsprozeß. Von dem verheerenden Aderlaß, bei dem Millionen Menschen verhungerten, hat die Sowjetunion sich niemals erholt, sie mußte noch Jahrzehnte später Getreide einführen. Dem Leninschen Genossenschaftsplan zuwiderlaufend, wurde mit der Kollektivierung der Landwirtschaft den eigenständigen Interessen der Bauern der Boden entzogen. Genossenschaftsbauern wurden nicht entlohnt, sog. Kulaken und ihre Familien enteignet, deportiert und massenhaft physisch vernichtet. Das war die Grundlage, um die forcierte Industrialisierung künftig durch die Bauern finanzieren zu lassen. Der Massenexodus der Landbevölkerung in die nach Arbeitskräften schreienden Städte sicherte zweierlei, erstens rekrutierte er die Arbeiter der künftigen Industriebetriebe, zweitens legte er den Grundstein für den Masseneinsatz von Sträflingen im Bergbau, in der Forstwirtschaft, im Eisenbahnbau und bei den „Großbauten des Kommunismus“.

#### **a) „Kaderpogrom“: Vernichtung aller schöpferischen Potenzen**

Wie Ruge unterstreicht, wurden, beginnend mit den Prozessen gegen Ingenieure und Industriemanager und der Kollektivierung der Landwirtschaft, auch in den anderen Produktionsbereichen der sowjetischen Gesellschaft die besten Köpfe ihrer Arbeitsmöglichkeiten beraubt und oft genug ermordet. „Der Kernpunkt des Terrors bestand auch dort, wo er sich nicht gegen die Bauernschaft richtete, immer darin, die Tüchtigsten, die Denkwürdigsten und auch die der Sache Ergebensten zu vernichten, weil die, die der Sache am ergebensten waren, immer die potentiellen Gegner des Regimes waren.“ (GS, 265)

Als Kern des Stalinismus sieht Ruge an, was Wolkogonow den „Kaderpogrom“ nannte, den systematischen Massenmord an den schöpferischen Potenzen der Gesellschaft: „Sobald der klassische Stalinismus voll ausgereift war, begann er in unvorstellbaren Ausmaßen die Ausmerzungen der Tüchtigen

auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, geistigen und politischen Lebens.“ Angesichts der „gesellschaft-[147:]lichen Dimensionen des historisch einmaligen Feldzuges gegen jedwedes Denken und Können (muß) in der weitgehenden Vernichtung aller schöpferischen Potenzen das Hauptcharakteristikum des Stalinismus gesehen werden. So wie der Allgewaltige keinen Gedanken dulden konnte, der sein eigenes Denkvermögen übertraf, merzte auch sein Apparat jedwede Regung von Ideen aus, die außerhalb des Horizonts der sturen Befehlsempfänger“ lag. (1991, 103)

Der Mord- und Einkerkelungswahn, wie Ruge es nennt, sparte keinen Lebensbereich der Gesellschaft aus. Die seit 1936 sich ablösenden Vernichtungsaktionen von zu „Volksfeinden“ stigmatisierten Opfern erfolgten einerseits nach Sollziffern, zweitens nach Nationalitäten und hinsichtlich der Politprominenz nach Alben. „Es gab kein Volkskommissariat, wohl keine Partei- oder Staatsinstitution, keinen Betrieb, keine Sowjetbotschaft, keine Hochschule, keine Zeitungsredaktion, keinen Truppenteil, wahrscheinlich auch kein Sträflingslager, in denen der verantwortliche Leiter im Schreckensjahrfünft vor dem zweiten Weltkrieg nicht erschossen worden wäre. Sollte sich eine solche Institution finden, so stehen ihr viele Einrichtungen gegenüber, in denen mehrere Leitungen hintereinander den Hinrichtungskommandos ausgeliefert wurden.“ (1991, 196)

Die systematische Vernichtung der schöpferischen Potenzen der eigenen Gesellschaft, und genau darin sieht Ruge das Wesen des klassischen Stalinismus, ist als Hauptkriterium des Stalinismus um so verwunderlicher, als Ruge den eklatanten Kadermangel als eine seiner Wurzeln herausfand und die Verschmelzung von Partei- und Staatsbürokratie auf diesen Mangel zurückführte. Der Kaderpogrom aber, dieser Massenmord an der Intelligenz, ver Hundertfachte diesen Mangel: „Zu Tode kamen erfolgreiche Wirtschaftsfachleute (Pjatakow), Gelehrte von Weltgeltung (Wawilow), begnadete Dichter und Schriftsteller (Mandelstam, Babel), Koryphäen des Theaters (Meyerhold), auch Führer der internationalen Arbeiterbewegung (Bála Kun), darunter deutsche Genossen. Verschont blieben nicht einmal die für die Landesverteidigung unverzichtbaren Kapazitäten: Tuchatschewski starb als ‚Verräter‘; der Raketenspezialist Koroljow (nachmaliger Vater des ‚Sputnik‘) und der legendäre Flugzeugkonstrukteur Tupolew erhielten hohe Freiheitsstrafen. (...) Jeder der Genannten und Zehntausende Ungenannter zogen eine Schar talentierter Mitarbeiter, hoffnungsvoller Schüler sowie Freunde und Verwandte mit in den Abgrund.“ (GS, 239)

„Angesichts des Schmerzes und des Leids, mit dem die Auslöschung eines jeden einzelnen Lebens verknüpft ist, kann nicht von schlimmer und weniger schlimm gesprochen werden. Historisch gesehen ist jedoch das Verhängnisvollste am Stalinismus, daß er systematisch die fähigsten Mitglieder der Gesellschaft ausgeschaltet hat. Solch einen Frevel kann sich kein Staat, kann sich kein System ungestraft leisten. Die schwerste, noch den Poststalinismus überdauernde Hypothek, die die Stalinzeit hinterlassen hat, ist die Initiativlosigkeit der Menschen, denen [148:] jahrzehntelang die Originalität, der Mut zum schöpferischen Wagnis ausgetrieben wurde.“ (GS, 239)

Die Machtwillkür bei der Verfolgung eigenständigen Denkens nahm Ausmaße an, die, so Ruge, „jedem Realitätssinn spotteten“. In einer Situation, als die Sowjetunion bereits einen deutschen Aggressionskrieg erwarten mußte, ließ Stalin alle Militärs, die irgendwelche Fähigkeiten bewiesen hatten, umbringen. 87 Prozent der höheren Kommandeure der Roten Armee und insgesamt rund 40.000 Offiziere wurden ermordet. Die beiden übrig gebliebenen Marschälle, Woroschilow und Budjonny, der erste damals Verteidigungsminister und Gegner Tuchatschewskis, der zweite sogar Richter im Geheimprozeß gegen Tuchatschewski und dessen Mitangeklagte, erwiesen sich 1941 als absolute Versager. Der ermordete Tuchatschewski hatte den Charakter des bevorstehenden Krieges erkannt und ein Konzept zur Bildung selbständiger Panzerverbände und motorisierter Verbände entwickelt und war unter anderem dafür zum Tode verurteilt worden. Damit führte Stalin die als Hauptmotiv für den Massenterror ausgegebene Wachsamkeit ad absurdum.

Die „lückenlose Verfolgung und Drangsalierung des Schöpfertums, des wahrhaft Menschlichen also, des Geistes“ hatte, so Ruge zu Recht, nichts mehr mit dem Klassenkampf und dessen Verschärfung zu tun und auch nichts mit der Zurückweisung der politischen Opposition: „Es handelte sich um die Geiselnahme einer ganzen Gesellschaft einschließlich der vom Terror profitierenden Gehilfen des

Tyrannen durch den Diktator. Die unaufhörliche Gewaltanwendung schüchterte Betroffene und Nichtbetroffene, Skeptiker und Gläubige, Abseitsstehende und Jubelnde ein und machte sie allesamt nicht nur den heutigen, sondern auch den unvorhersehbaren morgigen Willensäußerungen des Herrschers gefügig. Mit der nackten Existenzangst von Millionen wurde die Macht eines Mannes abgesichert, der wähnte, nach seinen Vorstellungen sowie seinem Willen Geschichte gestalten zu können und alles, was nicht diesen Vorstellungen entsprach oder sich als Gegenkraft dieses Willens erweisen könnte, aus dem Wege räumte. Stalin brauchte keine Wissenschaft – er meinte alles zu wissen und die Realität, wenn sie nicht seinem Wissen entsprach, seinem Willen unterordnen zu können. Er brauchte keine Kunst – nach seinem Dafürhalten hatte sich die gesellschaftlich relevante Kommunikation der Menschen auf die Weitergabe der von ihm verordneten Ideen zu beschränken.“ (1991, 108 f.) Mit der Ausrottung der älteren Generation ging es Stalin „nicht zuletzt auch um die Tilgung des Wissens über Zustände, in denen es noch keinen übermächtigen Tyrannen gegeben hatte.“ (1991, 109)

Allerdings ist Ruges Schätzung, mindestens zehn, vielleicht zwanzig Prozent der Bevölkerung seien ausgerottet worden, nicht haltbar. Hösler kommentiert Ruges Quellen bei diesen Zahlen: „Ruge stützt sich auf ‚Schätzungen von Sachken-[149:]nern‘<sup>23</sup>, die den Begriff ‚Hochrechnung‘ wörtlich nehmen. Die seriöse Forschung hat sich davon nicht überzeugen lassen.“ Manfred Hildermeier, auf dessen Extrapolationen sich Hösler hier stützt, „geht von insgesamt 8,5 bis 10,6 Millionen Todesopfern des Stalinismus von 1929 bis 1953 aus: 530.000 bis 600.000 infolge der Kollektivierung Umgekommene, fünf bis sieben Millionen in den Jahren 1932 bis 1934 Verhungerte, etwa 680.000 während des ‚Großen Terrors‘ 1937/38 Hingerichtete sowie etwa 2,3 Millionen infolge von Hunger, Kälte, Krankheit und Erschöpfung in Lagern und Arbeitskolonien Verstorbene.“<sup>24</sup>

### **b) Staatssklaverei, Staatsfeudalismus und Staatskapitalismus**

Ruge hielt alle Versuche, den Stalinismus in irgendeiner Weise als Form des Sozialismus zu begreifen, z.B. als „Sozialismus feudaler Hörigkeit“, als „Entartung des Systems des administrativen Sozialismus“ als „pervertierte Frühform des Sozialismus“, für theoretisch hilflose Trostpflaster, um dem Sowjetsystem nicht die Aureole des Sozialismus zu nehmen. Sie seien doppelt falsch. Es gab in der Sowjetgesellschaft zweifellos Elemente, die sozialistischen Vorstellungen entsprachen, vor allem die Aufhebung privater Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktionsmittel. Doch war sie ein sozialistisches Land? „Begrift man den Sozialismus als eine der Menschlichkeit verpflichtete, also als eine Gesellschaftsordnung, in der ‚die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist‘, so muß diese Frage nachdrücklich verneint werden.“ (1991, 112)

Ein Ausdruck wie Frühsozialismus sei grundlegend falsch, weil er unterstelle, aus dem frühen Stadium könne und werde sich eine reiferes entwickeln, was Ruge für den Stalinismus grundsätzlich ausschließt. Der Stalinismus hatte keine Zukunft, weil er die konstruktiv Tätigen vernichtete oder ihrer Entfaltungsmöglichkeiten beraubte und damit die allein durch ständiges Vorwärtsdrängen zu gewährleistende Fortexistenz der Gesellschaft abschnitt. „Ein System, das Fragen und Suchen unterbindet, das sich derer, die Alternativangebote unterbreiten können, entledigt, das sich der Einstimmung auf die Realitäten widersetzt, bewegt sich, auch wenn dies mit illusionszerstörender Evidenz erst nach Jahrzehnten zutage tritt – in einer Sackgasse.“ (1991, 114)

[150:] Ruge meint, man könne den Stalinismus wohl unbestritten als Zickzackschwenker der Geschichte bezeichnen. Und weil Engels geschrieben hatte, je weiter ein Gebiet vom Ökonomischen entfernt sei, desto mehr verlaufe seine Kurve im Zickzack, sei der Stalinismus kaum mit ökonomischen Notwendigkeiten zu erklären. Indes auch eine in die Sackgasse führende Zickzackbewegung

<sup>23</sup> Ruge stützt seine Schätzung, daß für die Jahre 1929-1953 mit 30 Millionen Todesopfern des Stalinismus gerechnet werden müßte, also etwa mit einem Fünftel der erwachsenen Bevölkerung, auf Schätzungen von Alexander Antonow-Owsejenko, Roy Medwedjew und M. Kapustin, der Gesellschaft „Memorial“ u.a. (OS, 357). Wesentlichen Anteil an der Verbreitung gefälschter statistischer Angaben hat Antonow-Owsejenko, der in seinem Buch „Stalin. Porträt einer Tyrannei“, das 1994 in Rußland erschien, eine ungewöhnliche Leichtfertigkeit im Umgang mit Fakten und Zahlen an den Tag legte.

<sup>24</sup> Hösler, Ruges Beitrag, S. 66 f.; vgl. Manfred Hildermeier: Stalinismus und Terror, in: *Osteuropa*, 2000, H. 6, S. 593-603.

hat ihren Platz in der Geschichte. Welchen Platz sieht Ruge den Stalinismus einnehmen? Er bestreitet, daß sich die russisch-stalinistische Gesellschaft überhaupt „in das auf der Analyse westeuropäischer Entwicklungen beruhende Schema der Gesellschaftsformationen hineinpressen“ lasse. (1991, 112) Nun wird niemand bestreiten, daß die geschichtliche Wirklichkeit immer vielfältiger und komplizierter ist als die Theorie, doch kann das kein Argument gegen begreifendes, theoretisches Erkennen sein.

Die historische Spezifik des Platzes umgeht Ruge auf doppelte Weise: Einerseits bestimmt er die absolute Gewaltherrschaft als ein Moment, das seit der Urgesellschaft in allen Formationen aufgetreten sei. Andererseits war der Stalinismus eine Gesellschaft sui generis und könne mit keiner anderen verglichen werden. Von seiner ökonomischen Basis her könne er als eine Mischformation angesehen werden, in der „alle bekannten Grundformen der Ausbeutung nebeneinander bestanden“: Eigentümer aller Produktionsmittel war der Staat, der sich über die Gesellschaft erhob und keinerlei Kontrolle unterworfen werden konnte. In den Staatsbetrieben trat der Staat als monopolistischer Unternehmer auf. Es gab eine Reihe bedeutender sozialer Errungenschaften, doch kein Mitspracherecht der Arbeiter, die Gewerkschaften waren zu „Transmissionsriemen“ degradiert, Festlegungen über Arbeitszeiten, Löhne und Urlaub traf die Regierung; die Arbeitsbedingungen entsprachen dem Manchesterkapitalismus oder denen eines Entwicklungslandes.

Neben die staatsmonopolistische Form der Ausbeutung trat eine staatsfeudalistische. Formal war das genossenschaftliche Eigentum kein staatliches, doch es wurde wie jenes zentralistisch verwaltet. „In den Genossenschaften spielte der Staat die Rolle eines Feudalherren, der die Bauernschaft während der Kollektivierung(...) in einem grausamen und blutigen Feldzug zur Unterwerfung gezwungen hatte. Die Landbewohner waren in rechtlicher und vor allem in sozialer Hinsicht schlechter gestellt als vor der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861.“ (GS, 359.) Sie waren der Freizügigkeit beraubt und erhielten für ihre Leistungen meist nur Naturalien, mit denen sie ein kümmerliches Dasein fristeten.

Neben staatsmonopolistischer und staatsfeudaler Ausbeutung gab es noch eine dritte, Ruge nennt sie die Staatsklaverei. Diese krasseste Form der Ausbeutung wurde in den Arbeits- und Straflagern des GULag vollzogen. Während die sowjetischen Lager im Hinblick auf die unmenschlichen Bedingungen und ihre Todesrate untersucht wurden, wurde häufig übersehen, daß sie einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor darstellten. „In der Forstwirtschaft und bei der Goldgewinnung wurden so gut wie ausschließlich, im Kohle- und Erzbergbau zum großen [151:] Teil GULag-Häftlinge ausgebeutet. Auch beim Bau von Eisenbahnlagen, Überlandstraßen, Erdöl- und Erdgasleitungen, Kanälen und Staudämmen kamen fast nur Sträflinge zum Einsatz. Das heißt (...), daß auch die sogenannten Großbauten des Kommunismus, angefangen von der Turksib (...) über den Weißmeer-, Moskwa-Wolga- und Wolga-Don-Kanal bis zu den gigantischen Wasserkraftwerken an den europäischen und sibirischen Strömen und der lange vor dem Krieg begonnenen (...) Baikal-Amur-Magistrale, von absolut rechtlosen und praktisch keinen Lohn erhaltenden Arbeitskräften errichtet wurden.“ (GS, 359)

### **c) Terroristische Theokratie**

Hinsichtlich eines dritten Kriteriums, der Organisation der Gesellschaft, bestimmt Ruge den Stalinismus als „zumindestens in der Moderne (...) einmaliges Phänomen“: „Der Staat hatte die Gesellschaft in beispielloser Weise vereinnahmt, alle ihre Tätigkeitsbereiche reglementiert, sich ihre sämtlichen Glieder unterworfen. Das gilt auch für die Partei, in der häufig zu Unrecht der eigentliche gesellschaftliche Motor gesehen wird, die aber in Wirklichkeit weit davon entfernt war, die Schalthebel der Macht zu bedienen. Sie organisierte weder den Terror, der das Gesicht der Gesellschaft prägte (ja sie war den Organen der Staatssicherheit gegenüber völlig ohnmächtig), noch besaß sie Eigentum an den Produktionsmitteln oder Verfügungsgewalt über sie. In ihrer Eigenschaft als vermeintliche ideologische Führungskraft diente sie lediglich als Transmissionsriemen staatlicher Politik (...).“ (GS, 360) Allerdings bezeichneten sich vielfach Gremien, die in erster Linie staatliche Aufgaben erfüllten, als Parteiinstitutionen. Daher dürfe man in dem Etikettenschwindel nicht den tatsächlichen Stand der Dinge sehen wollen. Formelle Parteikomitees waren auf vielen Ebenen weisungsberechtigte Regierungsorgane.

Zu der auf die Alleinherrschaft eines Despoten zugeschnittenen terroristischen Theokratie, wie Ruge es nennt, gehörte zwangsläufig die Psychose des allgegenwärtigen Kampfes gegen „Volksfeinde“ und „Agenten“ und mit ihr die Denunziation im Massenumfang. Angesichts der Massenunzufriedenheit nach der Kollektivierung<sup>25</sup> brauchte Stalin viele Sündenböcke, und zwar viel mehr, als die alten Bolschewiki zählten. Daher fielen bei der ersten vom Politbüro angeordneten „Massenoperation“ 1937 gleich 400.000 Menschen unter die Beschuldigung der Sabotage oder der Spionage für eine fremde Macht. Die nächste „Massenoperation“ richtete sich 1938 gegen Ausländer oder Angehörige solcher Völker, die nach 1917 aus dem Russischen Reich ausgeschieden waren, gegen Polen, Letten, Finnen, Esten, Deutsche, Griechen, Letten, deren Minderheitenrechte aufgehoben wurden. Rogowin bezeichnet diese Massenoperationen zu Recht als „ethnischen Völkermord“.<sup>26</sup>

[152:] Besonders wütete das NKWD gegen die Kommunisten dieser Nationalitäten. An die örtlichen NKWD-Organen erließ Jeshow die Weisung: „Machen Sie mit diesen Leuten kein großes Federlesen, sie werden nach dem ‚Album-Verfahren‘ abgefertigt. Es muß bewiesen werden, daß die Letten, Polen, Deutschen u. a., die der KPdSU angehören, Spione und Diversanten sind.“<sup>27</sup> Neben den pauschalen Massenmord an den Angehörigen ganzer Nationalitäten trat ihre kollektive „Umsiedlung“: In der ersten ethnischen Massendeportation wurden 172.000 Koreaner 1938 aus dem Grenzgebiet zu Korea nach Mittelasien zwangsumgesiedelt. Was also war der Stalinismus für eine Gesellschaftsordnung? Ruge antwortet, eine „Ordnung eigener Art“, weder kapitalistisch noch sozialistisch. Aber zu ihrer Bewertung dürfe man nicht absehen von dem Anspruch, den die Revolution verkündet hat und der als Selbstanspruch der sowjetischen Ordnung nie preisgegeben wurde, nämlich eine freie, humanistische Gesellschaft aufzubauen. Daran muß der Stalinismus entscheidend gemessen werden.

#### 4. Kritik

Meine Kritik an Ruges Auffassung des Stalinismus soll hier nur auf drei Aspekte gerichtet werden, erstens die Spezifik seines Herangehens an den Gegenstand und daraus folgende Implikationen, zweitens Einwände gegen einige seiner Bestimmungen und drittens Einwände gegen Aussagen oder Annahmen Ruges über Tatsachen und Sachverhalte.

a) Ruge lehnt, wie gesagt, sowohl ein wirtschaftshistorisches als auch ein soziologisches Herangehen an die Untersuchung des Stalinismus ab. Daher fehlen bei ihm sowohl soziologische Interessenanalysen als auch soziologische Funktionsanalysen. Stalin hatte den Terror zu einem Faktor der Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft gemacht, doch Ruge weigert sich, den Terror auch soziologisch zu untersuchen. Leider macht er aus dieser Leerstelle eine Tugend und erklärt: „Löst man sich einmal von dem gängigen Vorurteil, nach dem sich jeder Politiker einer bestimmten Interessengruppe verpflichtet fühlen müsse, kommt man nicht umhin zu konstatieren, daß Stalin, die unangefochtene Spitze der hierarchischen Pyramide, nur für sich selbst stand. Natürlich bedurfte auch er – wie jeder Herrscher – der Unterstützung einflußreicher Kräfte in der Gesellschaft. In seinem Fall war dies die Nomenklatura. Indes hatte er nicht damit begonnen, die Belange dieser Schicht wahrzunehmen, sondern vielmehr (...) diese Schicht (...) erst selber geschaffen. Folglich war sie in größerem Maße von ihm abhängig als er von ihr.“ (GS, 361 f.)

Damit verzichtet Ruge darauf zu erklären, welche Personen für den eigenen sozialen Aufstieg erstens an der Errichtung der Machtpyramide und zweitens am Ka-[153:]derpogrom Interesse nahmen. Er untersucht auch nicht, was er selbst „Stalinismus von unten“ nennt, eingeschlossen jene Bedürfnisse der Massen nach einem neuen Selbstherrscher, nach überlegener Gewalt und einer stabilen Machthierarchie, die Stalin und der Apparat bedienten. Obwohl Ruge neben dem historisch-politischen ein psychologisches Herangehen an seinen Gegenstand bevorzugt, fällt letzteres mehr in den Bereich der Individualpsychologie und der Pathopsychologie als in die Sozialpsychologie, die auch die

<sup>25</sup> Vgl. dazu Rogowin, 1937, S. 7-28.

<sup>26</sup> Rogowin, Die Partei der Hingerichteten, S. 17.

<sup>27</sup> Soprotivlenie v GULage. Vosporrutienia. Pis'ma. Dokumenty, Moskva 1992, S. 119 (zitiert nach Rogowin, Die Partei der Hingerichteten, S. 17).

Bedürfnisse von Massen und Nutznießern nach diesem Typ Herrschaft sowie deren Genese und Strukturen aufzeigen könnte.

b) Damit hängt entscheidend die Frage der Triebkräfte dieses Prozesses zusammen. Ruge hält den Stalinismus nicht für ein unausweichliches Produkt der Oktoberrevolution, dennoch sieht er alle Schritte zum Machtexzeß, die die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution gingen, als unausweichliche Fehler an, obwohl sie diese Fehler unter den gegebenen russischen und internationalen Bedingungen gar nicht vermeiden konnten.

Ruge erklärt ausdrücklich Charaktereigenschaften und Motivationen einzelner Personen zu Triebkräften der Geschichte. Das impliziert hinsichtlich Stalins: „Stalin ließ sich allein von unbändigem und ständig wachsendem Machthunger leiten, der anfangs mit Rachsucht gegenüber der ihn stiefmütterlich behandelnden Gesellschaft sowie mit Neid auf die Intellektuellen in der Parteispitze gepaart war. An ihrer zunächst nur auf die Schar der Gefolgsleute begrenzten Macht Anteil zu haben, dann auch ihnen überlegen zu sein, war sein anfängliches Ziel. Später ging es ihm darum, die Macht in ihrer extremsten, zweifellos schon paranoiden Form auszukosten, d.h. willkürlich und unumschränkt über Leben und Tod gebieten zu können.“ (GS, 362)

Zweifellos gewannen Stalins persönliche Eigenschaften und Motive einen ungeheuren Einfluß auf die konkrete Ausgestaltung, die das System der Alleinherrschaft erfuhr, bis hin zur Auswahl der Mord- und Folteropfer. Doch erscheint es mir mehr als überzogen, diese individuellen Beweggründe für die gesellschaftlichen Triebkräfte dieser Entwicklung zu halten, selbst wenn Stalins Rachsucht und Paranoia durch seine Stellung gesellschaftliche Exekutionsmacht gewann.

c) In seinen Bemühungen, Wurzeln des Stalinismus in den Erfahrungen und Traditionen des Kampfes der Bolschewiki in Rußland vor, in und nach der Oktoberrevolution aufzuzeigen, unterschätzt bzw. negiert Ruge die Tiefe des Gegensatzes von Stalinismus und Bolschewismus und damit auch den politischen Bruch, den Stalin vollziehen mußte, um seine Alleinherrschaft aufzurichten. Der Stalinische Massenterror war gerade nicht die Fortsetzung des Bolschewismus, sondern der präventive Bürgerkrieg gegen die Bolschewiki, die für die Festigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution kämpften. Um Stalin die uneingeschränkte Herrschaft zu verschaffen, mußten der Bolschewismus als politische Strömung vernichtet und seine Träger physisch beseitigt werden.

[154:] Die bolschewistische Partei wurde unter Stalin zur „Partei der Hingerichteten“, die kommunistischen Kader stellten mindestens die Hälfte aller Opfer der großen Säuberung. Die Moskauer Prozesse selbst, also die drei großen Schauprozesse 1936, 1937 und 1938, der Geheimprozeß gegen die Führer der Roten Armee 1937 sowie der vorbereitete, dann aber abgeblasene Prozeß gegen die Komintern, wiesen eine starke antisemitische Komponente auf. In den Jahren 1936 bis 1938 wurde der Bolschewismus als politische und ideologische Massenkraft zerstört, die Leninsche Partei endgültig durch eine Stalinsche ersetzt. Die Massenverbrechen der großen Säuberung sind daher nicht die Fortsetzung der Oktoberrevolution, sondern deren Untergang und die Ersetzung nicht nur der bolschewistischen Partei durch eine andere, sondern auch die Ersetzung der sowjetischen Gesellschaft durch eine andere.

Die „Jeschowschtschina“ bildet den Kern jener Entwicklung der nachrevolutionären sowjetischen Gesellschaft, in der durch eine exponentielle Steigerung des Massenterrors eine Neukonstituierung der sozialen Grundlagen und der Herrschaftsformen der Stalinschen Bürokratie geschaffen wurde. An die Stelle der ermordeten Revolutionsführer traten die „Rekruten des Jahres 1937“. Ohne ausreichende Bildung und Erfahrung machten sie Blitzkarrieren und gelangten in ungeheure Machtpositionen mit materiellen und sozialen Privilegien. Diese „Rekruten“ regierten bis zum Untergang der Sowjetunion und wußten zu verhindern, daß die Grundlagen ihrer Herrschaft in Frage gestellt wurden. Das Jahr 1937 bestimmte die historische Entwicklung der Sowjetunion für Jahrzehnte und fügte der UdSSR und der kommunistischen Weltbewegung Verluste zu, von denen sie sich nicht wirklich erholen konnten und die wesentlich zu ihrem Untergang beigetragen haben.



Die Eskalation des Massenterrors mußte schließlich abgestoppt werden, weil seine Fortsetzung die Reproduktionsfähigkeit der neu strukturierten Gesellschaft zerstört hätte. Dessen war sich die Stalinische Führung bewußt. Nachdem die Hauptziele erreicht waren, konnte unter maßgeblicher Mitwirkung Berijas die Eskalation abgestoppt werden, ohne den Terrorismus grundsätzlich zu beenden. Wie sah die sowjetische Gesellschaft nach den Moskauer Prozessen aus? Wer zog Vorteile aus dem Massenterror, wer waren die politischen Subjekte und die sozialen Objekte des terroristischen Thermidors? Ruge gibt uns darauf keine Antwort.

Er akzentuiert durchaus einen Bruch der Stalinschen Politik mit jener der bolschewistischen Partei an der Macht unter Lenin, z. B. in der Außenpolitik. Aber er sieht keinen grundlegenden Bruch bzw. vermerkt vor allem die Kontinuität in Bereichen, die für seine Bestimmung des Hauptkriteriums des Stalinismus konstitutiv sind, also der Politik des Massenterrors bzw. des Bürgerkriegs gegen die Bauern bei der Kollektivierung. Dem muß widersprochen werden.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft seit 1929 war gerade nicht die Erfüllung des Leninschen Genossenschaftsplans, vielmehr brach sie mit diesem. In seinen [155:] letzten Arbeiten hatte Lenin als eine der Hauptaufgaben der bolschewistischen Politik die kulturelle Arbeit „für die Bauernschaft“ gefordert. Voraussetzungen dafür waren die bessere Qualifizierung der Volksschullehrer, die systematische Förderung der Kommunikation zwischen Stadt und Land, systematische Fahrten ins Dorf. Dafür sollten die finanziellen Mittel erhöht werden, alles zu dem Zweck, die „halbasiatische Kulturlosigkeit“ zu überwinden. Lenin warnte vor kurzschlüssigen und voluntaristischen Beschleunigungen: „Man muß anfangen, den Verkehr zwischen Stadt und Land herzustellen, und darf sich nicht von vornherein das Ziel stellen, den Kommunismus in die Dörfer zu verpflanzen.“<sup>28</sup> Lenin warnte vor „Übereile und Leichtfertigkeit“. Das wirtschaftliche Ziel dieser kulturellen Arbeit war die Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauern. Deren Genossenschaftswesen sei noch nicht „die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu dieser Errichtung notwendig und hinreichend ist.“<sup>29</sup> Lenins Forderung, das Genossenschaftswesen zu fördern, war das Gegenteil eines Bürgerkriegs gegen die Bauern.

d) Intensiv hat sich Wolfgang Ruge in den Jahren 1990-1999 mit Lenins Tätigkeit nach der Revolution, seiner letzten Lebensphase und seinen letzten Schriften, insbesondere mit Lenins sog. Testament befaßt. Dabei verschärft er mit der Dauer seiner Untersuchung seine Kritik an Lenin, sieht in dessen politischer Praxis „zumindest Ansätze Stalinscher Denkweisen“, an die Stalin habe anknüpfen können. Ab 1997 sprach Ruge dem Revolutionsführer auch die persönliche Integrität ab. In dem kranken Lenin, der von dem von ihm geschaffenen System isoliert und von seinen eigenen Genossen bespitzelt und bevormundet wurde, sah er einen resignierten Politiker, der sein Lebenswerk gescheitert sah und nicht mehr die Macht hatte, seinen politischen Willen durchzusetzen. Lenin habe zwar die von ihm als gefährlich erkannte Entwicklung des Apparats noch in seinen letzten Arbeiten geißeln, doch nicht mehr korrigieren können. Ruge hat diese Auffassungen in einer Vielzahl von Publikationen entwickelt, sie erfordern eine eigene Analyse und Kritik, die hier nicht geleistet werden kann und soll, zumal er ein Buchmanuskript über Lenin als Revolutionsführer hinterlassen hat, das zur Publikation vorbereitet wird.

Für den hier behandelten Gegenstand ist allein relevant, inwiefern in Lenins Praxis und Theorie als Revolutionsführer Wurzeln des späteren Stalinismus liegen. Ruge diagnostizierte: Lenin gab „Stalin die Knute in die Hand“, er bereitete Stalins Terrorregime mit vor, schuf „wesentliche Voraussetzungen für die Fortführung der exzessiven Machtpolitik nach seinem Tode“ und begünstigte „die diktatorischen Ambitionen seines Nachfolgers“. Lenin leistete, so Ruge, nicht nur objektiv der Stalinschen Willkürherrschaft Vorschub, sondern sein „terroristischer Eifer“ war selbst eine Keimform oder Vorstufe zum Stalinschen Terror. (GS, 373)

[156:] Wenn Ruge diagnostiziert, daß Stalin aus Lenin hervorging, so bedeute das nicht, „Stalin und der Stalinismus seien zwangsläufig aus der politischen Praxis Lenins erwachsen“. (GS, 375) Doch

<sup>28</sup> Lenin, Werke, Bd. 33, S. 447 ff.

<sup>29</sup> Ebenda.

gegenüber der Hauptgefahr, die dem Sowjetstaat drohte, nämlich seiner Entartung zu einer terroristischen Diktatur, „war Lenin blind“. (GS, 377)

Für die Perspektive einer sozialistischen Revolution, die von den Industriearbeitern und der armen Bauernschaft getragen würde, hat Lenin elf Jahre vor der Oktoberrevolution in einer Polemik mit den Kadetten eine Diktatur gefordert als „eine durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze und keine absolute Regel eingeeengte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht“. Er ist von dieser 1906 formulierten Vorstellung einer Diktatur des Proletariats auch nie wieder abgerückt. Für Lenin realisierte die Tschecha unmittelbar die Diktatur des Proletariats.<sup>30</sup> Er, so schreibt Höslers im Anschluß an Ruge, „plädierte immer wieder für gnadenlosen Terror gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner der Sowjetmacht, explizit auch gegen Unschuldige, gegen bloß Verdächtige.“<sup>31</sup> Zweifellos hat Lenin auch die „zersetzende“ Wirkung der Grausamkeit nicht erkannt und ihre Institutionalisierung und Dynamik nicht einzuhegen gesucht. Dennoch hat Lenin administrative Methoden nicht idealisiert, wie Wolfgang Ruge meint, vielmehr hat er davor gewarnt, „die administrative Seite zu übertreiben“ und Stalins „Hang zum Administrieren“ getadelt. Der entscheidende Irrtum Ruges bei der Bewertung Lenins scheint mir in seiner einseitigen Lektüre des sog. Testaments und der ungenügenden Berücksichtigung seiner letzten Schriften zu liegen. In diesen bestimmte Lenin als Hauptaufgaben der nächsten Jahrzehnte die Umgestaltung des Apparats und die kulturelle Arbeit für die Bauernschaft.

Was den Generalsekretär Stalin anbelangt, so hat Lenin den Vorschlag Kamenews zu Stalins Beauftragung zweifellos unterstützt, doch ebenso zweifellos wenige Monate später diese Berufung als unbedingt zu korrigierenden Fehler erkannt. Es geht dabei nicht nur um den expliziten Vorschlag an den nächsten Parteitag, Stalin abzulösen, weil er zu grob war. Ruges Vermutung, Lenin habe Stalin erst dann als ungeeignet für sein Amt befunden, als er vom groben Verhalten Stalins gegenüber Nadeshda Krupskaja erfuhr, ist falsch. Lenin erfuhr erst am 5. März 1923 von seiner Frau, daß Stalin sie am 23. Dezember 1922 angeherrscht und beschimpft hatte. Doch seine Niederschrift mit dem Vorschlag datiert vom 30./31. Dezember 1922.

Lenin verurteilte chauvinistische Äußerungen in Fragen der nationalen Beziehungen innerhalb der späteren UdSSR. Daher war sein Verdikt über Stalins „Sozialnationalismus“ für diesen vernichtend und hätte auch ohne eine explizite Aufforderung zu seiner Ablösung führen müssen, wenn die Behandlung des kranken Lenin durch die Mit-Führer seiner Partei und Stalins bereits „unermessliche [157:] Macht“ dies nicht durchkreuzt hätten. Es ist das Verdienst von Höslers, auf dieses Verdikt Lenins über Stalin in seiner Niederschrift vom 31.12.1922 nachhaltig aufmerksam gemacht zu haben. Lenin kennzeichnet darin den Georgier Stalin als typisch großrussischen Dershimorda, der die Interessen der proletarischen Klassensolidarität verletzt. „Schließlich findet sich am Ende dieser Niederschrift (...) sogar das, was Ruge so schmerzlich bei Lenin vermißt hat: Die Einsicht, daß die Anwendung von Methoden, die den Idealen des Sozialismus widersprechen, die eigene Glaubwürdigkeit und die neue Ordnung, die man zu errichten trachtet, zersetzt.“<sup>32</sup>

Weiterhin sieht Ruge in Lenins politischem Pragmatismus hinsichtlich der sozialistischen Theorie die wesentliche Wurzel der späteren völligen Degradierung und Prostituirung gesellschaftstheoretischen Denkens. Lenins „praxisorientierte Reglementierung der Theorie“ habe unter Stalin schließlich dazu geführt, jede opportunistische Wendung, jede situative politische Taktik „theoretisch“ zu vertiefen und aus zeitweiligen Handlungszwängen historische Gesetzmäßigkeiten zu machen. Diese opportunistische und inflationäre Entwertung theoretischen Denkens räumte scheinbar den Fragen der reinen Lehre eine orthodoxe und scholastische Bedeutung ein, die sie wichtiger erscheinen ließen als Fragen der Praxis.<sup>33</sup> In Wirklichkeit wurde so die sozialistische Theorie nicht aufgewertet sondern entwertet.

<sup>30</sup> Lenin; Werke, Bd. 28, S. 164.

<sup>31</sup> Höslers, Ruges Beitrag, S. 59.

<sup>32</sup> Höslers, Ruges Beitrag, S. 63; Vgl. Lenin, Werke, Bd. 36, S. 594.

<sup>33</sup> Joachim Höslers nimmt unter Berufung auf Ruge diesen Schein ernst. Doch selbst wenn im Stalinismus viele Kommunisten für eine wirkliche oder vermeintliche Abweichung von Dogmen der reinen Lehre hingerichtet wurden,

## Implikationen für eine materialistische Geschichtsauffassung

Für Ruge war der Untergang des europäischen Staatssozialismus ein unabweisbarer Grund, bisherige Aussagen der marxistischen Historiker, mehr aber noch ihre methodischen Grundprinzipien zu überprüfen. An dieser Stelle soll es nicht darum gehen, die von Ruge selbstkritisch benannten Versäumnisse der Geschichtsschreibung aufzulisten, diese sieht er vorrangig auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung und der Geschichte der Sowjetunion und der DDR. Vielmehr sollen nur zwei Probleme aufgegriffen werden, zu denen Ruge aus der kritischen Überprüfung entscheidender theoretischer Eckpfeiler Folgerungen zieht.

1) Der erste und für ihn wichtigste Punkt betrifft die Annahme, daß die Geschichte gesetzmäßig verlaufe, und zwar, letztendlich ökonomisch bedingt, als Abfolge der Gesellschaftsformationen. Da der Stalinismus den Kapitalismus ablöste, werde er als Sozialismus oder Frühsozialismus etikettiert. Das habe den zusätzlichen Vorteil, seine Dynamik hervorzuheben und formationelle Entwicklungsfähigkeit zu [158:] unterstellen. Ruges Kritik geht von einer hypertrophierten, schematisch vereinfachten und inflationär entwerteten Berufung marxistischer Historiker auf Gesetzmäßigkeit aus, insbesondere vom Opportunismus, situative taktische Entscheidungen zu Gesetzmäßigkeiten erklären zu wollen.

Indem nun Ruge die Erfindung von Gesetzmäßigkeiten zu voluntaristischen Zwecken überwinden will, wirft er tendenziell die Existenz historischer Gesetze generell über Bord. Vordergründig betrifft das die Abfolge historischer Formationen, eine Auffassung, die Ruge durch die Vorstellung vom Geschichtsverlauf als Labyrinth ersetzt. Die von Marx vorgenommene präzise Analyse eines Einzelfalls, nämlich des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, wurde, von humanistischem Wunsdenken beflügelt, unzulässig auf die ganze Geschichte der zivilisierten Menschheit extrapoliert.

Doch die Rücknahme betrifft nicht nur die Abfolge von Formationen, sondern tendenziell die Gesetze überhaupt. Ruge gibt die Vorstellung der Determiniertheit der gesellschaftlichen Entwicklung auf und spricht vom chaotischen Charakter eines jeden Bewegungsgefüges. Zwar schreibt er den Gesetzen Möglichkeitscharakter zu und meint damit deren Wirkung als Tendenz, doch selbst in der Negation nimmt er unversehens den bisherigen, politisch bestimmten, inflationären Gebrauch des Gesetzesbegriffs als wissenschaftlichen Erkenntnisstand über die Spezifik gesellschaftlicher Gesetze. Daher ist zu bedauern, daß er z. B. die klugen und differenzierenden Analysen von Peter Bollhagen zu diesem Thema nicht berücksichtigt oder gar nicht kennt.<sup>34</sup>

Ruges Prüfung bisheriger Annahmen vom gesetzmäßigen Charakter bestimmter Ereignisse betrifft zwei gegensätzliche Fälle: Zu prüfen ist erstens für alle Ereignisse, von denen behauptet wird, sie seien gesetzmäßig, die jeweilige Begründung. Nach Stalin war die Verschärfung des Klassenkampfes im Maße des Sieges des Sozialismus ein Gesetz, praktisch erklärte er so den Massenterror der 1930er Jahre für eine Gesetzmäßigkeit. War der Sieg der Roten Armee über Hitlerdeutschland gesetzmäßig oder eine Frage der mobilisierbaren Ressourcen auf dem Schlachtfeld und in der Gesellschaft? Ihr gesetzmäßiger Charakter wurde nicht nur für historische Ereignisse im Nachhinein, sondern auch für erwartete behauptet. Wo ersehnte Veränderungen als unaufhaltsam und gesetzmäßig ausgegeben werden, hat sich eine derartige Vision oft als Fiasko entpuppt. So hat sich der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus im Weltmaßstab bisher gerade nicht als gesetzmäßig erwiesen.

Umgekehrt: War der deutsche Faschismus eine gesetzmäßige Entwicklungsstufe der politischen Herrschaft des Großkapitals? Ruge rügt mit Recht, daß sich die Historiker um die Erörterung solcher Fragen gedrückt haben. Der inflationären [159:] Zuschreibung von Gesetzmäßigkeit stand so deren auffallende Abwesenheit bei anderen Erscheinungen zur Seite.

---

ändert das nichts daran, daß theoretisches Denken für die politische Praxis nicht wirklich gefordert und in der Praxis gleichgültig war und der terroristisch abgesicherte Dogmatismus mit dieser Praxis nichts zu tun hatte. Vgl. Hösler, Ruges Beitrag, S. 46.

<sup>34</sup> Vgl. Peter Bollhagen: Gesetzmäßigkeit und Gesellschaft. Zur Theorie gesellschaftlicher Gesetze, Berlin 1967; vgl. ders.: Soziologie und Geschichte, Berlin 1966.

Ruge wendet sich gegen eine Auffassung von historischer Gesetzmäßigkeit, die das Handeln der Menschen als entscheidende Wirkungsbedingung entweder vorherbestimmt oder überflüssig macht. Dun geht es entscheidend darum, die hinter Termini wie „Hauptursache“ oder „Basis“ versteckte Simplifizierung des Geschichtsprozesses zu überwinden und das Vorhandensein vieler Ursachen, im Widerstreit liegender Kausalketten und des Zufalls anzuerkennen. Das Geschehen sei sowohl präeterminiert als auch indeterminiert, und den Handlungen der Menschen komme eine entscheidende Vermittlung zu. Der Mensch „mache“ Geschichte und ist zugleich ihr Spielball.

Mit der Auffassung von Gesetzmäßigkeiten gibt Ruge also gleichzeitig die Vorstellung von der Determiniertheit auf, doch nicht nur das: Eine lange Liste „zu Formeln erstarrter Auffassungen“ müsse revidiert werden, angefangen vom Fortschrittsaxiom über die sog. historische Mission der Arbeiterklasse, die Rolle der Partei bis zum Hohelied auf die Revolutionen als Lokomotiven der Weltgeschichte.

2. Die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte hat Ruge sein ganzes Wissenschaftlerleben lang beschäftigt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wandte er sich dem Feld der historischen Biographie zu und verfaßte Biographien über Rindenburg, Stresemann, Erzberger, Brüning und eine Teilbiographie über Hitler. Zweifellos entwickelte Ruge von allen Historikern aus der DDR die größte Meisterschaft in diesem Metier. Für ihn ist diese Frage im Grunde eine Frage nach den Triebkräften der gesellschaftlichen Bewegung. Er hielt es für „absolut unmarxistisch, die Triebkräfte der Entwicklung vor der Revolution in den Volksmassen, nach ihr aber in weisen Führern und Steuermännern“ sehen zu wollen. (GS, 477) Plechanow ging mit Marx und Engels davon aus, „daß den als Exponenten von Klassen oder Klassenfraktionen agierenden Akteuren auf der historischen Bühne ein gewisser Spielraum verbleibe, um persönliche Eigenschaften, Neigungen, Erfahrungen in den Geschichtsverlauf einzubringen. Solange es um den Sturz der bestehenden Ordnung ging, entsprach der skizzierte Erkenntnisstand den Bedürfnissen der revolutionären Praxis. Das änderte sich aber schon wenige Jahre nach der Oktoberrevolution, als sich die Glorifizierung des (...) zum Alleinherrscher aufsteigenden Spitzenmannes als brauchbares und bald unverzichtbar geglaubtes Mittel zur Mobilisierung der Massen erwies.“ (GS, 249)

Ruge hält die Auffassung von Engels, daß sich der Mann, also der geschichtswirksam Handelnde, sich jedesmal gefunden habe, sobald er nötig war, für anfechtbar. Denn im Umkehrschluß hieße das, „daß auch die von Menschen in Szene gesetzten Jahrhundertverbrechen (...) nötige Phasen eines Spiels blinder Kräfte gewesen seien.“ (GS, 382) Die Frage nach der historischen Wirksamkeit von Einzelpersonlichkeiten bindet das öffentliche Bewußtsein „vor allem an grausige Etappen der Geschichte“. (GS, 309) Daher bieten sich, so Ruge, Hitler und Stalin [160:] geradezu an, diese Frage zu klären. Er führte seinen Vergleich zwischen Stalinismus und Faschismus an ihrem Beispiel und auf der Schiene Führer-Partei-Massen durch. Darauf soll anschließend noch gesondert eingegangen werden. Es widerspreche der im Grunde antipersonalistischen Auffassung der Marxisten von der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, wenn Hitler „als ein jeder Persönlichkeitsmerkmale barer Exponent eines Systems begriffen“ werde. Dies erhebe ihn zum alleinverantwortlichen, und das hieße hier irrationalen Täter. Was Stalin angeht, so widersprachen sowohl dessen Beweihräucherung als unikales Genie bis 1953 als auch die 180-Grad-Wendung in der Bewertung seiner Person nach dem XX. Parteitag der KPdSU jeglicher materialistischen und dialektischen Geschichtsbetrachtung. In beiden Fällen wurden die Verbrechen als „Betriebsunfälle“, als „lediglich nicht systemgerechte Extratouren einzelner Spitzenpolitiker“ behandelt.

Es genüge, Stalin mit Trotzki zu vergleichen, um herauszufinden, „daß der Erfolg von Despoten nicht an Klugheit, Originalität oder Tatkraft, sondern an intellektuelles Mittelmaß, Skrupellosigkeit, streckenweise auch an Anpassungsfähigkeit und zudem wahrscheinlich an pathologisches Mißtrauen gebunden ist.“ (GS, 249) Stalin wurde unterschätzt und galt vielen nur als „verschlagener Brachialpolitiker“. Doch verfügte er, Ruge hebt diese Momente hervor „außer dem phänomenalen Gedächtnis und dem immensen Fleiß – über ein Höchstmaß der für einen Erfolgspolitiker unverzichtbaren Eigenschaften: über ein ausgeprägtes Machtgespür, eine intuitive Menschenkenntnis, eine phantastische Verstellungsgabe und über die Fähigkeit, gegebenenfalls jahrelang bis zum Ausreifen

eingefädelter Intrigen zu warten.“ (GS, 486) Nicht „Stalins Machtgier und Brutalität, nicht seine Hinterhältigkeit und Skrupellosigkeit oder sein pathologisches Mißtrauen“ ließen ihn, so Ruge, zu einer „Figur von weltgeschichtlicher Bedeutung aufsteigen“. Doch gerade diese Eigenschaften befähigten ihn, an „objektiv vorhandene Ansätze einer Entwicklung anzuknüpfen, an deren Ende die uneingeschränkte Macht eines sich kommunistisch gebärdenden Alleinherrschers stehen sollte“. (GS, 487)

Hitler wie Stalin haben die Geschichte des 20. Jahrhunderts am stärksten mitgeprägt. Zugleich waren sie die größten Verbrecher ihrer Zeit: „Somit müßte zumindest für die erste Hälfte unseres Jahrhunderts der herkömmliche (und höchst fragwürdige Satz ‚Männer machen die Geschichte‘ dahingehend modifiziert werden, daß es Verbrecher sind, die die Geschichte machen. Ob diese furchteinflößende Erkenntnis auch für andere Epochen gilt, sei dahingestellt. Von vornherein auszuschließen ist dies jedenfalls nicht.“ (GS, 365)

Im Unterschied zur Frage der Gesetzmäßigkeiten hat Ruge seine selbstkritische Prüfung bisheriger marxistischer Geschichtsschreibung in der Frage nach der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte zu keiner entschiedenen Lösung geführt, sondern in der Schwebe gelassen. Er sieht in der historischen Persönlichkeit gerade nicht nur den Exponenten eines Systems, den Vertreter von Interessen und [161:] Bedürfnissen definierter gesellschaftlicher Gruppen. Er spricht ihr, besonders in Krisen- und Umbruchsituationen nicht nur Gestaltungskraft zu, sondern bewertet ihr Handeln als wirksame historische Triebkraft. Mit der Zurücknahme der These von der Gesetzmäßigkeit historischen Handelns dehnt Ruge den Spielraum historischer Persönlichkeiten gegenüber Plechanow erheblich aus: „Persönliche Eigenschaften, Erfahrungen usw. werden auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nur geschichtswirksam, wenn der Führungsanwärter in einer konkreten Situation die Massen (und sei es durch Betrug) dazu bringen kann, ihn als Leitfigur anzunehmen und er damit entscheidend macht beteiligten Gruppen den Beweis seiner politischen Potenz liefern kann.“ (GS, 24) Er muß Massen bewegen können und „den besagten Gruppen die Gewähr für die Schaffung optimaler Voraussetzungen zur Durchsetzung ihrer Ziele bieten“. (GS, 250) In einem anderen Zusammenhang hatte Ruge das „Erfolgsbestechung“ genannt.

Als Ruge nach 1990 Lenins seit 1902 erarbeitete Parteikonzeption als eine Wurzel des späteren Stalinismus geißelte, gehörte Lenins Diagnose, die Arbeiter könnten aus sich heraus, ohne die Führung einer wissenschaftlich gebildeten revolutionären Führerschaft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein entwickeln, zu den Kernpunkten seiner Kritik. 1993 schreibt Ruge über die Volksmassen: „Man sollte wohl den bekannten Satz von den Volksmassen, die Geschichte machen, dahingehend modifizieren, daß es die geführten (richtiger: die verführten) Massen sind, die in den Geschichtsverlauf eingreifen. (...) Die Mehrheit der Menschen, die Massen also, sind schon mangels Information und Schulung nicht in der Lage, die ringsum sich auftürmenden Widersprüche und Konflikte zu durchschauen, geschweige denn, ihren eigenen Platz darin auszumachen. In der Regel nehmen sie deshalb von Phantasten und Demagogen vorgefertigte Erklärungs- und Interessenmuster an. Unter Gewalt herrschern zielen derartige Muster nicht nur (...) auf die Erhaltung des Untertanengeistes, sondern putschen zu aktivem Handeln auf.“ (GS, 314)

Die Massen unterschieden sich nach Ruge von den macht beteiligten Gruppen dadurch, daß sie in ihrer Mehrheit „oktroierten Denkmustern folgen und außerstande sind, die eigenen Interessen zu erkennen, geschweige denn sich für sie einzusetzen und somit Klassenpositionen zu beziehen“. (GS, 27) In dieser ihrer oft übertünchten Unfähigkeit liege der „größte Widersinn der Geschichte“: „Die Erfahrung lehrt jedenfalls, daß die Massen unter Diktaturen hochgradig am ‚Geschichtemachen‘ beteiligt sind, und zwar nicht nur, indem sie die Grundlagen der Gesellschaft durch ihre Produktionstätigkeit erhalten, sondern indem sie aktiv und opferbereit gegen ihre eigenen Interessen eintreten.“ (GS, 250)

#### [162:] „Faktor Hitler“ und „Faktor Stalin“

1990 und 1993 hat Wolfgang Ruge in zwei Aufsätzen einen Vergleich von Faschismus und Stalinismus unternommen. Auch wenn es für Antifaschisten unerträglich erscheine, sei es notwendig, die bittere Wahrheit auszusprechen, daß beide Gewaltregimes „erschreckende Gemeinsamkeiten

aufweisen“ (GS, 248). Nur durch den Vergleich seien aber totalitarismustheoretische Gleichsetzungen zu destruieren.

Ruges Vergleich bezieht mehrere Dimensionen ein, konzentriert sich aber auf den Vergleich der Despoten und übernimmt die von Martin Broszat entwickelte Funktionsanalyse der „Faktoren“ Diktator, Gruppen, Massen. Ruge notiert auf dieser Schiene Gemeinsamkeiten der Diktatoren: Beider Handeln war von unstillbarem Machthunger bestimmt. Sie stützten sich auf von ihnen verführte, dafür anfällige Massen, die außerordentlich aktiv gegen ihre eigenen Interessen handelten. Als Manipulierungsmethoden verwendeten beide Demagogie, Simplifizierung, Führerkult und Erfolgsbestechung – und lernten dabei voneinander. In beiden Ländern boten „moderne Gesellschaftssysteme“ den Diktatoren Entfaltungsmöglichkeiten. Als Bindeglied funktionierte eine einzige, streng hierarchisierte Massenpartei.

Die durch Vergleich erhobenen Gemeinsamkeiten sind heterogener Natur, sagen über den gesellschaftlichen Inhalt nichts aus und bleiben an der Oberfläche der Erscheinungen. Gravierender erscheinen die von Ruge ausgemachten Unterschiede zwischen beiden Despoten: „Die geschichtsrelevanten Unterschiede zwischen dem ‚Faktor‘ Hitler und dem ‚Faktor‘ Stalin“ hingen nicht „von persönlichen Eigenschaften, sondern von der Art und Weise ab (...), in der die Tyrannen in das Beziehungsgeflecht Diktator-Masse(bzw. Massenverhalten vorgebende Partei)-machtbeteiligte Gruppen eingebunden waren, teils auch durch Besonderheiten der beiden zuletzt genannten Größen.“ (GS, 250). Während die NSDAP das Werk Hitlers gewesen sei, existierten die Gruppen aus Wirtschaft und Politik, die sich für ihn entschieden und weit mehr als die NSDAP an der Etablierung der Macht beteiligt waren, also Großkapital, Junkertum, Militär, völlig unabhängig von Hitler und seiner Partei. Stalin war nicht der Schöpfer der bolschewistischen Partei, er fand sie vor, doch die Stalin tragende Gruppe der höheren und mittleren Parteikader stieg mit und durch seinen Aufstieg auf und wurde in beträchtlichem Maße von ihm geformt „zu einem hierarchisch korrumpierten administrativen Apparat“ (GS, 250)

Hitler war auf die Unterstützung sehr unterschiedlicher Kräfte angewiesen, Stalin konnte sich auf eine geschlossene Phalanx aus Basis, Parteikörper und Machtgruppe stützen. So bestand bei Hitler ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis von seinen Förderern, Stalin und die Partei- und Staatsbürokratie hingen wechselseitig voneinander ab. Die großmächtigen Wirtschaftsbosse sahen [163:] ihre Existenz und ihre Eigentumsordnung durch einen möglichen Abgang des Nazichefs nicht gefährdet, sie weinten ihm 1945 keine Träne nach. Die Verwaltung, Wirtschaft und Ideologie der monopolistisch herrschenden Bürokratie der Sowjetunion war mit Stalin auf Gedeih und Verderb verbunden.

Hinsichtlich der Unterschiede im Herrschaftsgefüge sieht Ruge die „Eigengesetzlichkeiten der Macht“, sprich die Zentralisierung und Vereinnahmung aller gesellschaftlichen Bereiche, unter Stalin ausgeprägter. „Der deutsche Faschismus blieb immer Instrument, das aus der Sicht seiner Nutznießer seinen Zweck erfüllte. Dagegen ging es in der Sowjetunion zunehmend darum, das Regime des Alleinherrschers um seiner selbst willen zu festigen. Ihres Selbstzweck-Charakters wurde die weiterhin grausame Diktatur erst durch den Überfall Hitlerdeutschlands entkleidet, der Stalin aus Selbsterhaltungsgründen zwang, die Interessen des zum Kampf um die Bewahrung seiner Lebensgrundlagen herausgeforderten Volkes wahrzunehmen.“ (GS, 252)

Im Verhältnis des Despoten zu den Ideen, „mit denen sich die Diktaturen schmückten“, konstatiert Ruge einen grundlegenden Unterschied. Hitler setzte auf Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus, er brauchte auch nie den Vorwurf seitens der Gefolgschaft zu befürchten, diese verraten zu haben. Hitler vernichtete im eigenen Land seine erklärten Gegner und die als „Untermenschen“ Stigmatisierten. Stalin aber konnte nicht darauf verzichten, vor den Massen als Verfechter sozialistischer Grundsätze zu erscheinen, so sehr er sie auch in der Praxis destruierte. Deshalb, so Ruges entscheidende Begründung für die Hauptstoßrichtung des Stalinschen Terrors, mußte Stalin vor allem jene fürchten, die die dogmatisierten Grundsätze ernst nahmen: Er rottete die ihm ergebenen Erbauer seines Systems aus, allen voran mit der schöpferischen Intelligenz die klügsten und produktivsten und mit der alten Parteigarde die selbstlosesten und der Idee ergebensten Menschen.

„So bleibt die eigentliche Frage, waren sie es, die den Geschichtsverlauf bestimmten? Hätte sich die Entwicklung ohne sie (oder wenn andere Tyrannen allmächtig geworden wären) auf anderen Bahnen

bewegt?“ (GS, 253) Ruge antwortet negativ auf diese Frage: „Durch ihr Auftauchen wurden vorhandene, bislang den Geschichtsprozeß dominierende Prozesse (...) maßlos beschleunigt und derart intensiviert, daß sie schließlich in schrecklichen Kataklysmen mündeten.“ Solchen Katastrophen kann die Menschheit wahrscheinlich nur entgehen, schrieb Ruge 1990, wenn sie sich der großen Männer erwehrt und die Massen es lernen, ihre eigenen Interessen zu erkennen. Doch hier sei „Zuversicht kaum angebracht“.

### **Schlußbemerkung**

Nicht erst das Ende des Staatssozialismus in Europa und seine Forschungen zur sowjetischen Geschichte waren für Wolfgang Ruge der zwingende Grund, [164:] wesentliche Annahmen der materialistischen Geschichtsauffassung zu überprüfen bzw. in Frage zu stellen. Ruge will sich vor keiner Frage drücken, er will die ganze Wahrheit, nicht nach tagespolitischen Erfordernissen modifizierte Teilwahrheiten. Wer ihm deshalb, wie Gerhard Feldbauer, antisowjetische Geschichtsfälschungen unterstellt, disqualifiziert sich selbst als Historiker und als moralische Person.<sup>35</sup> Wolfgang Ruge war niemals ein Karrierist oder Opportunist, und er wurde auch als desillusionierter Sozialist kein Renegat.

Was seine Stalinismusauffassung angeht, so liegt Ruge in entscheidenden Punkten im Mainstream der gegenwärtigen, seriöseren Stalinismusforschung: Das betrifft die zeitliche Eingrenzung auf die Jahre 1919-1953, die Eingrenzung auf die Sowjetunion, den Terror als konstitutives Element dieser Ordnung, die Konzentration auf den Stalinismus von oben. Ruge will seine Analysen des Stalinismus als Selbstkritik, als Anregung zum weiteren Nachdenken und Nachforschen verstanden wissen. Er erwartete keine dogmatische Gläubigkeit, sondern Kritik und Widerspruch.

„Nur wer sich ändert, bleibt sich treu.“ (Bertolt Brecht) Wolfgang Ruge hat sich nicht dem ideologischen Druck der Sieger von 1989/91 gebeugt und sich nicht von den Grundthesen seiner früheren Veröffentlichung distanziert. Er hat seinen Standpunkt als Sozialist nicht preisgegeben, er hielt am unabdingbaren Sturz des Kapitalismus und am Ziel des Sozialismus fest und kämpfte mit allen seinen Kräften für eine antikapitalistische Alternative. Wolfgang Ruge hat niemals aufgehört, methodisch ein materialistisches Herangehen an die untersuchte Geschichte zu favorisieren, nur will er es auch auf die Geschichte der eigenen Bewegung angewendet wissen. Anders als Hösler bin ich allerdings der Auffassung, daß er den Gefahren der Personalisierung, Psychologisierung und Moralisierung nicht entgangen ist. Tatsachen sind ein hartnäckig Ding, und Ruge insistiert entscheidend auf jenen materiellen Gegebenheiten der Geschichte, die gern ideologisch umnebelt werden.

---

<sup>35</sup> Gerhard Feldbauer rechtfertigt faktisch die Deportation aller sowjetischen Staatsbürger deutscher Nationalität ohne Ansehen der Person. Vgl.: Eine Betrachtung zum Sosswa-Buch Wolfgang Ruges und seinem politischen Werdegang, in: *Offensiv*, 1/2004, S. 35-45; Ders.: Wolfgang Ruge bleibt auf antikommunistischem Kurs, in: *Roter Brandenburger*, März 2004, S. 11.

[165:]

## KRITIK

### Man kann nicht hochrüsten, ohne Krieg zu wollen

#### Adam Tooze's Analyse der deutschen Wirtschaft im Faschismus<sup>1</sup>

Adam Tooze, Wirtschaftshistoriker am Jesus-College in Oxford, hat sich mit seinem Werk über die Rüstungswirtschaft Hitlerdeutschlands<sup>2</sup> in die Phalanx angelsächsischer Historiker geschrieben, die wie Stanley Payne<sup>3</sup>, Richard Evens<sup>4</sup>, Ian Kershaw<sup>5</sup> und Robert O. Paxton<sup>6</sup> in den letzten Jahrzehnten eine ganze Reihe bedeutender Werke zur Analyse des deutschen und des internationalen Faschismus vorgelegt haben. Der Gegenstand hat dort ungebrochen Konjunktur und wird auch klar beim Namen genannt. Tooze's Buch ist in mehrfacher Hinsicht gewichtig, mit über 900 Druckseiten auch im physischen Sinn, inhaltlich, weil er seine Thesen durch einen Berg von Belegmaterial untermauert, wissenschaftshistorisch, weil es sich von der die Geschichtsschreibung deutscher Konzerne im Faschismus beherrschenden apologetischen Klopffechtereier der Feldmann- und Turner-Schule absetzt, forschungsstrategisch, weil es die Beziehungen zwischen dem deutschen Großkapital und dem faschistischen Regime klar benennt und dokumentiert, auch wenn letzteres inkonsequent erfolgt.

Gegenüber den in der bürgerlichen deutschen Historiographie üblich gewordenen „Erklärungen“ der faschistischen Diktatur, ihres Krieges und ihrer Massenverbrechen allein oder vorrangig aus „rassenideologischer Vernichtungspolitik“ spürt Tooze den wirtschaftlichen Gründen für die Kriegspolitik der Naziführung nach. Er will den abstrakten Gegensatz von Ideologie und Ökonomik hinsichtlich der Kriegsrüstung aufheben und den Stellenwert wirtschaftlicher Überlegungen als selbständige und nicht nur als instrumentale Determinanten respektiert wissen. Allerdings entkommt er dem Mainstream nicht. „Letztlich blieb allein die Ideologie ausschlaggebend“, schreibt auch Tooze. (619) Ideologie ist für ihn zwar kein bloßes Hirngespinnst, sie hat durchaus mit Praxis zu tun, aber nichts mit Interessen. [166:] Indem er sie nicht als praktischen Interessenausdruck begreifen kann, werden auch jene ökonomischen Interessen, die hier in der Ideologie fixiert und maßgebend werden, im dunkeln gelassen.

Tooze betrachtet die deutsche Wirtschaft im Zusammenhang mit der Entwicklung der Weltwirtschaft im allgemeinen und jener der USA im besonderen. Darin besteht eine Stärke seiner Analyse. Er kritisiert, daß die meisten über deutsche Wirtschaftsgeschichte arbeitenden Autoren bisher übersehen haben, wie unzureichend der Entwicklungsstand und das Wirtschaftspotential Deutschlands für hegemoniale Vorhaben waren. Tooze's Maßlatte sind die USA. Er weist nach, daß selbst die ungeheure Hochrüstung Nazideutschlands dessen Kräfteverhältnis gegenüber seinen späteren Kriegsgegnern kaum verändert hat. Deutschland war, so eine Hauptthese des Buches, für dieses Hegemonievorhaben eine zu kleine Wirtschaftsmacht. Belief sich die US-amerikanische Produktion 1914 auf das Doppelte der deutschen, so erreichte die Gesamtproduktion der USA 1943 das Vierfache Deutschlands. Nehme man die „außergewöhnliche Position der Vereinigten Staaten in der modernen Weltwirtschaft“ als „Dreh- und Angelpunkt“, unterscheidet sich aus „der Vogelperspektive“ die deutsche Wirtschaft kaum vom europäischen Durchschnitt. (14)

Tooze schreibt keine umfassende Wirtschaftsgeschichte Nazideutschlands, sondern konzentriert sich auf die rüstungswirtschaftliche Seite des Krieges. Er beweist, daß das Naziregime vom ersten Tage seiner Errichtung an systematisch den Krieg vorbereitete und der Hochrüstung alle anderen politischen Erwägungen unterordnete, und verdeutlicht, welche ungeheure wirtschaftliche Belastung diese

---

<sup>1</sup> Adam Tooze: *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*. Aus dem Englischen von Yvonne Badal. Siedler Verlag München 2007, 927 S., 44 €.

<sup>2</sup> Eine Fassung dieser Kritik ist in *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Heft 4/2007 erschienen.

<sup>3</sup> Stanley Paine: *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*, Berlin 2001.

<sup>4</sup> Vgl. die deutsche Ausgabe: Richard Evens: *Das Dritte Reich*, Bd. 1: *Aufstieg*, Bd. 2: *Diktatur*, München 2004 bzw. 2006.

<sup>5</sup> Ian Kershaw: *Hitler*, 3 Bde., München 2000.

<sup>6</sup> Robert O. Paxton: *Anatomie des Faschismus*, München 2006.



Rüstungspolitik für die deutsche Volkswirtschaft bedeutete und welche Folgen der Aufbau und die wirtschaftlich-technische Ausrüstung von Luftwaffe, Heer und Marine nach sich zogen.

Zeitlich und räumlich holt der Autor weit aus. Er beginnt mit der Rolle US-amerikanischer Kredit- und anderer Entscheidungen für die Stabilisierung der Weimarer Republik seit 1924. Dabei geht es in der Hauptsache um zwei Sachverhalte, die sehr unterschiedlich im öffentlichen Bewußtsein präsent sind: erstens um die von US-Bankiers als Vermittler eingereichten Vorschläge zur Regelung, d. h. praktisch zur Reduzierung, der von Deutschland nach dem Versailler Friedensvertrag von 1919 zu leistenden Reparationszahlungen, die unter den Namen Dawes-Plan (1924) und Young-Plan (1929) bekannt sind, und zweitens um private Kredite US-amerikanischer Banken seit 1924. Die nationalistische Wendung der deutschen Außenwirtschaftspolitik, die bereits vor der Machtübertragung an die Hitlerregierung eingeleitet wurde und die von Stresemann repräsentierte Politik guter Beziehungen zu den USA ablöste, wurde von Hitler fortgesetzt und forciert. Seit 1931 zahlte keine deutsche Regierung mehr Reparationen, seit 1933 bediente die Regierung Hitler auch ihre anderen Auslandsschulden nicht mehr.

[167:] Tooze kennzeichnet Stresemanns Außenwirtschaftspolitik als „friedlichen ökonomischen Revisionismus“, deren Konsequenz die Perspektive Deutschlands wäre, „ein wohlhabender Satellitenstaat der Vereinigten Staaten“ zu werden. Tooze idealisiert Stresemann, und die Gründe für den Ausschluß dieser Perspektive durch Hitler sieht er ideologisch bestimmt: Eine gedeihliche Zukunft Deutschlands als kapitalistischer Partner der Westmächte wäre für Hitler schlicht undenkbar gewesen, weil er darin eine Unterwerfung unter „das Weltjudentum“ gesehen hätte. Auch später kommt Tooze in fast allen Entscheidungsfragen der Hitlerschen Rüstungspolitik auf die irrationale und rassistische Naziideologie als letztlich bestimmender Determinante zurück und damit in den Mainstream der bürgerlichen Historiographie.

Tooze zieht gegen den Mythos zu Felde, die Regierung Hitler habe der Beseitigung der Arbeitslosigkeit anfangs Vorrang eingeräumt. Anhand der vorgesehenen und der tatsächlichen Ausgaben für diesen Zweck weist er nach, daß dies niemals ein erstrangiges Anliegen der Hitlerregierung sein konnte, da die eingesetzten Mittel gering waren und als Posten schon im Dezember 1933 wieder von der Prioritätenliste des Haushalts verschwanden.

Das erste Arbeitsbeschaffungsprogramm vom 28. Mai 1933, das sog. Reinhardt-Programm, sah vor, eine Milliarde RM aufzuwenden, in erster Linie für ein ländliches Siedlungsprogramm und für die Förderung des Straßen- und Wohnungsbaus. Finanziert werden sollte es durch „produktive Kreditschöpfung“. Hinsichtlich der Ergebnisse verweist Tooze auf das Beispiel Ostpreußens: Dort hatte NSDAP-Gauleiter Koch bereits am 16. Juli 1933 seinen Gau für arbeitslosenfremd erklärt. Über 100.000 Arbeitslose seien in Lohn und Brot gekommen, Ödland sei umgepflügt, fruchtbar gemacht und eingesät worden, Gehöfte für neue Siedler gebaut worden. „Bei genauerer Prüfung“, resümiert Tooze, „entdeckt man jedoch, daß diese ‚Arbeitsschlacht‘ in Ostpreußen von Anfang bis Ende nichts als ein inszeniertes Medienereignis war: Die ländliche Wirtschaftsstruktur Ostpreußens eignete sich ideal für schnell greifende, aber ausgesprochen primitive Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.“ Walter Funk, Staatssekretär im Goebbels-Ministerium, benutzte Ostpreußen als Startrampe für eine reichsweite Kampagne, Göring setzte das Reichsfinanzministerium unter Druck, damit es einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Reinhardt-Milliarde für eine Region bereitstellte, in der 1,89 Prozent der offiziellen Arbeitslosen Deutschlands lebten. Koch ließ die Arbeitslosen in sog. Kameradschaftslager treiben, ja er setzte durch, daß eines der ersten „wilden“ Konzentrationslager als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme anerkannt wurde. Dem Koch-Plan folgten sehr bald andere. Im Rheinland, in Franken, in Bayern.

Die größte Arbeitslosengruppe in Deutschland waren die Bauarbeiter, gefolgt von den Metallarbeitern. Für die Zentren der Arbeitslosigkeit Berlin, Hamburg, Ruhrgebiet, Bremen, Stuttgart oder München änderte sich durch das er-[168:]ste Reinhardt-Programm kaum etwas. Rund 230 Millionen RM von der Reinhardt-Milliarde wurden für „Sondermaßnahmen“ abgezogen, sprich für den Bau von strategisch angelegten Straßen, Flugplätzen, Kasernen und Wasserstraßen. Im Spätsommer 1933 waren die Mittel verbraucht.

Die Arbeitslosigkeit wurde erst durch den konjunkturellen Aufschwung der Wirtschaft gesenkt. Dieser war nicht von der Regierung verursacht, aber vom Aufschwung des Naziregime geprägt: 1935 lag der Privatverbrauch um sieben Prozent unter dem Niveau von 1928, die privaten Investitionen sogar 22 Prozent darunter. Aber die Staatsausgaben lagen um 70 Prozent höher als 1928, und diese Steigerung erklärt sich nahezu ausschließlich aus dem Militärhaushalt. Strategische Entscheidungen von höchster Priorität betrafen 1933/34 die Rüstung, die Nichtanerkennung der Auslandsschulden und die Währung – und zwar auf Kosten der Arbeitsbeschaffung, wo nötig.

Bei der Abschaffung der internationalen Obligationen Deutschlands ging es in erster Linie um ein Ende der Reparationszahlungen und in zweiter darum, die in der Weimarer Republik aufgenommenen Schulden nicht mehr zu bedienen. Was die Reparationen angeht, so hatte der Young-Plan von 1929 Deutschlands Zahlungsverpflichtungen erheblich reduziert. Mit dem Hoover-Moratorium vom Juli 1931 waren die Reparationsverpflichtungen Deutschlands suspendiert worden. Auf der Konferenz in Lausanne 1932 stimmten die britische und die französische Regierung gegen den Willen der USA einer Vereinbarung zu, die Deutschlands Reparationspflichten faktisch aufhob. Frankreich und Großbritannien koppelten die Aufhebung der Reparationen mit einer Kündigung ihrer eigenen Kriegsschulden bei den Vereinigten Staaten. Auch Belgien, Polen, Estland und Ungarn kamen ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber den USA mit Verweis auf die Weltwirtschaftskrise nicht mehr nach.

Deutschland hatte im Januar 1933 bei ausländischen Gläubigern 19 Milliarden RM Schulden, davon 10,3 Mrd. in Form von langfristigen und 4,1 Mrd. in Form kurzfristiger Kredite. Die Vereinigten Staaten waren mit 8,3 Mrd. der größte Gläubiger. Um die Zinsen dieser Schuldenlast zu bedienen, mußte jährlich etwa eine Mrd. RM in Fremdwährungen aufgebracht und ins Ausland transferiert werden. Da in den 1930er Jahren neue Kredite nicht mehr zur Verfügung standen, um die alten zu bezahlen, mußte das Exportvolumen das der Importe um mindestens eine Mrd. RM übersteigen. Die Zolltarife von über 44 Prozent, „die Amerikas Wettbewerbsvorteil in fast allen Industriesektoren potenzierten“, machten es den Schuldner immer schwerer, ihre Zinsverpflichtungen zu bedienen.

Nachdem die Reparationsverpflichtungen ausgehebelt waren, schien der Imperativ einer Verbindung mit den USA nicht mehr gültig. Der einstige Vertreter der Anlehnung an die USA, der frühere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, wurde schon 1931 zum Verfechter eines Wirtschaftsnationalismus. Am 8. Juni 1933 beschloß die Hitlerregierung ein einseitiges Moratorium aller langfristigen Schulden [169:] ab dem 30. Juni. Devisenzahlungen wollte man erst wieder leisten, wenn der deutsche Außenhandel einen deutlichen Überschuß erwirtschaftet hätte. „Dieses Schuldenmoratorium war der erste offen aggressive außenpolitische Schritt der Hitlerregierung.“ (76) Es löste in westlichen Hauptstädten einen Schock und helle Empörung aus. Die US-Regierung protestierte im Namen der privaten Gläubiger, doch da sie keine neuen Kredite mehr vergab, saß sie am kurzen Hebel. Sie konnte kurzfristige Rohstofflieferungen stoppen. Deutschland konnte bei einem transatlantischen Handelskrieg sein Handelsdefizit verlieren, aber nicht viel mehr. Den USA gelang es nicht, die anderen Kreditgeber Deutschlands zu einer Abwehrfront zusammenzuschließen. Auch auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz, die am 12. Juni 1933 begann, konnten die Gläubiger sich nicht auf eine gemeinsame Aktion gegen Hitlerdeutschland verständigen.

Am selben Tag, an dem es das Schuldenmoratorium verkündete, beschloß das Kabinett, innerhalb von acht Jahren 35 Mrd. RM für die Wiederbewaffnung Deutschlands in jährlichen Raten von 4,4 Mrd. RM auszugeben. „Angesichts des prekären Zustandes der deutschen Wirtschaft im Jahr 1933 und der Schockwirkungen, unter denen die Geldmärkte litten, war es völlig ausgeschlossen, daß man auch nur die erste Rate dieser 35 Mrd. Reichsmark über Steuern oder durch konventionelle Kredite finanzieren konnte. Also leitete Schacht im Sommer 1933 eine militärische Variante des außerbudgetlichen Finanzierungssystems in die Wege. Seit April 1933 hat die Regierung das Militär von den üblichen Budgetierungsprozessen befreit. Das sollte bis zum Krieg so bleiben – mit allen Konsequenzen für den Haushalt.

Natürlich fing die Ritterregierung bei der Rüstung nicht bei Null an, sondern setzte jene Programme fort, die bereits die letzten Kabinette der Weimarer Republik ausgearbeitet und umgesetzt hatten, in

diesem Fall das sog. Zweite Rüstungsprogramm der Reichswehr von 1931. Es sah 480 Millionen Reichsmark für fünf Jahre vor, um 21 Divisionen mit Artillerie, Panzern und Flugzeugen zu versorgen. Ein zusätzliches Milliardenprogramm sorgte für die Schaffung der dafür benötigten Infrastruktur. Nach der Übereinkunft von Lausanne Mitte 1932 autorisierte General Schleicher am 7. November 1932 einen „Umbauplan“, der die Aufstellung eines stehenden Heeres von 21 Divisionen in Friedenszeiten vorsah.

Tooze dokumentiert die Rüstungsexplosion des „Dritten Reiches“ unter folgenden Gesichtspunkten: Erstens verdeutlicht er die durch die Rüstung erzeugten Disproportionen der Volkswirtschaft, in der bereits 1935 ein Viertel der Industrie mit unvermarkteter Produktion beschäftigt war. Der Anteil der Militärausgaben stieg von 1933 bis 1935 von einem auf zehn Prozent des Volkseinkommens: „Kein kapitalistischer Staat hat je in so kurzer Friedenszeit eine Umschichtung des gesamten Sozialprodukts in solchem Ausmaß vorgenommen.“ (91)

Zweitens analysiert Tooze, welche Folgen die forcierte Rüstung für die Volkswirtschaft haben mußte: Sie erzeugte periodisch Rüstungskrisen, die durch Roh-[170:]stoffmangel, Devisenmangel und Zahlungskrisen gekennzeichnet waren. Sie wurden durch eine bürokratisch-dirigistische Bewirtschaftung von Rohstoffen und Devisen reguliert und jeweils durch eine immer abenteuerlichere Beschleunigung der Rüstung „überwunden“, erst durch den Übergang zum Vierjahresplan 1936, dann durch den Übergang zu den offenen, aber noch nicht kriegerischen Aggressionen der Jahre 1938/39.

Mit der Rüstung explodierten die Forderungen der Wehrmacht, ihr Anteil an den Kontingenten von Stahl, Kohle etc. stieg ins Unermeßliche. Die staatliche Finanzkontrolle über die Ausgaben der Wehrmacht wurde erst de facto und dann von Hitler auch de jure aufgehoben. Der Rüstungskurs war, so Tooze, von „profunder Irrationalität“. Diese kann Tooze sich wieder nicht anders erklären als aus der „überwältigenden Bedeutung der Ideologie“.

Mit dem forcierten Rüstungskurs wurden Devisenmangel und Zahlungsschwierigkeiten chronisch, Tooze widmet ihnen viel Aufmerksamkeit. Das Exportvolumen lag 1934 um 40 Prozent unter dem des Krisenjahres 1932. Deutlich schrumpften die Exporte nach Frankreich, in die Niederlande und die Schweiz. Das Hauptproblem war der nicht konkurrenzfähige Währungswechselkurs. Die periodischen Versuche, die Militärausgaben zu beschränken, endeten stets mit der Entlassung ihrer jeweiligen Verfechter. Am 18. November 1935 instruierte Reichskriegsminister Werner von Blomberg alle Wehrmachtteile, ab sofort sämtliche Budgetrestriktionen zu ignorieren. Hatten sich die Wehrmachttausgaben 1934 auf 4,2 Mrd. RM belaufen, waren sie 1935 auf fünf bis sechs Mrd. gestiegen. Als Hitler im März 1935 die Aufstellung eines „Friedensheeres von 36 Divisionen“ verkündete, warf diese Eskalation alle Ausgabenplanungen Schachts über den Haufen.

Die erste Zahlungsbilanzkrise trat schon 1934 ein. Tooze schreibt zu Recht, daß die seitdem verfolgte Handelspolitik, Importe zu beschränken und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewinnen, nur sehr ungenau als „autarkisch“ bezeichnet wird. Deutschland konnte als Land mit hochentwickelter Industrie und Landwirtschaft überhaupt nicht auf Importe verzichten, also autark sein, wollte es seine Produktion und Ernährung aufrechterhalten. Insofern lief die Autarkiepolitik auf eine selektive Abkopplungspolitik hinaus, die sich gegen die Vereinigten Staaten und das Britische Empire, geringer auch gegen Frankreich richtete und ganz eindeutig der Entscheidung geschuldet war, daß die Regierung Deutschlands Auslandsschulden nicht mehr bedienen wollte. Allein die Bedienung der angehäuften Schulden den USA gegenüber hätte jährlich mindestens 600 Mio. RM in Devisen erfordert. Um einen Handelskrieg mit Großbritannien zu vermeiden, gelang es Schacht 1934, die USA und Großbritannien in der Frage des Schuldenmoratoriums auseinanderzuidividieren. Deutschland erklärte sich bereit, die Kredite aus dem Dawes- und dem Young-Plan wieder zu bedienen. Am 1.11.1934 konnte Schacht ein englischdeutsches Zahlungsabkommen erreichen, das die Front der Kreditgeber auf-[171:]brach und den Abkopplungsprozeß der deutschen Wirtschaft von den USA abschloß.

Die angestrebte Umstrukturierung der deutschen Handelsbeziehungen auf direkte Kontakte zu Erzeugern in Südosteuropa und Lateinamerika konnte nur längerfristig wirken. Die akute Devisenkrise aber erforderte eine sofortige Lösung. Die Alternative einer Abwertung der RM im Gefolge der Abwertung

anderer westeuropäischer Währungen hatte Deutschland abgelehnt. Statt dessen beschritt es den Weg eines neuen bürokratischen Handelskontrollsystems. „Die Reichsbank sollte allen Exporteuren den jeweils erwirtschafteten Exportertrag aus dem vorhandenen Devisenbestand zuweisen, gleichzeitig aber die für den Schuldendienst von kurzfristigen Obligationen benötigten Mittel zurückstellen.“ (118) Die verbliebenen Devisen wurden von 25 Überwachungsstellen, die jeweils für eine Warengruppe zuständig waren, verteilt. Dieses Handelskontrollsystem leistete die erwarteten Dienste, das Ausbluten der Devisen wurde gestoppt.

Strikte Importregulierungen einerseits und bilaterale Verrechnungsabkommen andererseits – die Hauptpfeiler von Schachts „Neuem Plan“ – brachten nur kurzfristige Lösungen. Aber die anhaltende Erholung der Weltwirtschaft mitsamt wachsender Nachfrage nach deutschen Exporten und die Bereitschaft anderer Staaten mit Ausnahme der USA, sich auf das neue Handelssystem Deutschlands einzulassen, milderten die Exportschwierigkeiten. Im Vergleich zu 1932 war im dritten Quartal 1934 die Industrieproduktion um 100 Prozent gestiegen, während der Importsektor erst das Volumen der Talsohle von 1932 erreicht hatte. Die 100-Prozent-Steigerung kam aus dem inländischen Rüstungsboom. Die verbraucherorientierte Nahrungsmittel- und Textilproduktion stagnierte nach kurzem Aufschwung 1933 bereits 1934. Die Devisenkrise führte im Juni und Juli 1934 zu einem markanten Preisanstieg importierter Waren. „Die offenkundige Unfähigkeit des Regimes, stabile Preise oder eine regelmäßige Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs wie Nahrung und Bekleidung zu garantieren, beunruhigte die Bürger zutiefst.“ Tooze geht so weit, aus den Lageberichten der regionalen Gestapostellen zu schließen, „daß die deutsche Bevölkerung im Sommer 1934 sehr viel beunruhigter wegen der Wirtschaftsprobleme gewesen sei, die aus der Devisenkrise resultierten, als wegen der Gewalt, die mit der ‚Nacht der langen Messer‘ ausgebrochen war.“ (125)

Knapp die Hälfte des volkswirtschaftlichen Wachstums zwischen 1935 und 1938 resultierte aus den Militärausgaben. Bereits 1935 entfielen 70 Prozent derjenigen Waren und Dienstleistungen, die der Staat abnahm, auf die Wehrmacht, drei Jahre später stieg dieser Anteil auf 80 Prozent. Nachdem Hitler im März 1935 die Aufstellung eines Friedensheeres von 36 Divisionen verkündet hatte, dessen Ausrüstung mehr verschlingen würde als in Schachts Neuern Plan vorgesehen war, fügte [172:] Generalstabschef Ludwig Beck im Dezember den geplanten 36 Divisionen noch 48 Panzerbataillone hinzu. Beck war zu der Überzeugung gekommen, daß Deutschland, das ja offiziell defensiv bleiben wollte, sich offensiv jeder Bedrohung seiner Grenzen erwehren können muß. Die Waffengattung, von der ein Erfolg bei einer solchen Offensive erwartet wurde, war die überaustere Panzerwaffe. Daher forderte die Wehrmacht für 1936 gleich das doppelte Importvolumen von Metallen, Eisenerzen, Kautschuk und Rohöl für sich wie 1935.

Noch mehr als die Ausrüstung des Heeres mit Panzern sprengte die Luftrüstung alle Planungen, denn hierfür mußten nicht nur die Flugzeuge, sondern erst einmal die Flugzeugfabriken gebaut werden. Im August 1935 verfügte die Luftwaffe über 48 Geschwader, bis Oktober 1938 sollte sich ihre Stärke auf 200 Geschwader erhöhen, und zwar gleich durch die neueste Generation von stromlinienförmigen Ganzmetallflugzeugen.

Auch das Heer stellte 1936 einen neuen Rüstungsplan auf, der für 1940 eine Friedensstärke von 102 Divisionen mit 3,6 Millionen Soldaten mitsamt bereitgestellter Infrastruktur und Ausrüstung vorsah. Der Leiter des Allgemeinen Heeresamtes, Generaloberst Friedrich Fromm, entwarf ein Budget für drei Panzerdivisionen mit je 500 Panzern, hinzu rechnete er vier vollmotorisierte und drei leichte Infanteriedivisionen, die mit über 200 Panzerkampfwagen ausgerüstet sein sollten. Bis 1939 sollten außerdem sieben Panzerbrigaden hinzukommen und das ganze Heer im Fall eines Kriegsausbruchs sofort einsatzbereit sein. Insgesamt kamen die Generäle Fromm und Beck auf 5000 Panzer für 1939, während tatsächlich 1936 erst zwei Modelle in Serie gegangen waren, beide ohne Panzerkanone und nur mit Maschinengewehren bewaffnet. Fromm plante allein für das Heer ein Rüstungsbudget von 35,6 Milliarden RM für die Jahre 1937-1941. Davon waren fünf Prozent für Panzer und Fahrzeuge vorgesehen, 32 Prozent für Geschütze und Munition und 8,7 Prozent für Befestigungsanlagen. Aber woher sollte das Geld genommen werden und wie diese Ausrüstung produziert werden? Die erneute Rüstungseskalation sprengte Schachts Ausgabenplanung völlig. Zudem waren die Rohstofflager nach zwei Jahren

Einfuhrbeschränkungen 1936 leergefegt, auch die Lagerbestände an Altmetallen und Eisenerz. Der Industrieproduktion drohte ein Einbruch, eine neue Zahlungsbilanzkrise stand 1936 ins Haus.

Die faschistische Führung suchte den Ausweg in einer doppelten Flucht nach vorn: Das Bündnis zwischen der Militärführung und Reichswirtschaftsminister Schacht zerbrach. Mit dem Vierjahresplan wurde unmittelbar Kurs auf den Krieg genommen, die Kosten dieser Rüstung und des künftigen Krieges sollten durch den Krieg gedeckt, d. h. von den Völkern der erst noch zu überfallenden Länder bezahlt werden. Das war der entscheidende Eckpfeiler des Vierjahresplans der Rüstung, nach dem Wehrmacht und Wirtschaft in vier Jahren kriegsbereit sein sollten. Darauf waren die stärkere Ausbeutung einheimischer, aber minderwertigerer Rohstoffe wie Eisenerz ebenso bezogen wie die „Autarkie“ als Rückzug [173:] vom Weltmarkt aus Devisenmangel und die Forcierung der Kohlehydrierung mangels eigener Ölquellen.

Der zweite Schritt war ab 1938 der Übergang zum offenen Raub: Die bei der Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei erbeuteten Gold- und Devisenvorräte halfen der deutschen Rüstungswirtschaft jeweils für ein paar Monate aus der Klemme, ohne auch nur ein einziges strukturelles Problem zu lösen. Als im März 1938 Österreich annektiert wurde, raubte Deutschland aus der Österreichischen Nationalbank 345 Mrd. Reichsmark an Gold- und Devisenreserven. Außerdem fielen den deutschen Räubern in Wien mindestens 782 Mill. RM in Devisen in die Hände. Obwohl die Beute die deutschen Devisenbestände verdoppelte, war sie nur ein Tropfen auf den heißen Stein des deutschen Devisenhungers. Im Herbst war sie verbraucht, und die deutsche Rüstung gierte nach der nächsten Beute in Prag. Die „halsbrecherische Steigerung des Militärhaushalts“ hatte ein so gewaltiges Ungleichgewicht der Volkswirtschaft erzeugt, daß die Naziführung jede andere Lösung als den Raubkrieg ausschloß. Auch die „Arisierung“ jüdischen Eigentums war ein Segment dieses Raubes.

Tooze unterschätzt die Tiefe der Rüstungskrise als soziale Krise. Für ihn reicht die Rüstungsdynamik als Erklärungsgrund hin, als ob es keiner politischen Entscheidungen bedurft hätte. Diese aber traf Hitler mit dem Übergang zum Vierjahresplan 1936 und der Wendung zu einem Kurs unmittelbar auf den Krieg ab November 1937, der 1938 die ersten Aggressionen folgten. Mit beiden sollte ein Ausweg aus der durch die Hochrüstung selbst erzeugten Strukturkrise gewählt werden, der die Vabanquopolitik Hitlers noch forcierte. Tooze aber unterschätzt das Entscheidungsmoment bei diesem „Ausweg“.

Den vollständigen Text von Hitlers Vierjahresplandenkschrift bekamen nur wenige Personen zu lesen, darunter Göring und Blomberg, nicht aber Schacht. Die Denkschrift ging davon aus, daß der Krieg gegen Rußland unvermeidbar sei und künftig alle wirtschaftlichen Maßnahmen so verstanden werden müßten, „als ob wir im Stadium der drohenden Kriegsgefahr uns befänden“. In der veröffentlichten Version war vom Krieg keine Rede. Hier wurde der Vierjahresplan als Sicherheitsmaßnahme beworben, um den Lebensstandard des deutschen Arbeiters wahren zu können und ihm Beschäftigung auch dann zu garantieren, wenn die aktuelle Rüstungsphase vorüber wäre.

Als die Wehrmacht 1936 in eine neue Runde ihrer Expansionsplanung eintrat, verfaßte Fromm eine Denkschrift, in der die entscheidende Schlußfolgerung aus der Rüstung offen ausgesprochen wurde: Fromm stellte fest, daß die Ausrüstung einer Kriegsstreitmacht von 102 Divisionen die deutsche Volkswirtschaft bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit belasten würde, ohne zu fragen, wo die nötigen Rohstoffe, Devisen und Staatsfinanzen dafür herkommen sollten. Allein für das Heer sah Fromm für die nächsten drei Jahre Ausgaben von neun Milliarden RM vor. Um vier Millionen Soldaten mit der nötigen Kriegsausrüstung zu verse-[174:]hen, mußten noch größere Teile der Industrie umgerüstet werden. Wenn aber diese Fabriken auch nach drei Jahren Hochrüstung weiter für den Kriegsfall produzieren sollten, mußte das Beschaffungsamt der Wehrmacht Folgeaufträge vergeben. Was sollte in Friedenszeiten mit diesen Kapazitäten passieren? Fromm schrieb: „Es muß also anschließend an die Aufrüstungsperiode bald der Einsatz der Wehrmacht erfolgen oder eine Milderung des Zustandes dadurch erreicht werden, daß die Forderungen und die Höhe der Kriegsbereitschaft gesenkt werden.“ (zit. S. 254). „Die Frage, ob Krieg oder Frieden, war damit nicht mehr zu umgehen. Man konnte die gigantische Mobilisierungsmaschinerie nicht endlos am Laufen halten. Wenn nicht

beabsichtigt war, die Wehrmacht zu einem bestimmten Zeitpunkt einzusetzen, dann waren alle Argumente für eine Aufrüstung im 1936 geplanten Tempo Makulatur.“ Daher durfte, schlußfolgert Tooze weiter, der Krieg „nicht mehr nur eine Option sein, Krieg mußte nun als die logische Folge der bereits getroffenen Vorbereitungen betrachtet werden.“ (255)

Die Rüstungsplanung überforderte die deutsche Volkswirtschaft. Die Rohstoff- und Devisenmängel führten dazu, daß die tatsächliche Rüstung zeitlich und substantiell hinter den ausgreifenden Planungen zurückblieb. Sowenig die Gründung der Reichswerke „Hermann Göring“ den Stahlmangel beseitigen konnte, sowenig konnten die geplanten Rüstungszahlen in der Realität Panzer, Flugzeuge, Munition etc. in der gewünschten Anzahl verbürgen. Bereits 1937 geriet das Beschaffungsprogramm von 1936 ins Stocken, im Dezember 1937 ging das OKW davon aus, daß das deutsche Kriegsheer kaum vor Frühjahr 1943 ausreichend gerüstet und kriegsbereit sein würde. Das Nazireich war nach seinen eigenen Vorstellungen weder 1938 noch 1939 militärisch ausreichend gerüstet.

Tooze ist Wissenschaftler und will als solcher die Wahrheit über das Verhältnis deutscher Großkapitalisten und Bankiers zum Naziregime und zu dessen Rüstungspolitik erkunden. Kein Wunder, daß seine nüchterne Bilanzierung des Interesses, das mehr oder weniger die gesamte deutsche Kapitalistenklasse am Naziregime nahm, im Zentrum der deutschen Rezensionen des Buches steht. Hans-Ulrich Wehler lobte das Buch in der *FAZ*, weil es seiner Ansicht nach die marxistische Historiographie in dieser Frage widerlegt habe. Otto Köhler konstatierte dagegen in der Tageszeitung *junge Welt*, wie sehr Tooze die Analyse marxistischer Wirtschaftshistoriker und insbesondere die von Dietrich Eichholtz, bestätigt. In der Sache hat hier Köhler recht. Wehler kolportiert nur seinen eigenen Glauben, nämlich die informelle Norm bürgerlicher Historiker, der „Nationalsozialismus“ habe die Kapitalisten genauso unterdrückt und reguliert wie die Arbeiterklasse und alle anderen Gruppen. Wehler kann da an manche Inkonsequenz von Tooze anknüpfen. Das ändert aber nichts daran, daß Tooze wie nur selten ein bürgerlicher Historiker dokumentiert, wie willig und geradezu begierig die Großbourgeoisie die staatliche Regulierung der Wirtschaftspolitik angenommen und unterstützt hat, wie begeistert sie die Zerschlagung der Arbeiterbewegung begrüßte, wie sie durch die Rüstungs- und später die Kriegskonjunktur Gewinne wie [175:] noch nie erwirtschaftete, wie sie die Eroberungspolitik und den Raubkapitalismus unterstützte und voll daran partizipierte, und daß sie nicht erst in der von Speer geleiteten „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ selbst staatliche Regulierungsfunktionen und damit politische Macht ausübte.

Für Tooze besteht nicht der geringste Zweifel an der „Bereitschaft des deutschen Großunternehmertums, Hitler bei seiner Aufstellung eines diktatorischen Regimes beizustehen“. „Die Beweise dafür sind nicht aus der Welt zu schaffen.“ (129) Dazu mußten sie keineswegs „linientreue Parteigenossen“ werden. „Ihr Enthusiasmus ging weit über eine ‚Gleichschaltung‘ hinaus und löste einen regelrechten Konkurrenzkampf unter all den Anwärtern auf Macht und Privilegien aus.“ Für die Unternehmer brach ein „wahrhaft goldenes Zeitalter autoritärer ‚Normalität‘“ an, sie bedienten sich begeistert der Rhetorik des Führertums. Die Aufrüstung und ihr Autarkieprogramm, die umfassenden Kompetenzen der Ministerien und Kontrollbehörden und ihr Staatsinterventionismus, „alles fand den Beifall und die tatkräftige Unterstützung von erfahrenen Firmenchefs, deren Fachwissen dem Regime mit freundlicher Genehmigung der gesamten Industrie zur Verfügung gestellt wurde“. (166)

Unter den Bedingungen wachsender Binnennachfrage, mangelnder Auslandskonkurrenzen, steigender Preise und stagnierender Löhne „war es kaum mehr möglich (...), keine gesunden Profite einzufahren“. Bereits 1934 wurden den Vorständen mancher Unternehmen derart spektakuläre Gewinne bezahlt, daß es der Hitlerregierung peinlich wurde, und sie per Gesetz die Kapitalisten auf den Weg verwies, durch hochgeschraubte Abschreibungen, Wertberichtigungenbuchungen und selbstfinanzierte Investitionen Gewinne beiseite zu schaffen.

Das Verhältnis der Unternehmer zum Naziregime sieht Tooze durch einen Staatsinterventionismus charakterisiert, der den Unternehmen einen bis dahin ungekannten Kontrollapparat oktroyierte. Die Kontrollmechanismen hatten sie den Problemen mit der deutschen Zahlungsbilanz zu verdanken. Andererseits wären, wie Tooze einräumt, aber die meisten deutschen Exporteure unter den Bedingungen

dieser Jahre, also nach der Ablösung des Goldstandards und der Abwertung des Dollars, ohne die bürokratisch geregelten Exportsubventionen auf dem Weltmarkt gar nicht wettbewerbsfähig gewesen. Gegen diese staatlichen Subventionen reagierten die USA schließlich mit einem Strafzoll auf deutsche Waren. Da die Exportsubventionen durch die Umverteilung von Abgaben der Industrie finanziert wurden, wurde die Verwaltung dieses Überwachungssystems eine Aufgabe jener obligatorischen Wirtschaftsverbände, die Schacht 1934 und 1935 der Wirtschaft verordnete. Gemeint ist die Umwandlung der freiwilligen Verbände der Wirtschaftszweige in Reichsgruppen (wie Industrie, Banken etc.), Wirtschaftsgruppen (wie Bergbau, Maschinenbau) und Fachgruppen (z. B. „Steinkohlenbergbau“). Die Mitgliedschaft war für jedes Unternehmen vorgeschrieben, in diesen Gruppen herrschte das Führerprinzip.

[176:] Die Profite stiegen rapide nach 1933 und ermöglichten einen Investitionsboom sondergleichen. In den Schlüsselbereichen gab es keine Konflikte zwischen den Rüstungsforderungen des Staates und dem Profitstreben der Industrie. Wohl aber gab es innerhalb der Rüstungskonjunktur die Konkurrenz zwischen den Konzernen und zwischen ihnen und neugegründeten Staatskonzernen. Doch das entscheidende Argument, warum die Unternehmen kein passives und erst recht kein widerstrebendes Objekt von Zwangskartellierung und Rohstoffregulierung, von Devisenbewirtschaftung und Exportsubventionierung waren, taucht bei Tooze erst an anderer Stelle auf: Jene mit staatlichen Vollmachten regulierenden, kontrollierenden Reichsgruppen, Wirtschaftsgruppen waren ja die Verbände der Unternehmer selbst. Auch wenn es Zwangsverbände waren, so waren es ihre Verbände, nur daß in jenen jetzt auch die größten und stärksten Kapitalisten nach dem Führerprinzip regierten, daß sie ihre Kapitalmacht mit staatlicher Macht verbanden. Daß konkurrierende Interessen auch konkurrierende Prioritäten in der Rüstung nach sich ziehen, wen wird das wundern.

Im Kapitel Unternehmen und Naziregime läßt sich Tooze allerdings am prägnantesten Fall dieser Beziehungen, nämlich der I. G. Farben zum Vierjahresplan, aufs Glatteis und in eine Falle führen. Vordergründig scheint Tooze durch unkritische Lektüre konzernapologetischer Historikerkollegen wie Peter Hayes dazu verleitet, doch verantworten muß er seine These selbst. Hayes wollte herausgefunden haben, daß ausgerechnet die I. G. Farben zum „bloßen Exekutor von Regierungsanordnungen“ wurden – und Tooze glaubt ihm das. Hayes Buch ist nicht auf deutsch erschienen, es wäre zu peinlich gewesen. Hayes wichtigste Quelle ist der ehemalige I. G.-Farben-Manager Karl Winnacker, der in seinen Memoiren von 1971 beklagte: „In Wirklichkeit herrschte damals kaum noch eine unternehmerische Entscheidungsfreiheit. Alle Entscheidungen über Standort und Kapazität sowie die Bereitstellung der gewaltigen Geldmittel lagen praktisch nicht mehr in unserer Hand. Die großen Investitionen in Oberschlesien und in Auschwitz sind unter diesem Gesichtspunkt zu sehen.“ Nach Winnacker und Hayes hat also der Staat die I. G. gezwungen, ausgerechnet in Auschwitz für das vierte BUNA-Werk zu investieren. Tooze selbst bringt Nachweise, daß die I. G. Farben durch nichts und niemanden genötigt wurden, dennoch findet er aus der Sackgasse der Gefolgschaft von Hayes nicht heraus und übernimmt dessen These, Krauch habe die staatlichen Interessen gegenüber der I. G. als Maßstab gesetzt und durchgesetzt. Hier rächt sich die Unterschätzung sowohl der in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten erschienenen Publikationen als auch der Forschungen systemkritischer Wissenschaftler in der Bundesrepublik.

Einleitend schreibt Tooze, daß vor ihm niemand die deutsche Kriegswirtschaft in ihrem Funktionsmechanismus analysiert hat, so als kennte er die dreibändige „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ von Dietrich Eichholtz nicht. Im Laufe des Textes aber zieht er das Material von Eichholtz laufend heran und findet dessen Monographie faszinierend. Nur Werbung in eigener Sache?

[177:] Ungeachtet seiner eigenen Zugeständnisse an einen unterstellten Primat der Ideologie für die Entscheidungen der Naziführung, sieht Tooze in deren Judeozid keinen isolierten Vernichtungsakt, sondern einen integralen Teil ihres territorialen Eroberungskrieges wie des europäischen Kolonialismus. Die Wehrmacht sei 1941 gleich mit zwei Massenmordprogrammen in die Sowjetunion einmarschiert, dem zur Aushungerung von Dutzenden Millionen Russen und dem zur Ermordung der Juden. Judenmord und Zwangsarbeiterprogramm sieht Tooze korrelativ, die Deportation von Millionen Zwangsarbeitern ließ Juden als Arbeitskräfte entbehrlich erscheinen.

Albert Speer als Rüstungsminister übt auf angelsächsische Historiker eine gewisse Faszination aus. Sie übernehmen unkritisch Speers Rhetorik über Rationalisierung, Effizienz und Produktivität der deutschen Rüstung. Selbst die alliierten Vernehmungsbeamten glaubten den Märchen vom deutschen „Rüstungswunder“. Kern des Mythos ist die Behauptung, Speer habe einen endlosen kontinuierlichen Produktionsfluß ermöglicht. Tooze destruiert den Speer-Mythos und beklagt, daß die abrupte Unterbrechung des Rüstungsbooms im Sommer 1943 in der Literatur bisher unterschätzt wurde, ebenso ihre politischen Folgen.

Hitler und Speer kalkultierten, daß der Kriegseintritt der USA nur dann kein tödliches Verhängnis werden würde, wenn bis Ende 1942 der Krieg an der Ostfront siegreich beendet sei. Dann könnten Lebensmittel und Rohstoffe aus der Ukraine und Öl aus dem Kaukasus die Voraussetzungen schaffen, den Krieg gegen Großbritannien und die USA zu bestehen. Hinsichtlich dieser Strategie fanden die Wirtschaftsführer Speers Rüstungsmaßnahmen plausibel und unterstützten ihn. Nach der Niederlage vor Moskau Ende 1941 hat sich die Mehrheit der deutschen Industrieführer „noch entschlossener hinter“ das Regime gestellt.

Ungeachtet der ungeheuren materiellen und territorialen Verluste nach dem Überfall, der Zerstörungen und der Verringerung des Bruttosozialprodukts um 25 Prozent gelang es der Sowjetunion 1942, die Rüstungsgüterfertigung Nazideutschlands in jeder Waffengattung zu übertreffen. Diese industrielle Überlegenheit erlaubte es ihr, die zweite Großoffensive der Wehrmacht abzuwehren und im November 1942 selbst zur Offensive bei Stalingrad überzugehen. Tooze geht davon aus, daß 1942 das entscheidende Jahr für die Rüstungen der kriegführenden Länder war. In diesem Jahr vollbrachte die Sowjetunion ihr „Rüstungswunder“, nämlich ihre nach Osten verlagerten Fabriken so zu mobilisieren, daß sie die Grundlage für die späteren Siege schufen.

Speers Kompetenzen erstreckten sich anfangs nur auf die Heeresrüstung und den Munitionssektor. Die Marinerüstung wurde ihm erst im Juni 1943 unterstellt; die Luftrüstung, die 35 bis 40 Prozent der Mittel verschlang, wurde noch bis Frühjahr 1944 autonom von Staatssekretär Erhard Milch organisiert. Von der Rüstungssteigerung zwischen Februar 1942 und Sommer 1943 wäre, so Tooze, die Hälfte Speers Sektor zuzuschreiben, 40 Prozent aber gingen auf den Luftwaffensektor [178:] zurück. Der Drehpunkt des Bündnisses Speer & Milch war die Zentrale Planung, diese aber war kein Anhängsel von Speers Rüstungsministerium, sondern ein übergreifender Ausschuß, dem Speer, Milch und Görings Staatssekretär Körner vorsahen und der sich um die Rohstoffverteilung kümmerte.

Im Mai 1943 lag der Rüstungsausstoß Deutschlands um 120 Prozent höher als bei Speers Amtsübernahme. Die Hälfte davon ging auf das Konto der Luftrüstung. Der Schwerpunkt in Speers Sektor lag bei der Fertigung von Munition, Artillerie und Infanteriewaffen. Im Winter 1942/43 kreierte Hitler und Speer das Adolf-Hitler-Panzerprogramm. Es sah eine Verdopplung der bisherigen Planziele von 1400 Panzer pro Monat vor. Zweifellos brauchte die Wehrmacht nach Stalingrad Panzer. Doch selbst auf dem Höhepunkt des Panzerprogramms machte deren Fertigung nie mehr als sieben Prozent der Rüstungsproduktion aus. Die Produktion von Flugzeugen war – so Tooze – mindestens fünfmal so bedeutend wie die von Panzern. Im Mai 1943 übertrumpfte Milchs Flugzeugproduktion mit 2.200 Stück pro Monat die Panzerproduktion und sorgte für einen kontinuierlichen Aufschwung der Rüstungsproduktion in der ersten Hälfte 1943.

Das „Rüstungswunder“ brach im Sommer 1943 wegen einer „Zulieferungskrise“ ein, der ganze Rüstungsbetrieb stagnierte in der zweiten Jahreshälfte. Tooze schreibt diese Stagnation nicht zuletzt der alliierten Luftoffensive zu. Zu diesem Zeitpunkt begann das fragile Gleichgewicht der Kriegsfinanzierung zu kollabieren. Die binnenfinanzierten Kriegsausgaben erreichten 1943 ganze 60 Prozent des deutschen Nettosozialprodukts. Im fünften Kriegsjahr schließlich verbrauchte die Wehrmacht 99,4 Mrd. RM, mehr als das gesamte jährliche Volkseinkommen Ende der dreißiger Jahre. Im Sommer 1943, als sich erstmals die Kräfte in Speers Rüstungssystem erschöpften, zeichnete sich bereits der Kollaps des Geldsystems ab. Im letzten Kriegsjahr stieg der Bargeldumlauf um 80 Prozent, Deutschland stand am Vorabend einer Hyperinflation.



Zu Toozees gegen den Speer-Mythos ins Feld geführten Argumenten gehört auch, daß jener die Ringe und Ausschüsse für die Produktion von Panzern, Geschützen etc. bereits von seinem Vorgänger Todt geerbt und nur systematisiert und ausgebaut habe. Obwohl Tooze die leitende Rolle jeweils führender Industrieller in diesen Ringen und Ausschüssen benennt und die Biographien wichtiger Konzernmanager vorstellt, unterschätzt er, hierin hinter Eichholtz zurückbleibend, die staatsmonopolistische Spezifik dieses Regulierungssystems, insbesondere die Übernahme staatlicher Funktionen und damit staatlicher Macht durch die größten Konzernherren selbst – und zwar gegenüber den kleineren Produzenten oder Mitproduzenten, also der eigenen Klasse.

Zum Schluß sei kursorisch und in Frageform auf einige Aussagen und Konstruktionen aufmerksam gemacht, die keineswegs unumstritten sind:

[179:] Tooze setzt die in der Naziführung einige Zeit offene Frage, ob der Krieg zuerst gegen den Osten oder den Westen zu führen sei, die schließlich 1939 mit dem Überfall auf Polen zugunsten des Westkrieges beantwortet wurde, sehr viel früher als entschieden an, nämlich 1938 mit der geplanten Aggression gegen die Tschechoslowakei. Doch ist die Entscheidung für den Beginn des Krieges gegen den Westen tatsächlich so früh anzusetzen? Dies hängt mit Toozees Bewertung Großbritanniens und der USA als den entscheidenden Gegnern im Kalkül der Nazis zusammen. Und war der Krieg gegen die Sowjetunion für die Nazis wirklich nur transitorisch und instrumental für jenen anderen anzusetzen? Welchen Stellenwert hatte die Vernichtung des Kommunismus als grundlegendes Ziel dabei? Indem Tooze die USA als entscheidenden Gegner Hitlers und als den wichtigsten Bezugspunkt aller deutschen Rüstungs- und Kriegspolitik behandelt, vermindert sich die Rolle der Sowjetunion, die die Hauptanstrengungen für den Sieg erbrachte.

Werner Röhr

### **Volk, Umvolkung, Völkermord**

#### **Zum Handbuch über die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler für die Kriegs-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus<sup>7</sup>**

„Völkische Wissenschaften“? Ist das nicht ein Widerspruch in sich? Ein Handbuch aus dem Saur-Verlag verspricht, „Personen, Institutionen, Forschungsprogramme und Stiftungen“ der „völkischen Wissenschaften“ in Stichwortartikeln aufzulisten. Die beiden Herausgeber Michael Fahlbusch und Ingo Haar haben 87 Autoren versammelt, die in über 140 Artikeln über die Mobilisierung deutscher Wissenschaftler für die Kriegs-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus informieren und die konkrete Tätigkeit von Historikern, Geographen, Volkskundlern, Demographen, Statistikern, Medizinern und anderen akademischen Experten für die „Volkstumspolitik“ und die Massenmorde erkundeten. Zahlreiche Einzelbiographien des gewichtigen Bandes beschreiben den Anteil von Wissenschaftlern an der Planung und Ausführung der Verbrechen nazistischer Bevölkerungspolitik an den Völkern Europas. Die biographischen Artikel dokumentieren auch die inhaltlichen, institutionellen und personellen Kontinuitäten dieser Tätigkeit beim Übergang von der Weimarer Republik ins „Dritte Reich“ und nach dessen Untergang 1945 in die Bundesrepublik Deutschland. Die biographischen Artikel beschränken sich nicht nur auf deutsche, sondern schließen nicht wenige österreichische Wissenschaftler ein.

[180:] Das Thema war in der Bundesrepublik jahrzehntelang verschwiegen worden und nahezu vollständig aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden. Entsprechend groß war dann die Aufregung, als Karl Heinz Roth und Angelika Ebbinghaus 1992 Theodor Schieders Denkschrift vom September 1939 zur demographischen Neuordnung des gerade überfallenen Polen dokumentierten.<sup>8</sup> Die Gründungsgeneration der westdeutschen Historiographie stand plötzlich am Pranger. Der Verband Deutscher Historiker kam nicht umhin, das Agieren von Historikern im „Dritten Reich“ im Mai 1998 zum

<sup>7</sup> Handbuch der völkischen Wissenschaften. Herausgegeben von Ingo Haar und Michael Fahlbusch. Unter Mitarbeit von Matthias Berg, K G Saur München 2008, 846 S., 198,- €.

<sup>8</sup> Karl Heinz Roth, Angelika Ebbinghaus: Vorläufer des „Generalplans Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, 7 (1992), H. 1, S. 62-94.

Thema seines 42. Historikertages zu machen und sich dort mit der Vergangenheit u. a. auch von Theodor Schieder und Werner Conze auseinanderzusetzen. Die Debatten des Historikertages haben die Anregung zu diesem Handbuch gegeben. Auch wenn der Ausgangspunkt die Geschichte der historischen Disziplinen war und professionelle Historiker seinen bevorzugten Gegenstand bilden, so wurden in das Handbuch fast ebenso viele Wissenschaftler aufgenommen, die nicht eine der vielen geschichtswissenschaftlichen Teildisziplinen vertraten oder gar keine Wissenschaftler, sondern professionelle Politiker waren.

Bei den Stichwortartikeln zu den Institutionen wurde der äußere Rahmen der Wissenschaft vollends gesprengt und nicht wenige Organisationen aufgenommen, die sich zwar auch der Wissenschaftler bedienten, aber nicht Wissenschaft betrieben, sondern „Volkstumspolitik“ praktizierten, so die „Deutsche Stiftung“, die „Deutsche Volksliste“ oder die „Einwandererzentralstelle“ (EWZ). Auch zeitlich wurde eine Begrenzung auf die Jahre 1933 bis 1945 vermieden und der Zeitraum von 1918/19 bis 1960 gewählt, um die „langfristig wirksamen Milieubindungen völkischer Wissenschaftler“ aufzuzeigen, bevor diese im Nazireich reüssierten und schließlich in der Bundesrepublik meist ungebrochen und nur leicht modifiziert ihre Tätigkeit fortsetzten. Dies gilt selbst für den Verfasser des „Generalplan Ost“ (GPO), Konrad Meyer. Das Nürnberger Tribunal konnte die Tragweite des GPO nicht erkennen und klagte Meyer nicht an; dieser konnte in Hannover seine berufliche Tätigkeit als Professor für agrarische Siedlungsplanung fortführen.

Das Handbuch sollte schon im Jahre 2004 erscheinen, doch seine Fertigstellung hat sich um weitere Jahre verzögert.<sup>9</sup> Von 180 ursprünglich geplanten Stichwortartikeln sind schließlich 142 im Band versammelt worden. Als lückenhaft verzeichnen die Herausgeber im Vorwort die Germanistik, die „Rassenhygiene“, die Kunstgeschichte und die Nachkriegszeit. Die Lücken sollen in einem Supplementband geschlossen werden.

#### [181:] Die Herausgeber

Die beiden Herausgeber waren durch ihre früheren Studien zur Wissenschaftsgeschichte auf die Herausgabe dieses Handbuches vorbereitet: Michael Fahlbusch, Geograph und Wissenschaftshistoriker in Basel, hat 1993 in Osnabrück über die Leipziger „Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung“ promoviert<sup>10</sup> und 1995-1997 ein DFG-Forschungsprojekt „Die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften in Deutschland von 1931-1955“ als institutionsgeschichtliche Analyse bearbeitet.<sup>11</sup> Ingo Haar, gegenwärtig in Wien, promovierte 1998 in Halle über „Deutsche Historiker im Nationalsozialismus“<sup>12</sup> und spezialisierte sich anschließend auf Volksgeschichte, Ostforschung und wissenschaftspolitische Netzwerke seit der Weimarer Republik.

Ausgehend vom Gegenstand des Historikertages 1998 ging es den Herausgebern, wie sie im Vorwort schreiben, um die Verflechtung von Wissenschaft und Politik, konkreter um die „Verstrickung“ der Historiker in die Politik der Hitlerregierung. „Verstrickung“ unterstellt, daß die Sache, in die sie sich verstrickten oder verstrickt wurden, ursprünglich nicht ihre eigene war. Gerade das aber gilt für die meisten „völkischen“ Wissenschaftler nicht oder nur bedingt. Für die meisten der im Handbuch biographisch vorgestellten Wissenschaftler und Politiker gilt das Gegenteil: Sie brauchten sich nicht zu „verstricken“, sondern betrieben mit ihrer hier als „völkisch“ qualifizierten Wissenschaft ihr ureigenes Anliegen und nahmen die ihnen vom „Dritten Reich“ zuteil gewordene Förderung nicht nur in Anspruch, um persönlich Karriere machen zu können, sondern mehr noch, um mit Hilfe staatlicher Macht- und Planungshoheit ihre Vorstellungen zur Umgestaltung der demographischen Landkarte Europas kräftig voranzubringen.

<sup>9</sup> Eine öffentliche Präsentation fand auf der Tagung „Völkische Wissenschaft im 20. Jahrhundert“ am 11. und 12. April 2008 des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin im Literaturhaus Fasanenstraße in Berlin statt.

<sup>10</sup> Michael Fahlbusch: „wo der deutsche ... ist, ist Deutschland.“ Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920-1933, Bochum 1994.

<sup>11</sup> Michael Fahlbusch: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften von 1931-1945, Baden-Baden 1999.

<sup>12</sup> Ingo Haar: Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Die deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000.

Die Herausgeber schreiben, daß sie vor allem die „langfristig wirksamen Milieubindungen völkischer Wissenschaftler“ interessierten. Sie unterstellen damit ein nicht näher bestimmtes Sozialmilieu, dem diese Wissenschaftler zugehörten und dem sie zugleich Ausdruck verliehen: „Neben den vier sozialmoralischen Leitmilieus des Katholischen, des protestantisch Konservativen, des protestantisch Liberalen und des Sozialdemokratischen gab es noch das Völkische. Die völkische Bewegung war mit ihren Verästelungen in akademischen Vereinen, in Männerbünden, in Freikorps und in der Jugendbewegung, aber auch in deutsch-nationalen Kreisen im Zuge der Abwehrkämpfe gegen die Versailler Nachkriegsordnung als eine die Parteien übergreifende Bewegung historisch wirksam.“ (8) Worin die Spezifik dieses Sozialmilieus und der auf seinem Boden wuchernden „völkischen [182:] Konzepte“ sozial, politisch und ideologisch genau bestand, bleibt ungesagt. Deutlich aber wird, daß sich die Herausgeber bei der Auswahl der Stichworte, ausgehend von der Bestimmung der „völkischen Wissenschaft“ als eines Sozialmilieus, nicht streng auf Wissenschaftler beschränkt haben, sondern auf die „völkische Bewegung“ insgesamt ausgreifen. Damit aber wird das Problem aufgeworfen, worin die Spezifik „völkischer Wissenschaft“ gegenüber diesem Sozialmilieu und seiner „völkischen Ideologie“ besteht.

### **Weindling: Das verschwiegene „völkische Erbe“**

Fahlbusch und Haar beschränken sich als Herausgeber auf ein kurzes Vorwort, in dem sie ihre Editionsprinzipien vorstellen. Die Aufgabe einer Einleitung, das „Völkische“ in der Wissenschaft zu identifizieren, übertrugen sie dem Medizinhistoriker Paul Weindling aus Oxford<sup>13</sup>, der sie jedoch auf nur sechs Druckseiten nicht lösen konnte. Weindling meint, daß man das nach 1945 offiziell ausgeklammerte „völkische Erbe“ benennen müsse, um dessen faktisches Weiterwirken bei gleichzeitiger offizieller Ignoranz aufzuheben. Obgleich „Rasse“ und „Volk“ in Deutschland im 20. Jahrhundert zentrale Begriffe vieler wissenschaftlicher Disziplinen waren, vermieden deren akademische Vertreter nach 1945 jede inhaltliche Kritik „an dem Vermächtnis dieser völkischen Begriffe“. Die deutschen Fachvertreter der Geschichtswissenschaft, der Soziologie, Geographie oder Volkskunde klammerten bis in die 1990er Jahre in der Regel diesen Teil der eigenen Wissenschaftsgeschichte aus und pflegten, die Legende, die normale bürgerliche Wissenschaft sei auch im Nazireich, von extremen Ausnahmen abgesehen, „normal“ weiter betrieben worden und deren Vertreter seien vor allem Opfer der Politik gewesen. Nur einer kleinen Gruppe auf der äußersten Rechten oder gesellschaftlichen Außenseitern wurde und werde ein „völkischer Diskurs“ zugeschrieben. Diese Schutzbehauptung anschaulich destruiert zu haben, ist ein Verdienst der Herausgeber und Autoren.

Weindling sieht im „völkischen Diskurs“ keine Außenseiterlinie, sondern schreibt ihm in langfristiger Perspektive eine formative Rolle für die „deutschen“ Wissenschaften zu. „Die deutsche Forschung erlangte Weltbedeutung in Disziplinen wie der Geschichte, Philologie, Theologie, den Naturwissenschaften und der Medizin. Diese wurden als vorwiegend nationale Wissenschaften angesehen. Einige Akademiker gingen einen Schritt weiter und stellten sich in den Dienst des völkischen Diskurses. Die völkisch-rassische Bewegung verfolgte das Ziel, die deutschnationale Identität zu stärken. Sie war über Deutschlands Grenzen hinaus verbreitet, und sie agierte innerhalb der deutschstämmigen Gruppierungen in Zentral-[183:] und Osteuropa, in Amerika und Übersee. Die Rolle der Deutschen in der Weltgeschichte erschien den ‚Völkischen‘ in Hinblick auf ihre kulturelle und rassische Mission in der Welt als einzigartig. Wir müssen deshalb die ‚kleindeutsche‘ Geschichtsperspektive beiseitelassen und uns darauf konzentrieren, wie die völkischen Ideologeme nationale Grenzen überwandern, um die in ethnischen Gemeinschaften und Kolonien lebenden Deutschstämmigen zu durchdringen. Der Aufstieg der völkisch-kulturellen Bewegung fällt mit dem Anwachsen des Antisemitismus zusammen. Antisemitische Dispositionen und völkisches Denken überschneiden und ergänzen sich.“ (13/14)

---

<sup>13</sup> Paul Julian Weindling gehört zu den führenden Historikern der Gesundheitspolitik der Nazis, vgl.: *Epidemics and Genocide in Eastern Europe 1890-1945*, Oxford 2000; Ders.: *Nazi Medicine and the Nuremberg Trials. From medicine war crime to informed consent*, Cambridge 1993 (Tb); *Health, race and German politics between national unification and Nazism 1870-1945*, Cambridge 1989.

## Das Programm

Um den ebenso breiten wie diffusen Strom völkischen Denkens im Hinblick auf seine wissenschaftlichen Erscheinungsformen auf den Begriff zu bringen, planten die Herausgeber des Handbuchs Stichwortartikel zu folgenden Komplexen:

- 1) Zu Forschungskonzepten zur Volksgeschichte, zur Volkstumsforschung, Kulturbodenforschung, Volkssoziologie, Bevölkerungswissenschaft, Volkskunde, Siedlungsgeschichte und zum Antisemitismus;
- 2) Zu Forschungseinrichtungen wie Stiftungen, Institute, Kommissionen;
- 3) Zu Forschungsvorhaben wie das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“;
- 4) Zu Publikationsorganen wie „Volk und Reich“ oder „Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung“;
- 5) Zu Begriffen wie Volk, Umvolkung, Volksboden, Kulturboden, Lebensraum oder Bevölkerung;
- 6) Zu Personen von Hermann Aubin bis Wilhelm Stuckart.

Vergleicht man dieses Programm mit dem tatsächlichen Artikelbestand des Handbuchs, stellt man fest, daß Begriffe und Forschungsvorhaben nicht mehr vorkommen, während Personen erheblich erweitert wurden. Ausgehend von eigenen Forschungen folgen die Herausgeber nämlich ihrem biographischen bzw. organisationsgeschichtlichen Ansatz, so daß die Stichworte zu diesen Komplexen überwiegen. Diese Veränderungen haben gravierende Bedeutung für die konzeptionelle Anlage des Handbuchs. Deshalb sei der Bestand im folgenden differenziert und genauer benannt.

## Der Bestand

1.) Mit knapp 70 biographischen Artikeln dominiert diese Gattung absolut. Sie behandeln Historiker jeglicher Couleur, Archivare, Wirtschaftshistoriker, Geographen, Demographen und Volkskundler, außerdem Agrarwissenschaftler, Anthropologen, Biologen, Mediziner, Staatswissenschaftler, Soziologen, Philologen, Religionswissenschaftler, darüber hinaus Funktionäre von Wissenschaftseinrichtungen oder Wissenschaftler in politischen Stellungen und nicht zuletzt Politiker, Juristen.

[184:] Eine erste Gruppe bilden Wissenschaftler, die maßgebend zur Ausbildung eines völkischen Konzepts ihrer Disziplin beitrugen wie der Geograph Walter Christaller, die Historiker Hermann Aubin, Werner Conze, Erich Maschke, Pranz Petri, Ludwig Petry, Kleo Pleyer, Gotthold Rhode, Hans Rothfels, Theodor Schieder, Pranz Steinbach, der Indologe Walther Wüst, der Religionswissenschaftler Jakob Wilhelm Hauer, der Anthropogeograph Hugo Hassinger, die Anthropologin Ilse Schwidetzky, der „Rassenhygieniker“ Willibald Hentschel, der Mediziner Fritz Lenz, der Jurist Hermann Raschhofer u. a.

Eine zweite Personengruppe umfaßt Wissenschaftler, die in erster Linie durch ihr politisches Wirken bzw. ihre Funktion bekannt geworden sind: Das Spektrum reicht hier vom Verfasser des „Generalplan Ost“, dem Agrarwissenschaftler Konrad Meyer, über den Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, den Mediziner Walter Groß, den „Volkstumshistoriker“ und wissenschaftlichen Leiter der Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag, Hans Joachim Beyer, den „Gegnerforscher“ und Amtschef im RSHA Pranz Alfred Six und den Amtsgruppenleiter VI G im selben RSHA, den Historiker und Geographen Wildfried Krallert, den Vorsitzenden des Vereins für das Deutschtum im Ausland, Hans Steinacher, bis zu dem Statistiker Wilhelm Winkler im Österreichischen Bundesamt für Statistik. Während Meyer auf seinem Fachgebiet hochqualifiziert und ein faltiger Wissenschaftsorganisator war, gilt für Pseudowissenschaftler wie Beyer, Six, Krallert und andere dieser Gruppe, daß sie die Wissenschaft nur als Stufe ihrer politischen Karriere ansahen.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Zu Beyer vgl. Karl Heinz Roth: Heydrichs Professor: Historiographie des „Volkstums“ und der Massenvernichtungen. Der Fall Hans Joachim Beyer, in: Peter Schöttler (Hg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt a.M. 1997, S. 262-342.

Schließlich finden wir Personen, die v. a. als Ideologen hervorgetreten sind, so den Geopolitiker Karl Haushofer und den Repräsentanten des jungkonservativen Faschismus und späteren Überläufer zur Hitlerpartei Max Hildebert Boehm.<sup>15</sup>

2.) An zweiter Stelle kommen Institutionen, auch wenn ihre Bezeichnung als Forschungseinrichtungen in manchen Fällen stark übertrieben erscheint. Hier stehen jene regionsspezifischen Forschungsgemeinschaften wie die Saarforschungsgemeinschaft, die Alpenländische Forschungsgemeinschaft, die Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft, die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft und die Westdeutsche Forschungsgemeinschaft im Vordergrund. Es handelte sich dabei nicht um Institute, sondern um Zusammenschlüsse von geschichtlichen Landeskundeinstituten und Historikern. Sie untersuchten erstens jene Länder und Regionen, in denen Deutsche außerhalb des deutschen Staatsterritoriums siedelten. Sie sollten ihre jeweiligen Gebiete, d. h. z. T. seit dem Mittelal-[185:]ter von Deutschland abgetrennte Territorien, „volkstumswissenschaftlich“ bearbeiten, so die Grenzräume beiderseits der Grenzen „kulturell verteidigen“ und über Wissenschaftsbeziehungen an Deutschland heranführen. Zweitens ging es um Regionen und Länder, die Objekte der nächsten wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Expansionsschritte des imperialistischen Deutschlands werden sollten. Dafür wurden historische, geographische, demographische und andere relevante Daten erarbeitet und statistisch aufbereitet, die für künftige Expansionen und ggfs. Annexionen oder Kolonialisierungen dieser Regionen Grundlagen bereitstellen konnten. In den Zusammenhang dieser Forschungsgemeinschaften gehören auch die Publikationsstellen Frankfurt, Ost/Sammlung Georg Leibbrandt oder Wien, die Institute für Heimatforschung in Schneidemühl, in Käsmark, für Kärntner Landesforschung in Klagenfurth.

Die im Handbuch als Stätten „völkischer Wissenschaft“ verzeichneten universitären und anderen Institute lassen sich nach ihren Gegenständen grob gliedern in Institute zur „Judenforschung“, zur „Rassenforschung“, zur „Volkstumsforschung“, zur „Kulturbodenforschung“ und zur Landes- und Heimatgeschichte. Hinzu kommen übergreifend das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart oder die Deutschen Wissenschaftlichen Institute in den besetzten und verbündeten Ländern. Wichtige Stützpunkte „völkischer“ Wissenschaft wie z. B. das Institut für Grenz- und Auslandsstudien fehlen.

Von den Stiftungen, die zwar den Anspruch erhoben, wissenschaftliche Forschung zu fordern und zu betreiben, in praxi aber direkt der Kriegs- und Bevölkerungspolitik dienten, nämlich durch Erhebung, Sammlung und Systematisierung von Daten, werden im Handbuch gleich mehrere verzeichnet, so die Reichsstiftung für deutsche Ostforschung in Posen, die Reinhard-Heydrich Stiftung in Prag, das Geheime Ostforschungsinstitut des SD (Wannsee-Institut).

Aufgenommen wurden auch Stichworte zu Institutionen, die zwar für die gar nicht so geheime Ostpolitik Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg eine zentrale Rolle spielten wie die Deutsche Stiftung, deren Zweck aber mit Wissenschaft nichts zu tun hatte. Andere erscheinen als ausgesprochen „völkisch“, weil sie unmittelbar der nazistischen Bevölkerungspolitik in Deutschland und in den besetzten Ländern dienten, so Himmler als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“, die „Einwandererzentralstelle“ in dem in Litzmannstadt umbenannten Łódź, das Reichssicherheitshauptamt Abt. VI G, auch Rosenbergs Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete oder die „Deutsche Volksliste“, gleichfalls ein Instrument praktizierter „Germanisierung“. Sie alle können kaum als Institutionen „völkischer Wissenschaft“ gelten, ihre pseudowissenschaftlichen Grundlagen werfen vielmehr ein bezeichnendes Licht auf den Wissenschaftscharakter „völkischer“ Disziplinen.

3.) Ein weiterer Komplex von Artikeln umfaßt die „völkischen“ Zeitschriften „Der Auslandsdeutsche“, „Deutsche Arbeit“, „Deutsche Forschung im Südosten“ [186:] „Jomsburg“, „Reich, Volksordnung, Lebensraum“, „Volk und Reich“, die „Zeitschrift für Geistes- und Glaubensgeschichte“. Es fehlen Artikel zum „Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung“ oder zur „Zeitschrift für Ostforschung“.

---

<sup>15</sup> Zu Boehm vgl. Joachim Petzold: Jungkonservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 1978, S. 227 ff.

4.) Forschungskonzepte, ihre Grundlagen und ihre Ergebnisse werden von den Herausgebern stiefmütterlich behandelt, das betrifft deren Aufnahme ins Handbuch wie deren Analyse. Als Stichwortartikel finden wir „Judenforschung“, „Ostforschung“ und „Westforschung“ sowie etwas am Rande „Völkische Religionswissenschaft“ und „Volksnomostheologie“, in denen Richtungen, aber keine konkreten Programme und Konzepte erörtert werden. Von allen Forschungen zu Komposita mit „Volk“ finden wir keinen einzigen Stichwortartikel, weder zur „Volksgeschichte“, „Volkstumsforschung“, „Volkssoziologie“ oder „Volkskunde“, auch nicht zur Kulturbodenforschung, obwohl Fahlbusch darüber ein Buch geschrieben hat, weder zur Bevölkerungswissenschaft noch zur Siedlungsforschung und -geschichte.

5.) Bei den Forschungsvorhaben „völkischer“ Wissenschaft und deren Ergebnissen kommt jenes Riesenprojekt, das die Zusammenführung der vielen Institute und Einzelforscher zu einem Netzwerk erst zustande brachte und für alle die zentrale Rolle spielte, nämlich das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“ als Stichwort gar nicht vor. Auch der Deutsche Volkskundeatlas fand keinen Autor.

6.) Am bedauerlichsten ist das inhaltliche Defizit dieses Handwörterbuchs bei den zentralen Begriffen „völkischer Wissenschaft“. Entgegen der ursprünglichen Planung sind sie völlig herausgefallen. Für den am häufigsten gebrauchten Begriff „Volk“ hätte der Nutzer gern erfahren, wie „Volk“ „völkisch“ bestimmt wird bzw. was am Volk „völkisch“ sei und warum „Volk“ und alle seine Komposita nicht automatisch einem „völkischen Paradigma“ entsprechen. Doch unter den Stichworten finden sich keine, die die inhaltlichen Kernaussagen einer „völkischen Wissenschaft“ begrifflich thematisieren. Es gibt keine Artikel zu „völkisch“, „Volk“ oder „Volkstum“, zu „völkischer Diskurs“ oder „völkisches Paradigma“ und „Volkstumspolitik“. Der Stichwortartikel „Volksgemeinschaft“, der fast als einziger (neben Volksnomostheologie) aus den romantisch generierten Komposita mit „Volk“ aufgenommen wurde, erörtert weder, was die Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“ mit „völkisch“ zu tun hat, noch kann er die Stellung des Ideologems „Volksgemeinschaft“ in der Naziideologie exakt bestimmen.

Dieser Verzicht auf einen ganzen Komplex ist um so bedauernswerter, als in sehr vielen Stichwortartikeln diese Termini immer wiederkehren, jedoch ohne nähere Bestimmung gebraucht werden. Die Aufnahme eines Mindestmaßes an Grundbegriffen „völkischer Wissenschaften“ wäre unerlässlich gewesen, weil die meisten Autoren in der Tat solche erst zu erklärenden Begriffe einfach voraussetzen und unreflektiert annehmen, daß ohnehin klar sei, was sie mit „Volk“, „völkisch“ etc. meinten. Quasi wird vorausgesetzt, alle Autoren und Leser wüßten begrifflich [187:] und theoretisch ausreichend Bescheid, was „völkischer Diskurs“ oder „völkisches Paradigma“ bedeuteten, und mehr noch, sie seien unstrittig darüber einig. Ob die Herausgeber die Aufnahme solcher Begriffe für überflüssig hielten oder ob sie keine Autoren fanden, bleibt offen, der Verzicht auf einen ganzen Begriffskomplex wird von ihnen im Vorwort nicht einmal erwähnt.

So ergibt sich, daß das Handbuch sich faktisch auf biographische Artikel und Stichwortartikel zu Institutionen beschränkt. Diese sind, soweit ich es übersehe, meistens solide recherchiert, die Angaben zur Geschichte der Personen und Institute sind knapp, aber informativ und zuverlässig. Der Anspruch, den Forschungsstand der letzten Jahre zusammenzufassen und „eingängig wiederzugeben“ krankt am inneren Widerspruch. Denn die „eingängige“ Wiedergabe schloß außer Lesbarkeit zwangsläufig Kürze und Zusammenfassung ein, was in einer Reihe von Fällen zu Lasten der differenzierteren Forschungslage geht (z. B. Generalplan Ost). Auf offene Forschungsfragen wird nicht verwiesen, Literaturempfehlungen werden nicht gegeben; Literaturangaben sind auf die jeweiligen Fußnoten beschränkt und lassen in manchen Fällen auf Unkenntnis oder Ignoranz von Arbeiten schließen, die nicht zum Mainstream gehören. Nicht immer wurde der zum Stichwort sachkundigste und ausgewiesene Autor gewonnen (z. B. Beyer, Meyer), manche Autoren mußten sich ihren Gegenstand erst aneignen (z. B. Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums).

Die knapp 90 Autoren zusammenzuführen und über so viele Jahre zusammenzuhalten, war für die Herausgeber zweifellos keine leichte Aufgabe. Die Autoren kommen nicht nur aus Deutschland,

sondern aus mehreren europäischen Ländern und den USA. Unter ihnen finden wir sehr viele Doktoranden, Stipendiaten und jüngere Wissenschaftler und nur wenige emeritierte Forscher; disziplinar überwiegen professionelle Historiker, hinzu kommen Archivare, Politologen, Germanisten, Romanisten, Mediziner, Ethnologen, Religionswissenschaftler, Lehrer und Publizisten.

### **Begriffliche Defizite**

In den Stichwortartikeln wird der Sprachgebrauch des Handbuchs nicht erklärt, sondern vorausgesetzt. Was immer erneut dieselben Fragen aufwirft, was hier mit „völkisch“ gemeint ist, wie „völkische Paradigmata“ bestimmt sein müssen, damit am Ende „völkische Wissenschaften“ produziert werden und kein völkischer Unsinn. Die Grundschwäche des Handbuchs ist also sein begriffliches, methodisches und theoretisches Defizit, und dies verantworten nicht die einzelnen Autoren, sondern die Herausgeber. Sie hätten, sofern sich keine anderen Autoren fanden, die Artikel zu den Begriffen und Konzeptionen „völkischer Wissenschaft“ selbst schreiben müssen.

Es geht hier keineswegs um terminologische Probleme, die überflüssig, randständig oder künstlich sind, sondern um ein ganzes Knäuel politisch hochbrisanter [188:] Fragen, deren Sprengkraft keineswegs gelöscht oder vererbt ist. Denn weder die Absurditäten noch die oft sektiererische Beschränktheit „völkischen“ Gedankenguts heben dessen Gefährlichkeit auf. Und diese Gefährlichkeit tritt nicht nur dann hervor, wenn Wissenschaftler von einer sich „völkisch“ verstehenden Staatspolitik in Dienst genommen werden, sondern eben auch umgekehrt, wenn „völkische“ Denker eine ihnen adäquate Staatspolitik zur eigenen Machtentfaltung benutzen können.

Welche vom Handbuch übergangenen begrifflich-theoretischen Fragen von der Bestimmung der Spezifik „völkischer Wissenschaften“ entstehen, enthüllt jede Konferenz mit Wissenschaftlern unterschiedlicher europäischer Sprache, auf der ein deutscher Referent von „völkisch“ spricht. Wie soll das deutsche Wort übersetzt werden? Faktum ist, es gibt weder im Englischen noch im Französischen oder Polnischen ein entsprechendes Wort, weil es den Begriff „völkisch“ in diesen Sprachen so nicht gibt. Gewöhnlich wird er daher mit „national“ übersetzt, Kenner des völkischen deutschen Vokabulars übersetzen genauer mit „ethnizistisch“. Aber beides trifft die Sache nicht, denn erstens soll „völkisch“ seit den 1870er Jahren in Deutschland den Begriff „Nation“ ersetzen, „völkisch“ soll hier also gerade nicht „national“ bedeuten, weil der Nationsbegriff abgelehnt wird, was aber Nationalismus als Grundelement völkischen Denkens nicht ausschließt, sondern voraussetzt. Zweitens geht es bei der „völkischen“ Bestimmung des Volkes nicht um dessen zweifellos gegebene Ethnizität, sondern um eine mythologische Konstruktion der Natur oder Wesensart eines Volkes. Die Bestimmungen über die Wesensart eines Volkes sind in völkischer Ideologie allerdings nicht deskriptiv, sondern präskriptiv, sie sollen Verhalten regulieren.

„Der Terminus ‚völkisch‘ geht auf jenen verwirrenden deutschen Begriff ‚Volk‘ zurück, dessen Konnotation weit über die eigentliche Bedeutung des Wortes hinausgeht. Seit dem Beginn der deutschen Romantik im späten 18. Jahrhundert bezeichnet der Begriff ‚Volk‘ für deutsche Denker eine Gruppe von Menschen, denen eine metaphysische ‚Wesenheit‘ eigen ist. Diese ‚Wesenheit‘ konnte ‚Natur‘, ‚Kosmos‘ oder ‚Mythos‘ genannt werden, aber sie war in allen Bereichen mit der innersten Natur des Menschen verbunden und repräsentierte die Quelle seiner Schöpferkraft, die Tiefe seiner Gefühle, seine Individualität und seine Verbundenheit mit den anderen Mitgliedern des Volkes.“<sup>16</sup> Dies schrieb George L. Mosse in seiner 1979 auch auf deutsch erschienen Analyse der völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus.

Gerade weil innerhalb völkischer Ideologie das „Volk“ an die Stelle von „Nation“ gerückt wird, hätten beide Begriffe in dem Handwörterbuch auftauchen müssen. Die von Mosse sezierten Grundlagen völkischen Denkens, angefangen mit den Ursprüngen in der politischen Romantik und erneuert in der Neuromantik, erwei-[189:]tert um germanischen Glauben, Rassismus und Antisemitismus, bestimmen genetisch und strukturell völkisches Denken und völkische Ideologie. Es wäre daher nützlich,

---

<sup>16</sup> George L. Mosse: Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus, Königstein/Ts., Athenäum 1979, S. 10.

aus einem Handbuch „völkischer Wissenschaften“ zu erfahren, inwieweit letztere diese Stränge einerseits aufnahmen, die andererseits auch selbständig neben ihnen bestanden. Doch solche Stichwörter kommen nicht vor. Auch die wichtigsten Stereotype völkischer Ideologie – wie Primat des Volkes, Verteufelung des „Juden“, Verwurzelung des Volkes in Natur, Boden, Landschaft bzw. in der Geschichte, Entwurzelung des „Juden“ – fehlen als Stichwörter. Da sie als ideologische Prämissen „völkischer Wissenschaften“ wirken, hätten ihnen gewidmete Stichwortartikel mehr Klarheit darüber schaffen können, wie der Irrationalismus völkischen Denkens mit dem immerhin beanspruchten Rationalismus auch „völkischer Wissenschaften“ kompatibel blieb und an welchen Punkten „völkische Paradigmata“ deren Wissenschaftlichkeit zerstörten.

### **Was sind „völkische Wissenschaften“?**

Der Verzicht des Handbuchs auf Artikel zu Begriffen und Kernaussagen der unterstellten „völkischen Wissenschaften“ korrespondiert mit dem methodischen Mangel, nicht zu explizieren, was „völkische Wissenschaften“ überhaupt sein sollen. In der englischsprachigen Ankündigung des Verlages wird von „nationalsozialistischen Wissenschaften“ gesprochen. Was sind „völkische Wissenschaften“? Handelt es sich um spezifische Disziplinen mit spezifischen Gegenständen oder ein spezifisches ideologisch-methodisches Konzept, das in mehreren Wissenschaften zum Tragen kam? Mit dem Titel wird erstens unterstellt, es gäbe nicht nur völkisch pervertierte oder „instrumentierte“, sondern „völkische Wissenschaften“ (im Plural!). Was aber könnte deren Gegenstand sein, das „Volk“, das „Volkstum“ oder das „Völkische“? Was aber ist „völkisch“ an einem Volk?

Denn dies ist die mit dem Handwörterbuch nur scheinbar als gelöst vorausgesetzte Frage: Ist es überhaupt sinnvoll von „völkischer Wissenschaft“ zu sprechen, wenn die Spezifik völkischen Denkens wissenschaftsfeindlich ist? Die Herausgeber haben sich diese Frage nicht einmal gestellt, sondern sie implizite entschieden. Wenn völkische Ideologie nur aus Naturmystizismus, Sonnenverehrung und Theosophie bestünde, wäre die Sache allzu einfach, von „völkischer Wissenschaft“, also dem Gegenstand des Handbuchs, könnte gar keine Rede sein. Doch hier kommt gleich eine ganze Reihe von Wissenschaftsdisziplinen ins Spiel, die alle mit der Bevölkerung, ihrer Anthropologie, ihrer Siedlung, Kultur und Psyche zu tun haben. Sind sie deshalb „völkische Wissenschaften“, die außerhalb der völkischen Paradigmata keinen eigenen Gegenstand oder keine selbständige wissenschaftliche Existenz haben?

Die Herausgeber des Handbuchs haben den mit ihrem Titel aufgeworfenen begrifflichen und theoretischen Fragen keine Aufmerksamkeit geschenkt und nicht erörtert, wie und warum bestimmte als national geltende Wissenschaften bzw. [190:] Wissenschaftsdisziplinen zu Brut- und Pflegestätten völkischen Denkens werden konnten. Sie konzentrieren sich auf die politische Praxis solcher Wissenschaftler und ihrer Institute, eine sozialtechnische Praxis, die arbeitsteilig mit den staatlichen Akteuren auf Politikfeldern erfolgte, die von der Staatspolitik vorgegeben oder erschlossen wurde, von der positiven oder negativen Selektion der Bevölkerung über ihre „Umvolkung“ bis zur Ausrottung. Die dafür mobilisierten Wissenschaftler lieferten Rechtfertigungen, Zielprogramme und Planungs-ideen. Nicht wenige schrieben nicht nur Denkschriften, sondern vermaßen die Menschen vor Ort für ihre „Erfassung“ und Selektion. Weder die völkischen Wissenschaftler noch ihre arbeitsteilig mit Verwaltungsfunktionären wirkenden Institute waren anonym, sie haben in diesem Handbuch Namen und Anschrift. Weder eine „kumulative Radikalisierung“ terroristischer Gewalt noch eine „Polykratie“ der Machtinstanzen kann die Tatsache verdecken, daß völkische Wissenschaftler die Verbrechen an ganzen Menschengruppen rational projiziert haben.

Technisch ist das Handbuch solide gemacht. Die Stichwörter sind alphabetisch geordnet. Ein ausführlicher Personen- und Sachindex ist hilfreich und benutzerfreundlich. Leider fehlt ein gemeinsames Verzeichnis der Stichwörter und ihrer Autoren, so daß der Leser jeweils nachschlagen muß.

Werner Röhr



[191:]

## REZENSIONEN

ANTJE STRAHL: *Rostock im Ersten Weltkrieg. Bildung, Kultur und Alltag in einer Seestadt zwischen 1914 und 1918* (Reihe: Kleine Stadtgeschichte, 6) LIT VERLAG, Münster-Hamburg-Berlin-Wien-London 2007, 184 S., 14,90 €.

Lokale Studien für den ersten Weltkrieg sind, zumal mit einem sozialgeschichtlichen Ansatz, nach wie vor nicht allzu häufig anzutreffen. Da ist es zu begrüßen, wenn es mit einer Magisterarbeit unternommen wird, hier eine der Lücken zu schließen.

Wichtige Aspekte des Themas fanden 1956 erste Erwähnung in dem Überblick von Hans Bernitt.<sup>1</sup> Die populären Darstellungen von 1965<sup>2</sup> und 1979<sup>3</sup> hingegen begnügten sich mit jeweils weniger als einer Seite. Im Zuge der Forschungen zum Stadtjubiläum entstand 1970 die Diplomarbeit von Antje Festerling<sup>4</sup>, deren Ergebnisse in dem 1974 verspätet erschienenen zweiten Band der Stadtgeschichte<sup>5</sup> einfließen. Die Geschichte der Stadt in Wort und Bild von 1980<sup>6</sup> machte in besonderer Weise auf die Lage der Rostocker Bevölkerung im Krieg aufmerksam. Seither fand der hier interessierende Zeitraum im Jahre 2000 in der Rostocker Chronik<sup>7</sup> und in der jüngsten Stadtgeschichte von 2003<sup>8</sup> Berücksichtigung.

Das Buch von Antje Strahl bietet anderes und, bezogen auf den spezifizierten Gegenstand, mehr. Ausgehend von einer Schilderung der Situation in Rostock im Sommer 1914 wendet sich die Autorin in zwei Hauptkapiteln den Komplexen Bildung und Kultur sowie der Lebensmittelversorgung in der Stadt zu und schließt inhaltlich mit einer Beschreibung der Lage in der Hafen- und Universitätsstadt bei Ausgang des Kriegs.

[192:] Der Arbeit kommt entscheidend zugute, daß die Autorin in besonderer Weise und häufig erstmals herangezogene ungedruckte Quellen aus dem Rostocker Stadtarchiv, dem Archiv der Universität Rostock und aus dem Landeshauptarchiv Schwerin zur Materialgrundlage ihrer Forschungen macht. Allerdings kann von einer lückenlosen oder auch nur repräsentativen Überlieferung nicht ausgegangen werden. Hinzu treten zeitgenössische gedruckte Quellen und eine sinnvolle Auswahl der Literatur der Zeit. Damit gewinnt die örtliche Presse als Quelle an Bedeutung. Bei den lokalen Zeitungen als wichtiger Quelle zum Thema stützt sich die Arbeit von den beiden Rostocker Tageszeitungen mit einer gewissen sachlichen Berechtigung vor allem auf den „Rostocker Anzeiger“. Zu fragen ist allerdings, warum die landesweit vertriebene „Mecklenburgische Volkszeitung“ nicht systematisch ausgewertet werden konnte.

Sprachlich ist die Autorin um einen sachlichen und präzisen Stil bemüht, der von den heute allenthalben zu beobachtenden Einschränkungen beim Umgang mit der deutschen Sprache weitgehend verschont bleibt. Dies macht das Buch gut lesbar und ist hervorhebenswert.

Das Anliegen der Autorin ist es, „ein Bild der damaligen urbanen Lebensverhältnisse zu zeichnen und dies, beschränkt auf ausgewählte soziale Aspekte, quellenkritisch darzustellen“. Da ist nun doch anzumerken, daß für die von der Verfasserin ausgewählten inhaltlichen Gegenstände ein grundlegender

---

<sup>1</sup> Hans Bernitt: Zur Geschichte der Stadt Rostock, Rostock 1956.

<sup>2</sup> Johannes Lachs, Friedrich Karl Raif: Rostock, Rostock 1965, S. 150.

<sup>3</sup> Horst Witt, Friedrich Karl Raif: Rostock, Rostock 1979, S. 76.

<sup>4</sup> Antje Festerling: Rostock im ersten Weltkrieg (Juli 1914 bis November 1917), WPU Rostock, Sektion Geschichte, Diplomarbeit 1970.

<sup>5</sup> Martin Polzin, Horst Witt: Rostock von der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49 bis 1945, Rostock 1974, S. 98-106.

<sup>6</sup> Lothar Elsner (Hg.): Rostock. Geschichte der Stadt in Wort und Bild, Berlin 1980, darin S. 101-108 Horst Witt zu wichtigen Gesichtspunkten der Entwicklung.

<sup>7</sup> Karsten Schröder, Ingo Koch (Hg.): Rostocker Chronik. Ein Streifzug durch das 20. Jahrhundert in Bildern und zeitgenössischen Pressestimmen, Rostock 2000, S. 64-83.

<sup>8</sup> Karsten Schröder (Hg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis 1990, darin S. 161-166 ders.: Rostock im Ersten Weltkrieg 1914 bis 1918.

Bereich der Lage der Rostocker Bevölkerung kaum Berücksichtigung findet, nämlich die konkrete Arbeitswelt. Sie hätte mit ihren strukturellen Veränderungen und der enorm steigenden Belastung die Folie abgegeben können, vor der die vorgelegten Ergebnisse ihre Einordnung und Gewichtung erfahren.

Sicherlich sind die zeitlichen Rahmenbedingungen für eine Magisterarbeit ein Gesichtspunkt, auf den zu Recht hingewiesen wird. Offen bleibt, warum für die Drucklegung diese durch Zeitmangel verursachten Einschränkungen nicht behoben werden konnten.

So ist das von der Verfasserin formulierte Anliegen der Arbeit sicher erreicht, nämlich Anregungen für weitere regionale Forschungen zum Alltagsleben im ersten Weltkrieg zu geben. Darüber hinaus liegt ein erfolgreicher Beitrag dazu vor, konkrete historische Abläufe in Rostock – thematisch eingegrenzt – während des ersten Weltkriegs quellengesichert darzustellen und anschaulich zu illustrieren.

Joachim Lehmann

*Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, hg. von WOLFGANG BENZ und BARBARA DISTEL. Redaktion: Angelika Königseder. Bd. 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme. Verlag C. H. Beck, München 2007, 591 S., 25 Abbildungen, 3 Karten, 59,90 €.

[193:] Das Dörfchen Hinzert liegt im Hunsrück, rund 25 Kilometer von Trier entfernt. Hier befand sich ein in Deutschland bis heute wenig bekanntes Konzentrationslager. Doch das Lager lag offen vor aller Augen, die Landstraße zwischen Hinzert und dem nächsten Ort führte mitten durch den Lagerkomplex hindurch, sie trennte das Schutzhaftlager mit den Häftlingen von den SS-Wachmannschaften. Wer die öffentliche Straße benutzte, konnte die Behandlung der Häftlinge im Lager, etwa die Schikanen des „Läuseappells“, beobachten. Hinzert war nicht nur unbekannt, es wurde auch jahrzehntelang nicht als Konzentrationslager und einer Gedenkstätte würdig anerkannt. Das hängt mit seiner Geschichte und seiner Sonderstellung zusammen. Als der „Westwall“ errichtet wurde, baute die DAF ein Barackenlager für die Arbeiter. 1939 übernahm die Organisation Todt das Lager, eingeliefert wurden nun Polizeihäftlinge zur „Erziehung“. Schließlich wurde es am 1. Juli 1940 der Inspektion der Konzentrationslager unterstellt, auch wenn finanziell noch das Reichssicherheitshauptamt der Träger blieb.

**Hinzert** war ein kleines Lager mit durchschnittlich 800, aber zeitweise auch 1.200 Häftlingen Belegung bei 560 Schlafplätzen. Insgesamt wurden zwischen September 1939 und März 1945 mindestens 13.600 Männer eingeliefert. Sie stammten aus Deutschland, Polen, der Sowjetunion, Luxemburg, Frankreich, Italien, Albanien, den Niederlanden, Belgien, Jugoslawien, Spanien, der Schweiz, Ungarn, der Tschechoslowakei und Großbritannien. Zunächst wurden deutsche Arbeitserziehungs-, Polizei- und Schutzhaftlinge eingeliefert. Ab 1941 kamen Transporte mit Widerstandskämpfern aus Luxemburg, meist solchen, die sich ihrer Einberufung zur Wehrmacht widersetzt hatten. Nach dem Nacht- und Nebel-Erlaß trafen ab Ende Mai 1942 große Transporte mit französischen Gefangenen ein. Diese wurden von der Außenwelt völlig isoliert und in eigenen Kommandos eingesetzt. Eine weitere Gruppe bildeten die sog. E-Polen. Sie waren verhaftet worden, weil sie deutsche Frauen geliebt hatten, sollten sich im Lager „bewähren“ und auf ihre Eindeutschungsfähigkeit überprüft werden, daher das „E“. Eine weitere Gruppe waren Deutsche, die in der französischen Fremdenlegion gedient hatten und die Frankreich nach dem Waffenstillstand auslieferte, insgesamt 800.

Die Bedingungen im Lager waren mörderisch, weil in diesem „Lauflager“ alles im Laufschrift erledigt werden mußte. Die Ernährung war katastrophal. Zahlreiche Häftlinge wurden im Lager, im Steinbruch oder im Wald ermordet. In Hinzert wurden drei Massenerschießungen durchgeführt, im Oktober 1941 wurden 70 Kommissare der Roten Armee mit Zyankali ermordet. Nachdem die Luxemburger gegen die am 30. August 1942 oktroyierte allgemeine Wehrpflicht in einen Generalstreik getreten waren, verhängte Gauleiter Simon als Chef der Zivilverwaltung das Standrecht und ließ 20 Luxemburger vom Standgericht zum Tode verurteilen und im September im KZ Hinzert erschießen. Die Einberufungen zur Wehrmacht fachten den Widerstand der Luxemburger weiter an, meist in Form von Fluchthilfe, Beschaffung von Verstecken und nachrichtendienstlicher Tätigkeit. Mit der [194:]

Verhaftung von 350 Luxemburgern sollte die Resistance eingeschüchtert werden, sie wurden nach Hinzert gebracht, dort wurden 23 erschossen.

Die Gesamtzahl der Todesopfer in Hinzert kann nicht exakt bestimmt werden. Die Zahl liegt über der von 321 Todesfällen, die namentlich bekannt sind. Viele der im Wald verscharrten und mit Chlorkalk bedeckten Toten konnten entweder nicht mehr gefunden oder nicht mehr identifiziert werden. Die französische Militärverwaltung schätzte die Zahl der Toten 1946 auf 1000.

Der Arbeitseinsatz der Häftlinge erfolgte in Außenkommandos und zwar bei Rodungsarbeiten, Steinbruch-, Erd- und Entwässerungsarbeiten. Über Außenkommandos in Trier und weiteren Orten wurde ab Mitte 1944 ein System von Außenlagern gebildet. Zum KZ Hinzert gehörten 29 Außenlager im Saarland, im RheinMain-Gebiet und in der Eifel. Die Häftlinge dieser Außenlager beseitigten Luftkriegsschäden, bauten an der Eifel-Autobahn oder wurden in militärischen Einrichtungen der Wehrmacht, vor allem Fliegerhorsten, eingesetzt. Die bedeutenderen Außenlager waren in Mainz, hier im Fliegerhorst Finthen, in der Betonfabrik Pfleiderer auf der Ingelheimer Aue, in der Portland-Zementfabrik Weisenau und in der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg in Gustavsburg, in Wiesbaden und beim Autobahnbau Wittlich. Über die meisten dieser Außenlager sind nur spärliche Informationen vorhanden.

Das KZ Hinzert wurde im März 1945 evakuiert, die letzten Häftlinge auf einen Marsch Richtung Buchenwald geschickt.

Nachdem der französische Militärgouverneur bereits 1946 einen Ehrenfriedhof mit den Leichen von 217 exhumierten nichtidentifizierten Toten eingeweiht hatte, erhielt dieser 1986 durch ein Denkmal von Lucien Wercollier den Charakter einer Gedenk- und Mahnstätte. Bis 2002 sollte es dauern, bis der rheinland-pfälzische Landtag einen Architektenwettbewerb für den Bau eines Dokumentations- und Begegnungshauses ausschrieb. Dieses Zentrum wurde 2005 von Ministerpräsident Kurt Beck eingeweiht in Anwesenheit des Premiers von Luxemburg und Gästen aus den Niederlanden, Frankreich, Rußlands, Polen und Serbien-Montenegro. Die Dauerausstellung wurde von der Landeszentrale für politische Bildung erarbeitet, deren Mitarbeiter Uwe Bader gemeinsam mit der Leiterin der Gedenkstätte Beate Weiter auch das Kapitel über Hinzert verfaßt hat. So bescheiden es auch im Vergleich mit den Darstellungen über die großen und bekannteren Lager anmuten mag, so sinnvoll ist seine Aufnahme in den Band.

Wie Dachau für München und Sachsenhausen für Berlin war *Neuengamme* für die Großstadt Hamburg das KZ vor der Haustür und für die eigenen Bedürfnisse, sei es die politischen Gefangenen aus der Stadt einzukerkern, sei es durch billige Häftlingsarbeit Prestigebauten der Stadt errichten zu lassen. So wie sich die 1938 errichteten Lager Flossenbürg und Mauthausen neben Granitsteinbrüchen befanden und neben ihnen Großklinkerwerke errichtet wurden, so sollte Neuengamme [195:] den Baustoffbedarf Hamburgs decken helfen und im großen Maßstab Klinker für Bauten der Stadt Hamburg liefern. Und so gewährte die Hansestadt der SS einen Kredit für die Errichtung des Klinkerwerks.

Die NSDAP-Führung der Hansestadt wollte den Gau Hamburg durch eine Reihe von „Führerbauten“ und die Neugestaltung des Altonaer Elbufers zu Deutschlands „Tor zur Welt“ und einer „Visitenkarte des Nationalsozialismus“ machen. Der norddeutschen Bauweise entsprechend sollten diese Prestigebauten mit Klinkersteinen verkleidet werden. Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen sollte die Baukosten reduzieren.

Im Herbst 1938 erwarben die SS-eigenen Deutschen Erd- und Steinwerke (DEST) eine stillgelegte Ziegelei am Rande des Dorfes Neuengamme. Von Dezember 1938 bis zum Frühjahr 1940 wurde das neu eingerichtete Lager als Außenlager von Sachsenhausen (nicht von Buchenwald, wie die Herausgeber in der Einleitung schreiben) geführt, danach als eigenes Hauptlager. Die ersten 100 Häftlinge kamen am 12. Dezember 1938 aus Sachsenhausen, sie sollten die Ziegelei betriebsfertig machen. Nachdem im Januar 1940 Himmler entschieden hatte, in Neuengamme ein eigenes KZ aufzubauen, kamen im März, Mai und Juni 1940 weitere Häftlinge aus Sachsenhausen, der Aufbau des Lagers ging schnell voran, die Häftlingszahlen stiegen an.

Im Unterschied zu Hinzert gibt es über das KZ Neuengamme und die „Firma Hamburg“ im „Dritten Reich“ ausreichend Forschungsliteratur. Über Neuengamme hat Hermann Kaienburg zwei Monographien<sup>9</sup> und über ein Dutzend Artikel veröffentlicht. Die beste Analyse der Geschichte „Hamburgs im ‚Dritten Reich‘“ stammt aus der Feder von Karl Heinz Roth.<sup>10</sup> Das Kapitel über das Stammlager Neuengamme hat für den vorliegenden Band Detlef Garbe verfaßt, der Direktor der dortigen Gedenkstätte. Sie folgt dem inzwischen bewährten Muster der Reihe, analysiert die Baugeschichte, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Häftlinge und ihren Einsatz in der Kriegswirtschaft, die Strukturen der Häftlingsgesellschaft und deren Widerstand, schließlich die Toten des Lagers und das schreckliche Ende.

Recht knapp wird die SS-Besatzung abgehandelt. Ausführlich schildert Garbe die Nachkriegsprozesse, sehr zurückhaltend die Entwicklung der Gedenkstätte und die Schwierigkeiten auf ihrem Wege. Seine Darstellung ist souverän, der Aufbau klar und übersichtlich, so knapp die Ausführungen sind, so konzise sind sie, und sie bieten einen vorzüglichen Überblick, der bewußt auf manche Details und Breiten verzichtet. Dennoch ist der Text über das Stammlager mit 31 Druckseiten recht bescheiden gegenüber 238 Druckseiten über die Außenlager. Mehr als die [196:] Hälfte (46) der meist knappen 82 Stichwortartikel zu den Außenlager hat Mare Buggeln verfaßt und recherchiert, der über diese Außenlager eine Dissertation schreibt. Die anderen (36) verteilen sich auf Hans Ellgen (19) und weitere acht Autoren.

Anfangs dominierten deutsche Häftlinge in Neuengamme, ab 1940/41 wurden mehrheitlich ausländische Gefangene eingeliefert, die deutschen machten kaum noch zehn Prozent der Häftlinge aus, die aus allen besetzten Ländern Europas kamen. Viele hatten Widerstand geleistet, andere sich der Zwangsarbeit widersetzt, viele waren Opfer von Vergeltungsmaßnahmen der SS und Wehrmacht oder anderer willkürlicher Repressalien. Über die Hälfte der Häftlinge kam aus Osteuropa, die meisten aus der Sowjetunion (27.000) und Polen (15.700), dann folgten Frankreich (11.650) und Deutschland (9.200). Nach dem Warschauer Aufstand wurden mehrere tausend Polen eingeliefert, ebenfalls im Oktober 1944 589 Männer der niederländischen Gemeinde Putten, die als Vergeltung für den Überfall auf ein Wehrmachtauto festgenommen worden waren. Sehr viele der ausländischen Häftlinge waren als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt und wegen „Arbeitssabotage“, Fluchtversuch oder „Renitenz“ ins KZ eingewiesen worden. Unter den 9.200 deutschen Häftlingen dominierten Kriminelle, während die politischen Schutzhaftgefangenen, die seit den 30er Jahren einsaßen, eine kleinere Gruppe bildeten. Hinzu kamen 600 Homosexuelle und 200 Zeugen Jehovas. Nach dem 20. Juli 1944 lieferte die Gestapo zirka 800 ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre und Aktivisten der Arbeiterparteien ein.

Während unter den deutschen Häftlingen die Mehrheit den grünen Winkel der Kriminellen trug, waren die ausländischen Häftlinge mit dem roten der politischen Häftlinge gekennzeichnet. Da unter den Funktionären der sog. Häftlingsselbstverwaltung viele deutsche Kriminelle waren, erschienen vielen ausländischen Häftlingen die deutschen Mithäftlinge oft pauschal als Helfer der SS. Garbe jedenfalls sieht die Wirkungen der Häftlingsfunktionäre in Neuengamme vorrangig negativ und Solidarität in erster Linie als das Wirken herausragender Persönlichkeiten. Nationale Widerstandszirkel und selbst das internationale Lagerkomitee seien der Masse der Häftlinge weder bekannt gewesen noch hätten sie Nutzen gebracht. Daß Lagerkomitees im KZ nur unter strengster Illegalität wirken konnten, dürfte jedem einleuchten, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, geht an der Sache vorbei. Ohne die Häftlingsgesellschaft selbst differenzierender zu analysieren, geht Garbe davon aus, daß im Kampf um das eigene Überleben in der in Einzelinteressen gespaltenen Häftlingsgesellschaft kaum zu überbrückende Trennungslinien bestanden, und gruppenübergreifende Solidarität weit weniger anzutreffen war. Das trifft zweifellos zu, doch bedarf es der Erklärung und nicht der Anklage. Sowohl die Häftlingsgesellschaft als auch die SS-Lagerbesatzung kommen bei Garbe analytisch zu kurz.

---

<sup>9</sup> Vgl. Hermann Kaienburg: Das Konzentrationslager Neuengamme 1938- 1945, Bonn 1997.

<sup>10</sup> Siehe: Karl Heinz Roth: Ökonomie und politische Macht. Die „Firma Hamburg“ 1930-1945, in: Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 1997, S. 15-176.

[197:] Die Häftlinge arbeiteten zunächst an der Errichtung des Klinker-Werkes und in den Tongruben, an der Verbreitung und Vertiefung der „Dover Elbe“ und dem Bau eines Stichkanals mit Hafenbecken sowie der Anlage eines Lösch- und Ladeplatzes. Diese Regulierungsarbeiten waren 1943 abgeschlossen, der Schiffstransport aufgenommen, der Ausbau der Kaianlage am Neuengammer Hafenbecken wurde weiter fortgesetzt. Die Bedingungen bei diesen schweren Erdarbeiten waren zerstörerisch, zwölf Stunden im Laufschrift, mit primitivster Technik, bei völlig unzureichender Ernährung, ohne Schutzbekleidung bei naßkalter Witterung – und dazu Mißhandlungen durch die SS und mancher Häftlings-Kapos. Die SS wartete nicht, bis Häftlinge langsam verhungert oder arbeitsunfähig waren, sie tötete im Januar 1942, als eine Fleckfieberepidemie grassierte, entkräftete Häftlinge durch Phenol- oder Benzininjektionen, unter anderem sowjetische Kriegsgefangene. Von 1000 Sowjetsoldaten, die im Oktober 1941 aus einem Kriegsgefangenenlager der Waffen-SS eingeliefert worden waren, starben 652 innerhalb eines halben Jahres an Hunger, Fleckfieber und gezielten Mordaktionen der SS. Für die reichsweite „Aktion 14f13“, die nicht mehr Arbeitsfähige „beseitigen“ sollte, selektierte die SS-Lagerführung 300 Häftlinge, neben kranken und entkräfteten Häftlingen auch politisch Mißliebige und ca. 80 Juden. Alle wurden nach Bernburg geschafft und dort mit Gas vergiftet. (318/319)

Ab 1942 siedelten sich in Neuengamme mehrere Rüstungsbetriebe an, die südlich des Klinker-Werkes Werkstattbaracken aufstellen ließen. Im März 1942 errichtete die Hamburger Motorenfabrik Carl Jastram ein Werk für Motoren- und Schiffbau, das 300 Häftlinge beschäftigte. Die Deutsche Meßapparate GmbH ließ von 150 Häftlingen im Lager Zeitzünder für Granaten produzieren, auch in ihrem Hauptbetrieb in Harnburg-Langenhorn arbeiteten Häftlinge.

Doch der Haupteinsatz für die Rüstungsindustrie fand in 86 Außenlagern in ganz Nordwestdeutschland statt. „Schwerpunkte bildeten“, so Detlef Garbe, „die industriellen Ballungsräume um Hamburg (Blohm & Voss, Deutsche Werft, Drägerwerk, Hanseatische Kettenwerke u. a.), Bremen (Brinker, Eisenwerke, Continental, Hanomag u. a.) und Braunschweig-Salzgitter (Büssing, Reichswerke Hermann-Göring, Volkswagen u. a.).“ (330) Bei den Phrix-Werken in Wittenberge entstand im August 1942 das erste firmeneigene KZ-Außenlager bei einem privaten Wirtschaftsunternehmen. Ihm folgte im Oktober 1942 bei den Hermann-Göring-Werken in Salzgitter-Drütte ein weiteres Außenlager, direkt unter der Hochstraße des Hüttenwerks eingerichtet. Zahlreiche Häftlinge mußten in SS-Baubrigaden in norddeutschen Großstädten schuften, nach Luftangriffen Bahnanlagen, Fabriken und Städte aufräumen, Trümmer beseitigen und Blindgänger sprengen. 1943 näherte sich die Zahl der Häftlinge in den Außenlagern (3.700) denen des Hauptlagers (5.800). Die überwiegende Zahl der Außenlager wurde erst im letzten Kriegsjahr errichtet.

[198:] Das KZ Neuengamme unterstellte fast alle seine Außenlager acht Stützpunkten, in der Region Salzgitter diente das Lager Drütte als Stützpunkt. In Hannover montierten die Häftlinge Geschütze bei Rheinmetall-Borsig und Akkumulatoren in Stücken, viele wurden in den Continental-Gummi-Werken in und bei Hannover sowie im Volkswagenwerk Wolfsburg eingesetzt. In Lütjenburg-Hohwacht fertigten die Häftlinge Kreiskompass für die V-2 Rakete. Je länger der Krieg dauerte, desto häufiger wurden KZ-Häftlinge von Neuengamme für die unterirdische Verlagerung von Rüstungsgüterfertigungen eingesetzt, vor allem bei der Porta Westfalica. Nach der Landung der Alliierten in Frankreich 1944 forderte die Kriegsmarine Häftlinge zu Arbeiten an der deutschen Küste an, so in Aurich-Engerhufe, in den Panzergrabenlagern Husum-Schwesing und anderen, an der Verteidigungslinie „Friesenwall“ und an der Ems-Rhein-Stellung. In diesen Lagern herrschten die schlimmsten Arbeits- und Lebensbedingungen.

Infolge der Lebensbedingungen und Mangelernährung grassierten Herz-, Darm-, Magenerkrankungen und TBC, schwere Verletzungen nach Mißhandlungen und Arbeitsunfällen. Wie in anderen KZ benutzte die Gestapo Hamburg das KZ Neuengamme als ihre zentrale Hinrichtungsstätte, sie ließ hier 14.000 Menschen ermorden. Zweimal wurden Massenexekutionen an invaliden Rotarmisten und an sowjetischen Offizieren vorgenommen. Wie in Ravensbrück nahmen die verbrecherischen Ärzte Prof. Peter Mühlens vom Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten, Prof. Werner Haase von der Berliner Reichsanstalt für Wasser- und Luftgüte und Dr. Kurt Heißmeyer im KZ Neuengamme pseudomedizinische Experimente an Häftlingen vor. Um die Verbrechen zu vertuschen,

ließ Heißmeyer die für Experimente mißbrauchten Kinder am 20. April 1945 in Hamburg am Bullenhuser Damm ermorden.<sup>11</sup>

Nach der Evakuierung der Konzentrationslager im Osten und den Todesmärschen stieg die Zahl der Häftlinge. Von Mai bis Dezember 1944 wurden 40.000 Menschen in Neuengamme eingeliefert, im Frühjahr 1945 weitere 20.000. Mit der Einrichtung der Außenlager und den dort meist herrschenden mörderischen Arbeitsbedingungen stieg die Todesrate sprunghaft an. Vor Kriegsende waren in den Außenlagern dreimal soviel Häftlinge wie im Stammlager Neuengamme, und zwar 39.880, im Hauptlager knapp 14.000. Die Außenlager forderten auch von der SS einen höheren Personalaufwand. Der wurde durch die Aufnahme von älteren Angehörigen der Waffen-SS, von Polizeikräften und Einheiten von Heer, Marine und Luftwaffe in die Wachmannschaften ausgeglichen. Die Zahl der Wachmannschaften stieg von einigen hundert im Jahre 1940 auf bis zu 5.000 im Frühjahr 1945, von denen nur noch knapp die Hälfte SS-Angehörige waren. Im Stammlager bewachten 600 SS-Männer bis zu 14.000 Häftlinge, in den Außenlagern über 4.000 Wachleute rund 40.000 Häftlinge.

[199:] Während das Schwedische Rote Kreuz im April 4000 skandinavische Häftlinge aus Neuengamme retten konnte, erlitten die anderen ein grausames Ende. Bis Mitte April 1945 wurden die meisten Außenlager aufgelöst und die Häftlinge in Fußmärschen zu „Auffanglagern“ verbracht. Viele verhungerten, verdursteten dabei oder wurden unterwegs erschossen. Wöbbelin bei Ludwigslust wurde zur Todesstation für 5000 kranke und verhungerte Häftlinge. Nach der vollständigen Räumung des Stammlagers am 2. Mai 1945 wurde 9000 Häftlinge auf drei Schiffe getrieben, das größte war die Cap Arcona, sie wurden irrtümlich von der britischen Luftwaffe bombardiert: 6.600 Häftlinge verbrannten oder ertranken Stunden vor ihrer möglichen Befreiung.

Nach der Räumung Neuengammes konnte die SS fast alle Spuren ihrer Verbrechen noch beseitigen oder verwischen. „Als britische Soldaten (...) das Lager betraten, fanden sie zwar ein riesiges Gelände mit einer Vielzahl von Baracken vor, was sich dort zugetragen hatte, offenbarte der Ort jedoch nicht. Deshalb gingen von Neuengamme, das als einziges der großen Lager vollständig geräumt worden war, keine Bilder des Schreckens um die Welt.“ (339)

Abschließend umreißt Garbe die Prozesse gegen die SS-Besatzung von Neuengamme. Es gab einen Prozeß vor einem britischen Militärgericht gegen den Kommandanten Max Pauly und 13 Angehörige der letzten Lagerleitung sowie sieben Folgeprozesse. Pauly, 12 weitere SS-Angehörige und ein Kapo erhielten die Todesstrafe, die Urteile wurden vollstreckt. Außerdem gab es vor britischen Gerichten weitere 26 Militärstrafverfahren zu den Außenlagern. Die Genese der Gedenkstätte handelt Garbe kurz ab, Dauer und Hartnäckigkeit des jahrzehntelangen Widerstandes der Stadt gegen Aufbau und Ausbau der Gedenkstätte gehen da weitestgehend unter.

*Auschwitz* war das größte und grausamste Konzentrationslager und zugleich die wichtigste und größte Stätte technisierter Menschenvernichtung. Hier wurde mehr als eine Million Menschen umgebracht. Es ist historisch zum Synonym für die Vernichtungspolitik der Nazis, deren Verquickung mit der Rüstungsindustrie und den Völkermord an den Juden geworden. Zweifellos muß Auschwitz in der neunbändigen Buchreihe „Der Ort des Terrors“ im Mittelpunkt stehen und der Stichwortartikel den Kern der Serie bilden. Die Anforderungen der Herausgeber an ihre Autoren gelten für Auschwitz in besonderem Maße. Die Herausgeber schreiben selbst „Auschwitz ist zur Metapher für das Menschheitsverbrechen schlechthin geworden“, ziehen daraus jedoch nur die sehr bescheidene Schlußfolgerung: „Daraus folgt für den Historiker als Auftrag das Minimum der exakten Beschreibung: Was ist an diesem Ort geschehen, wer waren die Opfer, wer die Täter, in welchen Zusammenhängen wurde Auschwitz gegründet, welche Entwicklung nahm der Komplex des Konzentrations- und Vernichtungslagers, was geschah mit den Schuldigen, wie konnten die Opfer das Überleben ertragen?“ (79)

[200:] Im Unterschied zur Praxis der bisherigen Bände haben sich die Herausgeber entschieden, das Kapitel über die Stammlager Auschwitz nicht einem einzelnen Autor zu übertragen, sondern es selbst

---

<sup>11</sup> Vgl. Günther Schwarberg: Der SS-Arzt und die Kinder. Bericht über den Mord vom Bullenhuser Damm, Hamburg 1979.

mit Hilfe der Bandredakteurin und einiger jüngerer Wissenschaftler, einer Promovendin und einer Studentin zu schreiben. Jeder der Autoren Wolfgang Benz, Miriam Bistović, Claudia Curio, Barbara Distel, Franziska Jahn, Angelika Königseder, Brigitte Mihok und Verena Walter trug ein oder mehrere Segmente zu dem Kapitel bei. In diesem Versuch, Auschwitz „in Einzelaspekten durch mehrere Autoren darzustellen“ sehen die Herausgeber die „Möglichkeit, den größten KZ-Komplex und seine Besonderheiten durch die Perspektive mehrerer Autorinnen und Autoren gerecht zu werden. Aus der Synthese eng verzahnter Beiträge ergibt sich eine dichte Beschreibung des historischen Sachverhalts, die allen Facetten gerecht werden soll“. (11/12)

Hier steht die Absicht für die Realität. Denn die Textteile der Autoren fügen sich nicht von allein zur gewünschten Synthese, das Kapitel kommt einerseits über Stückwerk nicht hinaus, andererseits führt die bloße Aneinanderreihung von Segmenten zu überflüssigen Wiederholungen, während der Text keineswegs „allen Facetten“ der Lagergeschichte gerecht wird. Was als Vorteil gepriesen wird, nämlich unterschiedliche Perspektiven auf denselben Gegenstand zu präsentieren, bleibt Fiktion, weil die meisten Autoren keine eigene wissenschaftliche Perspektive ausbilden, geschweige denn begründen können. Sie versammeln einfach die aus der Literatur eruierten Daten, was zu einem manchmal recht oberflächlichen Eklektizismus führt.

Die Herausgeber salviaieren ihr Auswahlverfahren bei diesem Kapitel mit dem Hinweis, die Autoren könnten sich auf eine ausdifferenzierte Forschungsliteratur stützen, wie sie für kein anderes Konzentrationslager vorliegt. Zweifellos ist Auschwitz besser als jedes andere KZ erforscht, ein großer Teil dieser Arbeiten liegt in polnischer Sprache vor. Doch wäre es ein Kurzschluß anzunehmen, daß jeder der Fragmentautoren sich tatsächlich auf der Höhe der Forschungsliteratur bewegt, und, noch wichtiger, daß er auch kritisch damit umgehen kann. Das Auschwitzkapitel ist ein trauriges Beispiel dafür, wie unkritisch falsche, oberflächlich recherchierte Aussagen übernommen werden. Das Phantasieprodukt von der „Musterstadt“ Auschwitz wurde z. B. bei Sybille Steinbacher abgeschrieben und noch dazu falsch. Wenn Steinbacher einräumte, daß von den Bauprojekten keines realisiert wurde, so heißt es im Band 5: „In unmittelbarer Nachbarschaft des Konzentrationslagers Auschwitz wurde in der Folge die Stadt zur mustergültigen ‚Wohnstadt‘ und Werkssiedlung für deutsche I. G. Farben-Mitarbeiter und ihre Familien umgestaltet.“ (92). Auch eine im Sommer 1940 errichtete SS-Siedlung, „die bald den Charakter eines eigenen Stadtteils für Tausende SS-Leute mit ihren Familien annahm“, (91) wurde nie errichtet.

Auschwitz bestand 1943 aus drei formell selbständigen Hauptlagern mit eigener Verwaltung und 47 Außenlagern. Auschwitz I wurde im Mai 1940 in alten Kaser-[201:]nen eingerichtet, hier wurden anfangs vor allem polnische Widerstandskämpfer eingeliefert. 1941 befahl Himmler, es als Stammlager für 30.000 Häftlinge auszubauen. Doch selbst mit dieser Belegung reichte die Häftlingszahl nicht aus, um die von der oberschlesischen Rüstungsindustrie täglich geforderten 10.000 Häftlingsarbeitskräfte zu liefern. Deshalb wurde Auschwitz-Birkenau (Auschwitz II) gebaut, das räumlich größte Lager des SS-Archipels überhaupt. War das Stammlager I berüchtigt wegen seiner Grausamkeit, hier ließ auch die Gestapo der Provinz Oberschlesien ihre Gefangenen ermorden, so wurde Birkenau zum Millionengrab der europäischen Juden, denn hier wurde der größte Betrieb zur fabrikmäßigen Menschenvernichtung errichtet, deren Opfer größtenteils die hierher deportierten Juden aus fast allen besetzten Ländern waren.

Auschwitz ist nicht nur das Symbol fabrikmäßiger Menschenvernichtung, sondern auch der Praxis, Häftlinge als Sklavenarbeiter an die Industrie zu vermieten. Während das Kapitel über die Stammlager Auschwitz I und II wie ein Puzzle aus Texten der Autoren zusammengesetzt ist, wurden umgekehrt die Artikel über 46 Außenlager von einer Autorin, Andrea Rudorff, geschrieben. Den Stichwortartikel zu Monowitz hat Susanne Willems verfaßt Da es sich bei fast allen Außenlagern um Betriebslager der Rüstungskonzerne handelte, war ihr Gegenstand vor allem die Zwangsarbeit der Häftlinge, was den Artikeln auf 315 Druckseiten Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit verleiht. Bevor noch die I. G. Farbenindustrie 1941 ihr Bunawerk in Monowitz zu bauen begann und die SS dort ein drittes Hauptlager ab 1942 errichtete, war längst die Mehrzahl der Häftlinge in der Rüstungsindustrie Oberschlesiens eingesetzt. Sie forderten Steinkohle in Althammer, in der Charlottengrube, der Grube

Jawischowitz, der I. G. eigenen Fürstengrube, der Günthergrube und der Janinagrube. Sie schufteten in Hydrierwerken und Raffinerien in Blechhammer, Trzebinia und Tschechowitz, beim Bau von Kraftwerken in Althammer, Lagischa und Jaworzno. In Oberschlesien gab es keine Hütte, keine Rüstungsschmiede, die nicht in großem Maßstab KZ-Häftlinge einsetzte. Die großen Rüstungsbetriebe erhielten eigene Außenlager, so die Bismarckhütte, Eintrachthütte, Hubertushütte und Laurahütte, weitere Außenlager gab es in den industriellen Zentren Gleiwitz, Hindenburg, Sosnowitz. Bevor überhaupt von der Praxis der I. G. Farben die Rede ist, nutzten alle diese Rüstungsschmieden den von der SS eingeräumten Vorteil, kranke, arbeitsunfähige oder leistungseingeschränkte Häftlingsarbeiter durch frische Kräfte zu ersetzen. Die Firmen wußten, daß die zurückgeschickten Häftlinge umgehend in die Gaskammern geschickt wurden. Die Rüstungsbetriebe praktizierten den Verschleiß der Häftlinge durch Schwerstarbeit unter erbärmlichen Bedingungen bereits, bevor die Nazis die Losung „Vernichtung durch Arbeit“ prägten.

Die Verfasser des Auschwitzkapitels schreiben: Die „Organisation der SS (...) in Auschwitz entsprach der in anderen Konzentrationslagern“. Das stimmt so nicht, denn gerade der Arbeitseinsatz wurde in Auschwitz ausgegliedert. Die Lagerkommandanten durften eigenmächtig keine Arbeiten von dritter Seite annehmen und [202:] auch keine Verhandlungen darüber führen. Die Arbeitseinsatzführer waren zwar formell dem Lagerkommandanten unterstellt, faktisch aber dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS untergeordnet. Von hier erhielten sie ihre Anweisungen.

Von besonderer Bedeutung für die Sklavenarbeit der Häftlinge wurde die Zusammenarbeit der SS mit der I. G. Farben-Industrie AG. In Monowitz entstand das erste und größte Außenlager eines Industriebetriebes. Bereits im Vorfeld der Errichtung des Bunawerks in Monowitz ließ sich der Konzern den Einsatz von KZ-Häftlingen zusichern, die billige Arbeitskraft gehörte zu den Gründen für die Standortwahl. Himmler sicherte am 1. März 1941 täglich 10.000 Häftlingsarbeiter zu. Dafür kam die I. G. Farben dem KZ Auschwitz erstens geschäftlich und zweitens bei der Ausstattung von SS-Bauvorhaben mit rationierten Materialien entgegen. Ab Mitte April nahm die IG die ersten Arbeitskräfte in Anspruch. Sie wurden täglich sieben Kilometer vom Stammlager zur Bunaabustelle getrieben, später mit einem Zug transportiert. Doch im Oktober 1941 schlug der I. G.-Werksleiter Dürrfeld vor, „das auf täglich 4000 bis 5000 zu erweiternde Buna-Kommando ab 1942 auf dem Firmengelände unterzubringen. Dieses bis dahin beispiellose Ansinnen eines Privatunternehmens lehnte KZ-Kommandant Höß, obwohl die I. G. das Lager selbst bauen wollte, mangels Material und Betriebsmitteln zunächst ab.“ (278) Auf Geheiß Speers stimmte er dann im Juni 1942 zu. Das Lager wurde gebaut. Es umfaßte im Oktober 1942 schon 2.100 und zuletzt, als Monowitz in der Nacht vom 18. zum 19. Januar 1945 geräumt wurde, 10.223 Gefangene. (280)

Himmler hatte der I. G. zuviel versprochen, er konnte die 10.000 Häftlingsarbeitskräfte allein aus dem Lager Auschwitz I nicht bereitstellen, weil die Häftlinge wegen Hungers und Seuchen, Terrorisierung und Schwerstarbeit nicht lange überlebten. Daher wurde auf sumpfigem Gelände das Riesenzoo- und Lager Auschwitz-Birkenau gebaut, das den Arbeitseinsatz von zunächst 50.000 arbeitsfähigen Juden gewährleisten sollte. Doch der Ausbau von Birkenau als Arbeitskräftereservoir stockte, weil sein Ausbau als Vernichtungsstätte Vorrang hatte. Die Autoren des Auschwitzkapitels haben leider die Literatur und Dokumente dazu nicht ausgeschöpft, insbesondere nicht die Rolle Speers bei der Behebung der Stockungen im Ausbau des räumlich größten Lagers und der Stätte mit der größten Vernichtungskapazität erschöpfend dargestellt. In der Tat bezeichnete die SS ihr Ausbauprogramm für Auschwitz-Birkenau als „Sonderprogramm Prof. Speer“.

Die Zahl der Monowitz monatlich zugewiesenen Häftlingsarbeiter schwankte zwischen 1.200 und 23.000. Die SS selektierte die Häftlingsarbeitskräfte für Monowitz aus den eigens für die I.G. aus Buchenwald, Ravensbrück und Dachau eingelieferten KZ-Insassen sowie aus den deportierten Juden. Wie bereits in Auschwitz I und II setzte die SS auch in Auschwitz III möglichst kriminelle Häftlinge als Lagerälteste und Kapos ein, ausgesucht wurden dafür Häftlinge, die ihre Mithäftlinge brutal und rücksichtslos schikanierten. Doch gab es auch einige wenige politische Gefangene und Juden als Blockälteste und Schreiber. Zentrum des Wi-[203:]derstands in Monowitz war das Häftlingskrankenhaus, und zwar für alle drei Auschwitz-Komplexe.



Monowitz wurde als Auschwitz III zu einem Hauptlager mit selbständiger Verwaltung erhoben, mehr noch, ihm wurden 1943 auch sämtliche Außenlager unterstellt, so daß Auschwitz III den gesamten Häftlingsarbeitseinsatz des Komplexes Auschwitz koordinierte. Es wäre darum dem historischen Stellenwert angemessen gewesen, Monowitz im Artikel über die Hauptlager zu plazieren, nicht aber als eines der Außenlager einzureihen. Diese Plazierung von Monowitz ist ein schlimmer politischer Fehler, weil er die Kooperation der SS mit den IG Farben herabspielt.

Wie bereits die vorigen Bände bringt auch der fünfte Band der Reihe über die Hauptlager keinen gravierenden Forschungsfortschritt, sondern bestenfalls eine übersichtliche Zusammenfassung bestehender Kenntnisse. Das Hauptverdienst liegt in der vollständigen Erfassung der Außenlager, von denen über viele manches erstmalig publiziert wird. Es ist bedauerlich, daß der Text über Auschwitz I und II, der den Kern der ganzen Serie bilden muß, durch Forschungsmängel, Fehlinformationen und manchen oberflächlichen Eklektizismus dem Anspruchsniveau der Herausgeber nicht gerecht wird. Hinzu kommt ein weiteres Problem: Der ganzen Serie eignet zunehmend eine Sicht aus der Verwaltungsperspektive, und zwar sowohl auf das Funktionssystem der Lager als auch auf die SS-Mannschaften und sogar auf die Häftlinge. Unter dieser stark administrativen Sicht kommen die Opfer als Zahlenkolonne vor und nur noch selten selbst zu Wort.

Werner Röhr

SIMONE ERPEL (Hg.): *Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück*. Metropol Verlag, Berlin 2007, 374 S., 22 €

Am 17. Oktober 2004 wurde in einem der ehemaligen acht Aufseherinnenhäuser auf dem Gelände der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück die Dauerausstellung „Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück“ eröffnet. Das Ziel der Präsentation bestehe, schreibt die mit der Bearbeitung von Themen über das Konzentrationslager Ravensbrück erfahrene Kuratorin Simone Erpel darin, „auf der Grundlage der Forschungen das gängige Täterinnenbild kritisch zu hinterfragen und zum Nachdenken über Motive, Handlungsmöglichkeiten und Taten von Aufseherinnen anzuregen. Indem die Geschichte des weiblichen Wachpersonals im Mittelpunkt der musealen Präsentation steht, werden auch die in Ravensbrück verübten Verbrechen entdämonisiert und statt dessen in dem Bereich des handelnden Menschen verortet.“ Drei Jahre später gab sie den Begleitband zur Ausstellung heraus. Seinen Gegenstand bilden die etwa 4.000 Frauen, die von 1939 bis 1945 das Konzentrationslager Ravensbrück durchliefen, nicht als Gefangene, sondern als [204:] Wachpersonal. Sie wurden hier ausgebildet und anschließend an Ort und Stelle eingesetzt oder in andere Konzentrations- und Außenlager versetzt, in denen weibliche Häftlinge gefangen gehalten wurden. Die erstmals auf verschiedenen Quellen gestützte und diese Frauen namentlich erfassende Datenbank ist eines der Forschungsergebnisse, die in Vorbereitung der Ausstellung entstanden. Diese Aufseherinnen gehörten zum sogenannten weiblichen SS-Gefolge, ohne Mitglieder der SS zu sein. Dennoch unterlagen sie der SS- und Polizeigerichtsbarkeit Sie unterstanden dem Kommandostab des KZ und wurden wie im öffentlichen Dienst Tätige entlehnt, trugen einheitliche feldgraue Uniformen mit Rangabzeichen auf dem unteren Teil des Ärmel, am oberen mit einem Reichsadler als Hoheitsabzeichen. Die Wege, auf welchen junge Frauen in diese Rolle gelangten, verliefen unterschiedlich. Einige meldeten sich dazu freiwillig auf Zeitungsannoncen hin, andere wurden von Arbeitsämtern dienstverpflichtet Nicht wenige hatten vorher in Rüstungsbetrieben gearbeitet und wurden als Aufseherinnen angeworben, um nach ihrer Ausbildung beim Häftlingseinsatz in eben diesen Betrieben verwendet zu werden.

Nun behandeln und vertiefen 20 Autorinnen und Autoren die Geschichte der SS-Aufseherinnen unter fünf Schwerpunkten: 1. Aufseherinnen des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück, 2. Juristische Ahndung der von ihnen begangenen Verbrechen durch Justizorgane der Alliierten in den Besatzungszonen (1945-1949), 3. Prozesse vor deutschen Gerichten in der DDR und der BRD (1949-1992), 4. Visuelle Inszenierungen, 5. Die Gegenwart der Vergangenheit.

Lavern Wolfram untersucht die Mitgliedschaft der Aufseherinnen in der NSDAP und kommt zu dem Befund, daß die wenigsten von ihnen Mitglieder der Naziartei waren und sie sich in ihrem Verhalten der Partei gegenüber von ihren Geschlechtsgenossinnen nicht unterschieden hätten. Sie wären „ganz normale Frauen“ gewesen. Im Mittelpunkt der biographischen Skizzen über die Aufseherinnen Maria

Mandl (Monika Müller), Dorothea Binz (Johannes Schwartz), Margarete Mewes (Eva Wolfangel) und Marianne Eßmann (Stefanie Oppel) stehen deren Werdegang zur Aufseherin und ihre Verhaltensweisen gegenüber den Häftlingen. Jeanette Toussaint schildert die Lebensbedingungen der Aufseherinnen außerhalb der Lagermauer, ihre Unterbringung in zur damaligen Zeit komfortablen Apartments, die Nutzung von Dienstleistungen, z. B. einer Frisierstube, die von Häftlingen betrieben wurde, oder die Betreuung ihrer Kinder in einem Kinderheim mit Kindergarten, das sich in unmittelbarer Nähe ihrer Unterkünfte befand.

Kurz nach Beendigung des Krieges saßen zahlreiche ehemalige Aufseherinnen auf Anklagebänken in Gerichtssälen. Richter der Siegermächte hatten darüber zu befinden, ob sie während ihres Einsatzes in den Konzentrations- und deren Außenlagern Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten. In weiteren Beiträgen des Begleitbandes werden der erste Belsen-Prozeß vor einem britischen Militärgericht 1945 (John Cramer), die britischen Ravensbrück-Prozesse von [205:] 1946 bis 1948 (Simone Erpel), ein französischer Sammelprozeß (Johannes Schwartz) und die Prozesse analysiert, die vor polnischen (Aleksander Lasik) und österreichischen (Jeanette Toussaint) Gerichten stattfanden. Marlies Coburger belegt anhand von Statistiken, die auf neuesten Forschungen beruhen, daß 99 ehemalige KZ-Aufseherinnen von 1945 bis 1950 im Speziallager Sachsenhausen inhaftiert waren. Ein Teil von ihnen galt als Internierte, andere waren durch sowjetische Militärtribunale verurteilt worden, die in der SBZ verhandelt hatten. Die vor deutschen Gerichten geführten Prozesse werden hier exemplarisch am Beispiel des Arado-Prozesses Wittenberg 1949 (Wolfram), des „Rostocker Prozesses“ 1966 (Angelika Meyer) und des Düsseldorfer Majdanek-Prozesses 1975-1981 (Elissa Mailänder Koslov) bewertet. Wolfram beschreibt die Hintergründe der unfaßbaren Tatsache, daß die ehemalige Aufseherin Margot Pietzner sich mit dem Verweis auf ihre zehnjährige Haftzeit in der SBZ und DDR als Opfer des Stalinismus ausgab und rehabilitiert wurde. Sie erhielt 1993 eine Entschädigung von über 55.000 DM.

Im Band und in der Ausstellung sind zahlreiche private Fotografien zu betrachten, die Aufseherinnen auf Ausflügen während ihrer Freizeit lebensfroh und stolz in Uniform zeigen. Anhand des überlieferten SS-Albums, das im Auftrage von Heinrich Himmler 1940 entstand- bisher wurden in der Literatur die ersten Fotos in das Jahr 1941 datiert – rekonstruiert Ute Wrocklage den Standort des KZ Ravensbrück, den Häftlingseinsatz und die Funktion der Aufseherinnen. Wenig bis nichts verraten diese Bilder von der Wirklichkeit des unerträglichen Alltags der gefangenen Frauen und den Brutalitäten des Bewachungspersonals. Insa Eschebach beschreibt dagegen das private Album der Gertrud Rabenstein, das die Aufseherin für den Sohn angelegt hatte. Ein Foto präsentiert den Diensthund, ein anderes zeigt, wie sie ihn auf einen Häftling dressiert. Erika Buchmann, ehemalige Gefangene in Ravensbrück, hatte nach der Befreiung 103 Paßbilder von Aufseherinnen in der Absicht zusammengestellt, daß diese als juristisch verwertbares Beweismaterial gegen die Täter dienen konnten. Jeanette Taussaint verfolgt erstmals die Geschichte dieser Sammlung.

Welche Möglichkeiten Filme bieten, um die in den Konzentrationslagern begangenen Grausamkeiten aufzudecken, beschreibt Hanno Loewy am Beispiel von Wanda Jakubowskas Auschwitz-Trilogie. Im letzten Kapitel des Buches geht Irith Dublon-Knebel der Frage nach, warum gerade die Luise Danz, Aufseherin in Majdanek, Auschwitz und im Außenlager Malchow, sich in die Erinnerung der Opfer so tief eingegraben hat. Wie die nachfolgende Generation die Verhaltensweisen der Eltern und Großeltern reflektiert, darüber berichtet Jeanette Toussaint. Sie führte mit der ehemaligen Aufseherin Anna Grebe und ihren Kindern in Österreich zahlreiche Interviews und machte die Erfahrung, daß die Kinder mit der Biographie ihrer Mutter ganz unterschiedlich umgingen. Annette Leo befragte ältere Bürger der Stadt Fürstenberg nach ihren Erinnerungen an die uniformierten Frauen, die die Häftlingskolonnen auf dem Weg zu ihren Arbeitseinsätzen durch [206:] die Straßen der Stadt eskortierten, oder ihnen dadurch bekannt waren, weil sie aus Fürstenberg oder dessen Umgebung stammten. Die Aufseherin Irma Grese wurde im November 1945 im Belsen-Prozeß zum Tode verurteilt und am 12. Dezember 1945 in Hameln gehängt. Mit der Rezeption des Bildes der Irma Grese und warum ihrer in der rechten Szene als Märtyrerin gedacht wird, setzt sich Constanze Jaiser auseinander. In einem Beitrag berichten Matthias Heyl und Heide Schöllhorn über erste Erfahrungen bei der Einbeziehung

der Ausstellung in die pädagogische Arbeit der Gedenkstätte und unterbreiten Vorschläge, wie Jugendlichen der Zugang zur Täter-Opfer-Problematik vermittelt werden kann.

Der Band unterstützt mit der Darstellung ausgewählter Biographien vor allem die Beantwortung der Frage, auf welchen Wegen Frauen im „Dritten Reich“ zu Täterinnen wurden und beschreibt anhand von juristischem Quellenmaterial ihre entmenschten Handlungsweisen. Offen bleibt die Frage des geistigen und emotionalen Verhältnisses dieser Aufseherinnen zur faschistischen Ideologie und zum terroristischen Machtapparat, dessen Teil sie waren. Was dachten sie über den „Führer“, was über den Krieg, was über ihre Rolle? Läßt sich angesichts ihres Anteils an einem politischen Verbrechen neuen Typs davon sprechen, daß sie wirklich „ganz normale Frauen“ gewesen wären? Der Beantwortung dieser Fragen mögen sich viele Probleme entgegenstellen, die aus der Quellenlage herrühren. Das gilt nicht für eine leider fehlende vergleichende Analyse jener Prozesse, die gegen Aufseherinnen in der SBZ/DDR und den westlichen Besatzungszonen/BRD geführt wurden und die den Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede eröffnet haben würde.

Erika Schwarz

*Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945.* Hg. im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg von GÖTZ ALY, WOLF GRUNER, SUSANNE HEIM, ULRICH HERBERT, HANS-DIETER KREIKAMP, HORST MÖLLER, DIETER POHL und HARTMUT WEBER. Band 1: Deutsches Reich 1933-1937. Bearbeitet von WOLF GRUNER, R. Oldenbourg Verlag München 2008, 811 S., 59,80 €.

Der erste Band eines Riesenunternehmens ist anzuzeigen. Er erschien im Januar 2008 als Auftakt einer Dokumentationsreihe, die im Laufe von zehn Jahren 16 Bände umfassen soll und ein „Schrift-denkmal für die ermordeten Juden Europas“ setzen will. Finanziert wird es wesentlich von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, deren Vorläuferin bekanntlich auch Arbeiten für den „Generalplan Ost“ bezahlte. Die drei herausgebenden Institutionen sind unterschiedlich stark vertreten, das Bundesarchiv mit Direktor Hartmut Weber und Hans-Dieter Kreikamp, Abteilungsleiter Deutsches Reich; das Institut für Zeitgeschichte mit [207:] Direktor Horst Möller und Dieter Pohl sowie den Mitarbeitern in der Berliner Außenstelle Wolf Gruner und Susanne Heim; der Freiburger Lehrstuhl mit dessen Inhaber Ulrich Herbert. Projektkoordinatorin ist Susanne Heim.

Die Gliederung des geplanten Editionsprojekts in 16 Bände richtet sich nach geographischen und zeitlichen Gesichtspunkten, fünf sind für das „Deutsche Reich“ vorgesehen, dem die annektierten Länder Österreich und Tschechoslowakei gleich mit zugeschlagen werden, die annektierten polnischen Gebiete werden dagegen in die drei Polen-Bände eingereiht. Völlig außerhalb dieser Aufteilung nach Ländern steht ein als Abschlußband konzipierter über Auschwitz 1942-1945 und die Todesmärsche 1944/45.

Die Edition soll eine „umfassende Auswahl von Quellen“ bieten, wobei „umfassend“ sich wohl auf alle Phasen, Aspekte und Territorien der Verfolgungs- und Vernichtungsgeschichte der Juden durch das faschistische Deutschland bezieht. Ausgewählt werden ausschließlich Schriftzeugnisse oder verschriftlichte Tondokumente. Auf Abbildungen wird verzichtet. Territorial werden außer Deutschland alle von ihm im zweiten Weltkrieg besetzten Länder und Gebiete einbezogen. Aufgenommen werden nur zeitgenössische Zeugnisse, keine späteren Erinnerungen, Berichte oder Prozeßunterlagen. Die Dokumente werden ausschließlich chronologisch geordnet und nicht thematisch gebündelt.

Die Auswahl soll auch hinsichtlich der verzeichneten Reaktionen möglichst umfassend sein. Im Vordergrund stehen Quellen der Betroffenen, der Opfer der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik „Dokumentiert werden die Aktivitäten und Reaktionen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Überzeugungen, an verschiedenen Orten, mit jeweils begrenzten Horizonten, Handlungsspielräumen und Absichten. Besonders am Herzen liegen den Herausgebern Privatbriefe, Tagebuchnotizen und Hilferufe der verfolgten Juden.“ (7) Mit diesem Herangehen wollen die Herausgeber die zeitgenössischen Wahrnehmungen dokumentieren und nicht ein vom Stand der heutigen Forschung bestimmtes, systematisiertes und konstruiertes Bild.

„Daneben muß die Edition, zumal sie in Deutschland erarbeitet wird, in repräsentativer Auswahl die Schriftstücke enthalten, die von den Verfolgern hinterlassen wurden. Nur so können die Motive und Verhaltensweisen der Täter erkennbar werden.“ (7) Nun bilden die Schriftstücke, die die Verfolger hinterlassen haben, ebenfalls ein vielschichtiges Spektrum, innerhalb dessen jene Dokumente, die die Verfolgungspraxis konzipierten, normierten und regulierten, nur einen Teil bilden, der nicht im Meer der zufälligen, privaten Briefe, Notizen etc. untergehen sollte.

Auch hinsichtlich der Verfasser der Schriftdokumente soll die Auswahl möglichst umfassend sein. „Es kommen Funktionsträger jeder Art zu Wort, ebenso einfache Leute und Intellektuelle, inländische und ausländische Beobachter.“ (7) Ihre Wahrnehmungen und Reaktionen sollen als authentische Quelle sprechen, ihre [208:] Erfahrungen unabhängig von ihrem Horizont und Urteilsvermögen für sich genommen werden, ohne Kritik und ohne Wertung.

Auswahl und Darstellung der Quellen sollen also ein vielschichtiges Bild des Gegenstandes zeichnen und auch das zufällige und widersprüchliche Nebeneinander der Ereignisse in der zeitgenössischen Wahrnehmung widerspiegeln. Der Blickwinkel auf die Ereignisse ist je nach Quelle verschieden, die Quellen reichen z. B. hinsichtlich der Presse vom jüdischen Familienblatt bis zu Streichers „Der Stürmer“ und schließen antifaschistische Exilblätter ebenso ein wie großbürgerliche Zeitungen Frankreichs oder der USA.

Daß Anordnung und laufend wechselnde Perspektiven beim Leser den Eindruck von Unübersichtlichkeit und Zufälligkeit hervorrufen können, nehmen die Herausgeber in Kauf. Im Großen entstehe so ein notwendigerweise fragmentarisches, doch vielschichtiges Bild, das unterschiedlichen analytischen Annäherungen zugänglich sei. (8) Sowenig die Edition einem konstruierten Aufbau folgen soll, sowenig soll sie auf pädagogische Wirkung angelegt sein. Gegen Sammlungen unter politisch-pädagogischen Zielsetzungen erheben die Herausgeber zwei Einwände: Erstens enthielten sie meist nur gekürzte Dokumente, zweitens seien diese aus ihrem Kontext gerissen, ein pauschaler Vorwurf, der gegenüber thematisch ausgewählten Dokumenteneditionen einfach unzutreffend ist.

Aus all diesen Gründen entschlossen sich die Herausgeber, die Dokumente jeweils im vollen Wortlaut abzudrucken, mit Ausnahme längerer Denkschriften. Aber auch vollständig abgedruckte Schriftdokumente enthalten ihren Kontext nicht unbedingt in sich. Jeder Band soll eine ausführliche Einleitung enthalten, die den Forschungsstand zu seinem Gegenstand vorstellt, die Quellen selbst werden mit Fußnoten ergänzt oder auch kommentiert.

Der von Wolf Gruner bearbeitete erste Band enthält 320 Dokumente aus den Jahren 1933 bis einschließlich 1937. Sie lassen erkennen, wie die Schikanierung und schrittweise Entrechtung die deutschen Juden in die soziale Isolierung treibt. Eine ihrer Haupterfahrungen ist die Gleichgültigkeit der allermeisten Nachbarn gegenüber ihrem Schicksal und wie mit der Gewöhnung an den alltäglichen und mit der Zeit ausgeweiteten Terror diese Gleichgültigkeit zum Boden aktiver Teilnahme von Nachbarn an der Verfolgung wird, besonders deutlich nach den Nürnberger Gesetzen.

Die Mehrzahl der ausgewählten Schriftdokumente betreffen Erfahrungen der verfolgten Juden mit den Verfolgern und mit ihren Nachbarn und die Reaktionen darauf. In diesem Meer relativ zufälliger Zeugnisse fallen jene mitabgedruckten Schlüsseldokumente, die die Eckpunkte der Verfolgung markieren, kaum auf, ihr entscheidender Stellenwert sticht nicht hervor. Der erste Band folgt genau den methodischen Prinzipien der Herausgeber, die oben benannt wurden. Er nimmt den Erfahrungshorizont der Betroffenen zum Maßstab. Die Dimensionen der Ver-[209:]folgungspolitik, die maßgebenden Entscheidungen auf diesem Wege, die Zäsuren werden dem, der sie nicht sowieso schon kennt, kaum deutlich. Welche der Naziinstitutionen wann und warum die Führung in der antijüdischen Politik übernahm, ja daß hier überhaupt ein Wechsel stattfand, bleibt dunkel. Von Schriftzeugnissen, die vielfach privater Natur sind und den Erfahrungshorizont der Brief- oder Tagebuchschreiber dokumentieren, ist natürlich auch keine Erkenntnis der Ursachen von Handlungen zu erwarten, deren Objekt die Autoren waren.

Die Einleitung läßt offen, ob sie der Einführung in die Reihe oder in den ersten Band dient, ob sie der Bandbearbeiter verantwortet oder das Herausgebergremium. Rund zwei Drittel ihres Textes behandeln

die Vorgeschichte, insbesondere die Emanzipation der Juden im 19. Jahrhundert und die darauf einsetzenden Gegenbewegungen seit 1871. Dabei wird der politisch und sozial neu programmierte Antisemitismus anhand signifikanter Positionen und maßgebender Autoren erläutert, insbesondere der Berliner Antisemitismusstreit, die „Judenählung“ im kaiserlichen Heer während des ersten Weltkrieges und einiger Massenorganisationen als Heimstätten für notorische Antisemiten. „Der national konservative Wehrverband Stahlhelm führte für seine knapp 400.000 Mitglieder 1924 den ‚Arierparagraphen‘ ein. Nicht anders verfahren der Jungdeutsche Orden mit 200.000 Mitgliedern, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit 400.000 Mitgliedern und der Reichslandbund mit einer Million Mitgliedern, die Deutschen Burschenschaften und der Deutsche Turnbund“, (26) von NSDAP und DNVP gar nicht zu reden. Der im und nach dem ersten Weltkrieg sich ausbreitende unduldsame Hypernationalismus legitimierte sich laut Einleitung „zuletzt aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das der amerikanische Präsident Woodrow Wilson im Januar 1918 für die künftige Friedensordnung ins Spiel gebracht hatte“. (17) Auf welches Ereignis Wilson mit seinem Rekurs auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker reagiert hatte, nämlich die Proklamation der Regierung Lenin, verschweigt die Einleitung. Mehr noch, Wilsons Vorschlag wird, an Robert Lansing anknüpfend, entscheidend als Verhängnis gewertet, weil die Juden unter den europäischen Minderheiten die einzige Minorität waren, die sich zu ihrem Schutz auf keinen Staat und keine Armee verlassen konnte.

Die Einleitung akzentuiert polemisch vor allem zwei Positionen: Erstens wendet sie sich gegen die Goldhagen-These vom eingeborenen oder historisch tradierten eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen und zweitens gegen die These, die antijüdische Politik der Nazis sei von Anfang an zielklar und vorgegeben gewesen. In beiden Hinsichten insistieren die Verfasser zu Recht auf der historischen Entwicklung dieser Politik und zwar hinsichtlich ihrer Praxis und ihrer Ziele. 1933 gab es keine klaren Vorgaben, die antijüdische Politik folgte zunächst keiner Strategie, sondern war situativ und spontan. Um so wichtiger wird damit die Frage nach den Ursachen ihrer Entwicklung. Und hier lautet die Antwort: „Die Verfolger aber verhielten sich antibürgerlich, setzten die Regeln ständig neu, kannten ihre nächsten Schritte selbst nicht genau. Sie besaßen keinen ausgearbei-[210:]teten Plan, sondern entschieden meist ad hoc – getrieben und berauscht vom selbst erzeugten Sog fortgesetzter Radikalisierung.“ (37) Also der Rausch und der Sog eines Selbstläufers. Da kann man es dann auch nicht mehr als Lapsus werten, wenn dem Regierungsprogramm der Regierung Hitler/Papen/Hugenberg zugeschrieben wird, daß es „auf die nationale Selbstbefreiung Deutschlands zielte“. (31)

Ein Drittel der Einleitung umreißt die wichtigsten Schritte in der antijüdischen Politik der Nazis und bietet dem Leser ein Gerüst zur besseren Einordnung und ggfs. auch zur Korrektur der Quellen. Zwei Wendepunkte werden besonders herausgehoben, einmal die Nürnberger Gesetze 1935 und zum zweiten die Übernahme der Federführung der antijüdischen Politik durch den Sicherheitsdienst.

„Die Quellenedition läßt sich auch als Nachlagewerk benutzen“ empfehlen die Herausgeber. Das ist zweifellos nicht die schlechteste Verwendung.

Werner Röhr

*Tragedija Litvy 1941-1945 gody. Sbornik archivnych dokumentov o predstuplenijach litovskich kolaboracionistov v gody Vtoroj mirovoj vojny.* Izdadel'stvo Evropa, Moskva 2006

Die Befreiung Osteuropas vom deutschen Faschismus durch die Rote Armee 1944/1945 wird in den baltischen Neustaaten von Politikern, Medien und Historikern umgedeutet und diffamiert. Zum Jahrestag der Befreiung 2005 wandte sich Estlands Verteidigungsminister Ju. Ligi an die Überlebenden der estnischen SS-Legion und anderer Kollaborationsverbände und erklärte: „Euer Kampf 1944 war ein Kampf für die Freiheit Estlands.“ Regierungschef Andrus Ansip würdigte im Juli 2006 auf einer Parade von Veteranen der 20. Estnischen SS-Division und des antikommunistischen Untergrunds nach Kriegsende, der sog. Waldbrüder, die Leistungen der estnischen Kollaborateure an der Seite der deutschen Wehrmacht und meinte sogar, man habe trotz der Niederlage 1944 letztlich doch noch gesiegt. Im darauffolgenden Jahr brachte es dieser Regierungschef sogar fertig, das Denkmal für die sowjetischen Befreier in Tallinn beiseite räumen zu lassen.

Litauens Präsident Valdas Adamkus war als junger Mann 1944 mit der deutschen Wehrmacht vor der heranrückenden Roten Armee geflohen und bis zu seiner „Rückkehr“ in die Heimat 1997 ein hochrangiger US-Beamter. Die Einladung Putins zu den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus in Moskau am 9. Mai 2005 nahm er ebensowenig an wie Estlands Regierungschef. Die öffentliche Diskussion zu diesem Jubiläum offenbarte, schrieb der litauische Historiker Linas Jasinauskas in der Tageszeitung *Atgiminas*, „daß unser Wissen über die nazistische Okkupation bestenfalls auf den Holocaust beschränkt ist“. Vorherrschend sei die Auffassung, daß die „deutsche Besetzung für die Litauer weitaus besser gewesen sei als die sowjetische, da nur Juden, nicht aber Litauer, physisch vernichtet wurden“. (Mit sowjetischer Besetzung ist der Anschluß Litau-[211:]ens an die UdSSR 1940 gemeint. K.-H.G.) Auch die Neugestaltung von Gedenkstätten wie das 1992 gegründete „Museum für die Opfer des Genozids“ in Vilnius, sollen dem Besucher suggerieren: Die UdSSR und nicht der deutsche Faschismus und die litauischen Kollaborateure habe einen „Genozid“ an der litauischen Bevölkerung verübt.

Nur langsam setzt sich in der litauischen Geschichtswissenschaft<sup>12</sup> und Öffentlichkeit die Wahrheit durch, daß die deutschen Okkupanten mit Unterstützung ihrer einheimischen Helfershelfer in der sog. Litauischen Selbstverwaltung und in den militärischen und polizeilichen Formationen 1941 bis 1944 einen Völkermord an 200.000 litauischen Bürgern jüdischer Herkunft, mindestens 170.000 sowjetischen Kriegsgefangenen und Zehntausenden Angehörigen der litauischen Sowjetmacht, der großen polnischen Minderheit und an nichtlitauischen Juden begingen. Die Redaktion der *Atgiminas* urteilte am Ende der öffentlichen Debatte, daß die Litauer kaum wissen und begreifen, was auf sie noch zugekommen wäre, wenn die deutschen Faschisten den zweiten Weltkrieg gewonnen hätten. Notwendig sei ein unvoreingenommenes Studium aller noch erhaltenen geschichtlichen Dokumente über die Tragödie Litauens in den Jahren 1941-1944.

Der Moskauer Europaverlag hat die vorliegende Quellenpublikation 2006 in seiner Reihe „Osteuropa“ herausgegeben, allerdings nur in einer bescheidenen Auflage von 500 Exemplaren. Von den 114 Dokumenten, die bis auf wenige Ausnahmen erstmals veröffentlicht wurden, stammen 29 aus dem Zentralarchiv des Föderativen Sicherheitsdienstes (FSB). Es handelt sich um Sondermitteilungen der Gegenaufklärung „Smersch“ der 1. Baltischen Front, Protokolle der örtlichen litauischen Kommissionen zur Untersuchung der Verbrechen der deutschen Okkupanten, gerichtsmedizinische Expertisen über die Exhumierung von Massengräbern, Niederschriften von Verhören angeklagter litauischer Kriegsverbrecher, Listen von Kollaborateuren sowie Dokumente über die litauisch-sowjetische Partisanenbewegung.

Die meisten archivalischen Quellen hat das Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) bereitgestellt. Sie beinhalten Untersuchungsergebnisse über die Verbrechen der deutschen Besatzer und ihrer einheimischen Helfershelfer in allen Gebieten, den meisten Kreisen sowie einzelnen Städten und Orten des ehemaligen Generalkommissariats Litauen (1941-1944). Die Verfasser sind Angehörige der Partei- und Staatsorgane auf lokaler und regionaler Ebene. Verhörprotokolle, Zeugenaussagen und die Opferstatistiken vermitteln das Ausmaß der Massenvernichtung. Sie geben auch Einblicke über das Zusammenwirken des antikommunisti-[212:]schen Untergrundes (die in Berlin 1941 gegründete Litauische Aktivistenfront, der illegale paramilitärische Schützenbund der Smetona-Diktatur u. a.) mit den deutschen Eroberern vor und während der Besetzung der Litauischen SSR.

Für die weitere historische Erforschung des größten Vernichtungslagers im deutschen Generalkommissariat in der Nähe der Bahnstation Panariai (Ponary) sind die erstmals publizierten Dokumente (Nr. 7-11) von besonderem Interesse. An diesem Ort des Grauens nahe von Wilna hatten deutsche Besatzer, unterstützt von litauischen Mordkommandos, in den vier Jahren Besetzung Zehntausende Menschen erschossen. Um die Spuren des Verbrechens zu verwischen, wurde zwischen September 1943 und Juni 1944 durch das deutsche Sonderkommando 1005 an 19 großen Feuerstellen 68.000

---

<sup>12</sup> Zum Zustand der litauischen Geschichtswissenschaft und zur Aufarbeitung der Geschichtsperiode 1941-1945 vgl. Walter M. Iber, Peter Ruggenthaler: Drei Besetzungen unter zwei Diktaturen. Eine vorläufige Bilanz der Forschungsarbeiten der internationalen Historikerkommissionen in Lettland, Litauen und Estland, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung, Berlin 2007, S. 276-296, hier S. 279-281 und S. 287-291.

Leichen vornehmlich hier ermordeter Juden verbrannt. Von den Dokumenten der Einsatzgruppen und -kommandos sind bisher nur einige publiziert worden.

Die erstmals veröffentlichten Übersichten der Opfer der „Todesfabrik Generalkommissariat Litauen 1941-1944“ vermitteln ein differenziertes Bild über das Ausmaß faschistischer, Vernichtungspolitik. Zentren des Massenmords an Juden, sowjetischen Kriegsgefangenen, litauischen und polnischen Zivilisten waren nicht nur Kaunas/Kowno und Vilnius/Wilna mit ihren Ghettos und nahegelegenen großen Hinrichtungsstätten Paneriai/Ponary und den Forts von Kaunas. Auch Hunderte Dörfer und Kleinstädte nahezu aller Landkreise der Gebiete Kaunas-Land, Panevezys (Ponewesch), Siauliai (Schaulen) und Vilnius-Land wurden zu Orten des Genozids.

Die Untersuchungskommissionen, die in der befreiten Litauischen SSR seit Herbst 1944 tätig waren, ermittelten, daß in den Gemeinden und Städten des südwestlichen, an Polen angrenzenden Landkreises Vilkaviskis (Gebiet Siauliai) von deutschen Besatzern und Angehörigen litauischer Polizeibataillone in nur vier Jahren über 50.000 Menschen ihr Leben verloren. Zu den Opfern gehören 22.390 sowjetische Kriegsgefangene, die im Lager in Virbalis und im Gefängnis in Vilkaskiskis erschossen wurden oder verhungerten. Die übergroße Mehrheit der insgesamt 28.037 Zivilisten des Kreises waren jüdische Mitbürger vor allem in den Kleinstädten Virbalis und Kyrbatai (Dok. Nr. 58-63, S. 227-242). Aber auch über 3.000 Kommunisten, Komsomolzen und Funktionäre des litauischen Partei- und Staatsapparates fielen dem deutschen Terror zum Opfer.

Die im Landkreis Kaunas (Gebiet Kaunas-Land) ermordeten 77.484 Zivilisten in drei der 16 Amtsbezirke waren zumeist jüdische Bewohner (Dok. 107-112, S. 365-380). Das trifft auch für den westlitauischen Kreis Kretinga/Krottingen (Gebiet Siauliai) zu, wo 77.484 Opfer des faschistischen Terrors ermittelt wurden (Dok. Nr. 80-87, S. 282-314). Die Untersuchungskommission 1944/45 belegt für den nordwestlich von Kaunas gelegenen kleinen Landkreis Raseinai (Gebiet Panevezys/Ponewesch) 7.117 Opfer deutsch-litauischer Mordkommandos. Nur 15 der [213:] 58 Städte und Gemeinden hatten keine Todesopfer zu beklagen (Dok. 90, S. 215-220).

Die namentlich nicht ausgewiesenen Herausgeber der Dokumentation heben im Vorwort hervor, daß Parteiideologen und Historiker während der sowjetischen Periode die Zusammenarbeit der deutschen Besatzer mit den litauischen Kollaborateuren völlig unzureichend aufgedeckt hätten. Die Quellenpublikation sei möglich geworden dank der Unterstützung durch eine Reihe russischer Archive und der Stiftung „Freies Europa“.

In der Serie „Osteuropa“ des Moskauer Europaverlages sind bereits 2005 analoge Dokumentenbände zu Estland und Lettland erschienen: *Estonija. Krovavovyj sled nacizma. Sbornik Dokumentov* (268 Seiten) und *Latvija pod igom nacizma. Sbornik archivnych dokumentov* (344 Seiten).

Karl-Heinz Gräfe

*Die Ostfront 1943/1944. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten.* Mit Beiträgen von KARL-HEINZ FRIESER, KLAUS SCHMIDER, KLAUS SCHÖNHERR, GERHARD SCHREIBER, KRISZTIÁN UNGVÁRY, BERND WEGNER. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts hg. von Karl-Heinz Frieser (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 8), DVA, München 2007, 1319 S., 49,80 €.

Im letzten Jahr feierte das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr sein fünfzigjähriges Bestehen. Die wissenschaftlich und politisch bedeutendste Leistung dieser Forschungsstätte ist die zehnbändige Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“, deren Bände in aller Welt Resonanz und Anerkennung fanden.

Dieses Projekt kritischer Militärgeschichtsschreibung wurde von Manfred Messerschmidt, dem ehemaligen Leitenden Historiker des Amtes, begründet. Der erste Band „Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges“ erschien 1979. Seine Autoren waren Messerschmidt, Wilhelm Deist, Hans-Erich Volkmann und Wolfram Wette. Der Band begründete die Konzeption des Projekts und prägte seinen wissenschaftlichen Anspruch. Unter dem Terminus „Militärgeschichte statt Kriegsgeschichte“ sollte die Reihe nicht nur Aufmarschpläne und Schlachten beschreiben, sondern eine möglichst

umfassende, kritische Geschichte der Gesellschaft im Kriege entwickeln, als deren Grundachse die Beziehung zwischen Politik und Ökonomik sich herauskristallisierte. Die Herausforderungen an eine solche Militärgeschichtsschreibung waren nicht zuletzt von der sechsbändigen DDR-Ausgabe „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ ausgegangen und angenommen worden. Mit der Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ sollte die Dominanz apologetischer Memoiren ehemaliger Hitlergenerale in der Literatur der Bundesrepublik über den zweiten Weltkrieg durch kritische wissenschaftliche [214:] Forschung abgelöst, die Legenden der offiziellen Wehrmachtberichte durch quellengestützte Recherchen destruiert und der weltweite wissenschaftliche Forschungsstand zum Gegenstand erreicht und mitbestimmt werden. Das ist mit den ersten Bänden auch gelungen. Kritisch war diese antiapologetische Militärgeschichte nicht allein gegenüber den in Memoiren gesetzten Behauptungen und Bewertungen, sondern auch gegenüber den Quellen.

Herausgeber und Hauptautor von Band 8 „Die Ostfront 1943/44“ ist mit Karl-Heinz Frieser nun ein verbissener Vertreter der Kriegsgeschichte als Operationsgeschichte, mithin der Rückkehr von einer Geschichte der Gesellschaft im Krieg zu einer Schlachtengeschichte. Frieser behandelt die drei zentralen Gegenstände des Bandes, die Kursker Schlacht von 1943, die Rückzugsschlachten der Wehrmacht zwischen dem Sommer 1943 und dem Sommer 1944 und die Zerschlagung der Heeresgruppe Mitte während der Belorussischen Operation durch die Rote Armee im Juli 1944. Besonders ausführlich werden die verlorenen Rückzugsschlachten und -gefechte der Wehrmacht zwischen ihren Niederlagen bei Kursk im Juli 1943 und in Belorußland im Juli 1944 vorgestellt, von den Rückzügen ganzer Heeresgruppen bis zu einzelnen Armeen, von ihren „Entlastungsoffensiven“ über Abwehrschlachten bis zur Einkesselung und Flucht. Frieser schreibt, er stelle dieses „vergessene Kriegsjahr“ deshalb vor, weil diese Kämpfe in der bisherigen Weltkriegshistoriographie im Schatten der großen Schlachten gestanden hätten und nicht ihrer militärischen Bedeutung entsprechend behandelt worden seien. Gegenüber den strategischen Niederlagen bei Kursk und in Belorußland will er die Abwehrleistungen der Wehrmacht in diesen Kämpfen preisen, obwohl auch alle diese Schlachten letztlich in Niederlagen und Rückzügen endeten. Friesers Anspruch allerdings, als erster deutscher Historiker diese Kämpfe erforscht und ihre Bedeutung für den Kriegsverlauf erkannt zu haben, ignoriert die Tatsache, daß gerade wegen der Darstellung dieser Kämpfe das ursprünglich auf vier Bände angelegte Werk „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ auf sechs Bände erweitert worden war.

Um diese drei großen Themen gruppieren sich die Kapitel über die sog. Nebenkriegsschauplätze dieses Jahres in Rumänien, Nordafrika, Ungarn, Jugoslawien, Italien und Finnland. Die Autoren dieser zugeordneten Kapitel folgen mit Ausnahme von Bernd Wegner (Finnland) und Gerhard Schreiber (Italien) den operationsgeschichtlichen Vorgaben Friesers. Da sie natürlich nicht völlig von Bemühungen der Regierungen dieser Länder, aus dem Krieg auszusteigen, und den jeweiligen politischen Zusammenhängen absehen können, entstehen hier Zwitter. Tendenziell – und im Falle Ungarns explizit – verselbständigen sich solche Kapitel über „Nebenkriegsschauplätze“ zu eigenen Darstellungen und führen nicht selten zu hochgradigen Überschneidungen und direkten Wiederholungen. Da diese Kapitel nicht chronologisch, sondern geographisch aufgebaut wurden, wird der Band unübersichtlich.

[215:] Die bisherigen Bände dieser Militärgeschichte hatten natürlich nicht von den militärischen Kampfhandlungen abgesehen, sondern diese souverän dargestellt und analysiert. Insofern ist zu fragen, worin die Spezifik der von Frieser mit diesem dicken Band durchgesetzten Operationsgeschichte liegt. Und inwiefern bedeutet sie eine demonstrative Abkehr von einer kritischen Geschichte der Gesellschaft im Kriege? Unter Operationen wurden von größeren Schlachten bis zu mittleren Gefechten alle Kampfhandlungen gefaßt, bei denen größere militärische Einheiten – von Heeresgruppen über Armeen bis zu Divisionen – zeitlich und räumlich relativ abgrenzbare Kampfhandlungen führten. Für diese Operationen gibt Frieser im einzelnen jeweils das Kräfteverhältnis an militärischen Verbänden und der Zahl der Soldaten, an Ausstattung mit Waffen und Munition an und das jeweils vor der Operation und in ihrem Ergebnis. Hinsichtlich der Gefechtsführung selbst erfahren wir meist das Operationskalkül der Kommandeure auf beiden Seiten, gegebenenfalls übt der Autor auch Kritik daran. Detailliert wird der militärische Verlauf jeder Operation rekonstruiert, werden die Verluste und die Ergebnisse bilanziert, soweit, nicht mehr, aber auch nicht weniger.



Die Zuverlässigkeit der Angaben hängt natürlich von den recherchierten Daten ab. In dieser Hinsicht setzt Frieser die Zuverlässigkeit der Wehrmachtangaben so grundsätzlich voraus, wie er die der sowjetischen Seite in Frage stellt, auch wenn er sie explizit heranzieht. Seine Prüfung der Quellenangaben erfolgt hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit in bezug auf die stattgehabten Operationen, nicht aber als methodische Quellenkritik des Historikers. Hinsichtlich aller weiteren Zusammenhänge dieser Operationen übt der Autor Enthaltensamkeit, mit bezeichnenden selektiven Ausnahmen.

Der selbstgesetzte Zwang zur Vollständigkeit läßt den Band aus allen Nähten platzen. Die langatmige Reihung von Schlachten, Aufstellungen und Opfern, die ausufernde Darstellung der Verläufe und technischen Daten macht ihn schwer lesbar. Er wird wohl eher als ein Schlachtenkompendium zum Nachschlagen benutzt werden denn als eine problemgeschichtliche, erörternde Darstellung.

Da für das Jahr vom Juli 1943 bis Juli 1944 über ein Dutzend solcher Operationen behandelt werden, ergibt sich eine technokratische Reihung analoger Daten, die dem Leser kaum zu einem Überblick verhilft und ihn schließlich langweilt. Doch macht der Rückzug allein auf eine solche militärtechnokratische Beschränktheit noch nicht die Besonderheit dieser Operationsgeschichte aus. Hinzu kommt die Frage: Was spart sie aus? Ausgespart werden grundsätzlich die politischen und militärstrategischen Zusammenhänge, in denen jene Operationen geführt werden. Fragen nach dem Stellenwert der einzelnen Operationen innerhalb der jeweiligen Militärstrategie sind kein Gegenstand. Nach Ursachen der Operationen und den Entscheidungen der Kommandeure in ihnen wird grundsätzlich nur im Rahmen der militärischen Operation gefragt, niemals aber nach den Ursachen der Situation, die diese Operationen notwendig machten, nach Alternativen. Die Kapitulation von Wehrmachtverbänden in solchen Operationen wird als Entscheidungsalternative gar nicht erst erwogen.

Diese Operationsgeschichte hält sich zugute, die militärischen Gegner in der behandelten Kampfsituation gleichermaßen sachlich, militärisch gegenüberzustellen, und zwar allein unter dem Aspekt ihres operativen Konzepts und ihres operativen Vorgehens. Stillschweigend unterstellt wird die politische und moralische Gleichberechtigung der militärischen Gegner der beschriebenen Kampfhandlungen. Diese Pose wird erkaufte mit dem vordergründigen Verzicht auf andere Bewertungen als die Effizienz des operativen Vorgehens. Frieser verzichtet grundsätzlich darauf, auch nur zu erwähnen, daß die Wehrmacht einen Eroberungskrieg führte, die Sowjetunion einen Verteidigungskrieg. Da bei den von ihm behandelten Abwehrschlachten 1943-1944 die Rote Armee angriff und die Wehrmacht sich zurückziehen mußte, wird so der gegenteilige Sachverhalt aufgedrängt. Die terroristische militärische Praxis der Wehrmacht z. B. bei ihrem Kampf gegen die sowjetischen Partisanen in die Operationsgeschichte einzubeziehen, hält er für überflüssig, von der Okkupationspraxis und den Verbrechen der deutschen Truppen ganz zu schweigen. Kriegsverbrechen werden nur der sowjetischen Seite angelastet.

So scheinobjektiv die Operationsgeschichte mit ihrer detaillierten Auflistung der beteiligten Verbände auch daher kommt, für Frieser ist sie eine gesuchte Gelegenheit zur Manöverkritik der Wehrmacht. Diese bildet in jeder Hinsicht die normative Bezugsgrundlage, und sei es unter dem Aspekt, was die Führer der Roten Armee operativ „von der Wehrmacht gelernt“ haben. Zum Erfolgsgeheimnis der Wehrmacht erklärt Frieser das „gesteigerte Bewußtsein eigener qualitativer Überlegenheit“ bei den Offizieren, die wußten, daß „derart schwierige Manöver, dazu in so schneller Ausführung, bei einer sowjetischen Armee nicht möglich gewesen“ wären. (445)

Wie alle bisherigen Bände der Reihe ist auch dieser keine Monographie, sondern ein Sammelband, in dem Autoren auch mit unterschiedlichen Konzeptionen vertreten sind. Bernd Wegner und Gerhard Schreiber führen ihre Tradition kritischer Militärgeschichte unter expliziter Einbeziehung der Politik fort. Einleitend und in einem eigenen Kapitel erörtert Wegner die Funktionen und den Stellenwert der Kursker Schlacht in der Strategie Hitlers und für den tatsächlichen Kriegsverlauf in deutlicher Differenz zu Frieser, der die Bedeutung dieses sowjetischen Sieges durch den Nachweis professioneller Fehler der sowjetischen Militärs schmälern und den Mythos von der größten Panzerschlacht der Weltgeschichte zerstören möchte. Mancher Leser mag diesen Gegensatz zwischen kritischer Militärgeschichte und apologetischer Operationsgeschichte als Arbeitsteilung zwischen Wegner und Frieser bewerten, der erste behandelt die politischen, der andere die operativen Zusammenhänge

dieser Kämpfe. Eine solche Interpretation aber wäre irreführend, weil es sich nicht um Arbeitsteilung, sondern um kraß divergierende Auffassungen in wesentlichen Punkten handelt, v. a. hinsichtlich der Rolle der [217:] Kursker Schlacht, der Rolle Hitlers als Feldherr und der deutschen Besatzungspolitik als Teil der Kriegführung, also um Korrektive zu Frieser. Die alltäglichen Kriegsverbrechen der Wehrmacht spricht nur Wegner an. Die wissenschaftliche Tradition der Reihe führt auch Schreiber fort, indem er an eigene Forschungen und Publikationen über Italien anknüpft und ungeachtet einer operationsgeschichtlichen Anlage seines Kapitels über die Kämpfe in Italien allen apologetischen Tendenzen Friesers fernsteht.

Maßgebend aber für Anlage, Diktion und Charakter des Bandes sind der operationsgeschichtliche Ansatz und die apologetische Diktion des Herausgebers. Von der bisher erreichten Höhe der Militärgeschichte in den ersten Bänden der Reihe bahnt er gleich mehrere Schneisen in den Sumpf.

1) Friesers Hauptanliegen ist die professionelle Rehabilitierung der Wehrmachtgeneralität – und sei es um den Preis ihrer moralischen Schande. Zwar hat die Wehrmacht die Rückzugsschlachten seit Kursk verloren, doch Frieser nobilitiert das fachliche Können der Nazimilitärs bei diesen Schlachten: Ihr fachliches, operatives Können war durchweg besser als das ihrer sowjetischen Gegner, auch wenn Frieser einräumt, diese hätten gelernt. Warum sie die Operationen dennoch verloren haben? Dafür sieht der Herausgeber zwei Hauptursachen: Zum einen wiederholt er die Standardfloskel der Wehrmachtberichte, die schiere Übermacht der ohne Rücksicht auf Verluste kämpfenden sowjetischen Truppen habe die professionelle Überlegenheit, aber zahlenmäßige Unterlegenheit der Wehrmacht ihre Operationen verlieren lassen. Zum anderen habe Hitler als unmittelbar in die Operationen eingreifender Feldherr die Militärs daran gehindert, ihre Professionalität erfolgreicher auszuspielen. Frieser spricht von Hitler und der Roten Armee als den zwei Feinden der Nazigenerale, ja er steht nicht an, diesen gehorsamen Durchhaltegeneralen dies als Einstellung zuzuschreiben. Die Niederlagen gehen zu Lasten Hitlers, die Erfolge bei Rückzügen und Gegenangriffen gehen auf das Konto der Kommandeure. Die Eloge auf das professionelle Können der Wehrmachtgenerale gipfelt in der Verherrlichung des Feldherrngenies Manstein. Frieser baut ihn zum Antipoden Hitlers auf, militärisch, politisch, persönlich. Das von einer Operationsgeschichte zu fordernde kritisch-analytische Herangehen an Konzeptionen und Entscheidungen eines Feldherrn wird in bezug auf Manstein auf Hagiographie herabgestimmt. So gerät das Buch zum Heldenepos für Manstein, dessen Feldherrngenie es allein zu danken sei, daß die Rückzugskämpfe nicht in noch schlimmere Niederlagen endeten, und dessen Operationspläne diese Niederlagen hätten abwenden können, wenn Hitlers Quertreibereien nicht gewesen wären. Kein Wort von Manstein als Kriegsverbrecher.

2. Ein weiteres Grundanliegen Friesers scheint die Rehabilitierung der offiziellen Wehrmachtberichte zu sein. Er unterläßt auch hier das quellenkritische Minimum, fragt niemals nach Zwecken und Determinanten bei der Erzeugung dieser Quellen, sondern nimmt sie als unverdächtig. Über die offiziellen Wehrmachtberichte [218:] hinaus behandelt Frieser die deutschen Quellen grundsätzlich als zuverlässig und authentische Wahrheit. Besonders lobt er die Berichte der Dienststelle Fremde Heere Ost, völlig unbekümmert um deren Fehlleistungen in bezug auf die bevorstehenden Operationen der Roten Armee.

Dieses Herangehen kontrastiert mit der Behandlung der sowjetischen archivalischen Quellen, die für Frieser grundsätzlich gefälscht sind, so daß sich jede Prüfung im einzelnen erübrigt. Der Herausgeber will sowjetische Mythen destruieren, aber perpetuiert jene, die die Wehrmacht über sich und ihre Kriegführung erfand, und wo diese längst destruiert sind, adelt er sie aufs neue. Sein Antisowjetismus scheut nicht einmal davor zurück, Mythen des ukrainischen Nationalismus zu bedienen und Verbrechen ukrainischer Nationalisten zu verharmlosen.

3. Frieser schreibt als Militärhistoriker eine offen parteiliche Geschichte. Der Rückzug auf Operationsgeschichte hindert ihn daran, die Kriegführung der Wehrmacht zu thematisieren, ihre Verbrechen auch nur zu nennen. Aber er hindert ihn nicht daran, ausschließlich der Roten Armee Kriegsverbrechen zu unterstellen. Die Wehrmacht als Kampfpartei setzt hier die Normative, und Kritik an ihr ist allein als operative, das heißt als Manöverkritik zugelassen, die die Akzeptanz ihrer Grundlagen und

Ziele voraussetzt. Die Identifizierung mit den Kriegszielen und der Kriegführung der Wehrmacht bestimmt auch die Sprache des Herausgebers. Seine Epitheta für den militärischen Gegner lassen oft jegliche zivilisatorische Distanz vermissen. Frieser teilt die von den Nazis behauptete Identifizierung ihrer Politik und Kriegführung mit den Interessen der Nation. Die Niederlagen der Wehrmacht in ihrem Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion bedeuten ihm den Untergang Deutschlands.

Es gibt meist nicht nur einen Weg von der Höhe in einen Sumpf. Auch das Projekt „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ verläppert sich auf mehreren Wegen. Mit dem neunten Band verdrängte eine postmodernistische Beliebtheit unter dem Namen einer „Neuen Kulturgeschichte“ die bis dahin tragende Konzeption. Sie vermied jene Apologie der Wehrmacht, die als Operationsgeschichte mit dem Herausgeber Frieser nun das ursprüngliche Projekt abgelöst hat. Alle mit dem Band 1 der Reihe gesetzten Ansprüche einer kritischen Militärgeschichte wurden preisgegeben. Mit diesem Band ist die Reihe dort angekommen, wogegen sie polemisch angefangen hatte, bei den „verlorenen Siegen“ in den apologetischen Memoiren eines Kriegsverbrechers Manstein, bei den Legenden der Wehrmachtberichte und der professionellen Effizienz und Überlegenheit der Nazigenerale, die nur dank der sowjetischen Dampfwalze und Hitlers dilettantischer Despotie am Siegen gehindert wurden. Daran ändert auch die vorzügliche Kartenausstattung nichts.

Werner Röhr

[219:] SIGRID GEHLER-KLEIN (HG): *Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit: Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten* (Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen 1607-2007, hg. von Volker Roelcke, Bd. 2), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2007, 632 S., 76 €.

Universitäts- und Fakultätsgeschichten, die die Zeit zwischen 1933 und 1945 und darüber hinaus zum Gegenstand haben, erfreuen sich einer bemerkenswerten Konjunktur. Mag dies in manchen Fällen immer noch der affirmativen Entlastung der eigenen Geschichte dienen, so muß der Prozeß insgesamt begrüßt werden. Auch der vorliegende Band zeigt, daß die (selbst-)kritische Aufarbeitung von Universitäts- und Medizingeschichte inzwischen über Standards verfügt, hinter die kaum mehr zurückgefallen werden kann. Wie umkämpft dieses Feld in der Vergangenheit war, aber auch welche Ergebnisse die inzwischen kaum noch zu überschauende Literatur zur „Medizin im Nationalsozialismus“ hervorgebracht hat, verdeutlicht der einleitende Aufsatz von Volker Roelcke. Daran schließt ein Überblicksaufsatz der Herausgeberin Sigrid Gehler-Klein über die Geschichte der Medizinischen Fakultät der Universität Gießen im NS-Staat und in der Nachkriegszeit an.

Der zweite der insgesamt sieben Abschnitte des Buches widmet sich der Entwicklung der Fakultät nach 1933. Sigrid Gehler-Klein untersucht die Berufungspolitik und betrachtet politische Einflußnahmen und inhaltliche Ausrichtungen. Nicht eindeutig könne im Agieren einzelner Fakultätsmitglieder zwischen Überzeugung und Anpassung unterschieden werden. Relativ knapp behandelt sie die Rolle von NSDAP und NS-Dozentenbund und schreibt, über die konkreten Auswirkungen von SS- und SA-Mitgliedschaften auf das Handeln von Klinikärzten und Professoren lasse sich wenig aussagen; ausführlich hingegen dokumentiert sie Fälle „rassisch“ verfolgter Promovenden und Studenten. Immerhin vier „jüdischen“ bzw. „halbjüdischen“ Studenten gelang es zwischen 1933 bis 1945, die Zulassung zur Promotion zu erreichen. Professoren waren von den antisemitischen Maßnahmen nach 1933 nicht mehr betroffen: „Der Lehrkörper [war] bereits 1933 von Hochschullehrern jüdischer Abstammung ‚gesäubert‘ worden.“ (113) Danach schließt sich eine Darstellung von Peter Chroust über Doktorgradentziehungen an, mit denen aus politischen und „rassischen“ Gründen Wissenschaftler diskriminiert und ausgegrenzt wurden. An der Universität Gießen betraf dies insgesamt 52 promovierte Wissenschaftler.

Im dritten Abschnitt widmet sich Daniela Siebe den Studenten der medizinischen Fakultät. Ausführlich wird im vierten Abschnitt das „Institut für Erb- und Rassenpflege“ in den Blick genommen. Sigrid Gehler-Klein behandelt den Auf- und Ausbau der Rassenhygiene unter Heinrich Wilhelm Kranz, wobei sie dessen Beteiligung an „Asozialen“- und „Zigeunerforschung“ und als T4-Gutachter herausarbeitet. Norbert Schappacher und Sigrid Gehler-Klein beschäftigen sich in einem [220:]

weiteren Kapitel mit dem „Biostatistiker“ Siegfried Koller und dessen wissenschaftlicher Zuarbeit für die rassistische Gesundheits- und Sozialpolitik bis hin zu seinem Entwurf für ein „Gemeinschaftsfremdengesetz“, das die Aussonderung, Asylierung und Sterilisierung von sozial und erbbiologisch als „gemeinschaftsunfähig“ deklarierten Menschen zum Ziel hatte. Anne Cottebrune portraitiert mit Leonore Liebenam eine erfolgreiche Wissenschaftlerin, die am „Institut für Erb- und Rassenpflege“ kontinuierlich forschen konnte und dort zeitweise die Leitung innehatte. Dies schaffte auch im Krieg keine weitere Frau an einem rassehygienischen Institut.

Im fünften Kapitel wird die konkrete Umsetzung der rassistischen Erbgesundheitspolitik dargestellt. Sigrid Oehler-Klein untersucht ausführlich die Praxis der Sterilisierungen an den Kliniken und die Beteiligung Gießener Professoren an dieser Praxis. Mit der Biographie des Kinderarztes Johann Duden präsentieren Gerrit Hohendorf, Maïke Rotzoll und Sigrid Oehler-Klein einen Täter der sogenannten Kindereuthanasie.

Welche Auswirkung hinsichtlich der weiteren Radikalisierung der NS-Medizin der Krieg hatte, ist Gegenstand des sechsten Abschnittes. Sigrid Oehler-Klein beschreibt diese Radikalisierungen und die „Auswirkungen auf Institutionen, Personal und Patienten“. Florian Graefe und Volker Roelcke verdeutlichen am Beispiel des Universitätsklinikums Gießen das Ausmaß von Zwangsarbeit an medizinischen Institutionen und das Schicksal von „Zwangsarbeitern“ als Patienten. Anschließend beleuchten Alexander Neumann und Sigrid Oehler-Klein den „Einfluß der Forschungsförderung auf die Bearbeitung kriegswichtiger Projekte“. Beide Autoren widmen sich in zwei weiteren Kapiteln den Karrieren Gießener Mediziner in den Sanitätsinspektionen der Wehrmacht und den Auswirkungen der Verlagerung von Einrichtungen der Berliner Militärärztlichen Akademie ins hessische Gießen.

Der siebte Abschnitt des Sammelbandes behandelt „Entnazifizierung und Neuaufbau“ und wird von Sigrid Oehler-Klein mit zwei längeren Kapiteln begonnen. Überraschend ist ihr Befund, „daß Verfolgte und Verfolger, Betroffene der Bevölkerungspolitik und deren Vor- und Mitdenker, in der medizinischen Fakultät wieder vereint zusammenkamen“. (S. 538) Abgeschlossen wird der siebte Abschnitt und der Band mit einem Aufsatz von Sascha Topp und dem 2006 verstorbenen Jürgen Peiffer über die Gießener Hirnforschung und ihren Umgang mit der Nazigeschichte nach 1945. Deutlich wird hier, wie das Erbe der NS-Euthanasie lange beschwiegen und eine eigene selbst zu verantwortende moralische Schuld nicht erkannt werden wollte: „Die Verantwortung für die unübersehbaren ethisch-moralischen Grenzüberschreitungen sollte und konnte (...) in gesellschaftliche Bereiche jenseits der eigenen Einflußmöglichkeiten externalisiert werden.“ (607)

Somit endet der Band etwas abrupt und man hätte sich ein zusammenfassendes Schlußkapitel, das die doch recht unterschiedlichen Themen des Bandes und ihre [221:] Ergebnisse zusammenführt, gewünscht. Insgesamt veranschaulichen die Beiträge die Selbstindienststellung und Mobilisierung der medizinischen Wissenschaft im „Dritten Reich“ für die rassistischen und Kriegsziele des deutschen Faschismus, aber auch Handlungsspielräume und individuelle Möglichkeiten menschlichen Verhaltens. Ein biographischer Index und ein Personenregister runden den Band ab, auf ein gemeinsames Literaturverzeichnis wurde leider verzichtet.

Christoph Kopke

*Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart.* Hg. von DIETRICH BEYRAU, MICHAEL HOCHGESCHWENDER und DIETER LANGEWIESCHE (Krieg in der Geschichte, hg. von Stig Förster, Bernhard R. Kröner, Bernd Wegner, Bd. 37). Ferdinand Schöningh, Paderborn – München – Wien – Zürich 2007, 522 S., 39,90 €.

Obwohl der Aggressionskrieg seit 1928 völkerrechtlich untersagt und geächtet ist, fanden auch nach dem Ende des zweiten Weltkriegs Dutzende Aggressionskriege imperialistischer Mächte statt. Nach dem Untergang des staatlich organisierten Sozialismus ist der Krieg wieder zum „normalen“ politischen Mittel jener Staaten geworden, die sich heuchlerisch „die internationale Staatengemeinschaft“ nennen und für sich das jus ad bellum in Anspruch nehmen. Ihre Kriege aber sind „asymmetrische“ Kriege, die als „humanitäre Intervention“ ausgegeben und als Polizeiaktion praktiziert werden. Dies ist den Herausgebern Anlaß, die Formen der Kriege von der Antike bis zur Gegenwart vergleichend

in den Blick zu nehmen und zu klassifizieren. Die Beiträge befassen sich zum einen mit Kriegstypen und Kriegstypologien, zum anderen mit einzelnen Kriegen oder Gruppen von Kriegen, die für einen bestimmten Typus stehen, z. B. Kabinettskriege, Kolonisierungs- und Kolonialkriege, Nationalkriege, Revolutionskriege, Religionskriege, Volkskriege und totale Kriege.

Zehn der 22 Autoren wirken an der Universität Tübingen, wo der Band im Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen, Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit“ entstanden ist. Die Mitarbeiter dieses Projekts sehen im Krieg eine anthropologische Konstante und wollen eine Kriegstypologie schaffen, die auf Erfahrungen zielt. Sie nennen ihren Ansatz erfahrungsorientiert und ihren Erfahrungsbegriff wissenssoziologisch. Darunter subsumieren sie erstens die „prozeßhafte deutende Aneignung von Wirklichkeit“, zweitens „die Bedingungen von Erfahrungswandel“, drittens den „Praxisbezug von Erfahrung“. Indem sie nach Kriegserfahrungen fragten, rückten sie Handlungen, Wahrnehmungen und Reflexionen von Personen in den Mittelpunkt, nicht aber Kriterien wie Waffentechnik oder ökonomische Voraussetzungen. Nun liegen aber Handlungen sowie Wahrnehmungen und Reflexionen hinsichtlich der Erfahrung keineswegs auf einer Ebene. Die Herausgeber erklären auch nicht näher, was sie unter „Erfahrung“ verstehen wollen, denn daß sie Wahrnehmung und Handlung vermittelt, reicht dafür nicht aus. Wohl aber bestimmen sie in ihrem einleitenden Beitrag den „erfahrungsorientierten Ansatz“ [222:] zugleich als „konstruktivistisch“, ohne das Verhältnis von Erfahrungsansatz und konstruktivistischem Ansatz überhaupt zu problematisieren, geschweige denn zu klären. So entsteht ein erhebliches methodisch-begriffliches Durcheinander, und der Leser ist froh, daß sich sowohl die Tübinger Autoren als auch jene, die deren Ansatz nicht verpflichtet sind, in der Praxis ihrer Untersuchungen meist an objektivierbaren Kriterien orientieren und nicht an der angeblich quer zur gängigen Typisierung liegenden Erfahrung.

Im abschließenden Kapitel „Alte und neue Typologien in der Kriegsforschung“ unterscheidet Sven Chojnacki folgende Kriegstypen nach Merkmalen bzw. Kriterien: Hinsichtlich der Vergesellschaftungsform der Akteure zwischenstaatliche, innerstaatliche und extrastaatliche Kriege, hinsichtlich der Anzahl der beteiligten Akteure dyadische versus komplexe Kriege, hinsichtlich der Konfliktstruktur und Machtverteilung symmetrische vs. asymmetrische Kriege, in bezug auf Intensität und Ausmaß begrenzte und totale Kriege, hinsichtlich der Art der Streitmacht Luft-, Land und Seekriege, hinsichtlich der Methoden der Kriegführung und des Charakters der militärischen Einheiten reguläre und irreguläre Kriege, nach der Kriegsform konventionelle und unkonventionelle Kriege, in bezug auf Zwecke und Ziele Angriffs-, Verteidigungs-, Eroberungs-, Revanche- und Pazifizierungskriege, hinsichtlich der Konfliktgegenstände Herrschafts-, Territorial- und Ressourcenkriege und nach der Wahrnehmung des Gegners legitime und illegitime Kriege. (481)

Hans-Henning Kortüm will dem Typologieproblem am besten beikommen, indem er eine Vergleichbarkeit auf binär strukturierte Gegensatzpaare als Kriterien gründet, also war ein Krieg öffentlich oder privat, symmetrisch oder asymmetrisch, regelgeleitet oder regellos, begrenzt oder total.

Der Ausgangspunkt aller Typologien aber ist die Frage, ob die neuen Kriege der Gegenwart, sprich nach dem Untergang des Staatssozialismus, hinsichtlich ihrer Merkmale historisch wirklich absolut neu sind. Das beziehen die Autoren vor allem auf das wichtigste Merkmal, daß es mehrheitlich keine regulären Kriege zwischen Staaten, sondern zunehmend zwischen privaten Gruppen sind.

Die Crux der Typologierungsversuche, der typisierten Beispiele wie auch der methodischen Erörterungen über Kriegstypologien besteht darin, daß ihr die gewählten Kriterien entweder nicht distinkt genug, zu komplex oder unbestimmt sind, weil nicht klar wird, auch welcher Ebene die *differentia specifica* angesiedelt werden soll, auf jener der Interessen am Kriege, der beteiligten Kräfte, des Ausmaßes, der Waffenführung etc. In die Definition von Kriegstypen sollen die Vielfalt situativer Ereignisse, intentionaler Faktoren und struktureller Bedingungen einfließen, aber nur im Sinne einer Faktorenanalyse. Objektive Voraussetzungen für die Kriegführung sowie kulturelle Erfahrungen und Dispositionen sollen berücksichtigt werden, doch teleologische Konstruktionen vermieden werden. Da Krieg aber ein spezifisch gesellschaftliches Phänomen ist, wie sollen da Dispositi-[223:]onen integriert werden, teleologische Konstruktionen aber nicht? Schließlich war und ist Krieg immer Mittel

zum politischen Zweck. Zwar bekennen sich die Herausgeber der Reihe eingangs emphatisch zu Clausewitz' Diktum, daß der Krieg die Fortsetzung der politischen Bestrebungen mit anderen Mitteln ist, andererseits die Kriegsgeschichte nicht zu begreifen sei. Doch der Teufel steckt bekanntlich im Detail, also wie dieses Diktum als methodische Maxime einer Typologie zu handhaben ist. Die Beiträge des Bandes sollen synchrone und diachrone Vergleiche ermöglichen. Das allerdings bleibt vor-dergründig, solange die Historiker methodisch nicht sauber bestimmen können, was überhaupt ein Vergleich ist. Denn wo einzelne Kriege als ideale oder wenigstens prägnante Ausprägung eines Typus vorgestellt werden, verweigern die Autoren den Schritt, sie als Etalon, an dem und mit dem gemessen wird, zu begreifen.

Der größere Teil der 22 Beiträge befaßt sich mit Kriegen von Napoleon bis zur Gegenwart. Sie überschreiten die Neuzeit und Europa, doch sie tun es nicht hinsichtlich der Anwendbarkeit von Kriterien, sondern der Schilderung von Kriegen in Lateinamerika, Nordamerika, China und Nahost – und ein Kuriosum – im Tierreich.

Herausgehoben seien die Beiträge zweier Kirchenhistoriker. Andreas Holzem belehrt uns, daß der Terminus „Religionskrieg“ vor allem als evangelischer Kampfbegriff gegen die Katholiken verwendet wurde. Hans G. Kippenbergs sehr lesenswerter Aufsatz über die religiöse Dimension des Nahostkonflikts aber verdeutlicht, wie die religiöse Deutung des Konflikts durch beide Parteien und durch die moral majority der USA und die Regierungen Reagan und Bush ihn verschärft und schier unlösbar gemacht haben. Kippenberg analysiert, welche Gefahren für die Menschheit eine religiöse Verschärfung von politischen Gegensätzen mit sich bringt, wenn eine politische Subkultur zum politischen Mainstream wird.

Werner Röhr

ERNST SCHUMACHER: *Ein bayrischer Kommunist im doppelten Deutschland. Aufzeichnungen des Brechtforschers und Theaterkritikers in der DDR 1945-1991*. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin in Zusammenarbeit mit der Akademie der Künste, Berlin, hg., eingeleitet und kommentiert von Michael Schwartz. (Biographische Quellen zur Zeitgeschichte, hg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Elke Fröhlich und Udo Wengst, Band 24). R. Oldenburg Verlag München 2007, 720 S., 69,80 €.

Beim Münchner Institut für Zeitgeschichte erscheinen die Lebensdokumente eines Kommunisten. Das ist eine Premiere.

Ernst Schumacher hatte sich schon 1975 an der Akademie der Künste der DDR ein Ernst-Schumacher-Archiv eingerichtet. Der meinungsbildende Theaterkritiker der *Berliner Zeitung* („Was sagt Schumacher?“) und Neugründungsdirektor des [224:] Instituts für Theaterwissenschaft der Humboldt Universität (1966)<sup>13</sup> bekam mit 82 Jahren die Möglichkeit, seine politische Biographie zusammenzustellen.

Das Buch ist zweigeteilt. Bis 1962 wird eine Geschichte des politischen Strafrechts der BRD erzählt, danach eine Geschichte der Kulturpolitik der DDR anhand von Schumachers Arbeit. Das erste Strafrechtsänderungsgesetz der BRD vom 11. Juli 1951 gegen „Hochverrat, Staatsgefährdung und Landesverrat“ führte 1952 zu einem Haftbefehl gegen den kommunistischen Journalisten Ernst Schumacher wegen der „Unterhaltung eines staatsfeindlichen und landesverräterischen Nachrichtendienstes“. Schumacher hatte für den Berliner Rundfunk (Ostberlin) Aufnahmen auf der verbotenen deutschen Kulturtagung Bayreuth 1952, die im Münchner Ratskeller stattfand, gemacht.

Man erfährt unglaubliche Dinge, der Paragraph 175 des deutschen Strafgesetzbuchs von 1935 wurde in gleicher Version in der Bundesrepublik bis 1969 angewandt. 1953 wurden in bayrischen Gefängnissen wieder Kommunisten und Schwule zu Kriminellen gesperrt. Mehr muß man zum Gründungsmythos der BRD nicht zu sagen.

---

<sup>13</sup> 2007 aufgelöst.

Tatsächlich sind Schumachers Münchener Jahre ausschließlich vom Gedeihen der BRD unter Konrad Adenauer geprägt: Öffentliche Rehabilitierung von Nazitätern, Wiederbewaffnung, Abschaffung der Pressefreiheit unter dem Kitt des Antikommunismus, KPD-Verbot, etc. Quellen und autobiographische Texte liefern einen Abriss zur Geschichte des CSU-Freistaates.

Der Germanist aus Bayern, der 1953 als Externer über Brecht in Leipzig bei Hans Mayer und Ernst Bloch promovierte, kam vor lauter Politik kaum zum Forschen. Als Journalist wurde er von Polizisten verprügelt, führte 1956 als erster Deutscher ein Interview mit Chinas Ministerpräsident Zhou Enlai und versuchte, die Zivilisationsbemühungen der DDR zu propagieren. „Ich liebe die Deutsche Demokratische Republik. Sie ist für mich das verkörperte *Prinzip Hoffnung* der deutschen Sache.“ (1954)

Seine Bemühungen um deutsch-deutschen Kulturaustausch zeichnen ein klares Bild der Verhältnisse, die zum Mauerbau 1961 führten. 1962 mußte sich Schumacher in die DDR absetzen, er wurde per Haftbefehl wegen Mitgliedschaft in der illegalen KPD gesucht. Ohne die Quellen der Staatssicherheit hätte die Schlitzohrigkeit, mit der Schumacher seine zwiespältige Lage als BRD-Bürger und Professor in Ostberlin, ab 1972 DDR-Bürger mit Reisepaß, bewältigte, nicht dokumentiert werden können.

Zur Theatergeschichte der DDR ist der Band ergänzendes Standardwerk. Es ist höchst interessant, wen Schumacher erwähnt haben will, und wen nicht. Peter [225:] Hacks' Hauptargument gegen die Theaterwissenschaft der DDR, die Bertolt Brechts Theatermodell ikonographierte, war Ernst Schumacher.

Hacks war zehn Jahre vor Schumacher aus München nach Ostberlin gezogen, ohne Staatsanwalt. Der Theaterprofessor beschränkte sich darauf, den erfolgreichsten deutschen Autor der siebziger Jahre zu ignorieren. Hacks: „Die Abschaffung des Theaters an sich wurde in der Akademie der Wissenschaften der DDR von Mittenzwei und Wekwerth eingeleitet. An den theaterwissenschaftlichen Fakultäten traten Herr Schumacher und Herr Münz ins Geschäft, dann ging es an die Kritik und irgendwann erfuhren auch die Theater, daß es sie nicht mehr geben soll.“<sup>14</sup> Als Objekt theaterwissenschaftlicher Arbeiten fand Hacks fast ausschließlich in der BRD statt. Nachvollziehbare Gründe schickt Schumacher Hacks posthum hinterher: „Prexaspes“ – (wieder) ein Stück hakscher zuckerbäckerei aus ideologischer scheiße, die böden aus aufgeklärtem Obskurantismus, die creme ein gemisch aus grundsätzlichem einverständnis mit reaktionären, abgestandenen, überlebten herrschaftsformen und reformerischen, anpasserischen „aufmutzungen“, die verzierungen geistreichelnde sentenzen, bonmots, zierlich sich rankende phrasen um ein glasiertes selbstporträt“ (456). Ursachen und Irrtümer der Theaterpolitik der DDR sind spätestens seit 1970 untrennbar mit Schumachers Namen verknüpft.

Herausgeber Michael Schwarz hat sich mit dessen „dokumentierter Zeitzeugenschaft vom zweiten Weltkrieg bis zur ‚Wiedervereinigung Deutschlands‘“ sehr viel Arbeit gemacht. Der Band ist hervorragend ediert. Personenregister und Fußnoten informieren ausführlich über biographische und zeitgeschichtliche Daten und Zusammenhänge. Sehr lustig liefert Michael Schwarz in den Fußnoten einen Deutungskatechismus aus bayrischer Staatsräson und weist Schumacher den Status eines lernunwilligen Schülers zu. Eine dialektische Satire. Den Band vervollständigt ein kommentiertes Personenregister.

Matthias Hering

---

<sup>14</sup> Gespräch mit dem Autor am 02.03.03.

[226:]

## ANNOTATIONEN

YURI SLEZKINE: *Das jüdische Jahrhundert*. Aus dem Englischen von Michael Adrian, Bettina Engels und Nikolaus Gramm, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2006, 420 S., 29,90 €.

Slezkine ist ein russischer Jude, der vor dem Ende der Sowjetunion in die USA emigrierte und dort Karriere als ethnographisch orientierter Historiker machte. Gegenwärtig ist er Professor für allgemeine und osteuropäische Geschichte an der University of California in Berkeley. Die amerikanische Originalausgabe seines so berühmten wie umstrittenen Buchs über die Geschichte und die Geschichtserfahrung der russischen Juden im 20. Jahrhundert erschien 2004 bei Princeton University Press in New Jersey. Dan Diner hat die deutsche Ausgabe in die Schriften des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur aufgenommen und eine Einführung beigesteuert. Diners Motivation bei der Herausgabe deckt sich nicht mit jener Slezkines: Der Autor präsentiert die jüdische Revolution als konstitutiven und integralen Teil der russischen Revolution, Diner will die Geschichte der Juden von dem für Konservative dubiosen Odium der Beteiligung am Sowjetregime reinigen.

Slezkine bewegt sich wissenschaftlich auf einem Feld, auf dem sich Geschichtswissenschaft, Ethnographie, Soziologie und Sozialpsychologie begegnen und überschneiden. Sein Buch präsentiert historische Ereignisse, deren Kenntnis selbst bei Spezialisten der osteuropäischen Geschichte kaum vorausgesetzt werden kann, glänzt durch die Schärfe seiner Analyse, Urteile und Polemiken und erstaunt durch die intellektuelle Spannweite des Autors. Beflügelt vom literarischen Talent und Elan seines Autors ist es über weite Strecken essayistisch geschrieben, im Stil aufklärerisch und ironisch. Da Slezkine bei seinem amerikanischen Lesepublikum nicht unbedingt eine intime Kenntnis der russischen Literatur voraussetzen kann, baut er bis zum Übermaß literarische Zeugnisse ein.

Die Geschichte vom unerhörten sozialen Aufstieg der Juden in Sowjetrußland bildet den Hauptstrang innerhalb eines Rahmens, den Slezkine aus drei Schlüsselsätzen aufbaut: Modernisierung bedeutet, daß alle Menschen jüdisch werden. Das Zeitalter des Nationalismus bedeutet, daß alle Nationen jüdisch werden. Und die jüdische Revolution im zaristischen Reich richtete sich nicht nur gegen den Zarismus, sondern vor allem gegen die jüdische Tradition.

Die Grundkonstruktion des Buches, literarisch angelehnt an die Familiengeschichte von Scholem Alejchim, wendet sich den drei großen Migrationsströmen zu, die im Zuge der jüdischen Revolution im 19. und 20. Jahrhundert aus den Städtln des [227:] Ansiedlungsrayons im russisch okkupierten Polen in drei „gelobte Länder“ ausbrachen: Zahlreiche arme Juden wanderten in die USA aus und erlebten dort den größten sozialen Aufstieg, den eine nationale Gruppe im Amerika des 20. Jahrhunderts verzeichnen konnte. Ein kleinerer Strom floß in Richtung Palästina und spielte bei der Errichtung des Staates Israel eine Pionierrolle. Die größte Migrationsbewegung aber war jene aus dem Ansiedlungsrayon in die Großstädte und größeren Städte Rußlands. Da die russische Bourgeoisie und der größte Teil der russischen Intelligenz nach der Oktoberrevolution und dem Bürgerkrieg entweder sozial vernichtet, emigriert oder vertrieben war, bot die junge sowjetische Gesellschaft den gebildeten Juden ungeheure Aufstiegschancen, hatte die nachrevolutionäre Gesellschaft doch einen ungeheuren Bedarf an gebildeten und einsatzfähigen Menschen, den die aus dem Rayon und aus der jüdischen Tradition ausbrechenden Juden befriedigen konnten. So bildete die jüdische Revolution einen wesentlichen und integralen Faktor der russischen Revolution, bis sich seit den 1940er Jahren unter Stalin die Haltung des Regimes zu den Juden umkehrte, was Slezkine ausführlich belegt.

Slezkine läßt sich nicht von den antirevolutionären Vorurteilen des gegenwärtigen Zeitgeistes leiten, er analysiert sozialhistorisch, warum der jüdischen Revolution die Oktoberrevolution als einziger praktischer Verbündeter und Lebensretter galt. Schließlich war die Rote Armee die einzige Macht, die sich antijüdischen Pogromen ernsthaft und konsequent widersetzte, in ihr gab es zudem viele Rabbinersöhne. Antijüdische und antideutsche Pogrome waren zuvor stets reguläre Bestandteile der Mobilmachung zum und im ersten Weltkrieg gewesen, von den Volksaufständen, religiösen Kreuzzügen, ethnischen Kriegen und kolonialen Eroberungen des nachrevolutionären Bürgerkriegs gar nicht erst zu reden, dessen meiste Kämpfe innerhalb des Ansiedlungsrayons stattfanden.



Slezkine ordnet die Geschichte der russischen Juden vor, während und nach der russischen Revolution in ein weltgeschichtliches Schema ein, das der Funktion des Juden als des unentbehrlichen fremden Händlers in traditionell agrarischen Gesellschaften auf dem ganzen Erdball nachspürt und bei Armeniern, Parsen, Chinesen und anderen Parallelen findet. Auch wenn seine abstrakten Typenbildungen von den nomadischen, „merkurischen“ Völkern einerseits und den agrarischen, „apollinaren“ andererseits sozialhistorisch so kaum überzeugen können, besticht doch die Funktionsanalyse der Juden als „Nomadenvolk“, als urban, mobil, lese- und schreibkundig, geistig beweglich, beruflich flexibel und von Fremden umgeben, weil sie die ethnische Fixiertheit zugunsten sozialfunktioneller Bestimmtheit überwindet. Slezkines Buch macht überaus deutlich, wie sehr die überkommenen Grundmechanismen des stammesgebundenen Denkens in der Gegenwart noch wirksam sind und instrumental genutzt werden.

[228:] Der Band ist gerade dort, wo er belehrt und verblüfft, überaus lesbar geschrieben. Selbst wer Slezkines Konstruktion nicht zu teilen vermag, kann ihm den Respekt vor der Weite des Horizonts und der Tiefe seines Einblicks nicht versagen.

WR

NIKLAS GÜNTHER, SÖNKE ZANKEL (Hg.): Abrahams Enkel. *Juden, Christen, Muslime und die Schoa*, Franz Steiner Verlag Stuttgart 2006, 145 S., 32 €.

Ausgehend vom Nahostkonflikt und vom 11. September 2001 in New York wollen die Herausgeber, beide deutsche evangelische Theologen, die drei abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam) vergleichend daraufhin untersuchen, wie sie jeweils ihr Verhältnis zum Hitlerfaschismus und zu dessen Völkermord an den Juden bestimmen. Leider geschieht das weder für jede der Religionen systematisch noch explizit vergleichend. Der Sammelband enthält vielmehr historische und theologische Studien, deren Synthese kaum mehr als eine des Buchbinders ist. Mag dies teilweise dem Ausfall von Autoren geschuldet sein, von denen ein systematisierender Beitrag erwartet worden war, insgesamt ist die Zufälligkeit der Zusammenstellung konzeptionell verursacht.

Die Stellung des Islam zum Naziregime und zum Judenmord wird an zwei punktuellen bzw. sogar peripheren Fragen exemplifiziert, der Stellung des damaligen Mufti von Jerusalem und des heutigen arabischen Senders Al Jezeera. Die vergleichende Betrachtung der Rezeption des Buches Hiob in den drei Religionen kann die fehlende Analyse ihrer Stellung zum eigentlichen Gegenstand nicht ersetzen, wie überhaupt die theologischen Studien zum angekündigten Gegenstand des Buches kaum beitragen. Die notwendige vergleichende Analyse des Verhältnisses der Religionen zum Völkermord an den Juden kommt allein in einem Beitrag zur Haltung der beiden Großkirchen in Deutschland zu Auschwitz nach 1945 vor, der allerdings den Stand der historischen Forschung nicht erreicht. Während von den drei abrahamitischen Religionen der römische Katholizismus in dem Buch nur am Rande vorkommt, läuft die Absicht, die Aufmerksamkeit besonders der Haltung des Islam zur jüdischen Religion, zum Nazismus und zum Völkermord zuwenden zu wollen, mangels Substanz der Beiträge ins Leere.

So kommt heraus, daß der einzig wirklich informative und analytisch überzeugende Beitrag des Buches mit dem Anliegen der Herausgeber nur wenig verbunden ist: Carsten Teichert untersucht darin die Geschichte der zionistischen Bewegung in Deutschland von 1933-1938 unter zwei Aspekten: Erstens bestimmt er die sich rasch ändernde Stellung der deutschen Zionisten innerhalb des Spektrums der jüdischen Organisationen. Die zunächst relativ bedeutungslose Organisation wollte systematisch institutionelle Machtpositionen erringen, was ihr auch gelang, ein Vorgang, der in den meisten Darstellungen zur Geschichte der Juden in Deutschland 1933-1939 fehlt oder nur am Rande vorkommt. Zweitens, und noch viel brisanter, ist die von ihm untersuchte Geschichte der Beziehungen und der partiellen [229:] Zusammenarbeit der zionistischen Organisation mit Vertretern und Institutionen des Naziregimes. Teichert präsentiert entgegen sensationeller Aufbauschungen hier eine sehr nüchterne und solide Faktenbasis und eine überzeugende Analyse der Schnittstellen der Interessen und der zeitweiligen punktuellen Kooperation, vor allem des Haavarah Abkommens von 1933 und seiner Umsetzung, gleichzeitig dokumentiert er die von Anfang an gegebene Widersprüchlichkeit der

Beziehung selbst in der partiellen Tolerierung durch die Nazis und der illusionären Hoffnungen mancher Zionisten.

Der Band dokumentiert den 1945 geschriebenen Bericht des schwedischen jüdischen Unterhändlers Norbert Masur, der am 20. April 1945 im Auftrage des Jüdischen Weltkongresses und des schwedischen Außenministeriums mit Himmler über die Freilassung jüdischer Häftlinge aus norddeutschen Konzentrationslagern und ihre Abreise nach Schweden verhandelte, die dann in den letzten Tagen des „Dritten Reiches“ erfolgte.

KM

DIETRICH EICHHOLTZ: *Die Bagdadbahn, Mesopotamien und die deutsche Ölpolitik bis 1918. Aufhaltsamer Übergang ins Erdölzeitalter. Mit Dokumenten.* Leipziger Universitätsverlag 2007, 103 S., 15 €.

Mit dieser dritten Studie geht Dietrich Eichholtz zu den Wurzeln der deutschen Ölpolitik am Ende des 19. Jahrhunderts in seiner Reihe über den „Wettlauf um das Öl“ zurück. Es war die Zeit des Übergangs von der Suche und Nutzung von Erdölquellen im eigenen Land zur weltweiten Suche und Ausbeutung dieses Rohstoffs. Noch war Erdöl nicht der unumstrittene Rohstoff Nr. 1 der Weltwirtschaft, noch waren die großen Erdölkonzerne erst im Entstehen, aber sie begannen die internationale Politik bereits zu beeinflussen. Diese Entwicklung wird in der vorliegenden Studie im Zusammenhang mit dem Bau der Bagdadbahn und den beginnenden Versuchen zur Schaffung eines deutschen Ölkonzerns unter Leitung der Deutschen Bank dargestellt. Die Bagdadbahn-Konzession (1899 vorläufige Vereinbarung, 5.3.1903 endgültige Konzession) sollte die Anatolische Eisenbahn Konstantinopel-Konya (erbaut 1888-1896) nach Bagdad verlängern. Damit wäre eine durchgehende Eisenbahnverbindung Berlin-Konstantinopel-Bagdad bzw. an den Golf mit der Möglichkeit des Anschlusses an Schiffsverbindungen nach Asien (Indien, China, Japan) entstanden. Kein Wunder, daß Kaiser Wilhelm II., der sich persönlich außerordentlich bei seinem Besuch in Konstantinopel 1898 für die Erteilung der Konzession eingesetzt hatte, dieses Projekt euphorisch feierte.

Um so erstaunlicher erscheint die Skepsis, die etwa einer der wichtigsten Hintermänner der türkischen Projekte, der führende Direktor der Deutschen Bank Georg v. Siemens, äußerte (siehe S. 18 f.). Aus anderen vom Autor zitierten Dokumenten (Dok. 4, S. 80 f) geht hervor, daß die Deutsche Bank Einfluß auf den deutschen Kaiser nahm, um das komplizierte Geflecht von Interessen, Konkurrenz und der [230:] notwendiger Zusammenarbeit mit französischen, englischen und möglicherweise amerikanischen Geldgebern austarieren zu können. Vielleicht setzt der Autor hier zu viele Detailkenntnisse des Lesers voraus. Eine stärkere Einbettung der Vorgänge um die Bagdadbahn-Konzession, die wiederum die Grundlage für eine Ölkonzession in Mesopotamien bildete, in die internationalen Auseinandersetzungen und Verflechtungen am Vorabend des 1. Weltkrieges wäre hilfreich.

Eichholtz verweist darauf, daß die Bagdadbahn-Konzession ursprünglich nicht unmittelbar mit einer möglichen Erdölforderung in Mesopotamien verbunden war. Die in den Verträgen für die Anatolische und die Bagdadbahn enthaltene Klausel über die Ausbeutung von Bodenschätzen (Dok. 2 und 3, S. 79) entlang eines 20 Kilometer breiten Streifens rechts und links der Bahnstrecke diente ursprünglich der Absicherung des Baus der Bahnstrecke und hatte mit Öl nichts zu tun.

Das mesopotamische Öl gelangte erst durch die Konzession vom 17. Juli 1904 (S. 22 ff.) in den Zugriff der Anatolischen Eisenbahngesellschaft und der Deutschen Bank. Was waren die Hintergründe und Interessen für diese Ölkonzession, die zunächst nur eine eng begrenzte Vorkonzession für Untersuchungen und Studien war und erst später in eine 40jährige Ausbeutungskonzession umgewandelt werden sollte? (ebenda und Dok. 5, S. 81 f.) 1910 lag die Welterdölforderung bei 10 Millionen Tonnen, die sich vorrangig auf die USA (1912: 63%), Rußland (19%) und Mexiko (5%) verteilten. Der mittlere Osten kam noch überhaupt nicht unter den Fördergebieten vor. (Zur Situation in Persien: S. 35) Die deutsche Erdöleinfuhr betrug 711.000 Tonnen im Jahre 1890 und 1,22 Mill. Tonnen 1903 (25). Dennoch war klar, daß Erdöl neben Eisen, Kohle und Kupfer der aufsteigende Rohstoff des 20. Jahrhunderts werden würde. Seit dieser Zeit kann man von einem ausgesprochenen Ölhunger und dem Übergang in das „Erdölzeitalter“ sprechen.

Eichholtz geht in seiner Arbeit ausführlich auf den Verfall dieser ersten mesopotamischen Erdölkonzession ein und auf den Kampf um die Wiedererteilung einer Konzession, der sich bis zum 1. Weltkrieg hinzog. Er verweist sowohl auf den Konkurrenzkampf und die Entschlossenheit Großbritanniens, die Vorherrschaft beim Erdöl im Nahen Osten zu gewinnen. Die Deutsche Bank wiederum war gezwungen, England bzw. englisches Kapital bei ihren Versuchen der Wiedererlangung einer Erdölkonzession in Mesopotamien in ihr Boot zu holen. Dies gelang unmittelbar vor dem Beginn des 1. Weltkrieges (S. 48 ff. und Dokument 10, S. 86 ff.), wobei sich allerdings die Gewichtsverteilung eindeutig zugunsten der englischen Seite verschob. In der Turkish Petroleum Company (TPC) hatte die Deutsche Bank 25 Prozent Anteil, die britischen Anteilseigner 75 Prozent. (50 ff. und Dok. 11, S. 89 ff.) Der Autor kommt zu dem Schluß, daß die „Orientalische Frage“ vor diesem Hintergrund nicht „einer der Brennpunkte der imperialistischen Auseinandersetzungen war“. (64)

Anschließend gibt Dietrich Eichholtz noch einen Ausblick auf die deutsche Erdölpolitik auf diesem Gebiet während des Weltkrieges (65 ff.), als das deutsche [231:] Kapital und das Deutsche Reich in der Türkei den Ausschluß der englischen und französischen Interessen anstrebte. Die Niederlage Deutschlands und des Osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg beendete vorerst den Traum von einem deutschen Erdölreich in Mesopotamien. Doch die Deutsche Bank gab ihre Ziele damit nicht auf. (75 f.)

Im Anhang werden 23 Seiten Dokumente und 14 weitere faksimilierte Dokumente aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Bank abgedruckt. Hilfreich ist der Verweis auf mehrere Studien aus den 80er Jahren zu diesen Fragen im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte von Baumgart und Benneckenstein und im Jahrbuch für Geschichte von Heinz Lemke. Sie zeigen, daß in der DDR-Geschichtswissenschaft zu diesem Thema respektable Ergebnisse erzielt wurden.

W. F.

*Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland*, H. 8: *Zwangsarbeit und Gesellschaft*, Bremen 2004, 226 S.; H. 9: *Schuldig. NS-Verbrechen vor deutschen Gerichten*, Bremen 2005, 207 S., Bd. 10: *Hilfe oder Handel? Rettungsbemühungen für NS-Verfolgte*, Bremen 2007, 250 S, je 12,90 €.

Band 8 der im *Bulletin* bereits vorgestellten Schriftenreihe (Band 1-5 in Beiheft I, Bd. 6-7 in *Bulletin* 22) enthält sieben Beiträge zur Zwangsarbeit in Hamburg, in KZ-Außenlagern von Neuengamme und Ravensbrück und in Nordwestdeutschland. Bei den Arbeiterinnen und Arbeitern handelte es sich um polnische Häftlingsfrauen aus Ravensbrück, um „jüdisch Versippte und Mischlinge“ und Arbeiter des Arbeitserziehungslagers Hamburg-Wilhelmsburg. Die Beiträge verdeutlichen am Beispiel des lokalen und regionalen Einsatzes den großen Ermessensspielraum der Gestapo-Einstelle Hamburg bei der Bestrafung eines „Arbeitsvertragsbruchs“ und das überaus große Spektrum der an der Zwangsarbeit beteiligten politischen und gesellschaftlichen Einrichtungen. In einem Zwischenbericht eines Forschungsprojekts über die Außenlager von Ravensbrück unterbreiten Angelika Meyer, Erika Schwarz und Simone Steppan eine kritische Bestandsaufnahme. Ihre Erhebung umfaßt alle Außenlager, die ständig dem Stammlager Ravensbrück unterstellt waren, also 1944 nicht anderen KZ zugeordnet wurden.

Sieben thematische Beiträge im neunten Heft befassen sich mit Problemen und Schwierigkeiten der juristischen Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschheit. Sie betreffen vor allem Ermittlungen und Prozesse der 60er Jahre gegen SS-Angehörige von Neuengamme sowie mit dem Düsseldorfer Majdanek-Prozeß. Nur zwei dieser Beiträge beziehen die Anstrengungen der DDR-Judikatur mit ein, Georg Wamhof analysiert die Rechtshilfe der DDR im Dora-Mittelbau-Verfahren und beschuldigt sie, kein ernsthaftes Ahndungsinteresse gehabt zu haben. Annette Weinke beschreibt die Mitwirkung von Friedrich Karl Kaul als Nebenkläger in westdeutschen Verfahren der 60er Jahre. Die Historikerin Weinke hat ihre wis-[232:]enschaftlichen Normen und Maßstäbe von der politischen Justiz, nämlich der bundesdeutschen staatsrechtlichen Verfolgung der „Regierungskriminalität der DDR“ übernommen, nur taugen diese „Rechtsmaßstäbe“, die Weinke für wissenschaftliche hält, für die historische Wissenschaft nicht. Auch Oliver von Wrochems eingangs versuchte „Ortsbestimmung“ der „nationalsozialistischen Verbrechen vor Gericht“ wird der Komplexität des Sachverhalts nicht gerecht, sie ist dürftig und leider auch nicht von ausreichender Sachkenntnis getragen. Da Wrochem außerdem

Weinkes Verzeichnis der rechtlichen Verfolgung der Naziverbrechen durch die DDR unkritisch zugrundelegt, verhilft sein Beitrag kaum zu einer Einordnung der vorgestellten Verfahren.

Das Heft dokumentiert zwei Texte, erstens rekonstruiert Herbert Diercks in „Gesucht wird Dr. Kurt Heißmeyer“ – der Mann war Oberarzt von Hohenlychen und mordete 1945 die Kinder vom Bullenhusener Damm – die Fahndungs- und Verfolgungsgeschichte. Zweitens dokumentiert Hans Ellger die Belegung der Frauenaußenlager des KZ Neuengamme, von dessen 87 Außenlagern 24 in der Zeit zwischen Juli 1944 und Frühjahr 1945 mit Frauen belegt waren. Von den 13.700 Häftlingsfrauen zählten 9.700 zur jüdischen Häftlingsgruppe und 3.800 zur politischen Gruppe. Ellger stellt auf der Grundlage der Häftlingskartei des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes (WVHA) dar, wann die verschiedenen Frauenlager von Neuengamme belegt wurden.

Die neun Artikel des Heftes 10 über Rettungsbemühungen zwischen 1943 und 1945 für KZ-Häftlinge behandeln Aktivitäten unterschiedlicher Gruppen, Einrichtungen und Personen für jeweils spezifische Häftlingsgruppen: Es geht um schwedische, dänische, norwegische, französische und jüdisch-zionistische Bemühungen um die Rettung von Häftlingen, sei es des eigenen Landes (dänische, norwegische Häftlinge), seien es französische, spanische, portugiesische oder deutsche Juden und Frauen aus Ravensbrück. Rainer Schulze umreißt einleitend die Geschichte dieser Rettungsbemühungen und analysiert, warum dies für die bundesdeutsche Zeitgeschichte ein so schwieriges Thema war und ist. Auch wenn dieses Heft keineswegs alle derartigen Bemühungen um Rettung von KZ-Häftlingen umfaßt und manche nur am Rande erwähnt werden, so bieten seine Beiträge doch einen vorzüglichen Überblick über solche Aktionen und die Schwierigkeiten ihrer Bewertung, waren doch alle Rettungsversuche ambivalent, erstens auf das Einverständnis der SS-Führung oder anderer Instanzen angewiesen, und zweitens schwebten sie zwischen Hilfe und Handel.

Wie alle Hefte der Reihe enthalten auch diese jeweils einen Dokumententeil, zahlreiche Rezensionen und Annotationen, Informationen über die Gedenkstätten und Probleme der „Didaktik der Erinnerungsarbeit“, weiter über die Tätigkeit von Verfolgtenverbänden und Hinweise auf neuere Literatur.

WR

[233:] JOHANNES HÜRTER: *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42*, 2. Aufl., R. Oldenbourg Verlag München 2007, 719 S., 49,80 €.

Der Titel mag irreführen, hier geht es nicht um die Einzelbiographien, sondern um Werdegang, Erfahrungen und Denkweise und vor allem um die militärische Tätigkeit von 25 Generalen der Wehrmacht in dem Jahr von Juni 1941 bis Juni 1942 im Krieg gegen die Sowjetunion. Hürter versteht seine Aufgabe als eine Gruppenbiographie. Zurückgreifend bis ins Kaiserreich beschreibt er Herkunft, Bildung, Berufswahl und Ethos dieser Offiziersgruppe, sondiert ihre Erfahrungen im ersten Weltkrieg, in der Novemberrevolution, der Weimarer Republik, im Naziregime und schließlich gesondert in den Feldzügen 1939/40. Es handelt sich um die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und der Armeen. Sie wurden zwischen 1875 (Rundstedt) und 1891 (Model) geboren, waren also alle über 50 Jahre alt und hatten ihre Laufbahn nicht erst in der Hitlerwehrmacht begonnen. Sie kamen aus Familien höherer Offiziere, Beamter und Akademiker, hatten alle ein humanistisches Gymnasium absolviert oder eine Kadettenanstalt und nach dem Schulabschluß den Offiziersberuf gewählt.

Das Jahr 1941/42 war für ihre militärische Karriere von überragender Bedeutung, sei es im Sinne der Absetzung oder der Beförderung, die bekanntesten sind Fedor v. Bock, Ernst Busch, Heinz Guderian, Erich Hoepner, Ewald v. Kleist, Günther v. Kluge, Wilhelm Ritter v. Leeb, Erich v. Manstein, Walter Model, Friedeich Paulus, Walter v. Reichenau, Gerd v. Rundstedt. Den Kern der Darstellung bildet jedoch nicht die Vorgeschichte von „Barbarossa“, sondern die Aufgaben und Kompetenzen dieser Befehlshaber bei Kriegführung und Okkupation, insbesondere bei der Führung der Operationen, denn das war ihre zentrale Aufgabe.

Hürter schreibt mit seiner Habilitationsschrift gegen ein Geschichtsbild an, das entscheidend von Halder und seinen Mitschreibern verfaßt wurde, die für die US-amerikanische Historical Division in der Kriegsgefangenschaft Studien anfertigten, die „für Jahrzehnte das Geschichtsbild einer anständigen

und fachlich hervorragenden, jedoch vom Fanatismus und Dilettantismus Hitlers ständig behinderten Kriegführung der Wehrmacht“ (281) prägten. Dieses lange nachwirkende Bild zeichnete eine „einhellige Distanz der Generalität gegenüber der militärischen Inkompetenz Hitlers“. Hürter weist dagegen nach, daß weitgehende Übereinstimmung zwischen ihnen und Hitler herrschte, z. B. hinsichtlich der krassen militärischen Unterschätzung des Gegners. Die Trennung zwischen dem professionellen Können der Militärführer und den Fehlentscheidungen Hitlers sei eine Fiktion, geeignet, die Generalität zu entlasten. Diese 25 Oberbefehlshaber trennten zwar zahlreiche fachliche Gegensätze und obendrein persönliche Animositäten, auch waren sie keineswegs einhellig Anhänger der Halderschen Planungen in der Heeres- und Truppenführung. Doch ungeachtet ihrer Kontroversen wäre es verharmlosend zu sagen, sie machten sich zu Komplizen oder willigen Erfüllungsgehilfen [234:] Hitlers. Bei ihrer Einweisung am 30. März 1941 hatte Hitler keinen Zweifel über die geplante Strategie und die Massenverbrechen gelassen, und keiner hatte Einwände erhoben. Sie nutzten ihre Handlungsspielräume, die befohlene Kriegführung exzessiv zu exekutieren. Sie waren keineswegs in Verbrechen „verstrickt“, die nicht die ihren waren, sondern es war ihr Krieg, es waren ihre Kampfführung und Massenmordpraxis, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit von vornherein als militärische Kampfmittel einplanten und als „Kriegsnotwendigkeiten“ rechtfertigten.

Hürter stellt das Verhalten der 25 Generale bei der Vorbereitung des Krieges und bei den Operationen der Armeen und Heeresgruppen ausführlich dar, ebenso ihr Verhalten gegenüber sowjetischen Soldaten, Partisanen und der Zivilbevölkerung und schließt auch das Verhalten dieser Oberbefehlshaber zum Völkermord an den Juden und die Mitwirkung an den Aktionen der SS und Polizei ein. Und er zeigt, wie sich diese Gruppe einer konservativen, ebenso exklusiven wie traditionellen Militärelite in diesem Feldzug selbst veränderte. Ihre politische und ideologische Deformation zog ihre professionelle Deformation nach sich, an ihrem militärfachlichen Kompetenzverlust waren sie, so Hürter zu Recht, selber schuld, auch wenn sie ihre „schleichende Entmündigung“ nach dem Kriege beklagten. Von einer militärprofessionellen Opposition gegen strategische oder taktische Entscheidungen Hitlers kann im ganzen keine Rede sein. Ihr „schrackenloser militärischer Utilitarismus“, wie Hürter ihre rücksichtslose Praxis von Kriegsverbrechen nennt, bildete die Brücke, Hitlers Zielvorgaben als eigene zu übernehmen, so daß ihre Völkerrechtsbrüche und Verbrechen auch aus eigener Handlungsvollmacht erfolgten.

Der Autor verbindet Ansätze der Sozialgeschichte mit der Mentalitätsgeschichte und wendet sie auf Politik- und Militärgeschichte an. Die ihm zur Verfügung stehenden und auch genutzten Quellen sind reichhaltig, seine empirische Forschungsgrundlage zuverlässig. Wo es um theoretische Aussagen und Schlußfolgerungen geht, wiederholt der kritische Autor allerdings Rahmenthesen des bürgerlichen Zeitgeistes der Weltkriegshistoriographie vom rassenideologischen Vernichtungskrieg und der Totalitarismuskonzeption.

Hürter vermochte sein Material übersichtlich und straff zu gliedern, so daß die Linienführung und die Argumentationen einleuchten. Das dicke Buch ist außerdem noch sehr lesbar geschrieben. Es kann nicht nur als Monographie, sondern auch als zuverlässiges Nachschlagewerk benutzt werden.

WR

[235:] ALFRED GOTTWALDT, DIANA SCHULLE: *Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie*, marix-verlag, Wiesbaden 2005, 509 S., 15 €.

Die Autoren dokumentieren die Deportationen von Juden aus Deutschland, Österreich und den annektierten tschechischen Gebieten, angefangen von den ersten im Oktober 1938 nach Polen abgeschobenen polnischen Juden bis zu den letzten nach Auschwitz zur Ermordung transportierten. Sie stellen für jeden Eisenbahntransport die ermittelten Daten zusammen, vom Abfahrtsort zum Zielort des Zuges, von der Zugnummer bis zu den Umständen seiner Abfertigung, von der Zusammensetzung der Transporte bis zum Schicksal der Juden am Ankunftsort. Der größte Teil der ermordeten deutschen Juden wurde zwischen 1941 und 1945 mit der Eisenbahn zu den Vernichtungsstätten gefahren, die meisten direkt, andere erst in Ghettos wie Łódź, Warschau oder Riga.

Das Buch erfaßt die einzelnen Transporte innerhalb der jeweiligen Aktionen und zwar: Fünf Transporte aus Wien in das „Generalgouvernement“ im Februar und März 1941, 20 Transporte nach Lodz im Oktober und November 1941, sieben Transporte nach Minsk im November 1941, die im November 1941 nach Riga geschickten, aber nach Kowno umgeleiteten Züge, sodann 20 Transporte zwischen November 1941 und Februar 1942 nach Riga, 20 weitere, die zwischen März und Oktober 1942 in die Vernichtungsstätten des Distrikts Lublin bzw. ins Warschauer Ghetto führten, weitere 17 Transporte nach Minsk und Maly Trostinez zwischen Mai und September 1942, erneut nach Riga und Raasiku zwischen August und Oktober 1942, gesondert die Transporte nach Theresienstadt vom Juni 1942 bis Kriegsende und schließlich die Transporte nach Auschwitz von Mai 1942 bis Dezember 1944. Die Autoren geben eine Zahl von mindestens 265.000 deutschen Juden an, die mit diesen Zügen zu ihrer Vernichtung gefahren wurden. Eine Tabelle faßt alle Transporte noch einmal zusammen.

Die einzelnen Transporte werden dokumentiert und kommentiert. Der Band erschien zur Ausstellung im Deutschen Technikmuseum Berlin. Wie in der Ausstellung steht die Rolle der Deutschen Reichsbahn im Vordergrund, gleichzeitig wird dokumentiert, welcher ungeheurer organisatorischer Aufwand von Dienststellen und Personen in Nazideutschland am Werke war, um die deutschen Juden aus Deutschland zu deportieren.

FW

FORSCHUNGSGRUPPE ZYKLON B, DESSAU (Hg.): *Zyklon B – Die Produktion in Dessau und der Mißbrauch durch die deutschen Faschisten* (Dessauer Geschichte), Books on Demand, Nordstedt 2007, 185 S., 11 €.

Seit Oktober 1996 arbeitet in Dessau eine Forschungsgruppe, der gegenwärtig Steffen Andersch, Hans Hunger, Sandra Scheer und Antje Tietz angehören, daran, die Entwicklung von Zyklon B und seine Herstellung in der Dessauer Zuckerraf-[236:]finerie, seinen Vertrieb und seine Verwendung zum technisierten Massenmord in den Konzentrationslagern zu untersuchen. Ziel war es, in der Stadt einen Informations- und Mahnpunkt zu errichten und die Ergebnisse zu publizieren. Gegen die Aktivität der Forschungsgruppe gab es nicht geringe Widerstände, den fachlich zuständigen Ämtern der Stadt lag mehr daran, „kulturelle Leuchttürme“ wie das Bauhaus in den Vordergrund zu stellen. „Sehr schwer war es, Zeitzeugen zur Mitarbeit zu bewegen.“ (8). 2004 konnte ein Informations- und Mahnpunkt Zyklon B eingerichtet werden, nachdem der Stadtrat zugestimmt hatte.

Das Büchlein faßt zwei Studien zusammen. Hans Hunger untersucht die Herstellung von Zyklon B in Dessau, Antje Tietz die Verwendung des Giftes in den faschistischen Konzentrationslagern. In beide Texte sind Ergebnisse der Forschungstätigkeit der gesamten Gruppe eingegangen.

Das Giftgas Zyklon B wurde im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch) in der Dessauer Zuckerraffinerie hergestellt. Hans Hunger beschreibt die Geschichte der Dessauer Werke und die Entwicklung des Zyklon B, die Produktionseinführung des Schädlingsbekämpfungsmittels Zyklon B in den Jahren 1924 und 1925 und den weiteren Ausbau der Zyklon-Station, sodann die Entwicklung der Produktionsstätte seit dem Beginn der massenhaften Menschenvernichtungen 1942.

In einem weiteren Strang geht Hunger der Verflechtung der Degesch mit der I. G. Farben AG, der Degussa und der Theo Goldschmidt AG nach, beschreibt die Vertriebsfirmen der Degesch Tesch & Stabenow, Internationale Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH in Hamburg (Testa) sowie die Firma Heerdt-Lingler GmbH in Frankfurt am Main (Heli). Außerdem verweist er darauf, daß ab 1935/36 Zyklon B auch von den Kaliwerken AG in Kolin (Tschechoslowakei) sowie in dem Gemeinschaftsunternehmen SOFUMI der deutschen Degussa und der französischen Ugine in Villers-Saint-Sepulcre (Durferrit-Sofumi) produziert worden ist. Zulieferbetriebe waren die I. G. Farben-Fabrik in Verdingen, die den Stabilisator für das Zyklon herstellte, die Korksteinwerk GmbH in Coswig, die das Erco-Material, den Trägerstoff für das flüssige Blausäurederivat und den Farbstoff lieferte, die Firma Schmalbach aus Braunschweig, von der die Weißblechdosen kamen. Den Warnstoff produzierte die Berliner Schering AG und die Spezialfiltereinsätze in den Schutzmasken die Degussa-Tochter Auerwerke AG in Berlin/Oranienburg.

In der zweiten, sehr viel kürzeren Studie listet Antje Tietz jene Konzentrationslager auf, in denen Menschen unmittelbar mit Zyklon B umgebracht wurden. Sie trägt die Daten über Zeit und Umfang dieses Einsatzes zusammen. Das waren außer Auschwitz Majdanek, Sachsenhausen, Ravensbrück, Stutthof, Neuengamme und Natzweiler-Struthof, während in Dachau, Theresienstadt, Buchenwald, Groß-Rosen kein Zyklon B benutzt wurde und in den Gaskammern von Belzec, Sobibor und Treblinka die Menschen mit Kohlenmonoxyd vergiftet wurden.

[237:] Die instruktive Arbeit ist mit Abbildungen, Tabellen und Dokumentenfaksimiles gut ausgestattet. Man kann ihr nur eine weite Verbreitung wünschen.

WR

JÜRGEN JOHN, HORST MÖLLER, THOMAS SCHAARSCHMIDT (Hg.): *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“*. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin hg. von Kar! Dietrich Bracher, Hans Peter Schwarz, Horst Möller), R. Oldenbourg Verlag München 2007, 483 S., 69,80 €.

Grundidee der im September 2005 in der Berliner Außenstelle des Münchner Instituts für Zeitgeschichte abgehaltenen Konferenz, deren Vorträge hier veröffentlicht werden, war, so die Herausgeber im Vorwort, „die Frage nach Gauprofilen, -funktionen, -netzwerken und -eliten mit der Frage nach NS-Staatlichkeit und -Regionalität zu verbinden“. (10) Der Band solle „vergleichende und theoriegeleitete Zugänge vor allem zu dem Phänomen NS-spezifischer Staatlichkeit“ öffnen. Das tut er nicht. Die dazu im ersten Teil versammelten vier Beiträge von Schaarschmidt, John, Rüdiger Hachtmann und Bernhard Gotto resümiert der Kommentator dieser Session Michael Ruck und empfiehlt, „den ambitionierten Terminus ‚neue Staatlichkeit‘ lieber beiseite zu lassen“, da sein heuristischer Nutzen fragwürdig sei. Während Schaarschmidt Kategorien, Begriffe und Forschungsstand der Regionalität umreißt, insistiert vor allem John auf dem uneingelösten Anspruch, mit Hilfe dieser Mittelinstanz die Spezifik der Nazidiktatur neu bestimmen zu können. Nun waren die Gaue Instanzen der NSDAP, sie werden hier aber fast durchgängig als staatliche Verwaltungseinheiten verstanden, ohne daß die Rolle der NSDAP als Partei für die Mittelinstanzen der faschistischen Herrschaft und ohne daß die Übertragung der NSDAP-Strukturen auf den Staat selbst thematisiert werden, obwohl Armin Nolzen einen Artikel zu den Gauen der NSDAP beigesteuert hat. Auch Rüdiger Hachtmann möchte über diesen Nenner zu einer „systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems“ kommen, doch alle aufgeführten Elemente lassen sich, so Ruck zutreffend, „allesamt durchaus auch in rezenten Regierungssystemen westlicher Provenienz nachweisen“. (102)

Von den Politikfeldern, auf denen sich Profil und Einfluß der Mittelinstanz ausgeprägt habe, werden zwei untersucht, einmal „Rassenpolitik und ‚Euthanasie‘“, zum anderen „Wissenschaft, Bildung und Kultur“. Ingo Haar analysiert die Raum- und Bevölkerungspolitik in den österreichischen und den auf annektiertem polnischen Boden errichteten Gauen, doch thematisiert er das Verhältnis von Mittelinstanz und Zentrale in diesen Fragen nicht, so daß die Rolle der NSDAP-Gauleiter und der Gau-selbstverwaltungen bei der Realisierung der Bevölkerungspolitik offenbleibt Winfried Süß behandelt den weitergeführten Mord an psychischen Kranken, nachdem er offiziell gestoppt worden war. Wie Haar betont auch Süß die Initiative und Machtbefugnis der regionalen Instanzen, doch agierten die ent-[238:]scheidenden Protagonisten auf zentraler Ebene, eindeutige Aussagen über die regionale Politik bleiben die Autoren schuldig.

Knapp die Hälfte des Bandes ist „Gau-Porträts“ gewidmet, acht Beiträge behandeln von Hannover bis Bayern und vom Pommern bis Schlesien solche Einheiten in Deutschland, vier andere die „Reichsgaue“ im annektierten Österreich bzw. Polen. Nicht alle Autoren widmen sich dem Profil und der Politik eines einzelnen Gaus, Walter Ziegler untersucht z. B. die Aufteilung Bayerns in sechs Gaue, Detlef Schmiechen-Ackermann möchte auf der Grundlage seiner Betrachtung von Süd-Hannover-Braunschweig, Osthannover und Weser-Ems erste Schritte zu einer Typologie von Gauen ausschreiten. Die Betrachtung von Ryszard Kaczmarek über Oberschlesien wäre inhaltlich besser unter die „Reichsgaue“ plaziert worden, auch wenn Oberschlesien mitsamt dem annektierten Ostoberschlesien niemals

„Reichsgau“, sondern preußische Provinz hieß. „Es ist ein reichlich divergentes, wenn nicht verwirrendes Bild, das sich beim Studium der Beiträge dieser Sektion zu den Gauen des ‚Altreiches‘ entfaltet“, kommentiert Michael Kißener: Mal wird die „allbekannte polykratische Herrschaft“, ein anderes Mal werden die „zielgerichtete Führungsstrukturen“ zum Spezifikum der Mittelinstanz erklärt. (361)

Von den Beiträgen über die „Reichsgaue“ ist jener von Martin Moll über die Steiermark der interessanteste, nicht zuletzt wegen der deutschnationalen Vorgeschichte der Steiermark und der Rolle der NSDAP und ihrer Terrorformationen 1934 und 1938. Dieter Pohl vergleicht die „Reichsgaue“ Danzig-Westpreußen und Wartheland unter den beiden Aspekten kolonialer Verwaltung und/oder Modell zukünftiger Gauverwaltung. Während Moll begründet, warum die Steiermark nicht nur den Anspruch erhob, ein Mustergau zu sein, sondern auch viele Voraussetzungen dafür mitbrachte, verzichtet Pohl darauf, zu bestimmen, in welcher Hinsicht Arthur Greiser für das Wartheland denselben Anspruch erhob und in welchen Dimensionen seine Politik tatsächlich zum Musterbeispiel wurde. (Sein Beitrag ist ein Muster für das Zitieren nichtpassender Literatur zum Thema.) Kommentator Magnus Brechtken fragt zum Schluß, ob die Frage nach einem „Mustergau“ überhaupt berechtigt sei, auch wenn eine Selbstkettierung der Gauleiter zwar nicht die Regel, aber häufig war. Angesichts der „Gau-Porträts“ sieht Brechtken mehr Schwierigkeiten bei der Entwicklung einer Gau-Typologie als brauchbare Ansätze.

Die Praxis der Herausgeber, den Beiträgen jeder Session eine schriftliche Fassung des jeweiligen Kommentators beizugeben, erweist sich als vorzügliche Form der Einführung in Forschungskontroversen und Forschungsforderungen. Der Band enthält einen informativen Anhang in Form von Karten, Tabellen und Abbildungen und ein ausführliches Verzeichnis der Forschungsliteratur.

MO

[239:] HAINER MICHALSKE: *Die Gutenberg-Reichsausstellung 1940. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Kulturpolitik* (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte, hg. von Bernd Söseemann, 18), Franz Steiner Verlag Stuttgart 2007, 382 S., 44 €.

Zum 500. Jubiläum von Johann Gutenbergs Erfindung der beweglichen Lettern zum Buchdruck sollte 1940 in der Buchstadt Leipzig eine „Gutenberg-Reichsausstellung“ stattfinden. Goebbels' „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ wollte ihr den Rang einer „Weltausstellung“ geben. Für eine solche Großveranstaltung mit internationaler Beteiligung wurde Jahre vorher ein Verein „Reichsausstellung“ gegründet, dessen Geschäftsstelle gemeinsam mit den Repräsentanten der Stadt Leipzig das Vorhaben realisieren sollte.

Die „Gutenberg-Reichsausstellung“ hat es nie gegeben, der Krieg war den Nazis wichtiger als solche Großvorhaben der Kulturpolitik. Der Verfasser untersucht in seiner Dissertation zunächst die politischen, kulturpolitischen und propagandistischen Absichten, die mit der geplanten Ausstellung verbunden waren, sodann die Gründe, die zur Aufgabe des Projekts führten und die Modalitäten dieser Entscheidung.

Die Arbeit ist als kommunikationswissenschaftliche Dissertation angelegt. Der Autor erschließt u. a. die Korrespondenzen der Trägereinrichtung mit in- und ausländischen Medienvertretern, Interessengruppen und Lobbyverbänden, die einen Blick in die verdeckten Arbeitsabläufe der Vorbereitung sowie in die Konfliktstrukturen der beteiligten und interessierten Einrichtungen und die komplexen Abstimmungsprozesse zwischen ihnen ermöglichen. In Deutschland betrifft das die Reichsministerien und die regionalen und lokalen Institutionen des Buchwesens in Leipzig, Köln und Mainz. Insgesamt wird in das bisher in der Forschung wenig beachtete Ausstellungswesen als Sektor der faschistischen Kulturpolitik auf eine Weise hineingeleuchtet, die dessen Verknüpfung mit anderen Dimensionen der Politik, instruktiv vor allem der Architekturpolitik, an ihren Überschneidungspunkten deutlich macht. Die angehängten Dokumente und Abbildungen der geplanten Baulichkeiten zeigen, welches Ausmaß die Ausstellung annehmen sollte, die an den Olympischen Spielen von 1936 Maß nahm.

KM



ROOER MOORHOUSE: *Killing Hitler. Die Attentäter, die Pläne und warum sie scheiterten*. Aus dem Englischen übertragen von Ulrich Bossier, marix-verlag, Wiesbaden 2007, 430 S., 19,90 €.

Moorhouse ist Dozent für Neue Deutsche Geschichte an der University of Strathclyde. Er arbeitet regelmäßig für das History Magazine der BBC, dieser Praxis folgt auch sein Buch über die Attentate auf Hitler. Es handelt sich um eine populäre publizistische Zusammenfassung bekannter Resultate, streckenweise kolportagehaft geschrieben. Der Autor folgt der bekannten Neigung mancher britischer Historiker für Geheimdienstverschwörungen und für die Geschichte der deutschen [240:] Militäropposition gegen Hitler, wie sie bereits vor Jahrzehnten Trever-Rooper vorgelegt hat.

Von den rund 40 Attentaten und Attentatsversuchen auf Hitler sind vielleicht 20 ernster zu nehmen, der Autor wählt vier einzelne heraus und untersucht insbesondere die Biographie und die Motivation von Maurice Bavaud und Georg Elsner. Vor allem jedoch wendet er sich jenen Attentatsplänen und -versuchen zu, die von militärischen Organisationen vorbereitet und ausgeführt wurden, angefangen von der deutschen Abwehr über die polnische Armia Krajowa, den sowjetischen Militärgeheimdienst bis zur britischen Special Operations Executive (SOE), deren „schmutziger Krieg“ besonderer Gegenstand ist. Instruktiv für deutsche Leser ist Moorhouses Schilderung der britischen Widerstände gegen die „Sonderoperationen“ der SOE. Natürlich geht es bei allen Attentaten dieser Organisationen keineswegs allein um die Person Hitler.

Eingangs jedoch gibt Moorhouse eine instruktive Beschreibung des Aufbaus und der Strukturen jener Formationen, die zum persönlichen Schutz Hitlers aufgestellt und eingesetzt wurden, das Führerschutzkommando, die Leibstandarte Adolf Hitler der SS, der Reichssicherheitsdienst und das SS-Begleitkommando, ihre Aufgaben und ihre Personalstärken. Moorhouse geht davon aus, daß alle glücklichen Attentate des 20. Jahrhunderts nicht das Ziel erreichten, das die Attentäter angestrebt hatten, neigt jedoch zu der Auffassung, bei einem erfolgreichen Anschlag auf Hitler hätte das anders gewesen sein können.

Der Autor benutzt seine Darstellung zu allerhand Abschweifungen, in denen er zahlreiche falsche oder richtige Gemeinplätze unterbringt, auch wenn sie mit seinem unmittelbaren Gegenstand nur wenig zu tun haben.

MO

JENS-CHRISTIAN WAGNER (Hg.): *Konzentrationslager Mittelbau-Dora 1943-1945. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora*. Hg. im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Wallstein, Göttingen 2007, 212 S., 14 €.

Jens-Christian Wagner hat vor Jahren seine umfangreiche Dissertation über die Geschichte des KZ-Lagerkomplexes Mittelbau-Dora veröffentlicht (Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora. Göttingen 2001, vgl. *Bulletin* 20 (2003), S. 112-116). Jetzt legt er als Leiter der Gedenkstätte einen Begleitband zur Dauerausstellung vor, die im Museumsneubau am Stadtrand von Nordhausen im September 2006 eröffnet worden ist.

Ausstellung wie Publikation wollen „kritisches Geschichtsbewußtsein“ fordern und richten sich explizit gegen Tendenzen, „allgemein die Opfer der Gewalt im 20. Jahrhundert zu betrauern, ohne auf Ursachen und Folgen hinzuweisen“. (7). Der reich illustrierte Katalog folgt der Gliederung der Ausstellung und veröffent-[241:]licht Fotos von Exponaten und Faksimiles von Dokumenten. Ausgehend von der für die Entstehung des Lagerkomplexes ausschlaggebenden militärischen und kriegsökonomischen Situation Anfang des Jahres 1943 werden im ersten Abschnitt die Jahre 1933-1943 in den Blick genommen. Den „Weg in den ‚totalen Krieg‘“ und die sich steigenden Terror- und Verfolgungsmaßnahmen illustrieren eindrucksvolle Fotografien. Dem folgt die Darstellung der konkreten rüstungstechnischen Projekte in Mittelbau sowie der vorangegangenen Raketenproduktion im „Versuchsserienwerk“ in der Heeresanstalt Peenemünde. Die Biographien der Verantwortlichen und Nutznießer werden präsentiert, so etwa der Lebenslauf des nach 1945 in der US-amerikanischen Luftfahrtindustrie untergekommenen Ingenieurs und Wehrmachtgenerals Walter Dornberger.

Arbeits- und Lebensbedingungen der seit Herbst und Winter 1943/44 dort zur Arbeit gezwungenen Häftlinge, die zuvor im KZ-Buchenwald eingesperrt waren, „übertrafen an Schrecken fast alles, was die Häftlinge in ihrer vorherigen Lagerhaft hatten erleben müssen“. (46) Bei absolut ungenügender Ernährung und Unterbringung und durch unsägliche Arbeitshetze wurden Gefangene buchstäblich zu Tode geschunden. Die Zahl der Toten konnte zeitweilig nicht durch die Transporte aus Buchenwald ausgeglichen werden.

Ausführlichen Raum nehmen in Ausstellung wie Begleitband das Schicksal der Häftlinge, die verschiedenen Häftlingsgruppen und die Präsentation einzelner Häftlingsbiographien ein. Ebenso differenziert werden die Tätergruppen behandelt und zum Teil mit Einzelbiographien vorgestellt. Die Täter waren SS-Schergen und Wehrmachtsoldaten in den KZ-Wachmannschaften, aber auch zivile Ingenieure und Arbeiter, die oftmals der SS in Brutalität kaum nachstanden. Daß nicht alle Zivilbeschäftigten von der jahrelangen rassistischen und chauvinistischen Hetze eingenommen waren, zeigten Beispiele praktischer Hilfe und Solidarität einer kleinen Minderheit von ihnen. Viele der im Band wiedergegebenen Dokumente belegen, mit welcher Selbstverständlichkeit die verschiedenen beteiligten Institutionen den Tod der Häftlinge hingenommen und einkalkuliert haben, um ihr Rüstungsprojekt zu realisieren.

Besonders erschütternd ist die Darstellung der letzten Wochen von Mittelbau-Dora. Aus Groß-Rosen und Auschwitz wurden Tausende entkräftete Häftlinge zur letzten Vernutzung herangeschafft SS-Angehörige aus Auschwitz übernahmen die Lagerleitung im KZ-Mittelbau und schafften es, den Terror noch weiter zu steigern. Im April 1945 wurden das Lager geräumt und Tausende Häftlinge in Kolonnen in Marsch gesetzt. Viele fielen noch dem Begleitterror der SS zum Opfer. Am bekanntesten ist das Massaker der SS in Gardelegen am 13. April 1945. Ein weiterer Gegenstand der Darstellung sind die Nachkriegsprozesse und die Nachkriegskarrieren der Täter, aber auch Nachkriegsschicksale einzelner überlebender Häftlinge mit ihrem zum Teil langem, oft vergeblichem Ringen um Anerkennung als Verfolgte des Naziregimes und um Entschädigung. Abgeschlossen [242:] wird die Präsentation mit einem Überblick über die Geschichte der Gedenkstätte Mittelbau-Dora. Ein Anhang zeigt historische und aktuelle Aufnahmen zahlreicher Orte der einzelnen Lager. Insgesamt gibt der Ausstellungsband eine gute Einführung und Übersicht über die Geschichte des Lagerkomplexes und dürfte in der Bildungsarbeit bei der Vor- und Nachbereitung des Gedenkstättenbesuches nützliche Hilfe leisten.

Ch. K.

WOJCIECH LENARCZYK, ANDRAS MIX, JOHANNES SCHWARTZ, VERONIKA SPRINGMANN (HG.): *KZ-Verbrechen. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager und ihrer Erinnerung*. Metropol Verlag Berlin 2007, 271 S., 19 €.

Der Band vereinigt 15 Aufsätze junger Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, die bei der Erforschung der faschistischen Konzentrationslager eigene Akzente setzen wollen. Die Arbeiten basieren auf Vorträgen zu eigenen Promotionsprojekten, gehalten auf einem von jungen Doktorandinnen und Doktoranden organisierten Workshop im Oktober 2005 in Lublin sowie weiteren in den Gedenkstätten Majdanek und Belzec, der eine 1994 begründete Tradition fortsetzen.

Die Aufsätze widmen sich sehr heterogenen Themen und unterscheiden sich auch wesentlich nach Stil und wissenschaftlicher Aussage. Fünf Beiträge beschäftigen sich mit KZ-Verbrechen und Verbrechen, wobei die Herausgeber einleitend den Begriff „KZ-Verbrechen“ erläutern: Sie verstehen darunter „keinen juristisch kodifizierten Straftatbestand, sondern einen durch spezifische Tatorte gekennzeichneten großen zusammenhängenden Verbrechenskomplex“ (1), welcher vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ geahndet wurde. Sie beziehen sich ausschließlich auf die juristische Auslegung und den Umgang mit diesen Verbrechen in der BRD, wenn sie in einer Fußnote vermerken: „Die Straftatbestände des IMT wurden zwar im Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 aufgenommen (das bis zum Jahr 1955 gültig war), doch die bundesdeutsche Justiz ahndete die Verbrechen in den Konzentrationslagern auf der Grundlage der Straftatbestände des Strafgesetzbuches“. (FN 1, S. 1) Jeder Hinweis auf den Umgang mit diesen Verbrechen in der DDR unterbleibt.

Weitere fünf Beiträge thematisieren die Architektur von Gedenkstätten bzw. deren Ausstellungen, zwei die Darstellung der Verhältnisse in der Kunst sowie zwei Probleme der pädagogischen Arbeit mit Besuchern von KZ-Gedenkstätten. Alexander Friedman konstatiert „Die Gettoisierung der jüdischen Bevölkerung im ehemals polnischen Westweißrußland“ hatte dort einen ausgeprägteren Antisemitismus als in Ostweißrußland, welches seit 1922 zur UdSSR gehörte. Als Ursache deutet er „eine kurzzeitige, aber um so brutalere Sowjetisierung“ (vgl. S. 17) an und folgt damit antisemitischen und antisowjetischen Denkmustern.

[243:] Die Arbeiten von Marco Pukrop, Jan Henrik Fahlbusch und Birga Meyer behandeln die Karrieren von KZ-Verbrechern und deren strafrechtliche Verfolgung in der BRD. Veronika Springmann untersucht den verordneten Sport als „Praxis der Gewalt im Konzentrationslager“. In einer Skizze über „Musik als Alltagsstrategie tschechischer Studenten im Konzentrationslager Sachsenhausen“ stellt Juliane Brauer KZ-Häftlinge und deren widerständiges Verhalten in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung.

In einem zweiten thematischen Schwerpunkt untersuchen vier Autorinnen die Formensprache von KZ-Gedenkstätten, die in der Volksrepublik Polen bzw. der DDR gestaltet wurden, und zwar Zofia Woycicka von Treblinka, Annika Wienert von einem Denkmal in Auschwitz-Birkenau, Alexandra Klein vom KZ-Außenlager Belzig, Zuzanna Bogumil analysiert die Ausstellung „Die Schulfibel-Kinder im Lager Majdanek.“ Nicht mit gegenständlichen Formen, sondern mit literarischen bzw. filmkünstlerischen Ausdruckformen befassen sich Christine Müller und Sheridan Burnside: Sie beschreiben, wie das Thema Konzentrationslager in einem Film von Wanda Jakubowska bzw. in Günter Grass' Roman „Hundejahre“ interpretiert wurde.

Christian Gudehus und René Muonajed untersuchen Wirkungen von KZ-Gedenkstätten auf Besucher bzw. wie solche Besuche für eine Menschenrechtserziehung von Jugendlichen genutzt werden können. In einem abschließenden Beitrag geben Grzegorz Plewik, Johannes Schwartz und Lavern Wolfram Empfehlungen für eine Neugestaltung der Gedenkstätte Majdanek nach Prämissen, wie sie für bundesdeutsche KZ-Gedenkstätten gelten.

KW

*Grundkurs deutscher Militärgeschichte.* Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. von KARL-VOLKER NEUGEBAUER. Bd 1: *Die Zeit bis 1914. Vom Kriegshaufen zum Massenheer.* Mit Beiträgen von MICHAEL BUSCH, MICHAEL EPKENHANS, STEPHAN HUCK, KARL-VOLKER NEUGEBAUER und MATTHIAS ROGG sowie WINFRIED HEINEMANN, HERBERT KRAUS, WERNER RAHN und DIETER STÜRZ. R. Oldenburg Verlag München 2006, 496 S., 16,80 €; Bd. 2: *Das Zeitalter der Weltkriege 1914-1945. Völker in Waffen.* Mit Beiträgen von ERNST WILLI HANSEN und KARL-VOLKER NEUGEBAUER sowie GERHARD P. GROß, HARALD POTEPA und WERNER RAHN. R. Oldenburg Verlag München 2007, 449 S., 16,90 €.

Mit der nun abgeschlossenen zehnbändigen Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ hat das Militärgeschichtliche Forschungsamt ein Werk erarbeitet, das den internationalen Forschungsstand zum Gegenstand mitbestimmt. Massenwirksamer indes als die theoretisch anspruchsvolle Reihe des Amtes dürfte sein dreibändiger „Grundkurs deutsche Militärgeschichte“ sein, der didaktisch aufbereitet, außer der Printfassung auch digital verfügbar, und reichhaltig mit Bildern, [244:] Karten, Schemata und Zitatkästen ausgestattet ist. Der Grundkurs tritt an die Stelle der vergriffenen zweibändigen „Grundzüge der deutschen Militärgeschichte“ von 1993, ist wie diese populär gehalten und für den historisch-politischen Unterricht im Rahmen der Offiziersausbildung der Bundeswehr gedacht.

Die Einbettung der Militärgeschichte in die Geschichte der Gesellschaft ist nicht aufgegeben, aber zum „Umfeld“ eingeschränkt worden. Sie beschränkt sich in der Regel auf ein einführendes Unterkapitel zur jeweiligen Epoche und eine Zeittafel. Das Gesamtwerk gliedert sich in zwölf Etappenabschnitte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Im Vordergrund stehen die Strukturkapitel, die die Organisation der Streitkräfte, ihre Ausrüstung, Bewaffnung und Technik vorstellen. Dazu gehören die taktischen Einsatzprinzipien, die Rekrutierung und die Finanzierung der Streitkräfte. Sich der Alltagsgeschichte

anzunähern dient der noch bescheidene Versuch, die „Lebenswelt“ der Soldaten einzubeziehen. Mindestens gleichwertig neben den Texten steht die Ausstattung des Bandes mit Bildern, Karten, Schemata und Zitatkästen, denn alle Aussagen sollen möglichst überzeugend veranschaulicht werden. Diese Ausstattung ist mehr als bloße Illustration, sie steht gleichberechtigt und selbständig neben den Textkapiteln. So verlockend diese Anschaulichkeit ist, sie ist zugleich ambivalent.

Es ist keineswegs allein dem Anspruch „angemessener Anschaulichkeit“ geschuldet, daß Differenzierungsgrad und kritischer Selbstanspruch des Serienwerkes „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ hier stark herabgestimmt werden. Während analytische Differenzierung und Kritik in den Textpassagen einen randständigen Platz finden, erzeugt die Masse der Bilder, angefangen von den Herrscherporträts über die demonstrativen Schlachten- und Paradebilder bis zu den nüchternen Porträts von Laufbahnmilitärs ein affirmatives Verhältnis zu den deutschen Streitkräften, deren Geschichte vorgestellt wird. Den können auch die abgedruckten Karikaturen nicht aufheben. Die Bundeswehr, auf die vor dem noch ausstehenden Band 3 manchmal vorausgegriffen wird, wird so weitgehend widerspruchsfrei in eine Tradition deutscher Militärgeschichte eingereiht, deren wahrlich bescheidene demokratische Leuchtpunkte etwas aufgehübscht und deren massiv dominierende reaktionäre Entwicklungslinien stark eingeebnet werden.

MO

ULRICH SANDER: *Mörderisches Finale. Naziverbrechen bei Kriegsende*. Hg. vom Internationalen Rombergparkkomitee. PapyRossa Verlag Köln 2008, 192 S., 14,90 €.

In den letzten Monaten vor ihrer Kapitulation verlagerten die Nazis ihren Terror erneut in die Öffentlichkeit und auf die Straße. Deutsche und ausländische Antifaschisten wurden in deutschen Städten reihenweise erschossen, mit oder ohne Standgericht als Deserteure gehenkt, die überlebenden Konzentrationslagerhäftlinge öffentlich über Deutschlands Straßen auf Todesmärsche geschickt und ausländische Zwangsarbeiter ermordet, um von ihnen befürchtete Widerstandsaktionen vorbeugend zu verhindern. Diesem Morden fielen unmittelbar vor der Befreiung Zehntausende zum Opfer. Die Verbrechen wurden überwiegend von der Gestapo, der SS und der Feldpolizei verübt, aber auch viele örtliche Funktionäre und einfache Mitglieder der NSDAP, Volkssturmänner und Hitleitungen nahmen an Massakern z. B. im Ruhrkessel teil, an Erschießungen in vielen Städten und Dörfern, am Mord an Häftlingen aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Zuletzt griffen ganz normale Einwohner der Städte und Dörfer, durch die Opfer getrieben wurden, zu Gewehr oder Knüppel. Diese Terrorwelle ist bisher zu wenig untersucht, viele Gedenkzeichen an diese Verbrechen wurden nach 1989 in Berlin und Ostdeutschland beseitigt. Ulrich Sander geht zu Recht davon aus, daß diese Terrorwelle praktisch eine Fortsetzung der „Aktion Gitter“ darstellte, und sie Bestandteil jener Nachkriegsplanung der Nazis war, die vorsah, vor ihrer eigenen Niederlage noch möglichst viele Antifaschisten umzubringen, um sie als Kandidaten für eine politische Alternative zum Faschismus zu beseitigen.

Sander versucht, die Naziverbrechen der letzten Kriegsmonate zusammenhängend darzustellen, wobei die Morde im Rheinland und in Westfalen im Vordergrund stehen. Ausführlicher behandelt er das Verbrechen in der Gardelegener Scheune, den Massenmord im Rombergpark Dortmund und aus der Bittermark, die Morde in der Wenzelbergschlucht bei Lüttringhausen, im Langebachtal bei Warstein und die Penzberger Mordnacht. Sander gibt eine umfassende, wenngleich noch nicht vollständige Zusammenstellung dieser Verbrechen von März bis Mai 1945, aufgebaut nach den Tatorten. Zu jeder Aktion stellt er die ermittelten Daten über die Opfer, die Mörder und die Umstände zusammen. Dies ist eine Chronik, die jeder deutsche Antifaschist einmal im Jahr erinnern sollte.

Die Analyse schließt mit einem Auszug aus dem Buch des früh verstorbenen Faschismusforschers Reinhart Opitz „Faschismus und Neofaschismus“ von 1984 zu der Frage, warum die Nazis dieses Mordprogramm in den letzten Monaten ihres Regimes forcierten, und in dem Opitz zu dem Schluß kam, daß sie entscheidend aus dem Kalkül erklärt werden müsse, auch nach der Niederlage noch ihren Kampf fortzusetzen, um eine antifaschistische Alternative durch die Ermordung ihrer potentiellen Repräsentanten auszuschließen. Dieser Diagnose hat Sander sich angeschlossen.

FW

[246:] HANS COPPI, NICOLE WARMBOLD (Hg.): 60 Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Lesebuch zu Geschichte und Gegenwart der VVN, VVN-BdA, Berlin 2007, 94 S., 4 €.

HANS COPPI, NICOLE WARMBOLD: *Der zweite Sonntag im September. Gedenken und Erinnern an die Opfer des Faschismus. Zur Geschichte des OdF-Tages*. Mit einem Geleitwort von Kurt Goldstein, VVN-BdA, Berlin 2007, 62 S.

Zum 60. Jahrestag der VVN haben die Herausgeber kürzere Erinnerungstexte von 68 Autoren zusammengestellt und durch einige Dokumente der VVN ergänzt. Sie behandeln die Gründung der VVN, ihr Wirken und ihre Entwicklung in der DDR und der BRD einschließlich der Verfolgungsgeschichte, den komplizierten Weg zum Zusammenschluß beider Organisationen zu einer einheitlichen nach 1990, Fragen der Entschädigung und sozialen Betreuung und der schwierigen Solidarität aller Opfergruppen, Probleme der Erinnerungskultur und der Gedenkstättenkonzepte und des aktuellen antifaschistischen Kampfes. Zu Wort kommen Gründungsmitglieder der VVN und Vertreter der jüngeren Generationen, Historiker und Juristen, Künstler und Wissenschaftler und schließlich Politiker aus einem sehr breiten antifaschistischen Spektrum. Neben Erinnerungstexten stehen Auszüge aus Verfassungsschutzberichten, neben historischen Passagen aktuelle politische Stellungnahmen und Überlegungen und Anregungen zur zukünftigen Wirksamkeit der Antifaschisten.

Die Herausgeber des populären Lesebuchs verfaßten gleichzeitig eine Broschüre zur Geschichte des Tages der Opfer des Faschismus, der seit 1945 in jedem Jahr am zweiten Sonntag im September in Berlin begangen wird. Es handelt sich um eine Begleitpublikation zur Wanderausstellung der VVN-BdA, die gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin erarbeitet wurde und bei der VVN-BdA auch bestellt werden kann: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Email: bundesbuero@vvnbdA.de. Tel. 030-29784174. Die Publikation nimmt die Ausstellung als ihre Grundlage und bezieht nicht wenige Exponate als Anschauungsmaterial mit ein.

KM

ROBERT MICHELS: *Soziale Bewegungen zwischen Dynamik und Erstarrung. Essays zur Arbeiter-, Frauen- und nationalen Bewegung*, hg. von Timm Genett. (Schriften zur europäischen Ideengeschichte, hg. von Harald Bluhm, Bd. 2), Akademie Verlag Berlin 2008, 370 S., 59,80 €.

Der Soziologe Robert Michels (1876-1936) ist meist nur als Autor eines Buches bekannt, der erstmals 1911 erschienenen und seither mehrfach wieder aufgelegten und in viele Sprachen übersetzten „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“. Es wurde ein Welterfolg. Michels analysierte in diesem Buch die Tendenz zur Oligarchiebildung innerhalb demokratischer Massenparteien und Organisationen, nicht zuletzt am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie. Seine [247:] gleichzeitig veröffentlichte vorzügliche Analyse der heuchlerischen und schädlichen Geschlechtmoral blieb dagegen weitgehend unbeachtet.

Michels hat dreißig Monographien und über 800 Aufsätze publiziert. Wenn sie heute wenig oder gar nicht bekannt sind, so liegt das nicht zuletzt daran, daß die Rezeption der Schriften Michels im Schatten seiner politischen Tätigkeit für den italienischen Faschismus seit 1928 stand. Zweiundzwanzig Texte aus den Jahren 1901 bis 1934 hat der Herausgeber ausgewählt, sie bilden eine unverzichtbare Ergänzung der berühmten „Soziologie des Parteiwesens“ und stellen die Frauenemanzipation und die nationalen Bewegungen als ebenso wichtige Arbeitsgebiete des Soziologen vor wie die Arbeiterbewegung. Michels Begriff der „sozialen Frage“ schloß alle drei ein, die Emanzipation der Arbeiter, der Frauen und der unterdrückten Nationen.

Robert Michels wurde 1876 als Sohn eines wohlhabenden Kölner Textilfabrikanten geboren, die Familie hatte französische und spanische Vorfahren. Der Sohn erhielt eine umfassende Ausbildung von europäischer Dimension und wurde ein kosmopolitischer Intellektueller. Für seine berufliche Laufbahn als Soziologe der sozialen Bewegungen erwies sich seine gründliche Kenntnis der parallelen Entwicklungen in Frankreich, Italien, Deutschland und anderen Ländern als professioneller Vorteil, was jedem Leser selbst bei seinen kleinen Miszellen über deutsche Zustände sofort ins Auge sticht.

Michels trat 1902 der deutschen Sozialdemokratie bei, doch seine Kritik am preußisch-deutschen Militarismus, am fehlenden Republikanismus war dieser zu radikal. Andererseits scheiterte im kaiserlichen Deutschland eine Habilitation und Professur an seiner SPD-Mitgliedschaft. Michels wurde Dozent in Turin und 1914 Professor in Basel, seine Wahlheimat aber wurde Italien. Es ließ sich ausbürgern und wurde nach dem ersten Weltkrieg italienischer Staatsbürger. In Turin schloß er sich eng den Vertretern einer aristokratischen Massenpsychologie um Lombroso an und beschritt den Weg zu einer Elitetheorie.

Politisch wanderte Michels von der deutschen Sozialdemokratie zum französischen und italienischen Syndikalismus. 1928 nahm er eine Professur an der Parteihochschule der italienischen Faschisten an und trat in Mussolinis Partei ein. Der Herausgeber hebt die Faszinationskraft des italienischen Faschismus auf die bürgerliche Intelligenz in den 20er und 30er Jahren hervor, verschweigt aber nicht, daß Michels es zeitlebens vermieden hat, die herrschaftskritischen Instrumente seiner „Soziologie des Parteiwesens“ analytisch auf den Faschismus anzuwenden.

Michels Hinwendung zur Soziologie und Psychologie der Organisation ging nicht zuletzt auf das Versagen der SPD gegenüber der Kriegsgefahr zurück und führte zum Bruch mit ihr. Michels fragte nach den Ursachen für die Passivität und Immobilität der SPD und kam zu dem Ergebnis, daß die Partei gerade aufgrund ihrer Organisationserfolge politisch immobilisiert sei.

[248:] Von den Beiträgen im ersten Teil des Auswahlbandes sei besonders auf Michels Analysen der italienischen Landarbeiter in Nord- und Süditalien hingewiesen. Eine kleine Kostbarkeit ist seine Analyse der Verlobungsanzeige eines deutschen Rittergutsbesitzers. Der zweite Teil versammelt Aufsätze über den konservativen und oligarchischen Grundzug der Partei-Organisation, über die deutsche Sozialdemokratie und die Klassenbildung und den Kreislauf der Eliten. Im dritten Teil plazierte der Herausgeber Arbeiten Michels zu Nation und Nationalismus und über das Nationalitätsprinzip in der Geschichte.

Der Herausgeber umreißt in einer ausführlichen Einleitung Lebensweg und Schaffen von Michels. Er besteht darauf, daß dieser keinen direkten Weg vom Syndikalismus zum Faschismus gegangen sei, sondern sich zwar den Syndikalisten verbündete, aber ihre Positionen theoretisch nicht übernahm. Auch sei er kein Vordenker des Faschismus gewesen, wohl aber seit dem ersten Weltkrieg der offiziöse Vertreter des italienischen Staates in Fragen des Krieges und der Außenpolitik, was ihm den Haß aller deutschen Chauvinisten eintrug. Zu Recht hebt Genett die Ausnahmestellung Michels als radikaler Vorkämpfer der Frauenemanzipation hervor, der weitaus konsequenter und zudem soziologisch begründeter war und auf soziale und sexuelle Emanzipation der Frauen ausging als noch so verbalradikale Feministinnen heute. Als solcher bleibt Michels für die deutsche Frauenbewegung erst noch zu entdecken, nicht zuletzt durch diesen Band.

WR

*Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstraditionen – Institutionen – Diskurse.* Vorträge der Tagungen des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 21. bis 23. November 2003 und vom 12. bis 14. November 2004. Hg. von CHRISTIANE BRENNER, K. ERIK FRANZEN, PETER HASLINGER und ROBERT LUFT. R. Oldenbourg Verlag München 2006, 485 S., 59,80 €.

Der Sammelband geht auf zwei Konferenzen des Collegium Carolinum von 2003 und 2004 zurück, mit denen die „historische Ostforschung“ sich spät und zögerlich an die kritische Untersuchung der eigenen Wissenschaftsgeschichte macht. Dies geschieht vorrangig unter institutionellem Aspekt im Hinblick auf das Collegium Carolinum und die bundesgeforderte Osteuropaforschung. Weiter werden die deutsche Südostforschung, die deutsche Universität in Prag und die Reinhard-Heydrich-Stiftung im Protektorat untersucht. Ein zweiter Strang betrifft Traditionen dieser Forschung selbst oder ihrer politischen Inanspruchnahme, so die Volksgruppenkonzeption der Sudetendeutschen Landsmannschaft oder die Konzeption der tschechoslowakischen Nation. Ein dritter Strang umfaßt Beiträge zu Debatten beispielsweise über den Sinn tschechischer Geschichte (1895-1989) oder über die Bewertung

Edvard Beneš', oder über den Vergleich der Arbeiten über die französische Revolution in der Historiographie der DDR, Polens und der Tschechoslowakei.

[249:] Ausgehend von der Feststellung, daß gerade im deutschen Fall die „Historie als zentrale Nationalwissenschaft“ zu gelten hat, konstatieren die Herausgeber, daß die (west)deutsche Geschichtswissenschaft im Hinblick auf die eigene Fachvergangenheit ihrem Anspruch auf kritische Reflexion nicht gerecht geworden ist, im besonderen nicht im Hinblick auf „die Geschichte des Faches im Gesamtkontext der imperialistischen und rassistischen Osteuropapolitik“. (1) Die historische Bohemistik habe die Impulse und Anregungen der Diskussionen über die Historiker im deutschen Faschismus nur zögerlich aufgenommen. Das wollen sie mit diesem Band ändern.

Allerdings setzen die Herausgeber auch wieder Schranken: Weder sollen weiße Flecken der deutschen Osteuropaforschung entdeckt noch die selbstkritische Analyse zum „investigativen Selbstzweck“ werden. „Ergiebiger als der Gestus plakativer Selbstenthüllung erweist sich (...) die Analyse der ‚wissenschaftlichen Selbstmobilisierung‘ von Institutionen und Einzelpersonen unter den Bedingungen von finanziellen Verteilungskämpfen und Reputationskonkurrenzen.“ Daher wollen sie gerade im Hinblick auf das Collegium Carolinum nicht nur nach den politischen Determinanten und Rahmenbedingungen, sondern vor allem nach den fachlich-programmatischen Orientierungen fragen, und das für die deutschen Historiker in der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit, für die sudetendeutschen Historiker in der Bundesrepublik nach 1945 und schließlich das Collegium Carolinum.

Hinsichtlich der fachwissenschaftlichen Orientierungen der eigenen Disziplin sind die Beiträge tschechischer Autoren über den Tschechoslowakismus, Beneš, die Französische Revolution, den ersten Weltkrieg und den Völkermord an den Juden aussagekräftig. Von den deutschen Autoren befassen sich Tobias Weger und Samuel Salzborn mit der „völkischen“ historiographischen Konzeption deutscher Osteuropahistoriker. Die Gründungsgeschichte des Collegiums untersucht Christoph Cornelißen. In dieser Gründung trafen sich unterschiedliche politische und wissenschaftliche Interessen. Gewichtiger als die Traditionspflege und Institutionalisierung der „Heimatsforschung“ waren die politischen Interessen im kalten Krieg gegen die sozialistischen Länder Osteuropas, in die sich jene der Vertriebenenpolitiker einpaßten.

Gerade weil die Herausgeber die Institutionengeschichte in den Mittelpunkt stellen wollen und nicht die Theoriengeschichte, weil sie explizit nach dem Grad institutionalisierter Abhängigkeiten der Forschung von der Erwartungshaltung des Staates und einzelner politischer Kräfte fragen wollen, verhindern die selbst eingebauten Bremsen der Untersuchung deren kritische und kognitive Potenz. In dieser Hinsicht verengt der Akzent auf fachliche Konzeptionen die explizite Analyse der in ihnen wirksamen politischen Interessen und Ideologien. In der Tradition der deutschen kleinbürgerlichen Entwicklung seit dem Dreißigjährigen Krieg [250:] machen also die Herausgeber eigene Beschränktheiten geltend, bevor noch der eigene kritische Anspruch an den Gegenstand überhaupt aufgerichtet wird.

Der Beitrag von Edita Ivaničková berichtet über die Tätigkeit der bilateralen Historikerkommission DDR-ČSSR, leider schwimmt die Verfasserin so unkritisch im antikommunistischen Zeitgeist, daß der Leser aus ihrem Text kaum Gewinn ziehen kann, zumal die Informationen dürftig sind und sachliche Fehler enthalten.

Gewinn bieten Aufsätze über die tschechische Geschichtsschreibung und ihre Debatten und „master narratives“, deren Entstehungskontexte und Veränderungen. Natürlich kann ein Sammelband über die Geschichtsschreibung der Geschichte der böhmischen Länder nicht entraten. So befassen sich viele der 21 Beiträge auch direkt mit jener Geschichte, deren Geschichtsschreibung sie untersuchen. Warum aber wird der Band mit einem Beitrag von Martin Sabrow über die DDR-Geschichtswissenschaft als Herrschaftsdiskurs eröffnet, in dem die Geschichtsschreibung über die böhmischen Länder überhaupt nicht vorkommt? Weil es bei aller neuen Offenheit gegenüber der eigenen Geschichtsschreibung natürlich auch weiterhin die aktuellen politischen Prioritäten gibt, die mit Steuermitteln großzügig gefördert werden.

MO

SVEN FELIX KELLERHOFF: *Der Reichstagsbrand. Die Karriere eines Kriminalfalls*. Mit einem Vorwort von Hans Mommsen. be.bra verlag, Berlin Brandenburg 2008, 160 s., 14,90 €.

Der leitende Redakteur für Zeit- und Kulturgeschichte im Springer-Flaggschiff *Die Welt* legte zum 75. Jahrestag des Reichstagsbrands eine, wie Hans Mommsen im Vorwort schreibt, „gut lesbare und schlüssige Schilderung des Ereignisses und seiner bis heute anhaltenden publizistischen Nachspiele vor und gelangt zu dem Ergebnis, daß an der alleinigen Täterschaft des Holländers Marinus van der Lubbe nicht gezweifelt werden kann“. (7) Mommsen bescheinigt seinem Adepten eine „sorgfältige Auswertung der Quellen“. Tatsächlich aber zieht Kellerhof die damaligen Polizeiakten in der von Fritz Tobias entstellten Form heran – ohne die gebotene historische Quellenkritik.

Angesichts der Medienkampagne um das Buch dieses Publizisten, das zum Gegenstand selbst nichts beizutragen vermag und höchstens durch die Kunst des Weglassens aller entscheidenden Sachverhalte auffällt, verbleibt dem Rezensenten, zwei Sachverhalte zu vermelden: Erstens den öffentlichen Beitritt von Kellerhof zu jener Mafia von Verfassungsschützern, Kriminalisten, Historikern und Publizisten, die seit über vier Jahrzehnten die Legende vom angeblichen Alleinbrandstifter Marinus van der Lubbe zu ihrem Dogma erhoben hat und mit Argusaugen darüber wacht, daß dieses Dogma nicht angezweifelt wird und gegenteilige Auffassungen mit allen Mitteln bekämpft werden. Die entscheidende Kraft in diesem Kartell, zu dem der ehemalige Kriminalkommissar Walter Zirpins und der [251:] ehemalige Verfassungsschützer und Hobbyhistoriker Fritz Tobias gehören sowie die Historiker Hans Mommsen und Henning Köhler und der Zeit-Publizist Karl-Heinz Janßen u. a., ist das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, das seine eigene Geschichtsfälschung partout nicht widerrufen mag und dem sich *Die Zeit* und *Die Welt* zugesellten. In dieser Gesellschaft darf natürlich auch der „Geschichtspapst“ des ZDF, Guido Knopp, nicht fehlen, der sich jüngst der *Spiegel*-Fraktion angeschlossen hat.

Zweitens ist zu vermelden, daß sich nach 75 Jahren mit Kellerhof ein naturwissenschaftlich-technisches Genie zu Wort gemeldet hat, das die schwierige Frage klärt, wie das Gestühl und die Wandverkleidung des Plenarsaals aus schwerem Eichenholz sich mit van der Lubbes wenigen Kohlenanzündern entzünden konnten. Kellerhof löst das Rätsel, an dem die Brandsachverständigen von 1933 ebenso wie die der Experten von der TU Berlin 1970 gescheitert seien, mit wenigen Federstrichen:

„Es dürfte am 27. Februar 1933 gegen 21.27 zu einem heute als ‚Backdraft‘ bekannten und gefürchteten Phänomen gekommen sein, das bei Bränden in geschlossenen Räumen auftritt. Dabei verbraucht zunächst ein offen brennendes Feuer einen Großteil des verfügbaren Sauerstoffs. Verlöschen die Flammen, führen die stark gestiegenen Temperaturen zum chemischen Phänomen der Pyrolyse: Organische Moleküle spalten sich; unoxidierte, das heißt brennbare Gase steigen auf und sammeln sich unter der Decke. Gleichzeitig sinken durch die nunmehr nur noch schwelenden Brandstellen die Temperaturen etwas. Dadurch entsteht ein Unterdruck, der Luft ansaugt, sobald das möglich ist. Kommt in dieser Situation Sauerstoff in den bis dahin abgeschlossenen Raum, läßt sich eine Katastrophe kaum mehr abwenden: Nach dem Öffnen einer Tür scheint die gestaute Hitze zunächst wie ein Schlag hinauszudrängen, doch unmittelbar darauf bildet sich ein starker Luftzug ins Innere des nun geöffneten Brandraums. Der Sauerstoff vermischt sich, je nach Größe des Raums in wenigen Sekunden bis mehr als einer Minute, mit den heißen Rauchgasen. Sobald die Mischung zündfähig ist, kommt es zu einer Rauchgasexplosion, die Temperaturen von bis zu 1000 Grad entwickeln kann und nicht mehr unter Kontrolle zu bringen ist.“ (137 f.)

Erstaunlich, daß die Brandexperten der TU Berlin von diesem Phänomen noch nichts gewußt haben sollten, als sie 1970 ihr Gutachten erstellten. Nach Kellerhof hätte es also völlig ausgereicht, wenn van der Lubbe die Stoffbahnen im Plenarsaal in Brand gesetzt hätte. Die Experten gingen allerdings davon aus, daß dies niemals ausgereicht hätte, das schwere Gestühl in Brand zu setzen. Den „Backdraft“ oder die Rauchgasexplosion gibt es wirklich, nur setzt sie voraus, was sie bei Kellerhof bewirken soll, nämlich einen vorausgegangenen schweren Brand. Sie kann über die Entzündungsquelle nichts aussagen, auch kann das schwere Holz während einer Schwelbrandperiode nur außerordentlich langsam ausgasen und keinesfalls eine genügende Menge zündfähiger Gase liefern. „Kurz-[252:]um:



Die These vom Backdraft beweist eher das Gegenteil von dem, was Kellerhof beweisen will. Keinesfalls läßt sich damit die These von der Alleintäterschaft van der Lubbe bestätigen.“ (Stellungnahme von Prof. em. Dr. Ing Karl Stephan, Institut für technische Thermodynamik und thermische Verfahrenstechnik der Universität Stuttgart zu den Ausführungen von Sven Felix Kellerhof, 8. Februar 2008).

Kellerhof wählt den Untertitel „Die Karriere eines Kriminalfalls“. Leider schildert er weder die erste noch die zweite Karriere. Die erste ist das Folgegeschehen hinsichtlich der Brandstifter: Nicht nur das mißbrauchte Werkzeug van der Lubbe mußte sterben, sondern auch so mancher SA-Mann. Die Historiker unmittelbar geht die zweite Karriere an, die Kriminalgeschichte von der Reinwaschung der Nazis von der Reichstagsbrandstiftung und die Geburt und Durchsetzung des Dogmas vom Alleintäter van der Lubbe. Diese Kriminalstory westdeutscher Historiker ist in mehreren Publikationen beschrieben und destruiert worden, am ausführlichsten von Alexander Bahar und Wilfried Kugel in ihrem Buch „Der Reichstagsbrand. Wie Geschichte gemacht wird“, Berlin 2001, Kapitel 11, in kürzerer Fassung auch in dieser Zeitschrift: Alexander Bahar: „Dieses Feuer ist erst der Anfang“. Die Nazis und der Reichstagsbrand, *Bulletin* 25126, Berlin 2005, S. 87-121.

WR

[253:]

## MISZELLEN

### **Raul Hilberg verstorben**

Der große Forscher zum Völkermord an den Juden Europas, der amerikanische Historiker Raul Hilberg, ist am 4. August 2007 im Alter von 81 Jahren an Lungenkrebs gestorben. Aus Wien, wo er am 2. Juni 1926 geboren wurde, flüchteten seine Eltern 1939 mit ihm in die USA. 1945 kam er als Soldat der US-Army nach Deutschland und fand im „Braunen Haus“ in München Teile der in Kisten verpackten Privatbibliothek Hitlers. In die USA zurückgekehrt, studierte Hilberg Geschichte und Politikwissenschaft und fand unter dem Einfluß des unbestechlichen Analytikers der Nazi Herrschaft, des emigrierten Franz Neumann, seinen wissenschaftlichen Gegenstand, die Geschichte des faschistischen Mordes an den Juden. Hilberg ging davon aus, daß diese Geschichte nicht zu begreifen ist, wenn man nicht die Erwägungen, Anstrengungen und Handlungen der Mörder und ihrer Helfer untersucht. Er lebte die Maxime, der Historiker sei den Opfern die Wahrheit schuldig. Mit einer ungeheuren Kraftanstrengung arbeitete er sich durch die Dokumentenberge des Menschheitsverbrechens, erfaßte dieses und analysierte es. Niemand hat gründlicher und umfassender als er das Wie, die Organisation des Judenmords, untersucht und dargestellt. Er hat das fürchterliche Geschehen im Originalton der bürokratischen Kälte aus den Quellen wiedergegeben. Die Frage nach den Ursachen behandelte er nicht explizit.

Raul Hilberg verweigerte sich jeder Mystifizierung des „Holocaust“ zum sakralen, überhistorischen Ereignis. Die Prediger der heute modisch gewordenen „Religion des Holocaust“ konnten sich weder mit Hilbergs Forschungsmethode noch mit seiner Person befreunden, sie vermieden es nach Möglichkeit, Ratschläge des weltweit besten Sachkenners bei der Gestaltung von Gedenk- und Forschungsstätten in den USA oder Israel einzuholen. Heute gilt Hilbergs Lebenswerk „Die Vernichtung des europäischen Judentums“ international als Standardwerk, es erlebt immer wieder neue Auflagen. Nur wenige wissen, auf welch immense Schwierigkeiten Raul Hilberg stieß, als er sein Buch in den USA veröffentlichen wollte. Israelische Historiker und Verlage verweigern sich dem Werk bis heute. Seine 1994 erschienene Autobiographie trägt den Titel „Unerbetene Erinnerung“.

### **Weltkriegsreihe abgeschlossen**

Am 6. Mai 2008 wurde in der Bertelsmann-Repräsentanz Unter den Linden 1 in Berlin der abschließende Band 10 der großen vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) herausgegebenen Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ der Öffentlichkeit vorgestellt – rund 40 Jahre nach Projektbeginn und fast 30 Jahre nach Erscheinen des ersten Bandes (1979). Der britische Historiker Ian Kershaw hielt die Laudatio. Die Konzeption der Reihe war nicht [254:] zuletzt auf die Herausforderung durch die vorausgegangene Reihe „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ aus der Feder von Historikern der DDR zurückzuführen, die der damalige Leitende Historiker des MGFA, Andreas Hillgruber, aufgriff.

Die damaligen Historiker des MGFA wollten eine umfassende und kritische Geschichte der Gesellschaft im Kriege schreiben und nicht nur eine Geschichte der Schlachten. Mit dem ersten Band, der die Vorbereitung des Krieges behandelt und von Manfred Messerschmidt, Wilhelm Deist, Hans-Erich Volkmann und Wolfram Wette verfaßt wurde, fand diese Konzeption eine markante Ausprägung. Sie hatte den wissenschaftlichen Anspruch, diese Geschichte aus den Quellen zu schreiben und nicht auf der Grundlage der Wehrmachtberichte: Der politische Anspruch zielte darauf, die durch Memoiren von Nazigeneralen verbreitete Apologetik durch eine analytisch fundierte, quellenbasierte kritische Darstellung zu ersetzen. Das ist den Autoren weitgehend gelungen, wenigstens in den ersten Bänden. Ihre Reihe verkörperte weltweit den Forschungsstand, auch wenn die Integration der verschiedenen Stränge nicht immer gelang und z. B. die Okkupationspolitik in speziellen Querschnittsbänden behandelt wurde. (Vgl. *Bulletin* 21)

Der Abschluß der Reihe hat sich um viele Jahre verzögert, der Mitarbeiterstab war am Ende nicht mehr derselbe wie am Beginn. Doch es liegt nicht nur daran, wenn die ursprüngliche Konzeption mit dem Voranschreiten des Projekts immer mehr verlassen, ja in ihr Gegenteil verkehrt wurde. Es liegt

vor allem am politischen Zeitgeist nach 1989/90 und an den Moden, denen auch die Historiographie unterliegt. Mit dem Band 8 kehrte das Projekt von der Gesellschaftsgeschichte zur militärischen Operationsgeschichte zurück. (Siehe die Rezension, S. 215 ff.)

Band 10 erscheint unter dem Titel „Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945“ mit den zwei Halbbänden „Die militärische Niederwerfung der Wehrmacht“ und „Die Folgen des Zweiten Weltkrieges“. In ihm wird der zweite Weltkrieg als deutscher Krieg designiert und der Standpunkt seiner Geschichtsschreiber als „Kameradschaft“ mit den Soldaten der Wehrmacht postuliert.

Im Band 9 beschritten die Autoren einen anderen Weg, die Konzeption der Reihe preiszugeben: Die Geschichte der Gesellschaft im Kriege wurde nicht mehr um die Achse von Politik und Ökonomik der Kriegführung konzentriert, sondern im Sinne eines postmodernistischen Kulturalismus zerfasert und die Einheit seines Gegenstandes in eine Sammlung von Beliebigkeiten aufgelöst (Siehe *Bulletin* 27).

### **Collegium Humanum verboten**

*Bulletin* hatte im Heft 30 (S. 138 f.) über das Collegium Humanum- Akademie für Umwelt- und Lebensschutz e. V.“ in Vlotho – berichtet. Diese Schulungsstätte, eines der wichtigsten Tagungshäuser deutscher und internationaler Faschisten, wurde jahrzehntelang als gemeinnützig anerkannt und gefördert. Den Forderungen des Vlothoer Bündnisses gegen das Collegium, der Landtagfraktion der Grü-[255:]nen in Nordrhein-Westfalen und der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE und selbst der örtlichen CDU nach einem Verbot hatte sich das Innenministerium von NRW widersetzt und selbst die ehemalige SPD-Grüne-Landesregierung hatte sich für nicht zuständig erklärt. Am 7. Mai 2008 hat nun der Bundesinnenminister das Collegium nun endlich verboten. Das Verbot erstreckt sich auch auf den dem Collegium angegliederten „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitung des Holocaust Verfolgter“ sowie auf die „Bauernhilfe e. V.“. Die Akademie hatte sich als internationales Zentrum der Leugner des nazistischen Judenmords profiliert. Diese Organisationen wurden jetzt als „Sammelbecken organisierter Holocaustleugner“ mit Verweis auf das Vereinsgesetz vom Bundesinnenminister verboten.

### **„Sichtbares Zeichen“ gegen Vertreibungen**

Im 70. Jahr des Münchener Diktats beschloß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 19. März 2008, das vom Bund der Vertriebenen geforderte „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zu errichten und zwar als „sichtbares Zeichen“ und „ganz unter deutscher Regie“. Die polnische Regierung unter Donald Tusk hat ihren hinhaltenden Widerstand gegen ein geschichtsrevisionistisches „Zentrum gegen Vertreibungen“ aufgegeben, enthält sich aber weiterhin jeder offiziellen Teilnahme. Das „sichtbare Zeichen“ soll nun nicht von einem privaten Verein wie dem Bund der Vertriebenen, sondern in staatlicher Verantwortung von einer Behörde erbaut, gestaltet und unterhalten werden. Diese Behörde ist der beim Bundeskanzleramt angesiedelte Kulturstaatssekretär, Bernd Neumann (CDU). Er soll die Regierungsentscheidung umsetzen. Unmittelbarer Träger der zu schaffenden Dauerausstellung wird eine unselbständige Stiftung beim Museum für Deutsche Geschichte. Die Ausstellung selbst wird im sog. Deutschlandhaus in Berlin am Anhalter Bahnhof (Stresemannstraße) untergebracht. An Baukosten sind 29 Millionen Euro bewilligt, als jährliche Unterhaltskosten 2,9 Millionen Euro vorgesehen.

Als Grundlage der geplanten Dauerausstellung dient nun nicht die vom Bund der Vertriebenen veranstaltete Ausstellung „Erzwungene Wege“, die vom 10. August bis 29. Oktober 2006 im Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, in Berlin gezeigt wurde und vom BdV als Musterausstellung für das geforderte Zentrum gegen Vertreibungen konzipiert worden war. Die Bundesregierung hat vielmehr die damals nahezu parallel vom 18. Mai bis 15. August 2006 vom Bonner Haus der Geschichte im Deutschen Historischen Museum in Berlin präsentierte Wanderausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ zur Grundlage des jetzt beschlossenen „sichtbaren Zeichens“ erklärt.

Neumanns Stellvertreter im Amt des Kulturstaatssekretärs ist noch bis Ende des Jahres 2008 Hermann Schäfer, der bis zum 31. Januar 2006 als Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn vorstand. In [256:] dieser Funktion war er als Kurator für die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ verantwortlich.

Auch diese Ausstellung ist um eine europäische und zeitliche Einbettung ihres Gegenstandes bemüht, „Flucht und Vertreibung“ werden als Jahrhundertereignis apostrophiert. Die Verweise auf andere Zwangsmigrationen in Europa erscheinen hinsichtlich des Aufbaus der Ausstellungsgegenstände allerdings noch dürftiger als beim BdV, zumal die Aussteller nicht wußten, wohin sie die spärlichen Teile, die nicht deutsche Aussiedler zeigten, stecken sollten und sie gedankenlos und unvermittelt der eigentlichen Ausstellung vorschalteten. Auch die Verweise auf die Vorgeschichte und damit auf Ursachen der Vertreibungen sind in der Bonner Ausstellung marginal und enthalten zudem krasse Fehler, z. B. hinsichtlich der Deutschen in der Tschechoslowakei 1938. Die vorgeschaltete „Europäisierung“ ist geradezu lächerlich, die Erhebung zum quasiüberhistorischen Jahrhundertereignis befördert die Mystifizierung. Daß diese Flucht vielfach vom Naziregime erzwungen war, bleibt auch in dieser Ausstellung im Hintergrund.

Die Bonner Wanderausstellung widmet die Hälfte ihres Platzes der Integration der geflohenen oder ausgesiedelten Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR und verteilt damit freilich die Gewichte entschieden anders als die Ausstellung des BdV. Leider ist diese zweite Hälfte hinsichtlich ihres Gegenstands noch unkritischer als die erste, auch dort wo sie Probleme der Integration benennt. Die Neigung zur Präsentation einer Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik entwertet selbst informative Ausstellungsräume. Widersprüche gibt es zwischen der Beschriftung mancher Exponate und den Texttafeln, die es mit der Wahrheit nicht sehr genau nehmen. So dokumentiert die Ausstellung in Bildern über die Neubauern die Integrationsleistung der DDR, die ihr im Text abgesprochen wird.

Die Konzeption des Kulturstaatssekretärs Neumann wurde anlässlich seiner Reise nach Warschau im März 2008 in der polnischen Zeitung *Rzeczpospolita* veröffentlicht, der deutschen Öffentlichkeit jedoch vorenthalten. Die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ und ihr Begleitband haben allerdings diese Konzeption hinreichend deutlich gemacht. Es geht um die dauerhafte Vergegenständlichung einer Umwertung des zweiten Weltkrieges, im Mittelpunkt stehen nicht die Ursachen der Aussiedlung jener Deutschen, deren Leiden und Opfer thematisiert werden. Die Einbeziehung der Massenvertreibungen anderer Völker bleibt Alibi und Staffage, die Erhöhung von „Vertreibungen“ zum europäischen Schicksal klärt nicht über historische Zusammenhänge auf, sondern zielt auf eine unkritische emotionale Identifizierung ab, die Einsicht nicht befördert, sondern eher behindert.

Man lasse sich nicht von der Erklärung täuschen, es ginge um ein Gedenken an „die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“. Die Initiatoren wollen ein „sichtbares Zeichen“ gegen die Aussiedlung der deutschen Minderheiten ab 1945 [257:] aus jenen Ländern Ost- und Südosteuropas setzen, deren Völker diese Deutschen nicht mehr ertragen konnten und wollten und sie wegen ihrer Beteiligung an den Verbrechen der deutschen Okkupanten mit gutem Grund verjagt haben.

### **DFG-Wanderausstellung zum „Generalplan Ost“**

Die Orientierung der Forschung im „Dritten Reich“ auf imperialistische, expansionistische, rüstungswirtschaftliche und nicht zuletzt offen rassistische Projekte durch die DFG hatte ihren Gipfel in der Mitfinanzierung der Arbeiten zum Generalplan Ost (GPO) von Konrad Meyer gefunden. Dennoch stellte dies nur die Spitze eines Eisbergs dar. Nachdem frühere Versuche, die Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft schreiben zu lassen, die Rolle der DFG gegenüber dem Naziregime entweder völlig verschwiegen oder weitgehend vertuscht hatten, wurde Mitte der 1990er Jahre ein neuer Anlauf genommen und eine von der DFG finanzierte Projektgruppe „Geschichte der DFG von 1920 bis 1970“ unter der Leitung von Ulrich Herbert aus Freiburg und Rüdiger von dem Bruch aus Berlin geschaffen. Über ihre Aktivitäten hat *Bulletin* mehrfach berichtet. Die Projektgruppe veranstaltet regelmäßig Konferenzen mit ausgewählten Teilnehmern, gibt inzwischen eine Reihe „Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920-1970“ heraus und bietet jüngeren Wissenschaftlern die Chance zur akademischen Graduierung und zur Profilierung.

Zu den inzwischen 20 Einzelprojekten des Vorhabens gehört auch eine wissenschaftlich bescheidene, politisch aber anspruchsvolle Wanderausstellung der DFG, die unter dem Titel „Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“ von der Projektgruppe 2006 gestaltet und im Februar 2008 im Foyer des Hauptgebäudes der Humboldt-Universität in Berlin Unter den

Linden gezeigt wurde. Der Katalog enthält Beiträge von Isabel Heinemann, Willi Oberkrome, Sabine Schleiermacher und Patrick Wagner und ist auch als Broschüre erhältlich.

Es handelt sich um eine sehr kleine Ausstellung, die in Berlin wenig übersichtlich angeordnet war. Zu den Komplexen Wissenschaft, Planung und Vertreibung sind Texte und Bilder auf Stellwänden angeordnet, die weder für sich noch in ihrem Zusammenhang jenes Minimum an Informationen bieten, das für das Begreifen eines intendierten Zusammenhangs erforderlich wäre. Ergiebiger sind da einige wenige Dokumente, die als vergrößerte Kopie ausgelegt waren und z. B. über die jährliche Bewilligung von Gelder der DFG für den GPO und deren Verteilung durch Konrad Meyer an seine Mitarbeiter informierten.

Im Komplex „Wissenschaft“ kann der Besucher erfahren, wie bereitwillig und anpassungsfähig die DFG bei der Förderung der Forschungen für den Krieg und die „Neuordnung Europas“ war. Die DFG war eifrig dabei, die „Rassenforschung“ zur Leitwissenschaft zu erheben. Hinsichtlich des GPO stehen erstens der [258:] „wissenschaftliche Multifunktionär und Umsiedlungsplaner der SS, Prof. Konrad Meyer, und zweitens die Vorstellungen über eine leistungsfähige Agrargesellschaft in den „Germanisierungszonen“ nach der Vertreibung oder Ermordung der ursprünglichen Bewohner im Vordergrund: die Siedlungsstruktur der Dörfer und Städte, die Neuausrichtung der Anbauflächen und die Entflechtung der Industrieeinheiten, die Infrastruktur und die Verwaltungsstruktur. Diese Planungen für die deutsche Besiedlung dominieren in der Ausstellung. Der GPO aber hatte das Schwergewicht zunächst auf Aussiedlung und Ermordung der Bevölkerung gelegt.

Der Teil „Vertreibung“ beschränkt sich auf punktuelle Aussagen und Beispiele und macht dem Unkundigen weder den Gesamtumfang noch den Gesamtzusammenhang deutlich. Nach siebenjähriger Arbeit der Projektgruppe ist diese Ausstellung einfach dürftig. Zu beklagen sind neben dem Weglassen wichtiger für die drei Komplexe relevanter Sachverhalte und Institutionen direkte Falschaussagen von erheblichem Gewicht. So wird die „Entjudung“ als Teil des GPO vorgestellt. Doch das war sie nicht. Meyer setzte in seinen Plänen den Mord an den Juden als vollzogene Tatsache voraus.

Von den verschiedenen Fassungen des GPO, die die Forschung entdeckt und analysiert hat, bezieht sich die Ausstellung auf eine von „Juni 1942“, doch eine solche gibt es nicht. Gemeint ist die von Meyer in seinem Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik an der Berliner Universität verfaßte Denkschrift „Generalplan Ost – rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus“ vom 28. Mai 1942. Diese Fassung lag dem Nürnberger Gerichtshof beim sog. Volkstumsprozeß (VIII) vor, dessen Urteil am 10. März 1948 sich darauf bezog. Im Unterschied zu anderen Fassungen des GPO von Meyer bzw. anderen Versionen eines GPO durch andere SS-Dienststellen, liegt diese Fassung vom 28. Mai 1942 komplett vor, im Archiv und gedruckt. Daß der US-amerikanische Gerichtshof 1948 die Tragweite von Meyers Ausarbeitung des GPO nicht erkannte und ihn ungeschoren ließ, darf aber doch bitte Ausstellungsmacher von heute nicht dazu verleiten, die Richter schwerer zu beschuldigen als Meyer. Nach sieben Jahren Forschung und einem Etat von zwei Millionen sollte es der Projektgruppe auch endlich möglich sein, den vollen Wortlaut des GPO vom 28. Mai 1942 zu publizieren. Auch das ist bisher nicht passiert.

Sehen wir von falschen Daten, Bildunterschriften und ähnlichen Nachlässigkeiten ab, so fällt in der Miniaturausstellung und ihrer Broschüre auf, daß die russischen, ukrainischen und belorussischen Opfer des GPO kaum berücksichtigt werden. Dabei projektierte der GPO ganz konkret die Einrichtung von drei Siedlungsmarken für deutsche Ansiedler, das Leningrader Gebiet – von den Nazis Ingermanland genannt –, das Weichsel-Narew-Gebiet und die Krim mit Cherson. Die Kontinuität dieser Gebiete als Ziele deutscher Expansionspolitik ist frappierend: Es handelt sich um dieselben Territorien, die Horst Waffenschmidt (CDU), von 1982 bis 1997 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, als Aus-[259:]siedlungsbeauftragter der Bundesregierung (1988-1998) in den 1990er Jahren mit seinem Geldkoffer besuchte, um rußlanddeutsche Ansiedler dort an den Boden zu binden.

Eine der schwerwiegenden Fehlaussagen des Katalogs lautet: „Der ‚Generalplan Ost‘ wurde nie Realität.“ (26) Als ob es die „Aktion Zamość“ nicht gegeben hätte, in der seit dem November 1942 versucht wurde, den GPO in einem strategischen Teilstück zu realisieren. Dieses völkermörderische

Experiment, mehrere Kreise des Distrikts Lublins sofort und unmittelbar „einzudeutschen“, endete vollständig erst im August 1943. Im Katalog wird auf S. 32 geschrieben: „Aus dem Kreis Zamość wurden mindestens 50.000 Polen vertrieben.“ Offenkundig soll „mindestens“ hier heißen, daß es mindestens doppelt so viel waren. Doch da die polnischen Bauern flüchteten, konnten die Okkupanten „nur“ 50.000 erfassen. Nicht verschwiegen werden darf die mangelnde Kritikfähigkeit der Ausstellungsmacher gegenüber der völkischen Terminologie der von ihnen präsentierten Dokumente. Sie übernehmen in den Text ihrer Tafeln ohne Distanz, ohne Erklärung und Kommentar solche Klassifizierungen wie „Eindeutschungsfähigkeit“.

Insgesamt ist diese Ausstellung eine Peinlichkeit. Was der GPO wirklich war, welchen Stellenwert seine Planungen hatten und welche katastrophalen Folgen bereits seine Inangriffnahme zeitigte, wird in ihr nicht ausreichend deutlich, sondern im Nebel eines „rassenideologischen Krieges“ verschluckt.

### **Informationsstelle auf dem Kurfürstendamm in Berlin**

Vor dem Haus Kurfürstendamm 141-143 wurde am 9. Mai 2008 in Berlin eine zwei Meter hohe beleuchtete Informationstafel aufgestellt, die an das SS-Hauptamt „Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums“ erinnert, das in diesem Gebäude seinen Sitz hatte. Hier war der „Generalplan Ost“ entstanden, der vorsah, rund 50 Millionen Slawen zu deportieren bzw. zu ermorden und ihre Wohngebiete mit germanischen Ansiedlern „einzudeutschen“. Dank der hartnäckigen jahrelangen Bemühungen des Vereins für Völkerverständigung mit Mittel-, Südost- und Osteuropa konnte dieser Vorschlag nicht im bürokratischen Verfahrenswiderstand des Stadtbezirks Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf begraben werden, dessen Bezirksbürgermeisterin noch bis 2004 „keine Möglichkeit für eine öffentliche Kennzeichnung“ sah und dessen Gedenktafelkommission eine öffentliche Stellungnahme zum GPO nicht für erforderlich hielt. Die Möbelfirma Wall AG sponserte die Stele und trägt auch die Unterhaltskosten. Der Text wurde von der Stiftung Topographie des Terrors formuliert, die jahrelang einen öffentlichen Hinweis auf den Geburtsort des „Generalplan Ost“ abgelehnt hatte. In die Erarbeitung des Textes wurden weder die Initiatoren noch Vertreter der Völker einbezogen, deren Schicksal mit diesem Plan entschieden werden sollte. Der Text wurde in mehreren Sprachen, darunter polnisch und russisch, angebracht, die Karte schließt zwei Drittel der vorgesehenen Opfer aus. Diese Firma Wall AG hat in den letzten Jahren sechs Mahn- und Gedenkorte in Berlin gesponsert.

[260:]

## INFORMATIONEN

### Einstellung des *Bulletins*

Mit diesem Doppelheft stellt das *Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung* sein Erscheinen ein. 1993 zunächst als Mitteilungsblatt der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. entstanden, mauserte sich das *Bulletin* ab Heft 3 zu einer wissenschaftlichen Zeitschrift. Sie wandte sich an Fachhistoriker und Politikwissenschaftler, an Soziologen und Sozialwissenschaftler, darüber hinaus an Publizisten und politisch interessierte Leser, die sich über neue historische Forschungen zum deutschen und internationalen Faschismus, zu dessen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, zu den Weltkriegen und Okkupationen im 20. Jahrhundert und natürlich über den Widerstand gegen Krieg und Faschismus informieren und aktuelle Diskussionen darüber verfolgen wollten.

Zunächst sollte die Halbjahresschrift eine Publikationsmöglichkeit für die Vorträge von Mitgliedern und Gästen der Gesellschaft bieten, über die wissenschaftlichen Tagungen berichten und neue Bücher von Autoren aus ihren Reihen rezensieren. Das Spektrum der Beiträge erweiterte sich rasch und überschritt diesen Rahmen: *Bulletin* druckte Forschungsaufsätze zu den genannten Gegenständen sowie Kritiken, stellte Forschungsvorhaben und deren Zwischenergebnisse vor und besprach ihre Resultate, veröffentlichte historische Dokumente und solche des wissenschaftlichen Meinungsstreits sowie aktuelle Stellungnahmen. Das *Bulletin* publizierte anlässlich der Jubiläen älterer Mitglieder der Gesellschaft ihre Bibliographien. Der Rezensionsteil der Zeitschrift nahm mit der Zeit erheblich zu, regelmäßige Spalten brachten Miszellen, Berichte und Informationen.

Seit 1994 wandte sich jedes Heft einem Schwerpunktthema zu, dem ein größerer oder mehrere Artikel gewidmet waren. Die Liste dieser Schwerpunkte entsprach manchen aktuellen Diskussionen wie der Debatte über die Thesen Daniel Goldhagens (Heft 7) oder über die Verbrechen der Wehrmacht (Heft 9), sie folgte den Jubiläen wichtiger Ereignisse wie dem Ghettoaufstand in Warschau 1943 (Heft 22) oder dem Warschauer Aufstand 1944 (Heft 3), dem Attentat vom 20. Juli 1944 (Heft 8), der Befreiung vom Faschismus 1945 (Heft 25/26), meist aber setzte die Zeitschrift eigene thematische Akzente, so mit der Wirtschaftsbilanz der deutschen Kriegsniederlage (Heft 6), den Aggressionen gegen Österreich und die Tschechoslowakei 1938/39 (Heft 14), mit Albert Speers Neugestaltung der Reichshauptstadt auf Kosten der Berliner Juden (Heft 10), dem Völkermord an den Sinti und Roma (Heft 13) bzw. an den Armeniern im ersten Weltkrieg (Heft 24), dem „Reichsgau Wartheland“ als „nationalsozialistischem Mustergau“ (Heft 18) oder [261:] der Faschismusforschung in der DDR (Heft 16). Zu diesen und weiteren Gegenständen wurden neue Forschungsergebnisse vorgestellt.

Die Redaktion des *Bulletins* hatte nur zwei Kriterien für die Aufnahme von Artikeln, die quellengestützte und überprüfbare Wahrheit und die begründete wissenschaftliche Methodik. Dabei bemühte sich die Redaktion, Mindestmaßstäbe an Qualität einzufordern. Politisch war ein unbedingter Antifaschismus die Richtlinie. Geschichtsrevisionistische Interpretationen von historischen Tatsachen hatten ebensowenig Platz wie Umwertungen oder Relativierungen von Aussagen zum Zwecke ihrer Brauchbarkeit für gegenwärtige kriegerischer und andere Expansionen. Moden, denen auch die Historiographie unterliegt, und das nicht nur unter dem Druck der Medien, hatten im *Bulletin* keine Chance.

Neugierig auf jede Entdeckung und Erkenntnis, offen für argumentative Kritik, konnte *Bulletin* über die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung hinaus Autoren aus europäischen Ländern und den USA gewinnen. In ihm schrieben marxistisch orientierte Historiker und solche mit ganz anderen Forschungsansätzen, sofern sie keine Berührungsängste oder Furcht vor einer Beeinträchtigung ihrer akademischen Karriere wegen einer Veröffentlichung im *Bulletin* hegten. Im Doppelheft 25/26 aus dem Jahre 2005 haben wir eine Bibliographie der bis dahin im *Bulletin* erschienenen Publikationen abgedruckt. Sie weist aus, daß in unserer Zeitschrift ein Kreis von Autoren mehrere Themenschwerpunkte gestaltete und regelmäßig veröffentlichte. Jeweils mit mehreren Artikeln vertreten waren Alexander Bahar, Siegfried Büniger, Dietrich Eichholz, Martin Moll, Ryszard Nazarewicz, Kurt Pätzold, Margarethe Piesche (Bibliographien), Almuth Püschel, Werner Röhr, Karl Heinz Roth, Rolf Surmann und Günther Wieland.

Die Mehrzahl der Autoren gehört inzwischen zur älteren Generation, einige sind verstorben, andere haben sich von der Wissenschaft zurückgezogen. Das *Bulletin* hatte in den Jahren 2007/2008 einen Mangel an qualifizierten wissenschaftlichen Manuskripten. Von den älteren Autoren aus der Berliner Gesellschaft kamen nur noch wenige Beiträge, Autoren der nachwachsenden Generation bevorzugten inzwischen Zeitschriften, die eine größere Wirkungschance versprachen bzw. digitale Medien. Die nachwachsende Generation wird sich auch für unseren Gegenstand eigene Publikationsorgane schaffen.

Im neunten Jahrgang ihres Erscheinens erhielt die wissenschaftliche Halbjahresschrift eine größere Schwester in Gestalt von Beiheften. Sie überschreiten den Umfang einer Zeitschrift und sind zuweilen Bücher von 500 Seiten. Die ab 2001 erscheinenden Beihefte sollten die Zeitschrift ergänzen und deren durch Umfang, Struktur und Erscheinungsweise gebotenen Beschränkungen ausgleichen. Sie erscheinen in loser Folge und mit unterschiedlichem Umfang, je nach Bedarf und thematischem Angebot. Die Beihefte bieten den Autoren Gelegenheit, größere, für eine Zeitschrift zu umfangreiche oder zu spezielle Abhandlungen, Studien oder Dokumentationen bzw. kleine Monographien relativ schnell zu publizieren. In [262:] thematischen Sammelbänden konnten Ergebnisse wissenschaftlicher Konferenzen oder Colloquia vorgestellt bzw. mehrere Forschungsarbeiten zu spezifischen Gegenständen versammelt werden. 2008 ist Beiheft 7 erschienen. Die Beihefte werden wir als Buchreihe fortsetzen.

Die akademische Zunft der Historiker behandelte das *Bulletin* wie die abgewickelte Historikerschaft der DDR: Es wurde offiziell ignoriert, aber fleißig gelesen, zumal einige Beiträge und Rezensionen Furore machten. Obwohl die Zahl der Leser relativ klein blieb, hatte das *Bulletin* international seinen Platz in der Landschaft der Fachzeitschriften gefunden und konnte als eingeführt gelten. Jedenfalls hatten so manche Bibliotheken von Gedenkstätten, Stiftungen und Forschungsinstituten zum Faschismus die Zeitschrift abonniert, von Jerusalem über Paris bis Stanford, von Wien über Ludwigsburg bis Berlin. Der Redaktion lag daran, das *Bulletin* Studenten zugänglich zu machen, deshalb freuten wir uns, daß die Bibliotheken des Bundesarchivs in Koblenz und Berlin, des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam, der Friedrich Ebert-Stiftung, der Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin, des Hamburger Instituts für Sozialforschung, des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden sowie Universitäts-, Landes- und Spezialbibliotheken in Berlin, Düsseldorf, London, Marburg, Odense, Offenburg, Oldenburg, Oxford, Singen u. a. dies ermöglichten.

Dennoch ist es uns nicht gelungen, die Zahl der Abonnenten und Käufer so zu erhöhen, daß der Verkaufserlös die Kosten stabil abdeckte, obwohl die Redakteurinnen in allen Jahren ehrenamtlich gearbeitet und die Autoren ausnahmslos ohne Honorar geschrieben haben. Doch ohne genügend bezahlte Abonnements kann die Zeitschrift nicht fortgeführt werden. Wir bedauern diese Entscheidung.

Festzuhalten bleibt: Das politische und wissenschaftliche Anliegen des *Bulletins* hat sich nicht erledigt, sein Gegenstand ist nicht erschöpft. Im Gegenteil, angesichts der großen Gefahren durch den erstarkenden Faschismus der deutschen Gegenwart, angesichts der verbreiteten, oft gewollten Blindheit gegenüber einer skrupellosen Sozialdemagogie in einer Phase massenhafter sozialer Verelendung und ungehemmter Kapitaloffensive, angesichts erneuter offener und öffentlicher terroristischer Gewalt von Faschisten, und nicht zuletzt angesichts der massiven Geschichtsfälschungen in den visuellen Medien wie des vordringenden Geschichtsrevisionismus in früher seriösen historischen Verlagen bleibt die wissenschaftliche Erforschung und Erörterung des historischen und mehr noch des gegenwärtigen Faschismus eine äußerst wichtige Angelegenheit. Für diese bedarf es eigenständiger, von politischen Stiftungen unabhängiger Fachzeitschriften, die die Aufgabe des *Bulletins* fortführen. Vielleicht wäre eine spezielle historische Zeitschrift, die sich vor allem den Faschismen der unmittelbaren Gegenwart widmet, zweckmäßig. Das *Bulletin* hat sich dieser Aufgabe nicht zuwenden können.

[263:] Zum Abschied ist zu danken, zuerst den beiden Redakteurinnen: Dr. Brigitte Berlekamp edigierte die Zeitschrift von 1993 bis 2004, bei einigen Heften halfen ihr erst Martina Dietrich und dann Andrée Fischer-Marum; Brigitte Hering übernahm die Redaktion 2005 mit Heft 25 und führte sie bis zum Schluß. Ihnen sage ich herzlichen Dank!



Dank gebührt allen Autoren des *Bulletins*! Sie haben die Zeitschrift über eineinhalb Jahrzehnte getragen, ihr Profil mitgeprägt und ihre wissenschaftliche Qualität bestimmt. Publiziert haben antifaschistische Wissenschaftler unterschiedlicher wissenschaftlicher und politischer Orientierung, sie kamen aus zahlreichen Orten beider Deutschlands sowie aus Polen, Norwegen, Dänemark und den USA. Und sie waren zugleich die aufmerksamsten Leser der Zeitschrift. Ausdrücklich danken wir jenen unserer Autoren, die sich persönlich dafür eingesetzt haben, daß weitere Universitätsinstitute und öffentliche Bibliotheken in mehreren Ländern das *Bulletin* abonnierten.

Gedankt sei schließlich unseren langjährigen Lesern. Ihr anhaltendes Interesse hat die Existenz der Zeitschrift ermöglicht. Die meisten von ihnen haben das *Bulletin* von Anfang an oder über viele Jahre verfolgt. Die Fluktuation war relativ gering. *Bulletin* hatte ständige Leser in mehreren Ländern auf drei Kontinenten, doch der Anteil ausländischer Leser war relativ gering, abonniert wurde es vor allem von wissenschaftlichen Bibliotheken von Tel Aviv über Paris und Oxford bis Los Angeles. *Bulletin* hatte Leser in vielen Städten Deutschlands gewonnen, im westlichen Berlin allerdings hatten nur Archive und Bibliotheken die Zeitschrift abonniert, kein einziger Historiker persönlich.

Autoren der Edition Organon haben weiterhin die Möglichkeit, alle bisherigen Hefte des *Bulletins* sowie Bücher der Edition zum Autorenpreis zu erwerben, solange der Vorrat reicht.

Berlin, den 15. Mai 2008

Werner Röhr